Dokumente

1277
Amtsvermerk Generalsekretär Peter

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 21253/13 Wien, 11. März 1933

Gelegentlich seiner *Unterredung mit Herrn Mussolini* im Februar d. Js.[1] hat H. Gesandter *Dr. Schüller* sich im nachstehenden Sinne vernehmen lassen: „Die Schwierigkeiten der Innerpolitischen Stellung des H. Bundeskanzlers bestehe darin, dass er auf der einen Seite gegen die Sozialdemokraten, auf der anderen Seite gegen die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten zu kämpfen hat. Dr. Dollfuss hat wegen der Lausanner Anleihe und weil er nicht als Anhänger des Anschlusses gilt, gerade auch von den beiden letzterwähnten Parteien besonders heftige Angriffe auszuhalten.
Diese an und für sich schwierige Situation des Bundeskanzlers hat sich aber noch bedeutend durch die grossen Erfolge der Nationalsozialisten in Deutschland, mit denen Sie, Herr Präsident, Beziehungen haben, verschärft. Sie könnten dem Bundeskanzler behufs Kräftigung seiner innerpolitischen Stellung keinen grösseren Dienst erweisen, als wenn Sie auf kulturellem Gebiete in Südtirol Besserungen eintreten lassen würden, insbesondere auf dem Gebiete des deutschen Unterrichtes.
Ein solches Entgegenkommen würde der Bundeskanzler, der sich natürlich in eine innere Frage Italiens nicht einmischen kann und – auch er (Schüller) könne über diese Frage nur sprechen, weil H. Mussolini ihm dies gestatte – dermalen für umso leichter möglich halten, als in Südtirol vollkommene Ruhe herrscht und auch die Verhältnisse dortselbst durch das zehnjährige faschistische Regime gefestigt erscheinen."
Auf diese Ausführungen Dr. Schüllers gab der Herr italienische Ministerpräsident die im Telegramm dto. Rom 3. Februar 1933[2] wiedergegebene Antwort.

---

[1] Vgl. ADÖ 8/1266.

[2] Liegt dem Akt bei. Inhalt des Telegrammes: „Mussolini, der freundlich schweigend zugehört hatte, gab dann sogleich seiner lebhaften Sympathie für Dr. Dollfuss' Ausdruck, der in einer

1278
Aufzeichnung Legationsrat Hornbostel (geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/1
Z. 21267/13 Wien, 12. März 1933

Von authentischer Seite erfuhr ich gestern spät abends Folgendes:
Der *ung. Min. d. Aeussern Kanya* ist gestern abends ½ 6 h. durch Wien nach Genf (von dort nach Rom) gereist. Ihm wurde an die Adresse der Wiener ungar. Gesandtschaft ein „statissime"-Telegramm nachgesendet, dessen Inhalt mir, wie folgt, mitgeteilt worden ist:
Auf briefliches Ersuchen *H. Kanya's* hat *H. v. Papen den Reichskanzler Hitler* davon zu überzeugen gesucht, dass es im Interesse Ungarns u. Deutschlands läge, *gegen die Regierung Dollfuss keinen Nazi-Sturm* loszulassen. *Hitler* hätte geantwortet, er stimme zu, doch müssten in Oesterreich ehestens Neuwahlen ausgeschrieben werden. Graf *Bethlen*, der sich in Berlin aufhält, hätte daraufhin *Hitler* persönlich darauf aufmerksam gemacht, dass das Verlangen nach Neuwahlen mit einer feindseligen Einstellung gegenüber der Regierung *Dollfuss* gleichbedeutend wäre. Hierauf hätte *Hitler erklärt*, dass er *unter der Voraussetzung,* dass eine rechtsgerichtete bürgerliche Konzentration energisch gegen den Austromarxismus vorgehe, *nichts gegen die Regierung Dollfuss* oder eines anderen christl. soz. Politikers unternehmen würde.
(Vorstehendes habe ich heute früh H. BK. persönlich gemeldet).

1279
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/1
Z. 21500 Wien, 14. März 1933

Ich habe heute nachmittags ein längeres Gespräch mit Baron *Apor*, Leiter der politischen Abteilung des ungarischen Ministeriums des Aeussern, geführt, der

---

schweren Zeit mit Takt und Energie regiere, gieng aber weiter auf die politischen Mitteilungen Dr. Schüllers nicht ein."

sich auf der Durchreise nach Rom befand. In Rom trifft *Apor* mit dem Minister des Aeusseren *Kanya* zum Besuche Herrn Mussolini's und Audienz beim Papst zusammen.
Im Verlaufe des Gespräches gab Baron Apor unverhohlen zu, dass eines der Hauptthemen des Besuches seines Chefs in Rom die Frage bilden werde, wie sich Herr Mussolini die Entwicklung der Lage in Mitteleuropa in den nächsten Wochen mit Rücksicht auf das Hitler-Regime in Deutschland vorstelle; insbesondere interessiere Ungarn, ob und inwieweit Herr Mussolini in der Anschlussfrage auf Herrn Hitler Einfluss genommen habe oder zu nehmen gedenke. Diese Frage berühre auch im höchsten Masse die Interessen Ungarns, welches nach wie vor in der Anschlussfrage eine ablehnende Stellung einnehme. Apor habe Grund zur Annahme, dass Herr Mussolini auf Hitler in dem Sinne einwirke oder vielleicht anlässlich der bevorstehenden persönlichen Zusammenkunft einwirken werde, dass in der Anschlussfrage keinerlei Vorstoss geführt werden soll.
Baron *Apor* stellte mir eine entweder mündliche oder schriftliche Information über das Ergebnis dieser Römer Sondierung in Aussicht.

1280

Gesandter Kohlruss an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 14/Pol. (geheim)

AdR, NPA
Österreich 3/VI
Z. 21433/13 Rom-Vatikan, 19. März 1933

Herr Bundeskanzler!
Vorgestern den 17 d. M. wurde mir die Antwortnote des Vatikans Zahl 564/33 vom 10. l. M. zugestellt, die ich mir beiliegend in Vorlage zu bringen erlaube.[1]
Im Sinne meiner seinerzeitigen Meldung vom 12. Jänner l. J. Zahl 4/pol.[2] behandelt diese Note nicht mehr alle Materialien eingehend in extenso, sondern beschränkt sich darauf, bloss auf einige Fragen – mündlichen Verhandlungen präludierend – noch zurückkommen.
Die Eherechtsfrage anlangend, verweist der Herr Kardinalstaatssekretär auf seine letzthin gemachten Eröffnungen, die ich mit meinem ergebensten Bericht vom 23. Februar l. J. Zahl 11/pol.[3] gesondert einberichtet habe.

[1] Liegt dem Akt bei.
[2] Z. 20225/13: Bei AdR, NPA, Österreich 3/VI.
[3] Z. 20959/13: Bei AdR, NPA, Österreich 3/VI.

Die übrigen Ausführungen der Antwortnote zeugen sehr erfreulicher Weise von einem weitgehenden Verständnis für die österreichischen Verhältnisse und die allgemeine Lage Oesterreichs; so wird vor allem in der Schulfrage eigentlich nur mehr auf der Verankerung des *status quo* bestanden und auch in der Frage der Besetzung der Bistümer wird Entgegenkommen gezeigt.
Das Entgegenkommen in der Schulfrage erscheint von umso grösserer Bedeutung, als nach den Presseauslassungen von der Opposition gerade hier unüberbrückbare Gegensätze vermutet wurden; mit dem Wegfall dieses bedeutsamsten Hindernisses dürften auch von der Opposition wohl keine ernstlichen Schwierigkeiten mehr gegen das Konkordat und die in ihm vorgesehene Regelung der Eherechtsfrage erhoben werden können.
Ich erlaube mir in diesem Zusammenhange meiner rein persönlichen ergebensten Ansicht dahin Ausdruck zu geben, dass es aus taktischen Gründen vielleicht angebracht wäre, die in der Oeffentlichkeit verbreitete Annahme, dass der Vatikan auf dem Gebiete der Schulfrage weitgehende Zugeständnisse verlangt, *unwidersprochen* zu lassen, um das so sehr günstige Ueberraschungsmoment des Gegenteiles erst im Zeitpunkt der Verhandlungen mit den Parteien in die Waagschale zu werfen und es so entsprechend für das Ganze auswerten zu können, indessen vorzeitige Andeutungen diese Werte verwässern würden.
Zur Eherechtsfrage erlaube ich mir behufs Vermeidung von Missverständnissen noch folgenden klarzustellen:
In der oppositionellen Presse waren vielfach Annahmen zu lesen ungefähr des Inhaltes, dass der *Vatikan* angeblich bereit wäre, der Einführung der sogenannten fakultativen Zivilehe zuzustimmen und dass er sozusagen als Gegenleistung dafür weitgehende Zugeständnisse auf dem Gebiete der Schulfrage verlange.
Das ist natürlich doppelt falsch.
Denn erstens verlangt der Vatikan auf dem Gebiete der Schulfrage überhaupt keine über den gegenwärtigen Zustand hinausreichenden weiteren Zugeständnisse und zweitens stimmt der Heilige Stuhl *niemals* der Einführung der sogenannten fakultativen Zivilehe zu; er verlangt vielmehr in der Eherechtsfrage für die kanonisch gültigen Ehen in allem die in den bisherigen Noten des Vatikans und meinen ergebensten Berichten umschriebene Regelung. Wenn der Staat nebenher auf eigene Faust in einer gewissen Folgezeit die sogenannte fakultative Zivilehe einführt, die nach kirchlicher Lehre keine Ehe ist, so liegt hiefür nicht nur keine Zustimmung des Vatikans vor, sondern der Heilige Stuhl hat damit überhaupt nichts gemein.
Nach dem vorgestrigen Empfang der beiliegenden Antwortnote des Herrn Kardinalstaatssekretärs begab ich mich noch gestern zu Seiner Eminenz, der bei dieser Gelegenheit ersuchte, den Beginn der mündlichen Verhandlungen anfangs, spätestens aber Mitte Mai in Aussicht nehmen zu wollen, wobei er seiner Hoffnung neuerdings Ausdruck gab, dass diese Verhandlungen von einem der Herrn Minister des Kabinetts geführt werden werden und dass die Unterzeichnung des

Konkordates im unmittelbaren Anschluss an diese mündlichen Verhandlungen, die eine Dauer von 1 bis 2 Wochen haben dürften, erfolge.
Eine vorherige *kurze* Eröffnung bloss auf die in meinem ergebensten Bericht Zahl 11/pol. vom 23. Februar l. J. enthaltenen Ausführungen und Rückfragen wäre erwünscht, es soll aber der Beginn der Verhandlungen in der ersten Hälfte Mai nicht verzögert werden.
Genehmigen, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Kohlruss

1281

Bundeskanzler Dollfuß an Gesandten Kohlruss (Rom-Vatikan)

Erlass

AdR, NPA
Österreich 3/VI
(ohne Zahl) Wien, 20. März 1933

Herr *Gesandter*!
Mit Ihrem Berichte vom 23. Februar 1933, Z. 11/pol.[1] haben Sie gemeldet, dass der Herr Kardinal-Staatssekretär in unserer Antwort auf den Konkordatsentwurf des Heiligen Stuhles einen entsprechenden Bezug auf die gleichzeitig mitvorgelegte „Aufzeichnung" vermisse und im Zusammenhange damit um Aufklärung gebeten habe, inwieweit die Ausführungen unserer Antwort sich mit der vom Heiligen Stuhle vorgeschlagenen – und eben durch die „Aufzeichnung" noch im besonderen ausser jeden Zweifel gestellten – eherechtlichen Regelung decken, bzw. ob und inwieweit allenfalls Abweichungen hievon vorliegen.
Diesem Ersuchen gemäß erhalten Sie in der Anlage eine im Einvernehmen mit den Bundesministerien für Unterricht und Justiz ausgearbeitete Erläuterung zu dem kritischen Punkte des seinerzeit an Sie gerichteten Erlasses vom 28. November 1932, Z. 25110/13[2], welcher dem Herrn Kardinalstaatssekretär offenbar zumeist die Veranlassung zu seinen obbezogenen *allgemeinen* Wunsch gegeben hat. Ich ersuche Sie nunmehr, die nächste Gelegenheit wahrzunehmen, um den Herrn Kardinalstaatssekretär mit dem Inhalte dieser Erläuterung vertraut zu machen.

[1] Z. 20959/13: Bei AdR, NPA, Österreich 3/VI.
[2] Bei AdR, NPA, Österreich 3/VI.

Hiebei wollen Sie einleitend bemerken, dass die Bundesregierung ihren Standpunkt zur Ehefrage, soweit dieselbe im Konkordate zur Regelung zu kommen haben wird, durch die grundsätzliche Annahme des vom Heiligen Stuhle vorgeschlagenen Artikels VII des Konkordatsentwurfes bereits in ihrer Antwortnote bezogen hat und daß, soweit diesbezüglich allenfalls noch, namentlich hinsichtlich der Ehehindernisse, Zweifel bestünden, Sie ergänzend zu bemerken in der Lage wären, daß auch nach Auffassung der Bundesregierung für die im Konkordate staatlicherseits anzuerkennende kanonische Ehe von Katholiken selbstverständlich alle durch das kanonische Recht aufgestellten Ehehindernisse zu gelten hätten. Höchstens käme es in dieser Hinsicht allenfalls noch auf eine präzisere Formulierung des Absatzes 3 des Artikels VII an.
Die Ausführungen in der Antwortnote der Bundesregierung zu Absatz 3 des Artikels VII bezögen sich laut der Ihnen gewordenen Auskunft ausschließlich auf das staatliche Ehegesetz, bezüglich dessen der Heilige Stuhl versichert sein möge, daß die Bundesregierung darauf bedacht sein wird, nach Möglichkeit eine Uebereinstimmung mit den kanonischen Ehehindernissen herbeizuführen; insbesonders ist in dem bereits vorliegenden parlamentarischen Entwurf vom Jahre 1919 das Ehehindernis der Weihe für Welt- und Ordensgeistliche beibehalten.
Sollte nach Erstattung Ihrer Ausführungen im Sinne der „Erläuterung“, die sich unmittelbar nur auf das staatliche Ehegesetz bezieht, was Sie auch nachdrücklichst betonen wollen, der Herr Kardinal-Staatssekretär noch eigens auf die „Aufzeichnung“ zu sprechen kommen, so könnten Sie ihn versichern, daß ebenso wie der Heilige Stuhl auch die Bundesregierung die ihr vorkommenden Fälle zu beiderseitiger Zufriedenheit geklärt wissen möchte und ihr Bestreben ganz darauf gerichtet sei, auch in diesen Belangen dem kirchlichen Standpunkte nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Jedoch schiene es der Bundesregierung sich zu empfehlen, auf diese – erfahrungsgemäß – an sich äusserst diffizilen Sondermaterien erst nach Klärung anderer eherechtlicher Hauptprobleme des näheren einzugehen und sohin dieselben zweckmäßigerweise wohl überhaupt für die allenfallsigen künftigen mündlichen Verhandlungen vorzubehalten.
Der Herr Kardinal-Staatssekretär hat laut Ihrem Berichte auch noch die Frage der zeitlichen parlamentarischen Behandlung seines staatlichen Ehegesetzes im Verhältnis zur parlamentarischen Verhandlung des Konkordates berührt und der Ansicht Ausdruck verliehen, daß erstere nicht mit letzterer zusammenfallen, sondern dieser nachfolgen müßte. Es wird wohl nicht zu umgehen sein, in Ihrer Unterredung mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär auf diesen Punkt, eventuell auch aus eigener Initiative, unter folgenden Gesichtspunkten zu reflektieren:
Die Bundesregierung glaube die Beweggründe zu erkennen, welche den Heiligen Stuhl zu diesem Wunsche bestimmt haben mögen, und würdige dieselben vollauf. Ebenso glaube die Bundesregierung aber auch auf das Verständnis des Heiligen Stuhles für ihre Lage bzw. die Wünsche des Parlamentes für eine gewisse zeitliche Coinzidenz des Konkordates und des staatlichen Ehegesetzes rechnen zu

dürfen. Die Bundesregierung gibt sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, dass bei freundschaftlicher Würdigung der beiderseitigen Interessen sich gewiß ein befriedigender Weg aus diesem Dilemma finden lassen wird. Immerhin muß die Bundesregierung den Heiligen Stuhl bitten, auch der Erwägung Raum zu geben, dass in dieser Hinsicht die Bundesregierung mit dem Selbstbestimmungsrechte des Parlamentes zu rechnen haben wird.
Bei Ihren nunmehr erfolgten weiteren Mitteilungen im vorstehenden Sinn wollen Sie dem Herrn Kardinal-Staatssekretär gegenüber immer wieder den steten Wunsch der Bundesregierung nach voller Loyalität gegenüber dem Heiligen Stuhle betonen, im Uebrigen aber Ihre Besprechungen in jener vorsichtigen Form führen, welche die delikate Natur der Materie wie auch die nicht leichte Stellung der Bundesregierung erheischt. Insbesondere überlasse ich es Ihrem aus der Beurteilung der Situation sich ergebenden Dafürhalten, dem Herrn Kardinalsstaatssekretär unter Umständen auch eine Abschrift der „Erläuterung“ (samt dem abschriftlich beigeschlossenen, an die Bundesregierung gerichteten Exposé) in vertraulicher Weise, jedoch wohl nur als Gedächtnisstützung, auf keinen Fall aber als Allegat zu den Verhandlungsschriften der Bundesregierung über das Konkordat einzuhändigen.
Ueber den Verlauf und das Ergebnis Ihrer Unterredung mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär wollen Sie umgehend Bericht erstatten.
Empfangen […]

1282
Bericht des Geschäftsträgers Meindl

AdR, NPA
Deutschland I/12
Dokumente zum Konflikt Nr. 3 Berlin, 22.März 1933

Ich habe heute weisungsgemäß bei Ministerialdirigent, Geheimrat von Friedberg in Vertretung des Ministerialdirektors Köpke, unter Vorlage des vom Wolff-Bureau gemeldeten Textes über den inkriminierten Absatz der obgenannten Rede gegen den darin enthaltenen Angriff auf eine befreundete auswärtige Regierung sowie gegen die angedrohte Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse für den Fall protestiert, daß die Meldung des Wolff-Bureaus die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Frank II richtig wiedergegeben habe.
Geheimrat von Friedberg erklärte, sich heute noch nicht äußern zu können, da ihm die Rede Franks vollständig unbekannt und auch in keiner Berliner Zeitung

erschienen sei. Er müsse sich daher erst den Text der Rede aus München beschaffen und werde dann die Angelegenheit der leitenden Stelle vortragen. Bis dahin behalte er sich eine weitere Mitteilung vor.

1283
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/1
Z. 21453/13 Wien, 23. März 1933

Aus mehreren Gesprächen, die anlässlich der Durchreise des ungarischen Ministers d. Aeussern Kánya und seiner Begleiter, Legationsrat Apor und Máriássy, mit den genannten Herren geführt wurden, ging ungefähr Nachstehendes hervor:[1]
Herr Mussolini ist voll Anerkennung für die Haltung der Regierung Dollfuss u. legt den grössten Wert darauf, dass die Rechtsbürgerlichen möglichst geschlossen gegen den Marxismus arbeiten. Er begünstigt keineswegs die nationalsozialistische Bewegung *in Oesterreich* und scheint sogar bemüht, die Führer des deutschen Nationalsozialismus im Reiche dahin zu beeinflussen, dass diese Bewegung in Oesterreich dem Regime Dr. Dollfuss‘ keine grösseren Schwierigkeiten bereite, insbesondere die Propaganda, die auf baldige Neuwahlen abziele, nicht übertreibe.
Was die Anschlussfrage betrifft, stehe das heutige Italien nach wie vor auf einem absolut ablehnenden Standpunkte. So fiel z. B. von Seiten Baron Apor’s die Bemerkung, dass Unterstaatssekretär Suvich, als man ihm gegenüber auf die starke Belebung der Anschlusspropaganda durch das Hitler-Regime in Deutschland anspielte, „hoch aufgesprungen sei“. Der genannte ungarische Funktionär hat weiters mitgeteilt, dass Herr von Kánya der ital. Regierung sogar schriftlich den gleichfalls ablehnenden ungarischen Standpunkt in der Anschlussfrage bekanntgegeben hätte, woraufhin Herr Suvich noch auf dem Bahnhofe, anlässlich der Abreise der ungarischen Herren aus Rom, mitgeteilt hätte, dass die italien. Regierung vollkommen mit dieser ungarischen Auffassung übereinstimme und dass eine Aktivierung der Anschlussfrage durch Hitler-Deutschland die Einstellung Italiens gegenüber dem Deutschen Reiche sogleich vollkommen ändern würde. (Die von Baron Apor zitierten Ausdrücke waren ungefähr folgende: „...cela renverserait complètement notre situation envers l’Allemagne“.)

[1] Vgl. ADÖ 9/1278 und 1279.

1284
Gesandter Hennet an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 34/Pol. (geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 21607/13 Budapest, 29. März 1933

Herr Bundeskanzler!
Gestern abends hatte ich Gelegenheit, anlässlich eines Diners, das Ministerpräsident Gömbös gab, mit ihm einige Zeit unter vier Augen zu sprechen. Nachdem der Herr Ministerpräsident seiner warmen Teilnahme und Sympathie für die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung Ausdruck gegeben hatte, kam er auf das Gespräch, das Minister Kánya anlässlich seines Besuches in Wien über die Anschlussbewegung hatte, zu sprechen.[1]
Er betonte, die Haltung Italiens einem eventuellen Anschluss gegenüber sei vollkommen ablehnend und es dürfte darin wohl auch keine Aenderung eintreten; auch Ungarn muss von seinem Standpunkte aus entschieden gegen den Anschluss sein. Es handle sich nun darum Deutschland dazu zu bewegen, die Anschlussbewegung fallen zu lassen oder wenigstens sehr einzudämmen, wodurch auch diese Bewegung in Oesterreich selbst zum Stillstand käme. Die Notwendigkeit eines derartigen Vorgehens habe er dem Reichskanzler Hitler gegenüber sehr dringend zum Ausdruck gebracht, was auch von Seite Italiens geschehe. Er sei der Ansicht, dass das beste Einvernehmen zwischen Rom, Berlin, Budapest und Wien herrschen müsse, was gegenwärtig die einzig mögliche Politik sei. Oesterreich aber habe dabei eine ganz besondere grosse Aufgabe politischer und wirtschaftlicher Natur, die für ganz Europa äusserst wichtig und auch für Deutschland so bedeutungsvoll sei, dass die Frage des Anschlusses auch für Deutschland demgegenüber vollkommen zurücktreten müsse.
Genehmigen Sie Herr Bundeskanzler die Versicherung meiner vollkommenen Ergebenheit

Hennet

[1] Vgl. ADÖ 9/1283.

1285
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)

AdR, NPA
Österreich 3/VI
Z.21693/13 Wien, 4. April 1933

Der Herr Apostolische Nuntius hat heute während des Diplomatenempfanges beim Herrn Bundeskanzler vorgesprochen und ihm an Hand eines Schreibens des H. Kardinal-Staatsekretärs Folgendes mitgeteilt:
Der Herr Kardinalstaatssekretär würde Wert darauflegen, zu erfahren, für welches Datum der Herr Bundeskanzler den Beginn der mündlichen Konkordatsverhandlungen in Rom in Aussicht nehme.
Der Herr Bundeskanzler hat hierauf geantwortet:
Je eher und zwar aus dem Grunde, da er beabsichtige die allfälligen verfassungsrechtlichen Bestimmungen des Konkordates in den Verfassungsreformentwurf, an dem gegenwärtig die Bundesregierung arbeite, einzubauen. Er und die Regierung hätten die Absicht diesen Verfassungsentwurf, für dessen gründliche Durcharbeit im Schosse der Regierung noch einige Wochen erforderlich seien, nach Fertigstellung auch der Opposition mit einer kurzen Frist behufs Aeusserung mitzuteilen; gegen Verbesserungsanträge würde er sich nicht verschliessen, doch müssten diese tatsächlich vernünftig und brauchbar sein. Dieser Art glaube er eine Diskussion über das Konkordat so gut wie ganz ausschliessen zu können. Sollte die Opposition gegen diesen Entwurf Stellung nehmen, würde er ihr klar machen, dass er eben dann so weiter regieren würde, wie in der letzten Zeit, d.h. ohne eine parlamentarische Vertretung. Was die Einleitung der mündlichen Verhandlungen mit dem Vatikan betreffe, so schwebe ihm vor, den Herrn Bundesminister für Justiz, Dr. Schuschnigg bereits in der Karwoche nach Rom zu delegieren. Er sei sich zwar bewusst, dass zu jenem Zeitpunkte Verhandlungen nicht begonnen werden könnten, doch dürfte es Dr. Schuschnigg möglich sein, sich den in Betracht kommenden Funktionären und Delegierten des Vatikans vorzustellen und mit ihnen inoffizielle Gespräche zu führen. Auch lege er grössten Wert darauf, dass im heiligen Jahr die Bundesregierung als Regierung eines katholischen Staates durch ein Mitglied des Kabinetts bei den kirchlichen Feierlichkeiten der Osterzeit vertreten sei. Als Mitarbeiter Dr. Schuschniggs nehme er Sektionschef Dr. Loebenstein und Ministerialrat Dr. Hefel in Aussicht – allenfalls noch den Kirchenrechtslehrer in Graz Prof. Haring. (Hier warf der H. Apostolische Nuntius ein, dass er nicht glaube, dass dessen Zuziehung unbedingt erforderlich sei). Zwischen dem H. Bundeskanzler und dem H. Apost. Nuntius wurde das Einvernehmen dahingehend festgestellt, dass der Herr Bundeskanzler als erster Delegierter funktioniere und

auch nach Fertigstellung des Konkordatsvertrages die Unterzeichnung auf Grund einer Vollmacht des Bundespräsidenten in Rom vornehmen werde. Dies würde Dr. Dollfuss auch gewünschte Gelegenheit geben, sinnfällig die Bedeutung dieses Vertrages zu dokumentieren und dem Hl. Vater seine Aufwartung zu machen.
Der Herr Apostolische Nuntius stellte eine sofortige Berichterstattung an den Vatikan in Aussicht und versprach, eine telegrafische Antwort des Hl. Stuhles bezüglich der Teilnahme Ministers Dr. Schuschnigg an den Karwochen-Zeremonien und hinsichtlich des Beginnes der mündlichen Verhandlungen unmittelbar nach den Osterfeiertagen zu erbitten; er glaube eine diesbezügliche Antwort dem Herrn Bundeskanzler bereits Ende dieser Woche geben zu können.

1286
Bundeskanzler Dollfuß an Gesandtschaft Rom

Telegramm Nr. 13 (in Ziffern)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 21837/13

Wien, 9. April 1933
(17.15)

Angesichts der durch Ereignisse in Deutschland eingetretenen Unklarheit in Beziehung Oesterreichs zu Deutschland wäre es mir dringend erwünscht mich ehestens mit Herrn Mussolini auszusprechen. Ich würde Mittwoch 12. d. M. mit Hornbostel nach Rom fliegen, um an im heiligen Jahr besonders feierlichen vatikanischen Osterzeremonien teilzunehmen, in erster Linie aber um H. Mussolini meine Aufwartung zu machen. Ich würde aber Reise nur unternehmen, wenn H. Mussolini auch von seiner Seite Besprechung mit mir im gegenwärtigen Zeitpunkt für opportun erachten würde und daher bereit wäre mich in Rom oder anderswo Donnerstag Freitag oder Samstag zu empfangen. Wenn diese Intentionen H. Mussolini entsprechen und er damit einverstanden wäre möchte ich Reise mit möglichst wenig Aufsehen durchführen. Wollen Sie sofort in der Ihnen am geeignetest erscheinenden Weise Regierungschef von meinem Wunsch in Kenntnis setzen lassen und seine Stellungnahme ehestens anher telegrafieren.
Falls mich H. Mussolini in Rom oder nächster Umgebung empfangen sollte wollen Sie H. Kohlruss streng vertraulich informieren u. in meinem Namen ersuchen bei Sr. Heiligkeit für mich Audienz tunlichst Ende Karwoche, äussersten Falles Sonntag oder Montag, sicherzustellen. Schuschnigg dürfte erst 17. d. M. abends zu Konkordatsverhandlungen eintreffen. Diesbezügliche Weisung folgt. *Dollfuss.*
Unterkunft bei Ihnen oder in Hotel erbeten.

Aussenamt

1287
Bericht des Gesandten Tauschitz

AdR, NPA
Deutschland I/12
Dokumente zum Konflikt Nr. 4 Berlin, 12. April 1933

Ich habe weisungsgemäß heute bei Ministerialdirektor Köpke im Auswärtigen Amt in Angelegenheit der Rundfunkrede des bayerischen Justizkommissärs und nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frank II vom 18. März d. J. in München vorgesprochen und ihm eröffnet, daß mich die österreichische Bundesregierung neuerlich beauftragt hat, eine Rückäußerung auf den am 22. März von der Gesandtschaft erfolgten Schritt[1] im Gegenstand zu erwirken. Damals hat sich die Reichsregierung vorbehalten, eine authentische Feststellung des Textes der Rede des Abgeordneten Frank II zu beschaffen.
Ministerialdirektor Köpke erklärte, daß die von der österreichischen Gesandtschaft erfolgte Demarche im Auswärtigen Amt mit der nötigen Sorgfalt und Aufmerksamkeit verfolgt wurde, daß er sowohl dem Staatssekretär als auch dem Reichsaußenminister Bericht erstattet und sich bemüht habe, mittlerweile den authentischen Text aus München festzustellen. Zu seinem größten Bedauern sei ihm dies bisher nicht gelungen. Er wolle indes im Wege der bayerischen Gesandtschaft in Berlin diese Bemühungen fortsetzen.
Ich erwiderte darauf, daß, solange nicht festgestellt werde, daß der vom Wolff-Bureau damals veröffentlichte Text nicht dem Wortlaut der Rede entspricht, wir diesen immerhin von einem offiziösen Bureau ausgegebenen Text als den authentischen betrachten müssen und daß ich diesen Protest gegen die angedrohte Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse über besonderen Auftrag meiner Regierung aufrecht halte.
Herr Ministerialdirektor Köpke versicherte mir, daß er sehr bedauere, daß durch eine solche Wahlrede das gute Verhältnis zwischen der österreichischen und der deutschen Regierung getrübt wurde und daß er seine Bemühungen in der energischesten Weise fortsetzen wolle.

[1] Siehe ADÖ 9/1282.

1288
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)

AdR, NPA
Österreich 3/VI
Z. 21901/13 Wien, 18. April 1933

Gesandter Kohlruss hat dem Bundeskanzler und mir anläßlich unserer Ankunft in Rom mitgeteilt, daß unsere „Aufklärungen" in der Ehefrage beim weiteren Studium doch einige Bedenken des Kardinalstaatssekretärs ausgelöst hätten. Dieselben seien zwar seitens Kard. Pacellis nicht konkretisiert worden, doch habe er den Ausdruck gebraucht: es erscheine ihm ein Schritt nach rückwärts.
Der Herr Bundeskanzler hat in Rom mit dem ihm persönlich befreundeten Vertrauensmann Kardinal Pacelli's *P. Leiber* (einem reichsdeutschen Jesuiten) eingehend über diese Frage gesprochen und hiebei den sicheren Eindruck gewonnen, daß sich dieser heikle Gegensatz durch eine Formel überbrücken lassen würde. Als solche Formel hat der Herr Bundeskanzler mit P. Leiber die nachstehende Textierung (zumindest dem Sinne nach) vereinbart:
„Der Staat anerkennt die kirchliche Ehe auch als staatliche Ehe, desgleichen die von kirchlichen Ehegerichten über solche Ehen getroffenen Entscheidungen".
Wie der Herr Bundeskanzler mir gegenüber ausführte, ist er der Auffassung, daß damit die Möglichkeit offen bleibt, daß solche Eheleute auch die Entscheidungen von zivilen Ehegerichten nach staatlichen Eherechtsnormen anrufen. Diese würden natürlich seitens des Vatikans nicht sanktioniert, wohl aber toleriert werden. Ein solcher Vorgang würde dann dem Konkordat nicht widersprechen.

1289
Aufzeichnung Legationsrat Hornbostel[1]

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z.21967/13 Wien, 21. April 1933

über die vom Herrn Bundeskanzler in Rom am 12. und 13. IV. 1933 mit Herrn Mussolini und Unterstaatssekretär Suvich geführten Gespräche.

[1] Vgl. DDI 7, 13/423.

(Ungefähr 50‘ dauernde Audienz bei Herrn Mussolini; viertelstündiger Gegenbesuch Herrn Mussolinis; wiederholte Gespräche anläßlich des von Herrn Mussolini gegebenen Diners)

Der Herr Bundeskanzler hat folgende Themen in seinen Gesprächen berührt:

1.) Innere Situation in Oesterreich, im besonderen die Frage des Nationalsozialismus in Oesterreich, der Anschlußbewegung, der Hilfspolizei, der Heimwehr.
2.) Wirtschaftliche Fragen
3.) Aussenpolitische Beziehungen.
4.) Südtirol.
5.) Verschiedene Gesprächsthemen.

ad 1.) Der Bundeskanzler entwickelte Herrn Mussolini die Grundzüge des von der Regierung Dollfuss eingehaltenen Kurses. Was die Entwicklung des Nationalsozialismus in Oesterreich betreffe, erklärte der Bundeskanzler, daß diese Bewegung naturgemäß die deutsch-national gesinnten Kreise in Oesterreich erfaßt habe; inwieweit diese Bewegung darüber hinaus in bürgerliche Kreise gedrungen sei, lasse sich derzeit noch nicht ganz absehen. Entscheidend könne diese Bewegung in Oesterreich nur in zwei Fällen werden u.zw. sei es durch einen vom Bundeskanzler für durchaus unwahrscheinlich und erfolglos gehaltenen Gewaltstreich, oder durch Neuwahlen. (H. Mussolini begriff durchaus die Unzweckmäßigkeit von Neuwahlen unter den gegebenen Umständen)

Hieran anschließend skizzierte der Bundeskanzler seine Pläne hinsichtlich der Verfassungsreform (Länder- und Ständekammer). Das Parlament werde auf Grund dieser Verfassungsreform wesentlich beschränktere Funktionen haben.

Hinsichtlich der Anschlußbewegung sei zu sagen, daß der Anschluß 70 % unserer Industrie vernichten würde; aus diesem Grunde seien die industriellen und kapitalistischen Kreise Oesterreichs gewiß nicht für den Anschluß; die Sozialisten hätten ungefähr seit einem Vierteljahre den Anschluß „ins Museum“ gelegt; die österreichischen Bauern, für welche der Anschluß noch am ehesten Vorteile bieten könnte, stünden stark unter dem Eindrucke der Vorgänge in Deutschland. Insbesondere die Gleichschaltung des katholischen Bayern hätte auf die Bauern, die von Natur aus für die „Preussen“ nichts übrig hätten, eine abschreckende Wirkung ausgeübt. Der Landbund ist eine kleine Agrarpartei und ist wohl national eingestellt, betreibt aber keine aktive Anschlußpolitik.

Herr Mussolini scheint nach den dem Bundeskanzler gegenüber gemachten Aeußerungen mit dem Gange der Regierungstätigkeit in Oesterreich durchaus zufrieden zu sein; er billigt nicht nur die von den Heimwehren eingehaltene Richtung, sondern äußerte sich sehr freundlich über die Haltung der österreichischen christlichsozialen Partei. Hinsichtlich des österreichischen Kampfes gegen den Marxismus scheint Mussolini gleichfalls unseren Weg des Versuches der allmähligen seelischen Gewinnung der Arbeiter für richtig zu halten. Auf Grund der vom Bundeskanzler mit Herrn Mussolini geführten Gespräche steht vollkommen klar fest, daß eine autoritäre Regierung in Oesterreich, die die Erhaltung eines selbständi-

gen Oesterreich sich zum Ziele setzt, auf die Freundschaft und Hilfe Herrn Mussolinis bezw. die Hilfe Italiens immer wird rechnen können. In diesem Sinne hat zum Abschied Herr Mussolini Bundeskanzler Dr. Dollfuss ausdrücklich gesagt: „Bleiben Sie stark, das österreichische Volk kann auf die Freundschaft und Hilfe Italiens immer rechnen."

Ebenso sicher steht fest, daß Mussolini unter keinerlei Voraussetzungen an der Selbständigkeit Oesterreichs rütteln bezw. rütteln lassen wird; der Bundeskanzler hatte den sicheren Eindruck, daß für Herrn Mussolini der Anschluß Oesterreichs an Deutschland nicht in Frage kommt und dass Mussolini der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich keineswegs freundlich gegenübersteht.

Ueber die beabsichtigte Aufstellung der Hilfspolizei hat der Bundeskanzler die Aufklärung gegeben, dass beabsichtigt sei, ausgesuchte Leute aus den verschiedenen bürgerlichen christlichen Wehrverbänden für 3-4 Wochen einzuberufen, in Kasernen auszubilden und sodann als Reserve zu entlassen; es bestehe die Absicht, einen Teil dieser Leute als Gruppenführer beim Arbeitsdienst zu verwenden. Die Hauptsache bestehe darin, die Leute bedingungslos der Autorität der Regierung zu unterwerfen und dadurch dem Soldatenspielen auf eigene Faust möglichst ein Ende zu bereiten.

Herr Mussolini, den der Bundeskanzler auch über die Bestrebungen Major Papst's hinsichtlich Schaffung einer nationalen Front unter Ausschluss Starhemberg's und seiner Heimwehrgruppen Mitteilung machte, erkundigte sich auch nach Starhemberg. Der Bundeskanzler antwortete, dass Starhemberg in letzter Zeit gut und loyal mit ihm arbeite und die Regierung wo er könne unterstütze.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass dem vom Bundeskanzler gewonnenen Eindruck zufolge, Herr Mussolini sich beruhigt auf den Gang der Tätigkeit der Bundesregierung verlässt und keinen Anlass hat, durch Winke oder Ratschläge in diese Tätigkeit einzugreifen.

ad 2.) Der Bundeskanzler hat Herrn Mussolini gegenüber festgestellt, dass auch für Oesterreich eine autarke Wirtschaftspolitik nicht möglich ist, was Mussolini mit sichtlicher Freude quittierte. Nach Auffassung Herrn Mussolinis wäre der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Krise im allgemeinen bereits überschritten und eine leichte Aufwärtsbewegung scheine ihm sich anzukündigen. Bezüglich unserer Wirtschaftsbeziehungen zu Italien bestand Einvernehmen zwischen Herrn Mussolini und dem Bundeskanzler, die Bemühungen zur Intensivierung des Austausches fortzusetzen und in den nächsten Wochen das bestehende Regime, mit welchem Oesterreich gute Erfahrung gemacht habe, zu erweitern; hiebei betonte der Bundeskanzler besonders die Frage des Holzexportes, der für Oesterreich eine sehr bedeutende Rolle spiele.

Der Bundeskanzler erzählte Herrn Mussolini über sein am Montag, den 10. mit dem rumänischen Bauernführer Mihalake geführtes Gespräch, in dessen Verlauf Herr Mihalake andeutete, dass die kleine Entente ernstlich bemüht sei, das poliotische Gebilde der kleinen Entente wirtschaftlich zu unterbauen, indem Oesterreich,

Ungarn und Bulgarien in die wirtschaftliche kleine Entente eingegliedert werden sollen; Herr Mussolini hält diese Bestrebungen durchaus für irreal.
ad 3.) Die Einstellung Herrn Mussolini's zu den Vorgängen in Deutschland ging aus vielfachen Aussprüchen desselben deutlich hervor: Mussolini hofft, dass das nationalsozialistische Regime in Deutschland, das bisher eine Reihe von Fehlern begangen hätte, vom italienischen Fascismus etwas lernen werde. Bisher ist Mussolini noch in der Lage auf die Nazis in Deutschland Einfluss zu nehmen, wielange sie sich jedoch diesem Einfluss unterwerfen werden, sei fraglich. Mussolini erklärte die antisemitische Boykottbewegung in Deutschland nicht nur für eine umso ärgere „Dummheit", als man den Boykott nicht durchzuhalten vermochte, sondern erwähnte auch Gesandten Egger gegenüber, dass er selbst durch den italienischen Botschafter in Berlin in energischer Weise gegen den Boykott Stellung genommen habe. Mussolini schätzt Herrn von Papen sehr hoch, hält Göring hingegen für einen Narren.
Ueber unser Verhältnis zu Ungarn erkundigte sich sowohl Herr Mussolini als Herr Suvich. Letzterer fragte den Bundeskanzler, ob nach seiner Auffassung ein engeres Verhältnis zu Ungarn eingegangen werden könne. Der Bundeskanzler bezeichnete unsere Beziehungen zu Ungarn als ausgezeichnete und herzliche; was ein engeres Verhältnis zu Ungarn betreffe, meinte der Bundeskanzler, dass ein solches gewiss wünschenswert wäre, aber nicht so weit gehen dürfe, dass Oesterreich dadurch in irgendwelche Restaurationspläne hineingezogen würde, da für Oesterreich die Restauration nicht in Frage komme.
Mussolini erwähnte dem Bundeskanzler gegenüber, dass er mit der Haltung Frankreichs in der Frage des Vier-Mächte-Pakts durchaus nicht unzufrieden sei.
Ueber Jugoslavien hat Herr Mussolini bezeichnenderweise überhaupt nicht gesprochen. Hingegen erkundigte er sich nach Graf Clauzel, worauf der Bundeskanzler Herrn Mussolini darüber informierte, dass in der letzten Zeit der französische Gesandte sozusagen auch die kleine Entente fast offiziell vertritt. Weiters erwähnte der Bundeskanzler die engen Beziehungen der österreichischen Sozialdemokratie mit dem französischen „Populaire" und den tschechischen Sozialdemokraten.
Der Bundeskanzler ersuchte Herrn Mussolini um seine Stellungnahme zu der Frage der Schaffung einer gegen Sowjetrussland gerichteten Konvention (einverständliches Unterbinden des Wirtschaftsverkehrs mit Sowjetrussland, um dessen Sturz zu beschleunigen). Herr Mussolini erklärte, dass er nicht für ein derartiges Projekt sei, da er glaube, dass die Situation in Sowjetrussland bereits so morsch sei, dass der Versuch der Bildung einer antisowjetischen Front die anscheinend sehr uneinigen Gruppen der russischen Kommunisten nur zu einigen vermöchte.
Herr Mussolini hat von der militärischen Stärke Polens eine auffallend grosse Meinung.
ad 4.) Der Bundeskanzler hat zum Schlusse seiner fast einstündigen Unterredung mit Herrn Mussolini die Frage Südtirol berührt u.zw. in dem Sinne, dass der Bundeskanzler erklärte, es wäre ihm, ohne sich irgendwie in italienische Angelegenheiten einmischen zu wollen, ungeheuer wertvoll, wenn durch eine noble Geste

seitens Herrn Mussolini's eine Erleichterung hinsichtlich des deutschen Privatunterrichtes im Alto Adige geschaffen werden könnte. Darauf hat Herr Mussolini zwar keine direkte und präzise Antwort gegeben, jedoch erkennen lassen, dass er nicht abgeneigt ist, diesem Wunsche in irgendeiner Form näher zu treten. (Ueber das gleiche Thema hat der Bundeskanzler zu einem anderen Zeitpunkt mit Unterstaatssekretär Suvich gesprochen und angedeutet, dass es für die Bundesregierung und die österreichischen Tiroler schon einen grossen Fortschritt bedeuten würde, wenn die für das Alto Adige eingeführten Bestimmungen auf das im übrigen Italien geltende Ausmass beschränkt werden könnten, sodass die zum Widerspruch anreizende Disparität in der Behandlung des Alto Adige gegenüber dem übrigen Italien verschwinde. Auch Herr Suvich hat diese Anregung ohne Widerspruch und anscheinend verständnisvoll aufgenommen.
ad 5.) Unter anderen weniger bedeutungsvollen Einzelfragen erkundigte sich Herr Mussolini beim Bundeskanzler, ob er mit Herrn Preziosi zufrieden sei. Der Bundeskanzler antwortete darauf lediglich: „Können Sie uns nicht wieder Auriti schicken?".

1289 A

Sprechprogramm für Bundeskanzler Dollfuß anlässlich seiner Italienreise

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z.21838/13 Wien, 10. April 1933

1.) Dank für: sofortigen Empfang, für tatkräftige Mitwirkung in der Anleihefrage und Beteiligung an der Anleihe, für die Haltung in der Abrüstungsfrage und in der Hirtenberger Frage.
2.) Interesse für die vom Faszismus geschaffenen Institutionen (körperschaftliche Gestaltung der Wirtschaft).
3.) Darstellung der innerpolitischen Verhältnisse in Oesterreich (parlamentarische Zustände, Notverordnungsrecht, Absichten hinsichtlich Verfassungsreform, Reformierung des Pressewesens, Auflösung des Schutzbundes, Aufstellung von Hilfspolizei, Wehrfrage).
4.) Wirkung der deutschen Verhältnisse auf Oesterreich (Rede Frank II /unzweideutige Drohung/ für den 23. April bevorstehendes Treffen der Nationalsozialisten in Kufstein unter Mitwirkung von Epp und Frank II, der Kriminalfall in Kufstein (Ermordung Dr. Bell. – Politik des Bundeskanzlers gegenüber Deutschland, Anschlußfrage, wirtschaftliche Fragen).

5.) Die außenpolitischen Beziehungen Oesterreichs:
a) zu *Ungarn* (ausgezeichnete, freundschaftliches und vorteilhaftes Aussprechen mit Herrn Gömbös und Herrn von Canya. Wirtschaftliche Bestrebungen der Annährung).
b) zur *Tschechoslowakei* (mißgünstige, scharfe Pressehetze in der Tschechoslowakei gegen Oesterreich, engste Verbindung der österreichischen Sozialdemokraten mit tschechoslowakischen linken politischen Parteien Beneš und der linken Tschechenpresse).
c) zu *Frankreich* (großes Entgegenkommen französischerseits in der Holzpräferenzfrage, andauernde kleinliche Schwierigkeiten französischerseits in der Anleihefrage).
d) zu *England* (normal; bemerkenswerte Zähigkeit der englischen Gläubiger in der CA-Frage).
e) zu *Jugoslavien* (auch hier sind die österreichischen Sozialdemokraten die Hauptinformationsquelle des jugoslavischen Gesandten; die Presse ist wesentlich ruhiger und objektiver als die tschechische; bisweilen sehr unangenehme Grenzzwischenfälle /Raub des Stermitz/, erhebliche Schwierigkeiten für österreichische Besitzer wegen jugoslavischer Agrarschikanen /Auersperg, Benediktinerklöster/).
f) Bemerkenswert ist das Abhalten fortwährender Konferenzen und die intensive Zusammenarbeit der Vertreter der Kleinen Entente in Wien mit dem Wiener französischen Gesandten.

6.) Wirtschaftspolitische Fragen: Ausbau unseres jetzigen Systems mit Italien und Ungarn (Zollunionsfrage).

1290

Bundesminister für Justiz Schuschnigg an Bundeskanzler Dollfuß

Privatschreiben (Abschrift)

AdR, NPA
Österreich 3/VI
Z. 22086/13 Rom, 21. April 1933

Sehr verehrter Herr Kanzler! Lieber Freund!
Vorläufig auf diesem Wege einen kurzen Bericht:
Nach der einleitenden Konferenz mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär, die ich persönlich unter vier Augen führte, wurde seitens letzterem für die Formulierungsarbeiten bestimmt, dass wir mit Prälat Hudal und Weihbischof Kamprath

als seinen „persönlichen Vertrauensmännern“ zu verhandeln hätten. Dieser Modus ist sehr zweckentsprechend und bewährt sich absolut. Es kann wohl heute schon als sicher angesehen werden, dass wir zum Abschluss kommen werden. Die Formulierungsarbeiten sind naturgemäss etwas zeitraubend und muss damit gerechnet werden, dass wir nicht vor Ende der nächsten Woche fertig werden. Es versteht sich von selbst, dass ich sehr auf Beschleunigung dränge. Die Herren unserer Delegation arbeiten auch bis in die Nacht hinein.
Nach Fertigstellung des so durchgearbeiteten Entwurfes, hat sich Kard. Pacelli eine Frist von 2–3 Tagen ausbedungen zur persönlichen Durchsicht, dann folgen die abschliessenden Verhandlungen. Bis dort hoffe ich mit Dir in schriftliche oder telefonische Fühlungnahme zwecks Berichterstattung treten zu können. Ich darf wohl annehmen, dass ich als Bevollmächtigter vorbehaltlich der Genehmigung des Ministerrates paraphieren kann?
In Merito bewegen sich die Formulierungen durchwegs auf den bereits in Wien vereinbarten Bahnen. Auf dem Gebiet der Schule im Grossen Status quo mit gewissen grundsätzlichen Erklärungen in Hinsicht auf Gewährleistung des Religionsunterrichtes in niederen und mittleren Schulen. Hinsichtlich der Privatschulen eine Formulierung in dem von Dir ausdrücklich betonten Sinne in Richtung einer möglichsten staatlichen Unterstützung.
Alles was finanzielle Auswirkungen hat oder haben könnte, ist grundsätzlich gefasst, so dass die Bedachtnahme auf die derzeitigen finanziellen Verhältnisse ermöglicht bleibt.
Rücksichtlich Ehe geht es im Wesentlichen auf die „Hussareksche Formel“ hinaus, wobei jedoch was wir ohnedies wussten, nur ein Tolerare seitens des Hl. Stuhles in Frage kommt. Irgendwelche Formulierungen, die über den rein grundsätzlichen kirchlichen Standpunkt hinausgehen, kommen daher nicht in Frage. Der Hl. Stuhl wird aber natürlich keineswegs von uns im Unklaren gelassen. Insbesonders besteht Klarheit über die Sanierung der dzt. bestehenden Dispensehen. Das ganze Ehekapitel ist naturgemäss äusserst heikel und mühsam.
Was die Diözesanfrage betrifft, insistiert der Hl. Stuhl auf der Errichtung der Diözese Innsbruck-Feldkirch, ohne jedoch Errichtung eines Kapitels oder Seminars, also finanzielle Leistungen zu fordern.
Gesandter Kohlruss teilte mir Deine bezüglichen Auffassungen mit, die den Gedanken einer Angliederung an Salzburg mit Weihbischof in Innsbruck oder Feldkirch vertreten. Mit Rücksicht auf die Stellung des Hl. Stuhls wird sich dies nicht durchsetzen lassen. Allerdings muss ich auch als Tiroler Vertreter betonen, dass die Salzburger Lösung bei uns im Land schwersten Widerstand hervorrufen würde vorab in kirchlichen Kreisen, auch die Wiener Diözese wäre meines Wissens nicht entzückt. Die Situation Brixen ist mir natürlich völlig klar und darf ich in diesem Zusammenhang auf die Bestimmung des italien. Konkordats verweisen, das voraussetzt, dass Bistums- und Provinzgrenzen übereinstimmen, das bereits gelöste Band der Diözesanverbundenheit kann daher (Brixen-Innsbruck-Feld-

kirch) dzt. nicht wiederhergestellt werden und zwar voraussichtlich auf lange Zeit. Ich vermute daher, dass Du auf die Salzburger Lösung kein besonderes Gewicht legst.

1291
Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 78/Pol.[1]

AdR, NPA
Tschechoslowakei 5/1
Z. 22071/13 Prag, 25. April 1933

Herr Bundeskanzler,
ich habe mich seit mehreren Tagen bemüht, mit Herrn Dr Beneš wieder einmal ungestört zu sprechen, doch war es nicht möglich gewesen, weil er an seinem Exposé arbeitete, das er heute Nachmittag im Plenum des Abgeordnetenhauses und des Senates halten wird. Die Unterredung kam erst heute Vormittag zustande und ich hatte Gelegenheit, die Ansicht des tschechoslowakischen Aussenministers über einige politische Tagesfragen zu erfahren.
[…].[2] Diese Vereinheitlichung Deutschland's habe nach Ansicht des Ministers auch eine sehr grosse Bedeutung für Oesterreich bezw. für den Anschluss, den man sich früher konstruktiv immerhin noch möglich denken konnte, indem man ihn durch Angliederung Oesterreichs als eines mehr oder minder autonomen Gliedstaates durchführen wollte, der aber jetzt in dieser Form unmöglich wäre. Dies vereinfache das Problem andererseits, da jetzt Oesterreich vermutlich nicht so ohne weiters im Reich würde aufgehen wollen. Der Minister könnte über die Frage des Anschlusses diskutieren, wenn man ihn als in der Richtung eines logischen und notwendig kommenden *Vereinheitlichungsprozesses* darstellt, dessen Tendenzen sich in Mitteleuropa ja überall erkenntlich machen. Dieser Vereinheitlichungsprozess werde aber vielleicht eine Entwicklung von 100 oder mehr Jahren brauchen, genau so wie die Vereinigung Italiens Jahrhunderte gedauert habe. Gleich so werde dieser Prozess der Vereinheitlichung nach der Ueberzeugung Dr Beneš's bei den Jugoslawen vorsichgehen und es sei lächerlich, der jugoslawischen Regierung vorzuwerfen, dass ihr die Vereinheitlichung nicht schon in 15 Jahren gelungen sei, während doch das Land durch Jahrhunderte zwischen fünf oder mehr Staaten aufgeteilt gewesen war.

---

[1] Erging auch am 28.4. als Kopie nach Genf.
[2] Beneš referiert über sein Exposé und die innenpolitische Entwicklung in Deutschland seit der Machtergreifung Hitlers.

Für Oesterreich wäre jetzt die grosse Gelegenheit da, sich zu konsolidieren und insbesondere international seine Stellung festzulegen. Es wäre nach Ansicht des Ministers jetzt die einzigartige Gelegenheit gegeben, die *Neutralisierung* des Landes durchführen zu lassen, wozu Oesterreich selbst die Initiative zu ergreifen hätte. Dies sei kein Antrag seinerseits, noch habe er darüber mit Paris oder London gesprochen, es sei dies so eine Idee, ein Gedanke, der dem Minister im Hinblick auf die allgemeine europäische Situation sich neuerdings aufdrängt. Einem Oesterreich, dessen Anschluss an Deutschland man jeden Moment fürchten musste, konnte und wollte man nichts geben; ein garantiert selbständiges Land werde jedoch von seinen Nachbarn alles haben können, Oesterreich würde eine zumindest ebenso gute Position wie die Schweiz haben und es würde ausserdem dem europäischen Frieden einen ungeheueren Dienst erweisen.
Ich warf hier ein, dass wenn man auch in Oesterreich nicht mit allem einverstanden sei, was in Deutschland geschieht und wenn daher weite Kreise der Bevölkerung momentan vom Anschlussgedanken abgerückt seien, man doch keine Politik werde mitmachen wollen, die eine deutliche Spitze gegen Deutschland trägt.
Es falle ihm nicht ein, antwortete Herr Dr Beneš, uns zu einer antideutschen Politik verleiten zu wollen, davon sei ja auch gar nicht die Rede, weil eine Neutralisation zumindest genau so gegen Prag, gegen Rom, gegen Paris und alle anderen Staaten gerichtete wäre, wie gegen Berlin. Er habe nur den Eindruck, dass vielleicht jetzt der Augenblick wäre, wo wir nicht mehr in jeder Beziehung so grosse Rücksichten auf das Reich nehmen müssten, wie früher.
Auf meinen Einwand, dass Deutschland wahrscheinlich einer Neutralisierung Oesterreichs seine Zustimmung versagen würde, antwortete Herr Dr Beneš, dass er davon gar nicht so fest überzeugt sei und dass schliesslich im Falle als alle anderen Staaten die österreichische Selbständigkeit und Neutralität verbürgen würden, Deutschland ja gar nichts dagegen machen könnte. Im Uebrigen wisse er allerdings heute nicht, wie Herr Mussolini oder der Quai d'Orsay darüber denke, er wiederhole, dass er *mit niemandem* darüber gesprochen und nur mir gegenüber heute diese Idee entwickelt habe. Der Minister sei fest überzeugt, dass für uns in so manchem Belang jetzt eine nicht bald wiederkehrende Gelegenheit gegeben wäre und dass wir auch in wirtschaftlicher Hinsicht im Verhältnis zu den Nachbarn so manches erzielen könnten. Das Gerede über Zoll- oder Personalunionspläne mit Ungarn sei wohl nicht ernst zu nehmen, eine solche Gemeinschaft würde nicht von allzu langer Dauer sein, da sie mit dem Widerstand der Nachbarn, auch Deutschland's und vielleicht sogar mit einem Boykott der Kleinen Entente zu rechnen hätte.
Bei dieser Gelegenheit möchte der Minister etwas über die Kleine Entente sagen. Die Kleine Entente wolle den physischen und wirtschaftlichen Frieden und habe das Bestreben, sich mit allen ihren Nachbarn zu vertragen, insbesondere auch mit Deutschland, mit dem sie in der Zukunft zusammenarbeiten zu können hoffe. Allerdings wolle die Kleine Entente nicht das Naumann'sche Mitteleuropa unter

deutscher Vorherrschaft. Der Sinn des Ententepaktes sei aber auch *die Emanzipation von Frankreich*, was aber anderseits nicht bedeuten solle, dass die Kleine Entente *gegen* Frankreich sei. Die Kleine Entente wolle die Situation Frankreichs dadurch erleichtern, damit endlich das ewige Gerede von der französischen Hegemonie aufhöre und damit Staaten, die dies bisher im Hinblick auf die sogenannte französische Hegemonie ablehnen, ohne Prestigeverlust mit der Kleinen Entente zusammenarbeiten können.

Herr Dr Beneš begibt sich am 3. Mai nach Genf, wo er ungefähr drei Wochen zu bleiben gedenkt. Er glaube annehmen zu dürfen, dass die Abrüstungskonferenz schliesslich doch zu einem gewissen Erfolg führen werde, obzwar in England und Amerika nach dem Staatsakt von Potsdam eine merkliche Ernüchterung eingetreten sei.

Zum Schluss sprach Herr Dr Beneš in vorsichtiger Weise seine Meinung über die gegenwärtige interne Politik der österreichischen Regierung aus. Nach seinem Gefühl werde der Kampf gegen 2 Fronten auf die Dauer kaum durchzuhalten sein und die Regierung werde schliesslich die eine oder andere Front in ihre Reihen aufnehmen müssen. Gefährlich schiene es Herrn Dr Beneš zu sein, dies mit den Nationalsozialisten zu tun, die uns ebenso wie sie es in Deutschland mit den vorhergehenden Regierungen getan, sicherlich verschlingen würden. Vielleicht wäre jetzt der Moment gegeben, mit den Sozialdemokraten Frieden zu schliessen, die doch nach der vollständigen Zermürbung ihrer Front den bürgerlichen Parteien nicht mehr gefährlich werden können und sicherlich um jeden Preis, sich mit einem Minimum an Konzessionen begnügend, für die österreichische Regierung zu haben wären. Dr Beneš spreche hier nicht als linksstehender Mensch, sondern sage einfach seine objektive Meinung, umsomehr als er überzeugt sei, dass im Falle eines Friedensschlusses mit der Sozialdemokratie, für Oesterreich auswärtige Hilfe /Anleihe, Wirtschaftsverträge etc./ viel rascher und wirkungsvoller zu haben wäre.

In meiner heutigen Unterredung mit Herr Dr Beneš scheinen mir zwei Punkte besonders interessant und bemerkenswert zu sein: Die Anregung zur Neutralisierung, eine alte Lieblingsidee des Hradschins, seitdem es sich herausgestellt hat, dass ein politischer Anschluss Oesterreich an die Kleine Entente abgelehnt wird, und dann die Lanze, die Herr Dr Beneš für seine Wiener Rathausfreunde gebrochen hat. Ich stellte Herrn Dr Beneš in Aussicht, Herrn Bundeskanzler auch mündlich über unsere Unterredung zu berichten und er bat mich, ihm allfällige Bemerkungen über Herrn Krofta nach Genf sagen zu lassen.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1292
Gesandter Schmid an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 25/Pol.

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 22119/13 Paris, 29. April 1933

Herr Bundeskanzler!
Wie ich wiederholt zu berichten Gelegenheit hatte, ist bei meinen letzten Gesprächen und Demarchen in der Anleihefrage französischerseits jedesmal auf die Wichtigkeit der vorherigen Bereinigung des Kreditanstaltproblemes, dann auf die verschiedenen bekannten technischen Schwierigkeiten (Pfänderfrage, verfassungsrechtliche Ermächtigung) und schliesslich auf die sogenannten politischen Schwierigkeiten (Hirtenberg und Haltung der französischen Sozialisten) hingewiesen worden. Diese verschiedenen Bedenken bildeten eine Art mixtum compositum, dessen Grundelemente nur schwer auf ihre wahre Bedeutung zu taxieren waren. Dass der Enthusiasmus gering war, stand fest. Die Frage war nur, ob die technischen Bedenken Vorspann für die politischen waren oder umgekehrt.
Ich glaube, dass diese Situation durch mein heutiges Gespräch mit dem Directeur Politique am Quai d'Orsay geklärt worden ist.
Unmittelbar nachdem Ministerialrat Rizzi über die gestern erfolgte Paraphierung des Kreditanstalt-Zusatzabkommens informiert hatte, hatte ich heute eine einstündige Unterredung mit Herrn Bargeton, deren Verlauf und Ergebnis folgendes ist:
Ich sagte zunächst, dass ich mich sehr freue mitteilen zu können, dass das neue Abkommen über die Kreditanstalt gestern paraphiert worden und damit das grösste Hindernis auf dem Anleihewege weggeräumt sei. Die anderen technischen Schwierigkeiten seien, wie ich wiederholt im hiesigen Finanzministerium gehört hätte, für die französische Regierung keineswegs von ausschlaggebender Bedeutung. Offenbar sei also jetzt der Moment gekommen, wo die französische Regierung der Anleihe einen entscheidenden Impuls geben könne und diesen Impuls zu erbitten sei ich gekommen.
Der Directeur Politique sagte hierauf folgendes: Er nehme mit Anerkennung zur Kenntnis, dass wir die Kreditanstaltfrage bereinigt resp. ihrer Bereinigung so nahe gebracht hätten. Er verhehle mir jedoch nicht, dass gerade diese Klärung die französische Regierung augenblicklich geradezu in Verlegenheit bringe. Er müsse mir mitteilen, dass es für die Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen *unmöglich* sei, die Emission zu genehmigen, da sie sich dadurch einer heftigen Reaktion seitens der Sozialisten aussetzen würde. Die Regierung wisse bestimmt, dass jeder Ansatz in dieser Richtung sogleich zu einer sozialistischen

Anfrage in der Kammer, zu einer höchst unerquicklichen Debatte und ganz gewiss zu einem Resolutionsantrage der Sozialisten führen würde, der nicht nur die Regierung in eine schwierige Lage bringen sondern auch der Anleihe definitiv den Kragen brechen würde. Bisher sei es der Regierung gelungen, gerade durch den Hinweis auf die technischen Schwierigkeiten die Opposition zu beruhigen, immer in der Hoffnung, dass sich die Situation in Oesterreich klären und die Gereiztheit der Sozialisten vermindern würde. Diese Hoffnung habe sich bisher nicht erfüllt, die Stimmung der sozialistischen Partei werde immer bösartiger und sei im gegenwärtigen Momente so beschaffen, dass eine Explosion unvermeidlich wäre. Es sei in unserem eigensten Interesse gelegen, einen solchen Ausbruch zu vermeiden. Seiner Ansicht nach gebe es nur einen Weg: zuzuwarten, bis sich die innerpolitischen Verhältnisse in Oesterreich (in die sich die französische Regierung „selbstverständlich" nicht im geringsten einmischen wolle) geklärt hätten.

Ich erinnerte Herrn Bargeton hierauf höflich aber bestimmt an die Tatsache, dass das Lausanner Protokoll vom französischen Parlamente ratifiziert worden ist. Ich sagte, dass alle Argumente, die die Regierung damals im parlamentarischen Kampfe für die Ratifizierung einsetzen konnte, nicht blos ungeschwächt, sondern in viel aktuellerem Masse weiter bestehen. Dass ich die Angst der Regierung vor einem *noch nicht* eingetretenen parlamentarischen Zwischenfalle umsoweniger begreife, als sie einem *wirklich* eingetretenen Widerstand bei der Votierung des Garantiegesetzes mutig und erfolgreich die Stirne geboten habe. Und wenn selbst das schlimmste einträte und die Emission durch jene befürchtete Resolution zu Fall gebracht würde, so sei selbst dann die Situation noch immer nicht schlechter als die jetzige, wo ebensowenig geschieht als dann geschähe.

Letzteres will Herr Bargeton nicht einsehen. Er meint, eine Aktion der Regierung im gegenwärtigen Augenblicke würde das Schicksal der Anleihe endgilitig besiegeln, während durch Zuwarten wenigstens für später die Chancen gewahrt blieben. (Immer ohne sich im geringsten in unsere inneren Angelegenheiten einmischen zu wollen) sei er der Ansicht, dass nur durch eine Einwirkung unserer Sozialdemokraten auf ihre hiesigen Freunde eine Situation geschaffen werden könne, die eine Emission der Anleihe ermöglicht.

Hiebei möchte ich ausdrücklich feststellen, dass alle *aussenpolitischen* Argumente für die Anleihe, die man am Quai d'Orsay anführt, dort voll gewürdigt werden, ja rein verstandesmässig gesprochen geradezu offene Türen einrennen. Es handelt sich aber diesmal nicht um das *Verständnis* der hiesigen Regierung, sondern um ihre Angst vor einer Auseinandersetzung mit der sozialistischen Partei, die derzeit mehr denn je ihre Stütze bildet. Diese Angst ist meinen letzten Eindrücken nach aufrichtig.

Genehmigen Herr Bundeskanzler die Versicherung meiner grössten Verehrung.

Schmid

1293
Gesandter Kohlruss an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 48 (res.)

AdR, NPA
Österreich 3/VI
Z. 22314/13 Rom-Vatikan, 6. Mai 1933

Herr Bundeskanzler!
Angesichts des so erfreulichen Umstandes, dass der Herr Bundeskanzler die mündlichen Konkordatsverhandlungen persönlich eingeleitet und dass der Herr Bundesminister für Justiz diese in der Folge in ihrem Kontext zu einem glücklichen Ende geführt hat, entfällt für mich jede Notwendigkeit einer Berichterstattung im Gegenstande.
Ich möchte es nur nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass diese Verhandlungen zeitweise einigermassen dramatischer Momente nicht entbehrten.
In einem besonderen Falle kritischen Charakters für das Schicksal des Konkordates unterbrach der Herr Kardinalstaatssekretär die Sitzung, um die sofortige Stellungnahme Seiner Heiligkeit persönlich einzuholen, und auch der Herr Bundesminister für Justiz musste inmitten der Sitzungen gelegentlich Respirofristen für entsprechende Formulierungen einschalten.
Es ist zweifellos der perfekten Beherrschung der Materie, der besonders geschickten Taktik und dem vollendeten Takte des Herrn Bundesministers für Justiz, dem Herr Sektionschef Dr. Löbenstein mit vollendeter Sachkenntnis sekundierte, zu danken, dass alle diese Klippen umgangen und die ganzen Verhandlungen zu einem glücklichen Abschluss gebracht werden konnten.
Nach der Abfahrt der Delegation hatte ich den Vorzug, vom Herrn Kardinalstaatssekretär empfangen zu werden, der sich über die geschickte, sachkundige und taktvolle Führung der Verhandlungen durch den Herrn Bundesminister für Justiz – bei aller nachhaltigsten Vertretung der staatlichen Interessen durch ihn – in überaus schmeichelhafter Weise geäussert hat.
Seine Eminenz sprach hierauf seine freudige bestimmte Erwartung aus, dass vor allem der Herr Bundeskanzler, der persönlich die Verhandlungen eingeleitet habe, auch persönlich zur Unterzeichnung des Konkordates nach Rom wiederkommen werde.
Gleichzeitig eröffnete mir der Herr Kardinalstaatsekretär, dass er dem Herrn Bundesminister für Justiz vor dessen Abreise den Wunsch ausgesprochen habe, dass er den Herrn Bundeskanzler zur Unterzeichnung nach Rom mitbegleiten möge; Seine Eminenz wiederholte mir gegenüber expressis verbis diese seine von ihm als selbstverständlich empfundene Erwartung, wobei er auf die Baden, Bayern und Preussen betreffenden Präzedenzfälle hinwies, in denen ebenfalls auch die an den Verhandlungen beteiligt gewesenen Ressortminister bei der Unterzeichnung der finalen Vertragsoperate mitgewirkt haben.

Genehmigen, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Kohlruss

1294

Gesandter Schmid an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 9 (Chiffre)

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 22228/13

Paris, 6. Mai 1933
(20.05)

Ueber Auftrag Ministers des Aeussern, bei dem ich Unterredung angesucht hatte, der jedoch durch die Rückkehr Herrn Herriots besonders in Anspruch genommen ist, hat mich der politische Direktor heute früh zu sich gebeten.
Ich erklärte Herrn Bargeton, dass die vorgestrige Senatsrede Paul Boncours bei uns niederschmetternd gewirkt habe.[1] Niemand verstehe in Oesterreich, woher der Geschäftsträger plötzlich jene politischen Bedingungen beziehe, denen Anleihe seitens des Senats unterworfen worden sei. Seine Aeusserungen über die Stabilität verfassungsmässigen Regimes in Oesterreich müssten, selbst wenn sie in der Presse richtig wiedergegeben und vom Publikum richtig verstanden worden wären, als geeignet erscheinen, Ansehen Bundesregierung zu schmälern und ihre Aufgabe zu erschweren. Zum mindesten müssten sie glauben, dass die Bundesregierung in Hinkunft nicht mehr auf die Unterstützung Frankreichs und auf Anleihe rechnen könne. Dies sei auch mein persönlicher Eindruck und ich sei eigentlich nur gekommen, mir eine Bestätigung dieser Ansicht zu holen.
Politischer Direktor sagte mir, dass er meine Demarche unverzüglich Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zur Kenntnis bringen werde. Schon jetzt aber könne er erklären, dass die vorgestrige Enunziation keinerlei Aenderung in der Haltung und in Absichten französischer Regierung bezüglich Anleihe bedeute. Rede habe im Gegenteil bezweckt, Bahn für die Anleihe frei zu halten. Ihr Sinn sei eine parlamentarische Taktik gewesen. Es sei notwendig gewesen, Opposition zu beruhigen; Paul Boncour habe es vorgezogen, das Prävenire zu spielen und dadurch gefährlichen und alles ver-

[1] Der französische Außenminister hatte am 4. Mai im Senat ein Exposé erstattet, dass besonders den Friedenswillen seines Landes, nicht zuletzt auf der Genfer Abrüstungskonferenz, unterstrich. In diesem Zusammenhang sprach er auch davon, dass bei der Reorganisation Mitteleuropas „nichts gegen oder ohne Italien unternommen werden könne." Darüber hinaus trat Paul-Boncour für eine Annäherung zwischen Frankreich und Sowjetrussland ein (WZ, Nr. 105, 6. 5. 1933, 5).

derbenden Ausbruch hintanzuhalten. Französische Regierung sei nach wie vor bereit, in erstem sich ergebenden psychologischen Moment mit der Anleihe vorzugehen.
Als ich hierauf sagte, dass der *Minister* durch eine Aeusserung über die Stabilität in gefährlicher Weise *sich*[2] selbst die Hände gebunden habe, und fragte, wie sich französische Regierung […][3] Stabilisierung unseres politischen Regimes vorstelle, meinte Bargeton, diese Frage habe keine so grosse Bedeutung. Keineswegs wollte Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sagen, Oesterreich müsse etwa seine Verfassungsreform durchgeführt haben, um die Anleihe zu erhalten. Französische Regierung brauche zum Weiterführen nur […][4] Indikationen", dass die Bundesregierung auf dem Wege sei, jetziges Regime allmählich in verfassungsmässige Bahnen überzuleiten.
Hiebei liess Bargeton Bemerkung fallen, dass jede Enunziation der Bundesregierung, die eine liberalere […][5] des Verfassungsproblems vorausahnen liesse, für die französische Regierung eine wertvolle Handhabe im obigen Sinne bilden würde. Ich bin auf letztere Bemerkung nicht weiter eingegangen und habe mich darauf beschränkt zu erklären, dass die […][6] Indikationen durch die wiederholten öffentlichen Erklärungen österreichischer Regierung […][7] schon zur Genüge vorliegen. Im Uebrigen führte ich meinem Mitredner die Bedeutung der letzten Reden und Verordnungen (Uniformverbot) der Bundesregierung eindringlichst vor Augen. Fortsetzung folgt.

1294 A

Gesandter Schmid an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 10 (Chiffre)

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 22229/13

Paris, 6. Mai 1933
(20.10)

Fortsetzung des Telegrammes No. 9.[1]
Schliesslich fragte Bargeton, was meines Erachtens zunächst zu tun sei. Ich erwiderte, ich hielte es für notwendig, dass die französische Regierung der öster-

[2] Chiffre fehlt
[3] Zwei Chiffres unklar.
[4] Chiffre fehlt.
[5] Chiffre fehlt.
[6] Chiffre fehlt.
[7] Chiffre fehlt.
[1] ADÖ 9/1294.

reichischen ungesäumt durch den Mund ihres Ministers des Aeussern eine klare Erklärung über ihre Haltung und ihre Absichten bezüglich der Anleihe abgebe. *Deshalb* hätte ich eben um eine Unterredung mit *Herrn Minister* angesucht.
Bargeton ging auf diesen Gedanken ein und machte sich erbötig, seinen Minister zur Abgabe einer solchen diplomatischen Erklärung zu bewegen, die feststellen *soll*, dass die französische Regierung nach wie vor an der Anleihe festhält und in diesen guten Dispositionen durch die letzten Enunziationen und Akte der Bundesregierung nur bestärkt worden ist.
Wie ich soeben erfahre, wird mich Minister des Aeussern Montag vormittags empfangen.
Aufgetragene Protestdemarche wegen Populaire-Artikel heute vollzogen.[2]

1294 B

Gesandter Schmid an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 11 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 22256/13

Paris, 8. Mai 1933
(14.20 → 17.00)

Zu hieramtlichen Telegrammen No. 9[1] und 10[2].
Streng geheim.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der mich soeben empfangen hat, ersuchte mich, Herrn Bundeskanzler mitzuteilen, dass seine Senatsrede aus Gründen hiesiger parlamentarischen Situation notwendig gewesen sei, dass er sich nach wie vor an sein Anleiheversprechen gebunden erachte, jedoch Moment abwarten müsse, wo ihm die ruhige Entwicklung der politischen Verhältnisse in Oesterreich erlauben werde, Emission vor dem Parlament zu vertreten. Minister der auswärtigen Angelegenheiten machte wiederholt Anspielung auf die Opportunität

---

[2] Der „Populaire“ hatte am 5. Mai einen scharfen Artikel gegen die Bundesregierung veröffentlicht. Darin wurde auch die Behauptung aufgestellt, dass – trotz aller Versprechungen des Ballhausplatzes – von den Hirtenberger Waffenbeständen noch nichts nach Italien zurückgeschickt und die diplomatischen Vertreter der Westmächte vielmehr getäuscht worden seien. Die Wiener Außenpolitik stritt diese Vorwürfe nicht bloß kategorisch ab, sondern machte die Angriffe sogleich zum Gegenstand einer diplomatischen Intervention in Paris (WZ, Nr. 105, 6. 5. 1933, 3).

[1] ADÖ 9/ 1294.
[2] ADÖ 9/ 1294 A.

Heranziehung gemässigten Flügels unserer Sozialdemokratie zu konstitutioneller Wiederaufbauarbeit, worauf ich nicht reagierte.
Er studiere Möglichkeit, Herrn Bundeskanzler über die nach wie vor bestehende günstige Disposition der französischen Regierung eine Erklärung auf diplomatischem Wege abzugeben.

1295
Auszug aus einem Bericht des Gesandten Tauschitz

AdR, NPA
Deutschland I/12
Dokumente zum Konflikt Nr. 5 Berlin, 10. Mai 1933

Ich wurde heute um 11 Uhr in der Reichskanzlei in Gegenwart des Herrn Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath und des Staatssekretärs Lammers vom Reichskanzler Hitler empfangen.[1] Das Gespräch wandte sich zunächst den verschiedenen Beschwerden zu, die ich im Außenamte in letzter Zeit erhoben habe, so u. a. wegen einer im „Völkischen Beobachter“ erschienen Karikatur, die Bundeskanzler Dr. Dollfuß darstellte und das international übliche Maß einer satirischen Karikatur überschritt, ferner wegen eines Artikels der „Täglichen Rundschau“, in der Bundeskanzler Dr. Dollfuß als „der Schmachkanzler von Lausanne“ bezeichnet worden war u. a. m. Der Herr Reichskanzler entgegnete auf meine Ausführungen, daß auch er sich über die Haltung der österreichischen Presse und der österreichischen Regierung zu beklagen habe, da fast täglich in den österreichischen Zeitungen der Nationalsozialismus und seine Führer angegriffen und verunglimpft würden. Ich dürfe nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus heute Deutschland und die Reichsregierung verkörpere. An seine Kritik über den Artikel der „Reichspost“, in dem der Besuch der reichsdeutschen Minister und Staatsfunktionäre bei der österreichischen nationalsozialistischen Partei als unerwünscht und unwillkommen bezeichnet wird, fügte der Herr Reichskanzler die Bemerkung bei, daß, wenn dies so weitergehe, er sich gezwungen sehen würde, vielleicht einmal probeweise auf ein Jahr, jeden reichsdeutschen Besuch in Österreich zu verhindern, bis in Österreich wieder Besinnung einkehre … In meiner Erwiderung bezüglich des Artikels der „Reichspost“ erklärte ich, daß, wenn es sich um einen Besuch der reichsdeutschen Minister handle, wie ihn Minister Frank II heute im „Völkischen Beobachter“ darstelle, d. h. um einen Besuch auf Grund einer Einladung Bundesministers Dr. Schuschnigg, die er seinerzeit in Berlin an ihn

[1] Vgl. dazu ADAP, C 1/219.

habe ergehen lassen, dann wäre dieser Besuch im diplomatischen Wege anzumelden und das diesbezügliche Besuchsprogramm festzulegen gewesen. Ich könne die Herren versichern, daß der Besuch in diesem Falle nicht nur sehr erwünscht gewesen, sondern, daß er auch in sehr freundschaftlichen und herzlichen Formen abgewickelt worden wäre. Eine andere Frage sei natürlich ein Besuch reichsdeutscher Minister und Funktionäre zum Zwecke eines Parteibesuches in Wien, der propagandistische und agitatorische Zwecke verfolge, oder zumindest von den dortigen Parteigenossen zu solchen Zwecken verwendet und ausgebaut worden wäre. Von einer Tagung der „Landesgruppe Österreich" des über Deutschland und Österreich einheitlich organisierten nationalsozialistischen deutschen Juristenbundes sei weder mir noch offenbar auch der „Reichspost" etwas bekannt, so daß diese mit Recht annehmen könnte, es handle sich eben nur um einen Parteibesuch … Zu der Anspielung des Herrn Reichskanzlers auf eine etwaige probeweise Einstellung des Fremdenverkehrs aus Deutschland nach Österreich verwies ich auf das Interview des Ministerpräsidenten Dr. Siebert über die Beziehungen zu Österreich in den „Innsbrucker Neusten Nachrichten" vom 8. Mai. Auch Dr. Siebert sagt: „Man wird es aber in Österreich sich selbst zuzuschreiben haben, wenn aus diesem Verhalten auch in wirtschaftlicher Hinsicht, so zum Beispiel im Fremdenverkehr, sich ohne Zutun der deutschen Regierung Weiterungen einstellen."

1296

Bundeskanzler Dollfuß an Gesandten Egger (Rom)

Telegramm Nr. 18 (in Ziffern, streng geheim)

AdR, Wien, 10. Mai 1933
Gesandtschaft Rom (14.00)

Zeitungsnachrichten zufolge sollen bayrischer Justizminister Frank, preussischer Staatsminister Kube und mehrere andere deutsche Funktionaere beabsichtigen mittelst Regierungsflugzeug Samstag 13. d. M. in Wien einzutreffen um in nationalsozialistischen Versammlungen Vortraege zu halten.
Seitens hiesiger Nationalsozialisten grosse Aufmachung geplant.
Da es sich um Privatbesuch allerdings zu politischem Zwecke handelt kann Einreise nicht gut verhindert werden. Bundesregierung fuehlt sich selbstverstaendlich stark genug um die oeffentliche Ordnung und Sicherheit aufrecht zu halten. Trotzdem muessen solche Besuche zu Stoerungen der ruhigen Aufbauarbeit der Bundesregierung fuehren. Der Regierung nahestehende Blaetter haben denn auch den Besuch bereits als durchaus unerwuenscht bezeichnet.

Wollen Sie unter Bezugnahme auf meine Unterredung mit Herrn Mussolini hievon sofort massgebende italienische Stelle vertraulich muendlich informieren.
Zu Euer etc. ausschliesslich persoenlicher Information:
An diese Mitteilung wollen Sie *keinerlei* Petit knuepfen. Wenn die italienische Regierung aber aus eigener Initiative geneigt waere dem in letzter Zeit immer staerker werdenden Druck von deutscher nationalsozialistischer Seite auf Oesterreich entgegenzuwirken wuerde dies gewiss dankbar begruesst werden.

1297

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Egger (Rom)

Telegramm Nr. 19 (in Ziffern, streng geheim)

AdR — Wien, 11. Mai 1933
Gesandtschaft Rom — (21.10)

Oesterreichischer Gesandter in Berlin telegrafiert 10 d. M.[1]:
„Heute ueber Ersuchen Reichskanzlers bei ihm vorgesprochen. Vor Allem beschwerte er sich ueber unfreundliche Haltung oesterr. Regierung und Regierungspresse und verwies insbesonders auf Artikel Reichspost „Unerwuenschter Besuch“ und Winklerrede. Er erklaerte dazu, falls diese Kampfmethode gegen die Nationalsozialisten sowie Reisen von Reichsregierungsmitgliedern anhalte, er gezwungen sein werde, diesseitiger Weise auf ein Jahr jeden Besuch Reichsdeutscher in Oesterreich zu verhindern bis Besinnung eintritt. Hitler bezeichnete Wien als Hauptzentrale der Deutschlandhetze, beschwerte sich ueber die Zusammenziehung von Truppen insbesondere bei Kufstein. Alle Nachrichten bezueglich eines von Bayern ausgehenden Putsches seien in Wien fabriziert und tendenzioes erdichtet.
In Erwiderung erklaerte ich, dass Besuch deutscher Minister in Wien urspruenglich rein parteimaessig aufgebaut. Erst heute gibt Frank II Erklaerungen ueber angeblich vorhergegangenen Fachcharakter. Auf das Entschiedenste verwahrte ich mich gegen die Behauptung dass Wien Hauptzentrale Deutschlandhetze. Drohung mit Fremdenverkehrsboykott beantwortete ich mit Repressalien oesterreichischerseits in Bezug auf Handelsverkehr mit Deutschland da Fremdenverkehr oesterreichisches Bilanzpassivum nur teilweise kompensiere.

---

[1] Vgl. dazu Gesandter Tauschitz an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten. Telegramm Nr. 2 (Konzept), Berlin, 10. 5. 1933 – AdR, Gesandtschaft Berlin. Siehe außerdem ADAP, C 1/219.

Besprechung schloss mit Ausdruck Wunsches unfreundliche Haltung Presse zu verhindern und Missverstaendnisse durch gegenseitige Aussprache zu beseitigen."
Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Suvich den Euer etc. ersuchen wollen, hievon Berlin gegenueber absolut keinen Gebrauch zu machen. Bei diesem Anlasse wollen sie fuer die mit Euer etc. Telegramm No. 46. gemeldeten freundschaftlichen Erklaerungen Unterstaatssekretaer aufrichtigsten Dank Bundeskanzler aussprechen.

1298
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)[1]

AdR, NPA
Ungarn/Geheim II/4
Z.22330/13 Wien, 12. Mai 1933

Von einem absolut verlässlichen und bewährten Vertrauensmann erfahre ich Folgendes über die Einstellung der ungarischen Regierung zum Hitler-Regime:
Die ungarische Regierung, insbesondere Gömbös und Kánya sowie auch andere sehr massgebende ungarische Faktoren wie Graf Bethlen, seien der Auffassung, dass eine sogenannte friedliche Revision der Grenzen niemals Wirklichkeit werden kann. Der einzige Weg der zu einer Revision der ungarischen Grenzen führen könne, sei der glückliche Ausgang einer kriegerischen Konflagration. Die ungarische Politik sei notgedrungen auf Friedenstöne eingestellt, strebe aber konsequent darnach, die Aufmerksamkeit des Weltgewissens auf die ungerechte Grenzziehung von Trianon zu lenken und die Ueberzeugung, dass dieser Ungerechtigkeit abgeholfen werden müsse, nicht einschlafen zu lassen. Ungarn sei natürlich zu schwach, um eine kriegerische Politik zu führen. Die ungarische Regierung und insbesondere Kánya hätten grosse Stücke auf Hitler und sein Regime gehalten, da sie die Hoffnung hatten, Deutschland würde sich unter Hitler innerlich vollkommen regenerieren und kraftvoll zusammenschliessen, *ohne* hiebei das Ausland so vor den Kopf zu stossen, dass dadurch Deutschland die Wiederaufrüstungsmöglichkeit benommen würde. Speziell die Potsdamer Rede Hitler's habe Ungarn in der Hoffnung bestärkt, dass nach einigen Kinderkrankheiten des Hitler-Regime's die Welt sich mit diesem abfinden und Deutschland die akademisch bereits versprochene Gleichberechtigung und dadurch die Möglichkeit zur Wiederaufrüstung und militärischen Erstarkung einräumen werde. Die ungarische Regierung und die erwähnten Faktoren seien über den Verlauf der ersten Regierungsperiode Hitler's tief entsetzt, da sie sehen müssten, dass Deutschland

[1] Erging per Kurier am selben Tag als Weisung an Hennet (Budapest).

es in diesen wenigen Wochen zuwege gebracht hatte, wieder einmal die ganz Welt gegen Deutschland aufzubringen und die Weltsituation in eine furchtbare Spannung zu versetzen. Es erscheine derzeit äusserst unwahrscheinlich, dass die Grossmächte, ja selbst Italien, Deutschland die Möglichkeit zur ungestörten Wiederaufrüstung bieten würden. Es bleibe unter diesen Umständen Ungarn nichts anderes übrig, als diese Hoffnung einstweilen aufzugeben und wieder zu trachten, die Politik des „vom Löffel in den Mund" mit allen Nachbarn, so auch der Kleinen Entente und Frankreich zu machen. Nichtsdestoweniger müsse Ungarn unausgesetzt an seiner militärischen Ertüchtigung und Ausrüstung energisch weiterarbeiten, um im gegebenen Augenblick, so gut eben möglich, für alle Eventualitäten vorbereitet zu sein.

1299
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)[1]

AdR, NPA
Deutschland I/1
Z.22398/13 Wien, 15. Mai 1933

Von authentischer und bewährter ungarischer Quelle erfahre ich Nachstehendes:
Der deutsche Gesandte in Budapest, von Schoen, hat kürzlich auftragsgemäß im ungarischen Aussenamte bei Generalsekretär Graf Khuen-Héderváry die Anschlußfrage zur Sprache gebracht und die Frage gestellt, worauf denn die merkliche Aenderung in der ungarischen Haltung gegenüber diesem Probleme in letzter Zeit zurückzuführen sei. Unter der Regierung Graf Bethlen's sei die Haltung Ungarns jedenfalls keine ablehnende gewesen, während jetzt die politische öffentliche Meinung Ungarns in sehr deutlicher Weise den Anschluss Oesterreichs an Deutschland ablehne. Es sei dies Herrn von Schoen umso unbegreiflicher, als Ungarn sich ja ausrechnen könne, daß Ungarn aus dem Anschluße beträchtliche politische Vorteile, insbesondere in der territorialen Revisionsfrage *(!!Burgenland?)* erwachsen würden.
Graf Khuen-Héderváry habe Herrn von Schoen erwidert, daß dessen Wahrnehmung vollkommen zutreffe und sich sehr leicht daraus erklären lasse, daß Ungarn bereits heute auf keinerlei Entgegenkommen in wirtschaftlicher Beziehung bei Deutschland stosse. Wenn nun aber Oesterreich auch noch dem Deutschen Reiche einverleibt würde, ginge für Ungarn der ihm besonders wertvolle österreichische Markt wahrscheinlich gleichfalls verloren, was für Ungarn eine Lebensfrage bedeute. Mein Gewährsmann unterstrich, daß Graf Khuen die wohl politisch gemeinte Anfrage Herrn von Schoens absichtlich mit wirtschaftlichen Argumenten beantwortet habe.

[1] Erging am 25. 5. 1933 geheim per Kurier auch an die Gesandtschaft Rom.

1300
Bericht des Gesandten Tauschitz

AdR, NPA
Deutschland I/12
Dokumente zum Konflikt Nr. 7 Berlin, 15. Mai 1933

Über die mir heute Vormittag um 11 Uhr 10 Min. erteilte telephonische Weisung habe ich sofort um einen Empfang bei Reichsaußenminister Baron Neurath angesucht.[1] Baron Neurath empfing mich um 12 Uhr sehr liebenswürdig und sagte, nachdem ich mich für die sofortige Ermöglichung der Vorsprache bedankt hatte, daß er ohnedies mit mir über die Asperner Begrüßung der deutschen Minister sprechen wollte, die eine neue Schwierigkeit ergebe. Nach einer kurzen Schilderung, daß die deutschen Minister Wien bereits verlassen hätten, daß Frank II nach Graz weitergefahren sei, wo er eine Rede hielt, die aus wüsten Schimpfereien über die österreichische Regierung (der Androhung des Boykotts im Fremdenverkehr und der Aufforderung des Publikums, der Polizei den Gummiknüppel wegzunehmen) bestanden habe, stellte ich im Auftrage meiner Regierung das Ersuchen an die Reichsregierung, Minister Frank II den Auftrag zu geben, das österreichische Gebiet so bald als möglich zu verlassen. Reichsminister Baron Neurath erklärte sofort, er wolle sehen, was man da machen könne.
Reichsaußenminister Baron Neurath erwähnte schließlich, er habe bereits Gesandten Dr. Rieth den Auftrag gegeben, bei der Wiener Regierung Protest einzulegen und brauche mich daher nicht mehr weiter damit zu beschweren. Bezüglich Dr. Frank II werde er sehen, was man rasch unternehmen könne.

1301
Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an alle Leiter der Gesandtschaften im Ausland

Zirkularerlass

AdR, NPA
Deutschland I/12
Dokumente zum Konflikt Nr. 8 Wien, 16. Mai 1933

Am 18. März l. J. hat Nachrichten der deutschen und österreichischen Presse zufolge, der damalige bayerische kommissarische Justizminister Dr. Frank II, ge-

[1] Vgl. dazu ADAP, C 1/234.

genwärtig Reichsjustizminister, zum Schlusse eines Rundfunkvortrages in Form eines Grußes an die nationalsozialistische Partei in Österreich die Wendung gebraucht, daß die österreichische Regierung in aller Freundschaft davor gewarnt sein möge, die deutschen Nationalsozialisten zu veranlassen, die Sicherung der Freiheit der deutschen Volksgenossen in Österreich zu übernehmen. Gegen diese Äußerung, falls sie tatsächlich in dieser Form gefallen wäre, hat auftragsgemäß der österreichische Gesandte in Berlin beim dortigen Auswärtigen Amt Einspruch erhoben und um Bekanntgabe des authentischen Textes der Äußerung Dr. Franks II ersucht. Auf diesen Schritt unseres Gesandten in Berlin ist trotz mehrmaliger Urgenz eine meritorische Antwort nicht erfolgt. Anläßlich einer Aussprache, die am 10. Mai l. J. zwischen Gesandten Tauschitz und Reichskanzler Hitler stattgefunden hat[1], ist auch diese Angelegenheit neuerlich zur Sprache gekommen, ohne daß seitens des deutschen Reichskanzlers oder des dem Gespräche beiwohnenden Reichsaußenministers eine Aufklärung über diesen Einmischungsversuch Herrn Franks in österreichische Angelegenheiten erfolgt wäre. Seitens des Herrn Reichskanzlers wurde vielmehr die Verantwortung für diesen Exkurs Herrn Franks mit dem Bemerken abgelehnt, er könne nicht jedem Redner „nachlaufen".

Die nationalsozialistische Parteipresse hatte nun vor einigen Tagen den Besuch mehrerer höherer reichsdeutscher Funktionäre u. a. Reichsjustizministers Dr. Frank in Wien angekündigt. Wie bekannt hat daraufhin der Großteil der österreichischen Presse in diesem Sinne reagiert, daß der offenbar parteipolitische Zwecke verfolgende Besuch der reichsdeutschen Funktionäre in Österreich als unerwünscht zu bezeichnen sei. Im Verlaufe der sich daran schließenden Pressepolemik haben offiziöse reichsdeutsche Organe den Reisezweck zunächst mit der „Teilnahme an einer nationalsozialistischen Juristentagung in Wien" zu erklären versucht. Schließlich wurde aber als Zweck der Reise die Teilnahme an einer „Türkenbefreiungsfeier der nationalsozialistischen Gauleitung Wien" bekanntgegeben.

Die österreichische Regierung, der der Besuch Reichsjustizkommissärs Dr. Frank sowie der ihn begleitenden Funktionäre von Seiten der deutschen Reichsregierung nicht notifiziert worden war, stand von vorneherein auf dem Standpunkt, daß es sich deshalb bloß um die Einreise und den Aufenthalt von Privatpersonen in Österreich handeln könne und daß infolgedessen die allgemeinen Vorschriften hinsichtlich des Versammlungsverbotes auch bei dieser Gelegenheit zur Anwendung zu kommen hätten. Einvernehmlich mit der nationalsozialistischen Gauleitung Wien wurde denn auch die Abhaltung einer Türkenbefreiungsfeier in den Wiener Engelmann-Sälen, Samstag, den 13. d. M., mit der Maßgabe bewilligt, daß in den im Rahmen dieser Feier gehaltenen Reden ausschließlich das historische Thema behandelt und keine Kritik an den innen- und außenpolitischen Handlungen der österreichischen Bundesregierung geübt werde.

[1] ADÖ 9/1295.

Am 13. d. M. nachmittags, sind tatsächlich die deutschen Minister Frank II und Kerrl in Begleitung ihrer Gattinnen sowie einer Reihe von deutschen Funktionären auf dem Flugplatze in Aspern eingetroffen. Der Polizeipräsident von Wien teilte Dr. Frank auftragsgemäß mit, daß er, wenn auch der Besuch Ministers Frank mit Rücksicht auf die nicht beigelegte Münchner Rundfunkangelegenheit der Bundesregierung nicht erwünscht sei, von Seiten der Bundesregierung beauftragt sei, für die Sicherung Ministers Frank und seiner Reisebegleitung während ihres Aufenthaltes in Österreich zu sorgen; zu diesem Zwecke erbitte er sich die Mitteilung des Aufenthaltsprogrammes des Ministers.

Während der Aufenthalt der genannten Reisegruppe im allgemeinen zu Bemerkungen keinen besonderen Anlaß bot, ergriff Justizminister Frank II die Gelegenheit eines Presseempfanges auf der deutschen Gesandtschaft in Wien, um wegen des unfreundlichen Empfanges, der ihm von seiten der österreichischen Bundesregierung zuteil geworden wäre, Zwangsmaßnahmen der deutschen Reichsregierung gegen Österreich anzudrohen. In erhöhtem Maße erging sich Justizminister Frank in Beleidigungen der Bundesregierung, insbesondere des Herrn Bundeskanzlers, sowie in Drohungen gegen Österreich im Verlaufe einer Ansprache, die er Sonntag, den 14. d. M., abends, auf dem Grazer Schloßberge – im Widerspruche mit den zwischen den dortigen Behörden und nationalsozialistischen Faktoren in Graz getroffenen Vereinbarungen – vor einer größeren Gruppe versammelter Nationalsozialisten gehalten hat. Dr. Frank hat sich hiebei den vorliegenden Meldungen zufolge sogar zu Aufforderungen an seine Parteigenossen verstiegen, sich gegen die österreichische staatliche Exekutive aufzulehnen. Dieses Vorgehen Dr. Franks veranlaßte die Bundesregierung, den österreichischen Gesandten in Berlin, Montag, den 15. D. M., früh, anzuweisen, die deutsche Reichsregierung unverzüglich um Rückberufung Dr. Franks – die übrige Reisegesellschaft hatte bereits Sonntag auf dem Luftwege Wien nach Deutschland verlassen – zu ersuchen, widrigenfalls die Bundesregierung sich genötigt sehen würde, dafür Sorge zu tragen, daß sich derartige Zwischenfälle, wie Dr. Frank einen solchen in Graz befremdlicherweise provoziert habe, nicht wiederholen können.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat sodann der deutsche Gesandte in Wien, Dr. Rieth, beim Herrn Bundeskanzler auftrags des Reichsaußenministers wegen des „zwei deutschen Ministern und hohen Staatsbeamten, die in privater Eigenschaft nach Wien gekommen waren", bereiteten unfreundlichen Empfanges Vorstellungen erhoben. Dr. Rieth teilte mit, die Reichsregierung erwarte, daß die österreichische Bundesregierung Mittel und Wege finden werde, die aus diesem Vorgang entstandene Situation zu bereinigen. Der Herr Bundeskanzler hat hierauf erwidert, daß, insolange die Münchner Rundfunkaffäre Herrn Franks keine Bereinigung gefunden habe, er keinen Grund habe, in dieser Sache etwas zu unternehmen. Die diesbezüglichen halbamtlichen Verlautbarungen, so auch über die Ausreise Dr. Franks über Salzburg nach München, sind der heutigen Wiener Tagespresse zu entnehmen.

Zur Regelung Ihrer Sprache beehre ich mich Ihnen vorstehenden Sachverhalt, der Ihnen wohl größtenteils aus der Zeitungslektüre bekannt sein dürfte, mitzu-

teilen und den Standpunkt der Bunderegierung bezüglich dieses bedauerlichen Vorfalles wie folgt zu präzisieren:
Die ablehnende Haltung der österreichischen Presse, wie auch der Bundesregierung, richtete sich *ausschließlich* gegen die Einreise und den Aufenthalt Reichsjustizkommissärs Dr. Frank wegen des eingangs erwähnten, bisher nicht bereinigten Zwischenfalles der in der Münchner Rundfunkrede Dr. Franks vom 18. März l. J. gegen Österreich gerichteten Drohungen, nicht aber, wie dies in der Intervention Gesandten Dr. Rieths unrichtigerweise angenommen wird, gegen „beide deutsche Minister" und „die hohen Staatsbeamten", die ihn begleiteten.
Die österreichische Bundesregierung vertritt weiters die Ansicht, daß die deutsche Reichsregierung die ihren Vertretern bereitete unfreundliche Aufnahme in Österreich ausschließlich sich selbst zuzuschreiben hat, da sie davon Abstand genommen hat, den im internationalen Verkehr allgemein üblichen Weg der diplomatischen Ankündigung derartiger Ministerbesuche zu beschreiten. Aus diesem Grunde mußte der in Rede stehende Besuch als ein solcher privater Natur aufgefaßt und von irgend welchen Ausnahmen von den bestehenden bezüglichen Vorschriften Abstand genommen werden. Es versteht sich von selbst, daß ein auf diplomatischem Wege der österreichischen Bundesregierung angekündigter Besuch deutscher Reichsvertreter seitens der Bundesregierung auf das Freundschaftlichste aufgenommen und für die Festlegung eines entsprechenden Empfanges und Aufenthaltsprogrammes Vorsorge getroffen worden wäre. Gerade in der Nichtbeobachtung dieser allgemein gebräuchlichen Formen und in dem Bestehen der deutschen Reichsregierung auf der Entsendung des infolge des Münchner Zwischenfalls derzeit begreiflicherweise mißliebigen Reichsjustizkommissärs Dr. Frank nach Wien, muß die Bundesregierung die parteipropagandistische Absicht der maßgebenden Faktoren des heutigen deutschen Regimes und eine absichtliche Herabsetzung der Autorität der Bundesregierung in den Augen der österreichischen Bevölkerung sowie des Auslandes erblicken.
Der in Rede stehende Zwischenfall sowie eine Reihe von in letzter Zeit vorgefallenen schweren Beleidigungen der österreichischen Bundesregierung durch die deutsche Presse sind gewiß nicht geeignet, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu fördern. Sie werden daher auch von der Bundesregierung von dem Gesichtspunkte aus aufrichtig bedauert, zumal die politische und gefühlsmäßige Einstellung der österreichischen Bundesregierung zu Deutschland infolge der Übernahme der Macht durch das gegenwärtige Regime im Deutschen Reiche keine Änderung erfahren hat. In dieser Beziehung kann auf die Äußerung des Herrn Bundeskanzlers in seiner auf dem christlichsozialen Landesparteitag in Niederösterreich am 30. v. M. gehaltenen Rede verwiesen werden, die wie folgt lauteten:
„Wir sind gewillt, vorbehaltlos und in aller Freundschaft mit der Deutschen Regierung zusammenzuarbeiten; unsererseits wird dieses Verhältnis nie durch eine Parteibrille gefärbt sein. Wir wollen so dem gesamten Deutschtum, der deutschen

Zukunft und dem europäischen Frieden dienen. Auf diese Weise haben wir als der deutsche zweite Staat unsere besondere nationale Mission, die wir in voller Freiheit und Unabhängigkeit erfüllen wollen."

1302
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 22503/13 Wien, 20. Mai 1933

Am 17. d. M. nachmittags erschien der französische Gesandte *Puaux* bei Legationsrat Hornbostel und überreichte ihm den unter A[1] zuliegenden Wortlaut zweier Fragen, deren Beantwortung die französische Regierung durch ihn erbitte. Herr Puaux teilte mit, dass dies die von ihm selbst adjustierte Formulierung einer Instruktion des französischen Aussenamtes sei, welch letztere dem österreichischen Geschäftsträger in Paris vor einigen Tagen vonseiten Herrn Paul-Boncour's in Aussicht gestellt worden sei. Herr Puaux bat, diesen Text dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis zu bringen und den Herrn Bundeskanzler zu bitten, ihm womöglich eine gleichfalls textierte, wenn auch als mündlich gemeinte Antwort in einem möglichst baldigen Zeitpunkte zukommen zu lassen, da er nach Erhalt dieser Antwort persönlich zur Berichterstattung nach Paris zu reisen ermächtigt sei.
Der H. Bundeskanzler hat im Einvernehmen mit dem Präsidenten der österr. Nationalbank BM. Dr. Kienböck die Beantwortung des ersten Teiles der Anfrage veranlasst und der unter B[2] zuliegenden Textierung der Antwort zum zweiten Teil der Anfrage Herrn Puaux' zugestimmt.
Hiezu ist zu bemerken, dass der Herr Bundeskanzler auch Herrn Puaux gegenüber ausdrücklich erklärt hat, dass er nicht in der Lage sei, in der Anleihefrage eine wie immer geartete Bindung seiner Innenpolitik vorzunehmen und sich einer ausländischen Regierung gegenüber hinsichtlich der österreichischen Innenpolitik festzulegen. Der Anfrage Herrn Puaux' kommt daher der Hinweis auf die vom H. Bundeskanzler in letzter Zeit an die *österreichische Oeffentlichkeit* berichteten Reden soweit als möglich entgegen.
Herr Puaux, dem heute vormittag der Herr Bundeskanzler den Text der Antwort (B) im Verlaufe einer mündlichen Unterredung ausgefolgt hat, liess in seinem

[1] Anhang A.
[2] Anhang B.

Gespräche, das er nach dieser Audienz mit dem Gefertigten führte, erkennen, dass er, wenn er auch nicht voll befriedigt von dieser Antwort sei, doch hoffe, sie in Paris günstig verwerten zu können. Herr Puaux hat die Argumente des Herrn Bundeskanzlers, die gegen eine ausdrückliche Zusage an die Adresse der französischen Regierung sprechen, vollauf verstanden und als umso berechtigter anerkannt, als er voraussieht, dass die französische Regierung die Antwort des H. Bundeskanzlers hauptsächlich den französischen Sozialisten gegenüber zu verwenden genötigt sein werde.

[Anhang] A
[Amtliche] *Uebersetzung aus dem Französischen.*

Die französische Regierung hat auch weiterhin die Absicht, die Anleihe zu realisieren, jedoch unter Bedingungen, die für die Zukunft jede Diskussion über die Giltigkeit der von der Bundesregierung übernommen Verpflichtung ausschließen.
Die französische Regierung würde wünschen, von der Bundesregierung die ausdrückliche Zusage zu erhalten, daß sie sich an das konstitutionelle Prinzip und an ein auf der Volksvertretung beruhendes Regime halten wird.

[Anhang] B[3]

Bezüglich des ersten Punktes Ihrer Frage wird auf die Ausführungen des Gutachtens verwiesen, das auf die Anfrage der englischen Unterhändler am 27. März 1933 erstattet worden ist.
Was Ihre zweite Frage betrifft, so wird bemerkt, dass Bundeskanzler Dr. Dollfuss in mehreren an die österreichische Oeffentlichkeit gerichtete Reden in letzter Zeit seine und der Bundesregierung Absichten bezüglich der Zusammenarbeit mit der Volksvertretung kundgegeben hat. In dieser Hinsicht wird die Aufmerksamkeit besonders auf die Rede des Bundeskanzlers, die er auf dem christlichsozialen Parteitag am 6. Mai 1933 gehalten, gelenkt. Der hauptsächlich in Betracht kommende Passus lautet wörtlich wie folgt:
„So ist es unser Bestreben, zu einer starken gesunden Volksvertretung zu kommen. Das Volk soll zur Gesetzgebung herangezogen werden. Wir wollen aus den gegenwärtigen Verhältnissen keinen Dauerzustand schaffen. Wir streben eine vernünftige Regelung an, die ein sicheres Funktionieren der Volksvertretung in Zukunft gewährleistet.“

[3] Deutscher Originaltext.

1303
Generalsekretär Peter an Gesandten Tauschitz (Berlin)
Erlass

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 22593/13 Wien, 22. Mai 1933

Herr Gesandter!
Bezugnehmend auf Ihren Bericht Nr. 28/pol. vom 19. d. M.[1] beehre ich mich Sie zu ersuchen, von einer direkten Fühlungnahme mit Minister Dr. Frank II Abstand nehmen zu wollen.
Zu Ihrer *ausschliesslich persönlichen* Information füge ich bei, dass eine solche Fühlungnahme des diplomatischen Vertreters Oesterreichs beim Deutschen Reich nicht nur ungewöhnlich wäre, sondern in Anbetracht der bisher mit Dr. Frank II gemachten Erfahrungen bei ihm und bei der aller Wahrscheinlichkeit nach durch ihn sogleich informierten nationalsozialistischen Oeffentlichkeit den uns durchaus unerwünschten Eindruck erwecken müsste, dass die Bundesregierung ihren von allem Anfang an eingenommenen und konsequent durchgeführten Standpunkt unter dem Druck der von Herrn Frank wiederholt geäusserten Drohungen aufzugeben bemüssigt wäre.
Nach h. o. vertraulichen Informationen erscheint es auch keineswegs als ausgemacht, dass die Haltung Dr. Frank's II die volle Billigung der massgebendsten Faktoren des Reiches gefunden und Dr. Frank tatsächlich das Gewicht hat, über welches er zu verfügen sich den Anschein gibt.
Anderseits obwaltet kein Anstand, dass Generalkonsul Dr. Engerth – wie ihm dies bereits von hieraus auf seinen Bericht Zl. 39/pol. vom 18 d. M. [2] mitgeteilt worden ist – bei Gelegenheit mit Dr. Frank als dem bayerischen Justizminister in der in München üblichen Weise in *gesellschaftliche* Fühlung trete. Dr. Engerth ist über den Standpunkt der Bundesregierung in Angelegenheit des Besuches Dr. Franks in Oesterreich informiert und angewiesen, selbstverständlich in keiner Weise in dieser Angelegenheit zu intervenieren oder zu verhandeln; er wurde vielmehr eingeladen, sich gegebenenfalls lediglich rezeptiv zu verhalten.
Was die studentische Kundgebung gegen Oesterreich und die Bundesregierung vom 20. Mai betrifft, so wollen Sie sich damit begnügen, bei nächster Gelegenheit im dortigen Auswärtigen Amte gegen diese neuerliche Einmengung eines hochgestellten beamteten Faktors des Deutschen Reichs in die inneren Angelegenheiten Oes-

[1] AdR, Gesandtschaft Berlin.
[2] AdR, Gesandtschaft Berlin.

terreichs – das Frank durch die Bemerkung „unser Oesterreich“ anscheinend als der Befehlsgewalt des Reichs untergeordnet auffasst – formal Verwahrung einzulegen.
Zu Ihrer ausschliesslich persönlichen Orientierung beehre ich mich beizufügen, dass uns die Auslassungen Dr. Frank's – ungeachtet des ungewöhnlichen Charakters einer solchen Einmengung überhaupt – in qualitativer Hinsicht einen Fortschritt zum Besseren gegenüber seinen letzten Aeusserungen über Oesterreich und die Bundesregierung zu bedeuten scheinen.
Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Der Generalsekretär:
Peter

1304
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)[1]

AdR, NPA
Ungarn/Geheim I/III
Z.22601/13 Wien, 24. Mai 1933

Der H. königl. italienische Gesandte Preziosi kam in seiner heutigen Unterredung mit dem H. Bundeskanzler u. a. auf den Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Herrn von *Gömbös* in Wien von Samstag dem 20. d. M. zu sprechen.[2]
Der Bundeskanzler teilte Herrn Preziosi mit, dass der Besuch Herrn von Gömös' tatsächlich ein rein privater aus Familiengründen gewesen sei. Herr von Gömbös habe ihn in seiner Privatwohnung in freundschaftlicher Weise aufgesucht und sie hätten sich ausgezeichnet gesprochen. Nebst einigen wirtschaftlichen Fragen sei auch das Thema des Legitimismus' behandelt worden. Herr von Gömbös sei durch die in letzter Zeit verschärfte legitimistische Propaganda der ungarischen Christlichsozialen insoferne einigermassen beunruhigt, als er anscheinend geglaubt habe, dass diese Tätigkeit auf irgendeinem Einvernehmen mit der österreichischen christlichsozialen Partei beruhen könnte. Der Bundeskanzler habe alle diesbezüglichen Besorgnisse Herrn von Gömbös' restlos zerstreut und sich mit ihm in voller Uebereinstimmung darüber befunden, dass das Problem der Restauration unter keinen Umständen die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn beschweren dürfe, zumal in Oesterreich die Restaurationsfrage überhaupt nicht in ernster Diskussion stehe.

---

[1] Erging auch geheim per Kurier an die Gesandten Egger (Rom) und Hennet (Budapest).
[2] Vgl. DDI 7, 13/691-692.

1305
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)[1]

AdR, NPA
Österreich 3/VI
Z. 22618/13 Wien, 25. Mai 1933

Der Herr Apostolische Nuntius hat am 23. ds. M. beim Herrn Bundeskanzler vorgesprochen und ihm u. a. mitgeteilt, daß die österreichische Bischofskonferenz sich mit dem von Weihbischof Dr. Kamprath vorgetragenen Konkordatsvertrage beschäftigt hat. Die Bischofskonferenz habe sich im großen und ganzen mit dem vorliegenden Konkordatsvertrage einverstanden erklärt und lediglich drei unbedeutende Aenderungen beantragt u. zw.:

a) Im Artikel VI die Beifügung nachstehenden Satzes (den der Herr Apostolische Nuntius in italienischer Sprache mitgeteilt hat): (Il Governo federale non rifiuterà il riconoscimento ad una Universtà Catholica libera da erigersi nel futuro): „Die Bundesregierung wird einer künftigen Errichtung einer freien katholischen Universität ihre Zustimmung nicht versagen."
b) Im Artikel XV, offenbar Punkt 3, einzuschalten: (…paricolari titoli giuridici che sorserso p. e. in occasione della secolarizzazione die beni ecclesiastici): …„besondere Reichstitel, die z. B. anläßlich der Säkularisation der Kirchengüter entstanden sind".
c) Zu Artikel VX, Punkt 7 die Beifügung nachstehenden Satzes: (per l'errezione di quegli uffici per i quali deve essere corrisposto il sopplemento di congrua è neccessario il conseso dell'amministrazione statale): „Bei der Errichtung solcher kirchlicher Stellen, bei denen Kongruazahlungen erfolgen sollen, ist die Zustimmung der staatlichen Verwaltung erforderlich".

—

Der Herr Bundeskanzler hat dem Herrn Apostolischen Nuntius lediglich zu obigem Punkte a) seine persönliche, dahingehende Auffassung mitgeteilt, daß er unter der Voraussetzung, daß die Fachminister damit einverstanden wären, gegen die Einschaltung dieses Satzes nichts einzuwenden hätte. Hinsichtlich der bei den andere Aenderungen b) und c) erklärte der Bundeskanzler, keinerlei Stellung nehmen zu können.
Es wurde jedoch S. E. dem Herrn Apostolischen Nuntius ausdrücklich mitgeteilt, daß die obenangeführten Wünsche der Bischofskonferenz nur dann in Erwägung

[1] Erging zur Kenntnisnahme auch an Sektionschef Loebenstein.

gezogen werden könnten, wenn sie vonseiten des Hl. Stuhles der Bundesregierung vorgeschlagen würden. Der Herr Apostolische Nuntius pflichtete dieser Auffassung bei und erklärte, daß er lediglich vor Berichterstattung über diese drei Abänderungsanträge der Bischofskonferenz die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers in Erfahrung zu bringen versucht habe.

1306

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an die deutsche Gesandtschaft

Verbalnote

AdR, NPA
Deutschland I/12
Dokumente zum Konflikt Nr. 10 Wien, 27. Mai 1933

Unter Bezugnahme auf die sehr geschätzte Verbalnote, A 566, vom 27. Mai 1933[1], mit welcher es der deutschen Gesandtschaft gefällig war, anher bekanntzugeben, daß Herr Theo Habicht als Presseattaché und Herr Heinz Cohrs als Hilfsarbeiter des Presseattachés der deutschen Gesandtschaft zugeteilt wurden, beehrt sich das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, der deutschen Gesandtschaft ergebenst mitzuteilen, daß es zu seinem Bedauern nicht in der Lage ist, diese Notifizierung zur Kenntnis zu nehmen.

1307

Meldung für Bundeskanzler Dollfuß

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 22690/13 Wien, 27. Mai 1933

Gesandter *Tauschitz* telefoniert aus Berlin am 27. Mai 1933 um 14 Uhr nachmittag:

[1] Dokumente zum Konflikt Nr. 9.

Im gestrigen Ministerrat wurde beschlossen, eine Ausreisetaxe für das Ausreisevisum nach Oesterreich im Betrage von 1.000 RM ab 1. Juni 1933 einzuheben. Die Tagung für das Ausland-Deutschtum wird nach Passau verlegt.[1]
In dem gleichzeitig ausgegebenen Communiqué wird ungefähr folgendes ausgeführt: Die gegen die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich auf dem Notverordnungswege erlassenen Massnahmen, die in dem absoluten Verbot aller Uniformen, Fahnen, Abzeichen und sonstigen Emblemen der Nationalsozialisten gipfeln, haben die Gefahr heraufbeschworen, dass in Oesterreich als Gäste weilende reichsdeutsche Nationalsozialisten in Unkenntnis dieser Bestimmungen mit diesen Vorschriften in Kollision kommen könnten, was zu Störungen der guten Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Reiche führen müsste.
In dem Bestreben, die deutschen Reisenden vor unliebsamen Zufällen zu bewahren und alles zu vermeiden, was zur Störung der Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Reiche beitragen könnte, wird der Reichsinnenminister einen Erlass herausgeben, wonach die Ausreise von Reichsdeutschen nach Oesterreich von der Erteilung eines Ausreisesichtvermerkes abhängig gemacht wird.
Ausnahmen werden nur gewährt für den ordnungsmässigen Geschäftsverkehr zwischen den beiden Ländern und für den kleinen Grenzverkehr, nicht aber für den Ausflugsverkehr. Die Verordnung wird am 29. Mai erlassen werden.
Es sei unmöglich geworden, den Fremdenverkehr nach Oesterreich so zu überwachen, dass keine Zusammenstösse vorkommen. Man könne nicht die ausreisenden Deutschen in Nationalsozialisten und Nicht-Nationalsozialisten sortieren etc.
Gesandter *Tauschitz* erbittet Weisungen.

1308

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandtschaft Rom

Telegramm Nr. 20 (in Ziffern)

AdR, NPA
Deutschland I/12 — Wien, 27. Mai 1933
Z. 22690/13 — (20.20)

Laut am 29. d. M. erscheinenden deutschen Verordnung wird für Ausreisevisum nach Oesterreich Ausreisetaxe von 1000 Reichsmark ab 1. Juni eingehoben werden. Ausnahmen nur für Geschäftsreisende und kleinen Grenzverkehr.

[1] Die Tagung des Vereins sollte ursprünglich in Klagenfurt abgehalten werden und fand sodann vom 3. bis 5. Juni 1933 in Passau statt.

Damit wird Fremdenverkehr von Deutschland nach Oesterreich vollkommen unterbunden was für uns sehr erheblichen Schaden bedeutet.
Für Pfingsten in Klagenfurt anberaumte Jahrestagung Vereins für das Deutschtum im Ausland wurde deutscherseits nach Passau verlegt was für Kärnten schwere Schädigung mit sich bringt.
Zu unserer peinlichen Ueberraschung notifizierte überdies heute deutsche Gesandtschaft Zuteilung des bisher als nationalsozialistischer Landesinspektor in Oesterreich fungierenden Reichstagsabgeordneten Habicht der ständige Propaganda gegen Bundeskanzler und Regierung führt als Presseattaché der Gesandtschaft und eines weiteren hier agitatorisch tätig gewesenen Sa[1]-Führers als dessen Gehilfen. Bundesregierung hat deutscher Gesandtschaft geantwortet dass sie Notifizierung nicht zur Kenntnis nehmen könne.
Wollen sie vorstehende Tatsachen die Vorgehen Reichsregierung gegen Oesterreich illustrieren kompetenter Stelle mitteilen.

Aussenamt

1309

Gesandter Tauschitz an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 5 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12 Berlin, 29. Mai 1933
(ohne Zahl) (19.45 → 30. V. – 8.00)

Bei heutigem Frühstück beim Minister des Aeußern wurde ich von Herrn und Frau von Neurath mit auserlesener Freundlichkeit behandelt. Ich versuchte mit Neurath, der eben vom Reichskanzler kam, über die gegenwärtige Lage zu sprechen. Neurath bedauerte, daß er Maßnahme nicht verhindern konnte und glaubt noch an eine weitere Versteifung; vormittags hatten Persönlichkeiten versucht, zu vermitteln, er habe abgelehnt. Eine Verständigung müsse kommen, jedoch nicht in der nächsten Zeit. Die Sache müsse auslaufen.

[1] Sic!

1310

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Kohlruss (Rom-Vatikan)

Erlass (sehr dringend)

AdR, NPA
Österreich 3/VI
Z. 22683/13 Wien, 29. Mai 1933

Herr Gesandter!
Der Herr Bundeskanzler beabsichtigt – natürlich unter der Voraussetzung, daß der an einem der nächsten Tage stattfindende Ministerrat dem Konkordatsvertrage zustimmt – während der Pfingstfeiertage den Vertrag in Rom zu unterfertigen. Der gegenwärtig auch mit der Leitung des BMJ/Unt. betraute Minister für Justiz, Dr. Schuschnigg, wird den Herrn Bundeskanzler voraussichtlich begleiten und in seiner Eigenschaft als Leiter der mündlichen Verhandlungen in Rom gleichfalls bei der Unterzeichnung des Vertrages intervenieren.
Die österr. Bischofskonferenz hat einzelne Desiderata hinsichtl. des paraphierten Konkordatstextes geäußert, die durch S. E. den Apostolischen Nuntius der Bundesregierung mit dem Ersuchen bekanntgegeben worden sind, zwecks Beschleunigung einer Einigung über diese Punkte und rechtzeitiger Finalisierung der Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Vertrages, zu den Wünschen der Bischofskonferenz Stellung zu nehmen. Die in Rede stehenden Wünsche der Bischofskonferenz, die der Herr Apostolische Nuntius heute an den Vatikan zu leiten gedenkt, sind in dem zuliegenden Verzeichnis A)[1] enthalten. Die Stellungnahme der Bundesregierung, die gleichzeitig dem Herrn Apostolischen Nuntius zur Kenntnis gebracht wurde, geht aus der Beilage B) hervor. Außerdem stellt die österreichische Bundesregierung noch – abgesehen von der bereits unter Punkt 4 der „Stellungnahme“ enthaltenen textuellen Neufassung des Punktes 7 des Artikels XV – die aus der Beilage C ersichtlichen geringfügigen stilistischen Abänderungsanträge zu dem Wortlaute des Artikels XV Pkt. 6 und des Artikels XX, Pkt. 2.
Wollen Sie unverzüglich den Inhalt dieser drei Beilagen S. Em. dem Herrn Kardinalstaatssekretär zur Kenntnis bringen und hiebei erklären, daß wir unter der Voraussetzung, daß der Heilige Stuhl sich die Wünsche des österr. Episkopates, insoweit sie von der österr. Bundesregierung angenommen worden sind, in der in Beilage B vorgeschlagenen Formulierung zu eigen macht, diese textuellen Aenderungen in den in Rom am 1. Mai l. J. paraphierten deutschen Text aufzunehmen bereit sind.

[1] Liegt wie die Beilagen B und C dem Akt bei.

Sobald der Ministerrat den gesamten Komplex des Konkordatsvertrages genehmigt haben wird, werden Sie telegraphisch hievon sowie von dem seitens des Herrn Bundeskanzlers in Aussicht genommenen Termin für die Unterzeichnung informiert werden. Es würde sich daher empfehlen, wenn Sie S. Em. den Herrn Kardinalsstaatssekretär bitten würden, Ihnen ehemöglichst die endgiltige Stellungnahme des Heiligen Stuhles zu dem Vertragstexte zuzügl. der im vorliegenden Erlaß behandelten, nicht sehr wesentlichen Abänderungen bekanntzugeben, damit rechtzeitig ein Einvernehmen über den Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages hergestellt u. für alle Fälle einige für den Unterzeichnungsakt bestimmte endgiltige Exemplare in deutscher Sprache vorbereitet werden können.
Empfangen […]

1311
Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 205 (geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/1
Z. 22778/13 Genf, 30. Mai 1933

Herr Bundeskanzler!
Auf Erlass Zl. 22.603/13 vom 26. l. M.[1]:
Die in den Aeusserungen ihrer aussenpolitischen Leiter und sonstigen Vertreter in Genf zutage tretenden Auffassungen der an der Entwicklung in Central-Europa interessierten und anderer Mächte lassen nicht den Schluss zu, dass – übrigens durch nichts angekündigte – Versicherungen der Berliner Regierung, ihre – oft etwas schärfer als mit dem Ausdruck „Propaganda“ bezeichnete – „Thätigkeit“ in Oesterreich einstellen zu wollen, leicht Glauben finden könnten; – wenn auch die Formen dieser Thätigkeit wechseln oder verschieden verschleiert werden mögen. Die Motive der Haltung auf der Abrüstungskonferenz nach der bekannten Reichstagsrede, die Vorgänge bei den Wahlen in Danzig nach der „freundlichen“ Auseinandersetzung mit Polen und Einzelheiten in der allerjüngsten deutschen Stellungnahme vor dem Völkerbundrat in Fragen betreffs der Saar und der Judenverfolgung würden gegenwärtig bei der Beurteilung solcher Versicherungen kaum ausser Acht gelassen werden. Was die nationalsozialist. Bewegung in Oesterreich selbst anbelangt, so hält man deren Schicksal für an jenes der Entwicklung in Deutschland gebunden.

[1] Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Pflügl. Erlass, Wien, 26. 5. 1933 – AdR, Deutschland/Geheim I/1, Z. 22.603/13.

Auch von italien. Seite ist mir nichts bekannt geworden, was vorstehende Auffassungen wesentlich entkräften würde. Ebenso wenig von Seite der – übrigens mehr äusserlich als innerlich „gleichgeschalteten“ – reichsdeutschen Delegation, die sich nunmehr auf die Einhaltung äusserster Reserve zurückgezogen hat.
Ohne Weisung im Gegenstande glaube ich, dass sowohl für die Vertretung beim Völkerbund wie für die Delegation zur Abrüstungskonferenz an der bisherigen Haltung nichts zu ändern ist. Sie besteht darin, den „Bruderzwist“ als solchen zu behandeln und den leisesten Anschein des Wunsches nach ausländischer Ingerenz sorgsam zu vermeiden.
Diese Haltung findet im Auslande volles Verständnis und vermehrt nur jene Sympathien, die bis auf weiteres zu wachsen nicht aufhören werden. Die jüngste Entwicklung in Central-Europa hat Oesterreich einen unschätzbaren Gewinn an internationaler Geltung gebracht, der die wertvollsten Möglichkeiten enthält, – dies soweit ein Urteil aus dem Wahrnehmungen, die der Völkerbund bietet, geschöpft werden kann.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1312
Gesandter Günther an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 35/Pol.

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 22753/13

Paris, 31. Mai 1933

Herr Bundeskanzler!
Infolge des Umstandes, dass Herr *Paul-Boncour* unmittelbar nach meiner Ankunft nach Genf abreiste und nur zur Enthüllung eines Denkmals für Léon Bourgeois auf 24 Stunden nach Frankreich zurückkehrte, um sich sofort wieder nach Genf zu begeben, war es mir bisher nicht möglich, dem Herrn französischen Aussenminister meinen Besuch zu machen.
Heute morgen habe ich in Begleitung Legationsrates Schmid sowohl dem Generalsekretär Botschafter Léger als auch dem politischen Direktor, Herrn Bargeton, Besuche abgestattet.
Herr Léger brachte, nach Austausch der üblichen Höflichkeiten, sofort die Rede auf Herrn Bundeskanzler, indem er seiner aufrichtigen Bewunderung für Ihre Person Ausdruck gab. Herr Bundeskanzler sei ein Mann von bemerkenswerter

Energie, Geschmeidigkeit und Entschlossenheit, der es verstanden habe, die Unabhängigkeit Oesterreichs mit Würde zu verteidigen und in dem österreichischen Volke den Sinn für den österreichischen Patriotismus zu erwecken. Die Haltung Oesterreichs gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda sei hier hoch bewertet worden und man verstehe nicht nur hier, sondern auch im übrigen Auslande, dass man Oesterreich angesichts der Angriffe, denen es jetzt ausgesetzt sei, zur Hilfe kommen müsse. Vor 14 Tagen noch hätte er – er sage dies mit aller Offenheit – noch nicht so sprechen können, denn die Bedenken, die in Frankreich gegen die Emission der Anleihe bestünden, seien sehr erheblich.

Herr Léger setzte nun dieselben auseinander, indem er sie, in einer gebundenen Rede, in vier Elemente gliederte. Ich versuche im Nachstehenden, die Ausführungen Herrn Légers aus dem Gedächtnis wenn auch gekürzt so doch möglichst sinngetreu wiederzugeben, weil sie mir charakteristisch für die Auffassung der politischen Kreise in der österreichischen Frage erscheinen.

In der französischen Oeffentlichkeit, sagte Herr Léger, sei die Meinung weit verbreitet, dass eine finanzielle Unterstützung Oesterreichs diesem immer nur für eine kurze Zeit helfen könne. Sei dieselbe verbraucht, so stehe es wieder da, wo es früher gewesen sei. Deswegen hätten solche Hilfen nur einen Zweck, wenn man einen Weg fände, der Oesterreich definitiv gesund machen könne, wie etwa eine Donaukonföderation. Gegen eine solche Lösung aber wehren sich sowohl Italien als Deutschland. Man sage sich nun in Frankreich, dass es keinen Zweck habe und verlorenes Geld sei, wenn man für einen Kranken, den man nicht retten könne, Sauerstoffballons kaufe, um ihn noch künstlich am Leben zu erhalten.

Das zweite Bedenken liegt, nach Herrn Léger, in den Absichten Italiens, dem der Plan zugeschrieben werde, Oesterreich mit Ungarn und dem katholischen Teile Jugoslawiens zu einem Block zu vereinen. Einer solchen Lösung, die eine Abtrennung von Gebieten eines mit Frankreich befreundeten Landes mit sich bringe, könne Frankreich nie zustimmen. Zur Verwirklichung solcher Pläne finanziell beizutragen, könne man Frankreich nicht zumuten.

Das dritte Bedenken sei in einem gewissen Misstrauen gegenüber der Aufrichtigkeit der österreichischen Regierung zu sehen gewesen. Wenn diese einmal die Anleihe bekommen würde, „würden die gemachten Versprechungen nicht eingehalten werden."

Die vierte Schwierigkeit liege in der Haltung der österreichischen Sozialdemokratie. Man wisse in Frankreich wohl, wie radikal dieselbe eingestellt sei, aber sie sei eben doch mit den französischen Sozialisten verbunden. Nun seien es nicht die eigentlichen Politiker und Taktiker der österreichischen Sozialdemokratie, wie die Herren Renner und Seitz, die sich der Anleihe widersetzen, da sie die wahre Lage erkennen, sondern die Theoretiker der Partei wie Herr Otto Bauer, die die Haltung der französischen Sozialisten beeinflussen. Die Regierung Daladier habe keine Majorität im Parlamente und sei von den Sozialisten abhängig. In Oesterreich regiere man ohne Parlament. Man müsse befürchten, dass eine neue Regierung in

Oesterreich die aus der Anleihe erfliessenden Verpflichtungen ableugnen würde, weil sie von einer nichtkonstitutionellen Regierung eingegangen seien. Die Anleihe könne nur der österreichischen Nation, aber nicht einer Regierung gegeben werden, die kein Parlament hinter sich habe.
Ich hatte Herrn Léger ruhig ausreden lassen, da ich schon aus seinen Anfangsworten entnehmen konnte, dass er der Anleihe *nunmehr* günstig gegenüberstehe, und ich, wie ich später ausführen werde, den gleichen Eindruck von der vorhergegangenen Unterhaltung mit Herrn Bargeton hatte.
Erst als er seine Auseinandersetzung beendet hatte, bemerkte ich, dass die französischen Sozialisten begreifen müssten, dass ein Regimewechsel in Oesterreich für die österreichische Sozialdemokratie keinen Vorteil bedeuten würde. Sie würden vom Regen in die Traufe fallen.
Herr Bundeskanzler hätten deutlich erklärt, dass Sie keine Diktatur anstreben, sondern demokratisch gesinnt seien. Nicht die Regierung habe in Oesterreich die Kammer aufgelöst, sondern diese habe selbst ihrer Tätigkeit ein Ende gesetzt, indem ihre drei Präsidenten wegen eines Zwischenfalles ihre Demission gleichzeitig gegeben hätten. Gewiss habe die Regierung aus dieser Situation Nutzen gezogen. Aber ich frage ihn, wie er sich vorstelle, dass die Regierung, wenn sie jetzt nicht Handelsfreiheit hätte, mit einem Parlament jene Massnahmen hätte treffen können, die zur Abwehr des Hitlerismus notwendig waren und die er selbst als ein würdiges Verhalten bezeichnet habe. Endlich habe das Parlament das Lausanner Protokoll ratifiziert und damit die Anleihe gebilligt, sodass diese nicht der Regierung, sondern dem Volke gegeben werde.
Herr Léger sagte darauf, dass er persönlich der Meinung sei, Oesterreich müsste jetzt geholfen werden. Aus diesem Grunde habe er Herrn Puaux kommen lassen und ihn auch nach Genf geschickt, um mit Herrn Paul-Boncour zu sprechen.
Gestern habe er hier – und er wies auf seinen Schreibtisch – einen Brief entworfen, welchen Herr Paul-Boncour an den Finanzminister schreiben solle und worin vorgeschlagen wird, dass der Ministerrat den Beschluss fassen solle, die Emission der Anleihe zu genehmigen. Er hoffe, dass ihm dieser Brief morgen, von Herrn Paul-Boncour unterzeichnet, wieder zukommen werde. Der Beschluss könne erst gefasst werden, wenn das Budget votiert sei. Wohl sei die Regierung legal nicht verpflichtet, die Genehmigung zur Emission der Anleihe von der parlamentarischen Zustimmung abhängig machen zu müssen, es entspräche dies aber dem Gebrauch und die Regierung habe auch eine diesbezügliche Zusage gemacht. Man wolle aber jetzt darüber hinweggehen und die Emission durch Ministerratsbeschluss genehmigen. Selbstverständlich dürfte über diese Absicht nichts in die Oeffentlichkeit kommen. Nachher sehe man allerdings einer Interpellation entgegen, da der Beschluss ja kein Geheimnis bleiben könne.
Als wir Herrn Léger darauf aufmerksam machten, dass die Anleihe in Frankreich noch im Laufe des Monates Juni auf dem Markt kommen müsse, da es sonst zu spät sei, erwiderte er, dass ihm dies bekannt sei.

Hiemit schloss die Unterredung mit Herrn Léger. Herr Puaux, der mich am 27. ds. Mts. aufgesucht hatte, hat mir erzählt, dass er den Eindruck habe, Herrn Paul-Boncour überzeugt zu haben, dass die Anleihe jetzt emittiert werden müsse.
Herr Bargeton hatte hinsichtlich der Anleihe schon vorher geäussert, dass sie schon im letzten Ministerrate hätte Gegenstand eines Beschlusses sein sollen, jedoch wegen Abwesenheit Herrn Paul-Boncour's nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte. Er gab der Ansicht Ausdruck, dass die Frage nunmehr unmittelbar vor der Entscheidung stehe.
Genehmigen Herr Bundeskanzler die Versicherung meiner grössten Verehrung und Ergebenheit.

Günther

1313
Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 218 (geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 22830/13 Genf, 1. Juni 1933

Dass Oesterreich in seinem Kampfe um seine Unabhängigkeit überall tiefgehende Sympathien – wohl auch in Deutschland? – erwachsen, ist bekannt, wenn diese leider auch nicht in der Oeffentlichkeit, namentlich in der Presse denselben Widerhall finden, wie andere bekannte Erscheinungen. Vielfach gilt dieser Kampf noch als ein Bruderzwist, der seine versöhnliche Lösung finden wird. Eine Annahme, die namentlich von italienischer Seite unterstützt wird und der von der österr. Vertretung bisher nicht entgegengetreten wird.
Man muss aber die Abspannung kennen, die heute in Genf nach den so lange dauernden und in der letzten Phase zur Unerträglichkeit gesteigerten Kämpfen der Grossmächte und anderer Staaten in der Vierer-Pakt- und in der Abrüstungsfrage herrscht, um die stete lauernde Aufmerksamkeit zu würdigen, mit welchen an allen maassgegebenden Stellen dennoch die Entwicklung in Central-Europa beobachtet wird.
Dass hier die Londoner Conferenz mit einer neuen internat. Complikation eingeleitet wird, deren Erscheinungen ihrem Leitgedanken Hohn sprechen, wird nirgends verkannt. Man hofft aber vielfach noch immer, von dem jahrelangen, ungehemmten „Anschlussgeschrei" in Oesterreich abgestumpft, dass die Uebernahme dieser Tonart durch Berlin ebensowenig zur realen Entwicklung führen wird. Dem kommt vielleicht die Einwirkung der deutschen Vertreter zu Hilfe, welche so viel oder we-

nig ich beobachten konnte, im Sinne ihrer Propaganda für die Zusammengehörigkeit, die Vorgänge als einen Familienzwist mit der Bundesregierung angesehen wissen wollen, der im eigenen Hause ausgetragen werden wird. (Damit würde sich die innerpolitische Ausnützung gegen die Bundesregierung jeden Schrittes, den sie auf internationalem Gebiete unternehmen würde, gut verbinden lassen.)
Dass man diese oder ähnliche Darstellungsart auf britischer Seite nicht ungerne hört, zeigte sich erst heute deutlich bei einer Mahlzeit, die Lord Londonderry (Kabinettsminister), Lord R. Cecil (Oberhausmitglied), Hon. A. Cadogan (Gesandter im Foreign Office), Mr. und Mrs. Norman Davis und comte de Mun und ich in einem Privathause einnahmen. Obwohl sehr offen über die Meinung, die im engl. Parlament und Oeffentlichkeit betreffs der Erscheinungen des Nationalsozialismus vorherrscht, gesprochen wurde, enthielten sich die Engländer jeder Aeusserung über die Vorgänge in Oesterreich, – anscheinend wie aus Rücksicht für mich, und den „häuslichen Zwist". Nur Norman Davis nahm mich später bei Seite und sagte, mein Schweigen habe laut gesprochen.
Für eine Uebertragung des Zwistes mit der Berliner Regierung auf das internationale Gebiet ist die Meinung des Auslandes wenig vorbereitet.
Aus politischen Gründen steht ihr die französische Delegation am sympathischesten gegenüber, die damit gerne die Rolle Italiens eingeschränkt sehen möchte, ohne sich die eigene zu erschweren, und die Kl. Entente, die eine Gelegenheit wittert, im Trüben zu fischen.
Wenn damit gerechnet werden muss, dass der Konflikt mit Berlin sich im Verlaufe zu einer internationalen Angelegenheit entwickelt, – was hier eine sehr allgemeine, aber wenig noch ausgesprochene Meinung ist – so würde es sich, meiner unmaassgeblichen Meinung nach, empfehlen, der von Oesterreich einzunehmenden Haltung gewisse vorbereitende Massnahmen vorauszuschicken. Es hat meiner Erfahrung nach bisher immer paralysierend auf den Völkerbund gewirkt, wenn derselbe so zu sagen plötzlich mit einer schwierigen Frage befasst wurde. Die Ratsmitglieder suchen dann immer, so zu sagen, erst Zeit zu gewinnen.
Anders wenn der Völkerbund vorerst mit einer mehr harmlosen Frage befasst wird, deren späteren Entwicklungen er sich dann nicht mehr entziehen kann.
Besonders wenn sich der Konflikt gegen ein ständiges Ratsmitglied richtet.
Die jüngsten Massnahmen gegen den Reiseverkehr nach Oesterreich scheinen die Möglichkeit zu geben, statt einer politischen eine bloss wirtschaftliche Frage aufzuwerfen und vielleicht zugleich materiellen Schaden abzuwehren. Deshalb hat man sich an zuständigster Seite auf das allereingehendste mit der Untersuchung beschäftigt, in wie weit der Boykott gegen die Bestimmungen der Transit-Konvention oder der Satzung verstösst. Man ist zu dem Ergebnis gekommen, dass gegen den Boykott die Transit-Konvention, solange er seine gegenwärtige Form behält, nicht mit Erfolg angerufen werden kann.
Von der Satzung kommt der Art. 23, Alinea e) in Betracht. Dieser ist schon einmal in einer polnisch-lithauischen Streitfrage angerufen worden und der *Rat* hat sich

damals als kompetent erklärt. Von dieser Verhandlung, die vor den internat. Gerichtshof geführt hat, kommt das aktuelle Interesse für den vorliegenden Fall dem avis consultatif vom 15./X.1931 (siehe Beilage, Seite 119, letzter Absatz) zu, in welchem der Gerichtshof aussprach; :"A ce propos, la Cour désire souligner que le présent avis aurait être interprêté comme émettant une opinion sur la manière de voir exprimée au nom de la Commission consultative et technique (du transit) et suivant laquelle, aux termes de l'article 23 e), „les Membres de la S.d.N. sont certainement en droit de demander à tout Membre de la Société des Nations au moins de ne pas agir en contradiction avec les buts de cet article."

Die Beurteilung, ob dieser Artikel im vorliegenden Falle mit Aussicht auf Erfolg angerufen werden könnte, muss ich der sachverständigen Stelle überlassen.

Ich möchte daher diese kurze Uebersicht der Lage mit einer Erwägung schliessen, gegen die hier in Genf von keiner für uns ins Gewicht fallenden Seite ein Einwand erhoben worden ist – im Gegenteil.

Dass die deutscherseits erfolgte Wirtschaftsstörung gegen alle aufbauenden Bestrebungen verstösst, denen seit Langem in Beschlüssen von Körperschaften aller Art und aller Länder Ausdruck gegeben wird und welche eben jetzt in London zum Durchbruch verholfen werden soll, bleibt, auch wenn keine Bestimmung der Satzung gegen derlei vorgesehen ist, eine allgemein empfundene Thatsache.

Wenn Oesterreich dagegen Retorsionsmaassnahmen ergreift, so wird das allgemein begriffen werden, aber Oesterreich wird mit diesen gegen dieselben Bestrebungen und Grundsätze verstossen.

Dies sollte der Bundesregierung Anlass geben, vor oder bei Ergreifung dieser Retorsionsmassnahmen durch den Generalsekretär eine Note an den Rats-Präsidenten zu richten, in welcher (eventuell auch zur Bekanntgabe an alle VB.-Mitglieder) von diesen Massnahmen unter Anführung der Veranlassung Mitteilung gemacht würde. Hiebei könnte das Bedauern zum Ausdruck gebracht werden, gerade im gegenwärtigen Augenblick und im Gegensatz zu der eigenen Handelspolitik zu diesem Schritte gezwungen zu sein. Die Note sollte in allgemeinen Ausdrücken gehalten sein und kein bestimmtes Petitum stellen.

Dies würde dem Rats-Präsidenten Anlass geben, zunächst die interessierten Organe des Völkerbundes z. B. ökonom. Finanz-Comité und Transit-Kommission zu befassen. Je nach Wunsch und der weiteren Entwicklung könnte diese Note auf die Tagesordnung der nächsten Rats-Session gesetzt werden, – auch auf jene der europ. Union (nächste Tagung nach der Londoner Conferenz.)

Schliesslich könnte mit dieser Note, die in ihrer milden Form weniger augenblickliche praktische Wirkung als vorbereitenden Charakter hätte, der Zweck verfolgt werden, sie im Wege des Völkerbundrates zum Verhandlungsgegenstand innerhalb des Viererpaktes – falls auf sein Funktionieren zu rechnen, – werden zu lassen.

Dieser Gedankengang ist besten Quellen entsprossen.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1314
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)

AdR, NPA
Österreich 3/VI
Z. 22842/13 Wien, 7. Juni 1933

Der Konkordatsvertrag mit dem Heiligen Stuhl wurde am 5. Juni 1933, 18 h 30‘ in den Amtsräumen des Herrn Kardinalstaatssekretärs Pacelli von Kardinal Pacelli sowie vom Herrn Bundeskanzler und Bundesminister Dr. Schuschnigg unterzeichnet und gesiegelt.[1] Ein einschlägiges Communiqué über die Unterzeichnung und den wesentlichen Inhalt des Konkordates wurde vereinbart und ist in den Blättern vom 6. ds. (siehe Reichspost vom 6. ds. M.) erschienen.
Bei diesem Anlasse hat Exzellenz Monsgre. Pizzardo dem Vertreter des BM. f. Unterricht, Min.Rat Scapinelli, zwei, Legationsrat Hornbostel fünf Durchdrucke des endgiltigen Vertragsexemplares zur Verfügung gestellt. Die Exemplare Min. Rates Scapinelli verbleiben dem BM. f. Unterricht. Von den h. a. fünf Exemplaren wurde eines im Wege des Herrn Bundeskanzlers dem Herrn Bundespräsidenten unterbreitet, ein Exemplar behielt der Herr Bundeskanzler persönlich, ein weiteres Exemplar wird dem Herrn Apostolischen Nuntius wunschgemäß übermittelt, sodaß gegenwärtig zwei Exemplare in dem Akte verbleiben.
Das unterschriebene für Oesterreich bestimmte Vertragsexemplar wurde heute, vorläufig bis zur Ratifikation, Amtsrat Greifenstein zur Aufbewahrung übergeben.
Der Konkordatsvertrag wird einvernehmlich mit dem Heiligen Stuhl bis zu dessen parlamentarischer Behandlung in Oesterreich nicht veröffentlicht.

1315
Notiz Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 23252/13 London, 12. Juni 1933

Der Herr Bundeskanzler zeigte dem Unterstaatssekretär Suvich den bekannten Berliner Bericht des Wolff-Büros, der Suvich sehr interessierte. Suvich mass die-

[1] Text bei Erika Weinzierl-Fischer, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933 (Wien 1960) 258-271.

sem offiziösem Kommentar zu den Ereignissen insoferne grosse Bedeutung bei, als darin zumindesten eine wenn auch nur offiziöse Stellungnahme der amtlichen deutschen Kreise zu den Ereignissen der letzten Tage in Oesterreich angedeutet erscheint. Der Bundeskanzler erörterte die in Oesterreich zu treffenden Sicherheitsmassnahmen mit Suvich, der seiner Meinung dahin Ausdruck gab, dass das Standrecht besser nicht zu verhängen wäre, da darin speziell in Italien eine allzuscharfe Notmassnahme gesehen werden könnte. Er war mit dem Bundeskanzler einer Meinung darüber, dass zwar scharfe Massnahmen getroffen werden müssten, die jedoch nicht den Namen Standrecht tragen sollten. Suvich wollte darüber mit Rom noch sprechen. Der Kanzler hat den Eindruck, dass Suvich übrigens hier wegen uns noch mit den deutschen Herren Fühlung nehmen wollte. Suvich hat auch über uns mit den englischen Ministern gesprochen. Er wünschte jedoch ausdrücklich nicht gleichzeitig mit England auf die deutschen Minister einzuwirken, da ja das Verhältnis Italiens zu Deutschland ein ganz besonderes sei und daher ein besonderes Vorgehen erheischt.
Suvich meinte, es wäre vorteilhaft Frankreich fühlen zu lassen, dass unser Verhältnis zu Deutschland auf der Basis des Viermächtepaktes in Angriff genommen werden könnte. Suvich glaubt, dass dies, abgesehen von dem Interesse, das es für uns haben könnte, übrigens auch für Frankreich einen Anreiz haben könnte. Bekanntlich hat Frankreich den Viermächtepakt bisher noch nicht unterschrieben (bloss paraphiert) und jedes gemeinsame Vorgehen mit den drei anderen Staaten – in diesem Falle unser Verhältnis zu Deutschland – muss für Frankreich einen Ansporn bedeuten, sich für das Unterschreiben zu entschliessen. Suvich sagte dies bloss deshalb, weil jede alle vier Staaten betreffende Angelegenheit, wie immer sie auch beschaffen sei, Frankreich mehr in die Interessensphäre der durch den Viermächtepakt geschaffenen Konstellation hereinziehen könnte.

1316
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 22966/13 Wien, 13. Juni 1933

Nach Mitteilungen des Herrn Bundeskanzlers haben seine beiden Unterredungen mit Herrn *Mussolini* am 3. und 5. d. M. folgende Themen zum Gegenstande gehabt.

1.) Darlegung der innen- und aussenpolitischen Lage Oesterreichs mit besonderer Bezugnahme auf die nationalsozialistische Bewegung und das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland. Herr Mussolini hat diesbezüglich dem H. Bun-

deskanzler in Aussicht gestellt, nötigenfalls auf Grundlage des (damals noch nicht paraphierten) Vier-Mächtepaktes im oesterreichischen Interesse in Berlin zu intervenieren. Hiebei hat Herr Mussolini angedeutet, dass er einen solchen allfälligen Schritt im Einvernehmen mit England durchführen würde.

2.) Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Fragen hat Herr Mussolini auf die Londoner Wirtschaftskonferenz hingewiesen, an welcher ja sowohl Dr. Schüller als auch die massgebenden italienischen Faktoren teilnehmen und Gelegenheit haben würden, die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien eingehend zu erörtern.

3.) Unterstaatssekretär Suvich hat schliesslich am 4. d. M. dem H. Bundeskanzler zugesagt, ein die baldige Emission der italienischen Anleihe-Tranche in Aussicht stellendes Communiqué im Einvernehmen mit Finanzminister Jung auszugeben. (Dieses Communiqué ist tatsächlich am 5. d. M. von der *Stefani* ausgegeben und am 6. d. M. auch in der österreichischen Presse veröffentlicht worden.)

1317

Aktenvermerk Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

AdR, NPA
Deutschland I/12
Dokumente zum Konflikt Nr. 13 Wien, 13. Juni 1933

Der deutsche Gesandte Dr. Rieth erkundigte sich heute hieramts, ob die Nachricht über die Verhaftung Habichts und Cohrs sich bewahrheiten. Bejahendenfalls lege er wegen der Verletzung der Exterritorialität der beiden Funktionäre allerschärfsten Protest ein. Dem Herrn Gesandten wurde erwidert, daß zunächst authentisch festgestellt werden müsse, ob die Nachricht über diese Verhaftungen zutreffe. Wenn Habicht und Cohrs wirklich verhaftet worden seien, so könne von einer Verletzung der Exterritorialität nicht die Rede sein, da die beiden Herren ja von der österreichischen Regierung nicht als exterritorial angesehen werden, sie auch keine diplomatische Legitimationskarte vom österreichischen Außenamt erhalten hätten und daher in Österreich und von den österreichischen Behörden lediglich als Privatpersonen betrachtet und als solche behandelt werden müssen. Der Herr Gesandte beharrte darauf, daß die beiden Herren von deutscher Seite als Mitglieder der deutschen Gesandtschaft und damit als exterritorial angesehen werden, worauf geantwortet wurde, daß, so lange sich die beiden Herren auf österreichi-

schem Boden befinden, nur der österreichische Standpunkt für deren Behandlung maßgebend sein könne.
Herr Dr. Rieth ersuchte hierauf, ihm möglichst rasch authentische Informationen zukommen zu lassen, ob und wenn ja, unter welchen näheren Umständen und aus welchen Gründen die Verhaftung der beiden genannten Herren erfolgt sei und wo sie sich dermalen befinden.
Ferner ersuchte der Herr deutsche Gesandte um eine authentische Bekanntgabe der Namen aller übrigen Reichsdeutschen, die nach Zeitungsmeldungen verhaftet worden seien, über die Gründe deren Verhaftung und wo sie sich derzeit befinden.

1318
Notiz Generalsekretär Peter

AdR, NPA
Deutschland I712
Z. 22987/13 Wien, 14. Juni 1933

Soeben hat Gesandter *Tauschitz* mich telefonisch angerufen und mir Folgendes mitgeteilt:
„Ich habe soeben vom Staatssekretär *Bülow* folgenden Brief erhalten:
Berlin, am 14. Juni 1933.
Herr Gesandter!
Ich bedaure, Ihnen mitteilen zu müssen, dass der Presse-Attaché der österreichischen Gesandtschaft Sektionsrat Dr. Erwin Wasserbäck seitens der Reichsregierung nicht mehr als erwünschte Persönlichkeit betrachtet wird. Ich darf Sie deshalb bitten, veranlassen zu wollen, dass Herr Dr. Wasserbäck unverzüglich das Reichsgebiet verlasse.
Genehmigen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung."

Auf meine Frage, ob Gesandter Tauschitz dem ihm in der Nacht erteilten telefonischen Auftrag betreffend Protesterhebung nachgekommen sei, erwiderte er, dass er sofort nach seinem telefonischen Gespräch mit mir das Auswärtige Amt telefonisch angerufen habe, jedoch nur einen Chiffre-Beamten angetroffen habe, dem er den Protest übermittelte. Heute hat Gesandter Tauschitz den Protokollchef Graf *Bassewitz* telefonisch angerufen, ob er ihn sofort sprechen könne. Erst nach einiger Zeit konnte Tauschitz dann dem Grafen Bassewitz seinen Protest wieder-

holen. Einen beim Staatssekretär Bülow erbetenen Empfang lehnte dieser mit der Begründung, er sei mit London unausgesetzt beschäftigt und mit dem Bemerken ab, dass die Angelegenheit Wasserbäck beim Auswärtigen Amt in Behandlung stehe.
Ich wies den Gesandten Tauschitz an, nochmals sofort den Versuch zu unternehmen, mit Staatssekretär Bülow eine persönliche Unterredung herbeizuführen, um bei dieser Gelegenheit neuerlich gegen das Wasserbäck gegenüber in der heutigen Nacht erfolgte Völkerrechtswidrige Vorgehen schärfsten Protest einzulegen und ebenso auch gegen den ihm gerade zugekommenen Brief Bülow's zu protestieren. Ausserdem möge er verlangen, dass er sofort mit Dr. Wasserbäck, der sich zur Zeit im Berliner Polizeigefängnis befindet, persönlich sprechen könne, unter Hinweis darauf, dass auch über Ersuchen der Deutschen Gesandtschaft gestern für einen zugeteilten Beamten der hiesigen Deutschen Gesandtschaft die Erlaubnis erwirkt wurde, mit dem verhafteten Reichsdeutschen *Cohrs* eine Unterredung abzuführen. Im Uebrigen klärte ich Gesandten Tauschitz darüber auf, dass wegen der sofortigen Abreise Wasserbäck's das Erforderliche einzuleiten wäre, da sonst mit der gewaltsamen Abschaffung desselben durch die deutschen Sicherheitsorgane gerechnet werden müsse.
Gesandter Tauschitz wird sofort, wenn er die Schritte durchgeführt hat, telefonisch berichten.

1319

Generalsekretär Peter an alle österreichischen Gesandtschaften im Ausland

Zirkularerlass

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 22984/13 Wien, 16. Juni 1933

Herr Gesandter,
Aus der Lektüre der in- und ausländischen Zeitungen sind Ihnen die Einzelheiten des Falles der Verhaftung des Presseattachés der österreichischen Gesandtschaft in Berlin, Dr. Erwin Wasserbäck, sowie des Entzuges der Genehmigung von Seiten der deutschen Reichsregierung bekannt. Da Presseattaché Dr. Wasserbäck seit einer Reihe von Jahren ohne jeglichen Anstand seine Tätigkeit bei der Berliner österreichischen Gesandtschaft entfaltet hat und sein diplomatischer Charakter auf Grund der seinerzeitigen üblichen Notifizierung und der widerspruchslo-

sen Anerkennung durch die aufeinander folgenden deutschen Reichsregierungen feststeht, handelte es sich bei der Verhaftung Dr. Wasserbäck's in der Nacht vom 12. auf den 13. d. M. und bei der erzwungenen Amtsniederlegung am darauffolgenden Tage ohne Zweifel um einen eindeutigen Bruch der völkerrechtlichen Normen.

Wie Ihnen weiters bekannt, hat die deutsche Reichsregierung im Wege ihrer offiziösen Presseagentien ein Junktim zwischen diesem Vorgehen gegen Dr. Wasserbäck und der Verhaftung und Abschaffung des seit längerer Zeit in Oesterreich als nationalsozialistischer Landesinspektor tätigen deutschen Reichstagsabgeordneten Theo Habicht herzustellen versucht, dessen Zuteilung zur Wiener deutschen Gesandtschaft als Presseattaché allerdings Ende Mai l. J. zu einem Zeitpunkte, da die Stellung und persönliche Freiheit Herrn Habicht's in Anbetracht der gegen die Uebergriffe der österreichischen Nationalsozialisten eingeleiteten Aktion der Bundesregierung gefährdet erschien, durch die Wiener deutsche Gesandtschaft notifiziert worden ist. Diese Notifizierung wurde jedoch seitens des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten mit Rücksicht auf die gegen die Bundesregierung und die staatsrechtlichen Verhältnisse in Oesterreich gerichtete Tätigkeit Herrn Habicht's, die bereits vor geraumer Zeit zu Ermahnungen an denselben Anlaß gegeben hat, im vollen Einklange mit den völkerrechtlichen Normen und Gebräuchen nicht zur Kenntnis genommen, wodurch zwangsläufig Herrn Habicht auch die mit der Notifizierung seiner diplomatischen Zuteilung durch die Wiener deutsche Gesandtschaft angestrebten diplomatischen Privilegien verweigert wurden. Reichstagsabgeordneter Habicht mußte daher als reine Privatperson angesehen werden. Das in weiterer Folge gegen Herrn Habicht seitens der österreichischen Behörden eingeleitete Abschaffungsverfahren, dem Hausdurchsuchungen und am 13. d. M. die Verhaftung Habicht's vorausgingen, steht daher durchaus im Einklange mit den völkerrechtlichen Normen und den geltenden Gesetzen. Eine hierauf bezügliche, von der h. a. zuständigen Stelle verfaßte Rechtsdarstellung, die auch der österreichischen Tagespresse zugänglich gemacht wurde, liegt zu Ihrer Information bei.

Vorstehendes beehre ich mich, Ihnen zur Regelung Ihrer Sprache mit dem Beifügen mitzuteilen, daß eine Entscheidung über die allfällige weitere Verfolgung des eklatanten Rechtsbruches durch die deutsche Reichsregierung dem Herrn Bundeskanzler nach dessen in den nächsten Tagen erfolgenden Rückkehr von der Weltwirtschaftskonferenz in London vorbehalten bleibt.

Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Der Generalsekretär:
[Peter]

1320

Stellungnahme Bundeskanzleramt Abteilung 15/ Völkerrecht zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Berliner Regierung gegen Österreich im Lichte der in Genf geäußerten Auffassungen

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 22830/13 Wien, 17. Juni 1933

Gemäß Beschluß des Deutschen Ministerrates vom 27. Mai ist für das Ausreisevisum nach Oesterreich eine Ausreisetaxe von 1000 Reichsmark einzuheben. Nach dem Text des gleichzeitig ausgegebenen Communiqués betrifft diese Maßnahme nur die Ausreise von Reichsdeutschen; Ausnahmen werden nur gewährt für den ordnungsmäßigen Geschäftsverkehr zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche und für den Kleinen Grenzverkehr, nicht aber für den Ausflugverkehr.
Der Handelsvertrag vom Jahre 1930 bietet keine Handhabe zu einem formalrechtlichen Einspruche gegen diese Maßnahme. Als er abgeschlossen wurde, hätte man es selbstverständlich für unmöglich gehalten, daß eine derartige Maßnahme überhaupt getroffen werde.
Der Artikel 21 des Handelsvertrages, wonach sich die beiden vertragschließenden Teile verpflichten, alle zweckdienlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die in einzelnen Fällen sich ergebenden Schwierigkeiten zu beseitigen, die dem Personen-, Gepäcks-, Expreßgut- und Güterverkehr zwischen ihren Gebieten entgegenstehen, kann im vorliegenden Falle auch bei weitestgehender Auslegung nicht herangezogen werden weil er nach Wortlaut und Einreihung die rein eisenbahntechnischen Fragen betrifft.
Auch der zweite Absatz des Artikels 1, 1. Satz, kann nicht herangezogen werden, der besagt, daß die Angehörigen des einen vertragschließenden Teiles, vorausgesetzt, daß sie die Landesgesetze beobachten, das Gebiet des anderen Teiles frei betreten, darin reisen, sich aufhalten und niederlassen sowie dieses Gebiet jederzeit frei verlassen können; die darin enthaltene Festlegung betrifft das Betreten und den Aufenthalt in dem Gebiete des anderen Vertragsteiles und verpflichtet nur eben diesen anderen Vertragsteil.
Was die völkerrechtliche Seite anlangt, ergibt sich nach Liszt § 13/V aus dem Grundgedanken des Völkerrechtes, durch das die Gemeinschaft der Staaten konstituiert wird, Recht und Pflicht eines jeden Staates zu ständigem Verkehr mit allen übrigen Mitgliedern der Völkerrechtsgemeinschaft (zum Kommerzium, zur „Sozialibilität“). Nach derselben Quelle begründet ein Staat, der einem anderen Staate das allen anderen gewährte Kommerzium versagt, damit für diesen einen casus

belli. In dem Begriffe des Verkehres liegt, abgesehen zunächst von der Unterhaltung diplomatischer Beziehungen, der Unterhaltung rechtlicher Beziehungen, auch die Erschließung des Landes für die Angehörigen der anderen Staaten. Es ist kein Zweifel, daß die Maßnahmen der deutschen Regierung deren Verpflichtung zur Sozialibilität nicht gerecht werden.

Die deutsche Verordnung über die Ausreisetaxe nach Oesterreich (die Ausreisesperre) und die Bestimmungen des Völkerrechtes

Inhaltsübersicht:

Vorbemerkung.
I. Sachverhalt.
II. Die Stellung der Rechtsfrage.
III. Widerspricht die Ausreisesperre an sich einer vertraglichen Verpflichtung Deutschlands?
  1.) Der österreichisch-deutsche Handelsvertrag.
  2.) Artikel 23 e Völkerbundsatzung.
  3.) Das Transit-Uebereinkommen von Barcelona.
  4.) Das Genfer Uebereinkommen über das internationale Regime der Eisenbahnen.
IV. Widerspricht die Ausreisesperre an sich einer allgemein anerkannten Regel des Völkerrechtes?
  1.) Die Verpflichtung der Staaten zum Handelsverkehr.
  2.) Das Verbot der differenziellen Behandlung.
V. Widerspricht die Ausreisesperre wegen des mit ihr verfolgten Zweckes einer vertraglichen Verpflichtung Deutschlands oder einer allgemein anerkannten Regel des Völkerrechtes?
  1.) Artikel 80 des Vertrages von Versailles.
  2.) Artikel 10 Völkerbundsatzung.
  3.) Das völkerrechtliche Verbot der Intervention.
  4.) Das völkerrechtliche Verbot des Rechtsmissbrauches.
VI. Nichtrechtliche Umstände, die für die Entscheidung der Rechtsfrage von Bedeutung sein können.
VII. Schlussfolgerungen.

Vorbemerkung.

Die durch die deutsche Verordnung über die Ausreisetaxe nach Oesterreich aufgeworfenen Frage ist vor allem politischer Natur. Zu dieser Seite der Frage will die Abteilung 15 VR keine Stellung nehmen.

Auch die Entscheidung darüber, ob die rechtliche Seite dieser Frage gegebenenfalls vor die zuständige Stelle (Völkerbundrat, Ständiger Internationaler Gerichtshof im Haag [in der Folge St. I. G.]) gebracht werden soll, falls sich auf Grund

der Untersuchung herausstellen sollte, dass Deutschland durch den Erlass der Verordnung eine Regel des Völkerrechtes verletzt hat, ist keine rechtliche sondern ebenfalls eine rein politische Frage, zu der sich die Abteilung 15 VR gleichfalls nicht äussern will.
Die Abteilung 15 VR glaubt jedoch vom Standpunkte des Völkerrechtes aus, auf folgende zwei Umstände aufmerksam machen zu sollen:

1.) Wie die Beziehungen unter den Völkern heute stehen, hält ganz allgemein ein jeder Staat dafür, dass der *einseitige* Versuch eines Staates, eine zwischen ihm und einem fremden Staate bestehende Meinungsverschiedenheit auf dem Rechtswege also durch Anrufung der Entscheidung eines Dritten zu lösen, als ein unfreundlicher Akt zu werten ist. Dies dürfte im konkreten Falle ganz besonders zutreffen.
2.) Wer immer sich mit der vorliegenden Rechtsfrage zu beschäftigen haben wird, wird in seiner Rechtsauffassung auch durch nicht rein rechtliche, sondern politische Erwägung beeinflusst sein. (Siehe die Erfahrungen, die Oesterreich mit der Entscheidung im Streite über die Zollunion gemacht hat). Die Abt. 15 VR wird daher in einem besonderen Kapitel VI versuchen, den Einfluss dieser nichtrechtlichen Erwägungen auf die Entscheidung der Rechtsfrage besonders hervorzuheben.

I. Sachverhalt.

Der deutsche Minister Dr. *Frank* hat in einer öffentlichen Rede Angriffe gegen Oesterreich gerichtet. Die Bundesregierung hat dagegen ergebnislos in Berlin protestiert. Als dann Minister Frank nach Wien kam, wurde ihm eröffnet, dass sein Besuch der Regierung „unerwünscht“ sei. Ferner hat die Bundesregierung gegen einige Reichsdeutsche, die der nationalsozialistischen Partei angehören, im Interesse der öffentlichen Sicherheit Massnahmen ergriffen. Keine dieser Massnahmen der Bundesregierung widerspricht einer Regel des Völkerrechtes.
Nichtsdestoweniger hat Deutschland eine Verordnung erlassen, wonach jeder deutsche Staatsangehörige, der nach Oesterreich reisen will, eine Ausreisetaxe von 1000 M zu zahlen hat. Offiziell hat Deutschland diese Massnahme damit begründet, dass Anhänger der deutschen nationalsozialistischen Partei in Oesterreich Gefahr liefen, schlecht behandelt zu werden, wodurch die Möglichkeit von Reibungen zwischen Deutschland und Oesterreich gegeben sei. Daher sehe sich die deutsche Regierung veranlasst, um die freundschaftlichen Beziehungen mit Oesterreich aufrecht zu erhalten, die Einhebung der Ausreisetaxe und damit eine Einschränkung des Reiseverkehrs zu verfügen.
Neben dieser offiziellen Erklärung liegen aber, soweit der Abt. 15 VR bekannt ist, inoffizielle Erklärungen massgebender deutscher Stellen vor, nach welchen die Ausreisetaxe eingehoben wird, um die Ausreise praktisch unmöglich zu machen und durch die derart hervorgerufenen wirtschaftlichen Schäden Oesterreich zu

zwingen, seine Politik in einer der deutschen Reichsregierung genehmen Art zu ändern. Die Einhebung der Ausreisetaxe verfolgt somit den Zweck, die österreichische Politik unter Druck zu setzen, also die politische Unabhängigkeit Oesterreichs anzutasten.
Nicht klar erscheint der Abt. 15 VR, aus welchen Gründen die deutsche Regierung die Ausreise nicht unmittelbar verboten hat, sondern sich mit der Einhebung einer hohen und deshalb wie ein Verbot wirkenden Taxe begnügt hat. Der Grund mag vielleicht darin gelegen sein, dass sich Deutschland doch gescheut hat, formell ein Ausreiseverbot zu erlassen, obwohl kein Zweifel darüber besteht, dass die Höhe der Taxe einer Ausreisesperre gleichkommt. Im folgenden wird daher immer nur von Ausreisesperre gesprochen werden.
Der Abteilung 15 VR ist es auch nicht ganz klar, aus welchen Gründen die deutsche Regierung es nicht versucht hat, das Ausreiseverbot derart einzuführen, dass die nationalsozialistische Partei eine lebhafte Propaganda gegen den Besuch Oesterreichs betrieben hätte. Man kann wohl annehmen, dass sich wenig Deutsche getraut haben würden, entgegen den Weisungen einer solchen Propaganda nach Oesterreich zu reisen. Tatsächlich wurden bisher die Schädigungen der wirtschaftlichen Interessen fremder Staaten zu einem politischen Zwecke gewöhnlich durch derartige private Boykotterklärungen durchgeführt, wobei die Regierungen der boykottierenden Länder immer den Vorteil hatten, mit mehr oder minder Erfolg darauf hinweisen zu können, dass sie am Boykott unschuldig seien.
Wie dem aber auch sei: Die Abt. 15 VR geht im Nachstehenden von zwei Voraussetzungen aus: Dass 1.) Oesterreich gegen Deutschland keine völkerrechtswidrige Massnahmen ergriffen hat und dass 2.) die Einhebung der Ausreisetaxe nur erfolgt, um auf Oesterreich aus politischen Gründen einen wirtschaftlichen Druck auszuüben.

II. Die Stellung der Rechtsfrage.

Aus dem Sachverhalte ergibt sich, dass Deutschland nicht gegen Oesterreich den Vorwurf erhebt, Oesterreich hätte gegen Deutschland irgendeine völkerrechtswidrige Massnahme ergriffen, so dass Deutschland seinerseits berechtigt wäre, als „Repressalie“ gegen diese völkerrechtswidrige Massnahme eine ähnliche an sich ebenfalls völkerrechtswidrige Massnahme zu ergreifen. Die deutsche Stellung ist daher hier anders als im Falle *Wasserbäck*. (Siehe Liszt: Völkerrecht S. 439).
Offiziell behauptet Deutschland, dass es durch die Einhebung der Ausreisetaxe nur „Retorsion“ ausüben will, d. h. dass es die seiner Ansicht nach wenig freundliche Behandlung seines Ministers *Frank* sowie die Massnahmen gegen nationalsozialistische Reichsangehörige durch eine ebensowenig freundliche Behandlung Oesterreichs im Fremdenverkehr vergelten will. (Siehe *Liszt*: S 438, *Oppenheim*: International Law II/81). Als Beispiel für einen Fall der Retorsion führt Liszt einen Zollkrieg an.

Selbst wenn diese offizielle Erklärung Deutschlands richtig wäre, wäre eine solche Retorsion nach Völkerrecht nur gestattet, falls die Anordnung der Ausreisesperre keine völkerrechtswidrige Massnahme wäre. Denn die Staaten sind berechtigt, auf dem Wege der Retorsion eine Unfreundlichkeit mit einer anderen Unfreundlichkeit zu beantworten aber nicht mit einem völkerrechtswidrigen Akte.
Es muss daher vor allem untersucht werden, ob die deutsche Massnahme völkerrechtswidrig ist. Eine solche Völkerrechtswidrigkeit könnte darin bestehen: 1.) Dass die Massnahme an sich einem von Deutschland mit Oesterreich abgeschlossenen Vertrage zuwiderläuft oder 2.) dass die Massnahme an sich einer allgemeinen Regel des Völkerrechtes widerspricht.
Wie aber bereits gezeigt wurde, steht die offizielle Erklärung der deutschen Regierung mit den Tatsachen im Widerspruche. Das Bestreben der deutschen Regierung geht offensichtlich weit über das hinaus, was man als Anwendung der Retorsion bezeichnen könnte. Die Ausreisesperre setzt sich, woran kein Zweifel bestehen kann, zum Ziel, die Bundesregierung durch Pressionsmittel zu einer Aenderung ihrer Politik zu veranlassen. Man muss daher auch untersuchen, ob die Ausreisesperre, selbst wenn sie nach Völkerrecht an sich zulässig wäre, nicht durch das Ziel, das sie sich setzt, völkerrechtswidrig ist, sei es weil sie gegen einen konkreten Vertrag, sei es weil sie gegen eine allgemein anerkannte Regel des Völkerrechtes (Verbot der Intervention usw.) verstösst.
Im Folgenden werden diese einzelnen Punkte nacheinander untersucht werden. Es sei jedoch noch darauf aufmerksam gemacht, dass nach Völkerrecht jeder Staat souverän ist, d. h. auf seinem Gebiete alles tun kann, was nicht durch eine spezielle oder allgemeine Regel des Völkerrechts verboten ist. Hiebei sind Beschränkungen in der Ausübung der Souveränität nicht zu vermuten. (Entscheidungen des St. I. G. A 10,1 S. 18, A 24 S. 12). Es ist daher Sache Oesterreichs zu beweisen, dass diese Massnahme einer positiven Regel des Völkerrechtes widerspricht.

III. Widerspricht die Ausreisesperre an sich einer vertraglichen Verpflichtung Deutschlands?

1.) Der österreichisch-deutsche Handelsvertrag vom 12. April 1930 B 30/31.
Nach seinem Vorspruche wurde dieser Vertrag geschlossen um „die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten weiter zu erleichtern und auszudehnen“. Zu diesem Zwecke bestimmt Artikel 1, dass die Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles in Bezug auf Handel, Gewerbe und Schiffahrt dieselben Rechte geniessen sollen, wie die Inländer und die Angehörigen des meistbegünstigten Landes. Sie sollen auch die volle Freiheit haben, dort einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Sie können ferner jederzeit in das Gebiet des anderen reisen, sich dort aufhalten und niederlassen.
Wenn man den Vorspruch im Zusammenhange mit den Bestimmungen des Artikel 1 liest, so kann man schwer zum Schlusse kommen, dass die beiden Vertrag-

schliessenden die Absicht hatten, ihrem Vertragsgegner zu gestatten, die Ausreise seiner Staatsangehörigen ohne triftigen Grund zu verbieten. Das Gegenteil dürfte eher zutreffen. Und wenn es im Art. 1 nicht ausdrücklich heisst, dass die Angehörigen des einen Teiles nicht verhindert werden dürfen, in das Gebiet des anderen zu reisen, so ist dies offenkundig nur darauf zurückzuführen, dass bei Abschluss des Vertrages keiner der beiden Vertragsteile auch nur an die Möglichkeit einer Ausreisesperre gedacht hat.

Dass der Wille der beiden Teile bei Abschluss des Handelsvertrages dahin gerichtet war, die grösstmögliche Verkehrsfreiheit auch im Reisendenverkehr zu sichern, so dass die Ausreisesperre vertragswidrig ist, geht auch aus den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 des Art. 18 hervor, welche besagen: „Auf den Eisenbahnen werden die vertragschliessenden Teile, um dem Vertrage völlige Wirksamkeit für die Handelsbeziehungen zu sichern, *ihr Möglichstes tun, um die* freie und sichere *Entfaltung der* durch den Handelsvertrag bezweckten *Beziehungen* zwischen den beiden vertragschliessenden Teilen *tunlichst zu begünstigen*; sie werden zu diesem Zwecke auch *alle Massnahmen hintanhalten, die die Wirkung des Handelsvertrages* ganz oder auch nur teilweise aufzuheben, zu behindern oder *zu stören geeignet sind.*

Im Personen-, Gepäck- und Expressgutsverkehr soll hinsichtlich der Abfertigung, der Beförderung, der Beförderungspreise und der mit der Beförderung zusammenhängenden öffentlichen Abgaben kein Unterschied zwischen den Bewohnern der Gebiete der beiden Teile gemacht werden."

Artikel 21, Abs. 1 bestimmt ferner: „Die beiden vertragschliessenden Teile verpflichten sich, *alle zweckdienlichen Massnahmen zu ergreifen, um die* in einzelnen Fällen sich ergebenden *Schwierigkeiten zu beseitigen, die dem Personen-,* Gepäck-, Expressgut- und Güter*verkehr zwischen ihren Gebieten entgegenstehen*".

Es dürfte wohl nicht leicht sein zu behaupten, dass die Vertragsstaaten sich verpflichten wollten, alles Mögliche zu tun, um den Angehörigen des anderen Teiles die Einreise in ihr Land zu erleichtern, wenn es im Belieben der Vertragstaaten hätte stehen sollen, die Ausreise ihrer Angehörigen grundlos zu verbieten.

Für die Auslegung des Willens der Vertragsschliessenden im Zeitpunkte des Vertragsabschlusses ist aber noch ein Umstand in Betracht zu ziehen. Beim Abschlusse von Handelsverträgen sind beide Teile immer darum besorgt, ihre Zahlungsbilanz aktiv zu gestalten. Nun ergibt sich aus dem Warenverkehr mit Deutschland für Oesterreich immer ein grosses Passivum. Zur teilweisen Verringerung dieses Passivums dient der deutsche Reisendenverkehr in Oesterreich. Man kann nun wohl annehmen, dass bei Abschluss des Handelsvertrages dieses für Oesterreich aus dem Reisendenverkehr sich ergebende Aktivum mit in Rechnung gezogen worden ist. Die Abteilung 15 VR glaubt annehmen zu können, dass es wohl kaum schwer fallen dürfte, konkretes Material für diese Behauptung vorzubringen. (Statistiken über den Reisendenverkehr, die anlässlich der Handelsvertragsverhandlungen vorgelegt wurden, usw.). Oesterreich dürfte somit bei der Regelung

des Warenverkehrs (Festsetzung der Höhe der Zölle usw.) Deutschland gewisse Vorteile eingeräumt haben, nur weil es als teilweise Gegenpost mit dem deutschen Reisendenverkehr rechnete. Es dürfte nun kaum vertragsmässig sein, wenn Deutschland ohne Grund Oesterreich daran hindert, die aus diesem Verkehre erwarteten Vorteile zu geniessen, obwohl es selbst, wenigstens bisher, alle vertragsmässigen Vorteile aus dem Handelsvertrage geniesst.

Wie richtig das vorliegende Argument ist, geht wohl am besten daraus hervor, dass Deutschland offensichtlich die Einhebung der Ausreisetaxe eben deshalb als Druckmittel gegen Oesterreich verwendet, weil es glaubt, dass Oesterreich unbedingt auf die finanziellen Vorteile aus dem deutschen Reisendenverkehr angewiesen ist, auf die es nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge also bei der Fortgeltung des Handelsvertrages rechnen durfte.

Man kann aber den Handelsvertrag auch noch unter einem anderen Gesichtspunkte betrachten. Der Vertrag enthält nämlich überall die Meistbegünstigung für Oesterreich. (Siehe die Artikeln 1, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 12, 25, 28 und 30) Nun ist die Ausreisesperre ausschliesslich gegen Oesterreich gerichtet, obwohl andere Staaten, wie z. B. die Schweiz und die Tschechoslowakei ebenfalls gegen die Anhänger der nationalsoz. Partei gewisse Massnahmen ergriffen haben. Selbst wenn man annimmt, dass die Ausreisesperre an sich nicht einer konkreten Bestimmung des Handelsvertrages widerspricht, so scheint doch die ausschliesslich gegen Oesterreich gerichtete Ausreisesperre gegen den Geist der im Handelsvertrage Oesterreich zugesicherten Meistbegünstigung zu verstossen.

Wie bereits in der Vorbemerkung erwähnt wurde, läuft die deutsche Ausreisesperre wirtschaftlich auf einen Boykott des Reisendenverkehrs nach Oesterreich hinaus und ist nur der Ausdruck „Boykott“ juristisch deshalb nicht am Platze, weil ein Boykot begriffsmässig nicht vom Staate selbst, sondern von seinen Einwohnern ausgeht. Nun ist gerade bei Waren-Boykotts in der Geschichte bereits öfters die Frage untersucht worden, ob ein Land gegen ein zweites Land einen Waren-Boykott zulassen darf, falls zwischen beiden Ländern ein Handelsvertrag besteht. Als z.B. i. J. 1905 in China ein anti-amerikanischer Warenboykott ausbrach, haben die Vereinigten Staaten unter Hinweis auf Artikel 15 des Vertrages von 1858 dagegen protestiert. (Siehe American Journal for International Law 1933 S. 2, ferner *Fauchille*: Traité de droit international I/III S. 198). *Neumann* in *Strupp* Wörterbuch des Völkerrechtes I. S. 155 („Boykott im Völkerrecht“) erklärt „der chinesische Staat verstösst erst dann gegen den Handelsvertrag, wenn er einen Boykott offiziell organisiert“. Dies wäre der Fall der deutschen Ausreisesperre.

In einem Artikel „The Boycott in Foreign Affairs“ American Journal 1933 S. 1 besprechen *Hyde und Wehle* die Frage, ob die Vereinigten Staaten, die mit mehreren Ländern Handelsverträge abgeschlossen haben, die dem Art. 1 des österr.-deutschen Handelsvertrages ähnliche Bestimmungen enthalten, trotzdem berechtigt wären, einen Waren-Boykott durchzuführen. Die Verfasser kommen zum Ergebnisse, dass die Antwort auf diese Frage von den Absichten der Vertragsstaaten

abhängt, dass sie daher wohl auch auf Vertragswidrigkeit eines solchen Boykotts lauten kann.
Die Frage der Zulassung eines Waren Boykotts hat übrigens auch im Mandschurei-Streite zwischen China und Japan eine grosse Rolle gespielt. Siehe den Lytton Bericht S. 112, Kapitel VII, „Die Japanischen wirtschaftlichen Interessen und der chinesische Boykott." Ueber die rechtliche Zulässigkeit eines von Privaten inszenierten Boykotts sagt dieser Bericht freilich nur: „Ob allerdings die organisierte Anwendung des Boykotts auf den Handel mit einem bestimmten Lande vereinbarlich ist mit freundschaftlichen Beziehungen oder in Uebereinstimmung ist mit vertraglichen Verpflichtungen, ist eher ein Problem des Völkerrechtes als ein Gegenstand unserer Untersuchung". Siehe ferner auch das Memorandum über den Boykott und die japanischen Interessen in China, Beilage 8 zum Lytton-Bericht S. 208.
Wenn man nun zusammenfassend alle Bestimmungen des Handelsvertrages sowie die Gründe, die zu seinem Abschlusse führten, unvoreingenommen betrachtet, so kann man wohl mit Aussicht auf Erfolg die Ansicht vertreten, dass die Ausreisesperre, wenn auch nicht dem Wortlaute eines Artikels, so doch dem Geiste des ganzen Handelsvertrage widerspricht, dass die Ausreisesperre daher vertragswidrig ist.
Allerdings ist dieses Ergebnis nicht unbedingt zwingend. Insbesondere könnte dagegen eingewendet werden, dass eine derartige Einschränkung der Souveränität Deutschlands nur dann angenommen werden könnte, wenn sie ausdrücklich vereinbart worden wäre.

2.) Artikel 23 e der Völkerbundsatzung.
Artikel 23 der Völkerbundsatzung bestimmt: „Sous la réserve, et en conformité des dispositions des conventions internationales actuellement existantes ou qui seront ultérieurement conclues, les Membres de la Société:
«…e) prendront les dispositions nécessaires pour assurer la garantie et le maintien de la liberté des communications et du transit, ainsi qu'un équitable traitement du commerce de tous les Membres de la Société…"
Die Tragweite dieser Bestimmung ist nicht ganz klar. Dem Wortlaute nach haben die Mitglieder des Völkerbundes sich nur verpflichtet, künftig Massnahmen zu ergreifen, um die Freiheit der Verkehrswege zu sichern. Dieser Auffassung entspricht wohl auch der Eingang des Artikels, der ausdrücklich auf bestehende und künftige Verträge hinweist. *Schücking-Wehberg*: Die Satzung des Völkerbundes 1. Auflage, S. 443 behauptet ebenfalls, dass Artikel 23 e keine unmittelbaren Verpflichtungen enthält, sondern lediglich ein Programm sei. Sie weisen zur Bekräftigung ihrer Ansicht auf die Botschaft des schweizerischen Bundesrates vom 4. August 1919 S. 137 und auf den Kommentar von Scelle S. 196 hin. Absatz 2 des Vorspruches zum Transit Uebereinkommen von Barcelona (siehe weiter unter 3) weist darauf hin, dass auf dem Gebiete der Freiheit der Verkehrswege und des Durchgangsverkehrs „les intentions de l'article 23 e" der Völkerbundsatzung am besten durch allgemeine

Uebereinkommen zu erreichen sind. Der Vorspruch zum Eisenbahnübereinkommen (siehe weiter unter 4) enthält diesen Hinweis nicht, offenbar weil Deutschland damals noch nicht dem Völkerbunde angehörte und trotzdem daran teilnahm. Doch nimmt auch dieses Uebereinkommen in Art. 14 auf Art. 23 e Bezug.
Borel und *Politis* weisen in einem Rapport, den sie im Jahre 1927 an das Institut de Droit International für seine Sitzung in Lausanne erstattet haben, an zwei Stellen auf die Bestimmung des Artikel 23 e als Beispiel dafür hin „que la grande loi de solidarité toujours mieux comprise, amènera les pays et leurs Gouvernements, plus encore qu'aujourd'hui, à reconnaître un caractère obligatoire aux égards réciproques qu'ils se doivent dans l'exercice de leurs droits respectifs. Il est permis d'en voir un exemple dans l'engagement pris par les Puissances adhérant à la S.d.N. de prendre les dispositions nécessaires « pur assurer et garantir un équitable traitement du commerce de tous les Membres de la Société (Art. 23 e de Pacte) ».“ Dem Wortlaute nach haben die Berichterstatter wohl damit nur gemeint, dass die Mitglieder des Völkerbundes sich zum Abschluss von Verträgen über die Verkehrsfreiheit verpflichtet haben.
Der Ständige Internationale Gerichtshof endlich hat in seinem Urteil Série A/B Nr. 42 Trafic ferroviaire entre la Lithuanie et la Pologne diese Frage kurz berührt. (Siehe den Bericht des Gesandten Pflügl vom 1. Juni 1933). In diesem Falle hatte Polen von Lithauen verlangt, dass Lithauen eine *konkrete* Eisenbahnstrecke in Dienst stelle. Zur Begründung seines Anspruches hatte sich Polen u.a. auch auf Art. 23 e berufen. Der St. I. G. ist nun der Ansicht, dass aus Artikel 23 e keine Verpflichtung der Mitglieder des Völkerbundes entstehe, konkrete Eisenbahnlinien zu eröffnen. Der St. I. G. setzt S. 119 fort.
„Dans ces conditions, il n'y a pas lieu, pour la Cour, d'examiner la question de savoir si un Etat qui se refuserait à toute communication avec un ou plusieurs Etats, Membres comme lui de la Société des Nations, n'agirait pas à l'encontre de l'article 23 e) du Pacte, même s'il n'avait signé aucune convention assurant la liberté des communications et du transit. A ce propos, la Cour désire souligner que le présent avis ne saurait être interprété comme émettant une opinion sur la manière de voir exprimée au nom de la Commission consultative et technique et suivant laquelle, aux termes de l'article 23 e), « les Membres de la Société des Nations sont certainement en droit de demander à tout Membre de la Société au moins de ne pas agir en contradiction avec les buts de cet article ».“
Das Gericht äussert sich somit zu dieser Frage nicht. Hiezu muss insbesondere noch hervorgehoben werden, dass die zitierte Stelle des Berichtes der Kommission (siehe Veröffentlichungen des St. I. G. Serie C Nr. 54, S. 31) sich, wie aus Seite 34/35 hervorgeht, nur darauf bezieht, dass durch eine Verkehrsstörung die Interessen *dritter* Staaten, also nicht der streitenden Staaten berührt werden können, die Kommission daher die Frage, ob die Verkehrssperre zwischen Polen und Litauen im Verhältnisse zwischen diesen beiden Staaten mit den Bestimmungen des Art. 23 e) im Einklange steht, nicht berührt.

Der Richter Anzilotti dagegen hat sich zwar dem Spruche des Gerichtes angeschlossen, ihm jedoch eine andere Begründung gegeben. Diesbezüglich heisst es im Urteil: „M. Anzilotti, tout en se ralliant à la conclusion de la Cour, est d'avis que les motifs adoptés, notamment en ce qui concerne l'article 23 e) du Pacte de la Société des Nations, ne sont pas suffisants pour la justifier. Dans son opinion, la véritable question posée à la Cour n'est pas de savoir si la Lithuanie est obligée d'ouvrir au trafic une ligne déterminée; la question est plutôt de savoir si la Lithuanie peut se refuser à avoir des communications ferroviaires avec la Pologne; il est certain en effet, que toutes les lignes de chemins de fer qui relient directement la Lithuanie à la Pologne sont interrompues et que, si la demande du Conseil se borne à la ligne Landwarów-Kaisiadorys, c'est uniquement parce que celle-ci est la seule qui présente une importance économique considérable. Dans ces conditions, M. Anzilotti est d'avis que seules les « circonstances actuelles » mentionnées dans la question et qui, de toute évidence, ont trait aux relations politiques existant actuellement entre les deux pays, peuvent justifier une attitude de la Lithuanie qui, prise en elle-même, ne serait guère compatible avec les devoirs des Membres de la Société des Nations, et notamment avec certaines obligations qui, dans des circonstances normales, semblent découler de l'article 23 e) du Pacte."

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass auf jeden Fall Anzilotti möglicherweise aber auch die Mehrheit der Richter des St. I. G. der Ansicht sind, dass eine vollkommene Unterbrechung des Verkehrs zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes dem Art. 23 e) widerspricht, auch wenn zwischen diesen Mitgliedern eine entgegenstehende konkrete Vertragsbestimmung nicht besteht.

Man kommt also auch hier zu einem ganz ähnlichen Ergebnisse wie im vorhergehenden Kapitel: Die Ausreisesperre widerspricht ganz offen dem Geiste des Artikel 23 e). Ob sie auch seinem Wortlaute widerspricht, kann zweifelhaft sein.

3.) Uebereinkommen und Statut über die Freiheit des Durchgangsverkehrs von Barcelona vom 20. April 1921 B 429/24.

Dieses Uebereinkommen wurde in Ausführung der Bestimmungen des Art. 23 e) Völkerbundsatzung geschlossen, auf das es sich, wie unter 2 erwähnt wurde, im Vorspruche ausdrücklich bezieht. In dem Vorspruche heisst es weiter, dass es von dem Wunsche geleitet sei, „die Freiheit der Verkehrswege und des Durchgangsverkehrs zu gewährleisten und aufrecht zu erhalten". Der Inhalt bezieht sich nun, wie schon aus der Ueberschrift hervorgeht, nicht auf jeglichen Verkehr, sondern nur auf den Transitverkehr, so dass dieses Uebereinkommen nicht unmittelbar auf den vorliegenden Fall anwendbar ist, wo es sich um den Verkehr zwischen zwei angrenzenden Staaten handelt.

Gleichwohl geht aus dem Vorspruche hervor, dass die vertragschliessenden Teile auch die Wichtigkeit der Freiheit der Verkehrswege überhaupt auch in diesem Vertrage grundsätzlich anerkannt haben.

4.) Das Uebereinkommen über das Internationale Regime der Eisenbahnen, Genf 9.12.1923, B.53 aus 1927.

Dieses Uebereinkommen hat, wie aus dem Vorspruche hervorgeht, den Zweck, ganz allgemein „die Freiheit der Verkehrswege und des Durchgangsverkehres zu gewährleisten". Das dem Uebereinkommen angeschlossene Statut über den internationalen Eisenbahnverkehr bezieht sich allerdings hauptsächlich nur auf die technische und finanzielle Durchführung dieses Verkehrs. Gleichwohl geht aus Artikel 5, der bestimmt, dass die Vertragschliessenden sich verpflichten, „alles zur Erleichterung des internationalen Personenverkehrs Nötige zu tun" hervor, dass eine Ausreisesperre bestimmt nicht im Sinne dieses Uebereinkommens gelegen ist.

Ferner sei auf Artikel 4, Abs. 2 hingewiesen, der bestimmt: „Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem internationalen Verkehr angemessene Erleichterungen zu gewähren und enthalten sich jeder unterschiedlichen Behandlung, die ein Uebelwollen gegen die anderen Vertragsstaaten, gegen ihre Staatsangehörigen oder gegen ihre Schiffe darstellen könnte". Im Unterzeichnungsprotokolle heisst es ferner: „Es besteht Einverständnis darüber, dass jede Verschiedenheit in der Behandlung der Flaggen, die ausschliesslich in Ansehung der Flagge erfolgt, als unterschiedliche Behandlung angesehen werden muss, die ein Uebelwollen im Sinne der Artikel 4 und 20 des Statuts über das Internationale Regime der Eisenbahnen darstellt".

Auch dieses Uebereinkommen verbietet eine Ausreisesperre nicht unmittelbar. Wohl aber könnte vielleicht mit Erfolg hervorgehoben werden, dass die Vertragstaaten sich feierlich verpflichtet haben, die anderen Staaten nicht differenziell zu behandeln. Da die deutsche Ausreisesperre ausschliesslich gegen Oesterreich gerichtet ist, so könnte sie entschieden als eine solche durch dieses Uebereinkommen verbotene, differenzielle Behandlung betrachtet werden, die, wenn vielleicht auch nicht dem Wortlaute, so doch bestimmt dem Geiste dieses Uebereinkommens widerspricht. Diesbezüglich sei auch auf Ripert: „L'organisation des communications et du transit et la S.d.N." (Journal de Droit International 1925 S. 14) hingewiesen, der hervorhebt, dass es eine der Grundlagen der beiden unter 3) und 4) besprochenen Uebereinkommen ist, die gleiche Behandlung zwischen den Staaten zu sichern. „Les divers Etats s'interdisent de faire des discriminations qui seraient basées sur la nationalité des parties… On évite par là des inégalités qui sont bien vite des causes de désaccords graves."

IV.) Widerspricht die Grenzsperre an sich einer allgemein anerkannten Regel des Völkerrechtes?

1.) Die Verpflichtung der Staaten zum Handelsverkehr.

Es besteht wohl kein Zweifel darüber, dass die Wohlfahrt der Völker es verlangt, dass die Staaten soweit möglich untereinander Verkehr pflegen.

Es erscheint aber fraglich, ob die Staaten völkerrechtlich verpflichtet sind, den Personenverkehr mit anderen Staaten zuzulassen, ob daher eine Ausreisesperre

in diesem Sinne völkerrechtswidrig ist. Liszt S. 126 schreibt diesbezüglich: „Aus dem Grundgedanken des Völkerrechtes, durch das die Gemeinschaft der Staaten konstituiert wird, ergibt sich endlich auch Recht und Pflicht eines jeden Staates zu ständigem Verkehre mit allen übrigen Mitgliedern der Völkerrechtsgemeinschaft (Zum „Commercium“ zur „Soziabilität“). Er setzt weiter hinzu: „Ein Staat, der einem anderen Staate das allen anderen gewährte Commercium versagt, begründet damit für diesen einen Casus belli. Folgerecht ist auch die wirtschaftliche Boykottierung mit dem Grundgedanken des Völkerrechtes unvereinbar.“
Holländer in seinem Aufsatze „International trafic law: Its forms and requirements“ American Journal 1923 S. 471 zitiert lediglich Internoscia: New Code of International Law Nr. 99 „The right of international communication is derived from the very essence of the international community and is the basis of international law“.
Oppenheim: International Law I S. 324 und 278 dagegen bestreitet, dass es ein Recht zum Verkehr gibt. „Intercourse is therefore one of the caracteristics of the position of the States within the Family of Nations, and it may be maintained that intercourse is a presupposition of the International Personality of every State. But no special right or rights of intercourse between the States exist according to the Law of Nations.“
In dem Entwurfe über die Grundrechte der Staaten, den die American International Law Association im Jahre 1916 aufgestellt hat, kommt ein Grundrecht der Staaten zum Verkehr nicht vor. Ebensowenig spricht von einem derartigen Rechte Kirchenheim in seinem Artikel „Grundrechte der Staaten“ in Strupps Wörterbuch des Völkerrechtes I/437. Diena: Diritto internazionale S. 151 bestreitet ebenfalls, dass ein Recht der Staaten auf Aufrechterhaltung des Verkehres mit anderen Staaten besteht. Desgleichen Fauchille: Traité de droit international public I/I S. 479.
Man kann daher nicht unbedingt behaupten, dass die deutsche Ausreisesperre einem Grundrechte Oesterreichs, mit Deutschland ungehinderten Personenverkehr zu geniessen, widerspricht.

2.) Das Verbot der differenziellen Behandlung.
Die Ausreisesperre ist, wie bereits erwähnt wurde, ausschliesslich gegen Oesterreich gerichtet.
Nun besagt einer der wenigen so ziemlich allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechtes, dass Staaten fremde Staatsangehörige nicht differenziell behandeln dürfen.
Ein ähnliches Recht hat sich jedoch auf dem Gebiete der unmittelbaren Beziehungen zwischen den Staaten selbst noch nicht entwickelt. Dadurch dass ein Staat gewisse Staaten in einer bestimmten Weise behandelt, erwirbt ein dritter Staat noch keinen rechtlichen Anspruch auf die gleiche Behandlung. Es ist zwar richtig, dass in der Praxis eine differenzielle Behandlung von allen Staaten als ein unfreundlicher Akt angesehen wird, diese Behandlung ist aber, mangels einer

entsprechenden vertraglichen Bindung, nicht völkerrechtswidrig. So kann z. B. ein Staat nach Völkerrecht, sehr wohl mit bestimmten Staaten einen Rechtshilfevertrag abschliessen, während er den Abschluss eines ähnlichen Vertrages mit anderen Staaten nach Belieben verweigern kann.
Die Einschaltung der Meistbegünstigungsklausel in Staatsverträgen verfolgt ja gerade den Zweck, den Grundsatz der gleichen Behandlung zwischen den Staaten, der nach allgemeinem Völkerrechte nicht anerkannt ist, vertraglich festzulegen.
Die Ausreisesperre ist deshalb nicht schon aus dem Grunde völkerrechtswidrig, weil sie Oesterreich differenziell behandelt.
Es ist nun richtig, dass keine der vorgenannten Vertragsbestimmungen wortwörtlich der deutschen Regierung die Erlassung einer Ausreisesperre verbietet und dass auch diese Sperre keiner unbestrittenen positiven Norm des Völkerrechtes zuwiderläuft. Die Ausreisesperre widerspricht aber derart dem Sinne aller genannten Verträge und dem Geiste des heute geltenden Völkerrechtes, dass man wohl annehmen kann, dass auf Grund aller vorgebrachten Argumente zusammengenommen, jeder unvoreingenommene Jurist zum Ergebnis kommen wird, dass die deutsche Ausreisesperre unter den Umständen, unter denen sie ergriffen wurde, vertrags- und völkerrechtswidrig ist.
Wesentlich verstärkt wird diese Ansicht noch, wenn man, wie es wohl zutreffend ist, annimmt, dass es der deutschen Regierung viel weniger darum zu tun ist, Retorsion anzuwenden, als auf die Bundesregierung einen Druck auszuüben, um der österreichischen Politik eine bestimmte Richtung zu geben. Es soll daher im Folgenden auch untersucht werden, ob die Ausübung eines solchen Druckes mit dem Völkerrechte im Einklange steht.

V. Widerspricht die Ausreisesperre wegen des von ihr tatsächlich verfolgten Zweckes einer vertraglichen Verpflichtung Deutschlands oder einer allgemein anerkannten Regel des Völkerrechtes?

1.) Artikel 80 des Vertrages von Versailles.
Nach Art. 80 des Vertrages von Versailles verpflichtet sich Deutschland, die Unabhängigkeit Oesterreichs anzuerkennen und sie unbedingt zu achten.
Falls, wie hier als erwiesen angenommen wird, die Ausreisesperre den Zweck verfolgt, dieser Unabhängigkeit Oesterreichs näherzutreten, so widerspricht sie dem Art. 80 des Vertrages von Versailles. Da aber Oesterreich nicht zu den Unterzeichnern dieses Vertrages gehört, kann es sich nicht unmittelbar auf diese Bestimmung berufen. Ganz abgesehen davon würde es wohl schwer angehen, dass sich Oesterreich jetzt auf diese Bestimmung beruft, die es früher so vielfach bekämpft hat.

2.) Artikel 10 der Völkerbundsatzung.
Artikel 10 der Völkerbundsatzung bestimmt, dass die Bundesmitglieder sich verpflichten: die „Unversehrtheit des Gebietes und die politische Unabhängigkeit al-

ler Bundesmitglieder zu achten gegen jeden äusseren Angriff zu wahren". Hiebei ist unter Unabhängigkeit „das Recht des Staates zu selbständiger Regelung seiner eigenen Angelegenheiten, frei von jeder Einmischung des Auslandes" zu verstehen. „Kraft seiner Unabhängigkeit bestimmt der Staat aber auch seine Politik selbständig, d. h. er setzt sich selbst seine Lebensziele und entscheidet über die zu ihrer Erreichung einzuschlagenden Wege". (Heilborn in Strupp Wörterbuch des Völkerrechtes II S. 746.) Als die deutsche Regierung i.J. 1919 anlässlich der Beratung der Völkerbundsatzung selbständige Vorschläge machte, wollte sie den Gedanken des Artikel 10 folgendermassen formuliert wissen: „Die Mitglieder gewährleisten ihren territorialen Besitz und enthalten sich gegenseitig der Einmischung in die inneren Angelegenheiten. (Siehe Schücking Wehberg S. 272).
Nun hat die Ausreisesperre, wie angenommen wurde, vor allem den Zweck der österreichischen Bevölkerung einen bestimmten politischen Kurs aufzuzwingen und stellt sich daher als eine Verletzung der politischen Unabhängigkeit Oesterreichs dar.
Mit Rücksicht auf diesen Zweck widerspricht somit die Ausreisesperre sowohl dem Wortlaute als auch dem Geiste des Art. 10, den zu achten die deutsche Regierung erst kürzlich wieder im Vier-Mächtepakt versprochen hat.
Was endlich die Frage der Verwendung des technischen Mittels einer Ausreisesperre betrifft, um durch dieses Zwangsmittel einen fremden Staat zu einem bestimmten Verhalten zu nötigen, so sei nur einem allfälligen Einwand der deutschen Regierung zu begegnen, dass diese Mittel wohl nicht genügend durchschlagskräftig sei, um einen solchen Zweck zu erreichen, bereits jetzt darauf verwiesen, dass dieses Mittel als tauglich erklärt wurde, um im Sinne des Art. 16 der Völkerbundsatzung gegen ein widerspenstiges Mitglied des Völkerbundes einen ökonomischen Druck auszuüben. Dies hat die deutsche Regierung selbst i. J. 1919 in ihrem Vorschlage zu Art. 16 der Völkerbundsatzung hervorgehoben. (Siehe Schücking Wehberg S. 377). Auch der Völkerbundentwurf der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht sieht eine Sperrung des Personenverkehrs als ein taugliches Mittel im Sinne des Art. 16 Völkerbundsatzung an. (Schücking Wehberg S. 337).

3.) Das völkerrechtliche Verbot der Intervention.
Unter Intervention versteht man im Völkerrechte die Anwendung von Gewalt, um einem fremden Staat zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen (Liszt S. 141, Oppenheim I, S. 262). Nun ist nach Völkerrecht jede Intervention verboten, es sei denn, dass der intervenierende Staate ein Recht auf den geltend gemachten Anspruch hat.
Deutschland macht aber keinen solchen Rechtsanspruch geltend.
Die deutsche Ausreisesperre wäre daher schon nach allgemeinem Völkerrechte und unabhängig von der Bestimmung des Art. 10 der Völkerbundsatzung schon wegen des Zweckes, den sie verfolgt, unzulässig.

4.) Das völkerrechtliche Verbot des Rechtsmissbrauches.

Aber selbst wenn man annehmen wollte, dass Deutschland durch die Erlassung der Ausreisesperre an sich keine Regel des Völkerrechts verletzt, sondern nur sein gutes Recht ausgeübt hätte, muss noch die weitere Frage untersucht werden, ob nicht die Rechtsausübung, lediglich zum Zwecke, um einem anderen Staat zu schaden an sich völkerrechtswidrig ist.

Die Römer haben den Rechtssatz aufgestellt: qui suo jure utitur neminem laedit. Den Gegensatz hiezu bildet der Satz: summum jus, summa injuria.

In den modernen Privatrechten tritt nun immer mehr das Bestreben zutage, den zweiten Satz in den Vordergrund zu schieben und den freien Rechtsgebrauch insofern einzuschränken, als der Gebrauch eines Rechtes dann als rechtswidrig gilt, wenn dieser Gebrauch nur erfolgt, um einem anderen einen Schaden zuzufügen: malitits non est indulgendum.

So bestimmt § 226 deutsches bürgerl. Gesetzbuch: „Die Ausübung eines Rechtes ist unzulässig, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen". Aehnlich Art. 2, Abs. 2 des Schweizer bürgerl. Gesetzbuches: „Der offenbare Missbrauch eines Rechtes findet keinen Gesetzesschutz".

In Oesterreich hat die Novelle zum bürgerl. Gesetzbuche zum § 1295 folgenden Absatz 2 hinzugefügt: „Auch wer in einer gegen die guten Sitten verstossenden Weise absichtlich Schaden zufügt, ist dafür verantwortlich, jedoch, falls dieses in Ausübung eines Rechtes geschah, nur dann, wenn die Ausübung des Rechtes offenbar den Zweck hatte, den anderen zu schädigen."

In der Theorie und Praxis der Völkerrechtes besteht nun nachweisbar die Tendenz, den Grundsatz des Verbotes des Rechtsmissbrauches auch auf die Beziehungen zwischen den Völkern anzuwenden und dieser Grundsatz ist auch öfters von internationalen Gerichten tatsächlich angewendet worden.

Anlässlich der Verhandlungen des Juristenkomitees, das zur Beratung des Statuses des zu gründenden Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag einberufen worden war, hat der italienische Vertreter Ricci-Busatti als typisches Beispiel eines allgemein anerkannten Rechtsgrundsatzes im Sinnes des Art. 38 (3) des Statuses des St. I. G. (Art. 38 enthält die Rechtsregeln, die der Gerichtshof anwenden soll) das Verbot des Rechtsmissbrauches angeführt. (Siehe Procès verbaux S. 315).

Der St. I. G. selbst hat sich bereits in drei Entscheidungen mit der Frage des Rechtsmissbrauches beschäftigt.

In der Entscheidung Serie A Nr. 7 betreffend gewisse deutsche Interessen in Polnisch-Oberschlesien handelte es sich um die Frage, ob Deutschland berechtigt gewesen ist, zwischen Waffenstillstand und Inkrafttreten von Versailles eine Fabrik zu verkaufen, damit diese nicht nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages vom polnischen Staate entschädigungslos enteignet werden könne. Der Gerichtshof hat damals erklärt (S. 30):

„L'Allemagne a conservé jusqu'au transfert effectif de la souveraineté le droit des disposer de ses biens, et ce n'est qu'un abus de ce droit ou un manquement au

principe de la bonne foi qui pourraient donner à un acte d'aliénation le caractère d'une violation du Traité; un tel abus ne se présume pas, mais il incombe à celui qui l'allègue de fournir la preuve de son allégation". Desgleichen (S. 37): „Il reste toutefois à examiner la possibilité pour la Pologne, de se prévaloir, vis-à-vis de l'Allemagne, d'un abus du droit qu'avait cette dernière d'aliéner des bien situés dans le territoire plebiscité avant le transfert de la souveraineté. – De l'avis de la Cour, l'hypothèse d'un tel abus ne se vérifie pas dans le cas actuel".

In dem Beschlusse Serie A Nr. 24 betreffend die Freizonen von Hochsavoyen und der Landschaft Gex hat der StIG (S. 12) entschieden. "S'il est constant que la France ne saurait se prévaloir de sa législation pour restreindre la portée des ses obligations internationales, il n'est pas moins certain que la législation fiscale française s'applique dans le territoire des zones franches comme dans toute autre partie du territoire français;… une réserve doit être faite pour le cas d'abus que la Cour ne saurait cependant présumer."

In der Entscheidung in dieser gleichen Angelegenheit Serie A/B Nr. 46 S. 167 hat der StIG. festgestellt: Une réserve doit être faite pour le cas d'abus de droit, car il est certain que la France ne peut échapper à l'obligation de maintenir les zones, en créant, sous le nom de cordon de surveillance, un cordon douanier. Mais la Cour ne saurait présumer l'abus de droit."

Da Deutschland, wie zweifellos angenommen werden kann, die Ausreisesperre tatsächlich nicht im Interesse seiner Staatsangehörigen erlassen hat, sondern nur um Oesterreich zu schädigen, so könnte wohl mit Aussicht auf Erfolg, der Standpunkt vertreten werden, dass hier ein Fall des Missbrauches eines Rechtes vorliegt, den das Völkerrecht nicht deckt.

VI. Nichtrechtliche Umstände, die für die Entscheidung der Rechtsfrage von Bedeutung sein können.

Bevor die Schlussfolgerungen aus den angeführten Untersuchungen gezogen werden, sollen noch, wie bereits in der Vorbemerkung angedeutet wurde, die nichtrechtlichen Umstände kurz besprochen werden, die für die Entscheidung der Rechtsfrage von Bedeutung sein können.

Falls eine Rechtsregel nicht wortwörtlich auf einen konkreten Fall passt, kann sie nur mit Hilfe der Auslegung angewendet werden. Auch die Feststelllung des rechtlich bedeutungsvollen Sachverhaltes (z. B. ob sich die Ausreisesperre gegen die Unabhängigkeit Oesterreichs richtet) kann nur mit Hilfe der Auslegung erfolgen.

Sobald aber eine Auslegung nötig ist, ist auch den persönlichen Anschauungen der auslegenden Personen ein weiter Spielraum gelassen.

Es ergibt sich daher die auch in der Praxis der internationalen Gerichte immer wieder beobachtete Tatsache, dass alle Menschen also auch Richter Verträge im Zweifel eher in dem Sinne auslegen, wie es ihrer geistigen Einstellung gemäss

ist, ebenso wie sie im Zweifel den Sachverhalt so sehen, wie er ihrer persönlichen Auffassung entspricht. Um ein konkretes Beispiel zu geben: Falls ein Richter Sympathien mit Oesterreich empfände, so würde er ganz unbewusst den Beweis dafür, dass die Ausreisesperre gegen Oesterreichs politische Unabhängigkeit gerichtet ist, viel leichter als erbracht ansehen, als wenn seine uneingestandenen Sympathien auf der Gegenseite stünden. Ebenso wird jeder Richter im Zweifel den Bestand eines völkerrechtlichen Verbotes des Rechtsmissbrauches eher annehmen, wenn er das Gefühl hat, es geschähe damit Oesterreich ein moralisches Unrecht, als wenn er dieses Gefühl nicht hat.
Die Abteilung 15 VR glaubt nun, dass im vorliegenden Fall viele nichtrechtliche Umstände dafür sprechen, dass alle Personen, die sich gegebenenfalls mit dieser Rechtsfrage zu beschäftigen haben werden, im Zweifel eher eine für Oesterreich günstige Auffassung vertreten werden. Zu diesen Umständen kann man rechnen: Das geringe Verständnis der meisten Juristen für die Anschauungen der nationalsozialistischen Partei; die Tatsache, dass ein grosser Staat seine wirtschaftliche Uebermacht dazu gebraucht, um einen kleinen Staat seinen ungerechtfertigten Wünschen gefügig zu machen; die auch in neutralen Ländern (Schweiz) oft beobachtete Angst, Deutschland könnte Oesterreich „annektieren“; die grossen Sympathien, die für Oesterreich in seinem Kampfe um seine Unabhängigkeit bestehen; endlich auch die Tatsache, dass die Ausreisesperre sich gegen die derzeit bestehenden Tendenzen richtet, alle Verkehrshindernisse, wie z.B. Passschwierigkeiten usw. soweit wie möglich zu beseitigen.
Alle diese Umstände dürften dahin wirken, dass alle Tatsachen und alle rechtlichen Argumente, die Oesterreich vorzubringen hat, im Zweifelfalle mit Sympathie für Oesterreich werden geprüft werden. Der für jede Entscheidung so überaus wichtige favor judicis dürfte daher wohl auf Seite Oesterreichs stehen.

VII. Schlussfolgerungen.

Wenn man das Ergebnis obiger Untersuchungen zusammenfasst, so kann man sagen:
Die Anordnung der deutschen Ausreisesperre widerspricht sowohl dem Wortlaute als auch dem Geiste des Art. 10 der Völkerbundsatzung wie auch dem völkerrechtlichen Verbote der Intervention.
Aber auch abgesehen davon widerspricht die Ausreisesperre, wenn vielleicht auch nicht unbedingt dem Wortlaute, so doch desto sicherer dem Geiste des österreichisch-deutschen Handelsvertrages, des Art. 23 e) der Völkerbundsatzung und der in der Folge abgeschlossenen Verkehrsabkommen.
Sie widerspricht endlich auch dem Rechtsgefühl, das sich gegen den Missbrauch des Rechtes, nur um Unrecht zu erzwingen, sträubt.
Wenn man noch dazu die Sympathien nimmt, auf die Oesterreich bestimmt bei allen rechnen kann, die sich gegebenenfalls mit dieser Rechtsfrage zu beschäf-

tigen haben werden, so kommt man zum Schlussergebnisse, dass, falls die im Sachverhalt angeführten tatsächlichen Voraussetzungen zutreffen, Oesterreich mit seiner Anschauung durchdringen dürfte. Dabei ist es praktisch ziemlich bedeutungslos, aus welchen konkreten Gründen die Völkerrechtswidrigkeit der deutschen Ausreisesperre allenfalls als gegeben angesehen werden wird.
Die Abteilung 15 VR will aber neuerlich feststellen, dass sie damit nicht der Vorfrage vorgreifen will, ob es auch angezeigt erscheint, die Entscheidung der Angelegenheit vom politischen auf das Geleise des Rechtes zu schieben

Die Möglichkeit einer rechtlichen Austragung des Konfliktes mit Deutschland.

I.
Der österreichisch-deutsche Konflikt ist ein eminent politischer Konflikt. Eine rechtliche Lösung dieses Konfliktes selbst ist daher unmöglich, da es keine Rechtsregel gibt, nach der dieser Konflikt gelöst werden könnte. Nach welcher Norm sollte z. B. ein Gericht die Frage entscheiden, ob die Bundesregierung Neuwahlen ausschreiben soll, ob sie nationalsozialistische Minister in die Regierung aufnehmen soll u. s. w. Dieser Konflikt ist daher an sich nicht justiciable.
Dagegen gibt es in diesem Konflikte einzelne Fragen, die wohl nach Rechtsregeln geordnet werden könnten, so z. B. die Frage der Zulässigkeit der deutschen Ausreisesperre oder die Frage, ob die Bundesregierung berechtigt war, den Reichstagsabgeordneten Habicht nicht als Mitglied der deutschen Gesandtschaft anzuerkennen und ihm die Privilegien der Exterritorialität zu verweigern.
Die Abteilung 15 VR möchte jedoch darauf hinweisen, dass mit einer Lösung dieser oder ähnlicher Rechtsfragen der Konflikt mit Deutschland noch in keiner Weise bereinigt wäre. Denn der Konflikt ist nicht wegen dieser Rechtsfragen ausgebrochen, sondern umgekehrt diese Rechtsfragen sind durch Umstände aufgeworfen worden, die erst durch den Konflikt heraufbeschworen worden sind. Man nehme nur an, ein internationales Gericht würde entscheiden, dass die Ausreisesperre unzulässig sei. Sollte in dem Zeitpunkte, in dem das Urteil erfliesst, die politische Meinungsverschiedenheit mit Deutschland noch nicht gelöst sein, so würde die deutsche Regierung zwar wahrscheinlich die Ausreisesperre formell aufheben; es könnte aber dann vielleicht ganz einfach in Deutschland erklärt werden, dass jeder der nach Oesterreich reist, ein Landesverräter ist, sodass der von Oesterreich durch den Prozess verfolgte Zweck nicht erreicht sein würde. Es muss ferner darauf hingewiesen werden, dass die deutsche Regierung, wenn sie nur will, Oesterreich auch noch in manch anderer Art und Weise wirtschaftlich schädigen kann und zwar in einer rechtlich nicht anfechtbaren Form, sodass es wenig Sinn zu haben scheint, die konkrete Frage der Ausreisesperre rechtlich entscheiden zu lassen, wenn der Konflikt an sich weiterbesteht.
Die Erfahrung lehrt, dass Rechtsfragen zwischen Völkern, die aus Anlass eines politischen Konfliktes entstanden sind, nur dann einer rechtlichen Lösung zu-

geführt werden können, wenn vorher die politische Meinungsverschiedenheit geklärt worden ist. Im Casablanca Fall zwischen Deutschland und Frankreich, in welchem ein an sich ganz unbedeutendes Ereignis nur wegen der damals zwischen Deutschland und Frankreich herrschenden politischen Spannung fast zu einem Kriege geführt hätte, wurde die Rechtsfrage dem Haager Schiedshofe erst dann zur Entscheidung vorgelegt, als die politische Spannung bereits beseitigt war.
Der Versuch einer rechtlichen Lösung der oben angedeuteten Rechtsfrage würde sich daher wohl nur dann empfehlen, wenn beide Regierungen bereit wären, den politischen Konflikt beizulegen, sodass die Verweisung der Rechtsfrage an eine Entscheidungsinstanz im Rahmen der politischen Vereinbarung erfolgen könnte.

II.
Zwischen Oesterreich und Deutschland besteht kein besonderer Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag. Die Frage des Abschlusses eines solchen Vertrages wurde mehrfach erörtert. Speziell von österreichischer Seite wurde jedoch dieser Gedanke deshalb nicht weiter verfolgt, weil Deutschland aus bekannten theoretischen Gründen Schiedgerichtsverträge nicht abschliesst, nach deren Wortlaut auch politische Streitfragen dem Richter zur Entscheidung ex aequo et bono überwiesen sind. Die Bundesregierung war damals der Meinung, dass es schwer tunlich sei, mit Deutschland einen Vertrag abzuschliessen, der nicht soweit ginge, als die mit anderen Mächten abgeschlossenen Schiedsgerichtsverträge.

III.
Falls beide Regierungen entschlossen wären, einzelne Rechtsfragen nach Rechtsgrundsätzen zu lösen, so kann dies am besten durch Anrufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag geschehen. Zu diesem Zweck müssten die beiden Regierungen eine Vereinbarung (Kompromiss) treffen, in der der Streitgegenstand genau zu bezeichnen wäre und mit welcher sie das Gericht bitten, eine Entscheidung zu fällen.
Ein derartiger Rechtstreit nimmt allerdings eine Zeit in Anspruch, sodass z. B. die Entscheidung über die Ausreisesperre wahrscheinlich erst erfliessen könnte, nachdem die Reisezeit vorüber ist.
Nach Artikel 29 jenes Statuts könnte allerdings der Gerichtshof einverständlich durch die Parteien ersucht werden, die Angelegenheit in einem abgekürzten Verfahren zu entscheiden. In diesem Falle tagt der Gerichtshof in einer Kammer von nur 3 Richtern.

IV.
Nach Artikel 36 des Statutes des St. I. G. (B.470 aus 1921) können die Mitglieder des Völkerbundes erklären: „dass sie von jetzt an von Rechts wegen und ohne

besonderes Abkommen gegenüber jedem in gleicherweise sich verpflichtenden Mitglied oder Staat die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofes in allen oder in einzelnen der nachfolgenden Arten von Streitigkeiten rechtlicher Natur als verbindlich anerkennen:

a) Die Auslegung eines Staatsvertrages;
b) irgendwelche Fragen des Internationalen Rechtes;
c) das Bestehen einer Tatsache, die, wenn sie bewiesen wäre, der Verletzung einer internationalen Verpflichtung gleichkommen würde;
d) die Art oder der Umfang einer wegen Verletzung einer internationalen Verpflichtung geschuldeten Wiedergutmachung".

Diese Erklärung kann auch für eine bestimmte Frist abgegeben werden.

Oesterreich hat eine derartige Erklärung unter der Bedingung der Gegenseitigkeit am 13. März 1927 für 10 Jahre wiederholt. (BG 104/27). Die deutsche Regierung hat diese Erklärung am 23. September 1927 mit Wirkung vom 29. Februar 1928 ebenfalls unter der Bedingung der Gegenseitigkeit für fünf Jahre abgegeben. Die deutsche Verpflichtung ist somit am 28. Februar 1933 abgelaufen.

Am 9. Februar 1933 hat die deutsche Regierung diese Erklärung auf 10 Jahre verlängert, jedoch die Giltigkeit dieser Erklärung von seiner Ratifizierung abhängig gemacht. Die Bundesregierung ist bisher noch nicht davon verständigt worden, dass die Ratifikation erfolgt wäre.

Die Bundesregierung könnte daher in obengenannten Rechtsfragen nur dann ohne Zustimmung der deutschen Regierung einseitig eine Klage (Requête) einbringen, falls feststünde, dass die deutsche Ratifikation vorher erfolgt ist.

Aber selbst in diesem Falle glaubt die Abt. 15 VR aus den obangeführten Gründen, dass eine derartige einseitige Klagserhebung durch die österreichische Regierung nicht anzuraten wäre.

V.

Es wäre auch möglich, die Rechtsfragen im beiderseitigen Einverständnisse einem ad hoc zu bestellenden Schiedsgerichte zu unterbreiten.

Die Abteilung 15 VR glaubt jedoch, sich nicht für diese Möglichkeit einsetzen zu sollen. Vor allem erscheint Oesterreich zu schwach, um bei der Besetzung der Richterposten mit seinen Vorschlägen durchzudringen. Es wäre daher nicht ausgeschlossen, dass der favor judicis, der vor dem St. I. G. zweifellos bestehen dürfte, sich bei einem derartigen Schiedsgerichte nicht ebenso auswirken könnte.

Durch die Bestellung eines Schiedsgerichtes ad hoc würde ferner für die Zukunft ein gefährliches Präjudiz geschaffen werden, durch welches die für eine unabhängige Rechtssprechung so wichtige Garantie des Ständigen Internationalen Gerichtshofes ausgeschaltet werden könnte. Es könnte dann nämlich in Zukunft jeder Staat von Oesterreich die Bildung eines speziellen Schiedsgerichtes verlangen, wobei sich dieser Staat bei der Zusammensetzung des Richterkollegiums den überwiegenden Einfluss sichern könnte.

VI.
Die vorliegenden Rechtsfragen könnten auch dem Völkerbundrate vorgelegt werden. Nach Art. 12 Völkerbundsatzung können zwar die Staaten nur solche Streitfragen vor den Rat bringen „die zu einem Bruche führen könnten". In einem konkreten Falle (es handelte sich um einen Streit zwischen England und Finnland betreffend die Beschlagnahme finnländischer Handelsschiffe durch die englische Regierung) hat der Völkerbundrat über einen Bericht des spanischen Delegierten erklärt, dass der Rat nach Artikel 11, Abs. 2 auch Rechtsfragen untersuchen kann, wenn ein Bundesmitglied seine Aufmerksamkeit auf einen Umstand gelenkt hat, „der von Einfluss auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von denen der Friede abhängt, zu stören droht.
In einem solchen Falle erstattet der Rat einen Bericht, der jedoch nur einen Vermittlungsvorschlag enthält und keine Lösung der Streitfrage bringt, sodass der Vorschlag lediglich eine moralische Bedeutung hat.[1]

Leitmaier

1321
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)

AdR
Gesandtschaft Berlin
Z. 23093/13 Wien, 19. Juni 1933

Der kgl. ungarische Gesandte *Nelky* hat heute früh dem Herrn Bundeskanzler auf Grund eines Gespräches mit dem ungarischen Ministerpräsidenten *Gömbös*, der sich auf der Rückreise von Berlin nach Budapest heute früh hier aufgehalten hat, mitgeteilt und dieselben Mitteilungen dem Herrn Generalsekretär gegenüber wiederholt, daß die Reise Herrn *Gömbös'* lediglich vom ungarischen Standpunkte dringend gewesen sei. Ausfuhrmöglichkeiten für ungarisches Getreide und Obst zu erreichen, habe Herrn *Gömbös* zu der Reise bewogen. Weiters habe den un-

[1] Handschriftliche Notiz am Mantelbogen des Akts: „Gesehen. Bei einer in einem besonderen Ministerkomitee am 30. 5. gepflogenen Besprechung, bei der die Frage der Ergreifung von Retorsionen und Repressalien zur Erörterung stand, habe ich mich bezüglich der Vertragsfrage im Sinne meiner beiliegenden Notiz ausgesprochen und ebenfalls nur feststellen können, dass die deutsche Maßnahme gewiss gegen die Zeit des geltenden Handelsvertrags gerichtet ist. Man ist in der Folge davon abgekommen, die ursprünglich geplanten Gegenmaßnahmen durchzuführen, und will jetzt im Sinne der allgemeinen Richtlinien unserer Handelsbeziehungen eine Remedur des ungünstigen Bilanzstandes herbeizuführen versuchen. *Wildner*"

garischen Ministerpräsidenten auch die Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Deutschland mit Besorgnis erfüllt und er habe daher auch mit seiner Reise nach Berlin beabsichtigt, sich dortselbst über diese Frage zu informieren. Nach seinen in Berlin gewonnen Eindrücken bestehe die Möglichkeit, den österreichisch-deutschen Konflikt zu lösen und zwar im Sinne der Selbständigkeit Oesterreichs.
Herr *Gömbös* hat den Bundeskanzler durch Herrn *Nelky* wissen lassen, daß er sehr gerne in der nächsten Zeit eine mündliche Aussprache mit ihm haben möchte und zwar in ähnlicher Weise wie die erste Aussprache *Gömbös – Bundeskanzler* am Lande in Ungarn stattgefunden habe […] Der Bundeskanzler hat Gesandten *Nelky* nicht verhehlt, daß die Reise Herrn *Gömbös'* ihn unangenehm berührt habe, insbesondere der sehr auffällige und intensive Kontakt, den anscheinend Herr *Gömbös* in Berlin mit Herrn *Habicht* gehabt habe. Zu der Einladung Herrn *Gömbös'* könne der Bundeskanzler noch keine Stellung nehmen, sondern müsse erst abwarten, wie sich die Oeffentlichkeit zu der Berliner Reise Herrn *Gömbös'* stellen werde. Gesandter *Nelky* hat selbst, wie er dem Herrn Generalsekretär mitteilte, von der Reise erst Samstag, den 17. ds. M., mittags durch ein Telegramm Kenntnis erhalten. Im übrigen habe Herr *Gömbös* Gesandten *Nelky* gegenüber selbst erwähnt, daß er die Reise erst Freitag abends beschlossen habe.

1322

Gesandter Günther an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 48/Pol.

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 23154/13 Paris, 19. Juni 1933

Herr Bundeskanzler!
In meinem ergebensten Berichte über die Unterredung, die ich am 10. ds. Mts. mit Herrn Bonnet hatte, erlaubte ich mir, der Vermutung Ausdruck zu geben, dass die Taktik der französischen Regierung in der Anleihefrage dahin ziele, Zeit zu gewinnen, wenn möglich bis zur Vertagung der Kammer, um sich einer Interpellation in der Kammer zu entziehen.
Diese Vermutung hat sich durch den Inhalt der Unterredung, die Herr Bundeskanzler am 16. ds. Mts. mit Herrn Paul-Boncour hatten, zur Gewissheit verstärkt.[1]

[1] Vgl. DDF 1, 3/396.

Am Vormittag des gleichen Tages hat ein Ministerrat stattgefunden, der sich auch, auf Grund der Berichterstattung des Aussenministers, mit der Anleihe befasste. Ausserdem war im „Populaire“ am Morgen wieder ein Artikel gegen die Anleihe erschienen, worin Herr Bundeskanzler als „Held von Hirtenberg“ bezeichnet werden. Ueberdies war es Herrn Paul-Boncour klar geworden, dass er sich der Notwendigkeit, vor dem Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten in der Frage der Anleihe gehört zu werden, nicht entziehen werde können.
Diese Tatsachen veranlassten Herrn Paul-Boncour zu jener Sprache, die er in der Unterredung geführt hat, weil er jene Fragen leicht voraussehen kann, die ihm von sozialistischer Seite im Ausschusse gestellt werden dürften.
Der Aussenminister bringt die Unterhaltung zunächst auf die Hirtenberger Affaire. Er erklärt, dass er über die einzelnen Rücktransporte unterrichtet worden sei, fügt aber bei, dass es ihm erwünscht wäre zu hören, dass auch der Rest nunmehr dorthin, wo er hergekommen sei, wieder zurückgesendet worden wäre. Herr Bundeskanzler erwidern, dass Sie glauben, dass dies während ihrer Abwesenheit geschehen sei. Sie würden sich aber nach Ihrer Rückkehr darüber genau informieren, und das Ergebnis dieser Information Herrn Paul-Boncour durch Vermittlung Herrn Puaux‘ wissen lassen. Der Herr Aussenminister erscheint von dieser Erklärung sehr befriedigt und lässt dieses Thema sofort fallen.
Es wäre nun tatsächlich sicher sehr erwünscht, wenn Herr Bundeskanzler diese Zusage baldigst einlösen könnten.
Nun versucht Herr Paul-Boncour, in drei oder vier verschiedenen Attacken, von Herrn Bundeskanzler irgendwelche Zusicherungen zu erhalten, dass die österreichischen Sozialdemokraten sich mit der Emission der Anleihe einverstanden erklären würden.
Nichts könnte natürlich die Situation Herrn Paul-Boncours gegenüber den französischen Sozialisten mehr erleichtern, als ein Wechsel in der Haltung der österreichischen Sozialdemokraten.
Herr Paul-Boncour erschöpft das ganze Arsenal seiner Argumente, um sein Ziel zu erreichen. Geflissentlich und mit Nachdruck betont er, dass ihm jede Einmengung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs ferne liege und ferne gelegen habe. Er beruft sich zunächst auch nicht auf seine eigenen Schwierigkeiten, sondern darauf, dass die französischen Zeichner die Gewissheit haben müssten, dass die Anleihe in Oesterreich nicht nur die Zustimmung der christlichsozialen Partei, die Sie, Herr Bundeskanzler, legitim vertreten, sondern auch der Oppositionspartei haben würde. Er übersieht dabei gänzlich, dass dem französischen Zeichner die Garantie des französischen Staates genügend Sicherheit bieten würde.
Herr Paul-Boncour hat sogar die geringe Freundlichkeit, Herrn Bundeskanzler vorzuhalten, dass Ihre Regierung stürzen könne, und dann die Anleihe als illegal aufgenommen bezeichnet werden könne. Er kommt mit dem Argumente, dass es fraglich sei, ob die Regierung ohne parlamentarische Zustimmung überhaupt die Anleihe aufnehmen könne.

Als Herr Bundeskanzler ihm dezidiert erklären, dass Sie aus Anlass der Anleihe keine politischen Bindungen eingehen können, dass die Frage der parlamentarischen Genehmigung durch Gutachten englischer und französischer Sachverständigen bereits abgetan sei, als Sie auf das deutsche Beispiel verweisen, wo die Kollaboration mit der Sozialdemokratie schliesslich zum Siege der Nationalsozialisten führte, als Sie an seine Einsicht als Leiter der Aussenpolitik eines der grössten Staaten der Welt appellieren, der verstehen müsse, dass die österreichische Frage eine europäische sei, und endlich der Terrorakte der nazistischen Propaganda Erwähnung tun, bringt er seine Anregung auf die einfachste Formel, indem er Herrn Bundeskanzler fragt, ob es nicht möglich sei, dass die österreichischen Sozialdemokraten einfach „sagen", dass sie mit der Anleihe einverstanden seien.
Hier fanden Herr Bundeskanzler das Argument, das schliesslich der Insistenz Herrn Paul-Boncours ein Ende machte, indem Sie ihm erwiderten, dass man doch nicht erwarten könne, dass die Sozialdemokraten, nachdem sie bei einer Ratifizierung des Genfer Protokolles gegen dasselbe gestimmt haben, jetzt die Anleihe gut heissen würden. Sie fügten bei, dass Sie überzeugt seien, dass die Sozialdemokraten innerlich die Anleihe trotzdem wünschten. Herr Bundeskanzler haben aber Herrn Paul-Boncour mit der Schlussbemerkung entwaffnet, dass es ihm doch gelungen sei, zwei Monate nachdem die österreichischen Sozialdemokraten gegen das Protokoll gestimmt hätten, dasselbe mit Unterstützung der französischen Sozialisten ratifizieren zu lassen, welchen Erfolg Sie besonders bewundert hätten.
Hier musste der Herr Aussenminister erkennen, dass er zwecklos gegen eine Mauer anlaufe, und er liess von seinen Versuchen ab. Nun war es ihm aber klar geworden, dass er diese Schwierigkeit nicht aus dem Wege räumen könne.
Herr Paul-Boncour wird der Endauseinandersetzung mit den Sozialisten nicht entgehen können. Somit kann es ihm nicht erwünscht sein, dass diese durch ein amtliches Communiqué, dem er doch zugestimmt haben müsste, erfahren, dass die Anleihefrage bereits endgiltig bereinigt sei, und somit vor eine vollzogene Tatsache gestellt werden. Er müsste dann, da er den Sozialisten keine Konzession Herrn Bundeskanzlers präsentieren kann, eventuell mit einer Interpellation in der Kammer rechnen und es müsste dann die Regierung vielleicht die Vertrauensfrage stellen, da die Sozialisten, wenn ihren Wünschen keine Rechnung getragen wird, in dem Beschluss der Regierung eine Missachtung und Demütigung sehen würden. Die Regierung würde vielleicht dann eine Zufallsmajorität erhalten, aber die bisherige Majorität kompromittiert haben.
Mithin musste Herr Paul-Boncour folgerichtig die Veröffentlichung des in London mit Herrn Bonnet abgefassten Communiqués ablehnen, wobei er sich hinter dem Ministerpräsidenten verschanzte und Herrn Bundeskanzler darauf verwies, diese Frage mit dem Regierungschef zu besprechen.
In der Begründung seiner Ablehnung ist Herr Paul-Boncour endlich offen, und ich hatte den Eindruck, dass er seine Karten beinahe auf den Tisch legte. Er sag-

te, dass es unangebracht sei, das Communiqué zu veröffentlichen, wo er doch in einigen Tagen vor den Aussenausschuss treten müsse. Das Communiqué könne später veröffentlicht werden. Und hier sprach er zuerst davon, dass dies in einigen Tagen geschehen könne, dann aber, dass es vielleicht erst möglich sein werde, wenn die Kammer nicht mehr tagen werde.
Gelingt es Herrn Paul-Boncour – so muss ich annehmen – im Kammerausschuss die Sozialisten zur Duldung der Emission zu veranlassen, wird er das Communiqué oder dessen wesentlichen Inhalt veröffentlichen. Gelingt dies nicht, wird er die Vertagung der Kammer abwarten.
Herr Paul-Boncour benützt die Zeit, während Herr Bundeskanzler sich auf dem Wege zu Herrn Daladier befanden, um diesen telefonisch kurz zu informieren, wie er es ja auch ausdrücklich vorher sagte.
Herr Daladier berief sich, ebenso wie Herr Bonnet es Herrn Bundeskanzler und schon früher mir gegenüber getan hatte, hinsichtlich des Emissionsdatums auf die geplante Auflegung einer inneren französischen Anleihe in der Höhe von 2–3 Milliarden Francs; er bemerkte, dass diese Operation rasch durchgeführt werden könne und gleich nach derselben die österreichische Anleihe auf den Markt gebracht werden würde.
Als ich mit Herrn Bundeskanzlers Zustimmung Herrn Daladier auseinandersetzte, welche Schwierigkeiten nun wegen des Londoner Communiqué entstanden seien und dass Herr Bundeskanzler nicht nach Wien zurückzukehren wünschten, ohne dass über das Ergebnis Ihrer Besprechungen hinsichtlich der Anleihe eine offizielle Verlautbarung erscheine, setzte sich Herr Daladier mit Herrn Paul-Boncour in telefonische Verbindung, und letzterer las ihm den Entwurf eines Communiqués vor, den Herr Daladier laut wiederholte, wobei ich den Wortlaut desselben notierte. Herr Bundeskanzler haben diesem Texte zugestimmt.
Der Text lautet, nach der Präambel, dass Herr Bundeskanzler, von London zurückkehrend, Ihren Aufenthalt in Paris benützt hätten, um Herrn Daladier und Herrn Paul-Boncour aufzusuchen, wie folgt: „Il s'est félicité de l'esprit de compréhension et de bienveillance qu'il a trouvé chez ses interlocuteurs à l'égard des problèmes de la vie économique de l'Autriche et de la nécessité de réaliser l'emprunt".
Auf meine Bitte stimmte Herr Daladier bei, dass die Worte „décidé par les Gouvernements" hinzugefügt würden.
Der so ergänzte Text wurde noch spät abends telefonisch der Amtlichen Nachrichtenstelle mitgeteilt, während die Agence Havas den Text ohne die letzten vier Worte, die der Herr Ministerpräsident genehmigt hatte, veröffentlichte, da sie ihn so vom Aussenamte erhalten hatte.
Ich darf noch erinnern, dass Herr Bundeskanzler auch die Frage einer Bevorschussung der Anleihe bei Herrn Paul-Boncour angeschnitten haben. Der Herr Aussenminister hat darüber seine Meinung nicht geäussert, aber auch keinen Widerspruch erhoben.

Im Vorstehenden habe ich mir erlaubt, aus dem Gedächtnis den wesentlichen Inhalt der beiden Unterredungen wiederzugeben da ich während derselben keine Aufzeichnung machen konnte.
Am 17. ds. Mts. besuchte mich in den frühen Morgenstunden der Botschaftsrat der italienischen Botschaft, um mich im Namen seines Chefs um eine Information über den Stand der Anleihe zu bitten. Da mir der Botschafter Graf Pignatti bei unseren vorherigen Unterredungen mitgeteilt hat, dass er im Auftrage seiner Regierung die französische Regierung zur rascheren Erledigung zu drängen habe, schien es mir richtig, Herrn Fransoni dahin zu informieren, dass Herr Paul-Boncour weiter temporisiere und offenbar eine Auseinandersetzung in der Kammer zu vermeiden versuche.
Heute nachmittag begegnete ich bei dem Rennen in Autauil, wo ein Teil des diplomatischen Corps in die Loge des Präsidenten der Republik eingeladen war, Herrn Paul-Boncour. Er fragte mich, ob ich mit dem Communiqué zufrieden sei. Ich antwortete ihm darauf, dass vier Worte davon unterdrückt worden seien. Herr Paul-Boncour meinte, schon das, was veröffentlicht worden sei, könne einen Sturm entfesseln. Ich fragte ihn, ob er mit einer Interpellation in der Kammer rechne, worauf er antwortete, dass dies schon möglich sei. Auf meine weitere Frage, wann er vor dem Aussenausschuss erscheinen werde, erwiderte er, es stehe noch nicht fest, ob dies noch in der kommenden Woche oder in der übernächsten Woche sein werde.
Genehmigen Herr Bundeskanzler die Versicherung meiner grössten Verehrung und Ergebenheit.

Günther

1323
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)[1]

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 23218/13 Wien, 23. Juni 1933

Der Herr Apostolische Nuntius hat heute beim Diplomaten-Empfang an den Herrn Bundeskanzler die Frage gerichtet, wie sich die drei Grossmächte Frankreich, England und Italien zu dem österreichisch-deutschen Konflikte verhalten, bezw. welches das Ergebnis der gegenständlichen Unterredungen des Herrn Bundeskanzlers in London gewesen sei.

[1] Erging streng vertraulich als Kopie an Egger, Kohlruss, Franckenstein, Günther, Marek, Hoffinger, Ploennies und Pflügl.

Der Herr Bundeskanzler führte die im nachstehenden Résumé enthaltenen Mitteilungen und Gedanken aus:
Zusammenfassend könne der Bundeskanzler feststellen, dass alle drei Grossmächte und selbst die Kleine Entente (Dr. Beneš) im österreichisch-deutschen Konflikte hinter Oesterreich stehen und er habe die feste Ueberzeugung, dass diese es mit Oesterreich auch wirklich ehrlich meinen. Was die einzelnen Staaten betreffe, so könne er hinsichtlich Frankreichs folgendes sagen: Der Bundeskanzler habe sich aus begreiflichen Gründen gescheut, aus eigener Initiative sich gegenüber den französischen Staatsmänner über den Konflikt mit Deutschland zu beklagen oder in irgend einer Weise Frankreich hiebei zu Hilfe zu rufen. Er habe aber sowohl in London als auch bei seinen Besuchen bei Herrn Daladier und Paul-Boncour in Paris den sicheren Eindruck empfangen, dass Frankreich gegebenenfalls bereit wäre, für die Erhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs wirksam im Vereine mit den anderen Staaten einzuschreiten. Er habe in seinem Gespräche mit Paul-Boncour mit Rücksicht auf die seit einiger Zeit von Frankreich verwendete Einstellung, dass in erster Linie Italien gegen den Anschluss sei, absichtlich darauf hingewiesen, dass es sich hier gewiss nicht in erster Linie um den Anschluss, sondern um weit Grösseres und den Frieden Europas empfindlicher Treffendes handle, da es angesichts der Lage in Deutschland nicht ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit liege, dass vielleicht auch ohne Zutun oder gegen den Willen der Reichsregierung eines schönen Tages nationalsozialistische Kräfte Oesterreich überfallen, was zwangsläufig nicht nur für Oesterreich, sondern für den Weltfrieden unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen müsste.
Was die Haltung Englands betreffe, so sei aus seinen Gesprächen mit den englischen Staatsmännern hervorgegangen, dass England ein unmittelbar aktives Eingreifen der englischen Diplomatie in Berlin zugunsten Oesterreichs derzeit nicht für opportun halte und zwar aus dem Grunde, weil die englische Regierung befürchtet, dass in diesem Falle der österreichisch-deutsche Konflikt für Deutschland den Charakter einer Prestigefrage erhalten würde und dadurch noch schwerer zu lösen wäre. In dieser Erwägung habe jedoch die englische Regierung dem H. Bundeskanzler alle sonstigen Möglichkeiten zur Verfügung gestellt, um die Oesterreich günstige Auffassung insbesondere an die Adresse Deutschlands zum Ausdruck zu bringen. Die englische Regierung habe dem Bundeskanzler die gesamte Presse von Links bis Rechts zur Verfügung gestellt und auch das, bereits eingelöste Versprechen gegeben, im englischen Parlament die Sympathie Englands für die österreichische Sache wirksam kundzugeben. Es handle sich für England, wie aus diesen Gesprächen hervorgegangen sei, ernstlich darum, Deutschland zum Bewusstsein zu bringen, dass die englische öffentliche Meinung und die englische Regierung rückhaltlos in diesem Konflikte hinter Oesterreich stehen.
Bezüglich der Haltung Italiens sei zu sagen, dass Unterstaatssekretär Suvich von dessen Sympathien für Oesterreich und seinen Unabhängigkeitskampf der Bundeskanzler sich bereits zweimal in Rom habe überzeugen können, am Tage

der Abreise des Bundeskanzler sich bereits zweimal in Rom habe überzeugen können, am Tage der Abreise des Bundeskanzlers von London mit dem englischen Staatssekretär, Sir John *Simon*, eine gegenständliche Unterredung haben sollte, im Laufe welcher das volle Einvernehmen zwischen beiden Regierungen hinsichtlich der betreffs eines Schrittes in Berlin einzuhaltenden Taktik hergestellt werden sollte. Es war italienischerseits beabsichtigt, nach Abschluss des Vier-Mächtepaktes in freundschaftlicher, aber nachdrücklicher Weise in Berlin zu intervenieren. England begrüsst diese Absicht und hat Italien bereits sein Einverständnis dazu gegeben, dass Italien in freundschaftlicher Weise der Berliner Regierung zum Bewusstsein bringe, dass die ganze Weltmeinung in dieser Streitfrage hinter Oesterreich steht und Deutschland sich durch eine Fortsetzung seiner bisherigen Haltung in dem Konflikte in nicht unbeträchtliche Gefahren begebe. Der H. Bundeskanzler fügte hier bei, dass er über das Ergebnis dieses für seinen Abreisetag in Aussicht genommenen Gespräches zwischen Herrn *Suvich* und Sir John *Simon* zwar bisher noch nicht offiziell informiert sei, aber kein Grund zur Annahme vorliege, dass es sich nicht in den vorbesprochenen und obskizzierten Sinne abgewickelt habe. Herr Mussolini habe dem Kanzler anlässlich seiner jüngsten Verabschiedung in Rom zu Pfingsten neuerlich die Versicherung gegeben, dass der Bundeskanzler sich unter allen Umständen auf ihn (Mussolini) und die Freundschaft Italiens verlassen könne. Unmittelbar nach dieser Zusicherung Herrn Mussolinis habe der Bundeskanzler Unterstaatssekretär Suvich gefragt, ob diese, auch in ihrer Ausdrucksweise besonders kraftvolle Freundschaftsbeteuerung Herrn Mussolinis etwa mit der Verlegung zweier Armeekorps nach Südtirol im Zusammenhange stehen könne, worauf Herr Suvich ihm die Antwort erteilt hätte: „Ja, wenn Sie wollen“. Ausserdem habe der Bundeskanzler in London feststellen können, dass sowohl Herr Suvich als auch Botschafter Grandi den ausdrücklichen Auftrag Herrn Mussolinis erhalten hätten, dem Bundeskanzler jede mögliche Unterstützung seiner Schritte zu gewähren und auch auf die Weltpresse im Oesterreich freundlichen Sinne einzuwirken.

Was schliesslich die Kleine Entente betrifft, so kann der Bundeskanzler feststellen, dass er in London mit Dr. Beneš eine sehr liebenswürdige Unterredung gehabt habe. Herr Beneš hat nicht nur die Bemühungen der österreichischen Bundesregierung in unzweideutiger Weise gutgeheissen, sondern auch bei diesem Anlasse die Beteiligung der Tschechoslowakei an der österreichischen Anleihe als definitiv dem Bundeskanzler bekanntgegeben. Weiters sei dem Bundeskanzler bekannt, dass auch Gesandter Masaryk in London von seiner Regierung den ausdrücklichen Auftrag erhalten hatte, die Bemühungen des Bundeskanzlers in London in nachdrücklicher Weise zu unterstützen.

Der Herr Apostolische Nuntius hat nach diesen Aeusserungen des Herrn Bundeskanzlers seinerseits erklärt, dass der Hl. Stuhl das lebhafteste Interesse habe, genauestens über die Lage in Oesterreich und über die Haltung der Grossmächte gegenüber dem österreichischen Problem informiert zu sein, da er mit seinen

Sympathien nicht nur unzweifelhaft auf Seiten Oesterreichs stehe, sondern auch entschlossen sei, gegebenenfalls sich Schritten der anderen Mächte im Interesse Oesterreichs anzuschliessen.

1324
Gesandter Egger an Generalsekretär Peter
Telegramm Nr. 69 (Chiffre, streng geheim)

AdR/NPA
Ungarn/geheim
Z. 23296/13

Rom, 23. Juni 1933
(21.15 → 24. VI. → 8.00)

Unterstaatssekretär empfing mich eben zum erstenmale nach seiner Rückkehr. Er bemerkte vor allem, dass das Zusammensein mit Herrn Bundeskanzler in London für ihn *sehr* interessant gewesen sei und habe er dessen „beispiellosen persönlichen Erfolgen" daselbst mit Freude angewohnt. Unter anderem habe er Gründe, die gegen eine italienische Demarche in Berlin sprächen, mit Herrn Bundeskanzler persönlich besprochen. Uebrigens wisse man in Berlin genau, „dass man hier das deutsche Vorgehen gegen Oesterreich nicht goutiere". Ohne der 1000-Mark-Abgabe ihren bösen Charakter absprechen zu wollen, wolle Unterstaatssekretär aber darauf hinweisen, dass sehr wenige Deutsche jetzt in das Ausland reisen können und zum Beispiel in derselben Zeitperiode, in der voriges Jahr tausend deutsche Automobile nach Italien gekommen seien, in diesem Jahr nur 90 Autos gezählt wurden. Was ungarischer Ministerpräsident in Berlin besprochen habe, wisse er noch nicht, weil italienischer Gesandter in Budapest nach einem diesbezüglichen Gespräch mit Herrn Gömbös erst einen Bericht in Aussicht gestellt habe und man hier von dieser Fahrt vorher nicht informiert worden sei.
Ich verwertete darauf den Inhalt des Erlasses 23093/13 vom 20. d. M.[1] in entsprechender Weise, was Unterstaatssekretär ausschliesslich mit der Bemerkung quittierte, es scheine ihm persönlich, dass ungarischer Minister des Aeussern seinen Chef zu dieser Reise bewogen haben dürfte. Von einer Absicht Gömbös', nach Rom zu kommen, sei ihm bisher nichts bekannt geworden, aber eine solche Reise böte seiner Ansicht nach beste Gelegenheit, „alles aufzuklären". Eine gesprächsweise Bemerkung eines ungarischen Delegierten in London habe ihm übrigens den Eindruck hinterlassen, als ob man ungarischerseits an eine wirtschaftliche

[1] BKA/AA an Gesandten Egger. Erlass, Wien, 20. 6. 1933 – AdR, NPA Ungarn/geheim, Z. 23093/13.

Kombination zwischen Oesterreich, Ungarn, Italien und Deutschland denke. Er habe überhaupt nicht drauf reagiert, da man einen solchen Plan hier nicht für durchführbar halte.
Unterstaatssekretär bemerkte schliesslich, den hier vorliegenden Nachrichten zufolge seien die Nationalsozialisten in Oesterreich „gedrückter Stimmung".[2]

1325

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Egger (Rom)

Telegramm Nr. 23 (in Ziffern)

AdR, Wien, 24. Juni 1933
Gesandtschaft Rom (20.50)

Gestern wurden über Linz und andern Teilen Oesterreichs aus einem Flugzeug ohne Hoheitszeichen etwa 100.000 Flugblätter abgeworfen in denen der aus Oesterreich geflüchtete Landesführer der Nationalsozialisten Proksch seine österr. Anhänger unverholen zu terroristischen Aktionen auffordert. Weiters soll laut gestrigen Telegrammes des Contibüros zwischen 21. und 28. d. M. (16. d. M. dikt.) der Volksbund für das Deutschtum im Ausland durch seine Jugend etwa 100.000 Läufer, Radfahrer und Reiter auf 43 Hauptstrecken und zahlreichen Nebenlinien eine Botschaft an die Grenzen schicken in der es heisst: „Wir die deutsche Jugend im Reich grüssen Euch die deutsche Jugend im Ausland. Wir versprechen Treue und wir verlangen Treue zu unserem Volk, unserer Sprache und unserer Sitte."
Verlässlichen Informationen unserer Polizei zufolge wollen nationalsozialistische Kreise in Deutschland in aller nächster Zeit Mitglieder von Terrorgruppen nach Oesterreich entsenden um hier terroristische Anschläge in noch grösserem Umfang als bisher auszuführen.
Diese und andere Nachrichten lassen Bundesregierung nicht ganz ohne Sorgen.
Vorstehendes zur sofortigen Mitteilung an dortige Regierung.
Gleichlautend nach London.

[2] Handschriftliche Schlussnotiz: „Vom Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis genommen – 27/6 33. Peter".

1326
Gesandter Tauschitz an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 40/pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 23324/13 Berlin, 27. Juni 1933

Herr Bundeskanzler,
Vor seiner Abreise nach London frühstückte ich bei Aussenminister von *Neurath* und habe über die diesbezügliche kurze Unterredung mit ihm am 31. Mai unter Zl. 30/pol.[1] berichtet. Bei dieser Gelegenheit sagte mir Herr von Neurath, dass er nach seiner Rückkehr aus London wieder gern mit mir über die österreichisch-deutschen Beziehungen sprechen wolle und ich möge seinerzeit bei ihm anfragen. Ich liess am Freitag nach der Rückkehr Neuraths im Auswärtigen Amt wegen einer Rücksprache anfragen und wurde mir der heutige Tag um ½ 12 Uhr genannt. Der Herr Aussenminister empfing mich wie immer sehr liebenswürdig und freute sich, mit mir über Fragen, die uns ja beide gleich nahegehen, unterhalten zu können. Ich äusserte meine Besorgnis über die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen und sprach die Befürchtung aus, dass die gegenwärtige deutsche Politik immer mehr und mehr eine Entfremdung der beiden deutschen Staaten herbeiführe. Die Ansicht etwa, dass man Oesterreich mit Gewalt gleichschalten könne, wäre eine irrige, denn je grösser der Druck wird, der von hier aus auf Oesterreich ausgeübt wird, desto grösser würde der Riss, der leider besteht und nicht abgeleugnet werden kann. Herr von Neurath erklärte, dass auf beiden Seiten Fehler gemacht würden, er sehe aber absolut nicht so pessimistisch wie ich, er wäre vielmehr der Meinung, dass der Höhepunkt längst überschritten ist und er sehe durchaus den guten Willen beim Reichskanzler und auch bei der Partei, die Sache zu liquidieren. Nur würde er bitten, dass auf österreichischer Seite nichts mehr gemacht wird, was weitere Verstimmungen herbeiführen könnte, wobei er lächelnd meinte, dass auch Reden sehr verstimmen können. Ich ging nun nach den allgemeinen Erörterungen zu konkreten Fragen über, was man denn machen könne, um die 1000 Mk. Sperre in absehbarer Zeit zu beseitigen etc. und ob denn heuer noch mit einer Aufhebung zu rechnen ist. Neurath meinte, dass er mir dies in Aussicht stellen könne. Als ich dann aber die Frage stellte, ob denn während dieser Reisesaison noch eine Aussicht bestünde, dass die Sperre aufgehoben wird, meinte Neurath lächelnd: „Nun, das kann ich Ihnen wohl noch nicht versprechen, ich habe ihn schon sehr weit, aber so weit ist er noch nicht."

[1] AdR, NPA, Deutschland I/12, Z. 22783/13.

Neurath machte dann eine Bemerkung, dass die Stimmung in London gegen *ihn* und sehr für Bundeskanzler Dollfuss war, der im Mittelpunkt des Interesses stand. Er hatte aber das Gefühl, dass, als Bundeskanzler Dollfuss etwa zwei Tage nach ihm zu Worte kam und seine Rede auch in deutscher Sprache begann, ein förmlicher Ruck durch die Versammlung gegangen wäre und die Einzelnen doch mehr oder weniger das Gefühl bekamen, dass diese Verstimmung nicht von Dauer sein kann, da es sich doch um zwei Staaten mit gleicher Sprache handelt.
Nachdem mir Herr von Neurath noch Bilder aus der Londoner Zeit des Kanzlers und von ihm zeigte, verabschiedeten wir uns in gewohnt höflicher und freundschaftlicher Weise.
Wenn ich die zwei Unterredungen in der gleichen Angelegenheit mit dem Aussenminister miteinander vergleiche, so muss ich sagen, dass die zweite gegenüber der ersten ein kolossale Wandlung bedeutet. Ich nehme an, dass einzig und allein der Londoner Erfolg des Bundeskanzlers diese Wandlung herbeigeführt hat. Der Bericht Neuraths über London hat jedenfalls seinen Eindruck auf Hitler nicht verfehlt. Inzwischen konnte Reichskanzler aber auch von Berlin aus sehen, dass sich Oesterreich nicht unterkriegen und nicht brutal gleichschalten lässt.
Ich habe das Gefühl, dass man hier gern den Zwist beenden würde, es handelt sich nur um das Wie und um den Zeitpunkt. Noch vor etwa drei Wochen hat mir Geheimrat von Heeren erklärt, dass es nach seiner Auffassung gar keine Möglichkeit gäbe, die Differenzen zu beseitigen, als wie dass Oesterreich den Kampf gegen die NSDAP aufgibt und die Regierung Neuwahlen in Aussicht stellt. In der heutigen Unterredung hat Neurath nicht mit einem Wort von irgend welchen Bedingungen oder auch nur Voraussetzungen für eine Aufhebung der 1000 Mk. Sperre gesprochen, bis auf den Hinweis darauf, dass Oesterreich nichts unternehmen solle, was eine weitere Verstimmung herbeiführen könnte.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Tauschitz

1327

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Dollfuß

Telegramm Nr. 12 (Chiffre)

AdR, NPA
Ungarn/Geheim
Z. 23318/13

London, 27. Juni 1933
(12.30 → 15.00)

Antwort auf d. a. Telegramm Nr. 7.[1]
Ich habe van Sitart von immer wieder erneuerten deutschen Machenschaften gegen Sicherheit und Ruhe in Oesterreich in Kenntnis gesetzt, der hiesige Presse veranlassen wird, gegen diese Stellung zu nehmen.
Intervention englischer Regierung erscheine ihm vorläufig noch zweckundienlich, doch warf er Frage auf, ob angesichts engerer Beziehungen eine italienische vorsichtige Intervention in Berlin nicht opportun wäre.
Foreign Office hat keine näheren Nachrichten über wirkliche Gründe Berliner Reise des ungarischen Ministerpräsidenten über die von ihm abgegebenen Erklärungen hinaus.

1328

Gesandter Hennet an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten

Telefondepesche

AdR, NPA
Ungarn/Geheim
Z. 23303/13

Budapest, 27. Juni 1933

Der österreichische Gesandte in Budapest, Herr *Hennet*, telefoniert am 27. Juni d. J. nachstehendes hierher:
Dem mir am 24. Juni l. J. auf telefonischem Wege erteilten Auftrage bin ich nachgekommen und habe den königlich ungarischen Ministerpräsidenten *Gömbös*, der eben von einer Reise nach Budapest zurückgekehrt ist, aufgesucht.

[1] Siehe ADÖ 9/1323.

Ich leitete mein Gespräch mit dem Hinweis darauf ein, dass im Hinblick auf die zwischen den beiden Regierungen bestehenden ausgezeichneten Beziehungen eine Klarstellung über gewisse Punkte der Besprechungen die Herr Gömbös in Berlin abgeführt hat, von umso grösserem Nutzen wäre, als anzunehmen ist, dass der königlich ungarische Ministerpräsident in seiner jüngst gehaltenen Rede naturgemäss nicht alles sagen konnte, und als mannigfache Gerüchte im Umlauf seien, die die guten Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn zu stören versuchten.
In Erwiderung hierauf betonte der Herr königlich ungarische Ministerpräsident zunächst, dass seine Freundschaften für Oesterreich und insbesondere für den Bundeskanzler durch nichts und niemals gestört werden können. Seine Reise nach Berlin sei begreiflicherweise vor allem im wirtschaftlichen und politischen Interesse seines Vaterlandes erfolgt, aber auch im Interesse Oesterreichs, da er sich von dem Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland in Berlin persönlich überzeugen und seinen Standpunkt, der sich mit dem von Oesterreich eingenommenen Standpunkt decke, klar legen wollte. Bei seinem letzten Besuch in Wien, habe er übrigens Dr. Dollfuss angedeutet, dass er die Absicht habe, nach Berlin zu reisen, um dort in die in Deutschland dermalen herrschenden Verhältnisse und Anschauungen unmittelbaren Einblick zu nehmen. An die ungarische Gesandtschaft in Wien sei noch vor der Abreise ein Telegramm gesendet worden und es sei auf einen technischen Fehler im dechiffrieren dieses Telegrammes zurückzuführen, dass der Bundeskanzler von der Berliner Reise des ungarischen Ministerpräsidenten, zu der er sich erst im allerletzten Moment entschlossen habe, so spät Mitteilung erlangte.
Als er dann bei seiner Rückreise durch Wien kam, habe er durch Vermittlung des Gesandten *Nelky* versucht, mit dem Herrn Bundeskanzler telefonisch zu sprechen, was aber nicht gelungen sei. Von einem persönlichen Besuch wollte er absehen, da man sonst auf eine unmittelbare Vermittlungstätigkeit geschlossen hätte und weil das damals unmittelbar bevorstehende Verbot der nationalsozialistischen Partei in Oesterreich mit seinem Besuch bei Dr. Dollfuß doch irgendwie in Verbindung gebracht worden wäre.
Hinsichtlich der von mir auftragsgemäss an Ministerpräsidenten von Gömbös über das Ergebnis seiner Reise nach Berlin gestellten Fragen, erteilte der Ministerpräsident folgende Antwort:
1.) In seiner Besprechung mit dem Reichskanzler *Hitler* sei die Frage des Legitimismus in Ungarn nur gestreift und hiebei der vom ungarischen Ministerpräsidenten eingenommene Standpunkt, dass er nicht aktuell sei, Herrn Hitler zur Kenntnis gebracht worden.
2.) Was die von leitenden Nationalsozialisten aufgestellte Behauptung, „dass Herr Gömbös nunmehr ihr Mann ist“, anbelangt, so sei sie auf eine unbegründete Ausschrotung verschiedener, ganz allgemein gehaltener Bemerkungen über die Parade in Erfurt etc. und auf den von ihm ausgesprochenen Wunsch, gute Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland aufrechtzuerhalten, zurückzuführen.

3.) Betreffend die Behauptung, dass in Berlin eine Entente zwischen Ungarn, Deutschland und Italien besprochen wurde, in deren Rahmen auch die österreichische Frage ihre Regelung finden solle, erwiderte der Ministerpräsident, dass er den Standpunkt einnehme, dass Oesterreich, Ungarn, Deutschland und Italien, sowohl wirtschaftlich als politisch kooperieren müssen, wobei jedoch jeder Staat, also selbstverständlich auch Österreich, seine vollständige Selbstständigkeit aufrechterhalten müsste. Diesen Gedanken habe er auch dem Reichskanzler Hitler gegenüber deutlich zum Ausdruck gebracht, worauf dieser erklärt habe, er wolle die Selbstständigkeit Oesterreichs nicht berühren. Der Ministerpräsident sehe auf dieser Grundlage die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Oesterreich und Deutschland, die er von Herzen wünsche.
4.) Betreffend die Frage, ob in Berlin in irgend einem Zusammenhang über das Burgenland gesprochen worden ist, gab der Ministerpräsident die feierliche Erklärung ab, dass daraus niemals eine Streitfrage entstehen würde; die Frage wird von ihm „bagatellisiert“ und das habe er auch in Berlin gesagt. Oesterreich könne sich vollkommen auf ihn verlassen und wenn er auch seine Verdienste nicht hervorheben wolle, so müsse er doch anführen, dass er auch in Deutschland für die Interessen Oesterreichs eingetreten sei, wie er dies früher in Italien mit Erfolg getan habe; Oesterreich müsse in der obenerwähnten Staaten-Konstellation ein selbständiges wertvolles Bindeglied sein.
Hinsichtlich des gegenwärtigen Regimes in Deutschland habe die Organisation und die Verehrung für Hitler auf ihn einen grossen Eindruck gemacht. Zugeben müsse er aber, dass über die Zukunft Unsicherheit bestehe und sehr viel von der staatsmännischen Mässigung der Führer abhänge, die Mitarbeiter, die wertvoll sind, nicht abstossen dürfen.
Während des weiteren Verlaufes des Gespräches hob Herr von Gömbös nochmals hervor, dass ein Misstrauen des Bundeskanzlers unbegreiflich und kränkend wäre; Dr. Dollfuss könne und müsse vollkommen beruhigt sein, wobei er wörtlich sagte: „Wem ich die Freundeshand drückte wie ihm, dem bleibe ich immer und überall treu!“
Ich machte Herr von Gömbös darauf aufmerksam, dass es sich bei meinen Fragen nicht um Zusicherungen, sondern um Klarstellungen im Interesse der Freundschaft zwischen den beiden Staaten handle. Am Schlusse meiner Unterredung mit dem Herrn königlich ungarischen Ministerpräsidenten ersuchte mich dieser, den Herrn Bundeskanzler dringend zu bitten, er möge den Lockungen der kleinen Entente und Frankreichs, die mit neuen Plänen hervortreten, ja nicht und auch nicht vorübergehend nachgeben.
Während ich noch mit der Abfassung dieser Telefondepesche beschäftigt war, hat mich der königlich ungarische Aussenminister Herr von *Kanya* zu sich gebeten und, um die Mitteilungen des Herrn von Gömbös zu ergänzen, mir erklärt, er habe aus guter Quelle eben gehört, dass Oesterreich die Einladung erhalten habe, zur kleinen Entente in engere wirtschaftliche Beziehungen zu treten und

dass Oesterreich, von Frankreich unter Druck gestellt, nachgeben wolle. Nach Ansicht Herrn von Kanya's würde dies eine Katastrophe mit unabsehbaren Folgen bedeuten. Wenn er an die Richtigkeit dieser Version auch nicht glaube, so bitte er doch um eine beruhigende Antwort. Schliesslich stellte Herr von Kanya an mich die Frage, ob der kgl. ungarische Ministerpräsident mit mir nicht über ein eventuelles baldiges Zusammentreffen mit Dr. Dollfuss gesprochen habe. Ich antwortete ihm, dass dies nicht der Fall gewesen sei.

1329
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Österreich/Geheim
Z. 23302/13 Wien, 27. Juni 1933

Gesandter Preziosi hat nach telefonischer Ansage den Herrn Bundeskanzler um 8 Uhr abends[1] aufgesucht, „um ihm auftragsgemäss einige dringende Mitteilungen zu machen". Er hat zwar nicht die Gesandten Egger in Aussicht gestellte Erklärung abgegeben, hingegen folgende Mitteilungen gemacht:
1.) Auftrags Herrn Mussolini's habe er dem Bundeskanzler mitzuteilen, dass der Duce am 23. d. M. verfügt habe, dass von nun an militanten Politikern, Flüchtlingen und Propagandisten des Auslandes während ihres Aufenthaltes in Italien jede politische Betätigung verboten ist. Der Bundeskanzler dankte dem Gesandten und bat ihn, seinen Dank auch Herrn Mussolini zu übermitteln.
In diesem Zusammenhange erwähnte Gesandter Preziosi auch, dass der Aufenthalt des Nazi-Landesinspektors Kothen in Tarvis sowie die Bildung einer nationalsozialistischen Ortsgruppe dortselbst, seitens der italienischen Regierung nicht genehmigt worden sei.
2.) Wirtschaftliche Message: Der ungarische Finanzminister Imrédy habe Botschafter Grandi in London gesagt, dass Ungarn gerne mit Oesterreich Verhandlungen wieder aufnehmen möchte, mit dem Ziele einer noch engeren Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Hierüber habe der ungarische Finanzminister auch mit Gesandten Dr. Schüller in London gesprochen. Der italienische Gesandte bitte namens Herrn Mussolini's um Bekanntgabe der diesbezüglichen Stellungnahme des Bundeskanzlers.

[1] Des Vortages, also am 27. Juni.

Der Bundeskanzler antwortete, dass es ihm, insolange die Angelegenheit der Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös nach Berlin nicht vollkommen aufgeklärt sei, schwer falle, hinsichtlich dieses ungarischen Wunsches, der grundsätzlich auch der seine sei, eine konkrete Antwort zu erteilen. Hieran knüpfte der Bundeskanzler eine kurze Darstellung der ihm von nationalsozialistischer Seite zugekommenen Informationen über den wahren Zweck der Gömbös-Reise nach Berlin. Aus diesen Informationen gehe hervor, dass Herr Gömbös vielleicht doch hinter dem Rücken des Bundeskanzlers mit Hitler über Oesterreich, ja am Ende sogar vielleicht über Oesterreichs Aufteilung gesprochen habe. Unter diesen Umständen müsse auch der italienische Gesandte sowie Herr Mussolini begreifen, dass er im gegenwärtigen Augenblick schwer eine besonders freundliche Antwort auf diese ungarische Anregung geben könne.
Der Bundeskanzler sei jedoch bereit, ein Studium der Frage der noch engeren Zusammenarbeit mit Ungarn auf wirtschaftlichem Gebiete anzuordnen und er ermächtigte Herrn Preziosi, seiner Regierung diesbezüglich ungefähr Folgendes zu antworten:
„Der Bundeskanzler wird die österreichische Delegation in London beauftragen, mit ungarischen Referenten Fühlung zu nehmen, um gemeinsam festzustellen, auf welchen Gebieten und inwieweit eine weitere Intensivierung des bisherigen Regimeverkehrs möglich ist."
3.) Gesandter Preziosi brachte sodann die in der Weltpresse der letzten Tage viel besprochene Frage einer österreichisch-ungarischen politischen Union bezw. Zollunion zur Sprache und fragte den Bundeskanzler, was er darüber bezw. auch über den Ursprung dieser plötzlich aufgetauchten Nachrichten gehört habe. Der Bundeskanzler erklärte, dass ihm keinerlei konkrete Nachrichten darüber vorliegen, dass er vielmehr das Wiederauftauchen der Nachrichten auf das erhöhte Interesse der Welt an der Regelung des Problems des Donauraumes mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Deutschland und die brennende österreichische Frage zurückführe. Der Bundeskanzler wiederholte bei diesem Anlasse seine schon oft wiedergegebene Einstellung zu dieser Frage: dass er und seine Regierung die wirtschaftliche Konsolidierung Oesterreichs bei Aufrechterhaltung seiner vollständigen politischen Unabhängigkeit anstreben. In diesem Zusammenhange wies der Bundeskanzler auch darauf hin, dass selbst die nicht sehr starke österreichische legitimistische Bewegung der Auffassung ist, dass auf lange Zeit hinaus ausschliesslich das Problem der Erhaltung des unabhängigen Oesterreich und dessen wirtschaftliche Erstarkung auf der Tagesordnung stehen könne.
4.) Der italienische Gesandte benützte auch diesen Anlass, um neuerlich den Bundeskanzler in temperamentvoller Weise aufzufordern, energischer gegen die Sozialdemokraten vorzugehen, da eine scharfe antisozialdemokratische Haltung der Regierung Dollfuss ihr erst den Charakter einer wahren Rechtsregierung verleihen und die günstigen Folgen für das Ansehen der Bundesregierung bei den bürgerlichen österreichischen Kreisen sowie im Auslande, das vorwiegend nach rechts tendiere, haben werde.

Der Bundeskanzler wies neuerlich den italienischen Gesandten gegenüber darauf hin, dass er von allem Anfange an entschlossen war, gegen die Sozialdemokraten und den Marxismus vorzugehen, dass aber gerade die Nationalsozialisten ihm in den Rücken gefallen seien. Er verglich diese Situation mit jener, als Oesterreich-Ungarn eine Offensive gegen Italien unternahm und die Russen Oesterreich-Ungarn zwangen, auf der italienischen Front auf längere Zeit hinaus einen Stellungskrieg zu führen, um die offensiven Kräfte gegen Russland konzentrieren zu können. Diese sei ungefähr auch seine heutige Position gegenüber Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Im übrigen könne er den italienischen Gesandten versichern, dass er keinerlei Absicht habe mit den Sozialdemokraten irgend zu paktieren, was er schon damit beweisen könne, dass er es bisher nicht getan habe, obwohl es ihm ein Leichtes wäre, in wenigen Stunden die Sozialdemokraten für die österreichische Sache zu gewinnen. Der Augenblick werde zuverlässig kommen, da er sich neuerlich und wirksam mit der Niederringung des Marxismus werde befassen können.[2]

1330
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Österreich/Geheim
Z. 23319/13 Wien, 28. Juni 1933

Der italienische Gesandte teilte dem Bundeskanzler an Hand eines ausführlichen Telegrammes Herrn Mussolini's Folgendes mit[1]:
Der österreichische Gesandte in Rom, Egger, hat von den der Bundesregierung zugekommenen Informationen (Invasionsgefahr aus Deutschland, Abwurf von Flugzetteln durch Proksch, usw.) Mitteilung gemacht. Herrn Mussolini liegen ähnliche Informationen auch aus anderer Quelle vor.
Herr Mussolini habe Herrn Preziosi beauftragt, dem BK in seinem Namen folgende Erklärung abzugeben: Der Herr Bundeskanzler und die österreichische Regierung werden auch bei den energischesten Massnahmen, die sie ergreifen müssen um jeden Terror in Oesterreich zu unterdrücken, immer die volle Unterstützung Herrn Mussolini's und Italiens finden und Herr Mussolini sei sicher, dass das diesbezügli-

[2] Ein Exemplar wurde Egger nach Rom per Kurier am selben Tag zur streng vertraulichen Information übermittelt, eine zweite Kopie erging kurzerhand an Wildner.
[1] Die Unterredung fand gegen 13 Uhr des 28. Juni statt. Vgl. DDI 7, 13/891, 899, 905.

che Vorgehen der österr. Bundesregierung auch die Zustimmung aller anderer Staaten und der allgemeinen öffentlichen Meinung finden werde, zumal diese an und für sich sehr besorgt sind über die Tendenzen, welche der gegen Oesterreich unternommenen Aktion zugrundeliegen und die auf die Dauer nicht ohne ernste Reperkussionen bleiben können. Der italienische Gesandte ist weiters beauftragt, den Herrn Bundeskanzler zu versichern, dass, wenn die in diesen Informationen angekündigte Invasion von ausländischer nationalsozialistischer Seite sich bewahrheiten sollte, eine solche nicht ohne eine adäquate Reaktion von italienischer Seite bleiben könnte. In einem Wort, der Herr Bundeskanzler könne stets auf den grössten und wirksamsten Rückhalt und die Unterstützung Herrn Mussolini's und Italiens rechnen, wenn es sich um die Frage des Schutzes der Unabhängigkeit Oesterreichs handelt.
Schliesslich fügte gleichfalls auftragsgemäss Herr Preziosi bei, dass Herr Mussolini den italienischen Botschafter in London, Grandi, beauftragt habe, sowohl bei der englischen Regierung, als auch gegenüber der englischen öffentlichen Meinung, die Sache Oesterreichs und des Bundeskanzlers stets auf das nachdrücklichste zu unterstützen.
Der Bundeskanzler dankte Gesandten Preziosi für diese wertvolle Mitteilung und ersuchte ihn, seinen allerwärmsten Dank an Herrn Mussolini gelangen zu lassen und ihm auszurichten, dass nach seiner bisherigen Erfahrung das Geheimnis, weshalb Rom heute der Mittelpunkt der europäischen Politik sei, seinen Grund darin habe, dass man sich auf die Worte Herrn Mussolini's und insbesondere auf seine Freundschaftsbeteuerungen vollkommen verlassen könne.[2]

1331
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Ungarn/Geheim II/4
Z. 23329/13 Wien, 30. Juni 1933

Ges. Hennet meldet mündlich Nachstehendes:
Der ihm erteilten telegraphischen Weisung zufolge hat Gesandter Hennet bei Ministerpräsident Gömbös um eine Audienz gebeten. Vorher wurde er am 28. abends von Herrn von Kánya empfangen, welchem er die Antwort des Herrn Bundeskanzlers in der Frage der angebl. Kooperation Oesterreichs mit der Kleinen En-

[2] Am selben Tag unter Geheimhaltung Egger in Rom zur Kenntnisnahme per Kurier übermittelt. Siehe zudem das Telegramm des Außenamtes Nr. 24 (in Ziffern), Wien, 28. Juni 1933. In: AdR, NPA, Österreich/Geheim/2/21.

tente mitteilte.
Herr von Kánya hat sich überaus erfreut und geradezu durch diese Antwort entlastet gezeigt.
Am 29. ds. M. 9 Uhr früh hat Gesandter Hennet Ministerpräsident Gömbös in seiner Wohnung aufgesucht und ihm gleichfalls die Antwort des Bundeskanzlers bekanntgegeben. Der Ministerpräsident Gömbös dankte für diese ebenso erfreuliche wie prompte Mitteilung und knüpfte daran eine Reihe von Betrachtungen. Gömbös ließ sich zuerst in besonders herzlichen Ausdrücken über seine freundschaftl. Gefühle für den Bundeskanzler aus und wies sodann darauf hin, daß die wirtschaftliche Kooperation Ungarns mit Oesterreich eine der Grundlinien seiner Politik sei und daß eine solche Kooperation für beide Staaten nicht nur in ihrem Verhältnis zur Kleinen Entente und Frankreich, sondern auch gegenüber Deutschland eine Stärkung bedeute.
In diesem Zusammenhange machte Ges. Hennet Herrn Gömbös auf die Bemerkungen desselben in seinen jüngsten zwei Reden aufmerksam, in welchen der ung. Ministerpräsident ein Zusammenarbeiten Ungarns mit der Kleinen Entente unter der Bedingung für möglich erklärt hatte, daß Ungarn nicht mit „gefesselten Händen“ der Kleinen Entente gegenüberstehe bezw. die Kleine Entente Ungarn die „Gleichberechtigung“ einräume. Herr Gömbös erläuterte diese Andeutungen dahin, daß er vor Eingehen in Verhandlungen mit der Kleinen Entente die Garantie haben müsse, daß diese Ungarn die volle Aufrüstungsmöglichkeit sowie die Revisionsmöglichkeit rückhaltlos zugestehe. Gömbös gibt sich keinen Illusionen darüber hin, daß diese Bedingungen derzeit nicht durchzusetzen sind.
Schließlich kam das Gespräch auf die Eindrücke des ung. Ministerpräsidenten in Deutschland und insbes. auf seine jüngst Ges. Hennet gegenüber gemachte Andeutung, daß er hinsichtlich der Zukunft besorgt sei. Der ung. Ministerpräsident ergänzt diese seine Mitteilung dahin, daß er die besorgniserregende Information erhalten habe, daß das Hitlerregime trotz Festhaltens an dem Grundsatze des Privateigentums die Absicht habe, für die Nation lebenswichtige Produktionszweige zu vergesellschaftlichen; dies scheint dem ung. Ministerpräsidenten eine starke Hinneigung zu den kommunistischen Theorien zu bedeuten. Weiters gab Herr Gömbös zu, daß er über die Nachfolge Herrn von Hindenburgs in der Reichspräsidentschaft besorgt sei, da er verläßlich erfahren habe, daß der Reichspräsident vor kurzem einen kleinen Schlaganfall erlitten habe. Nun strebe eine Strömung im Reiche dahin, Hitler zum Nachfolger Hindenburgs zu machen u. ihn dadurch einigermaßen kaltzustellen, sodaß der radikalere Göring an Hitlers Stelle nachrücken würde. Eine andere Strömung propagiert Herzog von Hessen als Reichspräsidenten unter Belassung Hitlers als Reichskanzler.[1]

[1] Erging am 30.6.1933 an Egger und Tauschitz zur persönlichen Kenntnisnahme.

1332
Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 140/Pol.

AdR, NPA
Tschechoslowakei 5/1
Z. 23541/13 Prag, 4. Juli 1933

Herr Bundeskanzler,
Herr Bundesminister Buresch liess mich durch Herrn Gesandten Franckenstein ersuchen, ich möge Herrn Dr Beneš sein in London Herrn Bundeskanzler gegebenes Versprechen einer Beteiligung der Tschechoslowakei an der österreichischen Anleihe in Erinnerung rufen und bei der hiesigen Regierung dahin wirken, dass diese Beteiligung tatsächlich erfolge. Ich besuchte heute den Herrn Aussenminister, der mir die *fixe und verbindliche* Zusage gab, dass mit der Beteiligung der Tschechoslowakei an der österreichischen Anleihe *bestimmt* gerechnet werden könne. Vorerst müsse jedoch die Anleihe in Paris ausgeschrieben und die Tschechoslowakei formell um ihre Beteiligung ersucht werden. Im Hinblick auf die derzeitige prekäre Lage der Staatsfinanzen dürfte diese Beteiligung jedoch kaum einen Betrag von 18 bis 20 Millionen Kč. übersteigen.
Ich habe Vorstehendes unter Einem durch Herrn Gesandten Franckenstein dem Herrn Bundesminister Dr Buresch melden lassen.
Ausgehend von dieser Feststellung führte Herr Dr Beneš noch Folgendes aus.
Er habe, wie er mir bereits einmal gesagt, bei Herrn Boncour dahin gewirkt, dass die Anleihe für Oesterreich sobald als möglich erledigt werde und er habe hierüber in Paris auch mit führenden Sozialisten gesprochen. Er hätte diesen gesagt, sie sollen keine prinzipiellen Schwierigkeiten der österreichischen Anleihe in den Weg legen, sondern diese raschest zu ermöglichen trachten. Herr Dr Beneš hätte die Beobachtung gemacht, dass in Paris und namentlich in den Kreisen der Sozialisten immer noch ein gewisses Misstrauen gegenüber Oestereich bestehe. Es liege ihm ferne, sich in die innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes einmischen zu wollen, er möchte aber mit der Freiheit und Offenheit, mit der er gewohnt sei mit mir zu sprechen, dennoch seine persönliche Meinung in dieser Hinsicht zum Ausdruck bringen. Das Wichtigste wäre seinem Empfinden nach, dem Ausland Klarheit über die Absichten der Regierung zu verschaffen. Jedermann begreife heute, dass die Aenderung der Konstitution für uns von grosser Wichtigkeit sei und dass auch die österreichischen Sozialdemokraten so verschiedenes würden schlucken müssen, was ihnen im Grunde nicht ganz angenehm sein wird. Es sei nur zu begreiflich und werde sicher sympathisch wirken, wenn die Macht des Bürgermeisters von Wien von den Funktionen eines Landeshauptmannes getrennt

wird. Schon dadurch würden gewiss so manche Reibungspunkte ausgeschaltet werden und dies müsste letzten Endes die Sache auch den Sozialdemokraten plausibel machen. Es sei eine allgemeine Erscheinung, dass die Regierung auf die Macht des Bürgermeisters in den grossen Hauptstädten eifersüchtig sei. Wenn z. B. in Prag, wo die Stadtvertretung seit jeher besonders radikal ist, Ruhe herrsche, so sei dies nur darauf zurückzuführen, dass der Bürgermeister von Prag nur auf die Stadtverwaltung beschränkt sei und kein sonstiges über den Rahmen einer politischen Unterbehörde hinausgehendes Pouvoir habe, man habe hier zum Glück die alte österreichische Organisation belassen. Herr Dr Beneš sei überzeugt, dass, wenn der Prager Bürgermeister auch die Funktionen eines Landeshauptmannes hätte, in Prag die gleichen Schwierigkeiten wären wie in Wien.

Da nun die österreichische Regierung derzeit starke Trümpfe in der Hand habe und so verschiedenes unternehmen könne was einer früheren Regierung vielleicht nicht möglich gewesen wäre, so dürfte es nach Meinung Herrn Dr Beneš's gut sein, diese Trümpfe bald richtig auszuspielen und der internationalen Oeffentlichkeit Klarheit zu geben, wie man sich in Oesterreich in der Zukunft einrichten wolle. Die Unsicherheit und das Misstrauen in die Pläne der österreichischen Regierung, ob es in Oesterreich zu einer Diktatur oder zu einem konstitutionellen Regime kommen werde, sei der wahre Grund, warum die Anleihe in Frankreich bis jetzt verzögert wurde. Auch darin dürfe man keine Einmischung in die inneren Verhältnisse erblicken. Die vorsichtigen französischen Steuerzahler, die die österreichische Anleihe subskribieren sollen, wollen einfach ihr Geld sicher anlegen und sie erwarten also die Sicherheit, dass es in Hinkunft in Oesterreich keine gewaltsamen Umstürze und Putsche geben werde, von deren Möglichkeit sie täglich in den Zeitungen lesen. Der Widerstand gegen Hitler und das Auftreten Herrn Bundeskanzlers in London haben Osterreich in der Welt ungeheuer populär gemacht und haben ihm allgemeine und grosse Sympathien erworben. Immerhin herrschen aber in den fortschrittlichen Kreisen Englands und Frankreichs gewisse Befürchtungen, wie weit Oesterreich gehen werde und was aus allem schliesslich werden soll.

Nach Ansicht Dr Beneš's wäre jedenfalls in Oesterreich zuerst der Nazismus zu liquidieren, dann aber auch schon das Verhältnis zu den Sozialdemokraten festzusetzen. Natürlich könne die Regierung in keine Koalition mit den Sozialdemokraten eingehen, doch sollte sie in dieser Richtung bald klare Verhältnisse schaffen. Wenn die Sozialdemokraten in Oesterreich die Sicherheit haben werden, dass sie nicht vernichtet werden, dass man mit ihnen nicht so wie in Deutschland umgehen werde, dass es keine Diktatur einer einzelnen Partei geben werde, dann werde auch das finanzielle Vertrauen zu Oesterreich wiederkehren. Man dürfe nicht vergessen, – und die Erfahrung lehre es zur Genüge – dass die internationale Finanz in Diktaturen kein Vertrauen habe, dies habe der Faszismus in Italien verspüren müssen und noch mehr natürlich die Diktaturen Hitler's und Stalin's.

Die christlichsoziale Partei in Oesterreich sei durch Herrn Bundeskanzler dahin geführt worden, dass sie bei einer geschickten Verankerung ihrer derzeitigen

Macht sehr gut in der Lage wäre, für eine längere Reihe von Jahren die regierende Partei in Oesterreich zu bleiben und sie sei schon heute stark genug, die Sozialdemokraten an die Wand drücken zu können, doch sollte sie dies nicht allzu stark tun. Wenn sich die Sozialdemokraten mit den gegebenen Verhältnissen abgefunden haben werden, – und sie werden wohl nichts anderes tun können – so werde Oesterreich nach aussen hin mächtig dastehen und ein sicherer Vertragspartner sein, den man überall werde respektieren müssen. Dafür sei die Konstellation in Europa jetzt sehr günstig und Dr Beneš glaube, uns in diesem Falle eine sehr gute Zukunft prophezeien zu können. Zum ersten Mal seit 15 Jahren habe sich die Situation ergeben, dass Oesterreich mit seinem ganzen Gewicht auch in das Schicksal von Mitteleuropa eingegriffen habe und dass es sich nicht mehr als Objekt für die Politik der anderen, sondern als ein selbständiges Subjekt mit seiner eigenen Politik präsentiere. Nach Beendigung des Kampfes gegen Hitler werde sich niemand mehr trauen Oesterreich zu etwas zu nötigen, es werde in jeder Beziehung ein gleichwertiger Partner der anderen Staaten sein. Die Tschechoslowakei würde hierin ein besonders glückliches Omen für eine gedeihliche Zusammenarbeit in Mitteleuropa sehen. Die gewaltigen Sympathien, die sich Oesterreich in London erworben habe und zu denen beigetragen zu haben sich Herr Dr Beneš ehrlich bemüht hätte, würden für Oesterreich als ein ständiger Gewinn erhalten bleiben.
Hierauf ging Herr Dr Beneš zu seiner alten Lieblingsidee der Organisierung Mitteleuropas über. Der Plan des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös sei es gewesen, in Mitteleuropa eine neue Tripel-Entente zu schaffen, bestehend aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien, in der dem Königreich Italien die führende Rolle zufallen würde. Dabei dachte Ungarn mit Hilfe Italiens auf seine besondere Rechnung kommen zu können, wobei es ihm wenig ausgemacht hätte, wenn Oesterreich unter Umständen bildlich und faktisch zum Kriegsschauplatz werden würde.
Italien habe vorerst diese Konzeption geteilt, später aber einen anderen Plan gefasst, durch dessen Verwirklichung Jugoslawien zerschlagen, die Kroaten an Oesterreich und Ungarn angegliedert und Rumänien isoliert worden wäre; die Tschechoslowakei sollte zu Polen getrieben werden. Dadurch hätte Herr Mussolini zwei Barrieren gegen Deutschland errichtet und sich selbst die Vorherrschaft am Balkan und im mittleren Donauraum gesichert. Auch dies würde einen neuen Krieg bedeuten.
Dieser Plan sei durch den Pakt der Kleinen Entente zunichte gemacht worden und Herr Dr Beneš wolle es mir nicht verheimlichen, dass dies der eigentliche Grund für die Errichtung des Paktes war.
Das Bestreben des tschechoslowakischen Aussenministers sei es nach wie vor zu erzielen, dass die kleinen Mächte nicht zum Spielball der Grossmächte werden. In diesem Sinne sei, wenn man wolle, der Pakt der Kleinen Entente auch gegen die Grossmächte gerichtet. Herr Dr Beneš hätte gewiss viel lieber schon jetzt ein Uebereinkommen der fünf mitteleuropäischen Mächte gesehen, da ein solches jedoch nicht möglich war und es auch in Oesterreich an Mut gefehlt habe, offen und durch eine Tat zu bekennen wo das hauptsächliche Wirtschaftsinteresse des Staa-

tes liege, musste sich Dr Beneš nur mit zwei Vertragspartnern begnügen. Aus dem unleugbaren Erfolge, den die Kleine Entente durch Abschluss des letzten Paktes erzielt habe, sei zu ersehen, dass man nur den Mut haben müsse, sich den Grossen entgegenzustellen. Dr Beneš könne füglich behaupten, dass die Kleine Entente die Kampagne gegen den Viererpakt gewonnen habe und sie habe ihn gewonnen, weil das Recht auf ihrer Seite stehe.

Der ungarische Plan eines deutsch-österreichisch-ungarisch-italienischen Blocks würde übrigens auch in England nie akzeptiert werden, dies habe man Dr Beneš im Foreign Office ausdrücklich gesagt. Auch Frankreich sei natürlich dagegen. Herr Mussolini müsse also andere Wege suchen und es werde nach Ansicht Dr Beneš's schon im nächsten Jahr bestimmt dazu kommen, dass man darüber verhandeln werde, wie das mitteleuropäische Problem zu lösen wäre. Es werde sich hauptsächlich darum drehen, wie sich Frankreich und Italien, aber auch Deutschland verhalten und verständigen werden. Nach Ansicht Herrn Dr Beneš's wäre es schon ein grosser Fortschritt, wenn man über die Frage der Organisation Mitteleuropas eine freie und ungezwungene Diskussion abführen könnte, ohne immer an Hintergedanken und nicht vorhandene Absichten zu denken. Jetzt wäre die politische Situation dafür günstig, es sei aber die Frage, ob man den Mut haben werde, dies auszunützen.

Italien müsse sich die Frage vorlegen und beantworten, ob es von Vorteil sei, dass das mitteleuropäische Problem endlich definitiv geregelt und gelöst werde oder nicht. Hiebei wäre es gewiss ein Fehler in Mitteleuropa eine *politische* Organisation schaffen zu wollen und Oesterreich hinein zu drängen. Im Gegenteil: Oesterreich müsse die *volle politische Selbstständigkeit* garantiert werden. Aehnlich verhalte sich die Sache mit Ungarn, wo ebenfalls der Verdacht zerstreut werden müsse, dass man es der Kleinen Entente eingliedern wolle oder dass die Kleine Entente von Ungarn etwas verlange. Wenn diese Garantien gegeben sein werden, so müsste, nach Ansicht des Aussenministers die Sache zu machen sein.

Was die Kleine Entente selbst anbelangt, so bestehe die Absicht, im Verlaufe der nächsten Jahre bis zur *Zollunion* zu kommen (Vergleiche meinen Bericht vom 12. Juni l. Js., Zl. 119/Pol., Unterredung mit Dr Beneš im Petit Journal)[1]. Oesterreich werde sich sodann mit dieser Tatsache auseinandersetzen müssen oder es werde einfach mitgehen können. Das gleiche gelte für Ungarn. Ein Zwang werde nicht ausgeübt werden. Natürlich könnte ein solches weitgehendes Zusammengehen nicht ohne eine entsprechende Vereinbarung mit Deutschland, Italien und Frankreich geschehen. Dr. Beneš halte eine solche Vereinbarung für möglich.

Jedermann, auch Italien und Deutschland, müsse es einsehen, dass es keine volle politische Selbständigkeit gäbe, wenn sie nicht wirtschaftlich fundiert ist. Es sei ein Fehler des Tardieu Planes gewesen, dass man die wirtschaftlichen Interessen

[1] Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß. Bericht Nr. 119/Pol., Prag, 12. 6. 1933. In: AdR, NPA, Tschechoslowakei 5/1, Z. 23 001/13.

Deutschlands und Italiens nicht genügend respektiert habe. Natürlich müsse man darüber sprechen können und es ist direkt lachhaft, wenn sich Deutschland und Italien fürchten, in eine ruhige Diskussion über diese Dinge einzutreten.
Zu allem gehöre aber, wie Dr Beneš nochmals wiederholen wolle, Courage und die Kleine Entente und auch die Haltung des österreichischen Bundeskanzlers hätten bewiesen, dass man mit Courage alles machen könne, auch gegen die Grossmächte. Wenn insbesondere Ungarn glaube, dass es durch seine derzeitige Haltung etwas in der Revisionsfrage erreichen werde, so sei dies ein Irrtum. Der Viermächtepakt sei das stärkste gewesen, was bisher gegen die Revision gemacht wurde.
Von deutscher Seite habe man Herrn Titulescu offen gesagt, dass die ungarischen Revisionswünsche in Deutschland nicht interessieren und dem Reiche gleichgiltig seien.
Der Selbsterhaltungstrieb und das was in Deutschland vorsichgeht, müsste schon die mitteleuropäischen Staaten dazu bringen, sich auch zu besinnen und ihr eigenes Haus zu bestellen, damit sie so gut es gehe, aus dem allgemeinen Debacle herauskommen. Der Nationalsozialismus werde in Deutschland, gleichgiltig wie lange er sich halten werde, grosse Verwüstungen zurücklassen, Europa werde noch gute 10–15 Jahre von Provisorien leben müssen. Die grossen internationalen Konferenzen und Besprechungen scheinen zu nichts zu führen und deshalb sollten jene Staaten, die den allgemeinen Wahnsinn nicht mitmachen wollen, trachten, durch Separatvereinbarungen unter einander wenigstens halbwegs die kommenden Jahre der Ungewissheit durchzuhalten.[2]
[…] *Marek*

1333

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Egger (Rom)

Telegramm Nr. 26 (streng geheim)

AdR, Wien, 6. Juli 1933
Gesandtschaft Rom (23.00)

Bayrischer Rundfunk hat mit Serie von Vorträgen über österr. Verhältnisse begonnen. Vortrag des bekannten Agitators Habicht enthielt nicht nur unzulässige Kritik, sondern auch masslose Beschimpfungen Bundesregierung welcher direkt Hochverrat vorgeworfen wird und gipfelt in unverhohlener Aufforderung an öst.

[2] Erging auch als Kopie am 11.7. nach Rom und Budapest.

Parteigänger zu ungesetzlichen Handlungen, Ungehorsam und Auflehnung gegen die Regierung und deren Organe.
Bundesregierung hat gegen diesen neuerlichen feindseligen Akt, welcher gewiss nicht ohne Zustimmung oder Duldung verantwortlicher deutscher Stellen gesetzt werden konnte und überdies noch Fortsetzung finden soll in Berlin entschieden Verwahrung eingelegt und verlangt, dass weitere derartige Sendungen unterbleiben.
Wollen Sie Vorstehendes unverzüglich dortiger Regierung mitteilen und nachstehendes vertraulich beifügen:
Sollte deutsche Regierung wider Erwarten unserem Ersuchen in keiner Weise nachkommen und insbesondere die Verhetzung im Wege Rundfunk fortsetzen, müsste die Bundesregierung doch endlich die Frage in Erwägung ziehen ob angesichts dieser fortwährenden und sich immer steigernden Bedrohung die im Inland namentlich in den Grenzbezirken zu schwerer Besorgnis Anlass geben, nicht der Zeitpunkt gekommen wäre, die Regierungen jener Grossmächte, die die Achtung der politischen Unabhängigkeit der Souveränität Oesterreichs vertragsmässig übernommen haben, oder aber als Mitglieder des Völkerbundes selbst den Völkerbundrat zu befassen. Weiteres passives Verhalten der Bundesregierung würde nämlich weder österreichischer Oeffentlichkeit noch auch dem Ausland verständlich erscheinen und als weitgehende Schwäche Bundesregierung aufgefasst werden.
Gleichlautend an London.

Dollfuss
Aussenamt

1334

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an alle österreichischen Gesandtschaften in Europa

Weisung (streng vertraulich)

AdR, NPA
Ungarn/Geheim I/III
Z. 23644/13 Wien, 15. Juli 1933

Der kgl. ungarische Ministerpräsident *Gömbös* hat, auf Einladung des Herrn Bundeskanzlers am 9. und 10. d. M. dem H. Bundeskanzler einen offiziellen Besuch in Wien abgestattet. Zur Vorgeschichte dieses Besuches ist zu bemerken, dass Ministerpräsident *Gömbös* seine Rückreise von seinem kürzlichen Besuch in Berlin auf kurze Zeit in Wien unterbrochen hatte, eine persönliche Fühlungnahme zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler jedoch aus optischen Gründen beiderseits für inopportun gehalten worden und unterblieben;

der H. Bundeskanzler hatte jedoch sogleich den ungarischen Ministerpräsidenten wissen lassen, dass er einen Besuch Herrn von *Gömbös'* in Wien zu einem beliebigen späteren Zeitpunkte begrüssen würde.
Bezüglich des Verlaufes des Besuches des ungarischen Regierungschefs in Wien, über den die Verlautbarung der Amtlichen Nachrichtenstelle vom 9. d. M. Aufschluss gibt, ist folgendes hervorzuheben:
In politischer Hinsicht sind die beiden Regierungschefs dahin übereingekommen, den bereits in den Präambeln zum österreichisch-ungarischen Schiedsgerichtsvertrag vom 10. April 1923 u. zum Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag vom 26. [Januar] 1931 verankerten Grundsatz der Fühlungnahme bezüglich aller die beiden Länder berührenden Fragen in Hinkunft in weitestgehendem Masse praktisch zur Geltung zu bringen und dadurch ein rechtzeitiges Einvernehmen hinsichtlich der von beiden Regierungen zu diesen Fragen einzunehmenden Haltung zu erzielen. Weiters wurde Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit der Einhaltung der bisherigen Außenpolitik der beiden Länder festgestellt. Wenn im Zusammenhang mit diesem Besuche neuerlich in vereinzelten Presseäusserungen des Auslandes Vermutungen laut werden, dass bei diesem Anlasse weitgehende Pläne wie Restauration, österr.-ungarische Zollunion u. dgl. zur Sprache gekommen wären, so muss festgestellt werden, dass diese Themata in den Wiener Konversationen in keiner Weise berührt worden sind.
In wirtschaftlicher Hinsicht wurde eine weitere Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs zwischen beiden Ländern als anstrebenswert und allmählig durchführbar erkannt und einzelne in dieser Linie liegende Massnahmen beschlossen.
Vorstehendes dient zur Ihrer Information und Regelung Ihrer Sprache.

1335
Generalsekretär Peter an Gesandten Tauschitz (Berlin)
Weisung

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 23776/13 Wien, 18. Juli 1933

Herr Gesandter!
Sie haben in Ihrem Bericht Zl.48/pol. vom 14 d. M.[1] eine Reihe von Aeusserungen Ministerialdirektors *Köpke* sowie Geheimrates von *Hüffer* betreffs der österreichisch-deutschen Spannung wiedergegeben. Die Auffassungen der genannten

[1] AdR, Gesandtschaft Berlin.

beiden Herren, die hier wohl als Repräsentanten breiter, gemässigter Kreise der deutschen Bureaukratie gelten können, beruhen auf grundlegenden Irrtümern, in denen nicht nur die nationalsozialistischen Parteikreise, sondern infolge der konsequenten, von diesen betriebenen Verhetzungspropaganda auch der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung im deutschen Reich befangen zu sein scheinen. Es wird genügen, hier aus der Serie der gegen Oesterreich bezw. gegen die Bundesregierung geltend gemachten Argumente einzelne herauszugreifen, wie etwa, dass die „Spannung durch die Bekämpfung der nationalsozialistischen Partei in Oesterreich entstanden" wäre, dass „diesem Grundübel der Verstimmung" daher ausschliesslich die Beendigung „des Kampfes gegen die Partei und Neuwahlen in Oesterreich in absehbarer Zeit" abzuhelfen vermöchten, während diesem „Uebel mit diplomatischen Mitteln" nicht beigekommen werden könnte, u. s. w. Wenn diese Einstellung der, wie angenommen werden kann, gemässigten und beamteten Kreise noch durch die von Herrn Köpke ausgesprochene Hoffnung ergänzt wird, dass die in letzter Zeit vom Reichskanzler *Hitler* gegen eine „zweite Revolution" eingenommene Haltung in Bälde eine Verbesserung der „Beziehungen zu den Staaten mit deutschen *Minderheiten*, und insbesondere *auch zu Oesterreich*" ermöglichen dürfte, so ist hiemit wohl ein ziemlich klares Bild der Vorstellungen gezeichnet, die sich leitende massgebende Kreise Deutschlands von dem überaus bedauerlichen Zwist zwischen den zwei deutschen Staaten machen und die auch – wenngleich durch propagandistischer Phraseologie und masslose Beschimpfungen umrahmt – den zur Genüge bekannten Auslassung des Grossteils der reichsdeutschen Presse und den in letzter Zeit eingebürgerten Rundfunkvorträgen nationalsozialistischer Agitatoren zu Grunde liegen.

Demgegenüber muss neuerlich und immer wieder betont werden, dass Oesterreich in keiner Weise die Schuld an diesem Zwiste treffen kann, in welchem es sich von allem Anfange an und auch heute – wie von der gesamten gesitteten Weltmeinung rückhaltlos anerkannt wird – in einer durch die nationale und historische Einstellung seiner Bevölkerung zum stammverwandten Nachbarreiche bedingten, an Langmut grenzenden, defensiven Stellung befunden hat und befindet. Der „Kampf" gegen die nationalsozialistische Partei in Oesterreich stellt sich, objektiv betrachtet, ausschliesslich als eine vom Gesichtspunkte des Naturrechtes der Völker und der völkerrechtlichen Lage Oesterreichs durchaus berechtigte Abwehr von unablässigen, terroristischen und völkerrechtswidrigen Einmischungen des heutigen deutschen Regime's in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs dar. Wenn die Massnahmen gegen den Nationalsozialismus, zu denen sich die Bundesregierung zur Erhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung im Staate schliesslich gezwungen gesehen hat, von Seiten der nationalsozialistischen Faktoren im Reich und infolgedessen auch seitens der Reichsregierung als *gegen Deutschland* gerichtet angesehen werden, so liegt hierin eine gewollte oder ungewollte Verkennung oder Verdrehung der Sachlage. Das „Grundübel" des Zwistes müssen wir vielmehr und mit uns der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung in der Welt, darin erbli-

cken und erkennen, dass das nationalsozialistische Regime in Deutschland zugestandener Massen Oesterreich als seine höchsteigene und ausschliessliche Domäne betrachtet, in der es nach gleichen Methoden wie im Reich frei schalten und walten zu können glaubt. Die restlose Abhängigkeit der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich von der Befehlsgewalt des Reiches, die Organisierung derselben in Oesterreich durch eine Schar reichsdeutscher Parteigewaltiger und Organe, das den flüchtigen österreichischen Nationalsozialisten, und unter diesen auch wegen schwersten Straftaten durch die österreichischen Behörden und Gerichte Verfolgten, in Deutschland gewährte Asyl, die Zulassung und Förderung der u. a. auch von diesem Elementen von Deutschland aus gegen Oesterreich entfalteten Propaganda durch Wort, Schrift und Rundfunk bilden wohl eine hinreichenden Beweis für das eben Gesagte und widerlegen von Vornherein die deutscherseits aufgestellte Behauptung, dass die vorhandene Spannung durch polemische Aeusserungen von österreichischer Seite verschärft wird. Es versteht sich vielmehr von selbst, dass auch solche gegen die unerhörten und unablässigen Einmischungsversuche von deutscher Seite getanen Aeusserungen, – ganz abgesehen davon, dass z. B. in den Reden des Herrn Bundeskanzlers zu wiederholten Malen der Wunsch Oesterreichs nach einem freundschaftlichen Verhältnisse zum Deutschen Reich hervorgehoben wurde, – ausschliesslich berechtigter Notwehr entspringen.

So sehr die Bundesregierung auch den sicherlich für beide Teile äusserst abträglichen Konflikt bedauert und gewillt ist, je eher freundschaftliche Beziehungen zum Deutschen Reiche wiederherzustellen, so muss sie doch unter allen Umständen darauf bestehen, dass die Hoheitsrechte der selbständigen österreichischen Republik auch von Seiten des Deutschen Reiches und seiner Organe vorbehaltlos geachtet werden. Diese Achtung muss, bevor an eine Entwirrung der Lage herangetreten werden kann, darin zum Ausdruck kommen, dass die Reichsregierung bezw. die mit ihr synonyme Führung der NSDAP endlich den Entschluss fasse und zur restlosen Durchführung bringe, die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich als eine *österreichische*, der deutschen höchstens durch Bande der Sympathie verbundene Bewegung anzusehen und zu behandeln und von jeder Förderung oder Duldung einer gegen Oesterreich gerichteten Propaganda sowie von jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse Oesterreichs endgiltig und restlos Abstand zu nehmen.

Angesichts der Tatsache, dass die verantwortlichen Faktoren des Deutschen Reiches bereits zu wiederholtenmalen in offizieller Form den Grossmächten, so namentlich der kgl. italienischen Regierung gegenüber den Anschluss Oesterreichs an das Deutsche Reich derzeit nicht weiter verfolgen zu wollen erklärt haben, kann nicht angenommen werden, dass es der deutschen Reichsregierung an Willen und Kraft fehlen sollte, mit diesem ihrem grundsätzlichen Entschluss auch ihre Handlungen in Einklang zu bringen. Wenn aber ihre Handlungen – wie es auf Grund verschiedener öffentlicher Erklärungen der massgebenden deutschen Faktoren in ihren Reden und in der Presse den Anschein hat, – eine „Gleichschaltung“ oder „Parallelschaltung“ des österreichischen Regimes zu dem deutschen bezwecken sollen, so muss mit

allem Nachdruck einerseits darauf hingewiesen werden, dass die österreichische Bundesregierung nicht gesonnen ist, sich von aussen oder auch von innen eine wie immer geartete Aenderung ihres Regierungssystems aufzwingen zu lassen, andererseits aber auch im Interesse des europäischen Friedens auf die unabsehbaren Folgen aufmerksam gemacht werden, die eine von der gesamten Weltmeinung – angesichts der Verneinung eines selbständigen österreichischen Staates durch den Nationalsozialismus – mit Recht als Vorstufe zum Anschluss aufgefasste derartige Angleichung des österreichischen Regierungssystems an das reichsdeutsche nicht nur für Oesterreich, sondern auch für Deutschland und Europa im allgemeinen nach sich ziehen müsste. Es muss vielmehr von der führenden deutschen Macht erwartet werden, dass sie sich nicht länger der richtigen Erkenntnis der wahren Interessen des Gesamtdeutschtums, die allein in der naturgegebenen Freundschaft der beiden selbständigen deutschen Staatswesen liegen, verschliesse und dem aussichtslosen Bruderkampf gegen Oesterreich je eher ein Ende setzte.
Ich beehre mich Sie zu ersuchen, sich in Ihren Konversationen an diesen Gedankengang zu halten und diese Auffassung bei jeder sich bietender Gelegenheit, auch Ihren fremden Kollegen gegenüber, nachdrücklichst zu vertreten.
Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Der Generalsekretär:
Peter

1336

Amtserinnerung, Notiz, Vereinbarungsabschrift und Kommuniquéentwurf Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheit (geheim)

AdR, NPA
Ungarn/Geheim I/III
Z. 23843/13 Wien, 21. Juli 1933

Am 14 d. M. hat Gesandter *Nelky* Legationsrat Hornbostel zuliegende Notiz mit dem Beifügen überreicht, dass diese ein im ungarischen Aussenamt verfasstes Resumé der polit. Besprechungen zwischen Ministerpräsidenten *Gömbös* und dem H. Bundeskanzlers darstelle und bat um Einsicht durch den Herrn Bundeskanzler sowie um Approbierung der Notiz.
Hiezu ist zu bemerken, dass bereits anlässlich der Anwesenheit der ungarischen Herren, insbesondere Legationsrat Baron *Apor* am Abend des 9. d. M. sowie auch noch am Morgen des 10. mehrmals auf die Nützlichkeit einer kurzen Feststellung

des Resumé's der politischen Unterredung zwischen den beiden Regierungschefs zu sprechen gekommen ist. Unsererseits wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass dies eigentlich in Anbetracht der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Herren überflüssig erscheine. Das ungarische Aussenamt (vielleicht Herr von Kánya) scheint nun doch auf die schriftliche Niederlegung der „Grundprinzipien" dieser gemeinsamen Aussprache besonderen Wert gelegt zu haben. Möglicherweise benötigen es die ungarischen Herren, um damit in Rom, wohin sie demnächst reisen, zu paradieren.
Die ungarische Notiz wurde in der vorliegenden Form vom Herrn Bundeskanzler nicht gutgeheissen. Er hat vielmehr heute die von der Abteilung 13 pol. verfasste Niederschrift im Gegenstande genehmigt und diese wurde in zwei Exemplaren formlos von mir heute Gesandten *Nelky* übermittelt.

[Ungarische Fassung] *Notiz*

Der ungarische Ministerpräsident und der österreichische Bundeskanzler sind mündlich übereingekommen, im Sinne des geheimen Notenwechsel Bethlen-Schober, in Zukunft über alle sie gemeinsam interessierenden Fragen sich gegenseitig zu informieren und zu trachten durch vorhergehende Aussprache einen gemeinsamen Standpunkt und eine gemeinsame Politik zu erreichen. – Als Grundprinzipien dieser Politik sind zu betrachten:
1. Die Freundschaft zu Italien als Grundbasis.
2. Gemeinsames Bestreben, Deutschland gegenüber ein freundschaftliches Verhältnis zu unterhalten.
3. Gemeinsame Abwehr hegemonistischer Bestrebungen der kleinen Entente.

[Österreichische Fassung] *Abschrift*

Der österreichische Bundeskanzler und der kgl. ungarische Ministerpräsident sind mündlich übereingekommen, im Sinne des geheimen Notenwechsels Schober-Bethlen, sich in Hinkunft gegenseitig über alle, beide Länder gemeinsam interessierenden Fragen zu informieren und zu trachten, durch ein rechtzeitiges Einvernehmen womöglich eine einheitliche Stellungnahme zu den betreffenden Fragen zu erzielen.
Im Zuge der mündlichen Aussprache wurde die Uebereinstimmung darüber festgestellt:
daß beide Regierungschefs an der italienischen Freundschaft in ihrer Aussenpolitik selbstverständlich festhalten,
daß sie versuchen werden, ein freundschaftliches Verhältnis auch mit Deutschland zu erarbeiten,
dabei bildet die volle Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit beider Länder Oesterreich und Ungarn die Voraussetzung.

Schließlich erklärte der österreichische Bundeskanzler, daß Oesterreich Ungarn in seiner speziellen Lage gegenüber der Kleinen Entente volles Verständnis entgegenbringt und bereit ist, mit Ungarn gemeinsam hegemonistische Bestrebungen der Kleinen Entente abzuwehren.

Formelle Verpflichtung der beiden Regierungen zur Befolgung einer gemeinschaftlichen Politik als Voraussetzung eines engen Einvernehmens der beiden Regierungen auf politschem und wirtschaftlichem Gebiete.
Diesbezüglich kann darauf hingewiesen werden, dass eine solche vertragsmässige Verpflichtung in gewissem Sinne bereits besteht, denn im Vorspruch (Präambel) des am 10. IV.1923 abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrages haben „die beiden vertragschliessenden Regierungen es als notwendig erkannt, in den sich ergebenden, die beiden Länder berührenden Fragen in Fühlung zu bleiben, um ihre Politik in der Richtung einer friedlichen Entwicklung zu führen".
Obiger Vertrag wurde sodann am 26.I.1931 durch einen Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag erweitert und ergänzt, wobei gleichzeitig durch den Austausch einer nicht veröffentlichten gleichlautenden diplomatischen Note ein Uebereinkommen der beiden Regierungen dahin getroffen wurde, dass „in Auslegung der Einleitung des am 10. IV.1923 in Budapest unterzeichneten Schiedsgerichtsvertrages die Regierungen der hohen vertragschliessenden Teile übereingekommen sind, in allen sie gemeinsam interessierenden politischen Fragen, insbesondere in jenen, die sich auf die gemeinsamen Nachbarn beziehen, im Wege ihrer Gesandten ständig in Verbindung zu halten".
Aus diesen, die beiden Regierungen verpflichtenden Erklärungen geht hervor, dass die beiden Regierungen schon bisher bezüglich aller sie gemeinsam berührenden politischen Fragen das vorherige Einvernehmen zu pflegen hatten. Wenn die beiden Regierungen sich nun entschliessen, auch tatsächlich in allen sich ergebenden Fällen im Geiste dieser Verpflichtung vorzugehen, so würde damit die allenfalls noch ausbaufähige Grundlage für „eine gemeinschaftliche Politik" geschaffen werden.

Entwurf eines Communiqué's
Heute ist der kgl. ungarische Ministerpräsident *Gömbös* in Begleitung des ungarischen Legationsrates Baron *Apor* um 17 Uhr 45' aus Budapest im Wiener Ostbahnhof eingetroffen. Auf der österreichisch-ungarischen Grenze war der ungarische Ministerpräsident vom kgl. ungarischen Gesandten Eugen von *Nelky* sowie von Legationsrat *Hornbostel* des Bundeskanzleramtes, welche ihm entgegengereist waren, begrüsst worden. Auf dem Wiener Ostbahnhofe hatten sich zum Empfang Herrn Gömbös', Bundeskanzler Dr. *Dollfuss*, Generalsekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Peter… sowie die Mitglieder der Wiener ungarischen Gesandtschaft eingefunden.
Um 19 Uhr stattete sodann der ungarische Ministerpräsident Bundeskanzler Dr. Dollfuss einen Besuch im Bundeskanzleramt ab, an den sich eine längere Besprechung anschloss. Der Bundeskanzler erwiderte um 20 Uhr den Besuch des

ungarischen Ministerpräsidenten auf der ungarischen Gesandtschaft, worauf Herr Gömbös einer Einladung des Bundeskanzlers zu einem gemeinsamen Abendessen Folge leistete, an dem alle in Wien anwesenden Kabinettsmitglieder, die Mitglieder der ungarischen Gesandtschaft sowie eine Reihe von österreichischen Funktionären teilnahmen. Die Besprechung zwischen dem Bundeskanzler und dem ungarischen Ministerpräsidenten wurde nach dem Abendessen fortgesetzt.
Gegenstand der Unterredungen, die im Geiste des zwischen Oesterreich und Ungarn bestehenden Freundschaftsvertrages verliefen und den Charakter herzlicher Aufrichtigkeit trugen, bildeten alle beiden Länder interessierenden politischen und wirtschaftlichen Fragen. Hiebei begegneten sich beide Teile in der Anschauung, dass es in ihrem Interesse läge, bei Behandlung von beide Staaten berührenden Fragen zeitgerecht das Einvernehmen zu pflegen. Auf handelspolitischem Gebiete wurden die Erfahrungen erörtert, die beide Teile bisher mit dem seit Beginn des Jahres in Kraft stehenden Handelsvertrag gemacht haben. Diese Erfahrungen können sie nur in dem bereits bei Abschluss des Vertrages gefassten Vorsatz bestärken, auf dem betretenen Wege fortzuschreiten und auf den weiteren Ausbau dieses Verkehres bedacht zu sein. Schliesslich wurde auch die schon anlässlich des Besuches des Bundeskanzlers Dr. Dollfuss in Budapest besprochene Frage der teilweisen Trockenlegung und Regulierung des Neusiedlersees einer Erörterung unterzogen, die eine abschliessende Behandlung dieser Frage ermöglichen wird.

1337

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Egger (Rom)

Telegramm Nr. 29[1]

AdR, Wien, 22. Juli 1933
Gesandtschaft Rom (18.35)

Zu Erl. Z. 23.685 vom 15. d. M.[2]
Obgleich deutsches Ausw. Amt unseren Protest vom 17. d. M. angenommen hat, haben gestern Nachmittag neuerlich vier deutsche Flugzeuge über Teilen von Salzburg und Tirol vielerlei nationalsozialist. Flugzettel verhetzenden Inhaltes abgeworfen. Diese wiederholten Unternehmungen dürften mit der in Bayern und zwar in München, Passau und Freilassing erfolgten Wiederaufrichtung der österr.

[1] Ging gleichlautend auch nach London.
[2] Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Egger (Rom). Erlass, Wien, 15. 7. 1933. In: AdR, Gesandtschaft Rom.

nationalsozialist. Landesleitung und einzelnen Gauleitungen unter ihren früheren Führern im Zusammenhange stehen, die auch grossenteils die ununterbrochen mit staatlichen Mitteln betriebene Funkpropaganda bestreiten und grössere Aktionen gegen Oesterreich vorbereiten.
Durch Friedensvertrag aufgezwungene völlige Wehrlosigkeit setzt uns ausser Stande Fliegerpropaganda, die auf die Dauer zersetzende Wirkung auf Bevölkerung insbesonders der bedrohten Grenzgebiete ausüben muss, wirksam abzuwehren.
Wollen Sie unter eindringlichem Hinweis auf das europäische Interesse an Erhaltung und Ruhe Oesterreichs Herrn Mussolini namens Bunderegierung dringend ersuchen, durch freundschaftliche aber energische nachdrückliche Vorstellungen in Berlin zu erreichen, dass obiger moralisch unerträglichen, mit Beschimpfungen und Aufwiegelungen gegen die Staatsgewalt verbundener Propaganda ehestens Einhalt geboten werde. Hiebei wollen Sie betonen, dass die vom überwiegenden Teil der Weltmeinung unserem Abwehrkampf entgegengebrachten Sympathien Wirkung auf Deutschland offensichtlich verfehlen und unsere Bevölkerung unter dem demoralisierenden Eindruck steht, gegenüber den unablässigen völkerrechtswidrigen Angriffen auf die allseitig geforderte Selbstständigkeit Oesterreichs schutzlos gelassen zu werden.
Drahtbericht.

1338

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter

Telegramm Nr. 89 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 23949/13

Rom, 26. Juli 1933
(27. VII. – 00.45 → 8.00)

Bezug auf Telegramm No. 84 von gestern.[1]
Ministerpräsident empfing mich in liebenswürdigster Weise und hörte nach einigen einleitenden Worten meine ausführliche Wiedergabe der Telegramme No. 29, 30 und 31 vom 22. resp. 25. d. M.[2], an die ich das weisungsgemässe Ersuchen schloss, ohne Zwischenbemerkung an. Als ich geschlossen hatte, sagte er, Reichskanzler und Vizekanzler hätten ihm erklärt, dass sie den Anschluss nicht anstreben und auch ungarischer Ministerpräsident habe ihm erzählt, dass man ihm in Berlin die gleiche Auskunft gegeben habe. Meinem Einwurf, dass „das leere Phrasen

[1] AdR, Gesandtschaft Rom.
[2] AdR, Gesandtschaft Rom.

seien, denen die Handlungen widersprechen“, stimmte Herr Mussolini zu. Er habe Herrn von Papen anlässlich dessen letzten Aufenthaltes in Rom gefragt, ob die deutsche Regierung bereit sei, den Verzicht auf den Anschluss schriftlich zu geben, was letzterer als „an Österreich und Italien“ möglich bezeichnet habe. Die Frage aber, ob diese Erklärung dann veröffentlicht werden könne, habe Papen verneint und erst als Mussolini ihm klar gemacht habe, dass dieselbe unter keinen Umständen geheim bleiben könne, versprochen, sich in München aufzuhalten und Reichskanzler mit dieser Frage zu befassen. Seither habe Herr Mussolini nichts mehr darüber gehört und Papen bei seinem jetzigen Aufenthalt in Rom auch noch nicht gesehen. Schon habe Mussolini Papen […][3] dass „zwischen Italien und Deutschland eine unterirdische Situation bestehe, die nicht ungefährlich sei. Man wisse hier genau, was Deutschland gegen Österreich tue, und in Berlin, was Italien für Österreich tue. Deutschland möge es sich gut überlegen, ob es sich die einzige Öffnung, die es noch in die Mitwelt habe, auch verschliessen wolle“. Herr Mussolini bemerkte weiter, dass laut Mitteilung des russischen Botschafters nun auch Russland sich den Gegnern Deutschlands angeschlossen habe. Er denke daran, wenn auch nicht mit Freude, mit Russland einen Nicht-Angriffs-Pakt zu schliessen, um einerseits die Russen nicht ganz „in das französische Fahrwasser“ kommen zu lassen und anderseits der Türkei eine Freundlichkeit zu erweisen.
Die innere Lage in Deutschland scheine ihm nicht sehr beruhigend. Die gestrige Visitation der Züge und Autos habe zur Verhaftung von 80.000 bis 100.00 Personen geführt und er wisse, dass z. B. Hitler per Flugzeug nach München geeilt sei, weil man den Kardinal habe verhaften wollen. Den ungarischen Ministerpräsidenten habe er aufmerksam gemacht, dass, wenn Deutschland an die Leitha käme, dies auch das Ende der ungarischen Selbständigkeit wäre, was letzterer auch eingesehen habe.
Schliesslich ersuchte mich Herr Mussolini, ihm eine kurze Note zugehen zu lassen, damit er „ein effektives Substrat für eine Demarche habe“; sollten seine Schritte in Berlin erfolglos bleiben, dann würde er allerdings Deutschland sehr dezidiert erklären, dass die „Unabhängigkeit Österreichs nicht nur ein europäisches sondern auch vor allem ein italienisches Interesse sei, und dass man daraus die Konsequenzen ziehen werde“.

Gestern habe ihm der englische Botschafter mitgeteilt, dass man in London Nachrichten habe, dass Deutschland einen bewaffneten Einfall in Österreich plane und für diesen Fall ein Herantreten an den Völkerbund erwäge. Er habe dem Botschafter erwidert, dass ihm ein solches Vorhaben Deutschlands unwahrscheinlich erscheine und wohl „die schwerwiegendsten Verwicklungen auslösen würde“. Als ich erwähnte, dass ein gleicher Schritt wie mein gegenwärtiger, in London unternommen wurde, meinte Herr Mussolini, die Beziehungen zwischen England und

[3] Chiffre fehlt.

Deutschland seien so schlecht, dass ein englischer Schritt in Berlin kaum viel Effekt haben würde. Überhaupt sei seiner Ansicht nach von England „kaum mehr als schöne Worte und Zeitungsartikel zu erhalten, die aber auch einen gewissen Wert hätten, weil sie eben von England kämen".
Herr Mussolini bemerkte schliesslich, dass ihm die Antwort Herrn Bundeskanzlers auf seinen Brief „grosse Genugtuung bereitet habe" und dass er Befehl gegeben habe, die gewünschten Aeroplane sofort zu expedieren. Er nehme an, dass Deutsche davon erfahren würden, messe dem aber keine Wichtigkeit bei.[4]

1339
Gesandter Egger an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 50/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24020/13 Rom, 27. Juli 1933

Herr Bundeskanzler,
Mit Bezug auf die einschlägige telegraphische Berichterstattung beehre ich mich, anverwahrt die von mir auf Grund der hohen telephonischen Genehmigung noch gestern Abend an den Herrn italienischen Ministerpräsidenten abgesandte Note in Kopie zu unterbreiten.[1]
Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit

Egger

[Anhang]

Gesandter Egger an italienischen Ministerpräsidenten Mussolini
Note Nr. 2783/Res.
Rom, 26. Juli 1933

Monsieur le Président du Conseil,
D'ordre de S. E. le Chancelier Fédéral j'ai l'honneur de m'adresser à la Haute obligeance de Votre Excellence en La priant au nom du Gouvernement Fédéral

[4] Gesandter Egger an Generalsekretär Peter. Telegramm Nr. 91 (Chiffre, streng geheim), Rom, 27. Juli 1933 – AdR, NPA, Deutschland I/12, Z. 23953/13: „Im Verfolge h. a. Telegrammes No. 89: Unterstaatsekretär sagte mir, dass noch heute eine entsprechende telegraphische Weisung an den italienischen Botschafter in Berlin abgehen werde."

[1] Siehe Anhang.

de bien vouloir faire valoir l'influence amicale du Gouvernement Royal à Berlin de la façon que Votre Excellence jugera la plus appropriée afin de faire cesser les attaques continuelles de la part de l'Allemagne contre l'indépendance de l'Autriche.
Je prie Votre Excellence de bien vouloir agréer les assurances de ma plus haute considération

Egger

1340
Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Dollfuß

Privatschreiben

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24081/13 London, 27. Juli 1933

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!
Gestern war ich zu einem grossen Frühstück, das die deutsche Delegation bei der Weltwirtschaftskonferenz für andere Delegationsmitglieder gab, eingeladen und hatte den Ehrenplatz neben der als Hausfrau fungierenden jungen Fürstin Bismarck.
Ich benützte diese Gelegenheit, um mit Dr. Schacht, den ich aus der während des Krieges gemeinsam in Belgien verbrachten Zeit kenne, und dem für kurze Zeit nach London gekommenen Wirtschaftsminister Schmitt über das österreichisch-deutsche Verhältnis zu sprechen.
Am selben Tage waren in der Times ein langer Bericht über meine vor der Londoner Handelskammer zur Förderung der anglo-österreichischen Handelsbeziehungen gehaltenen Rede sowie eine ausführliche Notiz über den musikalischen Tee erschienen, den ich im Interesse des Besuches Oesterreichs seitens indischer Fürsten und hier weilender indischer Staatsmänner für diese veranstaltete. Meine hiesige energische Tätigkeit, um die Position Oesterreichs im Konflikte mit Deutschland zu stärken, war den deutschen Herren natürlich bekannt. Beide erwähnten übrigens in ihren Gesprächen, sie verstünden vollkommen, dass ich als österreichischer Gesandter so handeln müsse.
Ich sagte sowohl Dr. Schacht wie auch dem Minister, welch grosse Sympathien ich immer für Deutschland gehegt habe, umsomehr als meine Familie aus Bayern stamme, dass ich aber das jetzige Vorgehen im hohen Masse beklage, das meiner Ansicht nach nicht zum Ziele führen könne und Deutschland nur Schaden und Unannehmlichkeiten bringen werde.

Dr. Schacht meinte, man solle die Spannung zwischen den beiden Ländern nicht zu ernst nehmen, sie werde sich beheben lassen.
In dem längeren Gespräche mit Minister Schmitt, der mir übrigens erklärte, er wisse gar nichts von der Flugzeug- und Rundfunkpropaganda, über die wir uns beschweren, konnte ich feststellen, dass er unerschütterlich an den Sieg des Nationalsozialismus in Oesterreich glaubt, woran ihn kein Argument, das ich vorbrachte, irre machte. Er meinte, die massgebenden Herren in Deutschland seien sich bewusst, dass der Anschluss derzeit gar nicht möglich wäre, doch sei die Unterdrückung des Nationalsozialismus in unserem Lande für die deutschen Nationalsozialisten unerträglich und die Beilegung des Konfliktes sei nur dadurch zu erzielen, dass ein nationalsozialistischer Minister in unser Kabinett aufgenommen werde, worauf ich erwiderte, diese Idee erinnere an die Geschichte vom trojanischen Pferd.
Das Interesse, das Hitler an Oesterreich nehme, sei ein sehr tiefgehendes und leidenschaftliches. Minister Schmitt sprach mit grosser Bewunderung über Hitler und die kluge Art, wie er seine Mitarbeiter anhöre und ihnen eine gewisse Freiheit in ihrem Wirkungskreise lasse.
Der Minister, der persönlich einen ausserordentlich charmanten Eindruck macht, schloss unser Gespräch mit der Bemerkung, dass es nicht ergiebig gewesen sei.
Er hatte auch auf den Sieg der Nazi in Danzig verwiesen, der das Vertrauen auf einen ähnlichen Erfolg in Oesterreich bestärke.
Ich habe natürlich in beiden Gesprächen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass ich nur meine eigene Meinung zum Ausdruck brachte.

Mit meinen Grüssen in vertrauensvoller Ergebenheit
Georg Franckenstein

1341
Amtserinnerung Generalsekretär Peter

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 24199/13 Wien, 28. Juli 1933

Gesandter Dr. Egger telefonierte mir soeben Nachstehendes:
Egger hat bereits im Sinne der ihm heute Mittags gemachten telefonischen Mitteilungen mit dem Unterstaatssekretär Suvich gesprochen, der ihm sagte, dass man sehr befriedigt darüber sei, dass der H. Bundeskanzler bereit ist, die Reise nach Rom zu machen. Rein persönlich – Herr Mussolini sei heute und morgen von Rom abwesend – sei er der Ansicht, dass eine hoch offizielle Einladung zum

Besuche des Bundeskanzlers mit Rücksicht auf andere Besuche einiger fremder Ministerpräsidenten und Aussenminister – Daladier, Beneš etz. –, die möglicherweise in absehbarer Zeit stattfinden könnten, besser zu vermeiden wäre, um kein Präjudiz zu schaffen. Es könnte aber zur Begründung der Reise des BK der österr. Oeffentlichkeit gegenüber gesagt werden, dass der italien. Reggschef den Wunsch ausgesprochen habe, mit Dr. *Dollfuss* zusammenzukommen, um mit ihm verschiedene Probleme zu erörtern. Dass Dr. *Dollfuss* einer solchen Einladung Folge leiste, sei umso erklärlicher, als der BK bisher bei der italien. Regg. einen offiziellen Besuch nicht gemacht hat; denn seine bisherigen Besuche in Rom galten in erster Linie dem Vatikan. *Suvich* könne eine definitive Antwort erst an diesem Tag mit H. *Mussolini* die Angelegenheit besprechen.
Zur Begründung der Reise konnte auch angeführt werden, dass der BK eine Erhöhung der italien. Quote der Anleihe zu erreichen hoffe.
Der Zeitpunkt der Reise werde erst nach Rücksprache mit H. Mussolini angeregt werden können.
Im Einvernehmen mit mir ist auch Ges. *Egger* nunmehr der Meinung, dass, wenn der Besuch, wie anzunehmen, ein über Wunsch H. Mussolini's offizieller und der H. BK. daher Gast der italien. Regg. sein wird, es aus Gründen der Optik empfehlenswert wäre, wenn der H. BK im Hotel abstiege.

1342

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandtschaft Berlin

Telefondepesche Nr. 1 (in Ziffern)

AdR, NPA
Deutschland I/12 Wien, 28. Juli 1933
Z. 23953/13 (12.15)

Da gegen Oesterreich gerichtete deutsche Luft- und Radiopropaganda trotz wiederholter direkter Interventionen in Berlin intensiv fortgesetzt wurde (Vorarlberg), hat Bundesregierung vor einigen Tagen englische und italienische Regierung *nicht aber* französische ersucht, in freundschaftlicher aber nachdrücklicher Weise auf eheste Abstellung dieser Propaganda hinzuwirken.
Englische Regierung hat daraufhin in Paris und Rom Kollektivschritt in Berlin angeregt. Unseren letzten Nachrichten zufolge wird indes vorläufig Italien allein Schritt unternehmen.
Vorstehendes zu Ihrer persönlichen Information

Aussenamt

1343

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandtschaften Rom und London

Telegramme Nr. 32 und 17 (in Ziffern)

AdR, NPA
Deutschland I/12 Wien, 29. Juli 1933
Z. 23994/13 (17.00)

Mit Bezug auf Telegr. No 31[1] [und] 16[2].

Heute vormittags wurde Stadt Salzburg neuerlich zweimal zuerst von 4 dann von 3 deutschen Flugzeugen die Unmengen von hetzerischen Zetteln die u. a. zum Steuerstreik u. zu Abhebungen der Bankeinlagen aufrufen, abwarfen überflogen. Bemerkenswert dass heute dort Festspiele beginnen.[3]
Nach letzten Meldung österr. Gesandten in Berlin versucht Ausw. Amt abzuleugnen, dass bisherige Flugzeuge von deutschen Flugplätzen aufgestiegen wären und bekanntgegebene Hoheitszahlen in Deutschland bestünden, was natürlich verlegene Ausrede.
Vorstehendes zur Mitteilung an dortige Regierung. Gleichlautend Rom [und] London.[4]

Aussenamt

---

[1] AdR, Gesandtschaft Rom.
[2] AdR, Gesandtschaft London.
[3] Satz „Rückflug letzterer Staffel erfolgte Richtung Salzkammergut woher noch keine Meldungen vorliegen.“ gestrichen.
[4] Geschäftsträger Wimmer an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten. Telegramm Nr. 16 (Chiffre), London, 31. Juli 1933 – NPA-Präs. (NL Otto Bauer), Z. 24026/13.
„Antwort auf d. a. Telegramm No. 17.
Auf Grund meiner heutigen Vorstellungen erklärte Van Sittart zuzugeben, dass Lage keinen weiteren Aufschub dulde. Er werde daher heute Zustimmung Italiens zu gemeinsamen Vorgehen telegrafisch urgieren. Zustimmung Frankreichs bereits eingelangt.“

1344
Gesandter Herzfeld an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 25/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24054/13 Bern, 29. Juli 1933

Herr Bundeskanzler!
Ich beehre mich, zu melden, dass ich bisher gar nicht nach einer Gelegenheit suchen musste, um mich im Sinne obzitierten Erlasses[1] vernehmen zu lassen, da bei jeder Zusammenkunft mit Mitgliedern des Bundesrates oder des diplomatischen Korps der österreichische Standpunkt mir gegenüber ganz spontan – als Einleitung jeder Unterredung – mit solchem Eifer vertreten wurde, dass ich mich darauf beschränken konnte, zuzustimmen und die Ansicht meiner Partner durch präzisere Daten zu untermauern.
Noch vor einigen Tagen sagte mir Bundesrat Motta, dass er zwar unparteiisch sein müsse, dass er aber die österreichische Abwehr mit besonderem Interesse und begreiflicher Sympathie verfolge, da die Schweiz in einer sehr ähnlichen Lage sei, wenngleich vorläufig noch gar nicht bedroht. Er erkundigte sich bei dieser Gelegenheit, ob der Nationalsozialismus bei uns zurückgehe, was ich bona fide bejahen zu können glaubte.
(Bei dieser Gelegenheit frug Bundesrat Motta, ob ich der Ansicht sei, dass die österreichische Frage den Abschluss des Deutschen Konkordates in dem Sinne *mit*beeinflusst habe, dass Hitler durch ein Entgegenkommen gegenüber der katholischen Kirche einerseits die Position des Nationalsozialismus in Oesterreich stärken, andererseits die der österreichischen Regierung schwächen wollte. Ich antwortete ihm, dass mir die Gedankengänge Hitlers nicht genügend bekannt seien, dass es leicht möglich ist, dass solche Erwägungen bei ihm unter vielen anderen mitgespielt haben, dass aber bei dem ausgesprochenen individuellen Charakter des österreichischen Volkes, das an seiner Eigenart zäh festhält, die Gleichschaltungsbestrebungen scheitern müssen und meiner Ansicht nach scheitern werden.)
Ich darf beifügen, dass auch die anderen Bundesräte, die hohe und niedere Beamtenschaft, das gesamte diplomatische Korps (die Vertreter der amerikanischen und ostasiatischen Staaten inbegriffen) sich vorbehaltlos unserem Standpunkte anschliessen und sich spontan in diesem Sinne geradezu öffentlich äussern. Auch der italienische Gesandte erwähnte anlässlich meines Besuches – vor 3–4 Wochen – dass die Politik Hitlers Oesterreich gegenüber ihm unverständlich sei. Die

[1] Z. 23776/13 also ADÖ9/1335.

Mitglieder der deutschen Gesandtschaft – der deutsche Gesandte Müller, der der sozialdemokratischen Partei angehörte, ist, wie bekannt, beurlaubt worden, hält sich jedoch privat in Bern auf – äusserten sich begreiflicherweise reserviert; ich konnte ihren Andeutungen jedoch entnehmen, wie schmerzlich sie die Spannung berührt, die sie in der Schweiz unangenehm zu fühlen bekommen.
Dass die Presse aller Schattierungen sei es in Artikeln, sei es in Berichten ihrer Korrespondenten ganz für uns eintritt, ist ja wohl bekannt. Nur die sozialdemokratischen Zeitungen kritisieren – allerdings in allerletzter Zeit und zweifellos beeinflusst – die angeblich gegen die Sozialdemokraten gerichteten Massnahmen der österreichischen Regierung.
Schliesslich sei es mir gestattet, bei dieser Gelegenheit zu erwähnen, dass ich einer Frage so häufig begegne, dass ich sie nicht als zufällig betrachten kann, nämlich der Frage, ob Sie sich, Her Bundeskanzler, nicht zu stark ausgeben und Ihre Gesundheit genügend schonen.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Herzfeld

1345
Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 299 (geheim)

AdR, BKA/AA, VR
VB/Conseil – 2712/23
Z. 24154/15 Genf, 30. Juli 1933

Herr Bundeskanzler!
Mit Bericht No 115 v. 13. April[1] hatte ich über den Stand der, einer ad hoc Kommission zum Studium und zur Berichterstattung an die heurige Versammlung überwiesene Frage der Reform des Vorganges bei den Ersatzwahlen der nichtständigen Mitglieder des Völkerbundrates, so wie sie sich nach der vorletzten Tagung dieser Kommission darstellte, berichtet.
Die Kommission hat noch einmal vom 16.–19. Mai getagt. Der von ihr an den Rat und die Versammlung erstatte Bericht (Dokument A.8.1933.V. v. 30. Mai) liegt bei. Bevor ich aber auf dessen Inhalt und seinen Einfluss auf die heurigen Wahlen eingehe, erlaube ich mir nochmals auf die besondere Stellung Oesterreichs in dieser Angelegenheit zurückzukommen.

[1] AdR, BKA/AA, VR, VB/Conseil – 2712/23, Z. 21337/15.

In den hierin an mich gerichteten Erlässen ist unser Interesse an einer Reform zu Gunsten der bisher nicht gewählten Staaten ausgesprochen. In früheren Jahren wurde auch die konkrete Nutzanwendung auf Oesterreich angestrebt. Je nach der internationalen Lage kann diese für mehr oder weniger wünschenswert gehalten werden. Eine engere Verwicklung in die im Rate gemachte Politik ist für die dort vertretenen Staaten unvermeidlich.
Wie ich zu melden nicht unterliess, haben im heurigen Jahre die Erfolge unserer auswärtigen Politik im Zusammenhange mit den durch die beabsichtigte Reform erhöhten technischen Möglichkeiten der Frage einer etwaigen Wahl Oesterreichs grössere Aktualität verliehen.
Da einer solchen, wenn unerwünscht, schliesslich immer ausgewichen werden kann, habe ich nicht geglaubt, nachdem ich bei der erwähnten Kommission das Durchdringen des Grundsatzes der – allerdings provisorischen – Vermehrung der nicht-ständigen Ratssitze um einen, zu Gunsten der bisher nicht gewählten Staaten, in ihrem Reform-Vorschlag unterstützt hatte, dabei stehen bleiben zu sollen.

Bei dieser Meldung berücksichtige ich auch, dass auf diesen Gegenstand seitens eines oder des anderen der Gesandten der Grossmächte in Wien zurückgekommen werden könnte.
Vom Standpunkt der europäischen Politik hat sich in den unverbindlichen und privaten Unterredungen, die ich hierüber hauptsächlich mit hiesigen Delegierten Englands, Frankreichs und Italiens geführt habe, die restlose Erkenntnis ergeben, dass die heurige Wahl Oesterreichs einen äusserst glücklichen Zug des Völkerbundes bedeuten würde. Er entspräche der geltenden Richtung in dem Sinne, dass er die Souverainität Oesterreichs durch eine mondiale Kundgebung nachdrücklichst unterstreiche, ohne in irgend einer Weise gegen Deutschland gerichtet zu sein. Dazu wurde der Nutzen klar erkannt, welche Ihre Anwesenheit, Herr Bundeskanzler, bei den Sessionen des Rates sowohl für den ständigen Kontakt der Mitglieder als auch, als so zu sagen stumme, Festigung der österr. Abwehrfront besitzen würde.
In dieser Beziehung hätte der Gedanke nicht besser aufgenommen werden können.
Leider erschweren die den Prozeduren des Völkerbundes anhaftenden Schwächen seine Durchführung in unerwarteter Weise. Zur Erklärung muss ich leider auf die technische Seite des beiliegenden Reformvorschlages der Kommission etwas näher eingehen.
Die Reform wurde bekanntlich seit Jahren von Portugal im eigenen Interesse betrieben und von dessen ständigen Vertreter, Minister a. D. Vasconcellos dadurch wirksam vertreten, dass er durch lange Zeit in der Führung von Kommissionen und Konferenzen durch wirklich aufopfernde und erfolgreiche Thätigkeit den bestandenen Mangel an Interesse für eine portugiesische Kandidatur überwand.

Bei der erwähnten letzten Tagung der Reform-Kommission im Mai, bestand, wie vorher berichtet, die Tendenz, mit Rücksicht auf die Stimmung in der Versammlung und auf die von ihr selbst festgestellte Unzulässigkeit des gegenwärtigen Zustandes, bei dem über 11 Staaten von der Wahl in den Rat praktisch ausgeschlossen bleiben, sich auf einen solchen Reformvorschlag zu einigen, der Aussicht auf sofortige Annahme und Durchführung durch die Versammlung hätte.
Es wurden also in letzter Stunde alle Widerstände, einschliesslich Deutschlands auf Weisung aus Berlin, fallen gelassen und die Vermehrung der nicht-ständigen Sitze um einen solchen zu Gunsten der bisher ausgeschlossenen Staaten beantragt. Der Preis hiefür war, dass diese Reform nur provisorisch auf die nächsten drei Jahre gelten solle. Herr Vasconcellos wusste es nun, als Preis seiner Zustimmung, die als gentlemens agreement [sic!] aufgefasste (vorläufig stillschweigende) Zustimmung der vertretenen Grossmächte und anderer zur Wahl Portugals im heurigen Jahre durchzusetzen. Es bleiben also nur noch je ein Staat in den nächsten zwei Jahren auf Grund des beabsichtigen Vorganges zu wählen, bis die Frage in ihrer Gänze wieder aufgerollt wird.
Zur möglichsten Vermeidung von Widerständen in der Versammlung hat die Kommission bei der Ausarbeitung ihres Antrages weitgehende Fühlung mit Delegierten aller Staaten gehalten. Da sie nun die Vermehrung der Ratssitze vorschlägt, muss ihr beiliegender Bericht auch vom Rate genehmigt werden. Hier ist ein Widerstand kaum zu erwarten, da fast alle Kommissionsmitglieder auch Ratsmitglieder sind. Bezüglich der Versammlung ist dies nicht so sicher (Widerstand von Norwegen?). Der Vorgang könnte etwa der sein, dass der Bericht zuerst der Versammlung zugeht und nach Annahme durch deren I. Kommission vom Rat zum Beschluss erhoben wird, worauf etwaigen Widerständen in der Vollversammlung leichter begegnet werden könnte. Hat diese den Bericht angenommen, würde die Vornahme der Wahlen sogleich nach dem neuen Vorgang erfolgen, – wenn auch gegen die bestehende Regel zu einem etwas späteren Zeitpunkt im Verlaufe der Tagung.
Vorläufig ist mit diesem Vorgang zu rechnen und damit, dass Portugal auf den neuen Ratssitz berufen werden wird, wozu es seine Kandidatur spätestens zwei Tage vor der Wahl anmelden muss.
Soll Oesterreich dennoch heuer in den Rat gewählt werden, müsste über die Bedeutung der sogenannten „Wahlgruppen“ in manchen Auffassungen eine Aenderung eintreten.
Wie sich aus dem Vorstehenden ergibt, sind die Hindernisse, welche sich der hier vom europäischen wie vom österr. Standpunkte als eminent wünschenswert beurteilten Wahl Oesterreichs entgegenstellen, vornehmlich aus dem beim Völkerbunde üblichen „donnant-donnant“ entspringende, nicht immer klare und im vorliegenden Falle teilweise als vorzeitig bedauerte Abmachungen unter Delegationen. Dies tritt besonders bei den „Wahlgruppen“ hervor. Die drei heuer im Rate zu ersetzenden Staaten sind Irland, Norwegen und Guatemala. Von letzerem kann ab-

gesehen werden, da dessen Ersetzung durch einen anderen latein-amerikanischen Staat beim Einfluss dieser Gruppe ausser Frage steht. Auf die Nachfolgerschaft von Irland und Norwegen machen Staaten aus denselben Gruppen Anspruch. So hat England seine Stimme Australien zugesagt. In der skandinavischen Gruppe aber hat z. B. Italien seine Stimme nicht vergeben. Die hier mit Herrn Biancheri erörterte Frage dreht sich also darum, ob alle Staaten der Versammlung in einer bindenden Verpflichtung stehen, ausscheidende Ratsmitglieder nur durch Kandidaten aus den identischen Gruppen zu ersetzen und daher in der Freiheit ihres Votums beschränkt sind oder ob sie in den Fällen, in welchen sie nicht ihre Stimme ausdrücklich einem der betreffenden Staaten für ein bestimmtes Wahljahr zugesagt haben, ihre freie Stimme einem Staate aus einer anderen Gruppen geben können.

Bei Einhaltung des letzteren Vorganges durch die genannten drei Grossmächte und deren Anhang, wäre die Wahl Oesterreichs auch heuer leicht möglich. Da sich hier verschiedene Ansichten gegenüber stehen, wäre die Bekanntgabe der dortamtigen Ansicht über die Zulässigkeit dieses Vorganges für mich besonders wertvoll.

Trotz oder eher wegen des besonderen politischen Interesses, welches der Frage der Wahl Oesterreichs entgegengebracht wird, scheint man bei den Grossmächten über diese Zulässigkeit nicht im Reinen zu sein. Frankreich steht natürlich der Frage mit besonderer Sympathie gegenüber. Italien hat eine abschliessende Aeusserung in Aussicht gestellt. England hat kürzlich eine vertr. Mitteilung ergehen lassen, die dahin geht, dass es sich nicht im voraus binden wolle.

Demgemäss muss ich den Zeitpunkt zum Einsetzen einer wirklichen Werbethätigkeit als noch verfrüht ansehen.

Mit Rücksicht aber auf das dieser Wahl vielleicht anhaftende besondere politische Interesse, stelle ich die ergebenste Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler, um Bekanntgabe, ob Sie die Wahl für wünschenswert halten. Bei der Unsicherheit aller Verhältnisse und der allgemeinen Abneigung gegen frühzeitige Bindungen, ist es wohl möglich, dass die Einigung über die heuer zu wählenden Staaten in Genf erst kurz vor der Wahl, eventuell nach Verabschiedung des mehrerwähnten Kommissionsberichtes durch die Versammlung zustande kommt. Ihr principielles Einverständnis würde mir erlauben, die Entwicklung der Angelegenheit, selbstverständlich ohne Oesterreich irgendwie zu exponieren und trotz der unleugbaren Schwierigkeiten, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln weiter zu verfolgen ohne dass damit noch ein positives Ergebnis in Aussicht käme. Vielleicht würde sich im Verlaufe eine gesprächsweise Klärung mit den in Wien accreditierten Gesandten empfehlen. In irgend ein, über die vertraulichste Behandlung bei den drei Grossmächten und dem Generalsekretär des Völkerbundes hinausgehendes Gespräch habe ich mich im Gegenstande nicht eingelassen.

Genehmigen sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1346
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 24199/13 Wien, 31. Juli 1933

Gesandter Egger telefoniert heute 12 h.:
U.Staatssekretär *Suvich* wird erst Mittwoch oder Donnerstag mit H. *Mussolini* über die Besuchsfrage sprechen können. Egger wird dann sofort telefonisch melden. Auf eine Frage Eggers, ob die Anberaumung des Zeitpunktes dann noch längere Zeit in Anspruch nehmen würde, teilte ich ihm mit, dass der H. BK. ab Mitte dieser Woche bereit sei u. sicherlich dem von H. *Mussolini* anzusprechenden Wunsch hinsichtlich Zeitpunktes weitestgehend Rechnung tragen werde.
Ges. *Egger* kam nun nochmals auf die „Wohnfrage" zurück und bittet nach Rücksprache mit *Suvich dringendst* auf der Gesandtschaft abzusteigen, da eine Absage des BK's als Zeichen der „Ungnade" oder „Unzufriedenheit" des H. BK. mit *Egger* und dem Gesandtschaftsquartier in italienischen Kreisen aufgefasst würde; so habe sich auch *Suvich* bereits über eine diesbezügliche Andeutung *Eggers* „sehr gewundert".
Für den Besuch sollten laut Egger zwei Tage, wie üblich, in Aussicht genommen werden. Am ersten Tage, abends, Einladung durch H. *Mussolini*, am zweiten Tag, abends, Diner auf der Gesandtschaft für H. *Mussolini*, anschliessend daran einen Empfang auf der Gesandtschaft.

1347
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24102/13 Wien, 31. Juli 1933

Der franz. Geschäftsträger *Montbas* las mir heute auftragsgemäss eine Weisung seiner Regg. vor, welcher ein Telegramm des Quai d'Orsay an den Botschafter in London beilag. Inhalt dieser Kommunikate ist folgender:
H. Paul-Boncour informiert den Botschafter und die franz. Gesandtschaft in Wien darüber, dass die engl. Regg. sich an ihn mit der Anregung zu einer Kollektiv-

demarche in Berlin gewandt hat, und fährt fort, dass „die franz. Regierung (immédiatement) ihre Bereitwilligkeit hiezu mitgeteilt habe“, zumal sie schon seit zwei Monaten der Auffassung Ausdruck gegeben habe, dass ein ernster Schritt in Berlin gemacht werden müsse, um dem „besorgniserregenden“ Machenschaften Deutschlands gegen Oesterreich ein Ende zu setzen.
Montbas nimmt auf Grund dieser ihm mit Kurier zugekommenen Informationen an, dass gegenständliche Konversationen noch zwischen London, Paris und Rom stattfinden und die drei Botschafter voraussichtlich die Weisung erhalten werden, gemeinsam ihre Taktik zu besprechen, was nicht ausschliesse, dass der italien. Botschafter ein „Vorhutgefecht“ liefere.
Ich habe *Montbas* für die Mitteilung gedankt.

1348
Pro domo Bundeskanzleramt Abteilung 15/ Völkerrecht

AdR, BKA/AA, VR
VB/Conseil – 2712/23
Z. 24041/15 Wien, 1. August 1933

[…] Es ist kein Zweifel, dass in absehbarer Zeit auch Oesterreich auf diesen Ratssitz, gelangen wird. Mit Rücksicht auf die besonderen Sympathien, der sich Oesterreich derzeit erfreut, und mit Rücksicht darauf, dass viele Regierungen vielleicht den Wunsch haben werden, dieser Sympathie nach aussenhin Ausdruck zu geben, wäre es nicht ausgeschlossen, dass Oesterreich schon heuer in den Rat gewählt wird, wenn es seine Kandidatur anmeldet. Es ist aber immerhin möglich, dass die führenden Persönlichkeiten des Völkerbundes anlässlich der Verhandlung, die sie für die Schaffung eines zehnten Ratssitzes geführt haben, Portugal oder Griechenland bindende Zusicherungen für den neuen Ratssitz gegeben haben. Der Umstand, dass Oesterreich durch den Völkerbund eine Anleihe aufgenommen hat, könnte zwar, muss aber nicht als Erschwerung in der gegenständlichen Frage angesehen werden.
Falls nun von Seiten der österreichischen Regierung der Wunsch bestehen sollte, dass Oesterreich seine Kandidatur in den Völkerbundrat schon heuer anmeldet, wäre:

1.) Gesandter *Pflügl* zu ersuchen, in Genf an massgebender Stelle eine Sondierung vorzunehmen, wie die Aussichten für Oesterreich bezüglich eines Ratssitzes in Genf beurteilt werden;

2.) falls diese Sondierung günstig ausfällt, wären zeitgerecht (spätestens anfangs September) in erster Linie in London, Paris und Rom, vielleicht auch bei der Kleinen Entente Schritte zu unternehmen, um die Unterstützung der österreichischen Kandidatur zu gewinnen.
3.) Erst dann wäre in Genf, sobald der neue modus der Anmeldung von der Versammlung beschlossen worden ist, die öst. Kandidatur schriftlich anzumelden, was natürlich zu unterbleiben hätte, wenn nicht eine gewisse Aussicht auf Erfolg festgestellt werden konnte.

Leitmaier

1349
Gesandter Hennet an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 71/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24163/13 Budapest, 2. August 1933

Herr Bundeskanzler!
Als ich gestern mit Herrn Handelsminister Stockinger bei Herrn Ministerpräsidenten von Gömbös war, äusserte sich dieser bezüglich der wirtschaftlichen Verhandlungen ziemlich kurz, worüber ich eben unter Zl. 476/Res.[1] berichtete. Ich möchte nur wiederholen, dass er sowohl die politische wie auch die wirtschaftliche Bedeutung eines Ausbaues der Handelsbeziehungen hervorhob und immer wieder andeutete, dass dieses engere wirtschaftliche Verhältnis von Seite Italiens lebhaft gewünscht werde.
In politischer Hinsicht wäre hervorzuheben, dass der Ministerpräsident – wie schon oft vorher – die Hoffnung und die Erwartung aussprach, dass die Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland sich bessern. Er betonte dabei abermals, dass die deutsche Regierung dem Ministerpräsidenten Mussolini die ausdrückliche Zusicherung gegeben habe, die Unabhängigkeit Oesterreichs, auf die man in Ungarn den grössten Wert lege, zu respektieren und sich in die inneren Verhältnisse Oesterreichs nicht einzumischen. Herr Minister Stockinger und ich versäumten nicht darauf hinzuweisen, dass eine fortwährende Einmischung in die österreichischen Verhältnisse u. zw. in einer unter Kulturvölkern unmöglichen Form stattfinde, wobei der Schutz der geflüchteten Attentäter, die Radiopropagan-

[1] AdR, HP, Z. 144450/14 a.

da, das Abwerfen von Zetteln aus Luftfahrzeugen u. s. w. angeführt wurden. Als der Ministerpräsident meinte, dass diese Propaganda nicht von Seite der Reichsregierung ausgehe sondern von Seite der Partei, wurde natürlich zum so und sovielten Male betont, dass ein derartiger Unterschied nicht gemacht werden könne und die ganzen Vorgänge sich so darstellen, wie bei der seinerzeitigen lebhaften kommunistischen Propaganda, bei der die russische Regierung die Tätigkeit der Kommintern offiziell zu verleugnen versuchte. Der Ministerpräsident schien von unseren Ausführungen einen recht tiefen Eindruck gewonnen zu haben. Er drückte die Ueberzeugung aus, dass diese Art der Einmischung in die österreichischen Verhältnisse in der allernächsten Zeit aufhören werden, wofür er sichere Anhaltspunkte zu haben glaube. Ich möchte aber daran erinnern, dass mir gegenüber der Ministerpräsident schon in den letzten Tagen des Monates Mai diese Hoffnung und Erwartung aussprach, die sich jedoch nicht erfüllte. Ich füge bei, dass Ministerpräsident von Gömbös sich in der in der Presse eben veröffentlichten Rundfunkrede sehr freundschaftlich über das Verhältnis zwischen den beiden Staaten äusserte.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Hennet

1350

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter

Telegramm Nr. 95 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24101/13

Rom, 2. August 1933
(20.55 → 3. VIII. – 8.00)

Französischer Geschäftsträger besuchte mich heute und las mir Telegramm seiner Regierung an den französischen Geschäftsträger in Wien vom 28. v. M. vor betreffend Demarche in Berlin wegen Oesterreichs, dessen Inhalt Bundeskanzler mitgeteilt worden sei. Seine Frage, ob die italienische Regierung irgendwelche gegenständliche Schritte plane, „da gemeinsame Demarche nicht gewünscht sei", beantwortete ich dahin, dass hier gleiches Ersuchen wie in London gestellt worden sei und man versprochen habe, in Berlin vorstellig zu werden; Resultat mir bisher nicht bekannt.
Seine weitere Frage, ob die Bundesregierung auch in Rom wegen Hilfskorps angefragt habe, beantwortete ich im Sinne der mir seinerzeit gewordenen Weisungen.

Da er bemerkte, man wisse in Paris nicht „sehr viel“ über Details Vorgehens Deutschlands gegen Oesterreich, gab ich ihm Kenntnis von dem Inhalt Erlasses No. 23.860 vom 25. v. M.[1] Sein Anbot, „jederzeit Nachrichten nach Paris zu vermitteln“, lehnte ich unter Hinweis darauf, dass ich keine Instruktionen in dieser Beziehung habe, ab.

1351
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24086/13 Wien, 3. August 1933

Gesandter *Egger* telefoniert mir 10 h 30‘ Folgendes:

Zur ausschließlich persönlichen Kenntnisnahme Herrn Bundeskanzlers:
Der politische Generaldirektor *Buti* hat heute *Egger* mitgeteilt, daß die seinerzeit angekündigte italienische Demarche in Berlin erfolgt ist. Die Antwort der deutschen Regierung ist noch ausständig.
Der italienische Botschafter hatte den Auftrag, ausdrücklich den freundschaftlichen Charakter und streng vertraulich zu betonen, daß die Demarche „den Zweck habe, die Beziehung zwischen Oesterreich und Deutschland auf eine Weise zu klären, durch die verhindert werden könne, daß eine *für Alle* unangenehme Situation sich aus der Spannung entwickeln könnte“.
Die von London vorgeschlagene gemeinsame Demarche wurde in Rom aus dem Grunde als inopportun bezeichnet, da sie eine bedenkliche Belastung des soeben erst unterzeichneten Vier-Mächte-Paktes bedeutet hätte. Es wurde jedoch in Berlin zu verstehen gegeben, daß, wenn die freundschaftliche Demarche keinen Erfolg zeitigen würde, der englische Plan der Kollektivdemarche wieder aufleben würde.

—

Schließlich fügte Gesandter Egger bei, daß Herr Mussolini erst Freitag (morgen) nach Rom zurückkehre.

[1] AdR, NPA, Deutschland I/12, Z. 23860/13.

1352
Gesandter Pflügl an Legationsrat Hornbostel
Privatschreiben (geheim)

AdR, BKA/AA, VR
VB/Conseil – 2712/23
Z. 24201/15 Genf, 4. August 1933

Verehrter Freund!
Die heurige Wahl Oesterreichs in den Völkerbundrat verdient wegen der darin liegenden Manifestation und der aus ihr hervorgehenden Möglichkeiten etwas näher überlegt zu werden.
Ich bitte daher, Dich auf meinen Bericht No 299 vom 30. Juli[2] aufmerksam machen zu dürfen.
Wie Du demselben entnehmen wirst, stehen ihr technische Schwierigkeiten entgegen. Diese könnten mit Unterstützung Englands und Frankreichs überwunden werden. *Es ist nämlich möglich, sie zu umgehen*. Worauf ich Dich aber hier *geheim* aufmerksam machen will, ist, dass Rom dagegen ist, aus Besorgnis anscheinend, Berlin Gelegenheit zu irgend einer neuen Thorheit Anlass zu geben. Rom hat dies natürlich mit keinem Wort gesagt. Aber ich habe einen *absolut sicheren* Anhaltspunkt. Vielleicht will Rom Ungarn unterstützen? Die Tatsache ist ja nach mehr als einer Richtung interessant.
Soll die Wahl betrieben werden, müsste ich das möglichst bald wissen. Bei dieser Sachlage muss bei Euch entschieden werden. Ich glaubte daher, diese Information zu Deiner und dadurch zur persönlichen Kenntnis des Herrn Bundeskanzlers auf diesem Wege bringen zu sollen.

Mit herzlichem Gruss
Dein ergebener
Pflügl

[1] ADÖ 9/1345.

1353
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24188/13 Wien, 6. August 1933

Die Agenzia Stefani hat mit einem direkt an die Amtl. Nachrichtenstelle gerichteten Telegramm vom 5. VIII. abs. dementiert, „dass Italien in Berlin eine Demarche der deutschen Ueberfliegungen Oesterreichs unternommen habe."
Ich habe dieses Dementi telefonisch Gesandten Egger (durch seine Frau), der im Pal. Chigi sich befand, mitteilen lassen.
Ges. *Egger* telefonierte mir sodann um 13 h. 15 Folgendes:

1). Das Dementi entspricht der Wahrheit, weil es sich in Berlin lediglich um die Fortsetzung der freundschaftlichen Konversationen zwischen Rom und Berlin gehandelt habe und „nie von einer *Démarche* die Rede war". Das dementi war deshalb notwendig, da England „sich bei seinen in Rom als sehr unangebracht angesehenen Plänen auf eine italienische Démarche in Berlin, die stattgefunden habe, berufe".
   Im Pal. Chigi habe man natürlich nichts dagegen, wenn wir dem Dementi bei der Veröffentlichung einen amtlichen Kommentar hinzufügten, etwa in dem Sinne, dass „man wisse, dass Italien in ununterbrochenen freundschaftlichen Konversationen mit Berlin über diese Frage stehe und keinen Zweifel hege, dass es Italien gelingen werde, in Berlin verständlich zu machen, dass die Haltung Deutschlands Oesterreich gegenüber und die fortwährenden Angriffe Deutschlands auf die österr. Souveränität nicht geeignet seien, die Beziehungen zwischen Oesterreich u. Deutschland zu verbessern."
2). Die Antwort auf die italienischen Vorstellungen (d. h. Démarche!) ist in Rom eingetroffen u. zw.:
   a). dass Deutschland eine Démarche nicht akzeptieren konnte noch werde,
   b). dass der Reichskanzler *sua sponte* (!) versprochen habe, die Radio-Agitation zu dämpfen und die Propagandaflüge über Oesterreich zu *verbieten*. Was die begangenen Terrorakte betreffe, so lehnte die Reichsregg. jede Verantwortung ab, es seien dies Handlungen von „jungen unverantwortlichen Leuten".

   Der angekündigte englische und der franz. Schritt in Berlin seien *noch nicht erfolgt*. Beide Schritte *sollten morgen Montag erfolgen. Suvich* habe aber den engl. Botschafter noch für heute zu sich gebeten, um ihn namens *Mussolini's* dazu zu bewegen, dass die Schritte Englands und Frankreichs in Berlin *überhaupt unterbleiben* (!)

(Anmerkung: Es ist anzunehmen, dass *Suvich* hiebei auf die aus Berlin erhaltene Antwort hinweisen wird, dass „Berlin keine Démarche akzeptieren könne“, so dass England u. Frankreich sich einer sicheren diplom. Niederlage aussetzen, wodurch wieder der junge Viermächtepakt so rasch auseinanderfallen müsste).

3). Unter diesen Umständen (ungeklärte Situation und inopportune optische Wirkung) beantragt H. *Mussolini* durch *Suvich* eine *Hinausschiebung des Besuches des H. BK. in Rom*, bis etwa Ende des Monates August, zumal H. *Mussolini* in den nächsten Tagen durch die Teilnahme an den Manövern verhindert sein werde.

—

Vorstehendes habe ich dem H. BK. sogleich telefonisch (auf's Land) gemeldet und die Ermächtigung erhalten: 1) zu einem Communiqué der Amtl. Nachr., enthaltend einen Kommentar zum Dementi der Ag. Stefani (siehe Beilage A)[1] und [2]) zu einem Communiqué, bezüglich der Frage des Römer Besuches[2].
Im Communiqué ad 1). wünschte der H. BK. dass jedenfalls vermieden werde, dass sich England irgendwie beleidigt fühlen könnte; diesem Gesichtspunkt wurde durch den Passus „die Schritte“ Rechnung getragen.

---

[1] Wortlaut des beiliegenden Zeitungsausschnitts:
„Italien hat keine Demarche unternommen
Rom, 6. August (Stefani.)
‚Die offizielle italienische Nachrichtenagentur Stefani stellt die von einer ausländischen Agentur veröffentlichte Meldung in Abrede, derzufolge Italien in Berlin eine Demarche wegen der Ueberfliegung österreichischer Gebiete durch deutsche Flugzeuge unternommen hatte.‘
Die Wiener Amtliche Nachrichtenstelle knüpft an diese lapidare Meldung einen Kommentar, in dem es heißt:
‚Die Feststellung der amtlichen italienischen Nachrichtenagentur sei so zu verstehen, daß Italien schon seit einiger Zeit in diesen Fragen in freundschaftlichen Konversationen mit der deutschen Reichsregierung stehe.
Es ist anzunehmen, daß die auch von den Großmächten als Verletzung der Souveränität Oesterreichs empfundenen Handlungen sich nicht mehr wiederholen werden.‘ […]“

[2] Wortlaut des beiliegenden Zeitungsausschnitts:
„ […] mittags in der Amtlichen Nachrichtenstelle folgendes Communiqué:
‚Zu den in einigen Wiener Blättern erschienenen Nachrichten über die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers Doktor Dollfuß nach Rom erfährt die Amtliche Nachrichtenstelle, daß ein Besuch des Bundeskanzlers bei der königlich italienischen Regierung über Wunsch derselben zwar in Erwägung steht, daß aber gegenwärtig der Zeitpunkt dieser Reise noch nicht festgelegt werden konnte.‘ […]“

1354

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandtschaft Rom

Telegramm Nr. 35 (in Ziffern)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12 Wien, 7. August 1933
Z. 24209/13 (20.10)

Italienischer Gesandter hat heute H. Bundeskanzler die gestern von Ihnen telefonisch berichteten Mitteilungen über Ergebnis italienischer Einwirkung in Berlin zur streng vertraulichen Kenntnisnahme wiederholt und Situation dargelegt.
Bundeskanzler hat für Mitteilung gedankt und auf Notwendigkeit hingewiesen österr. Oeffentlichkeit zu ihrer Beruhigung in irgendeiner Weise über das Ergebnis italienischer Bemühungen zu informieren. Weiters wurde ital. Gesandten neuerlich erklärt dass die von England und Frankreich geplanten Schritte in keiner Weise von uns veranlasst worden sind. An Frankreich haben wir uns überhaupt nicht gewandt u. von England blos das Gleiche erbeten wie von Rom.
Italien. Gesandter meldet dies telegrafisch. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Ausführliche Information mit heutigem Kurier.

Aussenamt

1355

Amtserinnerung Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24191/13 Wien, 7. August 1933

Der Herr königl. italienische Gesandte Preziosi hat heute vormittag beim Herrn Bundeskanzler vorgesprochen und ihm auftragsgemäss zur *rein persönlichen Information* Nachstehendes mitgeteilt:
Die ununterbrochenen Konversationen, die die italienische Regierung mit der deutschen Reichsregierung über die österreichisch-deutsche Spannung führt, hätten nun ergeben, dass der deutsche Reichskanzler sich dem italienischen Bot-

schafter gegenüber bereit erklärt hat, die gegen Oesterreich gerichtete Radiopropaganda *zu dämpfen* und die propagandistische Ueberfliegung österreichischen Gebietes in Hinkunft zu verhindern.
An diese Mitteilung knüpfte Herr Preziosi eine ausführliche Darlegung des von Italien in der Frage der Intervention bei der deutschen Reichsregierung eingenommenen Standpunktes und wies insbesondere daraufhin, dass Herr Mussolini der Auffasung sei, dass alles verhütet werden müsse, um aus der Angelegenheit eine Prestigefrage für Deutschland zu machen, da sich hieraus nur unerwünschte Folgen und gewiss nicht der angestrebte Effekt, nämlich das Aufhören der deutschen Uebergriffe ergeben würden. Aus diesem Grunde sei auch das Vorgehen Englands und Frankreichs als ungeschickt zu bezeichnen, da es ja gewiss leicht sei, einen Schritt, wie ihn Frankreich und England vorhaben, zu beschliessen; schwierig sei ja nur dann die unter Umständen daraus entstehende Situation wieder zu lösen.
Der Herr Bundeskanzler dankte dem italienischen Gesandten für die Mitteilung, die er bereits durch Gesandten Egger gestern erhalten habe und erklärte, dass er den italienischen Standpunkt in der Frage vollauf begreife. Er bitte jedoch den italienischen Gesandten, seiner Regierung klar zu machen, dass damit, dass Herr Preziosi und der Bundeskanzler allein von diesem Resultate der italienischen Bemühungen in Berlin Kenntnis hätten, das Auslangen wohl nicht gefunden werden könne. Es handle sich ihm (dem Bundeskanzler) darum, die österreichische Oeffentlichkeit, die begreiflicherweise durch das deutsche Vorgehen, speziell in den letzten Wochen und Tagen an die Grenze der Geduld gelangt sei und durch die zahlreichen offiziellen und offiziösen Presseäusserungen des Auslandes in den letzten Tagen auf eine bevorstehende Remedur dieser unhaltbaren Verhältnisse durch die Hilfe der Grossmächte vorbereitet war, irgendwie zu beruhigen. Es genügt nicht, die österreichische Bevölkerung jetzt warten zu lassen, bis sie konstatiere, dass die Flüge aufgehört hätten und die Radiopropaganda mässiger geworden sei. Die österreichische Oeffentlichkeit erwarte ganz natürlicherweise, irgendeine Beruhigung. Der Herr Bundeskanzler überlasse es der italienischen Regierung, ob sie es selbst auf sich nehmen wolle, durch irgendeine Verlautbarung oder Zeitungsartikel oder sonst irgendwie den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, dass die deutsche Fliegerpropaganda nunmehr aufhören werde; der H. Bundeskanzler wäre natürlich auch bereit, das in der erwünschten Form selbst zur Kenntnis der Oeffentlichkeit zu bringen.
Weiter ersuchte der H. Bundeskanzler den italienischen Gesandten, seiner Regierung zu erklären, dass die österreichische Bundesregierung des ersten Ersuchens an die englische Regierung um freundschaftliche Intervention in Berlin, das dem an Herrn Mussolini gerichteten Ersuchen gleichlautend war, keine weiteren Schritte in London unternommen habe. Er wolle mit dieser Erklärung nur einem allfälligen Missverständnis vorbeugen, dass die englische und französische Regierung – an welche letztere sich Oesterreich überhaupt nicht gewandt habe –

über österreichisches Ersuchen einen Kollektivschritt in Berlin beantragt hätten. Schliesslich erklärte der Bundeskanzler, dass er Wert darauf legen würde, wenn der in Aussicht genommene Besuch in Rom in nicht allzuweiter Ferne erfolgen könnte.
Herr Preziosi erklärte sich bereit, Herrn Mussolini im Sinne der Aeusserungen des H. Bundeskanzlers zu informieren, betonte jedoch neuerlich, dass die Situation ganz besonderer Vorsicht bedarf, um zu verhüten, dass Deutschland aus der Sache eine Prestigefrage mache. Das Wesentliche, das Italien erreichen wollte, nämlich die Einstellung der Fliegerpropaganda und Mässigung der Radiopropaganda glaube er als erreicht bezeichnen zu können. Hierauf gab der H. Bundeskanzler noch seiner dahingehenden Ansicht Ausdruck, dass den deutschen Versprechungen wohl wenig Vertrauen entgegengebracht werden könne. Wenn Herr Hitler heute Italien die erwähnten zwei Versprechungen gemacht habe, so wisse der Bundeskanzler doch auf Grund von verlässlichen, allerdings noch nicht vollständigen Informationen, dass in Deutschland, insbesondere in Bayern neue überaus ernstzunehmende Angriffe auf die österreichische Souveränität geplant werden: der Herr Bundeskanzler spielte hiebei auf die nach übereinstimmenden Informationen in Bildung begriffene österreichische Legion in Bayern an.

1356
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24232/13 Wien, 8. August 1933

Der französische Geschäftsträger Vicomte de *Montbas* hat gestern um eine Vorsprache beim Herrn Bundeskanzler angesucht. Wegen Verhinderung des Herrn Bundeskanzlers habe ich auftragsgemäß Herrn Montbas zu mir gebeten und ersucht, womöglich mir gegenüber sich seines Auftrages zu entledigen. Hierauf hat *Montbas* erklärt, er sei von seiner Regierung beauftragt, den Text der Montag den 7. in Berlin überreichten französischen Note dem Herrn Bundeskanzler vorzulesen. Zur Vereinfachung des Vorganges übergab mir Montbas den zuliegenden französischen Text mit dem Beifügen, daß nach seinen Informationen die englische Note mit der französischen gleichlautend sei.
Ich habe M. de Montbas für die Mitteilung namens Herrn Bundeskanzlers gedankt und ihn ersucht, uns über die weitere Entwicklung der Angelegenheit auf dem Laufenden zu erhalten.

M. de *Montbas* hat ausdrücklich gebeten, den mir überlassenen französischen Text[1], solange er nicht veröffentlicht worden ist, durchaus diskret zu behandeln.

---

[1] "Dans l'esprit du Pacte d'Entente et de collaboration, le Gouvernement de la République, qui croit savoir que les Gouvernements britannique et italien sont également en communication avec le Gouvernement allemand de la même manière amicale, croit devoir relever l'activité subversive allemande exercée en Autriche sous forme d'émissions radiophoniques et de lancements de tracts séditieux par aéroplanes venant d'Allemagne et y retournant. De tels procédés paraissent nettement incompatibles avec le but formulé par les signataires du Pacte dans le préambule de cet accord, qui est d'affermir en Europe la confiance dans la paix, en vue de dissiper l'état de malaise existant. Cette activité est également en opposition avec le principe de (non)-intervention dans les affaires intérieures des pays voisins. Elle est enfin difficile à concilier avec les obligations de l'Allemagne aux termes des l'article 80 du Traité de Versailles.
Le Gouvernement de la République croit aussi devoir rappeler la résolution adoptée par l'Office International de Radiodiffusion à Lucerne le 13 Mai dernier.
Le Gouvernement de la République espère sincèrement voir accueillir ces représentations dans le même esprit amical où elles sont faites. La question pourraît en fait relever des dispositions du paragraphe 2 de l'article 11 du Pacte de la Société des Nations: le Gouvernement de la République préfère, dans un esprit conciliation, prévenir une telle éventualité, assuré qu'il est de voir le Gouvernement allemand réprouver les menées qui lui signalées et user des moyens dont il dispose pour y mettre fin".

[Amtliche] Uebersetzung:
„Im Geiste des Paktes für Verständigung und Zusammenarbeit glaubt die Regierung der französischen Republik, die zu wissen glaubt, dass die Regierungen Grossbritanniens und Italiens ebenfalls in der gleichen freundschaftlichen Weise mit der deutschen Regierung in Verbindung getreten sind, die umstürzlerische Tätigkeit relevieren zu sollen, die deutscherseits in Oesterreich in Form von Rundfunksendungen und durch Abwerfen aufwieglerischer Schriften aus Flugzeugen ausgeübt wird, die aus Deutschland kommen und dorthin zurückkehren. Ein solches Vorgehen erscheint mit dem Ziele absolut unvereinbar, das die Signatare des Paktes in dessen Präambel formuliert haben und das darin besteht, in Europa das Vertrauen in den Frieden zu stärken und dadurch den bestehenden Zustand des Unbehagens aufzuheben. Diese Tätigkeit steht auch im Widerspruch mit dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten. Sie lässt sich schliesslich schwer mit den Verpflichtungen Deutschlands gemäss Artikel 80 des Vertrages von Versailles in Einklang bringen.
Die Regierung der Republik glaubt auch an die Resolution erinnern zu sollen, die das Internationale Rundfunkamt am 13. Mai d. J. in Luzern angenommen hat.
Die Regierung der Republik gibt sich der aufrichtigen Hoffnung hin, dass diese Vorstellungen in dem gleichen freundschaftlichen Geist aufgenommen werden, in dem sie gemacht sind. Es könnte hier zwar auf die Bestimmungen des Absatzes 2 des Artikels 11 der Völkerbundsatzung verwiesen werden: die Regierung der Republik zieht es jedoch vor, im Geiste der Versöhnung einer solchen Eventualität vorzubeugen, da sie sicher ist, dass die deutsche Regierung die ihr zur Kenntnis gebrachten Treibereien missbilligen und die ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden wird, um ihnen eine Ende zu setzen."

1357

Gesandter Egger an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 100 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12 Rom, 8. August 1933
Z. 24240/13 (19.00 → 9. VIII. – 8.00)

Antwort auf d. a. Telegramm No. 37[1]
Politischer Generaldirektor, den ich heute gesprächsweise um seine Meinung über das Resultat der Konversationen Italiens in Berlin fragte, erwiderte, man müsse nunmehr abwarten, „ob die Tatsachen in der nächsten Zeit den Zusagen Hitlers entsprechen werden". Es sei hier nicht ganz verständlich, warum England, das vom Gang dieser Konversationen informiert war, mit seiner Demarche nicht deren Ergebnis abgewartet habe.
Ich liess mich dann im Sinne des obzitierten Telegrammes vernehmen und, da während des Gespräches das gegenständliche lange Telegramm „Wien" einlangte, verfasste Generaldirektor in meiner Gegenwart über meine Mitteilungen zusammen mit Depesche Wien entsprechende Meldung an Ministerpräsidenten, ohne jedoch zur Sache einer Information für die österreichische Oeffentlichkeit selbst Stellung zu nehmen.

1358

Geschäftsträger Wimmer an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 21 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12 London, 8. August 1933
(Ohne Zahl) (19.31 → 9. VIII. – 8.00)

Nach Ansicht des Foreign Office betrifft die von Bülow dem englischen Geschäftsträger erteilte Antwort Vergangenheit und beeinträchtigte nicht die für die Zukunft gemachte Erklärung an den italienischen Botschafter.

[1] Recte: Nr. 35 (ADÖ 9/1354).

Foreign Office erklärt […][1] hoffe, dass mit Rücksicht auf die deutsche Erklärung sich keine weiteren Vorfälle ereignen. Englische Botschafter in Paris und Rom werden von den mir gemachten Erklärungen benachrichtigt.
Streng geheim.
Inoffiziell teilt mir Foreign Office mit, vorletzter Satz sei dahin auszulegen, dass die englische Regierung erwarte, von […][2] künftigen Vorfällen verständigt zu werden.[3]

---

[1] Chiffre verstümmelt – Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandtschaft London. Telegramm Nr. 19 (in Ziffern, statim). Wien, 9. August 1933 – AdR, NPA Deutschland I/12 (ohne Zahl):
„Ich bitte um Wiederholung des Wortes nach ‚Foreign Office erklärt' im zweiten Absatz Tel. No 21. Aussenamt" – Geschäftsträger Wimmer an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten. Telegramm Nr. 23 (Chiffre). London, 9. August 1933 – AdR, NPA Deutschland I/12 (ohne Zahl): „Antwort auf d. a. Telgramm No. 19. ‚Englische Regierung hoffe'."

[2] Chiffre verstümmelt.

[3] Zeitungsausschnitt: „*Wichtige Mitteilungen des Foreign Office.* London, 9. August. Das Reutersche Bureau erfährt aus dem Auswärtigen Amt: Der österreichische Geschäftsträger begab sich nachmittag in das Auswärtige Amt und wurde dahin informiert, *die britische Regierung sei von der italienischen Regierung am 6. August verständigt worden, daß die deutsche Regierung der italienischen Regierung die Zusicherung gegeben habe, sie werde ihr Bestes tun, um die Ueberfliegung österreichischer Gebiete durch deutsche Flugzeuge zu verhindern und die von deutschen Funkstationen gegen die österreichische Regierung betriebene Propaganda einzuschränken, indem sie die Zensur strenger gestalten werde. Ueberdies habe die deutsche Regierung ihre Mißbilligung über die gegen die österreichische Regierung begangenen terroristischen Akte ausgesprochen, obwohl sie dafür nicht verantwortlich gemacht werden könne.*
Unter diesen Umständen sei der von der britischen Regierung unmittelbar erwünschte *Zweck erreicht* gewesen und der britische Geschäftsträger in Berlin habe davon die deutsche Regierung am 7. August verständigt und gleichzeitig die *Vorstellungen dargelegt*, die im *gegenteiligen Falle gemacht worden* wären.
Der österreichische Geschäftsträger wurde dahin informiert, daß *angesichts der Zusicherungen der deutschen Regierung* die britische Regierung hoffe, daß *es keinerlei Wiederholung solcher Zwischenfälle geben wird.*
Dem Geschäftsträger wurde erklärt, daß die gestern dem britischen Geschäftsträger in Berlin seitens der deutschen Regierung gegebene Antwort die von der deutschen Regierung dem italienischen Botschafter gegebene Erklärung nicht berühre."

1358 A

Geschäftsträger Wimmer an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 24 (Chiffre, streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24263/13

London, 9. August 1933
(20.55 → 10.VIII. – 8.00)

Im Auftrage des Herrn Grandi erschien heute der italienische Botschaftssekretär bei mir und […][1], ob die gestrige Reutermeldung den Tatsachen entspreche, was ich mit Rücksicht auf offiziellen Charakter der Meldung bejahte. Er sagte mir vertraulich, dass die Anfrage im Auftrage des Herrn Mussolini erfolge, da die Reuter-Meldung[2] in Rom nicht erschienen war. Er meinte, Herr Mussolini lege grössten Wert auf die Tatsache, dass er die Deutschen in der Hand habe. Im Uebrigen sei der Unterschied zwischen dem Vorgehen Italiens und der anderen Mächte lediglich eine Frage der Methode. Mussolini halte die freundschaftliche Einwirkung für das Beste. Der Botschaftssekretär fragte schliesslich, ob der Schluss des Communiqués so zu verstehen wäre, dass die Angelegenheit nun abgeschlossen sei.
Ich erwiderte, dass ich die Erklärungen des Foreign Office lediglich entgegengenommen und keine Frage stellte. Eine Interpretation sei daher weder in Betracht gekommen noch besprochen worden. Hiefür wäre überdies nur das Foreign Office zuständig.

1359

Geschäftsträger Wimmer an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 321/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24290/13

London, 9. August 1933

Herr Bundeskanzler!
Mit Rücksicht auf die am Ende der vorigen Woche allgemein gehegte Erwartung, dass in Berlin über das Wochenende wichtige Schritte bevorstünden, hatte

[1] Chiffre fehlt.
[2] Vgl. ADÖ 9/1358 A.

ich mich der in der freundlichsten Weise gewährten Möglichkeit versichert, am Sonntag und am darauffolgenden Bankholiday im Notfalle mit Sir Robert Vansittart oder dem zuständigen Referenten auf deren Landsitzen in telefonische Verbindung treten zu können. Es ergab sich daher am Dienstag früh für mich zwanglos die Möglichkeit, zunächst privat auf die englischen Presseäusserungen zu sprechen zu kommen, die mir nicht durchaus erfreulich schienen, und zu erwähnen dass ich, auch wenn ich keinerlei offiziellen Auftrag zur Durchführung irgendeiner Intervention habe, sehr dankbar wäre, wenn ich authentische und hoffentlich günstigere Informationen über die Demarche des britischen Geschäftsträgers in Berlin erhalten könnte. Mein Mitredner vom Foreign Office versprach mir, sofort die notwendigen Schritte zu unternehmen und teilte mir sehr bald mit, dass mich Sir Robert Vansittart noch am gleichen Tage um 3 Uhr 15 empfangen werde.

Diesen Termin konnte ich dank dem Entgegenkommen der Bank von England einhalten, die nach Ueberwindung einiger mit der Unterfertigung der Anleihe in Paris zusammenhängenden Bedenken meine für 3.30 Uhr angesetzte Unterfertigung des Prospektes der Anleihe auf 2 Uhr 30 vorverlegte.

Am 8. Aug. empfing mich im Foreign Office Mr. Wigram im Auftrage Sir Robert Vansittarts, der sich entschuldigen liess, weil er vom König, der sich auf der Durchreise einen Tag in London aufhielt, zu Berichterstattung befohlen worden war.

Mr. Wigram teilte mir Folgendes mit:

Am 8. August seien Instruktionen an die britischen Botschafter in Paris und Rom ergangen, in welchen diese einleitend daran erinnert wurden, dass das Foreign Office am 25. Juli ihre Aufmerksamkeit auf folgende drei Punkte im österreichisch-deutschen Konflikt gelenkt habe: Terrorakte, Verbreitung aufrührerischer Flugschriften und Radiopropaganda; es sei beabsichtigt gewesen, bei der deutschen Regierung Vorstellung bezüglich der beiden letztgenannten Punkte zu erheben.

Am 6. August sei jedoch der britische Botschafter in Rom seitens der italienischen Regierung davon in Kenntnis gesetzt worden, dass der italienische Botschafter in Berlin von der deutschen Regierung eine Zusicherung erhalten habe, sie werde ihr Möglichstes tun, um Ueberfliegungen Oesterreichs zu verhindern und die Radiopropaganda durch eine verschärfte Zensur hintanzuhalten; sie missbillige die in Oesterreich vorgefallenen Terrorakte, obwohl sie für dieselben nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Unter diesen Umständen habe das Foreign Office angenommen, dass das gewünschte Ergebnis erzielt worden sei, und dass dieses zunächst als sicherer Gewinn festgehalten werden sollte. Der britische Geschäftsträger in Berlin habe daher am 7. August im deutschen Aussenamte auftragsgemäss mitgeteilt, dass die britische Regierung die dem italienischen Botschafter am Vortage gemachten Erklärungen zur Kenntnis nehme. Zugleich machte er von der Demarche

Mitteilung, die er unternommen hätte, falls die erwähnte Zusicherung deutscherseits nicht bereits gegeben worden wäre. In dieser Demarche hiess es, dass der deutschen Regierung die Ueberfliegungen Oesterreichs durch Aeroplane und die gegen die österreichische Regierung gerichtete Radiopropaganda bekannt seien. Diese Vorgänge stünden nicht im Einklang mit dem Text der Preambel des Viermächtepaktes, gemäss welcher die unterzeichnenden Staaten ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben, dass die Beunruhigung, die in der ganzen Welt herrsche, nur weichen könne, wenn sie ihre Solidarität derart festigen, dass das Vertrauen in den Frieden Europas gestärkt werde. Die Vorfälle widersprächen auch den völkerrechtlichen Bräuchen, da sie eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes darstellen; sie seien ferner eine Verletzung des Artikels 80 des Vertrages von Versailles und der Luzerner Radiokonvention. Die britische Regierung vertraue darauf, dass diese im freundlichen Sinne gemachten Vorstellungen auch freundlich aufgenommen werden würden. Die britische Regierung hoffe, dass die deutsche Regierung ein derartiges Vorgehen, das die Anwendung des Artikels 11, Absatz 2, des Völkerbundpaktes hervorrufen könnte, nicht dulden, sondern ihre Machtvollkommenheiten benützen werde, um es abzustellen.

Die Antwort Staatssekretär Bülows an den britischen Geschäftsträger sei rauh in der Form gewesen, habe aber nur eine Ableugnung bezüglich einer Verletzung des Luzerner Abkommens und der Hoheitsrechte Oesterreichs durch Ueberfliegungen betroffen. Eine Verletzung des Artikel 80 des Versailler Vertrages und eine Aktion gemäss Artikel 11 des Völkerbundpaktes kämen daher nicht in Frage.

Die Auffassung des Foreign Office geht dahin, dass diese Erklärungen Bülows sich nur auf die Vergangenheit beziehen und daher uninteressant seien, dass jedoch die dem italienischen Botschafter gegebenen Versicherungen dadurch unberührt blieben. Es wurde mir ausdrücklich erklärt, dass die britische Regierung mit Rücksicht auf diese Versicherungen hoffe, es würden sich keine weiteren Zwischenfälle in Hinkunft ereignen.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Der Geschäftsträger:
L. Wimmer

1360

Bundeskanzleramt Abteilung 15/ Völkerrecht an Gesandten Pflügl (Genf)

Erlass

AdR, BKA/AA, VR
VB/Conseil – 2712/23
Z. 24201/15 Wien, 9. August 1933

Herr Gesandter!
Mit Bezugnahme auf Ihren Bericht vom 30. Juli l. J., Nr. 299[1], sowie ihr Schreiben an Herrn Leg.Rat Hornbostel vom 4. August l. J.[2] beehre ich mich, Ihnen im Auftrage des H. Bundeskanzlers mitzuteilen, dass derselbe grossen Wert auf eine Wahl Oesterreichs in den Völkerbundrat bereits im Herbst d. J. legen würde, die als ein besonderer Erfolg der österr. Politik und als eine Wertung der Selbständigkeitsbestrebungen der österreichischen Bundesregierung anzusehen wäre.
Ich beehre mich demnach Sie zu ersuchen, die entsprechenden Schritte einzuleiten und ehestens anher mitzuteilen, was Ihrer Ansicht nach seitens des BKA (AA) an Förderung des in Aussicht genommenen Zieles schon jetzt zu versuchen wäre. Bemerkt wird hiezu, dass von hieraus in Aussicht genommen ist, unseren Gesandtschaften im Auslande tunlichst bald eine entsprechende Intervention aufzutragen, während eine Befassung der dem diplomatischen Korps in Wien angehörigen Gesandten weniger in Frage kommen dürfte, weil die massgebenden Mitglieder des Wiener Korps sich derzeit fast sämtlich auf Urlaub befinden. Es wäre somit dem BKA (AA) insbesondere von grossem Werte zu erfahren, wann und bei welchen Mächten – vom Genfer Standpunkt gesehen – eine Intervention der österr. Vertretungsbehörden zu empfehlen wäre.
Genehmigen Sie, […]

Schiffner

[1] ADÖ 9/1345.
[2] ADÖ 9/1352.

1361

Gesandter Egger an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 102 (Chiffre)

AdR,
NL Hornbostel
(ohne Zahl)

Rom, 9. August 1933
(18.40 → 19.45)

Mit Bezug auf Telephon wegen Reuter-Communiqué.
Politischer Generaldirektor, der mit Unterstaatssekretär zu Ministerpräsidenten gerufen worden war, um, wie es hiess, „ein Communiqué zu verfassen, in dem sowohl die tatsächlichen Vorgänge in Berlin wie auch die Zusicherungen Hitlers enthalten sein sollen", liess mich ersuchen, mit seinem Stellvertreter zu sprechen. Nach Besprechungen des Reuter-Communiqués, das hier schon bekannt war, versicherte mein Mitredner, dass man „stets überzeugt war, das österreichischerseits keinerlei Einfluss auf dasselbe ausgeübt worden sei".

1362

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Egger (Rom)

Telegramm Nr. 36 (in Ziffern)

AdR,
Gesandtschaft Rom

Wien, 10. August 1933
(11.40)

Ich telegraphiere nach London:
„Englische Regierung hat offenbar in der Befürchtung von Beispielserfolgen von Seiten Deutschlands in Paris angeregt, die seitens Frankreichs, Englands und Italiens bereits grundsätzlich zugestandene vorübergehende Aufstellung Militärassistenz-Korps nicht, wie mit genannten Regierungen vereinbart, bis zum Abschluss der Arbeiten der Abrüstungskonferenz, sondern für eine Befristungsdauer von 6–12 Monaten zuzulassen.
Wollen sie sogleich nachdrücklichst Schritte unternehmen, damit die englische Regierung von dieser nachträglichen Forderung Abstand nimmt und hiebei unter Anderem folgendes Argument verwerten: Da österreichische Bevölkerung von Abrüstungskonferenz Aenderung unseres Wehrsistems erhofft, würde kalender-

mässige Terminierung Geltungsdauer Militärassistenzkorps hier Eindruck erwecken, dass weder Absicht noch Aussicht bestehen, Abrüstungsfrage innerhalb dieses Termines zur Lösung zu bringen. Der ursprüngliche Termin, das heisst Schluss der Abrüstungskonferenz, kann kürzer oder länger sein als ein halbes oder ein Jahr. Wenn das Assistenzkorps nicht durch dauernde bessere Lösung abgelöst wird, sondern nach kurzem Bestand vielleicht wieder abgeschafft werden müsste, würden die mit der Aufstellung des Korps verbundenen Kosten und organisatorischen Massnahmen schwer verantwortet werden können. Zweimal jährlich mit allen interessierten Staaten wegen Verlängerung zu verhandeln wäre ausserdem unerträglich. Verweigern Bewilligung *eines* Staates würde genügen um die innere Lage Oesterreichs zu kompromittieren und bisherigen Zustand, dem ja gerade abgeholfen werden soll, wiederherzustellen. Dies würde österreichische Oeffentlichkeit niemals verstehen, geschweige denn billigen. Erwünschter politischer Erfolg Bundesregierung und erhoffte Auswirkung auf innerpolitische Lage würde daher vollkommen ausbleiben. Präjudizierung hinsichtlich Deutschlands nicht zu befürchten da der Deutschland bewilligte runde Stand 100.000 Mann voll ausgenützt ist, während es sich bei uns nur um Auffüllung auf den vertragsmässigen Stand von 30.000 durch kurzfristig dienende Personen handelt.
[…][1]
Wollen Sie auch dortiger Regierung gegenüber vorstehende Argumente nachdrücklichst vertreten und telegraphisch berichten.

Aussenamt

1363
Gesandter Egger an Bundeskanzler Dolllfuß

Telegramm Nr. 103 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24317/13

Rom, 11. August 1933
(20.30 → 12. VIII. – 8.00)

Unterstaatssekretär sagte mir sichtlich unangenehm berührt, dass „Habicht *doch* wieder Hetzrede gegen uns gehalten habe“; er hoffe, dass dies sein „Schwanengesang“ gewesen sei, da er diese Rede, deren Text Herr Bundeskanzler italienischem Gesandten in Wien zugänglich gemacht hätten, noch vor seiner Fahrt nach Berlin, wohin er berufen worden sei, gehalten habe.

[1] Erging gleichlautend auch nach Paris.

1364

Legationsrat Rotter an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 105 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24371/13

Rom, 14. August 1933
(20.45 → 15. VIII. – 8.00)

Beilage des Erlasses 24264-13 vom 10. d. Mts.[1] bei Stellvertreter auf Urlaub befindlichen politischen Generaldirektors entsprechend verwertet, welcher erklärte, italienischer Botschafter in Berlin sei bereits angewiesen worden, bei Reichsregierung Vorstellungen zu erheben und hiebei nicht nur auf die der italienischen Regierung gemachte Zusage, sondern auch darauf hinzuweisen, dass „Italien durch sein Verhalten anlässlich der letzten *Demarchen in Berlin* Frankreich und England *gegenüber* eine gewisse Verantwortung übernommen habe."[2]

1365

Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 355 (geheim)

AdR, BKA/AA, VR
VB/Conseil – 2712/23
Z. 24495/15

Genf, 16. August 1933

Erlass Zl 24.201/15 v. 9. l. M.[1]

Herr Bundeskanzler!
Zu dem vorgestern hier eingetroffenen Erlass, mit welchem die ha. Erwägungen zur eventuellen Wahl Oesterreichs in den Völkerbundrat gutgeheissen werden, erlaube ich mir Nachstehendes zu melden:
Wenn auch die erste positive dortamtige Stellungnahme zu dieser Frage in die Zeit der sog. Sommerruhe fällt, so dürfte es sich doch empfehlen, sie sofort mit aller Energie zu betreiben, wie zwischen der Sommerruhe bzgw. Rückkehr der leiten-

[1] AdR, NPA, Deutschland I/12.
[2] Siehe dazu ADÖ 9/1350-1354.
[1] ADÖ 9/1360.

den Minister von ihren Urlauben und der Eröffnung der Völkerbundversammlung ein nicht zu langer Zeitraum übrig bleibt.
Der Absicht, durch unsere Gesandte direkt bei den betreffenden Regierungen intervenieren zu lassen, darf unbedingt zugestimmt werden. In Betracht kommen die Grossmächte. Bei dem grossen und nicht auf Oesterreich beschränkten, politischen Interesse, welches dieser Wahl zukäme, schien sie mir nicht Anlass zur Aufstellung einer üblichen „Kandidatur", zu welcher Oesterreich zwar voll berechtigt ist, die aber gewiss nicht vor nächstem Jahre als nicht im so zu sagen entscheidenden Moment erfolgen würde, zu geben.
Um sie heuer herbeizuführen, bedarf es, angesichts der vielfachen, einberichteten, schon eingegangenen Bindungen und Hemmnisse eines auf politischer Grundlage zustandegekommenen Einverständnisses der drei Grossmächte England, Frankreich und Italien.
Besteht einmal ein solches, so kann, mit den den Grossmächten zur Verfügung stehenden, üblichen Mitteln die Wahl in der heurigen Versammlung zweifellos herbeigeführt werden. Auf dieses Ziel hätten also die Demarchen unserer diplomatischen Vertreter, meiner unmaassgeblichen Meinung nach, in erster Linie gerichtet zu sein.
Unnötig zu sagen, dass unter den nicht mitkonkurrierenden Staaten die allgemeine Stimmung eine sehr günstige wäre, – wie sie vielleicht nicht so bald wiederkommt.
Es ist damit zu rechnen, dass an jenen Stellen, an welchen das politische Interesse der Wahl vielleicht noch nicht klar erkannt wird, die beim Völkerbund immer vorhandenen „technischen Schwierigkeiten", besonders jene der „schon vergebenen Stimme" geltend gemacht werden wird.
Ein mit der hiefür maassgebendsten Stelle des Gen.Sekretariates durchgeführtes Studium hat ergeben, dass der Wahrscheinlichkeit nach, England und Frankreich noch Entschlussfreiheit haben. Die wichtigste Demarche wäre nach ha. Ansicht die in Rom – aus schon gemeldeten Gründen. Italien hat zwar sehr wenig Einfluss in der Versammlung, an den beiden anderen Grossmächten gemessen, aber es fragt sich, ob Frankreich und England nicht auf das Zusammengehen Wert legen werden. Die Haltung Roms scheint mir u. a. auch die Erklärung für die unbefriedigende Antwort aus London, die ich gemeldet habe, zu geben. Auf meine bisherigen Verhandlungen wäre in den officiellen Demarchen, weil, ohne Auftrag, rein persönlich geführt, nicht Bezug zu nehmen. Der unmittelbare Zweck der Demarchen schiene mir der zu sein, die auswärtigen Aemter mit der Frage officiell zu befassen und die Entscheidung der Rückkehr Sir J. Simons und M. Paul-Boncour bzgw. M. Daladiers von ihren derzeitigen Urlauben vorzubehalten.
Nach meinen Wahrnehmungen wäre die entgegenkommendste Antwort in Paris zu erwarten, von wo auch eine eventuelle Demarche bei der Kl. Entente vorbereitet werden könnte. – Ich werde den Gegenstand morgen mit M. Avenol zu besprechen Gelegenheit haben und gegebenen Falls erneuert melden. Ich darf bitten,

mich von dem Ergebnis der Demarchen in Kenntnis setzen zu wollen. – Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1366
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 24398/13 Wien, 16. August 1933

Der italienische Gesandte *Preziosi* hat heute beim Herrn Bundeskanzler vorgesprochen und ihm zu seiner rein persönlichen Information mitgeteilt, daß Herr *Mussolini* unter dem Eindrucke der *nach* der bekannten Demarche in Berlin gehaltenen Radiorede Theo Habichts die italienische Botschaft in Berlin beauftragt habe, im Deutschen Ausw. Amte einen mahnenden Schritt durchzuführen. Herr *Mussolini* habe darauf hingewiesen, daß die Verbreitung dieser Radiorede nicht nur in Oesterreich sondern im gesamten Auslande den Eindruck erwecke, als hätte Herr *Hitler* die von ihm dem italien. Botschafter gegenüber gemachten Versprechungen bereits vergessen.[1]
Hieran schloß Herr *Preziosi* die Bemerkung, daß zu hoffen sei, eine allmähliche Entspannung werde nun doch vielleicht Platz greifen. Es erscheine daher der ital. Regierung wünschenswert, daß auch die österr. Presse sich gegenüber Hitler und Nationalsozialismus eine gewisse Mäßigung auferlege.
Der Herr Bundeskanzler dankte für die Mitteilungen Herrn Preziosis und betonte gegenüber den letzten Bemerkungen Herrn Preziosis nachdrücklich, daß es sich ausschließlich darum handle, daß Deutschland – das ohne Zweifel aus allen möglichen Quellen grundfalsch über die österreichische Situation informiert sei – sich zu Bewußtsein bringe, daß sich auf dem eingeschlagenen Wege ein außenpolitischer Erfolg des Hitler-Regimes nicht einstellen werde. Solange sich das offizielle Deutschland darüber nicht klar sei, würden einerseits alle Versuche einer Entspan-

[1] Siehe dazu auch Legationsrat Rotter an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten. Telegramm Nr. 106 (Chiffre), Rom, 17. August 1933 – AdR, NPA, Deutschland I/12, Z. 24453/13: „Im Verfolge h. a. Telegrammes No. 105. [ADÖ 9/1364]. Stellvertreter politischen Generaldirektors teilte mir als Ergebnis letzter ‚freundschaftlicher Konversation' mit Berlin mit, Reichsaussenminister habe Montag italienischem Botschafter gegenüber im Auftrage Reichskanzlers Zusage betreffend Propaganda gegen Oesterreich, speziell durch Rundfunk, in dezidierter Form wiederholt. Botschafter habe ‚sehr' entschieden gesprochen und zu verstehen gegeben, ‚dass Herr Mussolini genug habe'."

nung müßig sein und es könne insolange auch von der österreichischen Presse nicht verlangt werden, daß sie auf die fortwährenden und sehr ernsten Eingriffe des deutschen Nationalsozialismus‘ in das österreichische innerpolitische Leben nicht reagiere.

1367

Bundeskanzleramt Abteilung 15/ Völkerrecht an österreichische Gesandtschaften London, Paris und Rom

Erlass (sofort, durch Flugpost, streng vertraulich)

AdR, BKA/AA, VR
VB/Conseil – 2712/23
Z. 24497/15 Wien, 23. August 1933

Die Bundesregierung beabsichtigt, die gegenwärtige günstige internationale Stellung Oesterreichs dazu auszunützen, um im heurigen Jahre die Wahl Oesterreichs in den Völkerbundrat durchzusetzen. Nach Ansicht der Bundesregierung würde eine solche Wahl die Zustimmung der Mitgliedstaaten des Völkerbundes zu der von Oesterreich verfolgten Friedens- u. Unabhängigkeitspolitik deutlich zum Ausdruck bringen und andererseits das Ansehen der Bundesregierung im Auslande sowie ihre Stellung im Innern wesentlich stärken.
Hinsichtlich der Aussichten der Bundesregierung, einen Ratssitz im heurigen Jahre zu erlangen, wäre folgendes zu bemerken:
Bekanntlich besteht der Völkerbundrat derzeit aus 14 Mitgliedern, von denen fünf ständige Mitglieder des Rates sind. Von den restlich 9 Mitgliedern scheiden alljährlich im September drei aus und es werden von der Völkerbundversammlung drei neue gewählt. Die Mandatsdauer der nichtständigen Ratsmitglieder ist drei Jahre. Im heurigen Jahre scheiden Norwegen, Irland und Guatemala aus dem Rate aus.
Im Laufe der Jahre hat sich für die Ratswahlen ein Gruppensystem herausgebildet, dem zufolge die ausscheidenden Staaten bei der Neuwahl jeweils durch ein Mitglied ihrer Gruppe ersetzt werden. Solche Gruppen bilden das britische Weltreich, die asiatischen Staaten, die kleine Entente, die skandinavischen Staaten und der südamerikanische Block. Ausserdem gehen viele Staaten nach dem bekannten Grundsatze „do ut des“ Bindungen ein, die sie in der Folge nicht leicht ausser acht lassen können.
Wie aus der obigen Gruppenaufstellung zu entnehmen ist, gibt es eine Reihe von Staaten, die keiner der genannten Gruppen angehören und die deshalb bei strikter Einhaltung des Systems keine Aussicht hätten, jemals in den Rat gewählt zu wer-

den. Zu diesen Staaten gehören ausser Oesterreich Ungarn, Bulgarien, Griechenland, Portugal u. a. m. Portugal hat infolgedessen die Initiative zur Schaffung eines 15. Ratssitzes ergriffen, der einem Repräsentanten der bisher nicht im Rate vertretenen Staaten zufallen soll. Das zur Beratung dieser Frage eingesetzte Völkerbundkomitee hat sich geeinigt, der Völkerbundversammlung eine provisorische Regelung im Sinne des portugiesischen Antrages auf die Dauer von 3 Jahren vorzuschlagen.
Was nun die heurigen Wahlen in den Rat betrifft, kann es mit Rücksicht auf die Stärke der hinter ihnen stehenden Wahlgruppen als unzweifelhaft angenommen werden, dass an Stelle Irlands ein anderer Staat des britischen Weltreiches und an Stelle Guatemala's ein anderer südamerikanischer Staat in den Rat gewählt werden. Ebenso bestehen, sicherem Vernehmen nach, feste Bindungen zugunsten Portugals für den zu schaffenden 15. Ratsposten. Dieselben sind darauf zurückzuführen, dass Portugal die Anregung zur Kreierung des neuen Ratssitzes gegeben hat und dass sein Vertreter beim Völkerbund, Vasconcellos, seit Beginn des Völkerbundes erfolgreich in Genf tätig ist. Es ist ausserdem vorauszusetzen, dass Portugal seine Zustimmung zu einer bloss provisorischen Inkraftsetzung seines Vorschlages nur unter der Bedingung der Zusicherung des ersten auf Grund seines Vorschlages zu vergebenden Sitzes erteilt hat.
Ein österr. Erfolg bei der heurigen Ratswahl dürfte sich demnach nur dadurch erzielen lassen, dass Oesterreich an Stelle Norwegens in den Rat gewählt wird. Wie aus den dem BKA(AA) vorgelegten Berichten entnommen wird, scheinen die Aussichten hiefür nicht ungünstig zu sein. Es ist diesbezüglich in Betracht zu ziehen, dass die skandinavische Gruppe, der Norwegen angehört, nicht sehr zahlreich ist und dass sich augenscheinlich die Mehrheit der Wahlberechtigten noch nicht zugunsten Norwegens festgelegt hat. So ist es als sicher anzunehmen, dass sich unter den Grossmächten Italien seine Freiheit für die Wahl bewahrt hat. Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass die österr. Frage derzeit einen so breiten Raum in den diplomatischen Erörterungen einnimmt und die Sicherung der Selbständigkeit Oesterreichs von derart eminentem europäischem Interesse ist, dass diese Umstände wohl ein Abgehen von dem bisherigen Usus rechtfertigen könnten.
Um jeden Rückschlag, den ein Misserfolg der österr. Bestrebungen auf die Stellung der Bundesregierung im Innern haben müsste, zu vermeiden, sieht die Bundesregierung davon ab, schon jetzt selbst ihre Kandidatur offiziell aufzustellen. Sie würde es vielmehr vorziehen, wenn diese Kandidatur seitens der in Betracht kommenden Grossmächte England, Frankreich und Italien, aufgestellt würde, weil hiedurch bei dem Einflusse, den die drei genannten Mächte im Völkerbund besitzen, eine Gewähr für den Erfolg des österr. Begehrens gegeben wäre. Selbstverständlich würde Oesterreich zutreffendenfalls rechtzeitig seine Kandidatur schriftlich anmelden – eine Formalität, die für die heurigen Ratswahlen erstmalig neu eingeführt wurden soll.
Die [jeweilige Gesandtschaft] wird sohin ersucht, sich im obigen Sinne bei der dortigen Regierung vernehmen zu lassen und ihr nahe zu legen, im Einvernehmen

mit den beiden in Betracht kommenden Grossmächten die Kandidatur Oesterreichs für die heurige Ratswahl aufzustellen u. bei den übrigen Regierungen durch ihre diplomat. Vertreter nachdrücklich befürworten zu lassen.
Dieser Erlass ergeht gleichlautend an die österr. Gesandtschaften in London, Paris und Rom (Quirinal). Behufs Sicherstellung der Gleichzeitigkeit der angeordneten Demarche wird die [jeweilige Gesandtschaft] ersucht, dieselbe womöglich am Tage nach Erhalt des gegenwärtigen Erlasses zu unternehmen.
Einer ehesten Berichterstattung über die Haltung der dortigen Regierung zu der in dem gegenwärtigen Erlasse behandelten Frage sieht der Herr Bundeskanzler mit lebhaftem Interesse entgegen.[1]

Schiffner

1368

Legationsrat Hornbostel an alle österreichischen Gesandtschaften

Weisung

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 24606/13 Wien, 25. August 1933

Herr Gesandter,
Zur Regelung Ihrer Sprache beehre ich mich, Ihnen Folgendes über die Zusammenkunft des Herrn Bundeskanzlers mit dem Herrn italienischen Regierungschef in Riccione am 19. und 20. ds. M. mitzuteilen.[2]
Herr Mussolini hatte bereits Ende vorigen Monates die Einladung an den Herrn Bundeskanzler zu einem Besuche bei der italienischen Regierung in Rom ergehen lassen. Diese Einladung wurde vom Herrn Bundeskanzler sogleich grundsätzlich angenommen; es ist jedoch infolge der damaligen politischen Situation, wie sich aus den verschiedenen Schritten der Grossmächte in Berlin in Angelegenheit der Bedrängung Oesterreichs durch Deutschland ergeben hat, nicht zur Festsetzung eines Zeitpunktes für den Besuch gekommen. Herr Mussolini hat nun am 18. ds. den Herrn Bundeskanzler wissen lassen, dass er ihm in Riccione, woselbst er sich vor Abreise zu den grossen italienischen Manövern zwei Tage u. zw. am 19. und 20. ds. M. aufhalte, zu einer Aussprache gerne zur Verfügung stehe. Der Herr Bundeskanzler hat dieser Einladung sogleich Folge geleistet. Der intime Charakter des Be-

[1] Vgl. ADÖ 9/1348.
[2] Vgl. DDI 7, 14/120.

suches des Herrn Bundeskanzlers ermöglichte häufige ungezwungene Aussprachen mit dem italienischen Regierungschef und dem gleichfalls in Riccione anwesenden Unterstaatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Suvich.
Als wesentliches Ergebnis des Besuches kann festgestellt werden, dass Herr Mussolini und seine Regierung die Haltung der österreichischen Bundesregierung im allgemeinen und insbesondere in ihrem Abwehrkampfe gegen die Einmischungsversuche des deutschen Nationalsozialismus rückhaltlos billigen und bereit sind, nach wie vor Oesterreich wirksame Unterstützung angedeihen zu lassen. Herr Mussolini erklärte sich bereit, seinen ganzen Einfluss in Berlin auch weiterhin zum Schutze der Unabhängigkeit und ruhigen Entwicklung Oesterreichs und im Interesse einer ehemöglichen Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu verwenden und seinen Schritten nötigenfalls einen zunehmend strengeren Charakter zu verleihen.
In wirtschaftspolitischer Hinsicht konnte neuerlich die Bereitwilligkeit Italiens zu grösstem Entgegenkommen festgestellt werden. Wenn von gewisser Seite aus der Zusammenkunft in Riccione und aus den hierüber ausgegebenen Verlautbarungen irgend eine Spitze gegen andere Staaten herausgelesen wird, so entspricht die Auffassung keineswegs den Tatsachen. Herr Mussolini ist vielmehr mit dem Herrn Bundeskanzler darin einig, dass ein Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen Oesterreichs zu allen seinen Nachbarn, naturgemäss in erster Linie zu Italien und zu Ungarn anzustreben ist.
Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung

Für den Bundeskanzler
Hornbostel

1369
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel[1]

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 24606/13 Wien, 25. August 1933

A Vorgeschichte der Zusammenkunft.

Der Herr Bundeskanzler hat am 16. ds. M. dem auf Urlaub befindlichen Gesandten Dr. Egger anläßlich einer Besprechung der politischen Situation den Wunsch ausgesprochen, er möge von sich aus Gesandten Preziosi veranlassen, in Rom

[1] Zu großen Teilen veröffentlicht in „Der Führer bin ich selbst“, 41-44.

anzuklopfen, ob die längst in Aussicht genommene Entrevue nicht noch vor dem immer wieder angekündigten Putschtermin im September erfolgen könnte. Egger hat sich dieses Auftrages entledigt. Gesandter Preziosi hat am 18. ds. Abends telefonisch aus Baden mitgeteilt, daß Unterstaatssekretär Suvich ihn soeben angewiesen habe, dem Herrn Bundeskanzler mitzuteilen, daß Herr Mussolini sich den 19. und 20. ds. in Riccione auf Weekend-Urlaub befinde und sich freuen würde, den Bundeskanzler dort zu begrüssen. Der Herr Bundeskanzler hat diese Einladung sogleich angenommen und seine Ankunft für den 19. ds. Spätnachmittag per Flugzeug bekanntgegeben.

B Verlauf der Unterredungen.

Die Unterredungen haben am 19. abends und 20. nachmittags und abends zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Mussolini in Anwesenheit Unterstaatssekretärs Suvich stattgefunden. Manche belangreiche Wahrnehmungen konnten auch in den bei Tisch geführten Konversationen gemacht werden.

C Ergebnis der Unterredungen.

Der Herr Bundeskanzler hat eine Reihe von Fragen, wie sie sich in dem zuliegenden Material unter „spezielle Gesprächsthemata“ A)[2] befinden, angeschnitten. Weiters haben Herr Mussolini und Herr Suvich das in italienischer Sprache und deutscher Uebersetzung zuliegende „Gesprächsprogramm“ B)[3] verwendet. Schließlich gibt das in italienischer und deutscher Sprache zuliegende Communiqué C)[4] Aufschluss über die erfolgten Konversationen.

Im Besonderen hat der Herr Bundeskanzler dem Gefertigten Nachstehendes über die Unterredung zur aktenmäßigen Festlegung mitgeteilt:

a) Aussenpolitisches.

Herr Mussollini hat dem Herrn Bundeskanzler erklärt, daß er Berlin zu verstehen gegeben habe, daß Deutschland seine einzige Freundschaft riskieren würde, wenn es fortfahren sollte, Oesterreich zu bedrängen. Herr *Mussolini* ist nötigenfalls auch bereit, an energischen diplomatischen eventuell kollektiven Schritten in Berlin teilzunehmen. Sollte es wider Erwarten Herrn *Mussolini's* zu einer Invasion aus Bayern kommen, so würde Italien militärisch reagieren. Es ergab sich jedoch eindeutig, daß *Mussolini* es vorzieht, solange als möglich die Methode der „freundschaftlichen Konversationen in Berlin“ fortzusetzen.

---

[2] Liegt dem Akt bei. Die Themen lauteten: 1. „Wirtschaftliches Entgegenkommen der Tschechoslowakei über Vermittlung der französischen Regierung“, 2. „Völkerbundrat-Sitz“, 3. „Italienischer Wunsch nach Errichtung einer Lehrkanzel für italienische Literatur an der Wiener Universität und Einführung der italienischen Sprache als fakultativen Lehrgegenstand an österr. Staatlichen Mittelschulen“ und 4. „Zerstörung des Laurinsdenkmals in Bozen“ sowie 5. „Reiseerleichterungen für Teilnehmer am Katholikentag insbesondere des Clerus aus dem Alto Adige“.

[3] Liegt dem Akt bei.

[4] Liegt dem Akt bei.

Sichtlich sind Herr *Mussolini* und Herr *Suvich* geniert durch die Fortsetzung der Radiopropaganda aus Deutschland, da sie sich der Weltmeinung und den Großmächten gegenüber verpflichtet fühlen. Aus zahlreichen Bemerkungen, insbesondere Herrn Mussolinis, ging hervor, daß er die Vorgänge in Deutschland äußerst kritisch verfolgt und keineswegs über die Entwicklung im Reiche blind begeistert ist; er fand für einzelne Maßnahmen und insbes. für das Hervortreten des Preussentums äußerst scharfe Worte.

In diesem Zusammenhange ist zu erwähnen, daß Unterstaats-Sekretär Suvich den Herrn Bundeskanzler fragte, unter welchen Bedingungen er eine Aussöhnung mit Deutschland für möglich halte und begründete diese Frage damit, daß er Grund zur Annahme habe, daß man ihn bald deutscherseits darüber befragen könnte. Der Herr Bundeskanzler erwiderte, seine einzigen Bedingungen seien: Unabhängigkeit Oesterreichs und Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten.

Herr Mussolini kündigte weiters an, daß er mit der Absicht umgehe, etwa im Spätherbst eine Zusammenkunft zu Dritt (Mussolini, Dollfuss, Gömbös) zu veranstalten mit dem Zwecke der Vertiefung der Beziehungen zwischen den drei Staaten auf allen Gebieten und Festlegung einer „gemeinsamen" Politik.

Im Verlaufe der Konversation ergab sich Einvernehmen darüber, daß die „Gemeinsamkeit der Politik" sich auf folgende Probleme beschränken soll:

Kleine Entente, Deutschland und Vier-Mächte-Pakt (offenbar die im Geiste des Vier-Mächte-Paktes anzustrebende Rekonstruktion des Donauraumes).

Der Herr Bundeskanzler brachte Herrn Mussolini die Angelegenheit der heurigen Wahl Oesterreichs in den Völkerbundrat vor. Herr Mussolini äußerte sich sehr zustimmend zu diesem Vorhaben und erkundigte sich bei Herrn Suvich, ob Italien bereits nach irgend einer Richtung diesbezüglich gebunden sei. Herr Suvich erwiderte, daß hinsichtl. des zu schaffenden 15. Ratssitzes Italien seine Stimme bereits Portugal zugesichert habe, daß jedoch vielleicht doch eine Chance für Oesterreich bestünde, den durch Norwegen zu evakuierenden Sitz zu erhalten. Herr Mussolini erklärte sogleich, daß der italienische Generalsekretär-Stellvertreter in Genf anzuweisen sei, Alles zu tun, um die Wahl Oesterreichs zu begünstigen und empfahl dem Herrn Bundeskanzler, auch England und Frankreich mit der Angelegenheit ehestens zu befassen.

b) Was die *wirtschaftspolitischen* Fragen betrifft, so soll dieses Thema in erster Linie bei der oben angedeuteten Zusammenkunft zu Dritt behandelt und festgelegt werden. Im Laufe der Unterredung ergab sich, daß weder Italien noch Frankreich irgend einen präzisen Plan über die Rekonstruktion des Donauraumes bisher ausgearbeitet haben. Die italienischen Herren ersuchten vielmehr den Herrn Bundeskanzler, ihnen möglichst bald ein Memorandum über die Präferenzfrage auszuarbeiten und ihnen zukommen zu lassen.

Herr Mussolini ist keineswegs der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten der Kleinen Entente abgeneigt, sondern hat die Absicht, mit

diesen Staaten zu einem ersprießlichen Verhältnis auch in wirtschaftlicher Beziehung zu gelangen.
Der Bundeskanzler hat weiters die Frage der Reorganisierung der österreichischen Luftverkehrsgesellschaft mit italienischer Beteiligung, ferner die Begünstigung der über Triest gehenden Importe berührt. In beiden Belangen erbaten sich die ital. Herren eine konkrete Aufzeichnung (im Auftrage Herrn Bundeskanzlers Minister Stockinger im Gegenstande informiert).

c) Hinsichtlich der *Innen-Politik* versuchten die italienischen Herren, wie bereits aus der Aufstellung der Konversationsfragen ersichtlich, eine Pression auf den Herrn Bundeskanzler im Sinne der stärkeren Beteiligung der Heimwehren auszuüben. Der Herr Bundeskanzler ist diesen Versuchen jedoch mit Erfolg ausgewichen. Herr Mussolini empfahl dem Herrn Bundeskanzler, bereits Ende September die Verfassungsreform auf ständischer Grundlage fertigzustellen, ferner möglichst bald eine großangelegt politische Rede mit dem Leitmotiv: „Unabhängigkeit Oesterreichs nach aussen und Erneuerung Oesterreichs nach innen“ zu halten. Der Herr Bundeskanzler stimmte dieser Auffassung zu und nimmt das Datum des 11. September für diese Rede in Aussicht. Weiters empfahl Herr Mussolini dringend die Unifizierung der verschiedenen patriotischen Fronten unter ausschließlicher Führung des Bundeskanzlers.

1370

Bundeskanzleramt Abteilung 15/Völkerrecht an österreichische Vertretung beim Völkerbund (Genf)

Erlass

AdR, BKA/AA, VR
VB/Conseil – 2712/23
Z. 24623/15 Wien, 26. August 1933

Zu den d. a. Berichten vom 16. August l. J., Nr. 335[1] und vom 17. August l. J., Nr. 342[2].
Das BKA (AA) hat die österr. Gesandtschaften in London, Paris und Rom (Quirinal) im Sinne der beiden obzitierten Berichte entsprechend angewiesen.[3] Die Antworten aus den genannten Hauptstädten werden der [jeweiligen Gesandtschaft] seinerzeit bekanntgegeben werden.

[1] ADÖ 9/1365.
[2] AdR, BKA/AA, VR, VB/Conseil – 2712/23.
[3] ADÖ 9/1367.

Der Herr Bundeskanzler hat indessen Gelegenheit gehabt, die Angelegenheit in Riccione persönlich mit dem italienischen Regierungschef zu besprechen, von dem die Idee einer Wahl Oesterreichs in den Völkerbundrat mit lebhaftem Interesse aufgegriffen werde. Staatssekretär Suvich wurde infolgedessen angewiesen, den Secrétaire général adjoint des Völkerbundes Pilotti zu ersuchen, die Kandidatur Oesterreichs nach Möglichkeit zu fördern. Wie aus der Diskussion zu entnehmen war, hat sich Italien tatsächlich hinsichtlich des 15. Ratssitzes zugunsten Portugals gebunden. Italien arbeitet infolgedessen mit darauf hin, dass Oesterreich an Stelle Norwegens in den Rat gewählt werde.
Wie schon aus Vorstehendem entnommen werden kann, ist das BKA (AA) kein Anhänger des Wahlgruppensystems, das sich bisher nur zu Ungunsten Oesterreichs ausgewirkt hat. Es herrscht hier vielmehr die Meinung vor, dass das eminente politische Interesse Europas wohl ein Abweichen von diesem Abusus rechtfertigen würde.
Wie dem BKA (AA) bekannt ist, soll der durch das Ausscheiden Norwegens frei werdende Ratssitz heuer von Dänemark in Anspruch genommen werden, das noch nicht im Rate vertreten war. Das BKA (AA) beabsichtigt, nach Vorliegen der Antworten aus London und Paris im Wege der Grossmächte auf Dänemark in dem Sinne Einfluss zu nehmen, dass seitens des angeführten Staates ausnahmsweise auf seine Kandidatur im heurigen Jahre verzichtet oder zumindestens keine Schwierigkeiten gegen die Wahl Oesterreichs durch Mehrheitsbeschluss erhoben werden. Wegen der gegenwärtigen politischen Einstellung Dänemarks zu Deutschland erwartet das BKA (AA), dass seinen diesbezüglichen Bemühungen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegengesetzt werden dürften.

Schiffner

1371
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (streng vertraulich)

AdR, NPA
Mitteleuropa
Z. 24677/13 Wien, 30. August 1933

Der französische Gesandte *Puaux*, der mich heute früh in einer anderen Angelegenheit aufsuchte, teilte mir vertraulich mit, er habe allerdings zu seiner persönlichen Information, die Instruktionen zur Einsicht erhalten, die der neue französische Botschafter in Rom, Graf *Chambrun*, hinsichtlich der Donaufrage erhalten habe. Herr Puaux teilte mir zur persönlichen Information den wesentlichen Inhalt mit, der sich dahin resümieren lässt:

Frankreich ist der Auffassung, dass bilaterale, auf Präferenz beruhende Verträge zwischen den Donaustaaten der geeignetste Weg seien, um eine wirtschaftliche Konsolidierung des Donauraumes zu erzielen. Nach Herrn Puaux gehe allerdings aus dieser Instruktion hervor, dass sich die französische Regierung derartige bilaterale Verträge ausschliesslich zwischen Donaustaaten selbst und nicht zwischen diesen und den Grossmächten vorstellt. Ausserdem aber beantragt die französische Regierung Arrangements zwischen den einzelnen Industriegruppen der Donaustaaten mit Industriegruppen der Grossmächte. Herr Puaux deutete hiebei an, dass es sich um eine Art von Kartellabkommen handeln könnte und begründete dies damit, dass die französische Regierung offenbar dafür Sorge tragen wolle, dass auch die Industrien der Grossmächte am Absatz im Donauraum interessiert werden.
Auf meine Frage, ob in diesen Instruktionen irgend etwas über die Haltung Englands zu diesem Projekte enthalten sei, antwortete Gesandter Puaux, dass England der französischen Regierung erklärt habe, dass es die Frage der wirtschaftlichen Rekonstruktion des Donaubeckens einem Einvernehmen zwischen Paris und Rom überlasse und erst nach Herstellung einer diesbezüglichen Vereinbarung hiezu Stellung nehmen wolle.
Herr Puaux ermächtigte mich, auf meine Frage hin, dem Herrn Bundeskanzler hiezu vertraulich Mitteilung zu machen, wobei er konstatierte, dass dieses Projekt seiner Auffassung nach den Ansichten des Herrn Bundeskanzlers recht nahekommen dürfte.

1372
Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 369 (geheim)

AdR, BKA/AA, VR
VB/Conseil – 2712/23
Z. 25021/15 Genf, 3. September 1933

Erlass Zl. 24623/15 v. 26. August[1]

Herr Bundeskanzler!
Im Besitze des citierten Erlasses habe ich Herrn Piloti gestern aufgesucht, ihn aber noch ohne Verständigung von Rom über die nunmehrige Haltung der italien. Regierung in der vorliegenden Frage gefunden. Nach Erhalt einer solchen wird er

[1] ADÖ 9/1370.

mich verständigen und erst dann glaube ich, auf Grund der neuen Sachlage mit M. Avenol neuerdings Rücksprache nehmen zu sollen.
Unterdess bitte ich mich zu dem Schlussabsatz des Erlasses betreffs Kandidatur Dänemarks wie folgt äussern zu dürfen:
Dänemark war als einziger skandinavischer Staat, obwohl es u. a. in Herrn Peter Munch einen persönlich hervorragenden Delegierten zu entsenden pflegt, noch nicht in den Rat gewählt. Aus diesem Grunde und vielleicht aus einem ähnlichen wie Oesterreich scheint es viel Wert auf seine Wahl zu legen.
Trotzdem ist es gewiss nicht ausgeschlossen, dass Dänemark, auf entsprechende Einwirkung zu Gunsten Oesterreichs zurücktritt d. h. dass Oesterreich mit Einwilligung der ganzen nordischen Gruppe, von der nach Rücktritt Dänemarks kein anderer Staat kandidieren dürfte, auf der Liste der nordischen Gruppe gewählt würde.
Hiemit befindet sich die ganze Frage wieder auf dem Gebiete der „Gruppen". Aus Nachstehendem wird hervorgehen, warum ich den oft betonten Wert auf Kenntnis der da. juridischen Auffassung betreffs der „Gruppen" lege.
Hinsichtlich der Gruppen gibt es keine schriftlichen Abmachungen, welche bekannt wären, wohl aber dürfte es vertrauliche solche zwischen einzelnen Regierungen geben. Im Gen.Sekretariat gibt es nur geheime Aufzeichnungen der jurid. Sektion, welche also nicht auf officiellen Mitteilungen beruhen.
Die Lage der einzelnen Gruppen ist, der geltenden Beurteilung nach, wesentlich verschieden. Kurz gesagt: das eine Extrem ist die lateinamerikan. Gruppe, hinsichtlich der ein praktisch nicht anfechtbares gentlemens agreement [sic!] vorliegt; das andere Extrem bildet die Dominion-Gruppe, hinsichtlich welcher so zu sagen gar keine Bindungen vorliegen. Sie beruht auf dem Einflusse Englands, und das ersetzt andere Bindungen.
Zwischen beiden liegen die Kl. Entente und die nordische Gruppe. Letztere charakterisiert sich dadurch, dass man sie als offene Gruppe bezeichnen kann. Zu ihr gehört auch die Schweiz! Sie hat als einzige schon einmal einem ihr nicht zugehörigen Staat, Finnland, die Wahl auf ihrer Liste gestattet. Sie ist andererseits so wenig fest konstituiert, dass einmal in früheren Jahren die Herren Branting und Kaarnebeek gleichzeitig durch ein Jahr im Rate sassen. Sie sucht jetzt an Geschlossenheit zu gewinnen und betont daher nachdrücklich, dass ihr Vertreter im Rate alle Staaten der Gruppe also auch die Schweiz vertritt, wie es für den Fall, dass Oesterreich auf ihrer Liste gewählt würde, auch für den Vertreter Oesterreichs gelten müsste.
Die nordische Gruppe, die auch Holland umfasst, hat kein Interesse an ihrer Vergrösserung und die Frage ist offen gelassen worden, ob ihr jetzt Finnland zugehört. Dass sie Oesterreich, auf Kosten ihres dänischen Kandidaten, die Vertretung der Gruppe für eine Wahlperiode überlässt, dürfte leichter zu erreichen sein, als die dauernde Zugehörigkeit zur Gruppe, *hängt aber von dieser als Ganzes ab.*
Da aber die Gruppe, trotz ihrer jetzigen Bestrebungen, nicht ein fest geschlossenes Ganzes bildet wie z. B. die Kl. Entente, so besteht die Frage, ob die Verpflichtung

der Wahlstaaten, jedes mal den ausscheidenden Vertreter der nordischen Gruppe durch den von ihr präsentierten neuen Kandidaten zu ersetzen, als ebenso bindend anzusehen ist, wie dies z. B. für die Kl. Entente geltend gemacht wird. Wenn nicht, so sind die Wahlstaaten frei, ihre Stimme, statt dem Kandidaten der nordischen Gruppe, Oesterreich zu geben. Damit träte die andere Eventualität ein, wonach Oesterreich nicht *als Kandidat der nordischen Gruppe, sondern statt desselben gewählt würde*. Das entspräche in gewissem Sinne, der Auffassung des eingangs citierten Erlasses, wonach von dem Abusus des Wahlgruppensystems abgewichen werden sollte.
Die Voraussetzung hiezu ist aber die Anerkennung der Auffassung, dass *da* keine Bindung gegenüber der nordischen Gruppe besteht, wo nicht eine specielle Vereinbarung, wie gewiss zwischen deren Mitgliedern gegenseitig, getroffen wurde. Die Auffassungen hierüber scheinen sehr verschieden zu sein. Es ist aber für die ha. Vertretung unerlässlich, wenn auch nicht zur offenen Verwertung, über die da. Auffassungen in diesem Punkte unterrichtet zu sein. Die betreffende ha. Bitte darf daher wiederholt werden.
Praktisch scheint es mir vorläufig nicht leicht, dass diese Auffassung durchdringt, es sei denn, dass die Grossmächte sich hierauf einigen, was auch nicht allzu wahrscheinlich ist. Das Bestehen dieser Auffassung kann aber mit Vorteil zu einem Druck auf die nordische Gruppe benützt werden und deshalb kommt ihrer Stichhältigkeit einige Bedeutung zu.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1373

Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 385 (geheim)

AdR, BKA/AA, VR
VB/Conseil – 2712/23
Z. 25020/15 Genf, 7. September 1933

Ha. Bericht No 369 v. 3. l. M.[1]

Herr Bundeskanzler!
Obwohl die Stellungnahmen einzelner Grossmächte zu der österreichischen Demarche noch nicht bekannt sind und auch der stellvertretende italienische Gene-

[1] ADÖ 9/1372.

ralsekretär von seiner Regierung, nach seiner Angabe, noch nicht instruiert wurde, deuten einzelne Anzeichen auf die Fortentwicklung der Angelegenheit hin.
So z. B. hat mein irischer Kollege, der zugleich Ratsmitglied ist, mir mitgeteilt, dass sich nicht nur das Gerücht zu verbreiten beginne, dass Oesterreich heuer in den Rat kandidiere, sondern dass auch von verschiedener Seite initiativ die Frage dieser Wahl zur Diskussion gestellt werde. Einerseits besteht mit Irland insoferne eine Abmachung, als ich bei dessen umstrittener Wahl unsere Stimme gegen Reziprozität im Falle einer Kandidatur Oesterreichs gegeben habe. Andererseits nimmt Mr. Lester einen besonderen Standpunkt ein, da er sich im Sinne der jetzigen Politik Irlands nicht an die Wünsche der britischen Regierung gebunden hält, sondern die Wahl Oesterreichs aus dem guten Verhältnis beider Delegationen heraus und aus Sympathie mit einem vergewaltigten Kleinstaat zu fördern wünscht. Hiefür ist charakteristisch, dass er initiativ erklärte, auch in der Dominion-Gruppe sei seine Stimme frei für Oesterreich und durchaus nicht an den australischen Kandidaten dieser Gruppe gebunden.
Ich antwortete, dass Oesterreich keine Kandidatur aufstelle. Wenn sich die Erspriesslichkeit seiner Wahl den anderen Delegationen von selbst aufdränge, so sei dies sehr zu begrüssen und ich ihm für jede Förderung sehr verbunden.
Mit M. Avenol hatte ich eine neuerliche Unterredung, die er damit begann, zuzugeben, dass die Eventualität der Wahl Oesterreichs Aufmerksamkeit zu erregen beginne. Ich hatte den Eindruck, dass er dem nicht ganz fremd sei und dass er vom Quai d'Orsay zu Rate gezogen worden ist.
Expressis verbis beschränkte er sich darauf, die gegen unseren Wunsch, den er als „une affaire toujours délicate" bezeichnete, wirkenden Umstände aufzuzählen. Ich führe einige an:
„Betreffs Australiens bestünden sehr wenige Bindungen. Aber der Völkerbund würde, seit dem Wegbleiben Japans, einen Fehler begehen, wenn er die Lücke in den überseeischen Ratsmitgliedern nicht wenigstens mit diesem Ueberssee-Dominion ausfüllen würde.
Gegen den freiwilligen Rücktritt Dänemarks spreche das schwerwiegende Bedenken, dass sich die dänische Regierung, da er zugunsten Oesterreichs erfolgen würde, in Berlin den Vorwurf einer unfreundlichen Handlung zuziehen könnte, was sie wahrscheinlich vermeiden wolle. sic!
Die Vergebung des neu-créierten Sitzes an Oesterreich statt an Portugal wäre wohl die glücklichste Lösung, wenn man einen Weg hiezu finden könne, aber die Portugiesen würden auf ihrem Schein bestehen."
Ich erneuerte meine Bemerkung, dass es besonders darauf anzukommen scheine, dass die Mächte sich unter einander über den Modus der Wahl verständigen und dass wir von Frankreich die Ergreifung der Initiative hiezu erhoffen. M. Avenol war derselben Meinung und stimmte der von mir, wie gemeldet, beobachteten Zurückhaltung zu, solange die Grossmächte sich nicht über Wahl und Modus ausgesprochen hätten. Dies auch deshalb, weil Alles, was auf die skandinavische

Gruppe, die jetzt geltend machen wolle, dass sie *nur* aus den drei nordischen Ländern bestehe, verstimmend wirken könnte, vermieden werden müsse.
In Paris ist man offensichtlich dem Bedenken zugänglich, was für eine Lage im Rate aus einem Rücktritte der Bundesregierung im Laufe der drei nächsten Jahre entstehen könnte. Andererseits hält man eine Gegenwirkung Deutschlands gegen die Wahl, schon mit Rücksicht auf das Beispiel, welches England Haltung im Rate gegenüber Herrn de Valera konstituiert hat, für kaum möglich.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1374

Geschäftsträger Wimmer an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 371/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 25103/13

London, 13. September 1933

Herr Bundeskanzler!
Ich machte gestern von der Aufforderung Sir Robert Vansittarts, ihn auch ohne besondere Aufträge der Bundesregierung zu besuchen, Gebrauch, um ihn zunächst an den Wunsch der österreichischen Regierung, einen Völkerbundratsitz zu erhalten, zu erinnern. Sir Robert erklärte, dass auch die italienische Botschaft sich für den Wunsch Oesterreichs eingesetzt habe, es sei jedoch noch nicht möglich, definitive Mitteilungen zu machen. Jedenfalls werde Sir John Simon, der sich mit der Angelegenheit werde eingehend befassen müssen, in Genf den Wunsch Oesterreichs im Auge behalten.
Sir Robert kam dann von selbst auf den Artikel des Daily Express vom 6. September zu sprechen und bat dringend, dieses Blatt keiner Beachtung zu würdigen. Er könne mit aller Entschiedenheit versichern, dass sich die Gefühle Grossbritanniens gegenüber Oesterreich in keiner Weise verändert haben. Bezüglich der Unterstützung Oesterreichs seitens der übrigen Mächte sei es von Bedeutung, dass die deutsche Regierung ihr der italienischen Regierung betreffend die Radiopropaganda gegebenes Versprechen in keiner Weise einhalte und es sei ausser Zweifel, dass dies auf die italienisch-deutschen Beziehungen einen ungünstigen Einfluss haben müsse. Bezüglich der Radiopropaganda selbst sei er der Ansicht, dass sie durch ihre ununterbrochene Wiederholung an Bedeutung verliere und dass die Fruchtlosigkeit der Bemühungen geradezu auf die Dauer eine Stärkung der Position der österreichischen Regierung mit sich bringen werde. Der Verlauf

des Katholikentages sei überdies als weiterer Beweis für die Stärke der Stellung der Bundesregierung zu werten. In diesem Sinne sei auch Ihre Erklärung zu begrüssen, die in Grossbritannien auf volles Verständnis stosse, wie aus dem Leitartikel der Times vom 12. September zu entnehmen sei.
Die wirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs beurteilte Vansittart durchaus optimistisch. Ich benützte diesen Anlass, um Vansittart an die in Aussicht gestellten Konzessionen Englands auf handelspolitischem Gebiete zu erinnern; er versprach der Gesandtschaft sofort eine Mitteilung zukommen zu lassen, sobald die Vorarbeiten abgeschlossen sein würden. Vansittart meinte ferner, dass in Deutschland, im Gegensatz zu Oesterreich, eine wesentliche Verschlechterung der Wirtschaft zu erwarten sei, die sich jetzt schon im Sinken der Exporte geltend mache. Alle Verschleierungsmanöver der deutschen Regierung würden die Erkenntnis nicht verhindern können, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland neuerlich wieder ansteigen werde. Er glaube, dass schon im Dezember die Lage sich derart verschoben haben werde, dass auch die Nationalsozialisten in Oesterreich einsehen werden, dass es ihnen unter der jetzigen Regierung besser gehe, als bei einem Anschluss an Deutschland. Die Zeit arbeite unbedingt für die österreichische Regierung und auch in Deutschland wisse man dies. Daher seien die jetzigen verzweifelten Propagandaanstrengungen Deutschlands in Oesterreich geradezu ein Zeichen der Schwäche, weil die deutschen Nationalsozialisten wüssten, dass die Situation für sie immer ungünstiger werden müsse. Er sei daher überzeugt, dass die österreichische Regierung, wenn sie durchhalte, schliesslich ihr Ziel erreichen werden. Dass in Deutschland bereits eine Neigung zur Verständigung bestehe, hielt Vansittart für durchaus unwahrscheinlich, und er meinte, dass die diesbezüglichen Schlussfolgerungen des zitierten Leitartikels der Times auf einem Irrtum beruhen.
Vansittart ersuchte mich schliesslich, Ihnen, Herr Bundeskanzler, seine herzlichsten Grüsse und Glückwünsche zu übermitteln. Er bat mich jedoch dringend, einen Bericht über seine Aeusserungen wegen der Gefahr der Verletzung des Briefgeheimnisses auf keinen Fall über Deutschland zu senden. Ich dankte Vansittart dafür, dass er auf die Unsicherheit des Postverkehrs über Deutschland besonders aufmerksam gemacht habe und versprach ihm, die notwendigen Vorsichtsmassnahmen zu treffen.
Die Expedition dieses Berichtes erfolgt (verschlossen) durch Vermittlung der österreichischen Gesandtschaft in Paris.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Der Geschäftsträger:
Wimmer

1375
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 25153/13 Wien, 14. September 1933

Der italienische Gesandte Preziosi ist am Tage seiner Abreise von Wien auf einen 10-tägigen Urlaub beim Herrn Bundeskanzler erschienen und hat ihn gebeten, ihm einiges über seine konkreten Absichten in innerpolitischer Beziehung zu sagen, damit er Herr Mussolini mündlich Bericht erstatten könne.[1]
Der Herr Bundeskanzler knüpfte an ein Gespräch mit Herrn Preziosi an, das er am 12. d. M. abends in Schönbrunn gehabt hat. Hiebei wiederholte der Bundeskanzler in eindringlichster Form, dass er sich hinsichtlich seiner Handlungsweise in innerpolitischer Beziehung nicht drängen lassen könne. Unter Hinweis auf die „wenig glückliche" Rede Fürst Starhemberg's vor dem Rathaus am 12. nachmittags, gebrauchte der Bundeskanzler das Bild eines an und für sich rasch gehenden Mannes, den ein anderer Mann im Rücken anzuschieben versucht, worauf naturgemäss der erste Mann so reflektiert, dass er nach rückwärts Widerstand leistet. Auf die insistente Behauptung Herrn Prezisosi's, dass das Verbleiben der Landbundvertreter in der Regierung und deren Tätigkeit in der sogenannten Ständischen Front eine grosse Gefahr für Bundeskanzler Dollfuss bedeute, da hiedurch weite, heute vielleicht für die Vaterländische Front erreichbare Kreise begreiflicherweise abgeschreckt würden, erwiderte der Herr Bundeskanzler, dass er Vor- und Nachteile dieser seiner Mitarbeiter gewissenhaft abwägen müsse und hiebei zu dem Ergebnis komme, dass das Beibehalten der Landbundvertreter in der Regierung nicht nur vom menschlichen Gesichtspunkte aus anständiger, als auch für die dem Bundeskanzler vorschwebende Entwicklung nützlicher sei. Die „demokratischen" Prinzipien, auf die sich die Ständische Front tatsächlich berufe, dürften von Herrn Preziosi nicht allzu tragisch genommen werden, da das Wesen des Landbundes in der Verteidigung agrarischer Interessen und nicht in der Hochhaltung weltanschaulicher Grundsätze liege. Uebrigens werde die Ständische Front noch vor der für den 16. d. M. angesagten Kundgebung der Vaterländischen Front beitreten. Wenn der Bundeskanzler auch heute seiner Ueberzeugung Ausdruck geben könne, dass die Landbundvertreter insbesondere der Vizekanzler loyale Mitarbeit leisten, so stehe er doch nicht an zu erklären, dass er sich von ihnen sofort lossagen würde, wenn er feststellen sollte, dass die vom Landbund befolgte Politik seinen eigenen Absichten tatsächlich zuwiderlaufe. Was den von italienischer Seite immer wieder mit allem Nachdruck ver-

[1] Vgl. DDI 7, 14/203.

langten Einfluss der Heimwehren auf seine Handlungsweise betreffe, so müsse der Bundeskanzler feststellen, dass ihn gegenwärtig nichts so sehr an raschem Handeln hindern könne als eine ungeschickte, wenn vielleicht auch gutgemeinte anfeuernde Haltung der Heimwehren. So könne er besten Gewissens sagen, dass ihn gerade die ungeschickte Rede Starhemberg's nunmehr daran hindere, in nächster Zeit energisch gegen die Wiener Gemeindeverwaltung vorzugehen. Es wäre geradezu Wahnsinn und würde alles verderben, wenn die Heimwehren, die zweifellos eine brave und patriotische Garde darstellen, aber doch jeden konstruktiven Gedankens entbehren, einen Putsch oder sonstige Gewalthandlungen setzen wollten. Der Bundeskanzler machte hiebei Herrn Preziosi sehr deutlich darauf aufmerksam, dass in der öffentlichen Meinung die Haltung der Heimwehren mit Italien in engen Zusammenhang gebracht wird. Es sei ein absoluter Irrtum, dem, wie der Bundeskanzler glaube, auch Italien zum Teil verfallen sei, dass er überhaupt nur auf Drängen der Heimwehren den Italien zusagenden Weg eingeschlagen habe und auf diesem fortschreite. Er könne in aller Aufrichtigkeit erklären, dass er immer nur aus eigener Ueberzeugung handle und ein Drängen von anderer Seite auf ihn immer nur retardierend wirke. Er bitte daher den italienischen Gesandten, seinen Einfluss in Rom dahin geltend zu machen, dass man dort diese allenfalls bestehenden irrigen Ansichten revidiere und auf die Heimwehren in dem Sinne einwirke, dass sie sich *bedingungslos* hinter den Bundeskanzler stellen. Eine bedingte Unterstützung bezw. Mitarbeit habe für ihn gar keinen Wert und untergrabe nur seine Autorität. Der Bundeskanzler machte weiters darauf aufmerksam, dass man im Ausland immer nur von Sozialisten, Nazi und Heimwehren spricht und vollkommen darauf vergisst, dass ein grosser ruhiger Stock echter österreichischer Patrioten hinter der Regierung steht, der keiner dieser drei Gruppen angehört. Diesem Stock gegenüber stellten die Heimwehren ohne Zweifel nur eine Minderheit dar, deren grosse Verdienste er in keiner Weise unterschätzen wolle, jedoch müsste auch diese Minderheit, wie oben erwähnt, in unbedingter Weise sich seiner Führung fügen und nicht Politik auf eigene Faust machen.

Nach diesem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler rekapitulierte Gesandter Preziosi mit mir die oben aufgezeichneten Darlegungen des Bundeskanzlers, wobei eindeutig hervorging, dass Herr Preziosi in höchstem Mass unzufrieden ist. Preziosi wiederholte mir gegenüber seine ganzen Besorgnisse wegen des Landbundes, der Haltung des Vizekanzlers, der Zeitung „Landpost", der weiteren Duldung der Sozialdemokratischen Partei usw. Herr Preziosi verstieg sich in seinen sehr aufgeregten Darlegungen zu der wiederholten Behauptung, dass der Bundeskanzler in den letzten Wochen eben infolge des von Preziosi immer wieder relevierten Mangels an Konzentration der Kräfte und an Fortschritt auf dem Wege der Faschistisierung Boden verloren habe. Diese Behauptung benützte ich, um Herrn Preziosi in rein freundschaftlicher, sozusagen ausserdienstlicher Form mit allem Nachdruck die mangelnde Eindeutigkeit der Haltung Itali-

ens in unserem Abwehrkampfe vor Augen zu führen. An Hand von zahlreichen Beispielen (zunehmende Radiopropaganda, Oesterreichische Legion, deutsche Pressehetze, Fall Hofer und andere Sticheleien) setzte ich Herrn Preziosi auseinander, dass die Nationalsozialisten bei uns und im Reich, aber auch die noch schwankenden Elemente bei uns ohne allen Zweifel der vielleicht unrichtigen Auffassung sind, dass Italiens Sympathien eher auf Seiten Berlins als auf Seiten der Bundeskanzlers stehen.

Auf die höchst erregten Einwände Herrn Preziosi's erwiderte ich ihm, dass es sich ja nicht um in camera caritatis gemachte Zusicherungen, oder ebenso geheim bleibende und fruchtlose Einwirkungen auf Berlin handeln könne, sondern lediglich darum, dass Italien auch wirklich Deutschland zum Einstellen seiner alle Grenzen des völkerrechtlichen Anstandes überschreitenden Offensive gegen Oesterreich veranlasse. Als sichtbare Beweise der italienischen Sympathie und der Kraft Italiens erwarte sich die Oeffentlichkeit seit langem die deutscherseits vor bald sechs Wochen versprochene Einstellung der Radiopropaganda, die Auflösung der Oesterreichischen Legion usw. Wenn Herr Preziosi immer wieder darauf hinweise, dass wir „hyper-empfindlich" seien, so müsse ich ihn doch darauf aufmerksam machen, dass man die Bedrohung Oesterreichs durch die Oesterreichische Legion wohl nicht als eine besondere Empfindlichkeit auffassen könne; was die Radiopropaganda betreffe, so sei diese gewiss nicht direkt gefährlich, jedoch ein Symptom für die Halsstarrigkeit der deutschen Machthaber gegenüber den italienischen Einwirkungsversuchen. Ich fügte in aller Deutlichkeit bei, dass, wie ich auch von den Vertretern anderer Staaten selbst erfahren habe, Italien der magere Erfolg seiner Einwirkungen auf Berlin als unverständliche Langmut und sogar als Schwäche angerechnet werde. Das Ergebnis dieser 1 ½-stündigen Auseinandersetzung war, dass Herr Preziosi sichtlich beeindruckt erklärte, sich diesen ihm neuen Aspekt der Frage durch den Kopf gehen lassen zu wollen.[2]

[2] Hornbostel gab in einem Privatschreiben gegenüber Schüller ebenfalls sein Gespräch mit Preziosi wieder. Auch in diesem Brief beklagte der Gesandte die „überaus laxe Haltung Roms" hinsichtlich der NS-Agitation gegen Österreich: „Es ist daher absolut unrichtig, wenn von italienischer Seite immer wieder ausschliesslich der innenpolitischen Seite unseres Abwehrkampfes das Hauptgewicht gegeben wird, statt, wie es unzweifelhaft richtig wäre, der aussenpolitischen, nämlich der Einwirkung Roms auf Berlin." – Hornbostel an Schüller, Wien, 13. September 1933. In: AVA, NL Hornbostel.

1376
Gesandter Tauschitz an Reichsminister Neurath
Note Nr. 73/Pol.

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 25205/13 Berlin, 16. September 1933

Euer Exzellenz,
Im Auftrage der österreichischen Bundesregierung habe ich die Ehre, Euer Exzellenz Folgendes zur Kenntnis zu bringen.
Die österreichische Bundesregierung ist seit mehreren Wochen davon informiert, dass auf reichsdeutschem Boden und zwar in Bayern eine sogenannte „Oesterreichische Legion", bestehend hauptsächlich aus österreichischen Bundesangehörigen, in Bildung begriffen ist und in verschiedenen Lagern, so in Dachau und Kloster Lechfeld unter Anleitung von Militärpersonen des Reiches militärisch ausgebildet und bewaffnet wird. Diese von verschiedenen Seiten, so aus Zeitungsnachrichten, mündlichen Mitteilungen, ja auch Androhungen von Seiten reichsdeutscher Organe, stammenden und übereinstimmenden Informationen haben in letzter Zeit in authentischen, zum Teil mit Lichtbildern belegten Berichten von Flüchtlingen der erwähnten Formation ihre Bekräftigung gefunden. Alle diese Informationen stimmen weiters darin überein, dass die „Oesterreichische Legion" den Zweck zu erfüllen hat, nach militärischer Durchbildung und Organisierung – sei es geschlossen, sei es in Gruppen – in österreichisches Gebiet einzufallen bzw. sich die gewaltsame Heimkehr nach Oesterreich zu erzwingen.
In der Bildung der „Oesterreichischen Legion" und deren militärischer Ausbildung mit der obenerwähnten Zielsetzung muss die österreichische Bundesregierung eine schwere Verletzung der völkerrechtlichen Normen erblicken, da diesen zufolge jeder Staat verpflichtet ist, die Bildung von Vereinigungen oder die Organisation von Expeditionen, die gegen die Gebiete eines anderen Staates feindlich gerichtet sind, zu verhindern und auch fremden Flüchtlingen die Vorbereitung eines Angriffes gegen ihr Land auf seinem Gebiete zu verbieten.
Die österreichische Bundesregierung sieht sich gezwungen, aufmerksam zu machen, dass der deutschen Reichsregierung für die sich aus der Bildung, Unterhaltung und Verwendung der in Rede stehenden „Oesterreichischen Legion" ergebenden Folgen und Gefahren die Verantwortung zufällt. Sie richtet daher das eindringliche Ersuchen an die deutsche Reichsregierung, die militärische Ausbildung der in Rede stehenden „Oesterreichischen Legion" ohne Verzug einstellen zu wollen.
Wenn sich die österreichische Bundesregierung auch diesmal auf die Stellung eines *Ersuchens* beschränkt, so ist dies damit zu erklären, dass die Bundesregierung auch in diesem schwerwiegenden Fall nicht vergessen will, dass es sich um Differenzen zwischen zwei deutschen Staaten handelt.

Indem ich Euer Exzellenz um eine ehegefällige geschätzte Rückäusserung[1] ersuchen darf, bleibe ich mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Ihr ergebener
[Tauschitz]

---

[1] Bülow an Tauschitz. Note Nr. II Oe 1440 (Abschrift), Berlin, 21. September 1933: „Herr Gesandter:
In Beantwortung Ihrer an den Herrn Reichsminister des Auswärtigen gerichteten Note vom 16. d. M. – Zl. 73/pol betreffend der österreichischen Regierung zugegangene Nachrichten über die angebliche militärische Ausbildung, Organisierung und Bewaffnung österreichischer Staatsangehöriger auf reichsdeutschem Gebiet mit dem Zwecke der Vorbereitung eines Einfalls in österreichisches Gebiet bezw. der Erzwingung einer gewaltsamen Heimkehr nach Oesterreich, beehre ich mich, Ihnen zu erwidern, dass alle diese Nachrichten jeder Grundlage entbehren.
Der wahre Sachverhalt ist folgender:
In den letzten Monaten sind eine grosse Anzahl österreichischer Staatsangehöriger von österreichischem Gebiet auf reichsdeutsches Gebiet übergetreten, um sich Verfolgungen zu entziehen, die ihnen wegen ihrer politischen Tätigkeit von Seiten der österreichischen Regierung drohten. Da diese zum grössten Teil mittellosen politischen Flüchtlinge nach Lage der Verhältnisse selbstverständlich nicht wieder über die österreichische Grenze abgeschoben werden konnten, da es andererseits eine zwingende Notwendigkeit war, sie von der Strasse zu entfernen und für ihre geordnete Unterbringung Sorge zu tragen, wurden sie in Arbeitslager zusammengefasst, in denen sie ständig überwacht und angemessen beschäftigt werden können. Der Zweck dieser Massnahmen erschöpft sich somit in der Sorge für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern des Reichs, insbesondere an der deutsch-österreichischen Grenze. Gerade im Interesse der Vermeidung bedenklicher Zwischenfälle an dieser Grenze erschien eine solche Unterbringung unbedingt geboten. Die der österreichischen Regierung zugegangenen Nachrichten, dass es sich hierbei um die Vorbereitung eines Einfalls dieser österreichischen Staatsangehörigen oder ihrer gewaltsamen Heimkehr nach Oesterreich handele sind somit vollkommen aus der Luft gegriffen. Was die als Unterlagen für eine derartige Behauptung übersandten Lichtbilder anlangt, so stellen diese nicht etwa Teile irgendeiner „österreichischen Legion“ dar, sondern die aus SS-Mannschaften bestehende Lagerwache des Konzentrationslagers Dachau, eines Lagers, in dem österreichische Flüchtlinge überhaupt nicht untergebracht worden sind. Dass sich im übrigen in den Organisationen der SS und SA auch vereinzelt deutschstämmige Ausländer befinden, ist bekannt und widerspricht keinen zwischenstaatlichen Bindungen oder völkerrechtlichen Grundsätzen.
Die Deutsche Regierung kann nur ihr Bedauern wiederholen, dass die österreichische Regierung es für richtig befunden hat, ohne vorherige Erkundigungen über den Sachverhalt bei der Deutschen Regierung einzuziehen, in einer amtlichen Veröffentlichung derartige Gerüchte als bewiesene Tatsachen hinzustellen, trotzdem ihre Richtigkeit im Hinblick auf eine Reihe öffentlicher Kundgebungen der Reichsregierung von vorneherein als ausgeschlossen erscheinen musste und trotzdem es sich dabei um Vorwürfe schwerster Art gegen die Ziele der Reichspolitik handelte.
Nachdem nunmehr die Angelegenheit ihre Aufklärung gefunden hat und die Unrichtigkeit der in Frage stehenden Nachrichten festgestellt worden ist, darf sich die Deutsche Regierung der bestimmten Erwartung hingeben, dass die österreichische Regierung unverzüglich alles Erforderliche veranlassen wird, um die auf Seite 6 des amtlichen Braunbuchs „Hakenkreuz gegen Oesterreich“ enthaltenen Ausführungen richtigzustellen.
Genehmigen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.
Bülow

1377

Bundeskanzleramt Abteilung 15/Völkerrecht an österreichische Vertretung beim Völkerbund (Genf)

Erlass

AdR, BKA/AA, VR
VB/Conseil – 2712/23
Z. 25021/15 Wien, 19. September 1933

Zum Bericht Nr. 385 vom 7. September l. J.[1]
Nach einer telefonischen Mitteilung, die der Gesandte Dr. Schüller noch von Rom aus an das BKA (AA) hat gelangen gelassen, hat der Referent für Völkerbundeangelegenheiten im italienischen Aussenamt Biancheri die Aussichten der Bundesregierung für einen Ratssitz als sehr ungünstig bezeichnet, weil weder Portugal noch Dänemark bereit sein würden, auf den ihnen zugesicherten Sitz zu verzichten. Er hat die Frage aufgeworfen, ob den Interessen der Bundesregierung nicht auch durch die Wahl des Herrn Bundeskanzlers zum Präsidenten der heurigen Assemblée gedient werden könne, die jedenfalls viel leichter zu erzielen wäre.
Der Herr Bundeskanzler hat sowohl Gesandten Dr. Schüller als die österr. Gesandtschaft am Quirinal davon in Kenntnis setzen lassen, dass er nicht wünsche, die Idee seiner Wahl zum Versammlungpräsidenten weiter verfolgt zu sehen.
Der französische Gesandte in Wien hat dem BKA (AA) von dem Inhalt eines Telegrammwechsels Kenntnis gegeben, der zwischen dem französischen Aussenamt und der französischen Botschaft in London in der Frage des oesterreichischen Ratssitzes stattgefunden hat. Die französische Regierung hat hinach ihren Botschafter beauftragt, sich im Foreign Office warm für die österr. Kandidatur einzusetzen und hiebei insbesondere auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass der von Portugal angestrebte 15. Sitz Oesterreich überlassen werden könnte. Die französische Regierung hat hiebei an die herzlichen Beziehungen zwischen London und Lissabon appelliert und auch davon Erwägung getan, dass sich nach ihren Informationen eine merkliche Bewegung zugunsten der Wahl Oesterreichs in den Völkerbundrat abzeichne. Die englische Regierung hat dem französischen Botschafter zwar erklärt, dass auch sie dieser Wahl mit Sympathie gegenüberstehe, ist jedoch allen konkreten Vorschlägen der französischen Regierung ausgewichen.
Als der französische Gesandte in Wien davon informiert wurde, dass die Bundesregierung nicht die Absicht habe, die Angelegenheit initiativ weiter zu verfolgen,

[1] ADÖ 9/1373.

stimmte er dem zu und meinte, es wäre klüger, wenn die Initiative zu gunsten Oesterreichs von Seiten anderer Staaten komme, was sich ja vielleicht in Genf zeigen werde.

Was die Frage anlangt, welche Auffassung das BKA (AA) betreffs der „Gruppen“ habe, so wäre hierauf folgendes zu sagen. Die Bundesregierung hat von der Einrichtung der Gruppen niemals offiziell Kenntnis erhalten, ist an keiner dieser Gruppen aktiv oder passiv beteiligt und daher auch an die Gruppeneinteilung nicht gebunden. Aus prinzipiellen Gründen ist sie der Wahl in den Rat nach Gruppen eher abgeneigt, zumindest insoweit es sich um Gruppen handelt, die nicht aus dem Bestreben gerechtfertigt werden können, bei der Vertretung im Rate die bestehenden geographischen und kulturellen Verschiedenheiten entsprechend zu berücksichtigen. Da jedoch sowohl Frankreich wie England, ersteres im Interesse der kleinen Entente, letzteres wegen der britischen Dominiens, auf die Beibehaltung des Gruppensystems Gewicht legen, kommt eine prononcierte Stellungnahme gegen dieses System wohl nicht in Frage. Jedenfalls wäre der Bundesregierung jede Aenderung des derzeitig in Kraft stehenden Modus, durch die auch für Oesterreich die Möglichkeit einer Wahl in den Rat in absehbarer Zeit geschaffen würde, dem Fortbestand des heutigen Zustandes gegenüber auch dann vorzuziehen, wenn hiebei das Gruppensystem beibehalten würde.

Leitmaier

1378

Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 191/Pol.

AdR, NPA
Tschechoslowakei 5/1
Z. 25209/13 Prag, 20. September 1933

Herr Bundeskanzler,
Herr Dr Beneš, dessen Zeit mit dem Nuntius-Konflikt und Vorbereitungen für Sinaia und Genf mehr als ausgefüllt ist, empfing mich trotz dieser Inanspruchnahme heute abends knapp vor seiner Abreise zum Präsidenten der Republik nach Topolčianky und nach Sinaia. Er interessierte sich sehr für die politische Lage in Wien und deren vermutliche Weiterentwicklung und wollte von mir wissen, ob Herr Bundeskanzler gegen die Nazibewegung durchgreifen werden, was ich unbedingt bejahte.

Gewisse Sorgen mache uns allerdings, so sagte ich, die jeder völkerrechtlichen Uebung Hohn sprechende Ausbildung einer *österreichischen Legion in Bayern*, weil wir nicht sicher sein können, ob nicht eines Tages von dortaus ein unbedachter Schritt gegen die Sicherheit unseres Territoriums, allenfalls auch gegen den Willen der Reichsregierung, unternommen werden könne. Was wohl die Tschechoslowakei in einem solchen, hoffentlich nicht aktuellen, Falle machen würde?

Wir würden, antwortete Herr Dr Beneš, abwarten, was Oesterreich von uns verlangt. Vielleicht würde man den tschechoslowakischen Grenzschutz verstärken, sonst aber nichts unternehmen, ausser die österreichische Regierung würde uns zu Hilfe rufen. Man dürfe nicht vergessen, fuhr der Minister fort, dass zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich ein Freundschaftsvertrag bestehe, den die Tschechoslowakei unbedingt einzuhalten gewillt sei. Im Sinne dieses Freundschaftsvertrages sei die Prager Regierung, wenn gewünscht, zu jeder positiven, auch politischen Zusammenarbeit bereit und unter Umständen geneigt, diese durch eine Tat zu manifestieren.

Der Minister wolle sich nach wie vor von Allem zurückhalten, was die Stellung der Regierung Dollfuss in irgend einer Weise, sei es im Verhältnis zu Deutschland, sei es in Genf, Paris oder Rom erschweren könnte. Er werde aber auch, insbesondere was den *deutschen Konflikt* oder die politische Gestaltung in Mitteleuropa anlange, aus seiner schon seit längerer Zeit beobachteten Reserve nicht hervortreten und selbst im hoffentlich unwahrscheinlichen Falle eines gewaltsamen Umsturzes in Oesterreich die Grossmächte handeln lassen. Weder Paris noch Rom würden Hitler in Oesterreich dulden, wozu sollte sich dann die kleine Tschechoslowakei exponieren! Er verfolge ferner gewissenhaft das Prinzip, sich in die innerpolitischen Verhältnisse anderer Staaten nicht einzumischen und trachte auch mit dem Deutschland Hitlers in korrekten Beziehungen zu stehen.

Ueber gewisse Tendenzen einer österreichischen Partei mache sich der Minister Gedanken. Dies sei ganz theoretisch und bedeute keine Einmischung. Er glaube, dass der *Fascismus* als Staatsform für Oesterreich ein Unglück wäre. Er wäre der erste Schritt zum Hitlerismus. Mit diesem habe der österreichische Fascismus schon jetzt zwei Devisen gemein: den Korporativismus und den Antimarxismus. Die Durchführung dieser beiden Ziele, die Unterdrückung aller Parteien und die volle Beseitigung des Marxismus liesse sich nicht ohne Diktatur machen. Die Diktatur bringe aber zwangsweise den Nationalismus mit sich und damit wäre das System des reichsdeutschen Nazismus erreicht. Und wie lange könnte sich dieses System halten? Man dürfe da nicht das italienische oder deutsche Beispiel heranziehen, Deutschland und Italien seien grosse Staaten, Oesterreich aber könnte dem Drucke des Auslandes nicht standhalten; weg wären mit einem Schlage alle Anleihen, politische und handelspolitische Hilfen, Fremdenverkehr und Sympathien, die Währung käme in Unordnung etc. etc. Aus den gleichen Erwägungen unterdrücke die tschechoslowakische Koalitions-Regierung alle

derartigen Bestrebungen im Inland im Keime und sie werde, zum Segen für das Land, auch siegreich bleiben. Der Minister sei überzeugt, dass ebenso wie für die Tschechoslowakei auch für Oesterreich nichts anderes übrig bleibe, als mit einer vernünftigen Koalition zu regieren. Dass die Sozialdemokraten in Oesterreich aus einer solchen ausgeschaltet sind, sei ihre eigene Schuld und es geschehe den Unbelehrbaren recht.

Ich fragte dann Herrn Dr Beneš, worüber in *Sinaia* verhandelt werden soll und ob man dort „Mitteleuropa" machen werde. Herr Dr Beneš verneinte letztere Frage. Die Kleine Entente wolle Niemanden vor ein Faktum stellen. Es werde in Sinaia hauptsächlich über wirtschaftliche Fragen gesprochen werden, die die drei Staaten betreffen. Man werde sozusagen *Kader* für gewisse Komplexe bilden, für das Kommunikationswesen, für Tourismus, Bankwesen u. s. w. In diesen Rahmen sollen die gegenseitigen Beziehungen schrittweise vertieft werden. Die Tschechoslowakei werde über kurz oder lang doch zur Bildung eines *Staatsmonopols für landwirtschaftliche Produkte* kommen und dadurch werde es ihr noch leichter fallen, sich unter voller Wahrung der eigenen Agrarinteressen mit den beiden agrarischen Partnern, aber auch mit Ungarn, zu verständigen.

Hier glaubte ich erwähnen zu sollen, dass wir demnächst mit neuen *Vorschlägen* betreffend unseren gegenseitigen *Handelsverkehr* hervortreten werden. Diesen sehe der Minister mit grossem Interresse entgegen und wenn diese Vorschläge geeignet sein sollten, das gegenseitige *Handelsvolumen* zu vergrössern, so werde man sie in Prag gewiss auf das Freudigste begrüssen. Die Ausdehnung des Handelsvolumens sei heute viel wichtiger, als eine aktive Handelsbilanz. Sollte es sich aber um irgendwelche *einseitige Vorteile* handeln, so würde solcher Vorschlag auf die grössten Schwierigkeiten stossen, da die Tschechoslowakei heute leider nicht mehr in der Lage sei, irgendwem einseitige Begünstigungen zu gewähren. Der tschechoslowakische Export nach Oesterreich, der dort früher an erster Stelle gestanden, sei ohnehin schon auf die vierte Stelle gesunken und man dürfe nicht verlangen, dass sich dieses Verhältnis noch verschlechtere. Unsere Abmachungen mit Italien hätten der Tschechoslowakei schon sehr geschadet, man habe aber, obzwar sie offensichtlich gegen die Meistbegünstigung verstossen, uns zu Liebe ein Auge zugedrückt. Trotzdem hält der Minister dieses Vorgehen nicht für eine gute Politik, weil sie sich auf die Dauer nicht werde aufrecht halten lassen. Die Konsequenzen hätten sich bald eingestellt: man habe zwar den tschechoslowakischen Export nach Oesterreich verringert, aber auch der eigenen Ausfuhr nach den tschechoslowakischen Ländern geschadet. Man habe unnatürliche Wege geschaffen und natürliche gestört. Das werde nicht bleiben.

[…]

Marek

1379

Bundeskanzler Dollfuß an italienischen Ministerpräsidenten Mussolini

Schreiben

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
(ohne Zahl) Wien, 22. September 1933

Euer Exzellenz,
Das hochgeschätzte Schreiben E. E. vom 9. d. M.[1] habe ich erhalten und danke Ihnen herzlichst für diesen neuerlichen Beweis loyalsten Interesses und freundschaftlicher Gesinnung. Es war mir naturgemäss überaus wertvoll, auch durch Ihre freundlichen Darlegungen über den Verlauf des Römer Besuches Fürsten Starhemberg's informiert zu werden und insbesondere die gegenständliche Auffassung E. E. kennen zu lernen.
Ich habe die Gelegenheit eines Besuches Exzellenz Preziosi's kurz vor seiner Abreise nach Rom dazu benützt, dem Herrn Gesandten meine Absichten und Erwägungen hinsichtlich der nächsten Entwicklung der Dinge in Österreich darzulegen und ihn gebeten, E. E. hievon mündlich und ausführlicher zu informieren, als mir dies auf schriftlichem Wege möglich wäre. Aus der mir durch S. Exz. Suvich zugekommenen telefonischen Mitteilung, wie auch aus den überaus warmen Stimmen der italienischen Presse und den Berichten Dr. Buresch's und Dr. Schüller's habe ich zu meiner grossen Freude entnommen, dass meine programmatische Rede vom 11. d. M. die Zustimmung E. E. gefunden hat. Ich kann E. E. versichern, dass ich dieses Programm unter Rücksichtnahme auf die besonderen österreichischen Verhältnisse mit aller Energie in die Tat umzusetzen entschlossen bin.
Die mittlerweile mit der Neugestaltung meiner Regierung eingetretenen Veränderungen stellen einen weiteren Schritt in der Entwicklung dar, die ich mir in Riccione Euer Exz. zu skizzieren erlaubt habe. Ich habe damit auch Ihrem guten Rate Rechnung getragen.
Ich hoffe nun in recht naher Zeit mit tiefgreifenden meritorischen Reformen, wie sie in meiner Programmrede angekündigt waren, hervortreten zu können.
Ich ergreife mit Freude diese Gelegenheit, um E. E. auf diesem Wege herzlichst für Ihre entscheidendes Eingreifen in der für die ganze Bauernschaft der österreichischen Alpen so wichtigen Frage unseres Holzexportes nach Italien zu danken.
Genehmigen E. E. die erneute Versicherung meiner aufrichtigsten Verehrung, in der ich mit freundschaftlichsten Gefühlen zeichne als

Ihr stets ergebener
[Dollfuß]

[1] Liegt dem Akt bei.

1380
Meldung an Bundeskanzler Dollfuß

AdR, NPA
Österreich/Geheim 7/1
Z. 25397/13 Wien, 29. September 1933

Gesandter Pflügl telephoniert, wie vereinbart, um 6 Uhr:
1.) Lage in der Völkerbundversammlung: Es haben heute gesprochen der schwedische und holländische Aussenminister sowie die Vertreter Chinas und Indiens. Die Reden des Schweden und Holländers dürften die deutsche Delegation ziemlich peinlich berührt haben, allerdings war Göbbels nicht anwesend! Morgen wird die Generaldebatte beendet, wobei weder die Deutschen noch die Italiener noch auch die Franzosen zu Worte kommen werden. Die drei genannten Vertreter werden überhaupt erst in dem Augenblicke nach Genf zurückkehren (Abreise heute bezw. morgen) wenn die Abrüstungsfrage soweit prinzipiell geklärt sein wird.
2.) Zur Frage der Begegnung mit Neurath: In diplomatischen Kreisen wird überhaupt darüber nicht gesprochen. Pressestimmen oder dgl. erwähnen die Angelegenheit gleichfalls nicht. Im Publikum wird zum Teil gesprochen, daß eine Begegnung für gestern bei Kánya vereinbart gewesen, jedoch nicht eingehalten worden sei, wobei der Grund unbekannt sei.
3.) Heutiger Besuch Pflügls bei Suvich: Suvich beurteilt die Angelegenheit der nicht stattgefundenen Unterredung mit Neurath ganz konform mit uns und meint, daß keine andere als eine normale Aussprache allein, d. h. ohne Versteckenspielen, einen Erfolg hätte bringen können. Suvich hält es auch für das klügste, daß die Abreise des Bundeskanzlers gestern erfolgt sei; eine weitere Anwesenheit hätte sicherlich keine Aenderung in dieser Frage herbeigeführt. Er betrachtet daher, wenn auch mit Bedauern, die Sache derzeit für abgeschlossen. Gegenüber der von Pflügl auftragsgemäß gemachten Anregung, Neurath wegen einer späteren Zusammenkunft zu sondieren, verhielt sich Suvich freundschaftlich ablehnend, da er der Ansicht ist, daß Neurath unbedingt unsere Initiative dahinter spüren müßte, zumal Suvich über die Angelegenheit der nicht stattgefundenen Unterredung zweimal bereits gesprochen hätte. Ein drittes Mal erscheine ihm auffällig und in unserem Sinne nicht zweckentsprechend. Unter diesen Umständen glaubt Suvich, daß eine Begegnung auf einer etwaigen zweiten Reise nicht viel Aussicht habe, weist ferner auf die Unfreiheit Neuraths hin, ist aber gerne bereit, den Gedanken, dessen Beweggründe er durchaus billige, etwa für eine andere Gelegenheit vorzubehalten.
Suvich teilte weiters Pflügl mit, daß die deutsche Delegation gestern mit den bisherigen Resultaten der Abrüstungsbesprechungen bekannt gemacht worden sei.

Suvich sowie Neurath reisen nach Rom bezw. Berlin zurück und kommen keineswegs früher nach Genf, bevor ihre Regierungen dem Abrüstungsprojekt zugestimmt haben werden; dies werde keinesfalls während der Dauer der Völkerbundversammlung eintreffen. Die Verhandlungen auf Grund des Viermächtepaktes werden auf diplomatischem Wege fortgesetzt; es wird angenommen, daß die Abrüstungskonferenz neuerlich hinausgeschoben werden muß.

1381
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel

AdR, NPA
Österreich/Geheim 7/1
Z. 25397/13 Wien, 30. September 1933

Nach Eintreffen des Herrn Bundeskanzlers in Genf hat dieser im Einvernehmen mit Gesandten Pflügl verfügt, dass bis auf weiteres die Abgabe einer Visitenkarte bei Reichsaussenminister Baron *Neurath*, der sich um den Zeitpunkt bereits in Genf befand, zu unterbleiben habe.[1] Dies motivierte Gesandter Pflügl u. a. damit, dass sich die Herren ja bei der ersten Sitzung der Assemblée Montag den 25. treffen und bei diesem Anlasse vielleicht besprechen würden, ob und wann sie sich sehen werden.
In der ersten Pause der am Montag den 25 d. M. abgehaltenen Assemblée-Sitzung, haben sich denn auch der Herr Bundeskanzler und Baron *Neurath* im Sitzungssaale selbst begrüsst, – wobei Baron *Neurath* sichtlich schwer verlegen war und der Herr Bundeskanzler an ihn die Worte richtete: „Sehen wir uns hier einmal?“ Daraufhin hat Baron *Neurath* – nach Mitteilung des Herrn Bundeskanzlers – zur Antwort gegeben: „Ich werde Sie dieser Tage besuchen.“
Dienstag den 26. morgens hat die deutsche Delegation (Kabinettschef Völkers) Legationsrat Hornbostel folgendes telefoniert:
Der Herr Bundeskanzler habe dem Herrn Reichsaussenminister gegenüber den Wunsch geäussert, mit ihm zu sprechen. Zwecks Vermeidung unerwünschten Aufsehens schlage Baron *Neurath* vor, dass der Herr Bundeskanzler zu ihm ins Carlton Park Hotel komme, da dasselbe ausserhalb der Stadt und des Journalistengetriebes liege. Der Herr Bundeskanzler hat nach Rücksprache mit Dr. Schüller, Gesandten Pflügl und LegRat Hornbostel diese Anregung negativ im folgenden Sinne beantworten lassen, was durch Legationsrat Hornbostel auf telefonischem Wege sogleich erfolgte: Der Herr Bundeskanzler steht auf dem Standpunkt, dass kein Grund vorliege, Verstecken zu spielen. Sollten auf Seite Baron *Neuraths* Hem-

[1] Vgl. ADAP, C 1/465.

mungen vorliegen, so biete vielleicht das diplomatische Protokoll Baron Neurath eine Handhabe, um dem Herrn Bundeskanzler einen kurzen Besuch abzustatten, der natürlich sehr gern und gleich seitens des Bundeskanzlers erwidert würde, so dass sich allenfalls bei dem Gegenbesuch eine meritorische Besprechung ergeben könnte. Der Sekretär der deutschen Delegation hat diese Mitteilung mit sichtlichem Verständnis entgegengenommen und eine baldige Rückantwort versprochen, die dann auch in einer halben Stunde eintraf und dahin lautete, dass Baron *Neurath* die Anregung bezgl. des ersten Besuches seitens des Bundeskanzlers nur als Vorschlag gemacht habe und nunmehr bereit sei, den Antrag zu stellen, dass die beiden Herren an einem dritten Orte zusammenkommen, als welchen er das Völkerbundsekretariat vorschlage, woselbst er um 11^{h} einer Büro-Sitzung beizuwohnen habe. Auch diesen Antrag hat der Herr Bundeskanzler naturgemäss unter Hinweis auf seine volle Inanspruchnahme während des Vormittags abgelehnt.

Mittwoch den 27. vormittags erschien der ungarische Aussenminister von *Kánya* beim Herrn Bundeskanzler und teilte ihm mit, Baron *Neurath* habe ihm gegenüber den Wunsch geäussert, den Bundeskanzler zu treffen und Kánya gefragt, ob sich dies nicht in der Form eines Gegenbesuches Baron Neurath's bei Kánya (der gleichfalls im Hotel de la Paix wohnte) derart bewerkstelligen liesse, dass der Herr Bundeskanzler während des Besuches Neuraths bei Kánya unangesagt ins Zimmer trete, woraufhin Herr von Kánya die beiden Herren allein lassen würde. Der Herr Bundeskanzler allein hat diesem Vorschlag Herrn Kánya's zugestimmt. An sich erschien dieser Modus aus dem Grunde weniger bedenklich, da diese Zusammenkunft jedenfalls *nach* der Rede des Bundeskanzlers in der Assemblée stattgefunden hätte, so dass der unsererseits befürchteten Einstellung der Presse und der deutschen Delegation, wonach die Zurückhaltung des Herrn Bundeskanzlers gegenüber Deutschland in der Rede mit den Deutschen „ausgepackelt" wäre, jeder Grund faktisch entzogen worden wäre.

Tatsächlich hat die Rede des Herrn Bundeskanzlers auf die deutsche Delegation, die anfangs sichtlich nervös und beeindruckt war, ohne Zweifel befreiend gewirkt. Dies äusserte sich auch darin, dass Baron *Neurath*, der noch unmittelbar vor der Assemblée-Sitzung Herrn von Kánya gegenüber die Hoffnung ausgesprochen hatte, der Herr Bundeskanzler werde nicht „zu aggressiv" sein, nach der Rede dem H. BK. deutlich dankend zugenickt hat. Eine andere Bekundung der deutschen Würdigung für unsere Mässigung ist nicht erfolgt.

Tags darauf am 28. d. M. morgens entschloss sich der Herr Bundeskanzler mit Rücksicht darauf, dass einerseits keine deutliche Geste von deutscher Seite vorlag, andererseits die deutschen, ohne Zweifel von Herrn Göbbels inspirierten Pressestimmen durchaus unfreundlich waren, dazu, von der mit Herrn von Kánya getroffenen Kombination abzusehen und beauftragte Leg.Rat Hornbostel dies Herrn von Kánya mitzuteilen. In dem darauffolgenden Gespräch zwischen Herrn von Kánya und Hornbostel trat das interessante Detail zutage, dass Herr Göbbels bei dem Gespräche zwischen Herrn von Kánya und Baron Neurath über die Möglichkeit einer Zusam-

menkunft mit dem Herrn Bundeskanzler anwesend gewesen war und die Bemerkung gemacht hatte, er werde ausnahmsweise Baron Neurath zu diesem Besuche bei Herrn von Kánya nicht begleiten, „um nicht zu stören". Weiters behauptete Herr von Kánya die Anregung zu dem Besuche sei seitens Herrn von Neuraths gefallen, er, Kánya, habe gar nichts dazu beigetragen und der Besuch Baron Neuraths bei ihm werde nunmehr naturgemäss entfallen, da er so mit Neurath verblieben sei. Demgegenüber konnte festgestellt werden und wurde auch nachträglich von Herrn Kánya zugegeben, dass Baron *Neurath* trotzdem Herrn von Kánya zur angesagten Stunde, d. i. ½ 11h vorm. seinen Besuch im Hotel de la Paix abgestattet hat.[2] Mittlerweile hatte sich Baron Hahn, österr. Bundesangehöriger, jedoch einer der Hauptfaktoren der deutschen Presse in Genf, beim Herrn Bundeskanzler melden lassen und ihm gegenüber erklärt, dass er im Auftrage der deutschen Delegation alles tun wolle, damit es doch zu einer Zusammenkunft zwischen dem Herrn B.K. und Baron Neurath komme. Der Herr Bundeskanzler erwiderte Baron Hahn, dass er im Prinzip gewiss nichts gegen ein Zusammentreffen mit Neurath habe, jedoch darauf bestehen müsse, dass in irgendeiner Form ein erster Schritt von Seiten Neurath's erfolge. Er (der Bundeskanzler) werde seinen Aufenthalt in Genf entgegen seinem ursprünglichen Programm bis 4h nachm. verlängern, um Baron Neurath hiezu Gelegenheit zu bieten.
Seitens Neurath's ist bis zur Abreise des H. Bundeskanzlers keinerlei weiterer Schritt erfolgt. Hingegen hat Baron Hahn nach Abreise des Bundeskanzlers in einer Pressekonferenz bei Göbbels, woselbst er mit dem Presseattaché Dr. *Fuchs* der österr. Delegation zusammengekommen ist, die Bemerkung an die Adresse des Herrn Bundeskanzlers fallen lassen, dass ein Zusammentreffen zwischen *Neurath* und dem H. Bundeskanzler „nur deshalb nicht zustandegekommen sei, weil von österreichischer Seite zwei verschiedene Vorschläge abgelehnt worden seien".
Nach neuerlicher Beratung mit Gesandten Pflügl, Legationsrat Wasserbäck und Hornbostel in Bern und auf der Strecke von Bern nach Zürich hat der H. Bundeskanzler sich dahin entschieden, dass, falls diese ganze Angelegenheit in der deutschen Presse aufgegriffen werden sollte, er sich bei erster Gelegenheit ungefähr im folgenden Sinne, sei es in der Presse, sei es in einer Rede, äussern werde und zwar: Der H. Bundeskanzler hat während der Genfer Versammlung mit einer Reihe von Staatsmännern Fühlung genommen, wobei es auch zu einer kurzen Begegnung zwischen ihm und Baron Neurath in der ersten Sitzung der Völkerbundesversammlung gekommen ist. In seiner Rede über die innere und äussere Lage Oestereichs und die österreichischen Wünsche in politischer und wirtschaftlicher Beziehung hat der Herr Bundeskanzler den Schwierigkeiten der Situation gegenüber Deutschland Rechnung getragen und gegen Erwarten Vieler die Schwierigkeiten in keiner Weise berührt, womit er neu-

[2] Einfügung: „Ueber diesen Besuch äusserte sich Herr von Kánya Leg.Rat Hornbostel gegenüber, dass Baron Neurath Kánya sein Bedauern darüber ausgedrückt habe, dass es nicht zu einem Zusammentreffen mit dem Herrn Bundeskanzler gekommen sei; Baron Neurath habe weiters erklärt, er könne die Sache leider nicht weiter forcieren, werde sich aber dadurch in keiner Weiser von seiner politischen Linie, nämlich dem Bestreben eine Entspannung herbeizuführen, abbringen lassen."

erlich die grösste Mässigkeit an den Tag gelegt hat, um die Lage nicht zu erschweren. Dies wurde auch teilweise von deutscher Seite anerkannt, jedoch in politisch bedeutsamen Teilen der deutschen Presse wurde darauf in einer Weise reagiert, dass es nicht verwunderlich ist, wenn sich hieran nicht eine eingehende Aussprache Baron *Neurath's* ergeben hat. Der H. Bundeskanzler würde nur nochmals betonen, dass unsere Mässigung und Zurückhaltung sich nur aus der Tatsache erklären lasse, dass wir uns immer bewusst seien, dass es sich um eine Angelegenheit zwischen zwei deutschen Staaten handelt. Er würde es sehr bedauern und es wäre für die deutsche Sache ein schwerer Fehler, wollte man seine Zurückhaltung etwa als Schwäche deuten.
Gleichzeitig beauftragte der H. Bundeskanzler Gesandten Pflügl sowie Legationsrat Dr. Wasserbäck, der auf einige Tage nach Genf zurückzukehren hatte, ihn auf telefonischem Wege auf dem Laufenden zu halten, ob seitens der deutschen Delegation oder in diplomatischen Kreisen diese Angelegenheit in Genf erörtert werde. Daraufhin hat Gesandter Pflügl am 29. d. M. 6^{h} abends telefonisch im Sinne der zuliegenden Meldung an den H. Bundeskanzler berichtet, womit die Angelegenheit bis auf weiteres als erledigt anzusehen ist.

Hornbostel

1382
Amtserinnerung Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten[1]

AdR, NPA
Tschechoslowakei/Geheim I/III
Z. 25346/13 Wien, 30. September 1933

Am Tage seiner Abreise nach Genf erfuhr der Herr Bundeskanzler gesprächsweise, dass Herr Dr. *Benesch* am darauffolgenden Tage in Genf einzutreffen beabsichtige und seine Reiseroute aus Sinaia über Oesterreich nehme. Daraufhin beauftragte der Herr Bundeskanzler den Gefertigten, wenn möglich, anlässlich der Kreuzung der beiden Züge, eine kurze Zusammenkunft mit Dr. Benesch in die Wege zu leiten. Dies ist auch durch eine diesbezügliche Anfrage an Dr. Benesch von Bern aus, im Wege unserer Gesandtschaft und der Bundesbahndirektion West-Wien erfolgt; Dr. Benesch hat diese Einladung, laut zuliegendem Dienstzettel der Bundesbahndirektion[2], angenommen.
In Wörgl fand sodann am 29. d. M. 6^{h} früh eine Zusammenkunft des Herrn Bundeskanzlers mit Dr. *Benesch* in dem letzteren Salonwagen statt, die ungefähr 20'

[1] Erging auch an Gesandten Marek.
[2] Dienstfernschrift der ÖBB liegt dem OD bei.

währte. Hierüber wurde unsererseits ein kurzes Communiqué ausgegeben, welches in den Wiener Abendblättern des 29. und den Morgenblättern des 30 d. M. erschienen ist. Meritorisch hat diese Unterredung, laut Mitteilung des Herrn Bundeskanzlers, folgendes ergeben:
1.) Dr. *Benesch* erklärte, ähnlich wie er dies kürzlich Gesandten Dr. Marek gegenüber getan hatte, dem Herrn Bundeskanzler, dass die tschechoslowakische Regierung mit ihm in seinem Abwehrkampfe gegen den Nationalsozialismus vollkommen zur Verfügung stehe. Sollte es zu einem Handstreich seitens der Nationalsozialisten von aussen her kommen, so würde die Tschechoslowakei nur dann militärisch reagieren – selbst wenn Italien bereits militärische Massnahmen genommen hätte – wenn es der Herr Bundeskanzler ausdrücklich wünsche. Hinsichtlich der innerpolitischen Entwicklung in Oesterreich wiederholte Dr. Benesch seine uns sattsam bekannte Auffassung, dass er eine gewisse Heranziehung der linken und demokratischen Kreise in Oesterreich für wünschenswert halte, fügte jedoch bei, dass er vollkommen einsehe, dass die österreichischen Sozialdemokraten nicht koalitionsfähig seien. Er bot sich auch dem H. Bundeskanzler dazu an, gewünschtenfalls durch die tschechoslowakischen Sozialdemokraten auf die österreichischen einzuwirken.
2.) Hinsichtlich Sinaia erklärte Dr. Benesch, dass die dort gefassten Beschlüsse keinerlei Spitze gegen irgendeinen Donaustaat – auch nicht Ungarn – hätten, sondern hauptsächlich auf den engeren Zusammenschluss der drei kleinen Entetestaaten in wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Hinsicht hinzielten.
3.) Ueber die wirtschaftlichen Donaufragen, wie sie während der Anwesenheit des H. Bundeskanzlers in Genf mit den Italienern besprochen wurden, hat der H. Bundeskanzler nur ganz oberflächlich mit Dr. Benesch gesprochen.
Dr. Benesch schien über die Tatsache der Zusammenkunft und die vom H. Bundeskanzler hiezu ergriffene Initiative sichtlich hochbefriedigt.

1383

Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 205/Pol.

AdR, NPA
Kleine Entente/Geheim
Z. 25566/13 Prag, 9. Oktober 1933

Herr Bundeskanzler,
Herr Dr Beneš hat seinen Aufenthalt in Genf unterbrochen und kam für zwei Tage nach Prag, um dem Ministerrat über dessen Verlangen einen Bericht über die Kon-

ferenz der Kleinen Entente in Sinaia und die Lage in Genf, sowie über die gesamte aussenpolitische Situation zu erstatten. Es war nicht leicht, ihn während dieses kurzen Aufenthaltes in Prag in Anspruch zu nehmen, es gelang mir aber dennoch, von ihm am Samstag, dem 7. ds. vormittags empfangen zu werden.
Ich stellte an Herrn Dr Beneš weisungsgemäss die Frage, welche Bewandtnis es mit dem durch die „Agence Avala" veröffentlichten Kommuniqué hat und was insbesondere der im oben angeführten Erlasse zitierte Passus „décisions appropriées furent prises" bedeute.
Selbstverständlich, sagte Herr Dr Beneš, beziehe sich dieser Passus hauptsächlich auf die Verhältnisse in und um Oesterreich, doch könnten wir, meinte der Minister über die Tendenz vollkommen beruhigt sein, die Disposition der Tschechoslowakei und der Kleinen Entente Oeseterreich gegenüber wären noch nie so freundschaftlich gewesen wie eben jetzt. Die offizielle österreichische Politik habe sich in ihren allgemeinen Zielen den Wünschen und der Politik der Kleinen Entente derart genähert, dass sich die beiderseitigen Anschauungen eigentlich vollständig decken. Die Kleine Entente billige voll und ganz die Bestrebungen der gegenwärtigen österreichischen Regierung, die Selbständigkeit nach allen Seiten zu wahren und Oesterreich weder zu einer Satrapie Deutschlands, noch aber zu einer Satrapie Italiens zu machen. Niemand habe sich in die innerösterreichischen Angelegenheiten einzumischen und auch die Kleine Entente werde mit aller Konsequenz diese Politik der Nichteinmischung befolgen. Aehnlich habe Herr Dr Beneš auch zu Herrn Bundeskanzler in Wörgl gesprochen.
Auf meine ausdrückliche Frage wiederholte Herr Dr Beneš nochmals, was er mir bereits einmal erklärt hätte /mein Bericht vom 20.VIII., Zl. 191/Pol./[1], dass dieses Prinzip der Nichteinmischung seitens aller drei Staaten der Kleinen Entente auch in dem Falle gewahrt werden würde, wenn, was man nicht hoffen wolle, ein Einfall der österreichischen Legion aus Bayern in Oesterreich geschehen würde. Die Tschechoslowakei und die Kleinen Entente würden in diesem Falle abwarten, was Oesterreich selbst wünsche und ob es eine moralische oder materielle Hilfe haben wolle. Beides würde über Wunsch, und der Minister betone mit allem Nachdruck *nur über Wunsch Oesterreichs* gewährt werden. Dr Beneš verspreche mir, er würde sich über jede Aktion, die er in diesem Falle allenfalls unternehmen würde, vorher mit uns verständigen. Absolute Loyalität und Freundschaft gegenüber Oesterreich sei sein Leitmotiv. Mit allem Nachdrucke möchte der Minister an die Adresse Oesterreichs erklären – und er bitte mich, dies nach Wien zu melden: „Habt keine Angst vor uns, wir wollen Euch nichts und wir wollen in Bezug auf Oesterreich auch keine Prestigeerfolge".
Dies gelte, betonte Herr Dr Beneš auf meine ausdrückliche Frage, nicht nur für die Tschechoslowakei, sondern für die Kleine Entente überhaupt. In Sinaia habe man konstatiert, es sei für die Kleine Entente am besten, man bleibe unter sich, „à trois".

[1] AdR, Gesandtschaft Prag.

Diese Exklusivität der Kleinen Entente stimmt nicht überein mit den Worten des Herrn Präsidenten Dr Masaryk, die dieser zu mir in Topolčianky sagte /mein Bericht vom 27.IX. l. Js., Zl. 194/Pol./[2]. Er sehe den einzigen Ausgang aus der mitteleuropäischen Krise darin, dass „wir drei", d. h. Oesterreich, Tschechoslowakei und Ungarn, uns verständigen. Diese Worte waren allerdings noch vor der Konferenz in Sinaia gesprochen und es wäre möglich, dass man dort zu einer anderen Ansicht gekommen ist oder dass sich die Anschauung des Präsidenten nicht mehr mit jener seines Aussenministers deckt, der allerdings früher – ich darf auf meine einschlägige Berichterstattung verweisen – mir gegenüber wiederholt ähnlich gesprochen und eine zeitlang sogar bereit schien, gegen den Preis eines Zusammengehens mit Oesterreich und Ungarn, vielleicht sogar die beiden anderen Vertragspartner der Kleinen Entente mehr oder minder fallen zu lassen.

In der ganz dezidierten und mit allem Nachrucke vorgebrachten Erklärung Dr Beneš's der absoluten Nichteinmischung auch für den Fall allfälliger durch die österreichische Legion hervorgerufener Unruhen, glaubte ich auch eine gewisse Abweichung von den Ausführungen Dr Krofta's konstatieren zu müssen /mein Bericht vom 5.X. l. Js., Zl. 203/Pol./[3], der diese Nichteinmischung gewissermassen nur bedingt gelten lassen wollte, „wenn hieduch nicht die Interessen tschechoslowakischer Staatsbürger in Oesterreich bedroht werden würden."

Ich wollte darüber Klarheit haben und sagte Herrn Dr Beneš, ohne den Namen Dr Krofta's zu nennen, es sei mir von ernst zu nehmender Seite zugetragen worden, dass man allenfalls leicht eine Bedrohung tschechoslowakischer Staatsangehöriger in Oesterreich konstruieren könnte und dann wohl eingreifen müsste. Auch bestehe die Absicht, im Falle eines Einmarsches der Legion sofort an Genf zu appellieren.

Die erstere Information erklärte Herr Dr Beneš in seiner drastischen Art als „blödes Gewäsch". Das mit Genf sei insoferne richtig und beziehe sich auf den Fall, dass Oesterreich besetzt werden würde. Dann würde sich Dr Beneš sofort nach Paris und London wenden und die Sache käme dann automatisch nach Genf, so habe er auch Herrn Bundeskanzler in Wörgl gesagt. Keinesfalls wolle und könne die Tschechoslowakei auch in einem solchen Falle auch nur einen Kreuzer opfern. Es dürfte uns wohl genau so wie der Tschechoslowakei bekannt sein, dass Herr Mussolini an der Tiroler Grenze Truppen konzentriert habe und im gegebenen Falle in Oesterreich einmarschieren wolle. Wenn es *ihm* seine Kasse erlaube, so sei dies gut, er werde dann natürlich nicht nur seine eigenen Truppen ernähren, sondern auch die besetzten Gebiete erhalten müssen; und wie lang Italien dies aushalten würde, sei eine Frage für sich. Die Tschechoslowakei habe ganz andere Sorgen als an derartige Unternehmungen zu denken.

Eines allerdings würde die Tschechoslowakei und die Kleine Entente auf keinen Fall dulden. Das wäre, wenn sich die Magyaren rühren sollten. Deswegen emp-

[2] AdR, Gesandtschaft Prag.
[3] AdR, Gesandtschaft Prag.

fehle uns Herr Dr Beneš sehr auf Ungarn zu achten, denn von dort aus könnten uns Gefahren drohen. Sollten die Ungarn die Situation benützen wollen und im Burgenlande einmarschieren, von wo sie Oesterreich allein kaum herausbringen würde, so würde die Kleine Entente sofort einschreiten und die Ungarn mit militärischer Gewalt aus dem Burgenland hinaustreiben. Herr Dr Beneš hoffe, dass es nicht so weit kommen wird und er wünsche es auch nicht.
Aus der Entschiedenheit, mit der mir der Minister dies alles sage und seinen präzisen Worten möge ich entnehmen, dass sowohl er als auch die Kleinen Entente entschlossen seien so zu handeln, wie er es eben sagte. Nochmals wolle er betonen, Oesterreich dürfe keine Angst vor der Tschechoslowakei und vor der Kleinen Entente haben, er huldige seinem Grundsatz „Ich Herr, Du Herr".
Die Geschichte habe, so fuhr Dr Beneš fort, immer gezeigt, dass es den Tschechen schlecht bekommen ist, wenn sie sich in Wiener Angelegenheiten eingemischt hätten. Dr Beneš wolle diese Fehler nicht wiederholen. Sich zu einer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete möglichst eng zu liieren, und diese Zusammenarbeit auch in eine politische Freundschaft auswirken zu lassen, dies sei alles, was der Minister wolle, aber nicht um einen Schritt weiter. Er sei überzeugt, dass diese bindende Versicherung für Oesterreich in seiner heutigen Situation eine moralische Hilfe und für die Regierung eine positive Stärkung bedeuten könne.
Dr Beneš's Absicht sei es zuerst gewesen, aus Genf über Wien zu fahren um die mir soeben skizzierte Linie seiner Politik zu unterstreichen. Er hätte so der Einladung entsprochen, die Herr Bundeskanzler an Dr Beneš in Wörgl gerichtet hätten. Die knappe Zeit habe es ihm unmöglich gemacht diese Absicht zu verwirklichen, doch wolle er trachten, bei der nächsten Rückfahrt aus Genf, die um den 20. Oktober herum stattfinden dürfte, über Wien zu kommen. Er würde sich dort allenfalls nur einige Stunden aufhalten, Herrn Bundeskanzler besuchen und ohne viel Aufhebens mit Ihnen die Lage besprechen. Er wolle mich noch von Genf aus entsprechend verständigen.
Wir kamen dann auf die innerpolitische Lage in Oesterreich zu sprechen, auf die Umtriebe der Nationalsozialisten und auf das *Verhalten der Sozialdemokratie*. Herr Dr Beneš erzählte mir, er hätte Herrn Bundeskanzler zugesagt, durch die tschechoslowakischen Sozialdemokraten auf die Wiener Genossen einwirken zu lassen, sie mögen keine unbedachten Schritte unternehmen und die Lage in Oesterreich nicht noch mehr erschweren. Nun sei Dr Beneš im „Populaire" schon von Herrn Blum attackiert worden, dass ihm die Schuld zuzuschreiben sein werde, wenn in Oesterreich etwas passiert und es wurde auf Herrn Boncour hingewiesen, der auf Oesterreich dahin zu wirken trachte, dass dort kein Faszismus Platz greife und keine Zersetzung der Demokratie erfolge. Auch er, Dr Beneš, sei überzeugt, dass der Faszismus in Oesterreich nur der Wegbereiter für den Hitlerismus wäre. Deshalb halte Dr Beneš die bisherige Politik der Regierung Dollfuss auch gegenüber den Sozialdemokraten für richtig. Dr Beneš begreife,

dass sich der Bundeskanzler nicht mit den Sozialdemokraten verbrüdern könne und dass die österreichischen Sozialdemokraten selbst die Schuld an allem haben, was mit ihnen bisher geschehen. Dem Minister liege es ganz fern sich in unsere innerpolitischen Angelegenheiten einmischen zu wollen, doch glaube er raten zu dürfen, die Regierung solle eine Verschärfung des Konfliktes mit den Sozialdemokraten lieben vermeiden, da diese gegenwärtig in einer solchen psychologischen Situation seien, dass sie auch zu den äussersten Mitteln greifen würden, selbst auf die Gefahr und im Bewusstsein, dass sie sich dadurch selbst umbringen. Es müsse daher mit grosser Vorsicht vorgegangen werden und zwar auch von tschechoslowakischer Seite. Jedenfalls werde Dr Beneš aber versuchen auf die österreichischen Sozialdemokraten entsprechend einzuwirken.

Herr Bundeskanzler, so fuhr Dr Beneš fort, hätten heute eine ungeheure Popularität im ganzen Westen, in England, Frankreich, Skandinavien, in der Schweiz und in Holland. Wenn es in Oesterreich zum Blutvergiessen käme, wäre diese Popularität sicherlich weg. Es sei gewiss nicht leicht, die einschlägigen Fragen in Oesterreich zu lösen, umsoweniger als die österreichischen Sozialdemokraten es der Regierung nicht leicht machen. Umsomehr müsse man achtgeben. Dies sei die Meinung eines objektiven Beobachters.

Zum Schlusse kam der Minister nochmals auf seinen beabsichtigten Besuch in Wien zu sprechen. Er lässt Herrn Bundeskanzler bitten, ihn vorher wissen zu lassen, ob der Besuch vom Standpunkt der österreichischen Regierungspolitik nützlich und genehm wäre. Sollte die Situation so sein, dass auch nur eine kurze freundschaftliche Aussprache in Wien nicht in den Rahmen Ihrer Politik passen würde, dann würde Dr Beneš diesen Besuch unterlassen. Sollten Herr Bundeskanzler der Ansicht sein, dass eine solche Zusammenkunft eine gewisse Bedeutung, wenn auch nur eine moralische, hätte, dann würde Herr Dr Beneš gern kommen, auch deshalb schon, weil er sich davon eine günstige Wirkung auf die tschechische Oeffentlichkeit verspräche, der man das freundschaftliche Verhältnis mit Oesterreich ad oculos demonstrieren und sie im gleichen Sinne beeinflussen würde.

Wenn ich den Inhalt und Sinn des vorstehenden Gespräches kurz rekapitulieren darf, so scheint mir daraus als feststehend Folgendes hervorzugehen: Die Tschechoslowakei will sich, was immer in der nächsten Zeit geschehen mag, zurückhaltend benehmen und ohne Einvernehmen mit uns nichts veranlassen. Das gilt auch für die Kleine Entente und gilt auch für den Fall eines etwaigen Einmarsches italienischer Truppen. Ein militärisches Eingreifen der Kleinen Entente würde dann erfolgen, wenn Ungarn etwas gegen das Burgenland unternehmen sollte. Dies dürfte im Wesen der Niederschlag der einschlägigen Besprechung in Sinaia gewesen sein.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1384
Legationsrat Hornbostel an Gesandten Pflügl (Genf)

Privatschreiben

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 25566/13 Wien, 12. Oktober 1933

Hochverehrter Freund,
Zu Deiner Information erlaube ich mir Dir sogleich Folgendes mitzuteilen:
Herr Beneš hat vorigen Samstag während seines kurzen Aufenthaltes in Prag bei Gesandten Marek angeklopft, ob es dem Bundeskanzler angenehm wäre, wenn er auf seiner nächsten Rückreise aus Genf, um den 20. ds. herum, Wien berühren und diesen Anlaß zu einem kurzen freundschaftlichen Gespräch mit unserem Chef benützen würde. Auf diesen uns heute zugekommenen Bericht Dr. Mareks antworten wir heute, daß „wenn Herr Beneš seine Rückreiseroute über Wien nehmen wollte, dies vom Herrn Bundeskanzler herzlichst begrüßt würde."
Es versteht sich von selbst, daß wir damit im Vorhinein keinen Lärm schlagen wollen, andererseits erscheint uns allen eine Aussprache zwischen dem Bundeskanzler und Beneš sowohl mit Rücksicht auf die wieder ziemlich virulenten hiesigen Sozi als auch in Anbetracht des immerhin beträchtlichen Gewichtes Beneš' hinsichtlich der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Donaufrage zweckmäßig.
Mit den herzlichsten Grüssen bleibe ich in alter Verehrung

Dein stets ganz ergebener
Hornbostel

1385
Amtserinnerung Legationsrat Hornbostel (geheim)

AdR, NPA
Österreich/Geheim 5/7
Z. 25700/13 Wien, 17. Oktober 1933

Der H. italienische Gesandte Preziosi verlas heute dem Herrn Bundeskanzler ein Telegramm Herrn *Mussolini's* ungefähr folgenden Inhaltes[1]:

[1] Vgl. DDI 7, 14/293-294.

Herr *Mussolini* lenkt die Aufmerksamkeit des Herrn Bundeskanzlers auf die erhöhte Tätigkeit der österreichischen Sozialdemokraten (Gewerkschaftskongress, Parteitag); ferner deutet er an, dass ihm der angedrohte Generalstreik eine Gelegenheit zu sein scheine, um gegen die österreichischen Sozialdemokraten energisch vorzugehen, weiters empfiehlt Herr *Mussolini* dem Herrn Bundeskanzler die Zeitfrist bis zu den reichsdeutschen Wahlen dazu zu benützen, die österreichische Vaterländische Front entsprechend zu verstärken, da angenommen werden kann, dass die Aufmerksamkeit der leitenden deutschen Kreise während dieser Spanne von den inneren Geschehnissen im Deutschen Reiche absorbiert sein werde; schliesslich beauftragt Herr Mussolini Herrn Preziosi den H. Bundeskanzler zu fragen, ob nicht auch ihm erwünscht wäre, wenn die in letzter Zeit sich intensiver bemerkbar machenden legitimistischen Manifestationen eingedämmt würden. Zu diesen im Telegramm Herrn *Mussolini's* aufgeworfenen Fragen hat der H. Bundeskanzler wie folgt geantwortet:

Zur Frage der sozialdemokratischen Aktivität verwies der H. Bundeskanzler darauf, dass gerade der Ablauf des jüngsten sozialdemokratischen Parteitages ihn davon überzeugt habe, dass die Politik der Regierung, die Sozialdemokratische Partei schrittweise auszuhöhlen, der richtigste Weg sei. Als Beweis hiefür führte er an, dass gerade einer der radikalsten Sozialisten die Partei für erhöhte Aktivität gewinnen wollte, indem er darauf hinwies, dass die Taktik Dr. Dollfuss' für die Partei wesentlich gefährlicher sei, als welcher Brutalitätsakt immer. Uebrigens versprach der Bundeskanzler Herrn *Preziosi* durch Legationsrat Hornbostel Einsicht in die dem Herrn Staatssekretär für öffentliche Sicherheit *Karwinski* zur Verfügung stehenden Berichte über den sozialdemokratischen Parteitag nehmen zu lassen. – Was den Generalstreik betrifft so sei derselbe nur sehr zaghaft einmal angekündigt worden und heute so gut wie unrealisierbar, schon deshalb da die Sozialdemokraten, wie sie selber auf dem Parteitag durchblicken liessen, die Eisenbahner als für die sozialdemokratische Partei verloren ansehen, ein Generalstreik ohne Eisenbahner wohl aber eine lächerliche Angelegenheit wäre. Auch Dr. *Bauer* habe in seiner Rede auf dem Parteitag sehr eindringlich vor einem Generalstreik gewarnt und auf die Schwierigkeiten und die geringen Aussichten eines solchen hingewiesen.

Was die Ausnützung der gegenwärtigen Konjunktur infolge der Inanspruchnahme Deutschlands durch die inneren und äusseren Vorgänge betreffe, stimme der H. Bundeskanzler dieser Auffassung vollkommen zu. Er gab Herrn Preziosi zu bedenken und dieser erklärte sich bereit darüber zu berichten, dass es vielleicht für Deutschland gerade der richtige Augenblick wäre, seine Politik gegenüber Oesterreich zu revidieren, um die durch seinen Austritt aus dem Völkerbund verursachte peinliche und nervöse Stimmung in der Welt gegenüber Deutschland abzuschwächen. Der Bundeskanzler selbst wage nicht zu hoffen, dass die Deutschen sich eines Besseren besinnen werden und hält eine Stärkung des patriotischen Auftriebes in Oesterreich auch von dem Gesichtspunkte für nützlich, um etwa einer nach den Wahlen im Reiche eintretenden neuerlichen Verstärkung der deutschen Attacke sicherer entgegentreten zu können.

Was schliesslich die Frage der legitimistischen Manifestationen betreffe, so stimme der Bundeskanzler mit der Auffassung Herr *Mussolini's* vollkommen überein.
Der H. Bundeskanzler erklärte H. Preziosi, dass er schon vor geraumer Zeit seinen Standpunkt in der Frage des Legitimismus Herzog Max *Hohenberg* mit dem Anheimgeben, Exkaiserin Zita und ihren Sohn Otto zu informieren, auseinandergesetzt hat. Der Standpunkt des Bundeskanzlers lässt sich dahin zusammenfassen, dass der Legitimismus ebenso wie die Regierung Dollfuss ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs haben und seitens der Legitimisten alles vermieden werden müsse, der österreichischen Regierung in diesem Kampfe Schwierigkeiten zu bereiten, denn mit einer Kompromittierung oder dem Verlust der Unabhängigkeit Oesterreichs verschwinde auch automatisch der Traum der Legitimisten, für den der Bestand eines unabhängigen und politisch wie wirtschaftlich konsolidierten Oesterreich die erste und wichtigste Voraussetzung bilde. Herzog von Hohenberg habe sich, nach seinen Informationen, dieser Aufgabe in vernünftiger Weise entledigt und der H. Bundeskanzler lege den zeitweiligen Manifestationen, so unangenehm sie im Moment wirken, keine ernstere Bedeutung bei.
Ueber den morgigen Besuch des tschechoslowakischen Aussenministers Dr. *Benesch* erwähnte Gesandter Preziosi, dass er dahin informiert sei, dass nunmehr auch Dr. *Benesch* das italienische Memorandum über die Regelung der wirtschaftlichen Donaufragen günstiger auffasse. Beide Herren waren sich dahin einig, dass Dr. *Benesch* anscheinend sich Mühe gebe, sich Italien etwas zu nähern; dies erkläre sich wohl daraus, dass die beiden anderen Partner der Kleinen Entente in ihrer Politik gegenüber Italien wie auch in ihren wirtschaftlichen Interessen mit der Tschechoslowakei keineswegs konform vorgehen. Trotzdem glaubte Herr *Preziosi*, dass *Benesch* wieder irgendeinen Plan oder eine Intrigue im Kopf habe, etwa wieder die alte Idee einer Kombination zwischen Tschechoslowakei, Oesterreich und Ungarn.
Der Herr Bundeskanzler versprach Gesandten Preziosi ihn durch Legationsrat Hornbostel ehestens über das Ergebnis der Unterredung mit Dr. *Benesch* informieren zu lassen.
Hinsichtlich der deutschen Ereignisse war Herr *Preziosi* der Auffassung, dass diese das österreichisch-deutsche Verhältnis etwas entspannen würden.
Der. H. Bundeskanzler hält es nicht für ausgeschlossen, dass die deutsche Haltung in der Gleichberechtigungsfrage doch auch auf die österreichischen Nationalsozialisten in aneiferndem Sinne wirken könnte. Der Bundeskanzler drückte seine Beruhigung hinsichtlich der dadurch entstandenen europäischen Krise mit der Begründung aus, dass ja wieder Herr *Mussolini* die Schlüsselstellung in der ganzen Frage einnehmen werde.
Bezüglich Ungarns machte der H. Bundeskanzler Herrn Preziosi darauf aufmerksam, dass die letzten Aeusserungen dieses Landes mit Bezug auf die deutschen Ereignisse in ihm die Auffassung bestärkten, dass Ungarn doch eine Politik auf

zwei Sesseln mache: in wirtschaftlichen Dinge lehne sich Ungarn gewiss an Italien an, andererseits liesse es sich doch auch von Berlin dirigieren. Der Bundeskanzler wies darauf hin, dass sein Verhältnis zu Ungarn wesentlich davon beeinflusst sei, ob Ungarn ausschliesslich im Einvernehmen mit Italien seine Politik mache oder ob es sich auch von Deutschland leiten lasse. Er habe den Eindruck, dass sich Ungarn in letzter Zeit wieder – ebenso wie vor einigen Monaten – gegenüber Deutschland eine gewisse Selbständigkeit erlaube und das mache ihn (den Bundeskanzler) natürlich Ungarn gegenüber etwas zurückhaltender.

1386
Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 221/Pol.

AdR, NPA
Tschechoslowakei I/III
Z. 25891/13 Prag, 23. Oktober 1933

Herr Bundeskanzler,
Aussenminister Dr Beneš empfieng mich am 21. d. Mts. nach seiner Rückkehr aus Wien und erzählte mir von seinen dortigen Eindrücken und von seiner Unterredung mit Herrn Bundeskanzler. Er zeigte sich über den Empfang und das Resultat seiner Verhandlungen sehr befriedigt und betonte, dass sein Besuch – und dies sei mit seine Absicht gewesen – wesentlich dazu beigetragen haben dürfte, das gute Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich vor aller Welt und insbesondere aber vor der tschechoslowakischen Oeffentlichkeit zu dokumentieren.
Auf meine Zwischenbemerkung, dass sich diese Erkenntnis bei einer mächtigen tschechischen Regierungspartei, den Sozialdemokraten, scheinbar noch nicht ausgewirkt habe, da deren Hauptorgan, das „Právo Lidu“, am Tage nach der Rückkehr des Aussenministers aus Wien die österreichische Regierung scharf angreife und das österreichische Regierungssystem als „jesuitischen Faschismus“ bezeichne, antwortete Herr Dr Beneš, er sei bereit, wenn ich es wünsche, jedwedes Bedauern über diese Entgleisung auszusprechen, er könne aber, im Sinne des so liberalen tschechoslowakischen Pressegesetzes nie etwas anderes tun, als die Redaktionen zu ermahnen, ihnen ihre Schreibweise ausstellig zu bemerken und sie zu ersuchen, Angriffe in Zukunft zu vermeiden. Ich zog es vor, mit Dr Beneš nicht gerade jetzt zu polemisieren und ihn zu fragen, woher denn die vielen weissen Stellen in den hiesigen Zeitungen kommen und ob denn der Zensor nicht auch einmal seinen Bleistift zücken könnte, wenn es sich um einen Angriff gegen eine fremde, noch dazu befreundete, Regierung handle.

Die hiesigen Sozialdemokraten seien eben, so meinte der Aussenminister, sehr beunruhigt und sie glauben, durch derartige Artikel den österreichischen Genossen zu Hilfe kommen zu können. Meine Frage, ob Dr Beneš in Wien, auf der tschechoslowakischen Gesandtschaft oder sonst, mit österreichischen Sozialdemokraten gesprochen habe, wurde verneint. Dem Minister sei jedoch durch Herrn Soukop, der dem sozialdemokratischen Parteitag in Wien als tschechoslowakischer Delegierter beigewohnt habe, ausführlich berichtet worden und er habe übrigens auch in Genf Gelegenheit gehabt, mit den westländischen Sozialdemokraten, die aus Wien gekommen sind, zu sprechen. Dadurch sei er über die Stimmungen und Absichten dieser Partei so ziemlich orientiert. Er könne daher auch meine eigene Wahrnehmung – ich hatte tags vorher zufällig ein Gespräch mit einigen „Kathedersozialisten", das ich erwähnte – vollauf bestätigen. Er wisse, dass die Wiener Sozialdemokraten um keinen Preis das Beispiel der reichsdeutschen Genossen nachahmen und widerstandslos ihrer eigenen Vernichtung zusehen wollen, weil sie hiedurch ihre ganze Zukunft verspielen würden. Wenn es in Deutschland zu einem Umsturz kommen sollte, so werde Niemand mehr mit den Sozialdemokraten gehen, die sich einfach vor Hitler verkrochen haben, sondern Alles werde kommunistisch werden. Deshalb – so argumentiere man in Wien – müsse gegebenenfalls zum äussersten Widerstand geschritten werden, auch wenn er für den Moment nutzlos und für die Partei vorerst verderblich wäre. Aus diesem Gesichtspunkt werden der Generalstreik vorbereitet und die äussersten Abwehrmittel in Rechnung gezogen. Die Kenntnis dieser Stimmung veranlasse Dr Beneš, die österreichische Regierung immer wieder freundschaftlich zur Vorsicht zu mahnen, damit es bei uns nicht etwa zum Bürgerkrieg und zu Blutvergiessen komme, woraus sich unter Umständen ganz unabsehbare Konsequenzen ergeben könnten. Die österreichischen Sozialdemokraten seien ohnehin schon so klein, so eingeschüchtert und kompromissbereit, dass es der Regierung ein Leichtes sein werde, auch ohne besondere Gewaltmassregeln zum Ziele zu gelangen. Eine Einmischung in unsere innerpolitischen Verhältnisse, betonte Herr Dr Beneš, möge ich aus diesen seinen Worten nicht ableiten, sie liege ihm vollkommen ferne, es spreche aus ihm nur die Sorge des befreundeten Nachbarn.
In Bezug auf *Deutschland* habe sich Dr Beneš, obzwar er von dort schon seit langem nichts Gutes erwarte, getäuscht. In Wien noch habe er der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass Deutschland mit dem Austritt aus dem Völkerbund nur drohe, ihn aber faktisch nicht ausführen werde. Nun liege aber die schriftliche Austrittserklärung vor und die internationale Lage habe eine weitere Trübung und Verschärfung erfahren. Der *Viererpakt* ist nach Ansicht Dr Beneš's nunmehr begraben, Frankreich werde ihn unter diesen Umständen nie und nimmer ratifizieren, denn er habe die Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes zur Voraussetzung. *Mussolini,* den Deutschland von der Absicht, den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz zu verlassen, nicht verständigt habe, sei darüber erbost und er habe Deutschland vollkommen fallen lassen. Der Unmut Mussolinis sei um so größer, als Italien durch das Ausscheiden Deutschlands die gewichtige Rolle verloren habe, die es bis jetzt in

Genf zu spielen in der Lage war. Herr Mussolini habe, ohne daran zu denken, dass dies mit einem 65 Millionen Volke auf die Dauer nicht möglich ist, mit Deutschland gespielt, habe es in Genf vorgeschickt, um dann den Vermittler und Arbiter zwischen dem Reich und den Mächten machen zu können. Dadurch, dass dies in Hinkunft nicht mehr der Fall sein werde, verliere Italien an Bedeutung und Gewicht und es werde sich den Mächten entweder allein gegenüber sehen, oder sich ihnen eben anpassen müssen. Deutschland andrerseits sei noch nie, auch im Weltkrieg nicht, so isoliert gewesen, wie jetzt. Die *Balkanstaaten* beeilen sich, ganz von Westeuropa loszukommen, die Vereinbarungen zwischen der Türkei und Griechenland, mit Jugoslawien und Rumänien, hätten keine andere Bedeutung, als sich von möglichen Konflikten im Westen unabhängig zu machen. *Bulgarien* werde isoliert bleiben, wenn es nicht mittue und Herr *Gömbös* könne zehnmal nach Ankara kommen, er werde immer auf die Abmachungen stossen, die die Friedensverträge zur Grundlage genommen haben und von einem Revisionismus nichts wissen wollen. Und deshalb sei auch die Politik *Oesterreichs* gut und klug, die das Bestreben zeige, nach allen Seiten unabhängig zu bleiben und sich weder in die deutsche noch in die italienische Tasche zu verkriechen. Mit Genugtuung könne der tschechoslowakische Aussenminister konstatieren, dass gewisse Minderwertigkeitskomplexe, die bisher stets in der österreichischen Aussenpolitik bemerkbar gewesen, zu schwinden beginnen, Oesterreich sich auf sich selbst und seinen Eigenwert besinne, die Unterscheidung zwischen ehemaligen Siegern und Besiegten fallen lasse und endlich als ebenbürtiges, gleichberechtigtes Subjekt auch in der Aussenpolitik auftrete.

Herr Dr Beneš erzählte mir dann noch Einiges aus seiner jüngsten Tätigkeit in der *Abrüstungskonferenz*, dass er gleich nach seiner Ankunft in Genf das Gefühl gehabt habe, Deutschland werde die Abrüstungskonferenz verlassen und er habe von dieser seiner Vermutung schon am Dienstag /der Austritt wurde Samstag bekannt/ telefonisch nach Prag Mitteilung gemacht, auf dass man hier vorbereitet sei. Mit Herrn von *Nadolny* habe er stets die besten Beziehungen unterhalten und dieser habe sich bis zuletzt von Dr Beneš über die Stimmungen und Absichten der Mächte informieren lassen. Dr Beneš sei es gewesen, der zuerst auf den eigentlichen Sinn der deutschen Gegenvorschläge gekommen sei und er habe es Herrn von Nadolny direkt herausgesagt, was er hinter den deutschen Vorschlägen sehe, und dieser habe es nicht leugnen können. Deutschland rüste sich seit 1928 und habe bereits alle jene Tanks, Flugzeuge und schweren Geschütze, die es nach dem englischen Vorschlag erst in 8 Jahren hätte haben sollen. /Die anderen Mächte sollten – nach England – bekanntlich nach 8 Jahren auf das gleiche Niveau herabgehen/. Deutschland wollte sich nun durch seinen Antrag, ihm dieses Maximum an Rüstungen gleich zu bewilligen, für die verbotene Aufrüstung in der Vergangenheit die Sanktion holen, da es genau weiss, dass es seine Tanks und Geschütze durch acht Jahre nicht werde verbergen können. Da der deutsche Antrag abgelehnt worden, sei Herrn Hitler nichts anderes übrig geblieben, als die Konferenz zu verlassen. Wie sich die Situation weiter entwickeln werde, lasse sich vorläufig nicht überblicken. Dr Beneš spreche

gewiss nicht einem Präventivkrieg das Wort, er könne sich aber der Erkenntnis nicht verschliessen, dass dieser Gedanke doch ventiliert werde und deshalb dränge er mit allem Nachdruck darauf, dass die Tschechoslowakei ihre Armee so gut und schnell als möglich vervollkommene und schlagkräftig mache.
Auf meine Frage, ob man denn den wiederholten Versicherungen Herrn Hitler's, und der Reichsregierung, dass Deutschland den Frieden wolle und nicht daran denke, einen Krieg vom Zaune zu brechen, nicht Glauben schenke, antwortete Dr Beneš: „Für den Augenblick, ja, aber in paar Jahren?"
Im Rahmen der von ihm angestrebten Sicherung des Staates nach allen Seiten liege es auch, fuhr der Minister fort, dass die staatsfeindlichen und antidemokratischen *Parteien in der Tschechoslowakei* nunmehr so drakonisch verfolgt würden. Hätte die Regierung vor 2 ½ Jahren Beneš's Warnungsrufen gefolgt, hätte man jetzt nicht müssen so weit gehen. Wie die Dinge aber heute liegen, müsse man bis zum äussersten Ende gehen, und er, der Aussenminister, werde Sorge tragen, dass dies geschehe. Dabei sei es gleichgültig, in welchem Lager sich die staats- und regierungsfeindlichen Elemente befänden, ob es Deutsche sind oder Tschechen, Ungarn oder Slowaken. Die Regierung müsse fest und mächtig bleiben und müsse sich auf breite Schichten des Volkes stützen können. Deshalb habe er nicht zugestimmt, als die Agrarier vor den Sommerferien mit dem Vorschlag gekommen seien, Hlinka mit der slowakischen Volkspartei in die Regierung zu nehmen und dafür die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten auszuschiffen. Gegen die Einbeziehung der Slowaken habe er keine Einwendungen erhoben, vom Standpunkt der Aussenpolitik wäre sie ihm sogar willkommen gewesen, die Sozialdemokraten wollte er aber um keinen Preis in die bequeme Opposition treiben, weil sie ihm das Volk bolschewisieren würden und er es für richtig halte, dass sie, als Vertreter grosser Volksteile, jetzt, während der politischen und wirtschaftlichen Krise nur schön die Verantwortung mittragen für alle die im Grunde oft wenig populären Massnahmen, zu denen sich die Regierung gezwungen sieht. Sein Standpunkt habe schliesslich gesiegt und man sehe, wie brav die Sozialdemokraten für die Verringerung der sozialen Lasten, den Abbau der öffentlichen Fürsorge, die Ausgestaltung des Heeres u. s. w. votieren und unter ihre Leute hinausgehen und es ihnen begreiflich zu machen suchen.
Auf Oesterreich und die Wiener Besprechungen zurückkommend, berührte Herr Dr Beneš noch die Unterhaltung, die er über unser handelspolitisches Verhältnis und den italienischen Plan mit Eurer Exzellenz hatte, und versprach, selbst auf einen baldigen Beginn der Verhandlungen hinzuwirken. Er habe Herrn Gesandten Dr Friedmann bereits Aufträge in dieser Richtung erteilt, er möge, sobald die Verhandlungen mit Polen beendigt sein werden, mit uns unterhandeln und sich allenfalls schon vorher über allgemeine Gesichtspunkte mit uns einigen.
Herr Dr Beneš verabschiedete sich von mir mit den Worten, *er sei bereit, mit uns, so weit wir es wünschen, zu gehen. Er könne sich naturgemäss viel weiter wagen, als wir, wolle sich aber ganz nach uns richten.*

Tags darauf, bei einer Konferenz der Kollegen, die ich als derzeitiger Doyen zu mir einberufen hatte, versuchte mich der polnische Gesandte über Ziel und Zweck des Wiener Besuches auszufragen. In seiner bekannt „tschechophilen" Art meinte er auf seine Bemerkung, dass keinerlei verpflichtende oder weitreichende Abmachungen getroffen worden seien, man habe eben Herrn Beneš nach Wien geschickt, um ihn für die vielen Reisen seines Rivalen Titulescu irgendwie zu entschädigen. Der neue ungarische Gesandte, Herr von Wettstein, zeigte sich beunruhigt und beeilte sich zu versichen, Ungarn werde um den Preis der Aufgabe des Revisionsgedankens nie einer Kombination mit der Tschechoslowakei beitreten.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1387
Notiz Generalsekretär Peter[1]

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 24199/13 Wien, 28. Oktober 1933

1). Prinzipiell gerne bereit nach Rom zu kommen,
2). Frage ob als offizielle Einladung aufzufassen ist, um es dementsprechend der Oeffentlichkeit gegenüber zu motiveren.
Begründung. BK zu viel reist. Wenn aus eigener Initiative Reise erfolgte, würde dies wieder Kritiken hervorrufen.
Wenn eingeladen, würde Reise gleich verständlich sein.
3). Politisch erwünscht, zwischen jetzigem Besuch in R. und seinem eine gewisse Zeit verstreichen lassen. Es würde auch ermöglichen die notwendigen polit. Vorbereitungen zu treffen, um die Reise mit *sichtbaren* Ergebnissen auszustatten.
Als solches käme z. B. in Betracht die dem BK von beiden hohen Herren bei seinem zweiten Besuch in Rom in Aussicht gestellte Regelung der Unterrichtsfrage (Laurindenkmal) sei es vorher sei es gleichzeitig mit dem projektierten Besuch. Dies wäre genügende Motivierung für die Reise.
Ferner Erhöhung der Anleihequote.
Also Dinge, die man nach *aussenhin* als Erfolg Reise hinstellen könnte.
Wenn BK kommt, ist er entschlossen, diesmal in Hotel zu wohnen, um nicht Gastfreundschaft über Gebühr in Anspruch zu nehmen.[2]

[1] Betrifft die Reise des Bundeskanzlers nach Rom.
[2] Egger wurde vom Inhalt der Notiz telefonisch verständigt.

1388
Gesandter Vollgruber an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 69/Pol. (geheim)

AdR, NPA
Mitteleuropa/Geheim
Z. 26154/13 Bukarest, 7. November 1933

Herr Bundeskanzler,
Seit meinem Antrittsbesuche, der den Gegenstand meines ergebensten Berichtes vom 21.9. d. J. Zl. 58/P [1] gebildet hatte, hatte ich Herrn Titulescu nicht länger gesprochen. Ich liess mich daher wie die meisten meiner Kollegen jetzt, da er für einige Zeit nach Bukarest zurückgekehrt ist, bei ihm anmelden und wurde gestern nachmittags empfangen.
Der Herr Minister des Aeussern begrüsste mich mit freundlichen Auslassungen über seinen kurzen Aufenthalt in Wien auf der Reise von Genf nach Warschau. Er sagte, Herr Brediceanu habe ihm damals den Vorschlag gemacht, zum Concours Hippique in den Prater zu fahren. Den Prater wiederzusehen, an den er aus seiner Kindheit die schönsten Erinnerungen bewahre, habe ihn unendlich gefreut, und der Herr Bundespräsident habe dann noch die grosse Liebenswürdigkeit gehabt, ihn in seine Loge einzuladen, eine Aufmerksamkeit, für die er dem Herrn Bundespräsidenten grossen Dank wisse. So habe er auch Gelegenheit gehabt, die interessante Bekanntschaft des Herrn Vicekanzlers zu machen. Herrn Bundeskanzler habe er leider nicht sehen können, er hoffe indes, dass sich bei einer nächsten Durchreise durch Wien Gelegenheit ergeben werde, Herrn Bundeskanzler zu sprechen.
Ich fragte Herrn Titulescu im Verlaufe des weiteren Gespräches, wie er sich zu dem italienischen Plan für den Wiederaufbau Mitteleuropa's stelle und wie er die Realisierungsmöglichkeiten desselben beurteile. Der Herr Minister des Aeussern erwiderte, er habe sich von Anfang an für den italienischen Plan ausgesprochen, Herr Benes dafür habe einen „roten Knopf" bekommen. „Mais si Benes crache une fois, moi je crache trois fois". Uebrigens habe er aus dem Wortlaute der jüngsten Rede Herrn Benes's ersehen, dass dieser jetzt auch schon viel milder gestimmt sei. Er (Titulescu) würde es natürlich begrüssen, wenn den mitteleuropäischen Agrarstaaten Präferenzen für ihre landwirtschaftlichen Produkte zugestanden würden, er sei auch gerne bereit, uns industrielle Präferenzen zu geben, und habe auch gar nichts dagegen, Italien präferenziell zu behandeln. Selbstverständlich müsse er aber schliesslich doch konform mit seinen Alliierten vorge-

[1] AdR, NPA, Mitteleuropa/Geheim, Z. 25257/13.

hen. Ich warf ein, dass hier eben die Schwierigkeit zu liegen scheine, denn nach Allem was ich höre, verhalte sich die Cechoslovakei sehr reserviert. Daraufhin bemerkte Herr Titulescu, er könne uns natürlich industrielle Präferenzen mit Ausschluss der Cechoslovakei geben, aber er habe Herrn Benes vorgeschlagen, dass er uns *und* der Cechoslovakei industrielle Präferenzen geben möchte. Herr Benes sei auch von dieser Idee anfangs keineswegs begeistert gewesen, aber er habe Herrn Benes gesagt, die Cechoslovakei würde auch nicht Rumänien allein, sondern auch den anderen mitteleuropäischen Agrarstaaten agrarische Präferenzen zugestehen, es wäre infolgedessen recht und billig, dass auch Rumänien der Cechoslovakei *und* Oesterreich industrielle Präferenzen gewähren könne, wenn es wolle. Dieses Raisonnement scheine Herrn Benes verständlich gewesen zu sein. Wenn Oesterreich noch von anderen Staaten industrielle Präferenzen bekäme, würde ihn (Titulescu) dies nur freuen; er würde sicher keinen Einspruch erheben. Ich meinte, dass es wohl fraglich sei, ob uns mit Präferenzen, die auch die Cechoslovakei bekäme, gedient wäre. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, schiene es mir ganz unwahrscheinlich, dass die anderen Staaten mit einer Gewährung von industriellen Präferenzen an die Cechoslovakei einverstanden wären, und daran würde dann wieder der ganze Plan scheitern. Herr Titulescu erwiderte, das glaube er nicht; „man könnte ja diese Präferenzen für die Cechoslovakei so einkleiden, dass niemand etwas dagegen sagen könnte." (?) Der Herr Minister des Aeussern fügte noch hinzu, es sei „spät", die Zeit dränge für Rumänien, es müsste bald etwas geschehen. Ich stimmte ihm zu und sagte, auch für uns dränge die Zeit und, wenn aus diesem Plan nichts werde, müssten wir eben an andere Lösungen denken.

Ich fragte dann, wie es mit der wirtschaftlichen Kleinen Entente stehe. Recht im Gegensatz zu seiner mit meinem ergebensten Bericht Zl. 58/P vom 21.9. d. J.[2] gemeldeten Auslassungen liess sich der Herr Minister des Aeussern wie folgt vernehmen: die wirtschaftliche Kleine Entente scheine ein „bête noire" geworden zu sein, man höre von einem grossen Wirtschaftsplan reden, und es sei doch nichts dahinter. „Ou est ce plan?" rief er aus. Jetzt würden die 3 Staaten besprechen, was sie im Jahre 1934 von einander beziehen könnten, das sei schliesslich natürlich, aber man werde nur über *ein* Jahr sprechen. Der Plan, das sei der berühmte Plan Herrn Benes's mit der „Union Postale" und der „Unification du droit commercial". Aber was sei das schon, und selbst wenn es dazu käme, so sei das etwas „pour l'éternité", nicht aber etwas, das sich bald praktisch auswirken könnte. Ausserdem habe er stets erklärt, dass bei allen wirtschaftlichen Abmachungen innerhalb der Kleinen Entente immer Platz genug für Oesterreich und Ungarn sei. Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Vollgruber

[2] AdR, NPA, Mitteleuropa/Geheim, Z. 25257/13.

1389
Gesandter Buchberger an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 54/Pol.

AdR, NPA
Mitteleuropa/Geheim
Z.26486/13 Ankara, 16. November 1933

Herr Bundeskanzler!
In unserer gestrigen Unterredung brachte der türkische Minister des Aeussern die Sprache auf das italienische Projekt zur wirtschaftlichen Rekonstruktion des Donauraumes. Tevfik Rüştü sagte mir, dass er noch in Genf darüber informiert worden sei, dass Herr Benesch seine Zustimmung zu einer industriellen Präferenz Oesterreichs niemals geben würde. Ich erwiderte dem Herrn Minister, dass der Herr tschechoslowakische Minister des Aeussern diesen Standpunkt auch bei seinem letzten Wiener Besuch vertreten habe. Tevfik Rüştü Bey setzte mir im weiteren Verlauf des Gesprächs nochmals seinen mit h. a. Bericht 41/Pol vom 17. v. M.[1] gemeldeten Rekonstruktionsplan auseinander, den er infolge des rein wirtschaftlichen Charakters unter Ausschaltung aller politischen Tendenzen für den einzig möglichen hält. Bekanntlich besteht dieser Plan darin, dass die acht Sukzessionsstaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie und des ottomanischen Reiches und zwar: die Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Bulgarien und die Türkei, mit Zustimmung der Grossmächte wirtschaftliche Sondervereinbarungen auf Präferenzbasis unter Aufgabe der Meistbegünstigung schliessen. Sobald diese Vereinbarungen zustande gekommen sind, könnte jeder einzelne der Sukzessionsstaaten mit den interessierten Grossmächten wirtschaftliche Abmachungen treffen, deren Umfang und Charakter von den besonderen wirtschaftlichen Beziehungen des betreffenden Sukzessionsstaates mit der in Frage kommenden Grossmacht abhängen. Selbstverständlich hätten die anderen Sukzessionsstaaten auf die seitens einer Grossmacht einem dieser Sukzessionsstaaten gewährte Begünstigungen keinen Anspruch. Das entscheidende sei jedoch, dass durch das Präferenzregime innerhalb der acht Sukzessionsstaaten ein grosser Wirtschaftsraum und das durch die Friedensverträge zerstörte einheitliche Wirtschaftsgebiet wieder hergestellt würde. Bei Realisierung dieses Planes müsste also in zwei Etappen vorgegangen werden: Zunächst die Wirtschaftsvereinbarungen der Sukzessionsstaaten untereinander, sodann die Abkommen mit den Grossmächten.
Das Forum, um diese Projekte zu diskutieren, sei, wie der Minister weiter ausführte, seiner Ansicht nach schliesslich die europäische Studienkommission, de-

[1] AdR, NPA, Mitteleuropa/Geheim, Z. 25915/13.

ren derzeitiger Präsident Herr Herriot sei. Dieser Studienkommission sei bei der derzeitigen gespannten Lage Europas, die durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz entstanden sei, noch eine *zweite* grosse Aufgabe vorbehalten. Es wäre Deutschland derzeit unmöglich in die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund zurückzukehren und an den Beratungen in Genf teilzunehmen. Wenn aber kein Weg gefunden werde, um die internationalen Beratungen unter Teilnahme aller Staaten wieder aufzunehmen und man sich auf die Arbeit hinter den Kulissen beschränke, so sei in sehr naher Zeit ein europäischer Krieg unvermeidlich. Eine solche Katastrophe bedeute aber den Untergang Europas und damit die Vorherrschaft des Fernen Ostens in der Welt. Die einzige Möglichkeit, diese Weltkatastrophe abzuwenden, sei eine möglichst baldige Wiederaufnahme der internationalen Verhandlungen. Dieser Weg könne am einfachsten über die europäische Studienkommission beschritten werden, der alle europäischen Mächte, auch jene, die, wie Russland, nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, angehören. Seiner Ansicht nach müsse man daher so rasch wie möglich die Einberufung dieser Kommission veranlassen. Auf das Programm dieser Beratungen könnte das zentraleuropäische Problem gesetzt werden und die Konferenz sollte mit Rücksicht auf diesen Programmpunkt und im Hinblick auf die Abneigung Deutschlands gegen Genf nach Wien einberufen werden. Damit ergebe sich auch die Möglichkeit, im Zuge der Beratungen über das zentraleuropäische Problem an einer Entspannung des deutsch-oesterr. Verhälnisses zu arbeiten.
Tevfik Rüştü Bey bat mich, Euer Exzellenz die beiden im Vorstehenden erwähnte Pläne zu geneigten Kenntnis zu bringen. Er zollte Euer Exzellenz neuerlich besonders warme Worte der Anerkennung und hob besonders Ihre Staatskunst hervor, die allen Schwierigkeiten zum Trotz an der Erhaltung des Friedens in Europa arbeite. Dem Wunsche des Herrn türkischen Ministers des Aeussern Folge leistend, erlaube ich mir, Euer Exzellenz die beiden von ihm zur Diskussion gestellten Projekte mit der Bitte zu unterbreiten, mir Ihre geneigte Stellungnahme bekanntgeben zu wollen. Die Schwierigkeiten, die sich der Realisierung dieser Projekte entgegenstellen, hat sich auch Tevfik Rüştü Bey nicht verhehlt. Er betonte aber im Verlauf des Gespräches mehrmals, man müsse in diesen Zeiten nicht „le jeu de guerre“ sondern „le jeu de paix“ machen und alle Wege prüfen, die Europa von der kommenden Katastrophe bewahren. Eine besonders schwierige Frage dürfte sein, von welcher Macht die Initiative zur Einberufung der dem türkischen Minister des Aeussern vorschwebenden Konferenz der europäischen Kommission ausgehen sollte. Tevfik Rüştü Bey schien sich bewusst zu sein, dass eine solche Initiative unmöglich von der Türkei ausgehen könne und unterliess jegliche Andeutung in dieser Hinsicht, sowie bezüglich jener Grossmacht, die ihm hiefür am geeignetsten schiene. Inwieweit sich für die Realisierung dieses Projektes vom Standpunkt unserer Aussenpolitik eine Möglichkeit bietet, entzieht sich meiner Beurteilung. Ich beschränkte mich darauf, dem Herrn Minister des Aeussern zu erwidern, dass ich seinen Plan Euer Exzellenz unterbreiten würde.

Zum Schluss erwähnte Tevfik Rüştü noch, dass ihn die in zahlreichen Aeusserungen von Sympathie und Freundschaft anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der türkischen Republik in der österreichischen Presse und insbesondere in dem Interview Euer Exzellenz besonders gefreut haben. Tevfik Rüştü Bey ersuchte mich, mit seinem besonderen Dank auch seine herzlichsten Grüsse zu übermitteln.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, die Versicherung meiner vollkommenen Ergebenheit.

Buchberger

1390
Bericht Gesandter Hornbostel (streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl) Wien, 3. Dezember 1933

über die Besprechungen Ges. *Hornbostel* in Berlin bezüglich Herbeiführung einer persönlichen Aussprache zwischen dem H. Bundeskanzler und H. Hitler.[1]
(30. Nov. u. 1. Dez. 1933).
Disposition:
A). Verlauf der Unterredungen,
B). Eindrücke und Schlussfolgerungen,
C). Verschiedene Informationen,

A). 30. November 1933:

Auf dem Flugplatze in Tempelhof (Berlin) wurden Prz. Max Egon *Hohenlohe* und ich um 16 h. (wir hatten wegen verspäteter Abfahrt von Wien zwei Stden Verspätung) von Dr. *Kanzler* abgeholt, der im Wege Dr. *Müllers* von unserer Ankunft verständigt war.
Dr. *Kanzler* erzählte uns auf der Fahrt in die Stadt, er habe mit dem Stabschef H. *Hess'*, H. *Bohrmann*[2], soeben gesprochen, der erklärt hätte, die Atmosphäre wäre nicht die beste, in erster Linie noch immer wegen des Zwischenfalles auf der Eggenalp, weiters auch, weil seitens der NSDAP-Leitung auf Klärung gewisser Voraussetzungen bestanden werden müsse, so u. a. die „Legitimation" des H. BK. *Dollfuss*, namens Oesterreich zu verhandeln, ferner die Absichten des H.

[1] Siehe dazu auch das Protokoll der Teilnehmer der NSDAP. Berlin, 1. Dezember 1933. In: AdR, NPA, Deutschland/Geheim I/12
[2] Gemeint ist natürlich Martin Bormann.

BK. bezüglich des künftigen Schicksals der österr. NSDAP-Bewegung und deren Beteiligung an der Regierung in Oesterreich.
Im Hotel angelangt, setzte sich Prz. *Hohenlohe* mit Dr. *Scholz*, dem „aussenpolitischen" Referenten des von H. *Hess* geleiteten „Verbindungsstabes" sogleich in telefonische Verbindung. (Durch ein von Wien aus geführtes Telefongespräch hatte Hohenlohe bereits festgestellt, dass *Hess* sich in Berlin aufhält und uns bei Dr. *Scholz* angekündigt). Dr. *Scholz* erschien unmittelbar darauf im Hotel. In einem kurzen Gespräch setzte ich ihm unsere Mission auseinander und händigte ihm zur Vermeidung aller Missverständnisse die mir vom H. BK. ausgestellte „Vollmacht" aus, welche ungefähr, wie folgt, lautete:
„Gesandter Theodor Hornbostel, Inhaber des Dipl.Passes No 1/1930, ist von mir ermächtigt, für mich bestimmte Mitteilungen entgegenzunehmen und, ebenso wie Prz. Max Hohenlohe, gegebenenfalls Vereinbarungen wegen der Durchführung der in Rede stehenden Angelegenheit zu treffen. Ich ersuche daher, die Obgenannten empfangen zu wollen. Wien, am 29. Nov. 1933.

Dollfuss".

Während Dr. *Kanzler* mitgeteilt hatte, dass eine Aussprache mit H. *Hess* erst am nächsten Morgen stattfinden könne, wurden Hohenlohe und ich wenige Minuten nach *Scholz'* Abgang telefonisch zu H. *Hess* eingeladen, der im preussischen Kultusministerium, Wilhelmstrasse 64, den „Verbindungsstab" (zwischen Partei u. Reichsregierung) leitet, und sogleich von ihm empfangen.
Aus dem ungefähr eine Viertelstunde währenden Gespräch ist Folgendes zu bemerken:
Es nahmen teil: *Hess,* sein Stabschef *Bohrmann*, *Hohenlohe* und ich. *Hess* setzte ich in Kürze unsere Mission auseinander, betonte, dass unserer Mission nicht im Gegensatze zu den bisherigen Vermittlungsversuchen Dr. *Kanzlers* und Prinz *Hohenlohe's* (allein) stünde und lediglich darin bestehe, klar und bündig zu erfahren, ob auf Seite des Reichskanzlers wirklich die Geneigtheit besteht, sich in der nächsten Zeit mit BK. *Dollfuss* „von Mensch zu Mensch" auszusprechen. Hiebei berührte *Hess* die bereits von Dr. *Kanzler* uns bekanntgegebenen „Voraussetzungen" für eine solche Aussprache, verbreiterte sich über den Grenzzwischenfall, wobei er besonders hervorhob, dass es sich ja diesmal um einen Reichswehrmann und nicht um einen SA-Mann handle, „was in Deutschland noch schwerer empfunden werden müsse" (sic!!) und versprach nach einigen Entgegnungen meinerseits über die Zwecklosigkeit und Ungehörigkeit solcher „Voraussetzungen" mit *Hitler* abends zu sprechen und mir am nächsten Morgen so zeitgerecht, dass ich noch das Flugzeug nach Wien um 11 h benützen könnte, eine abschliessende Antwort zu erteilen.
Hierauf habe ich Dr. *Kanzler* über den Verlauf in grossen Zügen informiert und ihn in Gegenwart Prz. *Hohenlohe* beim gemeinsamen Nachtmahl um genaue Präzisierung des Sachverhaltes anlässlich *Kanzlers* erster Anfühlung in Wien ersucht, wobei *Kanzler* ausdrücklich feststellte, dass „die erste Anregung zur Herbeifüh-

rung einer Aussprache zwischen den beiden Regierungschefs ja wohl von reichsdeutscher Seite gekommen war". Diese Präzisierung war mir mit Rücksicht auf eine gegenteilige Anspielung in unserer nachmittägigen Konversation mit *Hess* nötig erschienen. Bei diesem Anlasse teilte Dr. *Kanzler* auch mit, dass uns H. *Hess* am nächsten Morgen um 8 h30 bei sich erwarte. Vielleicht würden wir auch *Hitler* sprechen können!

1. Dezember:

Zur angegebenen Stunde empfing uns im „Verbindungsstab" der Stabschef *Bohrmann*, der ziemlich unklar zu erklären versuchte, dieses Rendez-vous sei eigentlich durch die am vorigen Nachmittag eingeschobene Besprechung mit *Hess* überholt, da es vorher vereinbart worden sei, um uns, da wir verspätet eingetroffen seien und H. *Hess* uns daher nicht mehr empfangen zu können erklärt hatte, die erste Aussprache mit *Hess* zu ermöglichen. (Diese ganze Einstellung machte uns den Eindruck einer Ausrede). Tatsächlich erklärte uns (*Hohenlohe, Kanzler* und mir) *Hess* bald darauf in sehr freundlicher Weise, „er habe gestern den Führer nicht sprechen können" und müsse daher bitten, uns die Antwort nachmittags um 3 h 30 abzuholen. Dieses Gespräch enthielt nichts Meritorisches.

Um 3 h 30 erfolgte sodann die abschliessende Besprechung, an der zunächst nur *Hohenlohe* und ich einerseits, *Hess* und *Bohrmann* andrerseits im Arbeitszimmer *Hess'* teilnahmen.

Hess: erklärte, indem er zwei mit Tinte beschriebene Blätter vor sich ausbreitete (*Hohenlohe* behauptet, es sei weder die Schrift *Hitlers* noch die *Hess'* gewesen, daher wahrscheinlich die *Habicht's*!), er wolle im Auftrage des „Führers" nun Folgendes mitteilen:

Er müsse uns zunächst einige Punkte bekanntgeben, die wir aufschreiben könnten. Auf meine sofortige Frage, was dieselben zu bedeuten hätten, ob Gesprächsthemata oder „Voraussetzungen", wie er es tags zuvor angedeutet habe, erklärte *Hess*, es seien schon „eher Voraussetzungen", die wie folgt lauteten:

1). Der Grenzzwischenfall in Eggenalp müsste restlos befriedigend bereinigt sein.

2). Man müsse auf deutscher Seite doch wissen, „in wessen Namen BK *Dollfuss* eigentlich zu sprechen beabsichtige".

3). Es müsse österreichischerseits anerkannt werden, „dass der Konflikt zwischen den beiden Regierungen nicht primär ist, sondern erst eine Folge der Verfolgung der NSDAP in Oesterreich durch die Bundesregierung".

4). Es müsse klargestellt werden, ob der H. BK. Verhandlungen zur Herstellung erträglicher aussenpolitischer Beziehungen wünsche, ohne jedoch seinen innerpolitischen Kurs und seine bisherige NSDAP-feindliche Politik zu verändern.

5). Es müsse nämlich festgestellt werden, dass trotz der österreichischerseits geäusserten Entspannungsabsicht der Kampf in Oesterreich intern weitergehe (neue Konzentrationslager sollen errichtet werden, lauteten nat.-soz. gesinnten Angestellten zu entlassen, Prz. Meiningen solle in das Lager Wöllerdorf [sic!] geschafft werden).

6). Welche Beziehungen beabsichtige die Bundesregierung zu Prz. Starhemberg zu unterhalten, der erst kürzlich den RK schwer beleidigt habe?
Diese Punktreihe schloss mit der uns verlesenen Klausel:
„Ueber die angeführten Punkte wäre zunächst Klarheit zu schaffen und der Meinungsaustausch fortzusetzen, ohne an ein verfrühtes Hereinziehen des Reichskanzlers in diesem nicht genügend geklärten Stadium zu denken."
Die langsame Verlesung obiger Punkte habe ich zu wiederholten Malen mit Gegenbemerkungen unterbrochen, sowie mit dem Vorbehalt, nach Abschluss der Verlesung darauf sogleich zu antworten.
Ich: habe daraufhin erklärt, dass ich diese Punkte zwar aufnotiert hätte, aber schon jetzt erklären könnte, dass es vollkommen ausgeschlossen sei, überhaupt an die Erfüllung von „Voraussetzungen" durch Oesterreich zu denken. „Sie können doch dem H. BK nicht zumuten, dass er für die Gnade einer persönlichen Aussprache mit dem H. RK. Vorbedingungen erfülle, die nichts anderes als eine parteipolitische Einmischung in innere österr. Angelegenheiten darstellen." Die aufgezählten Punkte wären meines Erachtens äussersten Falles geeignet, zwischen beiden Regierungschefs unter vier Augen und da nur, wenn sie sich warm gesprochen hätten, berührt zu werden. Völlig unverständlich sei Punkt 2), der von der „Legitimation" des H. BK handle. Der BK sei der vom H. Bundespräsidenten ernannte, mit der Führung der Bundesregierung betraute Bundeskanzler und als solcher staatsrechtlich einwandfrei zur Führung jeder Besprechung und Verhandlung namens Oesterreichs legitimiert. Wenn ich den Sinn der von *Hess* verlesenen „Voraussetzung" richtig verstünde, so enthielte sie eine indiskutable und auf das Entschiedenste zurückzuweisende Einmengung in die inneren österr. Verhältnisse.
Hess warf hier ein: „Wenn Sie diesen Standpunkt einnehmen, so müssen wir anderseits feststellen, dass wir befugt sind, im Voraus zu erfahren, welchen Weg die Politik Oesterreichs einschlagen wird, nachdem die von H. *Dollfuss gewünschte* Aussprache mit dem Führer stattgefunden haben wird, da eine solche Zusammenkunft ohne Zweifel eine beträchtliche Stärkung der Position H. *Dollfuss* bedeuten würde!"
Ich: „Darüber sind anscheinend die Meinungen sehr geteilt. Ich für meinen Teil sehe darin bestimmt eine Schwächung der innen- wie aussenpolitschen Position H. BK's, die er, wenn sie der Beilegung des widerlichen Zwistes förderlich wäre, als deutsch fühlender Staatsmann gewiss gerne riskieren würde."
Darauf relevierte ich in sehr ruhiger und höflicher, aber dezidierter Weise die Bemerkung H. *Hess*', „dass H. *Dollfuss* die Aussprache mit H. *Hitler wünsche*" und erklärte unter Anrufung der Zeugenschaft Prz. *Hohenlohe's* der ja gestern abends dabei gewesen sei, dass sowohl der H. BK, als wir und auch H. *Kanzler*, der die erste „Schwalbe" aus dem Reich gewesen sei, dahin informiert und überzeugt sind, dass die erste Anregung zu einer persönlichen Zusammenkunft der beiden Regierungschefs von *deutscher* Seite ausgegangen ist. Ich legte daher grössten

Wert darauf, dies festzustellen, denn der H. BK. sei keineswegs der bittende Teil, sondern lediglich von Herzen gerne bereit, als gleichgestellter, unabhängiger Partner durch eine Aussprache mit H. *Hitler* eine Entspannung anzubahnen.
Hohenlohe bestätigte meine Behauptung, worauf *Hess*, ziemlich enerviert, die Herbeiholung Dr. *Kanzlers* verfügte, der im Hotel auf mich warten sollte.
Dr. *Kanzler* wurde hierauf in unserer Gegenwart von *Hess* gefragt, wie sich die Sache mit seiner ersten Reise nach Wien verhalten habe.
Kanzler erklärte nun, recht weitschweifig unter Exkursen auf sein gesamtdeutsches Fühlen, seine pfälzische Abstammung, seine persönliche Bekanntschaft mit und Hochachtung gegenüber dem H. BK, Folgendes:
„Die Anregung ging zunächst rein privat von mir aus. Ich habe die österr. Landesleitung in München von meiner Idee in Kenntnis setzen und mit Habicht sprechen wollen, der mich nicht empfangen konnte. Vorher hatte ich von der Reichsleitung eine gewisse Zustimmung erhalten, sie habe nichts dagegen. Sodann erhielt ich vom Adjutanten *Habichts* die Mitteilung: gehen Sie nach Wien, um zu hören, in welcher Form vielleicht eine Annäherung zwischen den beiden Führern möglich wäre. Ich reiste also mit Auftrag und Wissen der österr. Landesleitung und erhielt auch eine permanente Ausreisebewilligung zu diesem Zweck von der polit. Polizei. Bei BK. *Dollfuss* fand ich freudiges Verständnis und sohin erfolgte die gemeinsame Reise mit Dr. *Schuschnigg* nach München. Damit war dann auch H. *Hess* eingeschaltet, der mich von meiner zweiten Wiener Reise dahin anwies, erstens eine klare Vollmacht seitens Dr. *Dollfuss'* und zweitens klare Richtlinien für ein Gespräch zwischen den Führern zu verlangen".
Dem widersprach H. *Bohrmann*, indem er erklärte, von einer „Zustimmung" der Reichsleitung könne keine Rede sein. Er sei vielmehr in München von einem H. *Fuess*, als er in Eile mit dem Auto abreisen musste, gefragt worden, ob gegen eine Anfühlung in Wien durch einen Dr. *Kanzler*, der der NSDAP angehöre, Bedenken obwalteten, worauf er geantwortet habe, dies gehe ausschliesslich die österr. Landesleitung an.
Auf eine Frage *Hess*', wer der Adjutant *Habichts* gewesen sei, der *Kanzler* den oberwähnten Auftrag erteilt habe, wusste *Kanzler* den Namen nicht zu nennen, woraufhin *Hess* Auftrag gab, H. *Habicht* aus dem Hotel Adlon herbeizurufen, um die Sache – die Hess sichtlich sehr peinlich war – zu klären.
Ich habe sodann, nach kurzer, halblauter Verständigung mit *Hohenlohe* Herrn *Hess* Folgendes erklärt:
„Ich sehe, dass hier auf Seite Ihrer Leute gewisse Missverständnisse vorliegen und stelle fest, dass der H. BK. nach dem soeben klargelegten Sachverhalt nichts anderes glauben konnte, als dass der Herr RK. den Wunsch hat, mit H. BK zwecks einer persönlichen Aussprache zusammenzukommen. Jeder deutsch fühlende Oesterreicher könnte eine solche Wendung nur begrüssen und ich würde mir dies wünschen, um den widerlichen Streit zu begraben, aus welchem nur Dritte einen Vorteil ziehen. Ich glaube nunmehr, bei der Auseinandersetzung mit

Ihren Herren deplaciert und überflüssig zu sein und ich möchte Ihnen daher nur noch dafür danken, dass Sie soviel Ihrer kostbaren Zeit mir zur Verfügung gestellt haben. Eine Antwort auf unser heutiges Gespräch ist nicht zu erwarten, wir werden daher wohl die Dinge noch weiter reifen lassen müssen (diesen letzten Satz gebe ich nach meiner Erinnerung wieder, Anmerkung)".
Damit verabschiedete ich mich von H. *Hess*, *Bohrmann* u. Dr. *Kanzler*; auch *Hohenlohe* entfernte sich, blieb jedoch noch einige Minuten im Gebäude des „Verbindungsstabes", woselbst er bald nach meinem Abgang *Habicht* begegnete, den er noch nie gesehen hatte. Später erfuhr ich durch Dr. *Kanzler*, dass während 1 ½ Stden ein Protokoll mit *Habicht* u. *Kanzler* aufgenommen wurde, das ausserdem von *Hess* u. *Bohrmann* unterzeichnet wurde und in welchem Dr. *Kanzler* sowie die Uebrigen sich zu der ersten Entsendung *Kanzlers* nach Wien zu äussern hatten. Dr. *Kanzler* erklärte mir, er habe genau dasselbe, wie während meiner Anwesenheit bei *Hess*, zu Protokoll gegeben und eine sehr heftige Aussprache mit *Habicht* gehabt, dem er Unkenntnis der österr. Verhältnisse u. dgl. vorgeworfen habe. Ohne Zweifel sei *Habicht* an der gegenwärtigen ungünstigen Wendung der Angelegenheit Schuld, von ihm stammten ohne Zweifel auch die sinnlosen, uns verlesenen Punkte. Er (*Kanzler)* habe auch *Hess* gegenüber darauf hingewiesen, wie falsch man im Reich die Verhältnisse in Oesterreich und insbesondere den H. BK. beurteile.
Von *Hohenlohe* erfuhr ich noch, dass unmittelbar nach meinem Abgang *Bohrmann* aus dem Zimmer *Hess* stürzte und nach mir fragte, sodann ins Hotel telefonierte, wo ihm mitgeteilt wurde, ich hätte bereits für meine Abreise Vorsorge getroffen.

—

B). Eindrücke und Schlussfolgerungen:

1). Die Führung in der österr. Frage wird von *Hitler* ohne Zweifel noch immer *Habicht* überlassen. Offenbar hat *Hitler* auch *Hess* auf seine Meldung über dessen Gespräch mit uns angewiesen, wegen des Weiteren mit *Habicht* zu sprechen, mit welchem vielleicht gemeinsam die unsinnigen obigen „Voraussetzungen" formuliert worden sind, denen eine grössere Bedeutung daher nicht zukommt.
2). Eine gewisse Geneigtheit scheint mir bei den obersten Parteigrössen zu bestehen. Dies ersah ich aus dem geradezu charmanten Verhalten H. *Hess* uns gegenüber, aus einzelnen Bemerkung in den Unterredungen und vor allem aus sehr offenen Aeusserungen des mit *Hohenlohe* befreundeten, überaus sympathischen jungen Dr. *Scholz*, der sich ehrlich und temperamentvoll für ein Gelingen der Besprechung zwischen den beiden Regierungschefs einsetzte.
3). Die ganze Angelegenheit war durchaus ungenügend vorbereitet, am besten Willen Dr. *Kanzlers* ist ebenso wenig zu zweifeln wie an seiner von gut gemeinten Wünschen gefärbten Ungenauigkeit bei der Uebermittlung von Messagen.

Es ist daher wirklich möglich, dass man an oberster Stelle der NSDAP guten Glaubens der Meinung war, es werde von Seitens des *H. BK* darauf gedrängt, um jeden Preis mit *Hitler* zusammenzukommen. Diese falsche Auffassung habe ich durch meine Feststellungen *Hess* gegenüber gründlich zerstört u. *Kanzler* sowie Dr. *Scholz* werden, wie angenommen werden kann, auch in diesem Sinne aufklärend wirken. Anders liegt es wohl bei *Habicht*, der vielleicht absichtlich *Kanzler* in seinen Entspannungswünschen bestärken liess, um den H. BK. auf diese Art in eine Falle zu locken!
4). *Konklusion*: (worin Prz. *Hohenlohe* als unzweifelhaft ausgezeichneter Kenner der Partei-Stimmungen meine Auffassung teilt)
Das allzu arge „Fuhrwerkern" über die Grenze im Sinne einer Entspannung, das ohne Zweifel in letzter Zeit stark überhandgenommen und die obersten Leiter der NSDAP zu der Auffassung geführt hat, die Bundesregierung „pfeife aus dem letzten Loch", *muss sogleich aufhören.* So hat z. B. *Hess* in unserer Diskussion auch auf dieses Faktum (die vielseitigen Vermittlungsversuche) als Indizium für die schwache Position des H. BK. hingewiesen. Es müsste jetzt zumindest ein paar Wochen, *ohne die Lage unsererseits zu verschärfen*, eine strenge Linie eingehalten werden. *Eine Wandlung kann nur auf deutscher Seite eintreten*, wenn unsere Position nicht unwiederbringlich kompromittiert werden soll. Es muss abgewartet werden, bis man drüben darauf kommt, dass *Habicht* der Stein des Anstosses ist. (Gesandten Tauschitz habe ich über den ganzen Sachverhalt genau informiert, so dass er gegebenenfalls in der Lage ist, Bar. Neurath gegenüber unsere Haltung zu verwerten.)

C). Verschiedene Informationen.

1). Vertraulich erfuhr ich von nat. soz. Seite, dass vor einiger Zeit Fäden zwischen VK. *Fey* mit der NSDAP in Berlin durch einen Grafen *Trautmannsdorf* angesponnen worden waren. Der genannte Graf, ursprünglich Stahlhelmmann, ist seit Langem Referent für den Versailler Frieden im Reichspropagandaministerium, betont immer sein Oesterreichertum, so unlängst beim österr. Nationalfeiertags-Empfang auf der österr. Gesandtschaft, woselbst er in SA-Uniform mit Frau erschien, um zu gratulieren. Angeblich, so behauptet meine gute nat. soz. Quelle, sei *Trautmannsdorf* jetzt wegen seiner Vermittlungsversuche zu *Fey* in Ungnade gefallen.
2). Aus unbekannten Gründen sei gleichfalls gegenwärtig in Ungnade der Oesterreicher H. v. *Oberwurzer* (oder so ähnlich), Tiroler, ehem. k. u. k. Offizier, der beim „Verbindungsstab" wirtschaftliche Fragen behandelt und der ursprünglich die Verbindung zwischen *Hohenlohe* und den Nazi hergestellt hat.
3). Von nat. soz. Seite hörte ich, dass geheime Fäden von der Nazi-Leitung nach Prag laufen, die auf eine politische Entspannung zwischen Reich u. der CSR abzielen und trotz des offiziellen Refus (siehe Ber. *Tauschitz)* weiterlaufen.

4). Von Prz. Max Egon *Hohenlohe* empfing ich den allerbesten Eindruck: ein sehr gescheiter, gewandter, seriöser und loyaler Mensch, sehr präzis in seinen Aeusserungen, in Nazi-Kreisen sehr angesehen, trotzdem durchaus österreichisch fühlend und denkend, hat u. a. sehr offen seiner Bewunderung für den H. BK. Ausdruck gegenüber *Hess* gegeben und interessiert sich aus Motiven deutschen Empfindens, österreichischer Tradition und auch aus Liebhaberei für die Diplomatie für den Streitfall Oesterreich-Deutschland.
5). Von Ges. *Tauschitz* habe ich wieder den besten Eindruck gewonnen: loyal, rührig, fleissig, erstaunlich geschickt und initiativ. Er hat mir durch Informationen wesentlich geholfen.
6). Von Leg.R. *Seemann* erfuhr ich, dass in dem an die Gesandtschaft angrenzenden Reichswehrministerium in letzter Zeit fast jede Nacht bis 3 Uhr emsig an Karten und Plänen seitens mehrerer Offiziere gearbeitet wird.

1391

Bundeskanzler Dollfuß an alle österreichischen Gesandten und Geschäftsträger im Ausland

Zirkularerlass

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 26685/13 Wien, 5. Dezember 1933

Herr Gesandter,
Herr Geschäftsträger,
Eine Entwirrung der gegenwärtigen gespannten Lage Europas kann nunmehr wohl ausschliesslich von unmittelbaren Konversationen zwischen den europäischen Grossmächten untereinander erhofft werden. Es kann nicht daran gezweifelt werden, dass solche direkte Verhandlungen in nächster Zeit angebahnt werden dürften. Wenn auch der auf das Abrüstungsproblem bezügliche Fragenkomplex im Mittelpunkte der Unterhaltungen stehen wird, so muss doch mit grosser Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass auch die österreichische Frage im Laufe der Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Grossmächten berührt werden wird.
Oesterreich hat, wie bereits wiederholt in offiziellen Auslassungen der verantwortlichen österreichischen Faktoren festgestellt wurde, das natürliche Anrecht, die Forderung zu stellen, dass seine innere und äussere, politische wie wirtschaftliche Unabhängigkeit, die mehrfach durch zwischenstaatliche Uebereinkommen gewährleistet erscheint, auch in der Tat und zwar von allen Staaten ohne Ausnahme rück-

haltlos respektiert werde. Es ist dies naturgemäss die wichtigste Voraussetzung für die Festigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich, an der auch über Europa hinaus die ganze Kulturwelt in hohem Masse interessiert ist.
Wenn wir auch keine Ursache haben, daran zu zweifeln, dass dieses selbstverständliche Postulat Oesterreichs mit den politischen Interessen der überwiegenden Mehrzahl der europäischen Staaten in Einklang steht, so halten wir es doch für angezeigt, im gegenwärtigen Augenblicke in nachdrücklicher und jeden Hintergedanken ausschliessender Weise nochmal den Willen Oesterreichs zur Erhaltung seiner uneingeschränkten Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit zu betonen.
Ich ersuche Sie daher, in Ihren Gesprächen mit der dortigen Regierung den vorstehenden Gedankengang in nachhaltiger Weise immer wieder zur Geltung zu bringen und über die Aufnahme dieser Erklärungen zu berichten.
Ergeht gleichlautend: Rom (Qu.), Paris, London; zur Information Genf, Prag, Budapest, Belgrad, Bukarest, Sofia, Warschau, Haag, Ankara, Berlin, Stockholm, Bern, Washington und Rom (Vatikan).

1392
Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 99092/13 Wien, 9. Dezember 1933

Nach Anmeldung erschien heute 12 Uhr der italienische Geschäftsträger Marchese Rossi-Longhi beim Herrn Bundeskanzler und teilte ihm im Auftrage Herrn Mussolini's mit, dass Unterstaatssekretär Suvich demnächst nach Berlin reise. Diese Reise stelle die Erwiderung der in Rom gemachten mehrfachen Besuche deutscher Reichsminister dar und erfolge auf Grund eines von der Reichsregierung geäusserten Wunsches. Der Auftrag Herrn Mussolini's, dessen sich Marchese Rossi-Longhi hiemit entledigte, beinhaltet noch die Versicherung des italienischen Regierungschefs, dass diese Reise in keiner Hinsicht die Haltung Italiens in der österreichischen Frage verändere.
Der Herr Bundeskanzler hat diese Mitteilung dankend entgegengenommen, jedoch beigefügt, dass er Grund zur Befürchtung habe, diese Reise Herrn Suvich's könnte in der Oeffentlichkeit in einer Oesterreich ungünstigen Weise kommentiert werden; insbesondere dürfte die reichsdeutsche Propaganda sich dieses Momentes bemächtigen, um Oesterreich als quantité négligeable auch in den Augen Italiens darzustellen. Es könne schliesslich nicht geleugnet werden, dass italienischerseits der offizielle Besuch des verewigten Bundeskanzlers Dr. Schober nie-

mals erwidert wurde und dass auch er (Bundeskanzler Dr. Dollfuss) im heurigen Jahr dreimal in Italien gewesen sei, davon einmal in Riccione ausschliesslich zum Besuch des italienischen Regierungschefs, während nunmehr italienischerseits Besuche von deutschen Staatsmännern erwidert werden sollen, die keineswegs Regierungschefs sondern nur Mitglieder der deutschen Reichsregierung sind; die Römer Besuche Herrn von Papens hätten ja ausschliesslich dem Vatikan gegolten. Der Herr Bundeskanzler wolle in keiner Weise die Pläne Herrn Mussolini's bezw. Herrn Suvich's durchkreuzen oder erschweren, mache jedoch auf obige Bedenken aufmerksam. Natürlich würde es den H. Bundeskanzler freuen, wenn Herr Suvich – wie der Bundeskanzler dies bereits wiederholt sowohl Herrn Suvich als auch Herrn Preziosi gegenüber geäussert hätte – seine Berliner Reise zu einem wenn auch kurzen Aufenthalt in Wien benützen würde.
Marchese Rossi-Longhi erklärte sich bereit, in diesem Sinne nach Rom sogleich zu telegraphieren.
Der H. Bundeskanzler hat den Gedanken der Befassung Dr. Rintelen's im Gegenstande nicht gebilligt, da er seine durch Rossi-Longhi weiterzuleitenden Bemerkungen für hinreichend hält, um seinen Bedenken Herrn Mussolini gegenüber Ausdruck zu geben.

1393
Geschäftsträger Alexich an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 86/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 99276/13 Den Haag, 15. Dezember 1933

Herr Bundeskanzler,
Anlässlich eines Besuchs beim holländischen Minister des Aeussern, Jonkheer de Graeeff, konnte ich das Gespräch auch auf die österreichische Frage bringen, wobei ich mir die Ausführungen des Erlasses Zl. 26.685-13 vom 5. Dezember l. J.[1] vor Augen hielt. Herr de Graeff meinte, dass er aus verschiedenen Berichten der holländischen Gesandten in London und Paris wisse, dass die österreichische Frage zu wiederholten Malen Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen dem französischen und britischen Kabinett gewesen ist. Er meinte, dass seine Sympathien in dieser Frage unzweifelhaft feststünden und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Nachrichten, die besonders zahlreich aus Deutschland lanciert würden über ein

[1] ADÖ 9/1391.

Eintreten von den Nationalsozialisten nahestehenden oder ihnen angehörenden Persönlichkeiten ins österreichische Kabinett unbegründet seien. Seiner Ansicht nach könne nur eine noch entschiedenere Fortsetzung der bisherigen Politik eine Klärung bringen. Gegenüber einer eventuellen Hilfe der Grossmächte zeigte Herr de Graeff sich äusserst skeptisch. Er meinte, dass die Grossmächte nur demjenigen helfen, der sich selbst geholfen habe und eigentlich ihre Hilfe nicht mehr benötige.
Ungefähr im gleichen Sinne äusserte sich Herr Hymans, den ich am nächsten Tag in Brüssel, wo ich wegen der neuen Kontingentierungsmassnahmen auftragsgemäss intervenierte, sprechen konnte. Herr Hymans meinte, dass Oesterreich schon gesehen habe, in wie starkem Masse es die Sympathien der Welt auf seiner Seite habe. Jegliche direkte Intervention Deutschlands in Oesterreich würde den Krieg bedeuten. Andererseits würde das Interesse der Welt für Oesterreich sofort verschwinden, wenn es sich herausstellte, dass die Nachrichten über einen Eintritt der Nationalsozialisten in das österreichische Kabinett richtig seien. Ich muss hier erklärend beifügen, dass aus deutscher, aber auch merkwürdigerweise aus schweizerischer Quelle diese Nachrichten immer wieder ihren Weg in die französische und belgische Presse finden. Ich wies Herrn Hymans darauf hin, dass uns mit der Sympathie allein wenig geholfen sei; der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich zeige, dass trotz allen Beteuerungen die Geneigtheit, Oesterreich auch weiter zu helfen, eine ziemlich geringe sei, nicht einmal dort, wo es sich um ein relatif kleines Entgegenkommen handle.
Da ich wegen der belgischen Kontingente intervenieren wollte, und das Gespräch im weiteren Verlaufe auch auf die belgische Kontingentierungspolitik brachte, konnte ich gerade hier etwas bitterer werden, solange ich nicht von Belgien sprach. Herr Hymans versicherte, dass er sich über eine Hilfe der Grossmächte keine Illusionen mache, selbst Belgien, das auf eine viel höhere Unterstützung von Seiten Frankreichs und Englands Anspruch habe, sei im Grunde auf sich selbst angewiesen.
Im weiteren Verlauf des Gesprächs kam ich dann auf die belgisch-österreichischen Handelsbeziehungen, wobei mir der Minister auch tatsächlich sofort bei seinen Referenten […][2] notwendigen Empfehlungen erteilte, die dann zu den Zusagen führten, über die ich mit Bericht No. 4640 vom 14. Dezember l. J.[3] bereits berichtet habe und die, wie ich hoffe, auch eingehalten werden.
Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Der Geschäftsträger:
Alexich[4]

---

[2] Ein Wort unleserlich.

[3] AdR, HP, Z. 251981/14a/1933.

[4] Knapp zwei Monate zuvor berichtete der Geschäftsträger dem Bundeskanzler über seine Begegnung mit Otto von Habsburg am 9. Oktober in Steenockerzeel: „Ich blieb dann mit ihm ungefähr ¾ Stunden im Gespräch. Sowohl bei Graf Degenfeld, als auch im Schlosse selbst fiel

mir auf, dass Erzherzog Otto ausschliesslich mit dem Titel „Majestät“ angesprochen wird. Ich versuchte, diese Ansprache durch Vermeidung der direkten Anrede zu umgehen. Ich überbrachte sodann den Dank des Herrn Bundeskanzlers, wonach Herr Bundeskanzler über die Anteilnahme so gerührt gewesen seien und bat, diesen Dank auch der Kaiserin zu übermitteln. Erzherzog Otto erklärte mir neuerlich, wie sehr die unerhörten Leistungen des Herrn Bundeskanzlers im Kampfe um die Unabhängigkeit Oesterreichs von ihm und seiner Mutter mit grösster Spannung verfolgt würden, und bat mich, Herrn Bundeskanzler zu versichern, dass er und seine Familie immer wieder Gott dafür danken könnten, dass Er Oesterreich gerade in diesen entscheidenden Tagen Herrn Bundeskanzler habe schenken lassen. Er betonte, wie sehr er es, von allem Anderen abgesehen, begrüsse, wenn aus Oesterreich wieder ein vom christlich-ständischen Geiste beseelter, von einer autoritären Regierung geführter Staat würde, der dann auch für den deutschen Gedanken mehr leisten könnte, als es bisher der Fall war.

Das Gespräch wurde dann von Erzherzog Otto auf die allgemeine Politik gelenkt. Er äusserte sich ziemlich scharf gegen die derzeitige ungarische Regierung, weniger gegen Herrn Gömbös, als gegen Herrn von Kánya, und erzählte mir, dass er von einem Mitglied des derzeitigen französischen Kabinetts erst vor Kurzem erfahren habe, dass Herr v. Kánya in Paris einen sehr schlechten Empfang gefunden habe. Man habe ihm dort zu verstehen gegeben, dass er besser nicht gekommen wäre. Ferner erzählte er, dass man, das heisst Mussolini, der ungarischen Regierung direkt habe bedeuten lassen, dass jeder Versuch Ungarns, durch eine enge Verbindung mit dem deutschen Reich eventuell das Burgenland zurückzugewinnen, auf einen faktischen Widerstand der italienischen Regierung stossen werde. Anschliessend daran meinte Erzherzog Otto, dass er in Paris, wo er, wie er betonte, mit Regierungsmitgliedern, und mit Tardieu, den er ausdrücklich erwähnte, zusammengekommen sei, das grösste Verständniss für seine eigene Rückkehr nach Oesterreich gefunden habe. Aktive Hilfe sei nicht zu erwarten, umsomehr aber passive, so zum Beispiel die Paralysierung der Kleinen Entente. Er meinte, er wisse nicht, ob die Bundesregierung sich der ungarischen Aspirationen, die hoffe, im Geleite einer eventuellen nat. soz. Aktion, „Westungarn“ zurückzuerhalten, voll bewusst sei.

Ich verhielt mich bei diesem Teil des Gesprächs, das von ihm sehr lebhaft geführt wurde, absolut passiv.

Dann kam das Gespräch auf den Katholikentag, über den er sehr gut informiert war, und ich ergriff die Gelegenheit um zu betonen, eine wie machtvolle, über den normalen Rahmen des Katholikentages, sowie der Türkenbefreiungsfeier hinausgehende, Kundgebung für den österreichischen Gedanken diese Veranstaltungen gewesen wären. […]

Ich darf es mir erlauben, Herrn Bundeskanzler meine Eindrücke, die ich bei meinem Besuche empfangen hatte, zu schildern. Vor Allem möchte ich melden, dass Graf Ursel, der persönlich in Steenockerzeel verkehrt, und dessen Gast sowohl Erzherzog Otto, als auch die Kaiserin öfters waren, privat und vertraulich mir mitgeteilt hat, dass der Vermögensstand der Familie ein sehr schlechter sei. Sie hätten die belgische Regierung ersucht, aus dem Konto der Liquidierung der Sequester einen Betrag ausgezahlt zu erhalten. Ich kenne die Sachlage dort nicht und konnte infolgedessen nichts dazu sagen. Erzherzog Otto machte, wenn ich es sagen darf, auf mich einen ausgezeichneten Eindruck. Er sieht bedeutend älter aus, als er ist, man würde ihn für gut Ende der Zwanzig halten. Er macht einen sehr ruhigen und klugen Eindruck, spricht sehr ruhig und kam eigentlich nur einmal, als er nämlich über Ungarn sprach, etwas ins Feuer. Ueber Oesterreich ist er gut informiert, ich sah auf einem Tisch neben seinem Schreibtisch – ich wurde zuerst im grossen Salon empfangen, er führte mich dann in sein Arbeitszimmer – eine grosse Zahl neuangekommener österr. Zeitungen, sowohl aus Wien, als aus den Ländern. […]“ – Alexich an Dollfuß. Bericht Nr. 58/Pol., Den Haag, 10. Oktober 1933. In: AdR, NPA, Deutschland/Geheim IV/I, Z. 25744/13.

1394

Gesandter Rintelen an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 140 (streng geheim)

AdR, Rom, 16. Dezember 1933
Gesandtschaft Rom (12.00)

Für Generalsekretär von Gesandten Schüller
Wurde gestern abends von Herrn Mussolini empfangen.
Ministerpräsident kam zunächst auf den Besuch Herrn Suvic in Wien zu sprechen. Er betonte eingehend dessen politische Bedeutung, der auch in der äusseren Aufmachung Rechnung getragen werden solle. Der Besuch müsse daher auch „von Rom aus erfolgen" da er andernfalls für Oesterreich eine „capitis diminutio" bedeuten würde. Aus dem weiteren Gespräch ergab sich dass Konseilpräsident für den Besuch das Ende der ersten Dekade Jänner und eine Dauer von 2–3 Tagen in Aussicht nimmt und Programm vollkommen H. Bundeskanzler überlässt.
Die Berliner Reise des Unterstaatssekretärs sei über Drängen Deutschlands erfolgt, das isolierter sei, als es den Anschein habe. Insbesondere die Stimmung in England habe sich nicht gebessert. S. habe in Berlin auch über Oesterreich gesprochen und zwar auftraggemäss sehr dezidiert. Seine bisherigen telegrafischen Meldungen seien so lakonisch gehalten, dass Herr Mussollini ausführlichere Mitteilungen erst nach Rückkehr des Unterstaatssekretärs werde machen können.[1]

[1] Tauschitz berichtete dem Bundeskanzler über sein Gespräch mit dem italienischen Botschafter in Berlin, in dem es um die Unterredung Suvichs mit Hitler, Neurath und Göring ging: „Nach Festlegung des beiderseitigen Standpunktes, der deutscherseits in der Erklärung bestand, dass Deutschland nach wie vor an einen Anschluss Oesterreichs an Deutschland nicht denke und dass auch bezüglich Oesterreichs nicht im Sinne einer Gleichschaltung vorgegangen werden solle, erklärte *Suvich*, dass auch Italien nach wie vor ein selbständiges Oesterreich wünsche. Er glaube zwar nicht, dass Berlin die Gleichschaltung Oesterreichs nicht beabsichtige; aber er wolle es schliesslich – wenn es von hier zugesagt und immer wieder erklärt wird – als richtig annehmen. Danzig wurde als Beispiel hingestellt. Vor allem wolle er nicht etwa eine Vermittlerrolle spielen, aber Italien wolle aus aussenpolitischen Gründen die Selbständigkeit Oesterreichs gewahrt wissen. Dies sei aber nur möglich, wenn Oesterreich gedeihen könne. Es müsse aber doch eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten angebahnt werden, da seiner Ansicht nach das derzeitig gespannte Verhältnis mit der 1000-Mark-Gebühr das Gedeihen Oesterreichs empfindlich störe. *Suvich* habe nun vorgeschlagen, einmal zu prüfen, bezüglich welcher Frage die beiden Grossmächte u. Österr. sich einig seien und wo es Differenzen gäbe. Erstens, meinte er, bezüglich der Selbständigkeit wären wir uns einig. Zweitens, bezüglich der Bekämpfung des Marxismus kann man auch von einer Konformität sprechen. Hier schon sei eingewendet worden, dass dies nicht der Fall sei, da Bundeskanzler Dollfuss die Marxisten zu nachsichtig behandle und seinen Kampf gegen die Nationalsozialisten richte. Hiegegen habe Suvich eingewendet,

Ministerpräsident wiederholte in diesem Zusammenhang in entschiedener Weise, dass sich Herr Bundeskanzler auf ihn vollständig verlassen könne und nicht geringsten Grund habe beunruhigt zu sein!

---

dass dies nicht der Fall sei, da Dollfuss die Sozialdemokraten in ihrer stärksten Position schwer getroffen habe, indem er die Gemeinde Wien in den Steuereingängen empfindlich kürzte. Es sei aber klar, so sagte Suvich, dass er nicht so scharf gegen die Sozialdemokraten vorgehen könne als er es gern tun würde, wenn sie ihn sozusagen im Kampf gegen den Nationalsozialismus keine Schwierigkeiten bereiten sollten. Es wäre die erste und natürlichste Folge eines Ausgleichs mit den Nationalsozialisten eine verschärfte Bekämpfung der Sozialdemokraten, die also von hier aus auch gewünscht wäre.

Es wurde nun von reichsdeutscher Seite gesagt, dass dieser Ausgleich möglich sei, Dollfuss müsse mit Habicht verhandeln. Suvich warf ein, dass Habicht doch kein Oesterreicher sei, worauf erwidert wurde, dass Habicht am 1. Tag nach dem Ausgleich die österreichische Staatsbürgerschaft annehmen würde. Cerutti meinte nun gegenüber Göring: ‚Ja, wie soll den Dollfuss mit Habicht verhandeln, der ihn doch jede Woche 10mal in der schärfsten Form angegriffen hat?' Darauf meinte Göring: ‚Gott, das ist in der Politik einmal schon so. Schärfer als ich meinen Freund Papen in einer Kölner Rede angegriffen habe, ist es schon nicht mehr möglich und ich stehe mich heute sehr gut mit ihm.'

Schliesslich sei das Gespräch wieder auf die Bestätigung der Nationalsozialisten in Oesterreich gekommen und es sei von deutscher Seite behauptet worden, Bundeskanzler Dr. Dollfuss wäre ein Feind der deutschen Sache. Er behandle die Nationalsozialisten sehr schlecht und es könne unmöglich als für Deutschland erträglich bezeichnet werden, wenn sich nicht die Methoden drüben grundlegend ändern würden. Dazu gehöre natürlich die Betätigungsmöglichkeit der Partei und Neuwahlen. Die Bevölkerung sei in der überwiegenden Mehrheit für den Nationalsozialismus bereits gewonnen, Dollfuss verhindere mit Gewalt jede solche Willensäusserung. Nach Cerutti hat Suvich den Herrn Bundeskanzler ausserordentlich wirksam verteidigt und erklärt, dass er den Herrn Kanzler kenne und diese Auffassung auf keinen Fall zu teilen vermag. Er kenne seine deutschfreundliche Einstellung und sei er sich seiner deutschen Sendung unbedingt bewusst. Bezüglich der Durchdringung des österreichischen Volkes mit dem Nationalsozialismus habe er andere Informationen und könne er sagen, dass die Bewegung dort vollkommen zum Stillstand gekommen sei. Suvich habe die Absicht, demnächst nach Wien zu reisen, um dem Kanzler den Gegenbesuch abzustatten und solle er ihn auch über die deutsche Auffassung genauest informieren.

Es sei wiederholt versucht worden, die Frage der 1000-Mark-Gebühr anzuschneiden, aber immer wieder sei eine eventuelle Aufhebung ohne grundlegende Bereinigung der ganzen Frage als undiskutabel bezeichnet worden. Sehr bemerkenswert ist noch eine Aeusserung *Cerutti's*, dass vielfach hier die Meinung bestehe, Italien würde in diesen Konflikt aufhetzend eingreifen. Cerutti verwahrte sich gegen eine solche Auffassung und betonte, dass er immer auf eine Verständigung der beiden Staaten hingearbeitet habe.

Schliesslich meinte er noch, dass an Suvich die Frage gestellt worden sei, wie sich Italien verhalten würde, wenn es in Oesterreich zu einem gewalttätigen Aufstand der Nationalsozialisten kommen sollte. Cerutti meinte zu mir lächelnd, ‚das soll ich Ihnen eigentlich nicht sagen, aber ich sage es doch. Wir haben darauf geantwortet, dass man nicht annehmen könne, dass es zu so was in Oesterreich kommen könnte, um einer Antwort ausweichen zu können.' Es sei aber von deutscher Seite nochmals betont worden, dass immerhin eine gewaltmässige Lösung der Frage durch die österreichischen Nationalsozialisten denkbar sei, sie wäre einmal für Oktober in Aussicht genommen gewesen und halte man jetzt etwa im Februar oder März eine solche Auseinandersetzung für möglich." – Tauschitz an Dollfuß. Bericht Nr. 145/Pol., Berlin, 15. Dezember 1933. In: AdR, NPA, Italien/Geheim I/III, Z. 99257/13.

Abrüstung: Die Deutschen reden darüber ohne genügend präzise Vorschläge zu machen.
Völkerbund: Herr Mussolini entwickelte seine Reformpläne die auf eine kontinentale Organisation des Völkerbundes hinauslaufen.
Im Verlaufe der anschliessenden längeren Diskussion über die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Kombination zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn stimmte Herr Mussolini zu, dass eine Zollunion zwischen Oesterreich und Ungarn allein wirtschaftlich nicht möglich sei. Dagegen umfasse die Kombination Italien Oesterreich Ungarn 60 Millionen Menschen und einander ergänzende und ausgleichende Produktionsverhältnisse. Es sei jedoch nicht der Moment, „die Fahne der Zollunion zu schwingen". Es müsse vielmehr getrachtet werden, im Wege des Regimes sich dem materiellen Inhalt einer solchen Union zu nähern um im geeigneten Moment durch einen Beschluss der Regierungen „den freien Verkehr zur Regel und die Beschränkungen zur Ausnahme zu machen". Schüller[2]

Rintelen

1394 A

Gesandter Rintelen an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 141 (streng geheim)

AdR, Gesandtschaft Rom — Rom, 20. Dezember 1933 (22.00)

Die in meinem Telegramm Z. 139[1] angekündigte Audienz bei H. Mussolini hat soeben staatgefunden. Regierungschef las mir ein von ihm verfasstes Kommuniqué vor, das meinen Empfang mit der Frage eines Gegenbesuches Unterstaatssekretärs in Wien in der zweiten Dekade Jänner in Zusammenhang bringt. M. fragte, ob ich der Fassung zustimme und fügte bei dass er Bestimmung genauen Zeitpunktes Herrn Bundeskanzler überlasse.
Ueber die Besprechung Unterstaatssekretärs in Berlin setzte M. beiläufig folgendes auseinander: Deutschland sei isoliert und wirtschaftlich in grössten Schwierigkeiten. Diese Umstände erschienen ihm geeignet eine Bereinigung des österr.-deutschen Konfliktes, an der Italien sehr interessiert sei, zu fördern. Er stelle sich vor, dass man zunächst den gegenseitigen Kampf einstelle, dass dann eine gewisse

[2] Vgl. die Niederschriften Schüllers über seine Gespräche mit Mussolini und Suvich vom 15. und 19. Dezember 1933 in: AdR, NPA, Italien/Geheim/I/III, Z. 99391/13.
[1] Streng geheimes Telegramm in: AdR, Gesandtschaft Rom.

Beruhigung eintreten werde und man schliesslich zu einem „accordo di vicinanza“ werde gelangen können. Auf meine Bemerkung, dass die Massnahmen der österr. Regierung nur eine Folge der Exzesse der Nationalsozialisten in Oesterreich seien und die Schwierigkeit auch in der Frage der nationalsozialistischen Partei in Oesterreich überhaupt liege, meinte M., diese Partei werde, um dort weiter bestehen zu können, selbstverständlich den Anschluss als Programmpunkt aufgeben müssen und dadurch von selbst ihre Bedeutung verlieren. Unterstaatssekretär habe Hitler die Situation klar auseinandergesetzt und neuerlich die Versicherung erhalten, dass H. an den Anschluss nicht denke.
Herr M. äusserte den Wunsch, ich möge mit Unterstaatssekretär sprechen, setzte sich selbst sofort mit diesem telefon. in Verbindung und vereinbarte mit ihm, dass ich morgen um 5 h empfangen werde.
Auf Grund des d. a. Telegrammes No. 44[2] bezw. ergänzenden Telefonauftrages hiezu bemerkte ich, dass ich es für vorteilhaft hielte, wenn H. Mussolini auch mit dem Herrn Bundeskanzler sprechen würde. M. erwiderte, dass ihn Besuch H. BK. ausserordentlich freuen würde und Herr BK mit den grössten staatsmännischen Ehren empfangen werden würde und sehr befriedigt sein werde.
Herr Mussolini äusserte bei Unterredung die sich in besonders herzlichen Formen vollzog neuerlich seine Freude über das Pferd.
Er werde Herrn BK morgen persönlich schreiben.
Ich bitte allenfalls um Weisungen für morgiges Gespräch mit Unterstaatssekretär.
Rintelen

1395
Generalsekretär Peter an Gesandten Tauschitz (Berlin)

Erlass (geheim)

AdR,
Gesandtschaft Berlin
Z. 99258/13 Wien, 18. Dezember 1933

Herr Gesandter,
In den beiden letzten Absätzen Ihres sehr interessanten Berichtes Zl. 144/pol. vom 15. d. M.[1] haben sie um Weisung gebeten, ob eine Fühlungnahme Ihrerseits mit Herrn Habicht erwünscht sei. Ich beehre mich, Ihnen im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers mitzuteilen, dass eine Fühlungnahme Ihrerseits mit Herrn Habicht

[2] BKA/AA an Rintelen – AdR, Gesandtschaft Rom.
[1] AdR, Gesandtschaft Berlin.

bezw. mit anderen Faktoren der sogenannten „österreichischen Landesleitung“ unerwünscht ist.
Hiezu füge ich *zu Ihrer ausschliesslich persönlichen Kenntnisnahme* Folgendes bei:
Herr Habicht hat den Herrn Bundeskanzler kürzlich durch eine private Mittelsperson fragen lassen, ob die Möglichkeit bestünde, dass er den Herrn Bundeskanzler in Wien zwecks einer Besprechung besuchen könnte. Der Herr Bundeskanzler lässt durch diese Mittelsperson folgende Antwort erteilen: „Wenn Herr Habicht von sich aus mit mir reden will und eine solche Aussprache mit Wissen, Willen und Bevollmächtigung durch Herrn Hitler stattfinden würde, stehe ich zur Verfügung.“
Hieraus wollen Sie ersehen, dass die Initiative zu einer Fühlungnahme zwischen Herrn Habicht und uns von ersterem ausgeht.
Es wäre daher nach unserer Auffassung verfehlt, wenn von Ihnen als einer offiziellen österreichischen Persönlichkeit Bemühungen ausgingen, sich mit Herrn Habicht ins Benehmen zu setzen. Es liegt vielmehr in unserem Interesse, wenn Herr Habicht, dessen Eigenschaft als sogenannter „Landesinspekteur für Oesterreich“ wir nicht anzuerkennen vermögen, als Bevollmächtigter des Reichskanzlers und Führers den ersten Schritt zur Anfühlung hinsichtlich einer Entspannung bei uns unternehme.
Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Der Generalsekretär:
Peter

1396
Generalsekretär Peter an Gesandten Tauschitz (Berlin)

Erlass (geheim)

AdR,
Gesandtschaft Berlin
Z. 99445/13 Wien, 27. Dezember 1933

Herr Gesandter,
Im Verfolge des geheimen Erlasses Z. 99.258/13 vom 18. d. M.[1] beehre ich mich, Sie zu ersuchen, sich bei nächster Gelegenheit zum Reichsaussenminister Baron *Neurath* persönlich zu begeben und ihm vom Inhalte des Gespräches Mitteilung zu machen, das Sie laut Ihres Berichtes Z. 144/pol vom 15. d. M.[2] kürzlich mit Reich-

[1] ADÖ 9/1395.
[2] AdR, Gesandtschaft Berlin.

sinnenminister Dr. Frick geführt haben. Insbesondere wollen Sie hiebei hervorheben, dass Dr. Frick Ihnen empfohlen hat, mit Herrn Habicht in Berührung zu treten, worüber Sie selbstverständlich dem Herrn Bundeskanzler Meldung erstattet haben.
Inzwischen ist dem Herrn Bundeskanzler auch von anderer und zwar privater Seite, die mit Habicht in Verbindung getreten ist, nahe gelegt worden, den Versuch einer Entspannung durch eine direkte Aussprache zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Habicht zu unternehmen, wobei angedeutet wurde, dass Habicht behufs Abführung einer solchen Besprechung sich sofort nach Oesterreich begeben würde. Angeregt durch die initiative Fühlungnahme Dr. Fricks mit Ihnen hat der Herr Bundeskanzler, um neuerdings sein Bestreben zu bekunden, dem unnatürlichen Zustande zwischen den beiden Staaten womöglich ein Ende zu setzen, und trotz seiner begreiflichen Bedenken, mit Habicht angesichts dessen früherer innerpolitischer Rolle in Oesterreich und dessen fortgesetzter massloser Propagandatätigkeit in persönliche Berührung zu treten, seine grundsätzliche Geneigtheit zu einer persönlichen Unterredung mit Habicht bekanntgegeben, selbstverständlich aber unter den ausdrücklichen (Ihnen bereits mit dem obzitierten Erlass mitgeteilten) Voraussetzungen, dass, „wenn Herr Habicht von sich aus mit dem Herrn Bundeskanzler reden wolle und eine solche Aussprache mit Wissen, Willen und Ermächtigung durch Herrn Hitler stattfinden würde, der Herr Bundeskanzler Herrn Habicht zur Verfügung stünde." Es versteht sich von selbst, dass Habicht für diesen Fall das freie Geleite gewährt werden würde und dass als weitere Voraussetzung zu gelten hätte, dass von beiden Seiten vollste Loyalität gewährleistet und die im strengsten Inkognito durchzuführende Reise Herrn Habichts nicht zu Propagandazwecken ausgenützt werden würde.
Unserer Ueberzeugung nach erscheint es nunmehr endlich an der Zeit, die Versuche, die zur Wiederherstellung normaler guter Beziehungen mit dem Deutschen Reiche unternommen werden, von dem bisherigen Wege der Vermittlung durch private Personen auf den diplomatischen Weg zu leiten. Aus dieser Erwägung heraus beehre ich mich, Sie im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Bundeskanzlers zu ersuchen, anknüpfend an die Wiedergabe Ihres Gespräches mit Dr. Frick auch den im vorstehenden Absatze enthaltenen Gedankengang Baron *Neurath* gegenüber zu entwickeln und ihn zu ersuchen, womöglich in authentischer Weise festzustellen, ob die in Aussicht stehende unmittelbare Aussprache zwischen Herrn Bundeskanzler und Herrn Habicht, falls es zu einer solchen kommen sollte, den Absichten des Herrn Reichskanzlers entsprechen und Habicht hiezu vom Herrn Reichskanzler beauftragt bezw. ermächtigt erscheine würde.
Ueber das Ergebnis Ihrer Unterredung mit Baron *Neurath* wollen Sie, sobald als möglich, berichten.
Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung

Der Generalsekretär:
Peter

1397
Bericht des Gesandten Tauschitz

AdR, NPA
Deutschland I/12
Dokumente zum Konflikt Nr. 62 Berlin, 2. Januar 1934

Ich sprach am Neujahrstage um 4 Uhr 15 Min. Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, der mich anläßlich des Neujahrsempfanges des Herrn Reichspräsidenten für diese Zeit zu sich bat.[1]
Ich ging nach kurzer Einleitung, in der ich ausführte, daß ich mich ständig bemüht habe, Ausgleichsverhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten anzubahnen und wiederholt – vielleicht öfter als es dem Herrn Minister angenehm war – bei ihm angeklopft habe und dankbar gewesen wäre, daß mir die Tür immer geöffnet wurde; daß ich aber auch bemüht war, mit anderen Herren zu sprechen – ich erwähnte insbesondere die Unterredung mit Herrn Vizekanzler von Papen – in medias res und besprach schließlich ausführlich die Unterredung mit dem Reichsinnenminister Dr. Frick.[2]
Reichsinnenminister Dr. Frick habe mir nun gelegentlich der Rücksprache mit ihm auch empfohlen, mich mit Habicht in Verbindung zu setzen. In den verschiedenen Gesprächen, die ich mit Herren des Auswärtigen Amtes geführt hätte, sei mir immer wieder gesagt worden, daß wir „um Herrn Habicht nicht herumkommen würden“. Auch in den Unterhaltungen, die der Herr italienische Unterstaatssekretär Suvich mit dem Herrn Reichskanzler, mit Baron Neurath und mit dem Herrn Ministerpräsidenten Goering geführt hätte, sei nach meinen Informationen die Bemerkung gefallen, Bundeskanzler Dr. Dollfuß solle mit Herrn Habicht sprechen. Herr Suvich hätte eingewendet, Habicht wäre nicht Österreicher, worauf ihm gesagt worden sei, Habicht würde am ersten Tage nach der Beilegung des Konfliktes eingebürgert werden. Baron Neurath stellte diese Information nicht in Abrede.
Bundeskanzler Dr. Dollfuß habe aber auch von privater Seite die Mitteilung erhalten, daß Herr Habicht mit ihm zu sprechen wünsche. Ich besprach nun die begreiflichen Bedenken, die der Herr Bundeskanzler gegen eine solche Aussprache mit Habicht hätte und eröffnete dem Herrn Reichsaußenminister, daß trotz dieser bestehenden Bedenken – angeregt durch meine Berichterstattung und durch die privaten Mitteilungen – der Herr Bundeskanzler, in dem Bestreben, dem unnatürlichen Zustand zwischen den beiden Staaten ein Ende zu setzen, geneigt zu sein scheint, unter den folgenden Voraussetzungen einer Unterredung mit Habicht

[1] Vgl. dazu ADAP, C 2/160.
[2] Dokumente zum Konflikt Nr. 60.

zuzustimmen. Vor allem sei man in Wien der Ansicht, daß die privaten Vermittlungen nunmehr aufhören müßten und der amtliche diplomatische Weg einzuschalten wäre. Auf diesem Wege hätte nun Herr Habicht seinen Wunsch nach einer Rücksprache mit Bundeskanzler Dr. Dollfuß bekanntzugeben und der Herr Bundeskanzler stehe dem Herrn Habicht dann zur Verfügung, wenn eine solche Aussprache mit Wissen, Willen und Ermächtigung Habichts durch den Herrn Reichskanzler Hitler stattfinden würde. Ich hätte also authentisch festzustellen, ob eine solche Aussprache, falls Habicht um eine solche nachsuchen und sie schließlich zustandekommen würde, mit Wissen, Willen und Ermächtigung des Herrn Reichskanzlers stattfinden würde und ob das Ergebnis einer solchen Fühlungnahme die Billigung des Reichskanzlers und der Reichsregierung finden würde.
Der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, der schon früher einmal gelegentlich die Bemerkung gemacht hat, daß er glaube, vom Standpunkt des reinen Nutzeffektes und mit Fallenlassen sämtlicher formeller Bedenken kämen wir am ehesten weiter, wenn Dr. Dollfuß mit Herrn Habicht spräche, verwies bezüglich der Bedenken, die der Herr Bundeskanzler gegen eine solche Aussprache mit Herrn Habicht, mit Rücksicht auf seine bisherige Funktion in Österreich, seine Propaganda gegen den Kanzler und gegen Österreich habe, darauf, daß Kanzler Dollfuß ein schönes Beispiel an dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg hätte. Reichspräsident von Hindenburg wurde von Hitler wiederholt in der schärfsten Weise angegriffen und doch reichte er ihm, als die Lage des Reiches es erforderte, die Hand und berief ihm zum Reichskanzler.
Was nun die Frage betrifft, ob eine solche Aussprache Dr. Dollfuß-Habicht mit Wissen, Willen und Ermächtigung durch den Reichskanzler stattfinden könnte, könne er schon aus eigenem sagen, daß dies höchstwahrscheinlich der Fall sein werde, da der Reichskanzler sich in der österreichischen Frage sämtliche Entscheidungen vorbehalten habe und nun auf dem Standpunkt stünde, daß er zwar als Reichskanzler in diese Angelegenheit nicht selbst sich einmengen und sie führen könne, daß er aber hiemit seinen Parteigenossen Habicht betraut habe, der nach wie vor in der österreichischen Frage sein absoluter Vertrauensmann sei. Er wolle aber noch heute mit dem Reichskanzler sprechen und mir dann entweder telephonisch oder mündlich mitteilen, ob seine Auffassung zutrifft.
Ich erwähnte, daß zu den formellen Voraussetzungen noch das freie Geleite gehören würde, die unbedingte beiderseitige Loyalität und die Enthaltung jeder Propagandatätigkeit Habichts in Österreich.
Um 6 Uhr 25 Min. rief mich das Außenamt an und Freiherr von Neurath teilte mir mit, daß er Reichskanzler Hitler gesprochen und ihm die Unterhaltung mit mir genauestens vorgetragen habe. Reichskanzler Hitler sei mit allem einverstanden. Neurath sagte wörtlich: „Die Aussprache, die Habicht mit Dr. Dollfuß wünscht, würde mit Wissen, Willen und Ermächtigung des Reichskanzlers erfolgen. Ich glaube, was den Zeitpunkt der Aussprache anlangt, daß es besser wäre, sie nach dem Besuch Herrn Suvichs in Wien anzuberaumen. Ich würde es für praktisch

halten, wenn man diesen Besuch Herrn Suvichs in Wien vorbeirauschen lassen würde.“ Ich fragte Neurath, wie sich die Sache nun weiter abwickeln würde, wie Habicht um eine solche Unterredung ansuchen werde usw. Freiherr von Neurath erwiderte mir, daß Ministerialdirektor Köpke ihm gegenübersitze, von ihm bereits genau ins Bild gesetzt worden sei und ich möge morgen mit ihm dies alles besprechen. Habicht werde von Reichskanzler Hitler, der am 1. d. M. abends nach München reise, über alles unterrichtet werden.

1398
Amtserinnerung Gesandter Hornbostel (streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 50119/13 Wien, 9. Januar 1934

Auf den h. o. Erl. Zl. 50092/13 v. 5. d. M.[1] hat Ges. Tauschitz am 7. d. M. telefonisch gemeldet, dass die Reise Habichts u. Genossen auf dem Flugwege u. zw. mit Flugzeug D 2600 erfolgen werde, Ankunftszeit zwischen 14 u. 15 h Montag den 8. d. M. Vereinbart wurde weiters, dass die drei Herren in Aspern von Ges. Hornbostel abgeholt und nach Gross-Enzersdorf ins Haus des BM f. Finanzen Dr. Buresch gebracht würden, woselbst die Unterredung mit dem H. BK. stattfinden würde. Nach der Unterredung würden die drei Herren in die deutsche Gesandtschaft gebracht werden und dort nächtigen.
Ges. Tauschitz hat das „kollektive“ Geleitschreiben im Wege des Berliner Ausw. Amtes ausgefolgt, die drei Einzelschreiben zurückbehalten.
Der Verlauf der zu gewärtigen Unterredung wurde am 7. d. M. nachmittags mit dem H. BK. und Gen.Sekr. Peter vorbereitet. Es wurde bereits beschlossen, den ital. Ges. Preziosi Montag d. 8. vormittags vertr. zu informieren, die übrigen Gesandten (engl. frzs. u. ungar.) erst nach der Unterredung; auch das zuliegende Kommuniqué wurde vorbereitet.
In der Nacht vom 7. auf den 8. d. M. hat sich sodann der H. BK unter dem Eindrucke seiner Rücksprache mit massgebenden Faktoren der BR. und der H.W. sowie der letzten Meldungen St.Sekr. Karwinsky über die Terrorakte der Nat.Soz. am 6. u. 7. dahin entschieden, dass der Besuch abzublasen sei. Die endgiltige Entscheidung in diesem Sinne fiel am 8. d. M. vormittags zwischen 9 u. 10 h, woraufhin Ges. Tauschitz aus der Wohnung des H. BK. telefonisch wie folgt angewiesen wurde: (10 h vorm.):

[1] AdR, Gesandtschaft Berlin.

„Die in den letzten Tagen, insbesondere vorgestern, gestern und noch heute nachts zu Tage getretene ungemein verschärfte terroristische Aktivität der Nat.Soz., in erster Linie auch durchgeführte Sprengstoffanschläge, haben in den weitesten Kreisen der Bevölkerung eine Erbitterung erzeugt, die es dem BK unzweckmässig erscheinen lässt und ihm daher bedauerlicher Weise unmöglich macht, die für heute anberaumte Besprechung abzuführen."
Ges. Tauschitz wurde beauftragt, dies sogleich dem Ausw. Amt mitzuteilen, um Habicht rechtzeitig vor Antritt der Reise zu informieren.
Ges. Tauschitz meldete sohin in zwei sukzessiven Telefongesprächen, dass das Ausw. Amt ihm die Weitergabe der Mitteilung nach München bestätigt habe, allerdings mit dem Beifügen, dass Habicht bisher nicht ausfindig gemacht werden konnte; auch der Flugplatz München sei für alle Fälle avisiert worden. Auch Ges. Rieth war in diesem Sinne von Berlin aus unterrichtet.
Um 12 h 45 meldete Ges. Tauschitz telefonisch, dass Habicht tatsächlich u. zw. von Schleissheim aus abgeflogen sei, da er nicht mehr erreicht werden konnte. Schleissheim sei wegen grösserer Geheimhaltung statt München ausgewählt worden.
Im Auftrage des H. BK's fuhr Ges. Hornbostel sogleich nach Aspern mit der Weisung, die Ankömmlinge höflich über den Sachverhalt zu informieren und das Weitere wegen Rückreise zu veranlassen. Ein Funktionär der deutschen Gesandtschaft sollte gleichfalls nach Aspern dirigiert werden.
In Aspern konnte um 13 h 30 festgestellt werden, dass das Flugzeug von Melk aus seine Landung in Aspern in 10 Minuten angekündigt, jedoch unmittelbar darauf den von Aspern aus überhörten Funkspruch aus München erhalten hatte, dass es im Auftrage des RK Hitler sogleich umzukehren habe. Tatsächlich wurde durch Belauschung der Funkkorrespondenz des Flugzeuges die allmähliche Rückkehr festgestellt. Um 14 h 30 hatte es über Braunau die Grenze passiert. Prinz Erbach ist um 14 h auf dem Flugplatz erschienen.

—

Am 9. d. M. mittags hat der H. BK den italien. Ges. Preziosi auf dessen Ersuchen in grossen Zügen über Vorstehendes informiert. Preziosi beklagte sich vehement darüber, dass der H. BK ihn nicht schon früher über all die Stadien der „Verhandlungen" mit Deutschland informiert habe. Trotz sehr plausibler, freundschaftlicher Erklärungen des H. BK's blieb Preziosi auch nach der Unterredung bei seinen Vorwürfen. Im weiteren Verlauf wurde Preziosi noch über die Desiderata der H.W., die Arbeiten an der Verfassung, die Absichten mit dem aufgebotenem Sch.K. informiert.

1399

Gesandter Tauschitz an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 12/Pol.

AdR, NPA
Deutschland Geheim I/12
Z. 50302/13 Berlin, 11. Januar 1934

Zum Erlass 50.119-13 vom 9. Jänner 1934.[1]

Herr Bundeskanzler!
Meine Unterredung mit Aussenminister Freiherrn von *Neurath*, um die ich um die Mittagszeit ansuchte, konnte abends bereits stattfinden[2], da Aussenminister von *Neurath* – wie er mir sagte – grössten Wert darauf gelegt hat, ehestens zu erfahren, warum Herr Bundeskanzler die bereits anberaumte Besprechung mit *Habicht* in letzter Minute nicht haben wollten und „weil wir doch sehen müssen, wie wir weiter kommen wollen."
Ich habe in dieser Unterredung Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath im Sinne des obzitierten Erlasses einen erschöpfenden Vortrag über die Gründe gehalten, die Sie, Herr Bundeskanzler, veranlasst haben, Habicht nicht zu empfangen. Ich habe auch nicht versäumt, das aufrichtige Bedauern des Herrn Bundeskanzlers darüber hervorzuheben, dass die auf einen Umsturz hinzielende und gegen den Bestand des österreichischen Staates gerichtete Tätigkeit gewisser nationalsozialistischer Parteifaktoren im Reiche es war, die den bereits auf amtliche Bahnen geleiteten Versuch, eine von beiden Regierungen gewünschte Entspannung herbeizuführen, verhindert hat. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass mein Appell an Freiherrn von Neurath „Eure Excellenz würden sich ein grosses Verdienst um die gesamtdeutsche Sache erwerben, wenn sie bei der massgebenden Stelle erreichen würden, dass den nicht nur nach völkerrechtlichen Begriffen, sondern insbesondere den freundnachbarlichen Beziehungen der beiden deutschen Staaten hohnsprechenden Machenschaften der hiefür verantwortlichen Parteifaktoren ein Ende bereitet werde", auf Neurath nicht ohne Eindruck geblieben ist. Ich fügte diesem Appell noch hinzu, dass man in Wien für die bisherige loyale Mitwirkung des Aussenministers sehr dankbar und überzeugt ist, dass er sich der Ansicht nicht verschliessen wird, dass bei einem Andauern dieser völkerrechtswidrigen Propagandatätigkeit eine Atmosphäre geschaffen wird, die es der österreichischen Bundesregierung – mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung – unmöglich macht, in neuerliche Verhandlungen zum Zwecke einer Entspannung einzutreten.

---

[1] Vgl. ADÖ 9/1398.
[2] Vgl. ADAP, C 2/188.

Freiherr von Neurath, der im allgemeinen sehr wortkarg ist, meinte, dass er das alles sehr wohl verstehe, mir schliesslich dankbar sei, dass ich, nachdem wir ja seinerzeit diese Aussprache vereinbart haben, zu ihm komme und ihm die Gründe auseinandersetze, warum sie schliesslich doch nicht stattfinden konnte, und er nun aus meinen Darlegungen, insbesondere aus der – wenn auch nur flüchtigen – Anführung der verschiedenen Terrorakte einsehe, dass der Herr Bundeskanzler die Verhandlungen abgeblasen hat.

Aus einigen Bemerkungen konnte ich übrigens – nebenbei erwähnt – schliessen, dass Habicht doch schon in München von der Absage der Besprechungen verständigt werden konnte; denn Neurath gebrauchte die Wendung: „Schliesslich konnten wir ihn doch noch vor Wien durch Funkspruch über ausdrücklichen Befehl des Führers zur Umkehr bringen."

Nun hiesse es aber, wie kommen wir weiter? Nachdem wir nun schon einmal so nahe waren – meinte Neurath – wäre es doch schade, dass die Besprechungen, von denen er einen positiven Erfolg erwartet habe, nicht stattfinden sollten. Ich erklärte ihm, dass die unumgängliche Voraussetzung für eventuelle Verhandlungen die Einstellung der – was von österreichischer Seite bereits erwiesen sei – aus dem Reiche kommende Propagandatätigkeit sei. Ich würde meinen, wenn er seinen Einfluss in dieser Richtung beim Führer geltend mache, dann dürfte der Herr Bundeskanzler trotz der seinerzeit geäusserten Bedenken und trotz der bedauerlicherweise neuerdings vorgefallenen, vom Reiche lancierten Terrorakte bereit sein, mit Habicht zu sprechen.

Wir sprachen dann über einen eventuellen Zeitpunkt und machte Neurath die Bemerkung, dass es vor dem 18., 19. ds. [Monats], wann *Suvich* nach Wien kommen werde, ja kaum gehen wird, sodass also doch nur der Zeitpunkt, den er von Haus aus ins Auge gefasst habe, nämlich die Zeit nach dem Besuche Suvich, in Frage kommen könne.

Wie bei jeder Gelegenheit habe ich auch diesmal wieder Neurath auf den Umstand aufmerksam gemacht, dass die hiesigen massgebenden Faktoren, einschliesslich des Reichskanzlers, über die österreichischen Verhältnisse vollkommen falsch und einseitig informiert sind. Alle Berichte über Oesterreich, die den Reichskanzler erreichen, lauten dahin, dass der Zusammenbruch des Dollfuss-Regimes stündlich zu erwarten sei. Wie ich aus guter Quelle weiss, glaubt dies der Reichskanzler, glaubt es seine Umgebung. Noch vor kurzem hat er sich in vertrautem Freundeskreise geäussert, dass hinter der Regierung Dollfuss nur mehr 56.000 Stimmen stünden. – Das aber ist der grosse Irrtum, das ist die falsche Voraussetzung, auf der hier die Politik gegen Oesterreich aufgebaut ist. Es müsste die deutsche Reichsregierung endlich zur Ueberzeugung gelangen, dass die Regierung Dollfuss nicht von heute auf morgen steht, sondern auf Jahre hinaus bestehen wird. Die letzten Massnahmen der Regierung lassen doch untrüglich den Schluss zu, dass sie sehr energisch durchgreift und mit allen Mitteln Ordnung schaffen will und auch Ordnung schaffen wird. Schliesslich sei auch die Absage der Besprechungen ein sehr

deutliches Zeichen der Stärke und des Selbstbewusstseins des Herrn Bundeskanzlers und der Regierung. (Neurath nickt zustimmend.) Wenn sich die Reichsregierung endlich über diese Realitäten im klaren sein und den Parteieinflüssen weniger zugänglich zeigen wird, dann wird man leichter zu einem vernünftigen Ergebnis kommen. Ganz Deutschland lässt sich von Herrn Habicht etwas erzählen, was mit den tatsächlichen Verhältnissen in Oesterreich nicht übereinstimmt. Oesterreich lässt sich nicht auf die Knie zwingen; es geht uns wirtschaftlich sehr gut, der Export steigt in sehr befriedigender Weise und politisch soll man ja nicht glauben, dass die Terroristen etwa die Regierung einschüchtern werden oder – wie Habicht glauben machen will – dass die Regierung vor dem Zusammenbruch stünde.
Ich bat Freiherrn von Neurath, seinen ganzen Einfluss dahin geltend zu machen, dass diese das deutsche Volk geradezu beschämenden Kampfmethoden in Oesterreich eingestellt werden und fügte dem hinzu, dass diese Kampfmethoden den Nationalsozialisten in Oesterreich keine Anhänger bringen würden.
Freiherr von *Neurath* versprach mir wiederholt, in diesem Sinne mit dem Führer darüber zu sprechen und glaubte, mir in nächster Zeit schon Mitteilungen über eine eventuelle weitere Aussprache zukommen lassen zu können.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Tauschitz

1400

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Tauschitz (Berlin)

Telefondepesche Nr. 1005

AdR, Gesandtschaft Berlin

Wien, 13. Januar 1934 (15.00)

Mit Bezugnahme auf Erlass Zl. 50.092/13.[1]
In der Nacht vom 11. auf den 12. d. M. hat in der Wohnung des ehemaligen nationalsozialistischen Gauleiters *Frauenfeld* eine nach ihren äusseren Umständen als geheime Zusammenkunft zu qualifizierende Besprechung des ehemal. österr. nat. soz. Führers Frauenfeld und Schattenfroh, des Landesleiters des Heimatschutzes für Niederösterreich Graf Alberti, des Univers.Assistenten Dr. Flor und des aus

[1] AdR, Gesandtschaft Berlin.

Ihrer jüngsten Berichterstattung bekannten Erbprinzen zu Waldeck und Pyrmont, Leg.Rates des Auswärtigen Amtes in Berlin, stattgefunden. Die genannten Personen waren durch einen rückwärtigen Hauseingang durch Frauenfeld persönlich eingelassen worden. Die in die Wohnung Frauenfelds daraufhin entsendete unter Leitung eines Konzeptsbeamten stehende Polizeikommission traf die obgenannte Gesellschaft in der Wohnung Frauenfelds um ungefähr 1 Uhr nachts im Gespräche an. Bei diesem Anlasse gab der sich mit einem Diplomatenpasse legitimierende Prinz Waldeck zu, zu Besuch des mit ihm seit langen Jahren befreundeten Frauenfeld nach Wien gekommen und auf der Deutschen Gesandtschaft in Wien abgestiegen zu sein. Wenn auch Waldeck und die übrigen betretenen Personen den politischen Charakter ihrer Aussprache in Abrede stellen, so erwies sich ihre Angabe doch im Laufe der daraufhin erfolgten Einvernahme als unrichtig.
Ihr kommt insbesondere dem Umstand eine besondere Beweiskraft zu, dass Prinz *Waldeck* eine Lichtbildkopie des mit obigem Erlass Herrn Gesandten Tauschitz zugegangenen freiem Geleitschreibens bei sich trug. Die Lichtbildkopie wurde seitens des Polizeibeamten beschlagnahmt. Bei diesem Anlass fiel seitens eines der Anwesenden – glaublich von Prinz Waldeck selbst – die Bemerkung, dass an der Beschlagnahme diese Lichtbildes nichts liege, da hievon noch weitere 50 Exemplare vorhanden seien.
Waldeck, der auf Grund noch während der Nacht eingeholter h. o. Weisungen unter entgegenkommender Berücksichtigung seines diplomatischen Charakters seitens des Polizeikommissärs in die Deutsche Gesandtschaft zurückbegleitet wurde, ist lt. Mitteilung der Deutschen Gesandtschaft am 12. XI. nachmittag nach Berlin abgereist.

Wollen Sie unverzüglich im dortigen Auswärtigen Amt vorsprechen und vorstehenden Sachverhalt zur Kenntnis bringen. Hiebei hätten Sie darauf hinzuweisen, dass die obgeschilderte Handlungsweise des Prinzen Waldeck das allergrösste Befremden der Bundesregierung ausgelöst hat. Es erscheint tatsächlich in der diplomatischen Geschichte wohl als einzig dastehender Fall, dass ein Diplomat sich in einen Auslandstaat begibt, ohne bei demselben beglaubigt oder diesem notifiziert zu sein, ausschliesslich zu dem Zwecke, um mit prominenten Vertretern der Gegnerschaft des im hiesigen Staate herrschenden Regimes nächtlicherweile Konventikeln zu veranstalten. Insbesondere muss aber auch auf die unerhörte Tatsache hingewiesen werden, dass ein auf gegenseitige Treu und Glauben beruhende und unter selbstverständlicher Voraussetzung der Wahrung internationaler Loyalität ausgestelltes amtliches Dokument fotographisch vervielfältigt und ein Exemplar dieser Lichtbilder dem genannten Diplomaten abgenommen wurde. Ob und wessen Gebrauch Legationsrat Prinz *Waldeck* von dieser Lichtbildkopie gemacht hat oder machen wollte, ist zwar nicht bekannt, aber aus den Erhebungen erhellt zweifellos, dass die mit dem Prinzen betretenen Personen von diesem Lichtbilddokument Kenntnis erhalten hatten. Die fotografische Vervielfältigung des Geleit-

briefes stellt eine so grobe Verletzung der zwischen Regierungen, die im Frieden miteinander leben, allgemein üblichen grundlegenden Uebereinkommen dar, dass sich für die Qualifizierung dieses Vorgehens kaum dem diplomatischen Wortschatz entnommene Ausdrücke finden lassen dürften. Gegen die in Rede stehende Handlungsweise des Legationsrates Prinzen *Waldeck*, insbesondere gegen den erwähnten Missbrauch des im vollen Vertrauen auf die Loyalität der Deutschen Reichsregierung und auf diplomatischem Wege dem Berliner Auswärtigen Amt zugemittelten amtlichen Freigeleitscheines wollen Sie die entschiedenste Verwahrung einlegen und beifügen, dass die österreichische Bundesregierung sich selbstredend vorbehalten muss, von diesem unerhörten Vorfall, wenn die Umstände sie hiezu zwingen sollten, auch anderweitig Gebrauch zu machen.
Es versteht sich von selbst, dass die österreichische Bundesregierung gegen die bei der mehrerwähnten nächtlichen Zusammenkunft betretenen inländischen Personen die entsprechenden Massnahmen ergriffen hat. Insbesondere hat sich Prinz Waldeck bezw. seine Auftraggeber die Schuld daran zuzuschreiben, wenn gegen den eben erst mangels zureichender Beweise für seine aktive Betätigung im Interesse der in Oesterreich verbotenen nationalsozialistischen Bewegung auf freien Fuss gesetzte ehemalige Gauleiter Frauenfeld neuerlich eingeschritten und allenfalls seine Ueberstellung in ein Anhaltelager verfügt wird.
Ueber Ihre gegenständliche Unterredung im Auswärtigen Amte wollen sie ehestens berichten.

1401

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Tauschitz (Berlin)

Telefondepesche Nr. 1006

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 50310/13 Wien, 16. Januar 1934

Die der Bundesregierung seit Anfang des Monates und insbesondere in den allerletzten Tagen ausgegangenen verlässlichen Informationen stimmen darin überein, dass die Anhängerschaft der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich, Weisungen ihrer Gesinnungsgenossen im Deutschen Reiche folgend, ihre gegen das Regime der Regierung Dollfuss gerichtete terroristische Tätigkeit in nächster Zeit bis zum äussersten zu steigern beabsichtigt. Die sehr erhebliche Zunahme ihrer Aktivität seit 1. Jänner l. J. hat die Bundesregierung bekanntlich bereits zur Ergreifung schärferer Abwehrmassnahmen veranlasst.

Wenn überhaupt noch ein Zweifel daran bestehen konnte, dass der in Oesterreich entwickelte nationalsozialistische Terror durch von gewissen Parteikreisen in Deutschland ausgehende Parolen und sich bis ins einzelne erstreckende Weisungen geführt werde, so haben die den deutschen Ursprung einwandfrei blosslegenden umfangreichen Sendungen von Spreng- und Propagandamaterialien, die den Gegenstand des Erlasses Zl. 50.119-13 vom 9. d. M.[1] bilden, wie auch die behördlich aufgedeckte unmittelbare Fühlungnahme eines diplomatischen Funktionärs des Reiches und angeblich prominenten Vertreters der reichsdeutschen NSDAP mit österreichischen Führern der nationalsozialistischen Bewegung (Telefonerlass Zl. 1005 vom 13. d. M.[2]) auch den letzten Zweifel zerstreuen müssen.
Die einwandfrei festgestellte Anwesenheit von namhaften Kontingenten der sogenannten Oesterreichischen Legion – deren Aufteilung auf der österreichischen Grenze entrückte Arbeitslager allerdings offiziell vor langer Zeit seitens der deutschen Reichsregierung versprochen worden war – nahe der österreichischen Grenze, z. B. in Freilassing, lässt die begründete Annahme zu, dass auch diesen Kontingenten entgegen allen Versprechungen eine besondere Rolle im Kampf gegen die österreichische Bundesregierung zugewiesen sein muss. Der von amtlicher reichsdeutscher Seite behaupteten Harmlosigkeit der Oesterreichischen Legion stehen die eingehenden Erhebungen (Erlass Zl. 50.214-13 vom 12. d. M.[3]), die zur Bekräftigung der h. o. Informationen über Bewaffnung und militärische Ausbildung dieser Leute geführt haben, gegenüber.

Die österreichische Bundesregierung hat bekanntlich bisher alle möglichen Versuche unternommen, um den Konflikt unmittelbar von Regierung zu Regierung zu bereinigen. Diese Haltung der Bundesregierung hat aber wider Erwarten nicht nur kein Verständnis bei den in Betracht kommenden nationalsozialistischen Kreisen gefunden, sondern sie wurde von diesen vielmehr zur Verschärfung des Kampfes ausgenützt. Von dieser Erwägung ausgehend und mit Rücksicht auf die in den jüngsten Tagen geschaffene Sachlage kann die Bundesregierung, obgleich sie sich immer bewusst war und immer bewusst sein wird, dass es sich bei dem Konflikt um eine Angelegenheit zwischen den beiden deutschen Staaten handelt, diesen Weg nicht weiter gehen, sondern muss, will sie ihrer Pflicht gegenüber der vaterlandstreuen österreichischen Bevölkerung nachkommen, nunmehr ernstlich in Erwägung ziehen, sich an den Völkerbund zu wenden, wenn der von reichsdeutschen nationalsozialistischen Faktoren grösstenteils im Wege hierländischer Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung mit reichsdeutschen Spreng- und Propagandamitteln geführte Kampf gegen Oesterreich einschließlich der Verhetzungscampagne durch Rundfunk, Gründung und Förderung des „Kampfringes

[1] AdR, NPA, Deutschland I/12.
[2] ADÖ 9/1400.
[3] AdR, NPA, Deutschland I/12.

der Oesterreicher“ in Deutschland und durch die Presse, nicht binnen allerkürzester Frist sein Ende findet und dafür seitens der deutschen Reichsregierung eine sichere Gewähr geboten wird.[4]
Wollen Sie Vorstehendes bei gleichzeitiger Uebergabe einer entsprechenden schriftlichen Notiz unverzüglich Reichsaussenminister Baron Neurath mit allem Nachdrucke und unter Verwertung der Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen auseinandersetzen und um eine möglichst umgehende Erklärung der Reichsregierung ersuchen. Dieser Ihrer Eröffnung hätten Sie, für den Fall, dass Ihnen die Unzuständigkeit, bezw., das Unvermögen der Reichsregierung entgegengehalten würde, auf die in Rede stehenden Parteikreise in dem von uns gewünschten Sinne mit restlosem Erfolge einzuwirken, beizufügen, dass wir aus der seinerzeitigen dankenswerten völligen Einstellung der Luftraids den berechtigten Schluss ziehen müssten, dass auch die tatsächliche und restlose Abstellung der in Rede stehenden völkerrechtswidrigen Kampfmethoden gewisser nationalsozialistischer Parteikreise und Organismen unter der Voraussetzung in der Macht der Reichsregierung stehe, dass sie hiezu den Willen hat.
Schließlich wollen Sie Baron Neurath bekanntgeben, dass wir von diesem Ihnen aufgetragenen Schritt die europäischen Grossmächte informieren werden.
Drahtbericht erbeten.

1401 A

Bundeskanzler Dollfuß an Gesandtschaft Rom

Telegramm Nr. 1 (in Ziffern)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12 Wien, 16. Januar 1934
Z. 50310/13 (9.30)

Die in letzter Zeit eingetretene sehr erhebliche Zunahme des nationalsozialistischen Terrors, übereinstimmende Informationen, wonach für die nächste Zeit

[4] Der „Kampfring der Deutschösterreicher im Reich“ wurde auf Habichts Veranlassung am 5. November 1933 mit dem Stabschef des Steierischen Heimatschutzes, Ernst Rauter, an der Spitze als eine „Hilfsorganisation der Landesleitung Österreich der NSDAP“ gegründet. Vereinsorgan war der „Deutsch-Österreicher“. Von der Bundesregierung ähnlich wie die „Österreichische Legion“ als Instrument der Einmischung in die inneren Angelegenheiten betrachtet und daher am 17. Januar 1934 Gegenstand des Protests der Wiener Außenpolitik sowohl in Genf als auch gegenüber Berlin, vereitelte der Ballhausplatz sodann im Frühjahr 1934 schlussendlich den Plan des Kampfrings einer Verschickung von etwa 10 000 als „notleidend“ bezeichneter österreichischer Kinder nach Deutschland.

Steigerung bis zum äussersten beabsichtigt ist, ferner Belieferung hiesiger Nationalsozialisten mit reichsdeutschem Spreng- und Propagandamaterial (Erlass Zl. 50.192-13[1]), unmittelbare Fühlungnahme deutschen Diplomaten Prinz *Waldeck* mit hiesigen Führern der Bewegung, schliesslich erwiesene Anwesenheit stärkerer Kontingente der Oesterreichischen Legion an unserer Grenze, haben Bundesregierung veranlasst, deutscher Reichsregierung durch Herrn *Tauschitz* eröffnen zu lassen, dass sie Befassung Völkerbundes nunmehr in ernste Erwägung ziehen müsste, wenn der allen völkerrechtlichen Normen widersprechende von gewissen nationalsozialistischen Parteikreisen im Reich gegen Oesterreich und Bundesregierung geführte masslose Kampf nicht binnen kürzester Frist ein Ende nähme. Wir erwarten möglichst umgehende Antwort der deutschen Reichsregierung.
Wollen Sie Vorstehendes unverzüglich durch Aussenamt zur Kenntnis Herrn Mussolinis bringen lassen und in meinem Namen Bitte beifügen, dass italienische Regierung ihrerseits womöglich unseren Schritt in Berlin nachdrücklich unterstütze.[2]
Drahtbericht.
Dollfuss.

Aussenamt

1402
Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 17/Pol.

AdR, NPA
Tschechoslowakei 5/1
Z. 50402/13 Prag, 17. Januar 1934

Herr Bundeskanzler,
in der Unterredung, die ich mit Herrn Aussenminister Dr Beneš am 16.I. zu führen Gelegenheit hatte, kam der Minister auch auf die nationalsozialistischen Angriffe gegen Oesterreich zu sprechen und meinte, es sei ihm klar, dass Herr Hitler wohl nur deshalb Frieden mit Polen, der Tschechoslowakei und Frankreich halten wol-

[1] AdR, NPA, Deutschland I/12.
[2] Rintelen an Abteilung 13. Telegramm Nr. 5 (Chiffre), Rom 17. Januar 1934 (14.35 Uhr →16.25 Uhr): „Antwort auf d. a. Telegramm No. 1.
Habe dem erhaltenen Auftrage um 13 Uhr bei politischem Generaldirektor entsprochen, welcher sofortige Meldung an Herrn Mussolini zusagte." – AdR, NPA, Deutschland/Geheim I/12, ad. Z. 50310/13.

le, um sich ganz auf Oesterreich konzentrieren zu können, wo er sich den für seine Politik so wichtigen äusseren Erfolg holen möchte. Dass man diese Situation auch im Westen richtig einschätze, dessen sei der Beweis die jüngste Erklärung Simon's im englischen Parlament über die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Oesterreichs. Es geschehe sei 15 Jahren zum ersten Mal, dass England auf eigenen Antrieb zu diesem Problem so klar und deutlich Stellung nimmt. Endlich erkenne man wohl überall, dass das österreichische Problem ein *europäisches* und nicht, wie man früher wahrhaben wollte, bloss ein tschechoslowakisches Problem sei und dass der tschechoslowakische Aussenminister Recht hatte, wenn er sich mit Oesterreich stets „europäisch" verständigen wollte. Dr Beneš sei darüber von grosser Genugtuung erfüllt und froh, dass man jetzt in Wien nicht immer auf Prag hinweisen werde, wenn von der Frage des Anschlusses gesprochen wird. Eines sei sicher, fuhr der Minister fort, dass eine Hitlerisierung Oesterreichs einen schweren internationalen Konflikt nach sich ziehen würde, dessen Mittelpunkt leider Oesterreich wäre. Genau so, wie man zur Zeit des Zollunionvorschlages im Jahre 1931 nicht gegen Curtius, sondern gegen Schober losgegangen sei, so würde man im Falle einer sogenannten Gleichschaltung nicht in erster Linie gegen Deutschland, sondern gegen Oesterreich vorgehen und der erste, der dies tun würde, wäre Herr Mussolini. Dessen sollten sich auch jene Elemente in Oesterreich bewusst werden, die dort den Nationalsozialismus hitlerischer Prägung schüren und propagieren, sie würden weder sich noch ihrem Lande einen Dienst erweisen. Diese Erkenntnis wird, so scheine es dem Minister, in Oesterreich viel zu wenig herausgearbeitet, obzwar gerade sie eine der guten Stützen und Hilfen der Regierung Dollfuss sein müsste.

Die Tschechoslowakei und die Kleine Entente würden gegebenenfalls ruhig abseits stehen bleiben und den Posten eines objektiven Beobachters beziehen, doch würde sie im geeigneten Zeitpunkt ihren Standpunkt wie folgt formulieren: Die Friedensverträge müssen gehalten werden.

Zum Schluss theoretisierte Herr Dr Beneš noch ein wenig über Diktatur und Ständestaat. Er bezeichnete die Diktaturen als Wegbereiter für den Bolschewismus, er fürchte, dass es auch in Deutschland keine andere Reaktion gegen das Hitler-Regime geben werde, als die soziale Revolution. Wir durchleben gegenwärtig, sagte der Minister, ähnliche Zeiten wie sie Europa in den Jahren 1830–1848 durchgemacht habe, damals sei gegen das Regime eines Metternich, Louis Philipp etc. die liberale Reaktion und Revolution gekommen, heutzutage seien wir weiter, es werde die bolschewistische kommen. Aber auch der Ständestaat sei nach Auffassung Dr Beneš's ein nicht ungefährliches Experiment. Man wolle den Klassenkampf abschaffen, indem man eine grosse Anzahl neuer Klassen schafft. Der Arbeiter werde sich in öffentlichen Dingen nicht immer gern und ohne Widerspruch, z. B. von den Aerzten, Vorschriften machen lassen wollen und so werde es sich zeigen, dass eine ständische Verfassung nur dann wird funktionieren können, solange sie von einer diktatorischen Regierung gestützt wird. Sobald

man aber die Zügel nur ein wenig locker lassen und dem Staatsvolke gewisse Freiheiten einräumen würde, dürfte es sich zeigen, dass die einzelnen Stände gegeneinander losgehen werden, und siegen werde dann der stärkste Stand, die misera plebs, also der Bolschewismus. Heute werden natürlich die Bolschewisten sagen, sie seien auch für den Ständestaat, natürlich mit der inneren Reservation, dass sie nur einen ganz bestimmten Stand als den einzig herrschenden und ausschlaggebenden haben wollen. Nicht umsonst hätten die alten demokratischen Staaten des Westens, an der Spitze England und die skandinavischen Staaten, bis heute mit Erfolg dem Bolschewismus die Spitze geboten.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1403
Bundeskanzler Dollfuß an Gesandten Pflügl (Genf)
Weisung

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 50365/13 Wien, 18. Januar 1934

Herr Gesandter,
Im Verfolge des h. o. Telegrammerlasses Zl. 1003 vom 17. Jänner 1934[1] beehre ich mich Ihnen zu Ihrer Information Folgendes mitzuteilen:
Die seinerzeit mit Erlass Zl. 26.685/13 vom 5. Dezember 1933[2] den Gesandtschaften in Paris, London und Rom angeordneten Schritte haben im Grossen und Ganzen ergeben, dass die drei Grossmächte an ihrem Standpunkte in der österr. Frage unbedingt festhalten. So haben sowohl Sir John *Simon*, als [auch]Unterstaatssekretär Sir Robert *Vansittart* Ges. *Franckenstein* gegenüber erklärt, sie hätten für den Standpunkt Oesterreichs volles Verständnis und alle Sympathie und es könnte ihnen natürlich nicht einfallen, aus taktischen oder praktischen Gründen ihre Haltung in der österreichischen Frage zu ändern. Beide Herren äusserten die Meinung, dass auch Frankreich nicht daran denke, lebenswichtige Interessen Oesterreichs anderen politischen Konzessionen zuliebe zu opfern. In ähnlichem Sinne erklärte der Generalsekretär des französischen Ministeriums des Aeussern dem österr. Geschäftsträger gegenüber anfangs Dezember, dass die französische

[1] AdR, Gesandtschaft Berlin.
[2] ADÖ 9/1391.

Regierung „niemals und unter keinen Umständen die österreichische Unabhängigkeit zum Gegenstande eines Kuhhandels werden lasse, eine Aenderung in der Haltung Frankreichs sei sowohl vom moralischen, psychologischen, wie auch vom Standpunkte des europäischen Gleichgewichtes undenkbar.“ (Hier sei auf die gestrigen Auslassungen des französischen Aussenministers Paul-Boncour im Senat hingewiesen).
Die Haltung Italiens in der österreichischen Frage ist zur Genüge bekannt und auch seither wiederholt in eindeutiger Weise bekräftigt worden.
Die ungeheuerliche Zunahme der von gewissen nat.soz. Parteikreisen im Reiche geleiteten und geförderten nat.soz., terroristischen Aktivität in Oesterreich während der letzten Tage hat die Bundesregierung nun veranlasst, Ges. Tauschitz laut in Abschrift zuliegendem Telegrammerlass v. 16 d. M.[3] zu beauftragen, Baron *Neurath* zu eröffnen, dass sie die Anrufung des Völkerbundes in ernste Erwägung ziehen müsse, wenn den von deutschen nationalsozialistischen Parteikreisen ausgehenden Machenschaften nicht ein sofortiges und restloses Ende bereitet würde. Von diesem Schritte, auf welchem die Antwort im gegenwärtigen Augenblick noch aussteht, haben wir die kgl. italienische Regierung vertraulich informiert. Eine gegenständliche Mitteilung an die hies. Vertreter Englands und Frankreichs wird noch heute erfolgen.
Wollen Sie daher in Ihren Gesprächen mit den derzeitigen dort versammelten Staatsmännern die Möglichkeit durchblicken lassen, dass wir uns angesichts dieser Sachlage eventuell an den Völkerbund wenden müssen, wobei nach unserer Auffassung Artikel 11 des Völkerbundpaktes uns unbestreitbar berechtigt.
Die von der deutschen Reichsregierung zu gewärtigende Antwort auf den Schritt des Gesandten *Tauschitz* wird Ihnen sogleich nach Einlagen mitgeteilt werden.
Ueber Ihre in Ihren Gesprächen gemachten Wahrnehmungen hinsichtlich Einstellung und Stimmung der massgebenden Kreise zu dieser Eventualität wollen Sie – nötigenfalls telefonisch – sofort berichten.
Zur Vervollständigung Ihrer Informationen erhalten Sie in der Anlage mit Bezugnahme auf Erlass Zl. 25.043-13[4] (unsere Note an die deutsche Reichsregierung wegen der „Oesterreichischen Legion“) die daraufhin seitens des Reichsaussenministeriums erteilte Antwort, sowie einen Auszug aus amtlichen Protokollen, die mit zurückgekehrten Angehörigen der „österr. Legion“ aufgenommen wurden und im Gegensatz zu den Behauptungen der ebenerwähnte deutschen Antwortnote unsere Informationen über Bewaffnung und militärische Ausbildung der Legionäre erhärten.

[3] ADÖ 9/1401.
[4] ADÖ 9/1376.

1404

Gesandter Tauschitz an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 1 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12 Berlin, 18. Januar 1934
Z. 50372/13 (9.40)

Mit Bezug auf telephonischen Erlass No. 1006.[1]
Gelegentlich heutiger Demarche[2] eröffnete mir Reichsminister des Aeussern vorerst seine schwere Enttäuschung, dass Bundeskanzler bewusste Aussprache im letzten Moment absagte. Zum ersten Male habe er amtliche Wege beschritten, sich in dieser Angelegenheit exponiert, mit Mühe Reichskanzler dafür gewonnen und sei nun persönlich *enttäuscht*. Er werde für längere Zeit für solche Versuche, von denen er sich positiven Erfolg versprochen habe, nicht mehr zu haben sein. Er habe nach Ansage Prinzen von Waldeck nach Wien beordert, um Umfrage zu halten, Gründe für Nichtzustandekommen der Verhandlungen zu erfahren. Von Rieth hätte er allerdings auch Bericht erhalten, jedoch nur österreichische Leseart. Zur Demarche könne er sich erst äussern, wenn von eigenen Behörden österreichische Behauptung überprüft sein werde. Von sich aus könne er sagen, dass eine Erhöhung der Aktivität nur auf Absage der Aussprache zurückzuführen sei. Bezüglich österreichischer Legion wäre ihm Anwesenheit von Kontingent Freilassing nicht bekannt, er könne nur, wie schon oft erklären, dass irgendwelche wichtige Rolle dieser Legion nicht zugedacht ist, sie bilde vielmehr für Regierung Verlegenheit. Bewaffnung und militärische Ausbildung bestreitet Neurath. Er würde bedauern, wenn Oesterreich mit der Angelegenheit zum Völkerbund ginge. Er könne es nicht hindern, erklärte aber, dass dies Verschärfung bedeuten würde, ebenso wie Mitteilung meines heutigen Schrittes an die Grossmächte. Eine Ausgleichsmöglichkeit wäre nun durch die letzten Ereignisse gründlich verschüttet und er habe keine Lust, sich neuerlich die Finger zu verbrennen. Nach meinen Informationen soll in Wien für Dauer Anwesenheit Suvichs verstärkte nationalsozialistische Aktivität angeordnet sein.

[1] ADÖ 9/1401.
[2] Vgl. ADAP C/188.

1404 A

Gesandter Tauschitz an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 2 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12 Berlin, 18. Januar 1934
Z. 50373/13 (10.00)

Mit Bezug auf Telephondepesche N. 1007.[1]
Auf meinen heute mittags erfolgten Schritt in der Angelegenheit Meldepflicht österreichischer Staatsangehöriger erklärte mir Aussenminister abends, dass ohne Wissen Reichskanzler erlassene Verfügung sofort zurückgenommen wird.

1405

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandte Egger (Paris), Franckenstein (London) und Rintelen (Rom)

Weisung

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 50375/13 Wien, 18. Januar 1934

ad 1 [Egger] und 2 [Franckenstein]: Herr Gesandter,
Die ungeheuerliche Zunahme der von gewissen nationalsozialistischen Parteikreisen im Reiche geleiteten und geförderten nationalsozialistischen, terroristischen Aktivität in Oesterreich während der letzten Tage hat die Bundesregierung nun veranlasst, Gesandten Tauschitz laut in Abschrift zuliegendem Telegrammerlass vom 16. d. M.[1] zu beauftragen, Baron *Neurath* zu eröffnen, dass sie die Anrufung des Völkerbundes in ernste Erwägung ziehen müsse, wenn den von deutschen nationalsozialistischen Parteikreisen ausgehenden Machenschaften nicht ein sofortiges und restloses Ende bereitet würde. Von diesem Schritte, auf welchen die

[1] AdR, Gesandtschaft Berlin.
[1] ADÖ 9/1401.

Antwort im gegenwärtigen Augenblick noch aussteht, haben wir die hiesigen Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens informiert.
Wollen Sie in Ihrem Gespräche mit der dortigen Regierung die Möglichkeit durchblicken lassen, dass wir uns angesichts dieser Sachlage, falls wir von der deutschen Reichsregierung keine befriedigende Erklärung erhalten sollten, werden an den Völkerbund wenden müssen, wozu nach unserer Auffassung Art. 11, Abs. 2 des Völkerbundpaktes uns unbestreitbar berechtigt. Die von der deutschen Reichsregierung zu gewärtigende Antwort auf den Schritt des Gesandten Tauschitz wird Ihnen sogleich nach Einlangen mitgeteilt werden.
Ueber Ihre in Ihren Gesprächen gemachten Wahrnehmungen hinsichtlich Einstellung und Stimmung der massgebenden dortigen Kreise zu dieser Eventualität wollen Sie fortlaufend telegraphisch berichten.
Die Anwesenheit des italienischen Unterstaatssekretärs der Auswärtigen Angelegenheiten *Suvich* wird natürlich seitens des Herrn Bundeskanzlers zu einer eingehenden Erörterung unseres Konfliktes mit Deutschland benützt werden.
Gesandter *Pflügl* in Genf ist mit Rücksicht auf die gegenwärtig dort versammelten leitenden Staatsmänner der vornehmlich in Betracht kommenden Länder im gleichen Sinne hierseits informiert worden.
Zur Vervollständigung Ihrer Information erhalten Sie in der Anlage mit Bezugnahme auf Erlass Zl. 25.043/13[2] (unsere Note an die deutsche Reichsregierung wegen der „Oesterreichischen Legion“) die daraufhin seitens des Reichsaussenministeriums erteilte Antwort sowie einen Auszug aus amtlichen Protokollen, die mit zurückgekehrten Angehörigen der „Oesterreichischen Legion“ aufgenommen wurden und im Gegensatz zu den Behauptungen der ebenerwähnten deutschen Antwortnote unsere Informationen über Bewaffnung und militärische Ausbildung der Legionäre erhärten.

ad 1 [Egger]: Wollen Sie die zuliegende Erlassausfertigung für Ges. *Franckenstein* auf dem raschesten Wege nach London absenden lassen. Dieser Weg wird mit Rücksicht auf die vorliegenden Informationen, wonach auch Transitpost von Oesterreich nach Frankreich beziehungsweise England in Deutschland der amtlichen Zensur unterworfen würde, gewählt.
Empfangen […]

ad 3 [Rintelen]: Herr Gesandter,
Sie erhalten anbei Abschrift eines Erlasses mit Beilagen, der gestern an Gesandten *Egger* in Paris und Gesandten *Franckenstein* in London abgegangen ist, zu Ihrer Information und entsprechenden Verwertung in Ihren Gesprächen.
Empfangen […]

[2] ADÖ 9/1376.

1406
Äußerung Bundeskanzleramt Abteilung 15/Völkerrecht

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 51113/13 Wien, 19. Januar 1934

I. Sachverhalt und Vorbemerkungen.

Die Abt. 15 VR nimmt als erweislich an, dass die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (im Folgenden mit N.S.P. bezeichnet) auf dem Wege der Beeinflussung der Oesterreicher in Deutschland und der österreichischen Bevölkerung den Sturz der derzeitigen Bundesregierung, deren Ersetzung durch eine nationalsozialistisch orientierte Regierung, die Gleichschaltung der inneren Politik in Oesterreich und Deutschland und in letzter Linie sohin den formalen Anschluss Oesterreichs an Deutschland anstrebt (siehe Beitrittserklärung zum „Kampfring der Deutschösterreicher im Reiche“: „Ich bekenne mich ... zu den Zielen des Kampfringes und verspreche … an der Herbeiführung des geistigen und an der Vorbereitung des formalen staatlichen Zusammenschlusses Deutschösterreichs mit dem Reiche Adolf Hitlers tätig mitzuhelfen“).
Die nachfolgende Aeusserung nimmt zu der Frage Stellung, ob in diesem Vorgehen der N.S.P. ein völkerrechtswidriger Akt zu erblicken ist, der die deutsche Regierung verantwortlich macht.
Den Ausführungen hierüber mögen zwei Vorbemerkungen vorausgeschickt werden.
1) Die Aeusserung lässt die Frage bei Seite, ob die in Rede stehende Aktion schon mit Rücksicht auf ihr Endziel – den formalen Anschluss – völkerrechtswidrig ist. Diesfalls wäre nur hervorzuheben;
a) Art. 10 der Völkerbundsatzung, der lautet: „Die Bundesmitglieder verpflichten sich, die Unversehrtheit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äussern Angriff zu wahren. Im Falle eines Angriffs, der Bedrohung mit einem Angriff oder einer Angriffsgefahr nimmt der Rat auf die Mittel zur Durchführung dieser Verpflichtung Bedacht“ findet keine Anwendung. Es ist allgemein zugegeben, dass dieser Artikel die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit der Bundesmitglieder nur gegen gewaltsame Angriffe zu schützen bestimmt ist (Vergleiche Ray, Commentaire du Pacte de la Société des Nations, p. 345). Nach der angenommenen Absicht der N.S.P. soll aber der seinerzeitige Anschluss schon nach der Gleichschaltung und daher nicht gewaltsam erfolgen.
b) Dagegen widerspricht die Aktion der N.S.P. eben mit Rücksicht auf ihr Endziel offensichtlich dem Anschlussverbote der Art. 80 des Staatsvertrages von Versailles und 88 des Staatsvertrages von St. Germain. Doch sollte es den ehe-

maligen Alliierten und Assoziierten überlassen bleiben, dem Anschlussverbot praktische Geltung zu verschaffen. Einige derselben – Grossbritannien, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei – haben ja auch bekanntlich im Genfer Protokoll I die programmatische Erklärung abgegeben, dass sie gegebenenfalls, um die Achtung der politischen Unabhängigkeit Oesterreichs bei allen Nationen sicherzustellen, einzeln oder kollektiv entsprechende Massnahmen ergreifen werden, und es ist dort ja auch der hiebei einzuschlagende Weg, Appell an den Völkerbunderat, vorgezeichnet.
2) Die Aeusserung fasst weiters die Möglichkeit nicht ins Auge, dass Hitler versuchen sollte, den beabsichtigten Umsturz in Oesterreich durch *gewaltsame* Intervention zu erzielen. Diesfalls verweist die Abt. 15 VR auf ihr Gutachten zu der Frage der Opportunität eines zwischen Oesterreich und Deutschland abzuschliessenden Nichtangriffspaktes.

II. Die Völkerrechtswidrigkeit der Aktion der N.S.P. und die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung hiefür.

1) Das Verhältnis der N.S.P. zur deutschen Regierung.
Nach den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes lassen sich die Fälle der völkerrechtlichen Haftung der Staaten in zwei Kategorien einteilen:
Entweder haftet der Staat unmittelbar, weil er selbst durch seine Organe eine völkerrechtswidrige Handlung begangen hat;
oder aber das Völkerrecht nimmt eine Haftung des Staates deshalb an, weil der Staat es nicht verhindert hat, dass seine Bewohner gewisse gegen fremde Staaten gerichtete Handlungen gesetzt haben. In letzterem Falle spricht man von einer mittelbaren Haftung des Staates, d. h. der Staat haftet nicht für die Tat selbst, sondern nur deshalb, weil er es unterlassen hat, mit seinen Machtmitteln dahin zu wirken, dass Privatpersonen auf seinem Gebiete bestimmte Handlungen nicht vornehmen.
Da die Haftung des Staates für eigene Handlungen eine viel strengere ist als die Haftung für die unterlassene Verhinderung von Handlungen privater Personen, ist bei Prüfung der gegen Oesterreich gerichteten Tätigkeit der N.S.P. zunächst festzustellen, welche Stellung diese Partei im Deutschen Reiche einnimmt.
Wie gerade erwähnt, haftet ein Staat unmittelbar nur für das Verhalten seiner Organe. Als Staatsorgane kommen dabei nach Völkerrecht grundsätzlich nur jene Personen in Betracht, die nach innerstaatlichem Rechte als solche Organe qualifiziert sind. Dieser Grundsatz stützt sich auf die Erwägung, dass nach Völkerrecht ein souveräner Staat Verfassungsautonomie besitzt, daher allein bestimmen kann, welche Personen in seinem Namen fremden Staaten gegenüber aufzutreten befugt sind.
Dieser Grundsatz gilt jedoch nur unter der Voraussetzung, dass das die Organe berufende staatliche Recht auch tatsächlich die oberste Ordnung im Staate bildet.

Dies ist wohl regelmässig der Fall. Wenn jedoch ein Staat ganz und gar von einer einzigen Partei beherrscht wird, so kann der Fall eintreten, dass die offizielle Verfassung nur scheinbar die höchste Ordnung des Landes bildet, während in Wahrheit die oberste Autorität der Ordnung der Partei zukommt, die sich hinter der offiziellen Ordnung verbirgt. (Siehe *Verdross,* „Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Sowjetunion für die Handlungen der russischen kommunistischen Partei und der 3. Internationalen", Z. ö. R. 1930, Bd. IX, S. 577, der aus diesem Grunde auch die italienische Regierung für die Handlungen der faschistischen Partei völkerrechtlich haften lässt).

In Deutschland gibt es nun seit dem Frühjahr 1933 ebenfalls nur mehr eine einzige Partei, nämlich die N.S.P. Die N.S.P. hat, wie sie es selbst hervorhebt, die „Totalität" im Staate nicht nur angestrebt, sondern auch bereits erreicht. So hat der Stabschef der S.A., Reichsminister Röhm, in seiner Rede vom 7. Dezember 1933 vor den Mitgliedern des diplomatischen Korps und Vertretern der Auslandspresse in Berlin erklärt: „Ich erzähle Ihnen kein Geheimnis und keine Neuigkeit, wenn ich Sie auf den Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates hinweise. Das besagt: die nationalsozialistische Idee hat machtpolitisch den Staat erobert und damit die Fesseln der Partei gesprengt. *Der Nationalsozialismus ist selbst Staat geworden* und duldet keinerlei irgendwie geartete Strömungen neben sich". Die effektive Macht im deutschen Reiche im Sinne des Völkerrechtes hat daher heute die N.S.P.

Es ergibt sich daher die Folgerung: die Handlungen und Unterlassungen der nationalsozialistischen Partei sind völkerrechtlich so anzusehen, als ob sie unmittelbar von Organen des deutschen Reiches, also von der deutschen Regierung selbst, gesetzt würden. Denn vor dem Völkerrecht gelten als Regierung jene Person, die, oder jener Personenverband, der „der Wirklichkeit nach über die Herrschaftsgewalt verfügt".

2) Die Völkerrechtswidrigkeit des unmittelbaren Eingriffes in die innere Politik eines fremden Staates.

A) Nach allgemeinem Völkerrecht: Die Grundlage der Völkergemeinschaft bildet die Unabhängigkeit der einzelnen zur Völkergemeinschaft gehörenden Staaten. Hieraus kann gefolgert werden, dass jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates an und für sich unzulässig ist. Der Begriff „innere Angelegenheiten" bedarf einer näheren Umgrenzung. Er lässt sich besser auf negative Weise erfassen. Nicht zu den inneren Angelegenheiten gehören zunächst zweifellos die auswärtigen Beziehungen aller Art. Aber selbst solche Angelegenheiten eines Staates, die zunächst das Verhältnis zum Ausland nicht betreffen, hören auf, rein innerstaatlicher Natur zu sein, wenn einem Staat in Ansehung ihrer Behandlung völkerrechtliche Verpflichtungen obliegen. So ist die Behandlung der eigenen Staatsangehörigen, die zunächst zweifellos eine rein innere Angelegenheit ist, bei Vorliegen eines Minderheitsschutzvertrages keine solche mehr.

Die Gestaltung der inneren Politik eines Landes ist nun unbestreitbar eine rein innerstaatliche Angelegenheit im engsten Sinne des Wortes. (Was Oesterreich anlangt, besteht diesfalls auch keine zwischenstaatliche Bindung). Die Staatengeschichte zeigt denn auch, dass die Staaten Einmischungen in ihre innere Politik als Völkerrechtswidrigkeiten empfunden und sehr energisch abgewehrt haben. So berichtet Moore, dass die spanische Regierung im Jahre 1848, als der britische Aussenminister durch den britischen Minister in Madrid die Annahme eines verfassungsmässigen Kurses empfahl, diese Note empört zurückgeschickt und die Abberufung des Ministers verlangt hat. Auch die neue deutsche Regierung hat sich schon wiederholt auf denselben Standpunkt gestellt. So hat anlässlich der Sitzung des Völkerbundrates am 30. Mai 1933 ebenso wie in den Debatten der VI. Kommission der Völkerbundversammlung im Oktober 1933 der deutsche Delegierte sich ausdrücklich dagegen gewehrt, dass die deutsche Ausnahmsgesetzgebung gegen die Juden in die Debatte gezogen wird. Auch der deutsche Aussenminister Freiherr von Neurath hat in einer Rede vom 6. November 1933 im deutschen Klub in Berlin es bedauert, dass im Völkerbunde so manche Redner für gute Politik gehalten haben, die Tagesordnungen der Sitzungen zu unzulässigen Kritiken an rein inneren deutschen Angelegenheiten zu missbrauchen.
Es lässt sich aber nicht verkennen, dass die Gestaltung der inneren Politik eines Landes schon wegen ihres Einflusses auf die Aussenpolitik und wegen ihrer Rückwirkung auf die Innenpolitik anderer Staaten für diese von überwiegender Bedeutung sein kann. Es hiesse denn auch die Augen vor den Realitäten des Lebens verschliessen, wollte man übersehen, dass die diplomatische Geschichte aller Zeiten unzählige Versuche aufweist, auf die politische Entwicklung anderer Staaten Einfluss zu nehmen. Die Abt. 15 VR glaubt denn auch nicht, dass sich eine Rechtsregel des Inhaltes, jede Einmischung in die innere Politik eines anderen Landes sei völkerrechtswidrig, mit genügender Sicherheit nachweisen liesse. Das Gegenteil gilt jedoch von gewissen Formen einer solchen Einmischung und insbesondere von der unmittelbaren Einmischung, also jener, die sich nicht an die betreffende Regierung, sondern direkt an die Bevölkerung wendet. Dies ist aber das Charakteristikon des Vorgehens der N.S.P. in Oesterreich. Die soeben entwickelte These, dass nämlich die unmittelbare Beeinflussung des Willens der Bevölkerung eines fremden Staates völkerrechtswidrig ist, ist in der Völkerrechtslehre einstimmig angenommen. Dies ist so unbestritten, dass sich die meisten Völkerrechtslehrer damit begnügen, die These aufzustellen. So betont z. B. *Lauterpacht* in seinem Artikel „Revolutionary activities by *private* persons against foreign States (American Journal of International Law, 1928, S. 105), „die unzweifelhafte und unbeschränkte Haftung des Staates für solche revolutionäre Propaganda und andere Akte revolutionärer Natur, die ausgehen von der eigenen Regierung oder von Personen oder Instituten, die von der Regierung Beistand oder Unterstützung erhalten“. *Verdross* schreibt, dass „die Pflicht des Staates, sich durch seine Organe aller Eingriffe dieser Art (scil. in die innere Ordnung fremder

Staaten) zu enthalten, grundsätzlich unbeschränkt ist". *Saldana*: La justice pénale internationale (Cours de la Haye 1925/V) bezeichnet als völkerrechtliches Delikt: „Die innerpolitische Intervention, d. i. die Einmischung in die inneren politischen Streitigkeiten eines anderen Staates durch Ermunterungen, Unterstützungen u. s. w., die gewissen Parteien in ihrem Kampfe, gegen ihre Gegner gewährt werden, durch die Aufreizung zur Revolution und zum Bürgerkrieg".

Uebrigens scheint nach einem Aufsatz von *Lichtenberger* „Répercussion internationale du Hitlérisme" (L'esprit international 1933, S. 590) hervorzugehen, dass einzelne Staaten der deutschen Regierung bereits in freundschaftlicher Weise zu verstehen gegeben haben, ihre gegen Oesterreich gerichtete Propaganda sei mit dem Völkerrechte nicht in Uebereinstimmung.

Auch die Staatengeschichte bestätigt die erwähnte These. So wird berichtet, dass Präsident Cleveland auf der Abberufung des britischen Ministers in Washington bestand, weil dieser gelegentlich der Präsidentenwahl vom Jahre 1888 in einem Briefe an einen Amerikaner britischer Abstammung diesen hinsichtlich der Ausübung seines Wahlrechtes zu beeinflussen versucht hatte.

Aus der jüngsten Zeit ist bekannt, dass die tschechoslowakische Presse den päpstlichen Nuntius in Prag angegriffen hat, weil dieser die oppositionellen Kundgebungen der slowakischen Autonomisten unterstützt hätte und dass der tschechische Ministerrat auf Drängen der Linksparteien, die darin einen Eingriff in die tschechoslowakische Innenpolitik sahen, einen Beschluss dahingehend gefasst hat, es sei die Abberufung des Nuntius vom Heiligen Stuhl zu begehren.

Systematische Versuche, die Gestaltung der inneren Politik eines fremden Staates durch direkte Beeinflussung seiner Bevölkerung zu einer grundlegenden Aenderung im Sinne der Gleichschaltung mit der eigenen Politik zu beeinflussen, hat es in der diplomatischen Geschichte der Neuzeit nur in zwei Fällen gegeben. So bestimmte ein Dekret des französischen Konvents vom 19. November 1792, dass „die französische Nation Brüderlichkeit und Hilfe allen Völkern zu Teil lassen werde, die ihre Freiheit zurückerobern wollen". Unter dem Drucke der übrigen Mächte musste der Konvent jedoch schon im April 1793 dieses Dekret durch ein anderes ersetzen, das den entgegengesetzten Grundsatz der Nichteinmischung in die Regierung der anderen Staaten aufstellte.

Den zweiten Versuch haben die Bolschewiken unternommen, denen es darum zu tun ist, ihre Regierungsform, das ist die Diktatur des Proletariates, auf die ganze Welt auszudehnen. Diese Propaganda wurde stets und wird auch heute noch, und zwar gerade auch von Deutschland, immer als völkerrechtswidrig angesehen. So hat bereits Art. 2 des Friedensvertrages von Brest-Litowsk bestimmt, dass die Vertragsschliessenden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles unterlassen werden. Als die bolschewikische Regierung sich nicht an diese Bestimmung hielt, hat anfangs November 1918 die kaiserlich deutsche Regierung energisch gegen diesen „schweren Verstoss gegen die elementarsten Gepflogenheiten des Völkerrechtes"

protestiert. Im selben Sinne hat sich der deutsche Minister v. Simons am 21. November 1921 gegen die Sowjetpropaganda geäussert.
Als Folge dieser mit der Sowjetregierung gemachten Erfahrungen ist es üblich geworden, bei allen mit der Sowjetregierung abgeschlossenen Handelsübereinkommen ausdrücklich die Bestimmung aufzunehmen, dass die beiderseitigen Regierungen davon absehen, Propaganda zu machen (siehe z. B. Art. IV des österreichisch-russischen Handelsabkommens vom 7. Dezember 1921, B.G.Bl. Nr. 147 aus 1922). Eine derartige Bestimmung soll auch in den jüngsten Verträgen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland enthalten sein.
Da die Sowjetregierung sich aber nicht an diese Abmachungen hielt, ist es mehrfach zu Zwischenfällen gekommen. So hat im Mai 1924 die Berliner Polizei im Hause der Handelsvertretung der Sowjetregierung eine Hausdurchsuchung vorgenommen; dasselbe hat die englische Polizei im Mai 1927 in London gemacht. Da bei letzterer Gelegenheit festgestellt wurde, dass die Sowjetregierung in England antibritische Spionage und Propaganda zugunsten der Proletarierdiktatur betrieb, kam es deswegen sogar zum Bruche zwischen England und Russland.
Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, dass die neue deutsche Regierung sich ganz energisch gegen jede Sowjetpropaganda wehrt. Wenn (siehe den Bericht des Gesandten Tauschitz) Ministerialdirektor Köpke behauptet, dass eine derartige Propaganda nur dann gegen das Völkerrecht verstosse, wenn der Umsturz auf kommunistischer Grundlage herbeigeführt werden soll, so ist dieser Unterschied, wie Gesandter Tauschitz selbst sehr richtig hervorhebt, dem geltenden Völkerrechte fremd.
Es lässt sich daher nach Ansicht der Abt. 15 VR mit voller Sicherheit die Behauptung aufstellen, dass das als erweislich anzusehende Vorgehen der N.S.P. in Oesterreich einem allgemein anerkannten Grundsatze des Völkerrechtes widerspricht.
B. Findet dieser Grundsatz eine besondere Bekräftigung durch die Völkerbundsatzung?
a) Es wäre naheliegend, den oben bereits wiedergegebenen Art. 10 der Völkerbundsatzung in diesem Sinne aufzufassen, da er ja von der politischen Unabhängigkeit der Bundesmitglieder spricht. Näherer Ueberlegung hält dies jedoch nicht stand. Die Gleichstellung der politischen Unabhängigkeit mit der territorialen Integrität lässt nämlich erkennen, dass nach Ansicht der Satzung lediglich eine dauernde Unterdrückung der politischen Unabhängigkeit, nicht aber eine Einmischung in einzelnen Fällen getroffen werden soll. Es kann ja auch nicht ernstlich behauptet werden, dass die Mitglieder des Völkerbundes, die ja alle Garanten des Art. 10 sind, sich gegenseitig tatsächlich vor jeder solchen bloss vorübergehenden Einmischung in die inneren Angelegenheiten Schutz versprochen haben.
b) Dagegen findet die erwähnte These eine indirekte Stütze im Art. 15, Abs. 8, der Völkerbundsatzung, worin zum Ausdruck gebracht wird, dass die Organe des Völkerbundes sich in einer Streitfrage jeder weiteren Aktion zu entschlagen ha-

ben, wenn feststeht, dass sie nach internationalem Rechte zur ausschliesslichen Zuständigkeit dieser Partei gehört. „On ne doit pas," wie Sir Austin Chamberlain in der 44. Session des Rates ausgeführt hat, „faire des représentations au sujet des affaires internes d'un pays quelconque". Und der italienische Vertreter hat gelegentlich im Rate darauf hingewiesen, dass Art. 15, Zahl 8, nicht „une question de compétence", sondern „une question constitutionnelle et de principe" beinhaltet.

3) Der Kampfring der Deutschösterreicher im Reiche.

Was speziell die Gründung von „Kampfringen der Deutschösterreicher im Reiche" betrifft, so ist diese Gründung nur ein Ausschnitt aus der gegen Oesterreich gerichteten Tätigkeit der deutschen Regierung und muss im Rahmen dieser Tätigkeit bewertet werden.

Dieser Gründung käme vom völkerrechtlichen Standpunkte aus eine spezielle Bedeutung nur dann zu, wenn die in Deutschland lebenden Oesterreicher zum Beitritte zu diesen Kampfringen, sei es unmittelbar, sei es durch einen moralischen Zwang, gezwungen würden. Dass ein solcher Zwang zunächst Art. 1, Abs. 2, des deutsch-österreichischen Handelsvertrages verletzen würde, ist bereits in anderem Zusammenhange betont worden.

Aber auch abgesehen davon ist ein gegen Ausländer ausgeübter Zwang, gegen ihr eigenes Land Hochverrat zu begehen, völkerrechtswidrig. Wenn auch praktische Fälle dieser Art im Friedensvölkerrechte kaum vorkommen und sich daher eine gewohnheitsrechtliche Regel diesfalls nicht ausgebildet hat, so ergibt sich die Völkerrechtswidrigkeit einer solchen Massnahme doch durch den Schluss a majori ad minus aus den einschlägigen Vorschriften des Kriegsrechtes. Denn es ist klar, dass das Völkerrecht ein solches Verhalten eines Staates in Friedenszeiten nicht gestatten kann, wenn es dasselbe selbst zwischen kriegführenden Staaten verbietet.

Nun bestimmt Art. 45 der Anlage zum Haager Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. Oktober 1907: „Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebietes zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten". Damit ist implicite auch gesagt, dass es verboten ist, die Bevölkerung zum Bruch des Treueverhältnisses zur eigenen Regierung zu zwingen. Nach Art. 22, Abs. 2, der Anlage ist es auch ausdrücklich verboten, „Angehörige der Gegenpartei zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr Land zu zwingen", ebenso wie es nach Art. 44 verboten ist, die Bevölkerung zu zwingen, auch nur „Auskünfte über das Heer des anderen Kriegführenden oder dessen Verteidigungsmittel zu geben". *Zorn* (Das Kriegsrecht zu Lande, Berlin 1906, S. 236) schreibt zu dem gleichlautenden Art. 45 des entsprechenden Haager Abkommens aus dem Jahre 1899: „Diese Bestimmung … bedarf einer Erörterung nicht; sie ist überhaupt veraltet und überflüssig, da ein derartiger Fall heutzutage nicht mehr praktisch werden wird". *Nippold* (Die zweite Haager Friedenskonferenz, Leipzig 1911, Zweiter Teil, S. 25) erklärt zu den Artt. 24, Abs. 2, und 44: „Ein Zwang gegen einen Menschen, um ihn zu Handlungen gegen sein Vaterland

zu veranlassen, bleibt unter allen Umständen etwas Hässliches und Verwerfliches, und seine Zulässigkeit sollte am wenigsten von solchen Seiten befürwortet werden, die sonst den Patriotismus auf ihre Fahnen schreiben".

III. Die Geltendmachung des völkerrechtlichen Anspruches auf Einstellung der deutschen Propaganda.

Wird den Ausführungen unter I und II zugestimmt, also als erweislich angenommen, dass die N.S.P. die Aenderung der österreichischen Innenpolitik durch Beeinflussung der österreichischen Bevölkerung versucht, dass dieser Versuch völkerrechtswidrig ist und dass diese Völkerrechtswidrigkeit die deutsche Regierung verantwortlich macht, so ergibt sich zwangsläufig der völkerrechtliche Anspruch der Bundesregierung auf Einstellung der Propaganda durch die deutsche Regierung.
Der Versuch, diesen Anspruch auf anderem als diplomatischem Wege durchzusetzen, kann in doppelter Weise unternommen werden.
1) Durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof:
Deutschland hat vor kurzem die Zuständigkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Rahmen des Artikels 36 des Statutes dieses Gerichtshofes für eine weitere Zeitspanne angenommen.
Die deutsche Regierung kann daher auch ohne ihre Zustimmung mittels Klage vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof belangt werden, wenn der Streitfall betrifft, a) die Auslegung eines Staatsvertrages; b) irgendwelche Fragen des internationalen Rechtes; c) das Bestehen einer Tatsache, die, wenn sie bewiesen wäre, der Verletzung einer internationalen Verpflichtung gleichkommen würde; d) die Art oder der Umfang einer wegen Verletzung einer internationalen Verpflichtung geschuldeten Wiedergutmachung.
Dass diese Voraussetzung im vorliegenden Falle gegeben ist, ist ohne weiters einleuchtend.
Die Klage hätte den Nachweis für die bekämpften Beeinflussungsversuche zu führen, die völkerrechtliche Unzulässigkeit solcher Versuche und die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung für die Handlungen der N.S.P. zu behaupten und, da pro praeterito ein Schadenersatz mit Rücksicht auf die Sonderheit des Falles kaum in Frage kommt, pro futuro den Ausspruch zu verlangen, dass Deutschland zur Einstellung der Propaganda verpflichtet sei.
Bei Nichterfüllung des Spruches könnte der Völkerbundrat angerufen werden, der nach Art. 13, Abs. 3, der Satzung verpflichtet wäre, dem Spruch Wirkung zu verschaffen.
2) Durch Vermittlung des Völkerbundrates:
Eine wesentlich weniger scharfe Methode wäre die Anrufung des Völkerbundrates nach Art. 11, Abs. 2 der Völkerbundsatzung. Dieser lautet: „Es wird weiter festgestellt, dass jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise

Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluss auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht."

Zur nähren Kennzeichnung des Charakters einer Anrufung nach Art. 11, Abs. 2, der Satzung sei auf die bezüglichen Ausführungen in Kommentar zu Völkerbundsatzung von Jean *Ray* verwiesen: „Au contraire (zum Unterschied von dem Verfahren nach Art. 11, Abs. 1, bei Krieg oder Kriegsdrohung) le deuxième alinéa prévoit une forme beaucoup plus douce d'intervention ; l'Etat qui prendra l'initiative de la démarche n'aura pas à parler de guerre ou de menace de guerre ; il suffira qu'il vise telle circonstance de nature à troubler la paix, ce qui est évidemment moins brutal ; on spécifie d'ailleurs, dans le texte même du Pacte, que cette démarche se fait « à titre amical » ; le mot pourra être repris dans le texte de la note, dont le ton se trouvera par là même fixé. On ne prévoit d'ailleurs pas, dans ce cas, le déclenchement automatique d'une procédure, ni une convocation spéciale d'un organe de la Société. Tout cela donne à l'art. 11 al. 2 un caractère conciliant fort différent du ton énergique de l'al. 1er."

Tatsächlich ist auch die Anrufung des Völkerbundrates nach Art. 22, Abs. 2, weit häufiger als nach Art. 11, Abs. 1. Als Musterbeispiel für die Form einer solchen Anrufung möge ein Brief des Lord Parmoor an den Völkerbundrat vom 30. September 1924, Journal Officiel 1924, p. 1585, dienen, der lautet:

„1. Sur la demande de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de vous transmettre copie d'une note que le Gouvernement britannique a adressée au Gouvernement turc, au sujet des incidents récents qui se sont produits sur la frontière entre la Turquie et l'Irak.

2. Le Gouvernement britannique, en me priant de communiquer cette note, agit en conformité des dispositions du deuxième paragraphe de l'article II du Pacte de la Société a le droit, à titre amical, d'appeler l'attention du Conseil, sur toute circonstance qui menace de troubler la bonne entente entre nations, dont la paix dépend.

3. Je vous prie donc de bien vouloir porter sans retard la note britannique à la connaissance du Conseil."

Die Bundesregierung hätte daher bei Befolgung dieses Beispieles in einer an die deutsche Regierung gerichteten Note die einzelnen Beschwerdepunkte genau anzuführen, auf die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der deutschen Regierung für diese Schritte zu verweisen und zu konstatieren, dass die bisherigen Versuche der Bundesregierung, die deutsche Regierung zu einem dem Völkerrechte entsprechenden Verhalten zu veranlassen, missglückt seien. Hieran könnte die Bemerkung geknüpft werden, dass die Angelegenheit gleichzeitig oder bei weiterer Unterlassung entsprechender Schritte seitens der deutschen Regierung dem Völkerbundrat nach Art. 11, Abs. 2, unterbreitet werde oder unterbreitet werden würde.

Abschrift dieser Note wäre dann entweder sogleich oder nach einem entsprechenden Zeitraum mit einer kurzen Begleitnote an den Generalsekretär des Völkerbundes abzusenden.
Was das Ergebnis eines solchen Schrittes betrifft, so möchte die Abt. 15 VR bemerken, dass die übliche Methode des Völkerbundrates in derlei Fällen die ist, im Wege der Aussprache zwischen den Parteien zu einem Ausgleich zu kommen, ein Weg, der vorliegendenfalls mit Rücksicht auf die prinzipielle Weigerung Deutschlands, an den Beratungen des Völkerbundrates teilzunehmen, nicht angewendet werden könnte.
Es ist daher kaum zu erwarten, dass durch diese Methode tatsächlich ein Aufhören der deutschen Propaganda erzielt würde. Immerhin würde die Aufmerksamkeit der Welt auf diese Propaganda gelenkt und die Verantwortlichkeit für eine etwaige Verschärfung des Konfliktes von der Bundesregierung abgewälzt werden.
Leitmaier

1407
Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 58 (geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 50525/13 Genf, 20. Januar 1934

Erlass Zl. 50.365/13 v. 18. l. M.[1]

Herr Bundeskanzler!
Im Nachtrage zu dem an Herrn Gesandten Hornbostel am 19. abends telefonisch abgegebenen Bericht:
Durch einen Zufall hatte mich der citierte Erlass noch am 19. Nachm. erreicht. Sein Gegenstand war hier noch unbekannt. Die vor drei Tagen in Berlin bewirkte, auf den Völkerbund Bezug nehmende Demarche, nach deren amtlicher Bekanntgabe durch die Gesandten, den verantwortlichen Ministern noch während ihrer zu Ende gehenden Anwesenheit beim Völkerbund durch den gleichfalls anwesenden österr. Vertreter zur Kenntnis zu bringen, schien formell bedingt. Ueberdies, dem Ort und der Zeit nach, günstig.
In Berlin hatte man den entgegengesetzten Weg eingeschlagen und die Ueberreichung der Antwort auf die französ. Abrüstungsnote vom 1. l. M. bis zum Ende der Genfer Zusammenkunft verzögert. Demnach hatten die maassgebenden

[1] ADÖ 9/1403.

Conversationen und Verhandlungen am 18. und 19. sich auf die Saar-Frage beschränkt. Sie hatten sich ausserordentlich schwierig gestaltet. Dem italienischen und englischen Vermittlungswillen stellte der in der Saar geübte Terror anscheinend Tatsachen gegenüber, von welchen am 19. abends Mr. Knox, Präsident der Saar-Regierungskommission, eine sehr eindrucksvolle Schilderung gab.
Daraus ergibt sich, dass Sir John Simon aus meiner Mitteilung, welche während einer geh. Saar-Sitzung wenige Stunden vor seiner Abreise erfolgte, zunächst den Eindruck der etwa bevorstehenden, neuen, *schwerwiegenden* Verschlechterung der internationalen Verhandlungslage des Reiches – und der aus ihr entspringenden weiteren Erschwerung seiner Aufgabe empfing.
Seine erste Reaktion war die Gegenfrage: „Was erwarten Sie von einem solchen Schritt, jetzt in Abwesenheit des Reiches?“
Meine Argumentation darf ich an anderer Stelle genau einberichten zum Zwecke der Feststellung, ob diese in Genf für richtig gehaltene Sprache auch im Hinblick auf die Art der eventuellen Fortführung der Angelegenheit beim Völkerbund in jedem Punkt Ihrer Absicht entspricht. Der enorme Vorteil, den das Reich bisher für die ungestörte Fortführung seiner Aktion gegen Oesterreich in allen Verhandlungen mit den Mächten daraus gezogen hat, dass diese Aktion, bei allen Betheuerungen seines Friedens- und Verständigungswillens, als international einfach nicht zur Kenntnis genommen behandeln konnte, sprang übrigens zu sehr in dem Augenblicke hervor, in welchem Sir John, Mr. Eden, der sich dem Gespräch zugestellt hatte, und ich eben davon Kenntnis erhalten hatten, dass in der Antwortnote des Reiches an Frankreich, auf den Passus der französischen Note, vom 1./I., welcher die Integrität Oesterreichs zum Gegenstande hat, einfach wieder *nicht Bezug genommen ist.*
Bei den bekannten Schwankungen, welchen das britische Kabinett derzeit unterworfen ist, sei hier festgestellt, dass Sir John Simon sich eine von mir eingesehene Bleistift-Notiz meiner Mitteilung gemacht hat, sie *ohne jede Einwendung*, als sehr wichtig zur Berichterstattung im Kabinettsrat mit Dank und den üblichen Ausdrücken zuverlässiger Sympathie für unsere Sache entgegengenommen hat.
Ueber die weitere Entwicklung und Prozedur zu sprechen, schien in der Hoffnung, dass die Ankündigung eines Schrittes beim Völkerbund vielleicht vorbeugende Wirkung in Berlin haben könnte, noch verfrüht.
Dem im Tone des Bedauerns darüber, dass Oesterreich zu diesem Schritt gegen das Reich veranlasst sein könnte, geführten Gesprächs brauchte ich keinen Nachdruck zu geben. Dieser ergab sich von selbst aus den vom britischen Staatssekretär stillschweigend gezogenen Rückschlüssen auf die Haltung Italiens.
Baron Aloisi erklärte sich für meine Mitteilung sehr verbunden. Er hätte keine Kenntnis gehabt. Bei einer Tasse Tee, zu der er mich in einer Pause einlud, besprach er die Entwicklung in resigniertem Tone.
Es schien mir nicht erlaubt, die letzten Stunden dieser Ratsversammlung nicht zur Klärung der nächsten praktischen Folgen eines Schrittes beim Völkerbund

zu benützen, wie das auch die Vertreter der Mächte untereinander gethan haben dürften.
Nach der hier seit Längerem bestehenden Lage ist es klar, dass ein Schritt beim Völkerbund allgemeine Zustimmung finden wird. Sehr im Gegensatze zu den sonst hier üblichen Strömungen, war bereits im Oktober in der Versammlung die Stimmung so, dass ein schon damals unternommener Schritt Ihnen, wenn möglich, einen noch wärmeren Empfang gesichert hätte. Mehr wie damals braucht der Völkerbund einer Bekräftigung seiner Autorität, wie sie in seiner Anspruchnahme liegt zur Geltendmachung seiner ungeteilt geforderten Bestimmung des Schutzes des Friedens und der Eintracht. (Art. 11, Absatz 2) Die Natur und die Bedeutung des Falles scheint ein Versagen seiner wichtigsten Mitglieder diesmal auszuschiessen, und ihm Aussicht auf eine wichtige Mitwirkung bei der Regelung der deutschen Frage zu eröffnen.
Dies liegt schliesslich in der, in die Formel „coopération internationale“ gekleideten Absicht Frankreichs. Hier, wo man in letzter Zeit an der Entwicklung in Oesterreich zu zweifeln begonnen hatte (die von Wien lancierte Formel von der alleinigen Gegnerschaft H. Habicht's hat viel dazu beigetragen), hätte man gerne *manches Opfer gebracht*, um den Schritt beim Völkerbund zu beschleunigen. Ich habe übrigens nicht unterlassen, M. Paul-Boncour nach den Verhandlungen in Paris zu fragen.
Bei M. Paul-Boncour und M. Massigli bestand sofort eine klare Auffassung der Wirkung und praktischen Folgen, welcher der möglich gewordene Schritt Oesterreichs haben müsste. Während Sir J. Simon und Mr. Anthony Eden noch immer danach trachten die allseits acceptierte weil vollzogene Aufrüstung des Reiches aus dem Reiche der Wirklichkeit zu schaffen, hält der Quay d'Orsay daran fest, aus dem Faktum die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Hier ist man bestrebt, die Aufrüstung in einem Complex mit der Reihe anderer Vorgänge wie der Terror in der Saar, die Agitation in Luxemburg, die Vorgänge in Rumänien und die entstandene Beunruhigung in Belgien, Schweiz, Skandinavien, Holland, Tschechien etc. zusammenzuziehen, dessen sämtliche Interessenten im Völkerbund versammelt sind.
Sie sehen daher nicht nur, was Thatsache ist, als unmittelbare Folge eines Schrittes beim Völkerbund voraus, dass damit der Konflikt mit Oesterreich zum integrierenden Bestandteil jeder politischen Verhandlung der Mächte mit dem Reich werden muss, sondern sie rechnen auch darauf, dass dadurch die im Völkerbund „zur Wahrung des Friedens“ im Namen der „coopération internationale“ auf Grund des genannten Fragen-Complexes herzustellende Front zumindest moralisch gestärkt und neue Anhänger gewinnen würde, bei Minderung des italienischen Widerstandes.
Konkret haben zunächst die Minister des Auswärtigen von England und Frankreich und der Generalsekretär des Völkerbundes kathegorisch erklärt, dass im Falle einer Anrufung des Bundes durch Oesterreich der Rat keinesfalls auf seine

Mai-Session warten könne, sondern sofort zu einer ausserordentlichen Tagung zusammentreten müsse. Besonders vertraulich weiss ich, dass M. Paul Boncour mit dem derzeitigen Rats-Präsidenten, dem polnischen Minister des Auswärtigen Beck übereinkommen gekommen ist, in diesem Falle den Rat *nach Wien* einzuberufen.
Sie werden, Herr Bundeskanzler, nicht übersehen haben, dass ich einige sehr maassgebende Erwägungen, welche die Anrufung des Völkerbundes auch jenen Stellen, an welchen man noch immer auf Besinnung in Berlin hoffen zu dürfen glaubt, wünschenswert erscheinen lassen, übergangen habe.
Der Schritt beim Völkerbund würde für Oesterreich eine neue, bessere Verhandlungsaera eröffnen, und den Zustand bis zum Eintritt endlicher Befriedung erträglicher machen. Für das Reich würde er aber zweifellos eine derartige *durchgreifende* Verschlechterung seiner internationalen Lage bringen, dass man sich trotz aller Erfahrungen fragen darf, ob der in Berlin unternommene Schritt nicht doch vielleicht dort seine Wirkung thut.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1408

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 4 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 50546/13

London, 24. Januar 1934
(18.18 Uhr → 25. I. – 8.00 Uhr)

Im Verfolge h. a. Telegrammes No. 3.[1]
Zusammenfassung längeren Gespräches mit Vansittart:
Dieser sieht drei Eventualitäten, durchaus befriedigende Antwort Deutschlands, was unwahrscheinlich sei, meritorisch entgegenkommende Antwort unter Wahrung des Gesichtes, in welchem Falle Ehrlichkeit eine Zeit erprobt werden müsse, oder trotzige Ablehnung. Im letzteren Falle sei es von grösster Bedeutung, ob Oesterreich mit wirklich belastender Dosierung an Mächte herantreten kann. Wenn diese stark anfechtbar sei, wäre Einschreiten Mächte schwer tunlich und bedenklich, sonst müsste zunächst bezüglich weiteren Vorgehens Einvernehmen mit Frankreich und Italien gepflogen werden.

[1] AdR, NPA, Deutschland/Geheim I/12, Z. 50522/13.

Vansittart glaubt, dass englische Regierung sich bis Eintreffen deutscher Antwort zuwartend verhalten müsse. Er wird mit Macdonald und Simon besprechen, ob uns in der Frage eventueller Anrufung Völkerbundes schon jetzt britische Einstellung bekanntgegeben werden könnte, bezweifelt aber, dass dies möglich sei. Oesterreichische Demarche in Berlin und eventuelles Vorgehen Mächte haben bisher nicht Gegenstand Gedankenaustausches zwischen diesen gebildet.

1409

Aufzeichnung und Meldung Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 50543/13 Wien, 24. Januar 1934

Besprechung zwischen Herrn Bundeskanzler und Unterstaatssekretär Suvich[1]
(Aufzeichnung über wirtschaftspolitische Fragen)

1. Möglichkeit einer Zollunion zwischen Oesterreich und Ungarn.
Der Herr Bundeskanzler führte aus, dass während sich eine Zollunion mit Italien machen liesse, dies mit Ungarn schwer möglich sei. Nebst den rein wirtschaftlichen Hindernissen müsse bemerkt werden, dass für eine Zollunion mit Ungarn unbedingt die Stabilität der ungarischen Währung vorausgesetzt werden müsste, die gegenwärtig nicht sehr solid sei. Weiters wies der Herr Bundeskanzler auf die bekannten Schwierigkeiten hinsichtlich des wirtschaftlichen Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn zu Zeiten der alten Monarchie hin und bemerkte, dies würde heute alles noch schwieriger sein. Man dürfe nicht vergessen, dass im Falle einer Zollunion mit Ungarn Oesterreich die Möglichkeit verlieren würde, seinen Industrieexport nach anderen Ländern zu erhöhen.
Unterstaatssekretär Suvich äusserte ungefähr folgende Ansicht:
Es sei zu befürchten, dass die Kleine Entente durch ihren engeren auch wirtschaftlichen Zusammenschluss grösseren Einfluss gewänne, wenn Oesterreich nicht mit Ungarn eng zusammenarbeitete. Es wäre gut, wenn Oesterreich mit Ungarn soweit kommen könnte, dass sie gemeinsam einen stärkeren Widerstand gegenüber der Kleinen Entente leisten können, da sie sonst den drei kleinen Ententestaaten als gemeinsamer Faktor einzeln gegenüber stünden. Was die Idee einer österreichisch-italienischen Zollunion betreffe, so müsse man daran denken, dass die gan-

[1] Vgl. DDI 7, 14/589-590.

ze Welt gegen das seinerzeitige Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion aufgestanden sei. Diesbezüglich wäre die beste Lösung ein Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Italien, demzufolge der Ausbau des jetzigen Regimes bis zum Aeussersten zu vervollkommnen wäre. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn wäre es sehr nötig, dass sich beide auf eine gemeinsame Handelspolitik, insbesondere gegenüber den Staaten der Kleinen Entente einigen und vor allem allgemeine Richtlinien für ihre Handelspolitik gegenüber der Kleinen Entente festlegen.
Der Herr Bundeskanzler erklärte, dass er grundsätzlich hiezu bereit wäre.
Unterstaatssekretär Suvich meinte hiezu, dass dies auf einer Entrevue zu Dritt beschlossen werden sollte.
Zu der Frage dieser Entrevue beziehungsweise eines Besuches des Herrn Bundeskanzlers in Budapest erklärte *der Herr Bundeskanzler*, dass er dann nach Budapest reisen werde, wenn es auch Italien sowohl politisch wie vom Gesichtspunkte des Termines für den von Herrn *Suvich* in Aussicht genommenen Besuch in Ungarn passe. Die Ungarn drängten auf seinen (des Bundeskanzlers) Besuch hauptsächlich, weil Herr *Gömbös* seine innerpolitische Position zu stärken beabsichtige. Herr *Suvich* erklärte, er werde dies mit Herrn *Mussolini* besprechen, insbesondere auch wann der Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Budapest sich am besten einfüge. Für einen späteren Zeitpunkt könnte an eine Zusammenkunft zu Dritt, etwa in Venedig, gedacht werden.
Der Herr Bundeskanzler fügte noch bei, dass er bereit sei, Ungarn gegenüber das weitestgehende Entgegenkommen zu beweisen, insolange er sicher wisse, dass Ungarn in Rom das volle Vertrauen besitze.
Es wurde sodann ganz kurz die Frage des Luftverkehrs berührt, wobei Herr *Suvich* die Bemerkung fallen liess, dass er sich sogleich nach Rom um Auskünfte gewendet habe.
Weiters wurde auch die Triester-Frage kurz besprochen, wobei der Herr Bundeskanzler ausführte, dass ihm nebst den bereits durch die Schüller-Verhandlungen in Rom erzielten Fortschritten die optische Wirkung der Einräumung einer Hafenzone für Oesterreich sehr wünschenswert erschiene. Er sei überzeugt, dass allein die Verbreitung der Nachricht, dass eine solche Freihafenzone in Aussicht genommen sei – wenn auch die erforderlichen Adaptierungen erst in einem späteren Zeitpunkte erfolgen könnten – genügen würde, um den Handelsverkehr über Triest wesentlich intensiver zu gestalten.
In diesem Zusammenhange sagte der Herr Bundeskanzler auch seine Bereitwilligkeit zu, die von Herrn *Preziosi* bei diesem Anlasse gemachte Anregung der neuerlichen Errichtung eines effektiven österreichischen Generalkonsulates in Triest in ernste Erwägung zu ziehen.

Anhang:

Meldung.
Betrifft: Besuch des Unterstaatssekretärs Suvich in Wien: einzelne bemerkenswerte Aeusserungen der italienischen Delegation gegenüber L. S. Zeileissen und einige seiner sonstigen Beobachtungen

Suvich auf der Herreise:
Die Deutschen haben keine besondere Estime für die Oesterreicher; im Falle einer Gleichschaltung oder des Anschlusses würden die Deutschen den Oesterreichern wohl bloss „eine Zeitlang" Entgegenkommen zeigen.
Suvich auf der Herreise:
Im Falle einer Machtergreifung durch die Nationalsozialisten würde in Oesterreich die Spannung nicht aufhören; denn das Gros der Oesterreicher liesse sich „innerlich" nicht gleichschalten.

—

Suvich in Wien: „Man fühlt hier einen starken Druck".

—

Auf der Fahrt ins Hotel nach der Soiree im Bundeskanzleramt hat. Exz. *Suvich*, auf eine Anspielung meinerseits reagierend, seine Soiree-Unterredung mit Ges. *Rieth*, die ich teilweise belauschen konnte, wie folgt resümiert:
Rieth: Zwischen Deutschland und Oesterreich kann es nicht so weitergehen; die Lage ist unhaltbar.
Suvich: Wenn um Oesterreich eine Mauer errichtet und „ausländische politische Einflüsse" hintangehalten würden, so wäre in Oesterreich „in 24 Stunden" wieder Ruhe.
Rieth: In Wien vielleicht, nicht aber in den Ländern.
Hiezu bemerkte Exz. *Suvich* mir gegenüber: Also sagen wir halt in 48 Stunden.

—

Suvich auf der Rückreise über seine Hotel-Unterredung mit *Rieth* (spontan):
Rieth: Die Reichsregierung hat mit der nationalsozialistischen Propaganda in Oesterreich nicht das geringste zu tun; sie geht sowohl in Oesterreich als auch in Deutschland ausschliesslich von Oesterreichern aus; die Bundesregierung wird sich eben zu Verhandlungen entschliessen müssen.
Suvich: Mit wem?
Rieth: Mit Habicht (!)
Hiezu bemerkt Exz. *Suvich* mir gegenüber, dass Habicht eben eine „fixe Idee" Hitlers sei. Habicht sei einer der widerwärtigsten Leute, die ihm (*Suvich*) je untergekommen seien.

—

Beim Presseempfang auf der italienischen Gesandtschaft nahm Exz. *Suvich* einige Journalisten beiseite und machte ihnen eingehende Mitteilungen über das aus Deutschland nach Oesterreich geschmuggelte nationalsozialistische Propagandamaterial. Es fiel dabei das Wort „Gebrauchsanweisung".

—

Sekr. Del *Drago* über den italienischen Besuch in Berlin:
Hitler zu *Suvich*: Sie sind ja eigentlich auch Oesterreicher; wir sind beide schlechte Oesterreicher.

—

Del *Drago*: *Hitler* verbringt fast alle Abende in Gesellschaft des Ehepaars Goebbels; in Frau Goebbels sieht *Hitler* die ideale Repräsentantin der deutschen Frau und Mutter.

—

Del *Drago*: Den offiziellen Veranstaltungen anlässlich des Berliner Besuchs der italienischen Delegation waren die „Freundinnen" *Goerings* beigezogen.

1410
Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 50541/13 Wien, 24. und 25. Januar 1934

Der französische Gesandte *Puaux* suchte mich heute nachmittags auf und teilte mir mit, dass er aus Paris ein Telegramm des Inhaltes erhalten habe, wonach vor Auseinandergehen der letzten Völkerbundratssitzung in Genf die Möglichkeit einer Abhaltung einer Sondersitzung des Völkerbundrates für die österreichische Angelegenheit allenfalls in *Wien* besprochen worden sei. Er (Puaux) werde in diesem Telegramm ersucht, seine *persönliche* Auffassung über diese Idee einzuberichten. Heute mittags habe Herr Paul-Boncour persönlich Herrn Puaux telefonisch angerufen und ihm mitgeteilt, dass er (Paul-Boncour) die allfällige Abhaltung in Wien für sehr wünschenswert halte.
Hieran knüpfte Herr Puaux die vertrauliche Frage, wie der Herr Bundeskanzler diese Eventualität beurteile. Er (Puaux) wolle unter keinen Umständen eine Auffassung nach Paris berichten, die etwa der des H. Bundeskanzlers widerspräche.

In diesem Zusammenhange berührte Herr Puaux die Detailfrage, ob uns nicht die polizeilichen Schutzmassnahmen für die immerhin beträchtliche Anzahl an Ratsdelegierten samt Büros allzu erhebliche Schwierigkeiten bereiten würden, zumal ja angenommen werden müsse, dass die Nazi diese Gelegenheit zu einer Kraftprobe benützen würden.
Ich dankte Herrn Puaux für seine freundliche Absicht, vor Beantwortung der Anfrage aus Paris die Wohlmeinung des Herrn Bundeskanzlers einzuholen, und versprach ihm, noch heute abends eine diesbezügliche Mitteilung zu machen.
Hornbostel
[Wien, 24. Januar 1934]

Pro domo
Nach eingehender Rücksprache mit Herrn Generalsekretär Peter und Vortrag an den Herrn Bundeskanzler wurde ich angewiesen, Herrn *Puaux* von der Abhaltung der Völkerbundrat-Sitzung in Wien abzureden. Die Gründe sind – abgesehen von dem in der Amtserinnerung Angeführten – in erster Linie die, dass wahrscheinlich Italien nicht für Wien als Versammlungsort zu gewinnen sein wird, weiters, dass uns durch die gleichzeitige Anwesenheit so vieler Staatsmänner eine Reihe von zeremoniellen Verpflichtungen erwachsen, die sich sowohl innen- wie aussenpolitisch nicht angenehm ausnehmen würden.
Ich habe gestern abends um 11[h] Gesandten *Puaux*, ohne viel Gründe anzugeben, mit nochmaligem Dank für seine Freundlichkeit mitgeteilt, dass wir auf Grund reiflicher Erwägung für eine „normale" Prozedur sind und auf Wien als Verhandlungsort keinen Wert legten. *Puaux* hat dies bereitwillig aufgenommen und erklärt, dass er, im Grunde genommen, sich dieser Auffassung anschliesse.

1411

Gesandter Egger an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 4 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12 Paris, 25. Januar 1934
Z. 50587/13 (13.41 → 18.30)

Im Verfolge h. a. Telegrammes Nr. 3.[1]

[1] AdR, Gesandtschaft Paris, Z. 50491/13.

Nach dem gestrigen Diner beim Präsidenten der Republik zog mich Minister des Aeußern in ein längeres Gespräch, im Laufe dessen ich Erlaß Nr. 50.375 vom 18. d. Mts.[2] neuerlich verwertete. Minister bemerkte, er habe von Herrn Pflügl bereits gleiche Informationen erhalten und er selbst sei „schon lange" der Ansicht gewesen, daß die Befassung des Völkerbundes „der einzige Weg sei, um eine Lösung herbeizuführen". Jedenfalls könne er mich versichern, daß Frankreich „mit aller Energie" für Oesterreich in diesem Falle eintreten werde. Dort könne Deutschland nicht, wie anscheinend bisher, mit „ableugnenden Noten" arbeiten, denn da werde „verhandelt" werden. Die deutschen Tergiversationen via London und Rom seien zu Ende.
Sprache Ministers war ungemein herzlich und entschieden.
Ganz ähnlich äußerte sich unmittelbar *nachher* der gleichfalls anwesende Generalsekretär Leger.

1412

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 7 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12 — London, 26. Januar 1934
Z. 56612/13 — (20.53 → 27. I. – 8.00)

In heutigem Gespräch sagte mir Vansittart, britische Regierung müsse sich ihre Stellungnahme vorbehalten, bis sie deutsche Antwort kenne. Wenn diese unbefriedigend wäre und wir an Völkerbund herantreten wollten, könnten wir seiner Ueberzeugung nach warmer Unterstützung Grossbritanniens sicher sein.

[2] ADÖ 9/1405.

1413
Gesandter Pflügl an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 67 (geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 50687/13 Genf, 26. Januar 1934

Herr Bundeskanzler!
Im Verlaufe der Zeit seit Ueberreichung der Note in Berlin am 18.[1] haben sich begreiflicher Weise in Genf einige, anfangs nicht bestandene Unklarheiten eingestellt. U. a. erklärt es sich vielleicht aus dem unvermittelten Eintreten der so lange als ausgeschlossen bezeichneten Möglichkeit, dass Oesterreich zur Verteidigung seiner Selbständigkeit innerhalb des Völkerbundes übergehe, aus der Bedeutung, die dieser geänderten Haltung für die internationale Lage beigemessen wird und aus gewissen zu überwindenden inneren und äusseren Hemmungen Oesterreichs, dass immer wieder daran Zweifel auftauchen, dass es sich um mehr als um eine an Berlin gerichtete Drohung handelt.
Dem bin ich im Interesse der Wirkung des in Berlin unternommenen Schrittes entgegentreten.
Mit grösster Aufmerksamkeit wurden im Generalsekretariat die officiellen und publizistischen Reaktionen bei den drei Grossmächten verfolgt. Meine in der Presse nach Belieben verdrehte Anwesenheit, bei M. Avenol am Montag den 22. war nur durch dessen Anfrage veranlasst, ob er es risquieren könne, sich in dieser Woche auf einige Tage von Genf zu entfernen, was ich bejahte. Wie in anderen Fällen, hatte ich auch bei ihm eine gewisse Verwunderung, über die plötzliche Aenderung meiner Sprache gegenüber dem mir mit dem Erlass Zl. 26.685/13 v. 5./XII. v. J.[2] auferlegt gewesenen Schweigen zu überwinden. Zunächst hatte ich einer missverständlichen Auffassung entgegenzutreten, welche sich aus der über M. Puaux Paris hier bekannt gewordenen Ablehnung von Wien als Versammlungsort des Rates ergab. An der Hand der telefon. Mitteilung des Gesandten Hornbostel vom 25. morgens, wurde darüber das Einvernehmen mit dem Gen. Sekretariat leicht hergestellt. Wie ich aber bereits gemeldet habe, ist die Wahl von Wien ein, zwar durchsichtiger Gedanke des M. Paul-Boncour. Sollte die Entscheidung aktuell werden, *wäre ein Schritt in Paris gewiss zu empfehlen*, weil der französ. Minister in diesem Falle leicht das Einvernehmen mit seinen Ratskollegen ohne nochmaliger Anhörung des Sekretariates herstellen kann. In diesem letzteren hat man daraufhin an eine italienische Stadt, etwa

[1] Siehe ADÖ 9/1403-1404.
[2] ADÖ 9/1391.

Mailand gedacht als Kompliment für den Duce. Jedenfalls trachte ich, dass man an Genf festhält.
Bis zum 23. abends einschliesslich waren die Meldungen aus London und Rom zufriedenstellend gewesen. Am 24., dem Tage, an welchem auch der in Betracht kommende Ministerrat in London stattfand, besuchte mich der englische Unter-Generalsekretär Mr. Walters und suchte sich eingehend über den in Wien hinsichtlich der Methode des Abwehrkampfes erfolgten Umschwung und der damit verfolgten praktischen Ziele zu informieren.
Er kam, glaube ich, zur Erkenntnis, dass im Foreign Office die durch die zunehmende Verschärfung des Abwehrkampfes bedingte Veränderung der Lage in Oesterreich nicht genügend beachtet worden war. Der Wunsch nach Vermeidung neuer Verwicklungen hatte die konsequent geübte Vertuschung des Konfliktes durch die Berliner Regierung angenehm empfinden und den gelegentlichen Versicherung Herrn v. Hösch's ein umso willigeres Ohr leihen lassen, als die Vorgänge in Oesterreich sich ferner vom unmittelbaren Gesichtsfelde befanden, – und zeitweise von Wien selbst immer wieder Gerüchte über eine bevorstehende Annäherung circuliert worden waren.
Ich bat ihn, das von London geltend gemachte Ueberraschungsmoment nach Möglichkeit zu entkräften. Meine Fragen beantwortete er bejahend dahin, dass das Recht, ja, auf Grund der Verträge eventuell die Pflicht, Oesterreichs, den Völkerbund anzurufen, in London unbedingt anerkannt werde, dass die Kompetenz der Ratsmitglieder sich nicht darauf erstrecke, *vor* erfolgter Einberufung hiezu, sondern *nach* dieser zum Meritum Stellung zu nehmen, und dass in dieser Hinsicht Oesterreich bereits volle Gewähr für die Haltung Englands gegeben worden sei.
Von da an begannen und verdichteten sich im Laufe des 25. zuerst in der hiesigen und internationalen Presse die Meldungen über die scheinbar wenigstens zögernde Entgegennahme der Mitteilung des Herrn Gesandten Franckenstein in London nach dem Ministerrat vom 24. und die vom D. Nachr.Bureau lancierte und in London bereits acceptierte dilatorische Behandlung der österr. Note durch Vorgabe von Untersuchungen.
Unerwartet kam natürlich die schwankende Haltung des britischen Kabinetts hier nicht, wo sie von jeder Wendung in der Abrüstungsverhandlung her sattsam bekannt ist. Sein von Herrn Gesandten Franckenstein einberichteter Eindruck, der mit dem in der Weltpresse Gebrachten übereinstimmt, dass die britische Regierung das Aufrollen des österr. Abwehrkampfes nicht als im Interesse der von ihr (mit so zweifelhaftem Erfolg) geführten Abrüstungsverhandlungen gelegen ansehe, bekräftigt in einer jetzt wieder aktuell gewordenen Weise, die Motive, welche mich zu meiner Berichterstattung, namentlich dem Privatbrief No 529 vom 18./XI. v. J. an Herrn Gesandten Hornbostel[3] bewogen, nämlich die berechtigte Befürchtung, dass, trotz aller Zusicherungen die britische Regierung in der Abrüstungsfrage und, wenn möglich, darüber hinaus, zu einem vollen Einvernehmen mit dem Reich, *un-*

[3] AVA, NL Hornbostel.

ter gänzlicher Beiseitelassung des österr. Konfliktes, zu gelangen trachten werde, wenn sich die Bundesregierung nicht sehr nachdrücklich vernehmen lasse.
Im Uebrigen fragte man sich, ob die Unsicherheit in London nicht in Rom schon vor dem 18. l. M. escompiert worden sei. Erfahrungsgemäss findet man sich in London mit vollendeten Tatsachen ab. Dies gab dem Berliner Verfahren, das einen Schritt Oesterreichs *aufschob*, seine ganze Bedeutung.
In dieser Lage erfolgte am 25. abends ein Schritt des Quai d'Orsay in London, von dem heute den 26. früh eine Havas-Meldung einige Andeutungen machte. (Besprechung Mac Donald-Simon über Abrüstungsproblem *und* österr. Frage, wonach England zu letzterer erst, nach negativer Antwort aus Berlin, auf Grund des officiellen Schrittes Oesterr.'s beim Völkerbund Stellung nehmen werde.)
Am 26. heute früh erhielt, so weit ich unterrichtet bin, der Quai d'Orsay eine Mitteilung aus London, wonach von Schritten der Mächte-Botschafter in Berlin nicht oder nicht mehr die Rede ist, sondern nach erfolgtem österr. Schritt nur *eine, der Versammlung des Rates vorhergehende* Besprechung der drei Mächte vorgeschlagen wird. Diese Antwort wurde in Paris als dort befriedigend beurteilt.
Auch in Genf wird damit die unvermeidlich scheinende Zustimmung Englands zur sofortigen Einberufung des Rates zu ao. Session als festgelegt betrachtet, – unter der Voraussetzung, dass *Oesterreich den Schritt wirklich unternimmt.*
Heute Nachmittag hat der hiesige deutsche Konsul an jene Presse-Vertreter, welche bei ihm erscheinen wollten, die Version ausgegeben, dass an Oesterreich eine „provisorische" Antwort gegeben worden sei, dahin gehend, dass die vorgebrachten Beschwerden ihren Anlass in der dortigen inneren Entwicklung haben und das Reich daher nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne. Oesterreich gehe daher mit dem Versuche fehl, den Völkerbund damit befassen zu wollen.
Relata refero; ein Widerspruch mit der heutigen Aussendung des d. Nachrichten-Bureaus besteht übrigens nicht, – und der Versuch, die fremde Presse zu beeinflussen, ergibt sich von selbst.
Unterdess hatte mich der italien. stellvertr. Generalsekretär Herr Piloti einmal zu sich gebeten, um den praktischen Vorgang im Falle der Einberufung des Rates zu besprechen. Er ist als Jurist hochgeschätzt. Für den Fall der Anrufung des Art. XI. ist der Vorgang des Rates festgelegt. Er (der Präsident) richtet sofort an beide Teile eine Note, welche die Einstellung alles dessen, was die Lage verschärfen könnte, fordert. Dann gibt er an beide Teile seine Einberufung bekannt und ladet sie ein, sich vertreten zu lassen. Die Teilnahme des Reiches wird für sehr problematisch angesehen. In diesem Falle würde die Prüfung des von oesterr. zu unterbreitenden Materiales in dessen Abwesenheit vorgenommen. Sodann müssten mit dem Reiche eventuelle diplomatische Verhandlungen eingeleitet werden, bis der Rat zu einem Beschlusse kommen könne. Ob damit die physische Ruhe hergestellt werden könne, müsse vorläufig zweifelhaft bleiben, – sei aber mit Rücksicht auf die *allgemeine Verhandlungslage* des Reiches doch nicht unwahrscheinlich. Ich hatte den blossen Eindruck, dass Herr Piloti hiebei auch an die Ausdehnung der sich vermutlich über mehrere

Ratssessionen hinziehenden Völkerundverhandlung auf die gesamte centraleuropäische Neuordnung denke. Als Abschluss schien ihm ein zwischen Oesterreich und dem Reich zu vereinbarendes Freundschafts- und Nicht-Einmischungsabkommen vorzuschweben, wie es in der französ. Note vom 1./I. l. J., ohne specielle Erwähnung Oesterreichs, angedeutet ist. Aus der Berichterstattung M. Puaux's glaubt man hier annehmen zu können, dass das Muster des letzten französ.-russischen Vertrages hiefür an maassgebender Stelle in Wien gewünscht würde.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner Ergebenheit.

Pflügl

1414
Amtserinnerung Gesandter Hornbostel[1]

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 56669/13 Wien, 27. Januar 1934

(Nach Mitteilungen des Herrn Bundeskanzlers.)
Der deutsche Gesandte Dr. *Rieth* hatte heute eine 1 ½-stündige Unterredung mit dem Herrn Bundeskanzler. Der unmittelbare Anlass dieses Besuches war die bevorstehende Abreise Dr. Rieth's nach Köln und Berlin, zum Teil in Privatangelegenheiten. Dr. Rieth bat in erster Linie, seine Reise diskret behandeln zu wollen; sodann klagte er über die arge Verschärfung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland und bot sich an, womöglich in dem Sinne zu wirken, dass es doch nicht zu einem endgiltigen Bruch zwischen beiden Ländern komme. Der Herr Bundeskanzler führte eingehend die hiesige Situation aus, betonte, dass sein Entspannungswillen immer aufrichtig gewesen sei, dass ihm aber die seitens der deutschen Nazi (*Habicht*) eingenommene Haltung, wie insbesondere die masslose Steigerung der terroristischen Aktivität und der Propaganda es unmöglich gemacht habe, die geplante Aussprache abzuführen. Er glaube auch nicht, dass es sobald zu einer derartigen Aussprache kommen könne, da ihm die Lust hiezu nach all dem vergangen sei. Trotzdem bleibe der Bundeskanzler auf seinem alten Standpunkt, dass eine Beilegung des Konfliktes bei ihm niemals auf Hindernisse stossen würde, wenn die Entspannung deutscherseits wirklich loyal gemeint sei. Voraussetzung jeder Entspannung müsse bleiben: Ein Aufhören oder zumindestens merkliches Nachlassen der Propaganda von aussen und der terroristischen von draussen geleiteten Aktivität im Innern Oesterreichs, mindestens für eine entsprechend lange Zeitspanne, um die Atmosphäre zu entgif-

[1] Erging geheim durch Kurier an Tauschitz (Berlin).

ten. Weiters müsste er durch eine halbwegs zufriedenstellende Antwort Berlins der Notwendigkeit enthoben werden, sich tatsächlich an den Völkerbund zu wenden. In letzter Hinsicht könnte Dr. Rieth vielleicht seinen Einfluss geltend machen und die leitenden Kreise Berlins auf den tatsächlichen Sachverhalt und die wirkliche Lage in Oesterreich nachdrücklich hinweisen. Man sei in Berlin ohne allen Zweifel ganz falsch informiert, wenn man glaube, dass das Regime *Dollfuss* aus dem letzten Loche pfeife. Man täusche sich, wenn man den Radau, den in einem Dorfe 20 nationalsozialistisch eingestellte oder gedungene Burschen veranstalteten, dahin deute, dass dieses ganz Dorf nationalsozialistisch gesinnt sei. Die Bevölkerung, die hinter dem Kanzler stehe, verlasse sich eben heute und mit Recht darauf, dass die offizielle Exekutive ausreiche, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die vaterlandstreue Bevölkerung zu schützen. Hierin werde aber bald eine Aenderung eintreten, da auch die hinter der Regierung stehenden Bevölkerungsmassen die Geduld verloren hätten und straffer organisiert, sich selbst zur Wehre setzen würden; Dr. Rieth wisse heute gar nicht, wie stark der Bundeskanzler sei, wenn er seine Leute zum werktätigen Kampf aufrufe. Dr. Rieth erklärte sich bereit, im Sinne einer Vermeidung der äussersten Konsequenzen auf die massgebenden deutschen Kreise hinzuwirken.
Von Interesse war die persönliche Einstellung Dr. Rieths zu der Frage der österreichischen Sozialdemokratie, auf die er selber spontan zu sprechen kam. Als der Bundeskanzler meinte, dass in der Zurückdrängung und Ausschaltung des Marxismus eine gewisse Parallelität zwischen den beiden Regimes in Deutschland und Oesterreich bestehe und diese Parallelität vielleicht auch eine gewisse Basis für eine Entspannung biete, äusserte Dr. Rieth seine dahingehende Auffassung, dass eine stärkere Verfolgung des Marxismus in Oesterreich dem reichsdeutschen Nationalsozialismus *keineswegs* konvenieren könne, da befürchtet würde, der Bundeskanzler werde nach Niederschlagung des roten Gegners sich mit aller Kraft gegen den braunen Gegner wenden können.

1415

Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 39/Pol.

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 50819/13 Prag, 1. Februar 1934

Herr Bundeskanzler,
Herr Dr. Beneš äusserte sich gestern zu mir sehr abfällig über die Sprache, die Herr Hitler in seiner jüngsten Rede vor dem Reichstag Oesterreich gegenüber

geführt, und wollte von mir wissen, wie man in Wien darüber denke. Ich konnte ihm in dieser Richtung noch keinerlei Information geben. Herr Dr. Beneš sprach sodann über die Möglichkeit, den Völkerbund anzurufen und erzählte mir, er habe in Genf mit Paul Boncour darüber gesprochen. Frankreich habe sich in dieser Frage sehr scharf in England vernehmen lassen, weil man den Eindruck zu haben glaubte, dass England zögere und sich scheue, eindeutig unsere Partei zu ergreifen. Dieses Einschreiten habe Erfolg gehabt und es sei heute sicher, dass England „mitmarschieren" werde.
Was die Tschechoslowakei anlange, so würde sich Herr Dr. Beneš im Falle es zu einer Behandlung der Frage im Völkerbundrat käme, eher zurückhaltend benehmen, um nicht Herrn Mussolini zu verstimmen, der vielleicht eine Einmischung Dr. Beneš's falsch deuten könnte. Sollte es zur Anrufung des Völkerbundes durch Oesterreich kommen, so möchte sich Herr Dr. Beneš vorerst gerne mit Herrn Bundeskanzler verständigen und sich dann so verhalten, wie es uns am besten genehm wäre.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1416
Gesandter Rintelen an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 11/Pol.

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 50881/13 Rom, 2. Februar 1934

Herr Bundeskanzler,
Wie bereits telegraphisch berichtet, hatte ich heute Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache mit Exzellenz Suvich, die von meiner auftragsgemässen Mitteilung über den Inhalt der deutschen Antwort ihren Ausgang nahm. Als ich daran anschliessend bemerkte, dass nunmehr im Hinblick auf den negativen Erfolg der in Berlin unternommenen Schritte die Frage der Befassung des Völkerbundes aktuell werde, erklärte Herr Suvich, dass er einen solchen Schritt für eine schlechte Lösung (brutta soluzione) halte und suchte diese Ansicht in eingehender Weise zu begründen. Zunächst wies er auf den Umstand hin, dass Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten sei und dieser daher ohne die Teilnahme eines am Verhandlungsgegenstand direkt interessierten Staates beraten und beschliessen müsste. Ich warf ein, dass der Völkerbund das für die Behandlung der Frage kompe-

tente Forum sei und es allen Rechtsgrundsätzen widersprechen würde, wenn das Verfahren durch die einfache Nichtteilnahme der deutschen Regierung vereitelt werden könnte. Herr Suvich gab dies in gewissem Masse zu, bemerkte jedoch, dass Deutschland jedem Beschluss des Völkerbundes in der österreichischen Frage unter diesen Umständen mit dem Einwand begegnen würde, dass nur die eine Seite gehört worden sei. Ich erwiderte hierauf, dass es, nachdem die Kompetenz des Völkerbundes feststehe, genüge, wenn der anderen Seite Gelegenheit gegeben würde, ihren Standpunkt zu vertreten. Es müsse klar zum Ausdruck gebracht werden, dass Oesterreich in dieser Situation absolut auf die Unterstützung der anderen Mächte rechnen könne. Herr Suvich wies nunmehr darauf hin, dass auch in formeller Beziehung wesentliche Bedenken bestehen. Das Verfahren würde beim Völkerbund viel zu lange dauern, es würde zunächst eine Kommission eingesetzt werden, und dazu käme noch die Schwierigkeit der Durchführung. Der Unterstaatssekretär gab in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu, dass die Urheberschaft der deutschen Regierung bei der nationalsozialitischen Agitation in Oesterreich feststehe. Ich machte nunmehr die Bemerkung, dass mir Herr Suvich noch keinen anderen Weg habe weisen können, der eine Befassung des Völkerbundes ersetzen könne und gleichzeitig zum Ausdruck bringe, dass das Verfahren beim Völkerbund vermeidbar sei. Herr Suvich meinte darauf, eine vorläufig unverbindlich geäusserte Idee bestünde darin, dass die Grossmächte die Angelegenheit einer Besprechung unterziehen und sich über die einzunehmende Haltung untereinander ins Einvernehmen setzen. Die Anrufung des Völkerbundes könne man sich dann immer noch als letzten Schritt vorbehalten. Ich machte sohin darauf aufmerksam, dass die Art des österreichischen Schrittes in Berlin es unbedingt erfordere, dass jetzt bei dem negativen Ergebnis des Schrittes sogleich eine Aktion erfolge. Jede Verzögerung würde unbedingt den Eindruck der Unsicherheit hervorrufen und die Situation der österreichischen Regierung gegenüber ihren Gegnern schwächen. In diesem Falle habe die Beschleunigung auch gleichzeitig eine materielle Bedeutung. Die Aktion müsse im Interesse der Stärkung der österreichischen Regierung auch unbedingt so beschaffen sein, dass zum Ausdruck komme, dass die Grossmächte hinter dem Kanzler und der Regierung stehen. Suvich erwiderte, dass er nicht in der Lage sei, heute über die einzuleitenden Schritte eine Erklärung abzugeben. Er müsse sich darüber erst mit dem Herrn Regierungschef besprechen und werde mir in zwei bis drei Tagen eine Mitteilung zukommen lassen. Ich stellte die ausdrückliche Frage, ob ich meiner Regierung die Erklärung übermitteln könne, dass sie unter allen Umständen auf die Unterstützung Italiens rechnen könne, was er absolut bejahte indem er beifügte, dass er gestern den italienischen Gesandten in Wien telegraphisch angewiesen habe, die deutschen Antwort sofort vorzulegen und die österreichische Regierung zu ersuchen, nichts zu unternehmen, ehe die italienische Regierung nicht Zeit gehabt habe, die Angelegenheit zu prüfen.

Herr Suvich verbreitete sich dann über seine Eindrücke hinsichtlich der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich im Allgemeinen und bemerkte, dass

es nach seiner Meinung zwei Arten von Nationalsozialisten gebe. Jene, die den Anschluss anstreben, und eine zweite Gruppe, die lediglich „etwas Neues“ wolle. Was Erstere anbelangt, so würden sie, falls es zum Anschluss käme, spätestens in einem halben Jahre hinsichtlich der auch für sie selbst nachteiligen Folgen belehrt werden. Eine Zeitlang würden sie als Helden gefeiert, dann aber rücksichtslos durch preussische Elemente verdrängt werden. Der anderen Gruppe müsse man den Wind aus den Segeln nehmen durch verstärkte Bekämpfung der Sozialdemokraten, durch eine leichte Nuance (tinta) von Antisemitismus und durch Beschleunigung der Verfassung. Er bemerkte dabei, dass ihm wohl bekannt sei, dass die Juden die Regierung loyal unterstützen, dass sie aber, vor die Wahl gestellt, eine Regierung mit antisemitischem Einschlag oder eine nationalsozialistische zu haben, immerhin erstere wesentlich vorziehen werden. Ich wies nun darauf hin, dass in dieser Stunde das Entscheidende sei, dass an Stelle langer Erwägung die österreichische Bevölkerung in kürzester Zeit den Eindruck gewinne, dass Schritte unternommen werden, aus denen sich klar ergibt, dass die Grossmächte hinter dem Kanzler und der Regierung stehen und dieselben unter allen Umständen unterstützen.
Kopie dieses Berichtes übermittle ich unter Einem dem Herrn österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhle.
Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit

Rintelen

1417

Bundeskanzler Dollfuß an Gesandte Rintelen (Rom), Egger (Paris), Franckenstein (London) und Pflügl (Genf)

Weisung[1]

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 50858/13 Wien, 5. Februar 1934

Ad 1–3) [Rintelen, Egger und Franckenstein]
Herr Gesandter,
Der durch den österreichischen Gesandten in Berlin, Ing. Tauschitz, am 17. v. M. bei der deutschen Reichsregierung durchgeführte Schritt sowie der Wortlaut des bezüglichen Telegrammerlasses an Gesandten Tauschitz ist Ihnen teils aus h. o.

[1] Vermerk Peters: „Im Ministerrat vom 5. Februar 1934 vorgetragen und von ihm genehmigt.“

Erlässen, teils auch aus den Verlautbarungen durch die österreichische Tagespresse bekannt.
Die von der deutschen Reichsregierung hierauf erteilte Antwort vom 31. v. M. liegt zu Ihrer Information ungekürzt bei. Wie Ihnen weiters aus der österreichischen Tagespresse vom 2. ds. M. bekannt ist (amtliche Verlautbarung über den Ministerrat vom 1. ds. M.), hat sich der Ministerrat unmittelbar nach Eintreffen der Antwortnote noch am 1. ds. M. mit dem Gegenstande befasst und die deutscherseits erteilte Antwort einhellig als nicht befriedigend befunden. In einem heute abgehaltenen weiteren Ministerrat wurde das unseren Beschwerden zugrunde liegende Beweismaterial, wie es dem Völkerbund unterbreitet werden soll, überprüft und der Ministerrat hat unter dem Eindruck, den er von diesem Dossier empfangen hat, den *einstimmige*n Beschluss gefasst, die der deutschen Reichsregierung bereits angekündigte Absicht, den Völkerbundrat mit unserem Konflikt im Sinne des Art. 11, Abs. 2, der Völkerbundsatzung zu befassen, nunmehr in die Tat umzusetzen und den Herrn Bundeskanzler zu ermächtigen, die hiezu erforderlichen Schritte zu unternehmen.
Es hat nun die kgl. italienische Regierung uns wissen lassen, dass sie es für zweckmässig hielte, wenn die österreichische Bundesregierung zunächst den drei Grossmächten England, Frankreich und Italien Gelegenheit geben würde, sich über die einzunehmende Haltung untereinander ins Einvernehmen zu setzen und wenn sie zu diesem Zwecke diesen drei Grossmächten das vorhandene Beweismaterial zukommen liesse. Da die Bundesregierung auch ihrerseits den grössten Wert darauf legt, dass die Regierungen der genannten drei Mächte je eher ein klares und möglichst vollständiges Bild von den Oesterreich gegenüber angewendeten Kampfmethoden gewinnen, steht der Herr Bundeskanzler nicht an, das für den Völkerbundrat bestimmte Beweismaterial noch vor Durchführung der formalen Schritte in Genf den genannten Regierungen zur vorläufig vertraulichen Kenntnisnahme zur Verfügung zu stellen. Sie erhalten daher anbei ein Exemplar des in Rede stehenden Dossiers mit der Einladung, dasselbe *unverzüglich* an massgebender Stelle im dortigen Auswärtigen Amte zu übergeben und bei diesem Anlasse Folgendes mit entsprechendem Nachdrucke auszuführen:
Die Bundesregierung vertritt die Meinung, dass Oesterreich als Mitglied des Völkerbundes nicht nur das Recht, sondern auch die ihm in Verträgen eindeutig auferlegte Verpflichtung hat, seine Unabhängigkeit vor jeder Gefährdung zu bewahren und äusserstenfalls zu diesem Behufe sich an den Völkerbundrat zu wenden. Wir müssten nun an die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens die dringendste Bitte stellen, ihren etwa auf Grund ihrer nunmehrigen eingehenden Kenntnis des Beweismateriales durchzuführenden Meinungsaustausch auf alle mögliche Weise zu beschleunigen, da jede Verzögerung in der Weiterführung unserer der deutschen Reichsregierung angekündigten Völkerbundaktion unsere Situation gegenüber dem deutschen Reiche und auch im Innern schwer beeinträchtigen müsste. Wir erwarteten daher binnen weniger Tage die Mitteilung der

endgiltigen Auffassung der drei Grossmächte über den gesamten Fragenkomplex. Ich ersuche Sie, zunächst die Aufnahme Ihres Schrittes sogleich telegrafisch einzuberichten und weiterhin mit dem dortigen Aussenamte in ständiger Fühlung zu bleiben, um uns über die jeweiligen Phasen der Entwicklung der Angelegenheit auf dem Laufenden halten zu können.
Ergeht gleichlautend an die Herren oesterreichischen Gesandten in Rom, Paris, London und zur Information an Gesandten Pflügl, Genf.

ad 1) [Rintelen] P.S. Vorstehenden Auftrag wollen Sie ohne Rücksicht darauf, dass, wie Ihnen bereits bekannt, ein Exemplar des Dossiers durch Herrn Preziosi seiner Regierung vorgelegt wurde, durchführen und auch die anliegende Ausfertigung des Dossiers im Geleite der Ihnen aufgetragenen Ausführung überreichen. u. i. l.

ad 4) [Pflügl] (Auf Abschrift samt einer Beilage)
Wird
Herrn Gesandten *Pflügl*,
Genf,
zur streng vertraulichen Information mitgeteilt. Ueber die einzelnen Phasen werden Sie auf dem Laufenden erhalten werden.

1418

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Rintelen (Rom)

Telegramm Nr. 6 (in Ziffern)

AdR, Gesandtschaft Rom

Wien, 6. Februar 1934 (18.00)

Bundeskanzler hat die ihm übrigens gestern abends auch durch ital. Gesandten mitgeteilte Idee Herrn Suvich‘ aufgegriffen und übermittelt noch heute an Herrn Preziosi für Genf vorbereitetes noch nicht für die Oeffentlichkeit bestimmtes Beweismaterial in Gestalt eines umfangreichen Dossiers zur Weiterleitung nach Rom.
Wollen Sie hievon sogleich Herrn S. verständigen und ausführen dass wir dieses Material allerdings erst Montag Ministerrat unterbreiten und dann sofort auch den Regierungen in Paris und London übermitteln. Hiebei wollen Sie schon jetzt betonen dass wir diesen Vorgang in der Absicht wählen keine Zeit zu verlieren da jede Verzögerung in der Weiterführung unserer dem Berliner Kabinett angekündigten

Völkerbundaktion unsere taktische Position dem Deutschen Reich gegenüber und im Inneren schwer beeinträchtigen müsste. Aus diesem Grund müssten wir auch die drei Grossmächte dringend bitten ihren Meinungsaustausch derartig zu beschleunigen dass uns binnen weniger Tage deren endgiltige Auffasung bekanntgegeben werde.
Nach sonntägigem Ministerrat wird an alle drei Grossmächte telegrafisch Beweismaterial-Note in vorstehendem Sinne ergehen.

Aussenamt

1419

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter

Telegramm Nr. 13 (Chiffre, geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Paris, 8. Februar 1934
(14.15 → 19.45)

Bezug auf Telegramm No. 12 von gestern.[1]
Politischer Direktor sagte mir eben mit der Bitte um absolute Geheimhaltung gegenüber Italien, dass Herr Mussolini dem französischen Botschafter gestern erklärt habe, er halte Situation Bundeskanzlers „für äusserst schwierig aber nicht für verzweifelt". Er sei nicht für ein „gemeinsames Vorgehen der drei Grossmächte" und würde ein Einvernehmen zwischen denselben in dem Sinne vorziehen, dass die englische Regierung „als Antwort auf eine Interpellation, die in Form einer Regierungserklärung in der Kammer […][2] und die italienische durch ein offizielles Communiqué" öffentlich kundgeben, dass „sie unbedingt an der Unabhängigkeit und […][3] Oesterreichs festhalten".
Sollte Oesterreich dann noch Befassung des Völkerbundes wünschen, so *würde*[4] Herr Mussolini auch in Genf ihm wie stets in jeder Beziehung zur Seite stehen, doch zweifle er an der Wirksamkeit dieses Schrittes. Jedenfalls halte er an der Unabhängigkeit Oesterreichs fest und würde selbe „selbst in den Schützengräben vor Wien verteidigen".
Politischer Direktor schien über die Meldung französischen Botschafters etwas verstimmt und bemerkte nebenbei; „Italien scheine noch immer nicht dezidiert gegen Deutschland Stellungnehmen zu wollen".

[1] AdR, Gesandtschaft Paris.
[2] Chiffre fehlt.
[3] Chiffre fehlt.
[4] Chiffre fehlt.

1419 A

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter

Telegramm Nr. 14 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Paris, 9. Februar 1934
(18.55 → 10. II. – 8.00)

Politischer Direktor sagte mir eben, er habe noch keine Meldung aus London noch auch eine weitere aus Rom. Er werde um Auskunft wegen definitiver Stellungnahme Frankreichs bestürmt unter Hinweis darauf, „dass Bundesregierung angeblich beabsichtige, bereits morgen, Samstag, an den Völkerbund heranzutreten". Er messe diesen Gerüchten keinen Glauben bei, denn er wisse, dass die Bundesregierung vor Befassung des Völkerbundes die Mitteilung endgiltiger Auffassung der drei Grossmächte wünsche. Vor Bildung der neuen Regierung sei hier eine Schlussfassung nicht möglich.

1419 B

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter

Telegramm Nr. 15 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

Paris, 10. Februar 1934
(13.45 → 18.45)

Bezugnehmend auf d. a. Telegramm No. 6 von gestern.[1]
Politischer Direktor sagte mir eben, dass bisher weder aus London noch aus Rom Meldungen über eine definitive Stellungnahme der beiden Regierungen betreffs Befassung Völkerbundes eingelangt seien. Mussolinis Idee behindere dies in keiner Weise, da die von ihm suggerierte Erklärung ausserdem erfolgen könnte.
Als ich im Gespräch den Inhalt obzitierten Telegrammes als mir zugekommenes „Gerücht" erwähnte, meinte er, von einer formellen Erklärung seitens Tschechoslowakei sei hier nichts bekannt. Da aber Prag stets in Kenntnis von dem hier im Gegenstande eingenommenen Standpunkt gesetzt worden sei, wäre es möglich, dass eine solche „Bemerkung" im Laufe einer einschlägigen Konversation gefal-

[1] AdR, Gesandtschaft Paris.

len sei. Inhaltlich wäre sie nicht so sehr von Bedeutung, wie als „Symptom für einen erfreulichen Kontakt zwischen Prag und Rom“.

1419 C

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 16 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

Paris, 11. Februar 1934
(14.07 → 12. II. – 8.00)

Mit Bezug auf Telegramm No. 7 von gestern.[1]
Politischer Direktor, der mich ausnahmsweise auch heute empfing, erwiderte auf meine im Sinne des obzitierten Telegrammes gemachten Mitteilungen, dass ihm aus London „ganz ähnliche“ Eröffnungen zugekommen seien.
Er nehme an, dass über die hiesige Stellungnahme nächster Ministerconseil, der voraussichtlich Dienstag stattfinde, beschliessen werde.

1419 D

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 18 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Paris, 12. Februar 1934
(18.45 → 13. II. – 8.00)

Mit Bezug auf Telegramm No. 16 von gestern.[1]
Da Massigli politischem Direktor zu erkennen *gegeben*[2] hatte, dass er mich wegen „formeller Behandlung“ unseres Herantretens an den Völkerbund gerne sprechen würde, suchte ich ihn heute auf. Massigli sprach sich zuerst sehr sympathisch über

[1] AdR, Gesandtschaft Paris.
[1] ADÖ 9/1419 C.
[2] Chiffre fehlt.

unser Dossier aus und beifügte, dass er hoffe, dass selbes in Genf „in Uebersetzung und wenn möglich *im Geleite*[3] einer kurzen Tatsachenübersicht“ einlangen werde. Nach seiner Erfahrung würde eine Uebersetzung in Genf und der Mangel einer Uebersicht, aus der die Völkerbundrats-Mitglieder „sich […][4] und mühelos“ informieren könnten, die Prozedur sehr verlangsamen.

1419 E

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 19 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 51226/13

Paris, 12. Februar 1934
(13.II. – 0.21 → 8.00)

Bezug auf Telegramm No. 18.[1]
Minister des Aeussern liess mich eben zu sich bitten und übergab mir die im Wortlaut folgende Note:
„Le gouvernement de la République française a pris note de l’intention que lui a manifestée le gouvernement autrichien et que celui-ci a déjà énoncée au gouvernement du Reich de saisir le Conseil de la Société des Nations de la situation créée par une série d’actes qui, trouvant leur origine et prenant leur force à l’étranger, fomentent un mouvement dirigé contre le gouvernement autrichien et contre l’indépendance même de l’Autriche.
Sans vouloir s’immiscer dans la politique intérieure d’un autre pays, le gouvernement français estime que le gouvernement fédéral est fondé à déférer au Conseil de la Société des Nations l’examen de cette situation I°) en raison *de la* nature et de la gravité de griefs allégués qui touchent à des obligations internationales l’importance la plus grande dans une affaire dont il reconnaît le caractère international[2]; II°) En raison également des stipulations tant du pacte de la Société des Nations que des traités et protocoles concernant l’indépendance de l’Autriche.
Soucieux de laisser son libre cours à la procédure envisagée, le gouvernement français croit devoir s’abstenir d’énoncer aujourd’hui un jugement sur chacun des faits allégués. Il se réserve d’en discuter, le moment venu, le détail et d’en dégager

[3] Chiffre fehlt.
[4] Chiffre fehlt.
[1] ADÖ 9/1419 D.
[2] sic!

l'ensemble. Il tient toutefois à déclarer dès maintenant que, fidèle à la politique invariable de la France, il ne négligera rien pour que l'indépendance de l'Autriche soit pleinement assurée [...][3] par le respect de principes du *droit*[4] gens et des traités qui ont fait de cette indépendance une des condition de l'ordre et de la paix en Europe."

1419 F

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 20 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Paris, 12. Februar 1934
(13. II. – 0.20 → 8.00)

Im Verfolge h. a. Telegrammes No. 19 von heute.[1]
Minister des Aeussern verliess eigens Ministerrat, um mir „persönlich die Antwortnote Frankreichs zu überreichen, die eben einstimmig genehmigt worden sei." Nach einigen schmeichelhaften Worten über meine frühere Tätigkeit fragte er mich, ob ich Nachrichten über die heutigen Vorgänge in Oesterreich habe. Ich erwiderte auf Grund der dem h. a. Presseattaché kurz vorher telephonisch aus Wien zugekommenen Nachrichten, dass in Wien *vollkommene* Ruhe herrsche, das Rathaus besetzt sei, dass in Linz noch kleine sozialistische Unruhen seien, während in Graz alles erledigt sei.
Minister des Aeussern bemerkte, er habe in Wien wissen lassen, „er hoffe, dass das Vorgehen der Bundesregierung gegen die Sozialisten ihm im Interesse Oesterreichs, für das hier *alle* Parteien seien, nicht zu grosse Schwierigkeiten mit den französischen Sozialisten bereiten werde." Ich verwies darauf, dass Bundeskanzler ohnedies sehr lange mit schärferem Vorgehen gegen die Partei gezögert habe, dass ein(e) […][2] aber – auch im Interesse Frankreichs – jetzt unvermeidlich geworden sei, weil sonst sehr zahlreiche gutgesinnte bürgerliche Elemente zu den Nationalsozialisten übergegangen wären. Minister des Aeussern schien dies zu begreifen, gab jedoch nebenhin einer gewissen Besorgnis Ausdruck, „ob nicht jetzt die Sozialisten sich mit den Nationalsozialisten verständigen würden".
Jedenfalls, schloss er, könne Oesterreich nicht nur seiner Sympathie, sondern auch seines „vollen Verständnisses" sicher sein.

[3] Chiffre verstümmelt.
[4] Chiffre fehlt.
[1] ADÖ 9/1419 E.
[2] Chiffre fehlt.

1420

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Dollfuß

Telegramm Nr. 16 (Chiffre, vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland
(ohne Zahl) London, 8. Februar 1934

Habe heute eingelangtes Dossier mit einer von mir eilig angefertigten englischen Zusammenfassung Staatssekretär für Aeusseres überbracht und mich im Sinne des Dokument begleitenden Erlasses ausgesprochen. Simon kennzeichnete Haltung britischer Regierung Oesterreich gegenüber genau so, wie eben vorgestern im Parlament. Er sagte ferner, wir könnten auf britische Sympathie und Unterstützung beim Völkerbund zählen. Vor kurzem verbreitete, hier unangenehm empfundene Gerüchte, dass Haltung Grossbritanniens bezüglich Oesterreichs lau und schwankend, seien durchaus ungerechtfertigt.
Simon war betroffen, dass Italien sich nicht mit Grossbritannien vorher beraten habe, ehe es Uebermittlung unseres Dossiers an die drei Mächte empfahl. Letzterer Schritt, bezüglich dessen Nützlichkeit für uns er Bedenken hege, bereitete Simon, der sich als berühmter Advokat zunächst immer von juristischen Gesichtspunkten leiten lässt, auch gewisse Besorgnis, weil Deutschland vielleicht mit Recht dagegen Protest erheben könnte, dass vor Befassung des Völkerbundes einige Mächte, die dort über Streitfrage zu Gericht sitzen, einseitig informiert werden. Es war ihm auch nicht recht klar, was die in meiner Note wiedergegebenen Worte des Erlasses bedeuten, es solle den drei Grossmächten zunächst Gelegenheit gegeben werden, sich über die einzunehmende Haltung untereinander ins Einvernehmen zu setzen. Es stünde ihm nicht zu, sich über den Wert unseres Dossiers zu äussern oder uns zu raten, ob wir uns an den Völkerbund wenden sollten oder nicht. Gerüchtweise habe er gehört, dass Italien bezüglich der praktischen Beweiskraft unseres Dossiers etwas skeptisch sei. Ich legte Simon dar, unter anderem an dem Beispiel der Designierung des Agitators Habicht als offiziellen deutschen Unterhändler, wie unhaltbar die Ableugnungsversuche einer Mitverantwortung der deutschen Regierung seien. Simon stimmte zu und verwies auf die reichen Erfahrungen, die er anlässlich des Doppelspieles Sowjetrusslands in Propagandafragen gesammelt habe.
Bezüglich der von einigen Abgeordneten mir gegenüber vorgebrachten Idee der Entsendung einer Völkerbundkommission an die deutsch-österreichische Grenze war Simon die zweifelnde Frage auf, ob eine solche Kommission die deutsche Propaganda wirksam überwachen und verhindern könnte.
Auf mein Drängen, dass das Dossier rasch studiert und ein Gedankenaustausch mit Paris und Rom eiligst durchgeführt werde, verwies Simon auf Notwendigkeit Ue-

bersetzung und Studiums umfangreichen Materials. Er würde sich dieses anschauen, müsse sich aber seine Stellungnahme, die er mit Premierminister besprechen werde, auch bezüglich der durch mich Politikern überreichten [...][1] vorbehalten.
Er bat mich jedoch zu berichten, dass ihm nichts ferner liege, als uns Schwierigkeiten zu machen, und dass er uns die grösste Sympathie entgegenbringe.
Vorher hatte sich Vansittart, der sehr beschäftigt war, kurz über den Inhalt unseres Dossiers informiert. Ich verwies auf die der Wahrheit und jeder Wahrscheinlichkeit widersprechenden Ableugnungs*versuche* der deutschen Reichregierung. Vansittart erwiderte, dass sie die übrige Welt offenbar für äusserst dumm und naiv halte. Ich bat Vansittart, dafür Vorsorge zu treffen, dass unser Beweismaterial raschest behandelt werde. Er stimmte zu, meinte jedoch, dass das Wochenende die Angelegenheit verzögere. Er hielt es für äusserst wichtig, dass durch einen Gedankenaustausch zwischen London, Paris und Rom Klarheit geschaffen werde, auf welche Weise durch die Anrufung des Völkerbundes die Interessen Oesterreichs am besten geschützt und gestärkt werden könnten.

1420 A

Gesandter Franckenstein an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 17 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

London, 9. Februar 1934
(22.40 → 10. II. – 8.00)

Im Verlaufe längeren Gespräches übergab mir Simon folgende mit Premierminister und Baldwin vereinbarte Erklärung:
„Die britische Regierung nimmt zur Kenntnis, daß die österreichische Regierung prinzipiell entschlossen ist, ihre Beschwerde im Sinne des Artikels 11, Absatz 2, der Völkerbundsatzung vor den Völkerbund zu bringen.
Die britische Regierung hat öffentlich erklärt, daß sie nicht versuche, Oesterreich bezüglich einer solchen Anrufung „zu entmutigen“. Die Integrität und Unabhängigkeit Oesterreichs bilde ein Ziel der britischen Politik und ebenso wie britische Regierung keineswegs irgend eine Absicht hege, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen, so erkenne sie voll das Recht Oesterreichs an, zu verlangen, daß auch von keiner anderen Seite eine Einmengung in seine inneren Angelegenheiten stattfinde.

[1] Chiffre fehlt.

Bei der Behandlung österreichischen Appells wird der Rat voraussichtlich bestrebt sein festzustellen, was Deutschland allenfalls zu den vorgebrachten Tatsachen zu sagen hat, ehe er bezüglich seiner Empfehlung einen Beschluß fasse. Britische Regierung glaubt daher, daß es richtig ist, da sie über die österreichischen Dokumente keine Meinung abgebe, bevor sie vom Völkerbund geprüft wurden."
Simon betrachtete Appell Oesterreichs an den Völkerbund als beste Vorgangsweise, durch die auch weiterer Zeitverlust vermieden würde. Er wird diese Ansicht französischer und italienischer Regierung mitteilen, von denen keine Nachrichten vorliegen. Sollte Italien einen anderen beachtenswerten Vorschlag machen, würde dieser erwogen werden.
Auf meine Frage, welchen Eindruck er von der Durchsicht meiner kurzen englischen Zusammenfassung des Dossiers gewonnen habe, äußerste er seine private Meinung, es erscheine ihm ein starkes Beweismaterial.
Seitens englischer Regierung werde weder bezüglich meiner gestrigen Demarche noch bezüglich des Dossiers eine Verlautbarung erfolgen. Die Beantwortung einer allfälligen Parlamentsanfrage würde verschoben werden.
Simon nahm seine gestern nachdrücklich vorgebrachten Bedenken gegen Ueberreichung des Dossiers an die drei Mächte heute nicht mehr so ernst.
Vansittart hält Anrufung Völkerbundes für zweckmäßig und wirkungsvoller als irgend eine Demarche der Großmächte in Berlin. Beide Staatsmänner meinen, daß erstere nun auch schon aus Prestigegründen geboten erscheine.
Ich informiere sie über unsere innerpolitische Lage.

1420 B

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 19 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

London, 12. Februar 1934
(23.29 → 13. II. – 8.00)

Antwort auf Telegramm No. 8.[1]
Wie mir Vansittart sagt, hat britische Regierung italienischem Kabinett ungefähr Folgendes erwidert: Es möge nach seinem Gutdünken vorgehen. Englische Regierung verspricht sich von italienischem Vorschlag gleichzeitiger verschieden

[1] AdR, Gesandtschaft London.

textierter Erklärungen der drei Mächte keinen Erfolg. Appell an Völkerbund erscheine angemessener. Hiesige Stellungnahme sei schon durch die österreichischer Regierung gegenüber gemachte Erklärung präzisiert, der eigentlich nichts hinzugefügt werden könnte.
Vansittart meinte, Völkerbund könnte alle Mächte inklusive Deutschland zu einer Erklärung auffordern, sich weder direkt noch indirekt in die österreichischen inneren Verhältnisse einzumengen. Nach mir besuchte Vansittart Führer der britischen Gewerkschaften, vermutlich in österreichischen Angelegenheiten.
Kardinal Bourne sagte mir bei heutiger päpstlicher Jubiläumsfeier, dass seine wärmsten Wünsche Oesterreich in seinem Kampfe begleiten.
Dürfte morgen Nachmittag Beneš sprechen. Bitte eventuell um Instruktionen und etwa auch Darstellung, wie wir uns Vorgangsweise Völkerbundrates vorstellen, wofür auch polnischer Botschafter interessiert, der mich um Nachrichten bittet, weil Beck Vorsitz innehat.

1420 C

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 20 (Chiffre, statim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

London, 14. Februar 1934
(15.45)

Ich erfahre aus sicherer Quelle, dass die Mitglieder der britischen Regierung Verständnis für unbedingte Notwendigkeit der Wahrung und Durchsetzung der staatlichen Autorität in Oesterreich haben, wenn auch die angewendeten Mittel sie und die hiesige öffentliche Meinung tief bewegen. Das Kabinett und, wie ich aus zahlreichen Gesprächen ersehe, die hiesige öffentliche Meinung hegen die dringendste Hoffnung, dass österreichische Regierung, sobald sie die Situation vollkommen beherrsche, *sich* den Gefangenen und Gegnern gegenüber milde zeigen wird. Es besteht nicht der geringste Zweifel, dass ein zu scharfes Vorgehen und weitgehende Exekutionen eine für unser Interesse in Grossbritannien und, wie der französische Botschafter einem Freunde von mir sagte, auch in Frankreich verheerende Wirkung ausüben würde. Arbeiterpartei und Gewerkschaft veröffentlichen Manifest zugunsten österreichischer Arbeiterschaft und eröffnen Geldsammlung. Die konservativen Zeitungen äussern sich im allgemeinen in ziemlich freundlicher Weise über Bundeskanzler, der die Lage beherrsche. News Chronicle eher zurückhaltend, Manchester Guardian und Daily Herald feindlich.

1420 D

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 21 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12 London, 14. Februar 1934
(ohne Zahl) (18.40)

Dr. Benes, der mit hiesigen Staatsmännern österreichischen Appell an Völkerbund besprach, sagte mir, englische Regierung betrachte diesen, wenn wir uns zu diesem entschliessen, als richtige Vorgangsweise. Foreign Office sei der Ansicht, dass wir hiedurch das Ziel unserer Aktion erreichen werden. Er selbst beurteile Aussichten unseres Schrittes in seiner Wirkung auf Deutschland sehr optimistisch. Er meinte, er wäre günstiger für uns, wenn Deutsches Reich Erscheinen vor Völkerbundrat ablehnen würde. Deutschland werde nicht wagen, sich gegen die Willensmeinung der Mächte aufzulehnen und gefährliche Komplikation heraufzubeschwören.
Tschechoslowakei werde keine Initiative ergreifen, aber Stellungnahme und Bemühungen Grossmächte in Genf voll unterstützen. Den Vorgängen in Oesterreich gegenüber, für welches Land Tschechoslowakei warme Freundschaft und Sympathie hege, werde Prager Regierung eine zurückhaltende, durchaus korrekte Haltung einnehmen.

1420 E

Gesandter Franckenstein an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Fernspruch Nr. 22 (Chiffre, geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12 London, 15. Februar 1934
(ohne Zahl) (16.30)

Aus Gesprächen mit hiesigen Staatsmännern, darunter Simon, die durchaus freundlich und äußerst zurückhaltend waren, ersah ich, daß dem humanen Vorgehen unserer Regierung in den nächsten Tagen entscheidende Bedeutung für hiesige Einstellung Oesterreich gegenüber beigemessen wird.

Daily Herald meldet unter Aufschrift „Beginn der antisemitischen Hetze in Wien“ eine Massenflucht von Juden nach Prag und Warschau. Diese Meldung wird auch von jüdischer Zentralorganisation, die sich an mich wandte, als Manöver *hierortiger* Arbeiterpartei zwecks Aufhetzung öffentlicher Meinung gegen österreichische Regierung aufgefasst. Mein Eindruck ist, daß Aufrollung der Judenfrage im gegenwärtigen Augenblicke uns hier im Urteil der öffentlichen Meinung auf das gleiche Niveau mit Deutschland bringen würde.
Erbitte wenn möglich Informationen entweder zur Verwertung in hiesiger Presse oder in Privatgesprächen.
Erbitte Mitteilung, ob Nachricht mehrerer Zeitungen, daß zwei italienische Armeekorps an österreichische Grenze verschoben wurden, richtig.

1420 F

Gesandter Franckenstein an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Fernspruch Nr. 23 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

London, 15. Februar 1934
(18.00)

Antwort auf d. a. Telegramm Nr. 11.[1]
Simon hat Parlamentsanfrage deshalb beantwortet, weil Stellungnahme britischer Regierung schon aus Zeitungsnachrichten bekannt geworden war und Ablehnung einer Erwiderung Parlament zweckslos verstimmt hätte. Diese Antworterteilung hat mit Anpassung an italienische […][2] gar keinen Zusammenhang.
Vansittart sagte mir, italienische Regierung scheine auch weiterhin gegen unseren Appell an Völkerbund und für öffentliche Erklärung der *drei Mächte* betreffend Integrität Oesterreichs etz. zu sein. Hiesige Regierung habe ihren bezüglichen klaren Standpunkt schon dreimal öffentlich bekanntgegeben und zögere, es gleich wieder ein viertes Mal zu tun, was zumindestens ein *ungewöhnliches* Vorgehen wäre. Sie *verspricht* sich auch keinen Erfolg von Durchführung italienischen Vorschlages auf deutsche Mentalität. Sollten Macdonald und Simon im Sinne der italienischen Anregung sich doch zu neuerlicher Erklärung entscheiden,

[1] ADÖ 9/1424.
[2] Scheint Chiffre zu fehlen.

werde ich verständigt. Vansittart sprach persönliche Ansicht aus, es wäre wegen Ereignisse in Oesterreich besser, Appell an Völkerbund etwas zu verschieben.
Erbitte wenn möglich Informationen über italienische Stellungnahme in Appell-Frage.
Vansittart meint, deutsche gehässige Presseangriffe betreffend Kämpfe in Oesterreich würden angesichts hiesiger Stimmung gegen Deutschland uns hier eher nützen als schaden.

1420 G

Gesandter Franckenstein an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 24 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

London, 16. Februar 1934
(15.00)

Britische Arbeiterpartei erklärt in neuerlichem Appell um Spende für die österreichische Arbeiterschaft, dass hunderte von Frauen und Kindern durch das Bombardement der Arbeiterhäuser getötet seien. Tausende wären heimlos und in grösster Not. Daily Herald veröffentlicht Artikel Lady Drummond-Hay's „Ueber die Leiden der Frauen und Kinder, unschuldiger Opfer der fascistischen Artillerie". Umstand, dass Frauen und Kinder in beschossenem Häuserblock waren, hat in weiten hiesigen Kreisen schwere Besorgnis um ihr Schicksal wachgerufen. Bei der für Sonntag in Hyde Park geplanten grossen Demonstration hiesiger Arbeiterparteien werden eingangs erwähnte Behauptungen sicher in leidenschaftlicher Weise wiederholt werden.
Wenn es auch wünschenswert ist, dass unsererseits diese schmerzlichen Geschehnisse nicht wieder vor die Oeffentlichkeit gebracht werden, so hielte ich es doch für nützlich, den masslosen Uebertreibungen mit Fakten entgegenzutreten, falls die Anzahl der Opfer unter Frauen und Kindern sehr gering wäre. Eventuell bitte ich um bezügliche Instruktionen.
Daily Telegraph und Manchester Guardian bringen Leitartikel, in welchen sie Gewährung weitgehender Milde Wort reden und auf die schädlichen internationalen Folgen hinweisen, die Repressalien hervorrufen müssten.

1420 H

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Dollfuß

Fernspruch Nr. 26 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

London, 19. Februar 1934
(15.35)

Zu dem Samstag abends ausgegebenen Communiqué erfahre ich Folgendes:
Frankreich und Italien verständigten sich in Rom und traten dann an Foreign Office heran. Dieses vertrat Auffassung, dass nochmalige Wiederholung von hiesiger Regierung bereits dreimal abgegebener Erklärung untunlich sei und dass eine bessere Wirkung von einer identischen Verlautbarung erwartet werden könnte, in welcher die gemeinsame Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Erhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Oesterreich ausgesprochen würde.
Foreign Office interessiert sich für Standpunkt, den die österreichische Regierung nun bezüglich Appells an Völkerbund einnimmt.
Ich bitte um Instruktionen.

1421

Gesandter Rintelen an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 13 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Rom, 8. Februar 1934
(2.10 → 8.00)

Mit Bezug auf d. a. Erlass No. 50.585/13.
Habe die Beilage des gestern abends eingelangten Erlasses sofort im Beisein Rotters Herrn Suvich übergeben und daran die mir aufgetragenen Mitteilungen geknüpft. Suvich zeigte grösstes Verständnis für die von mir geltend gemachte Dringlichkeit und bemerkte beiläufig Folgendes:
„Da wir das Beweismaterial bisher nur vertraulich erhalten hatten, konnten wir den in Aussicht genommenen Meinungsaustausch nicht gleich einleiten. Wir sind erst heute in die Lage gesetzt worden, dies zu tun, und haben bereits mit dem

französischen Botschafter Fühlung genommen und werden morgen mit dem englischen Botschafter sprechen. Im Verlaufe der Unterredung mit französischem Botschafter wurde auch die Idee ventiliert, dass die drei Grossmächte, jede für sich, eine öffentliche Erklärung abgeben, welche zu enthalten hätte, dass man das österreichische Beweismaterial geprüft, und welchen Eindruck man erhalten hat; dass man entschlossen ist, die Unabhängigkeit Oesterreichs zu verteidigen; dass man hoffe, diese Erklärung werde genügen, um eine Detente herbeizuführen; dass man andernfalls der weiteren Aktion ihren Lauf lassen würde. Diese Erklärung würden die Grossmächte zwar gleichzeitig, aber nicht kollektiv abgeben und mit verschiedenem Text. Denn der italienische Staat ist als Nachbar Oesterreichs in einer anderen Lage als z. B. das jenseits des Kanals gelegene England. Diese und andere Umstände sind geeignet, die Fassung der Erklärung jeder einzelnen Grossmacht zu beeinflussen. Bleiben diese Erklärungen ohne Wirkung, so steht der Weg zum Völkerbund noch offen und wir haben dann zwei Mittel versucht statt eines."

Suvich betonte diesmal besonders eindringlich, dass es sich lediglich um eine im Verlaufe einer Konversation erörterte Idee handle. Er bemerkte hiebei, dass auch die Frage eines Meinungsaustausches zwischen den Grossmächten seinerzeit nur eine solche gewesen, von uns aber als italienische aufgegriffen worden sei.

Suvich teilte mir mit, dass ihm deutscher Botschafter erklärt habe, unser Beweismaterial genüge nicht, um die Angelegenheit mit Erfolg vor dem Völkerbund vertreten zu können. Ich erwiderte mit der Frage, ob dem deutschen Botschafter denn unser ganzes Beweismaterial bekannt sei, worauf Suvich bemerkte, er sei der Meinung gewesen, dass dasselbe unserer Note an Berlin angeschlossen war.

Als Unterstaatssekretär im weiteren Gespräch die Auffassung vertrat, dass es sehr schwer sei, den Nachweis für die Schuld der deutschen Regierung zu erbringen, bemerkte ich, dass für den völkerrechtlichen Verkehr die gewöhnlichen zivilrechtlichen Grundsätze für Verschulden und Nachweis nicht anzuwenden seien, es komme hier auch das Moment einer besonderen Pflicht zur Verhinderung von Unzukömmlichkeiten in Betracht und es liege, abgesehen von allem anderen, schon eine besondere Verantwortlichkeit der deutschen Regierung dafür vor, dass sie nichts tue, um die gegen Oesterreich gerichtete, aus dem Reiche kommende Propaganda zu verhindern. Suvich gab diese Auffassung zwar ausdrücklich als richtig zu, bemerkte aber, dass die Sache sehr ernst sei und das Material daher eines eingehenden Studiums nach dieser Richtung bedürfe.

Zum Schluss bat ich Unterstaatssekretär, mich über die weitere Phase auf dem Laufenden zu halten und die Erledigung ausserordentlich zu beschleunigen. Er bemerkte, dass man jetzt zunächst der französischen und der englischen Regierung Gelegenheit geben müsse, sich unter einander zu besprechen. Ich möge ihn Freitag wieder aufläuten. Er wies in diesem Zusammenhange auf die Schwierigkeiten, die durch die Demission französischer Regierung entstanden sind, hin.

Ich habe im allgemeinen den Eindruck, dass eine entschiedene Stellungnahme

italienischer Regierung für uns zu erwarten ist. Eben erschienener Leitartikel des dem Auswärtigen Amte besonders nahestehenden „Giornale d'Italia" von Gayda gezeichnet, tritt deutschen Zeitungen mit der Feststellung entgegen, dass die historische Aufgabe Oesterreichs nie im Rahmen des Reiches durchgeführt werden könne. Dem europäischen Gleichgewicht entspreche die von Italien unbedingt geforderte Unabhängigkeit Oesterreichs, widrigenfalls neue Allianzen von Staaten entstehen müssten, die Deutschland gewiss nicht erwünscht wären. Andere Blätter bringen diesen Gesichtspunkt noch verschärfter zum Ausdruck.

1421 A

Gesandter Rintelen an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 14 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 51029/13

Rom, 9. Februar 1934
(14.30 → 16.30)

Im Verfolg h. a. Telegrammes No. 13.[1]
Von diplomatischer Seite erfuhr ich gestern abends, dass am Mittwoch eine scharfe Note Mussolini's in der österreichisch-deutschen Frage an Berlin abgegangen sei. Anlässlich eines Besuches, den ich soeben hiesigem französischen Botschafter abstattete, um mich über die Situation zu informieren, konnte ich feststellen, dass derselbe gleichlautende Information erhalten hat. Botschafter bemerkte, dass es sich um einen „privaten" Schritt Italiens handle, der vorgestern 20 Uhr erfolgt sei. Seiner persönlichen Auffassung nach werde es zu der geplanten öffentlichen Stellungnahme der 3 Grossmächte zugunsten Oesterreichs kommen. Diese dürfte in der Form gleichzeitiger Veröffentlichung Antwort der Grossmächte an die Bunderegierung auf das ihnen übermittelte Beweismaterial erfolgen. Sollte dieser Schritt wirkungslos bleiben und die Angelegenheit vor den Völkerbund kommen, so könne Oesterreich der energischesten Unterstützung Frankreichs sicher sein. Das Gleiche gelte nach seinen Informationen für die italienische Regierung, obzwar dieser an sich die Befassung des Völkerbundes nicht sympathisch sei.

[1] ADÖ 9/1421.

1421 B

Gesandter Rintelen an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 15 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Rom, 10. Februar 1934
(Uhrzeit unklar)

Im Verfolge h. a. Telegrammes Nr. 14.[1]
Die in obigem Telegramm wiedergegebenen Informationen über eine angebliche italienische Note an Berlin wurden, wie telephonisch gemeldet, in politischer Generaldirektion als unrichtig bezeichnet, wobei bemerkt wurde, daß ein solcher Schritt nach den gemachten Erfahrungen zwecklos wäre. Französischer Botschafter, den ich hievon informierte, erklärte, er habe Grund, die ihm streng vertraulich zugekommene Information trotzdem zum mindestens hinsichtlich der Abfassung einer solchen Note für richtig zu halten. Ob die Absendung dann tatsächlich unterblieb oder als rein privater Schritt offiziell nicht zugegeben wird, könne er nicht beurteilen.

1421 C

Gesandter Rintelen an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 16 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Rom, 12. Februar 1934
(14.30 → 19.00)

Zu h. a. Telegramm No. 9.[2]
In der von italienischer Regierung in Aussicht genommenen Erklärung wird ausgeführt, dass Bundesregierung bei Uebersendung reichlichen Beweismaterials „formell die italienische Regierung um ihre Ansicht ersucht“ habe.

[1] ADÖ 9/1421 A.
[2] AdR, Gesandtschaft Rom.

Nach aufmerksamer Prüfung der Dokumente erscheine es unmöglich, „wollte man nicht Sinnfälligkeit negieren, das Vorhandensein einer dauernden und systematischen Tätigkeit nicht zuzugeben, die vom Ausland her auf österreichischem Gebiet zum Schaden des Staates und der Regierung der benachbarten Republik entfaltet wird und die häufig sehr ernste Formen annimmt.“ Ursprung sei durch die Radiovorträge eines deutschen Deputierten charakterisiert.
Daraus ergeben sich zwei Folgerungen: Berechtigung der von Bundesregierung an deutsche Regierung gestellten *Forderung*[3] „sie möge alle nötigen Massnahmen ergreifen, damit die Unterstützung und der Anreiz, die in Deutschland der gegen den österreichischen Staat und dessen Regierung gerichteten Bewegung gegeben werden, aufhören“; Recht österreichischer Regierung „alle nötigen Massnahmen zu treffen, um sich auf nationalem und internationalem Gebiete zu verteidigen.“ Es sei Sache österreichischer Regierung, jene Politik zu bestimmen, die sie für die geeignetste hält, um die Stellung Oesterreichs innerhalb der europäischen Staaten und seine geschichtliche Funktion zu bewahren und zu *konsolidieren*.
Nach einem Exkurs über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland und die Notwendigkeit eines unabhängigen Oesterreichs für das Gleichgewicht und die Ordnung in Europa folgt nachstehender Schlussabsatz:
„In Beantwortung an sie gerichteten Appells bekräftigt die italienische Regierung der österreichischen Regierung neuerlich ihren Entschluss, die Verpflichtungen voll zu respektieren und voll von den Rechten Gebrauch zu machen, die sich für Italien aus den Verträgen mit Bezug auf die Unabhängigkeit der benachbarten Republik ergeben. Die italienische Regierung hofft, dass das Beweismaterial, welches die österreichische Regierung gesammelt und bekanntgegeben hat, jeden der interessierten Teile zu einer genaueren Wertung aller Faktoren führen könne, die bei diesem Fragenkomplex im Spiele sind und dass daher weitere Debatten, die augenscheinlich besser zu vermeiden wären, an denen aber nötigenfalls Italien mit jenen Auffassungen teilnehmen würde, die in dieser Note präzisiert sind, nicht notwendig sein werden.

[Italienische Note in deutscher Übersetzung:]

Die österreichische Regierung hat der italienischen Regierung ein reichhaltiges Beweismaterial mitgeteilt, das sich auf die Tätigkeit bezieht, die vom Ausland her in Oesterreich entfaltet wird, um auf die verschiedensten Arten die Oppositionsbewegung gegen den österreichischen Staat und die Regierung zu nähren. Bei Uebersendung dieses Beweismateriales hat die österreichische Regierung formell die italienische Regierung um ihre Ansicht im Gegenstande ersucht.
Die italienische Regierung hat die ihr übermittelten Dokumente mit der grössten Aufmerksamkeit überprüft und es erscheint, wollte man nicht Sinnfälliges negie-

[3] Chiffre fehlt.

ren, unmöglich, das Vorhandensein einer dauernden und systematischen Tätigkeit nicht zuzugeben, die vom Ausland her auf österreichischem Gebiet zu Schaden des Staates und der Regierung der benachbarten Republik entfaltet wird, eine Tätigkeit, die häufig ernste Formen annimmt. Charakteristisch für den Ursprung dieser Tätigkeit sind die radiophonischen Vorträge eines deutschen Deputierten, der das Amt eines nationalsozialistischen Landesinspekteurs für Oesterreich bekleidet. Die italienische Regierung behält sich vor, nötigenfalls im Detail auf die ihr übergebenen Dokumente und auf die Tatsachen, die daraus resultieren, zurückzukommen.

Aus dem Vorhergehenden ergeben sich nach Ansicht der italienischen Regierung zwei unumstössliche Folgerungen:

1) dass es unmöglich ist, die Berechtigung der von der österreichischen Regierung an die deutsche Regierung gestellten Forderung zu negieren, letztere möge alle nötigen Massnahmen ergreifen, damit die Unterstützung und der Anreiz, die in Deutschland der gegen den österreichischen Staat und die Regierung gerichteten Bewegung gegeben werden, aufhören;
2) dass man dem österreichischen Staat und der Regierung nicht das Recht negieren kann, alle nötigen Massnahmen zu treffen, um sich auf nationalem und internationalem Gebiet zu verteidigen. In diesem Belange muss daran erinnert werden, dass die Unabhängigkeit und die Integrität Oesterreichs durch die internationalen Verträge garantiert sind und dass es Sache der österreichischen Regierung ist, jene Politik zu bestimmen, die sie für die geeignetste hält, um die Stellung, die Oesterreich innerhalb der europäischen Staaten inne hat, und die geschichtliche Funktion, zu der es in der politischen Lage Europas berufen ist, zu bewahren und zu konsolidieren.

Die italienische Regierung hält sich umso mehr verpflichtet, diese seine ehrliche und tiefe Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen, je herzlicher und freundschaftlicher die Beziehungen waren und sind, die sie an die deutsche Regierung und an das deutsche Volk binden und je wirkungsvoller die Tätigkeit war und ist, die sie stets auf allen Gebieten (Reparationen, Rüstung etc.) zu Gunsten der Gleichberechtigung Deutschlands entfaltet hat, das im Interesse des deutschen Volkes und im allgemein europäischen Interesse ein Element des Gleichgewichtes und der Ordnung der Beziehungen zwischen europäischen Staaten darstellen muss. Für dieses Gleichgewicht und diese Ordnung bedeutet die Existenz eines unabhängigen österreichischen Staates ein konstitutives Element. Der deutsche Kanzler selbst hat erklärt, dass es sinnlos sei, zu behaupten, dass das deutsche Reich die Absicht habe, den österreichischen Staat zu vergewaltigen.

In Beantwortung des an sie gerichteten Appelles bekräftigt die italienische Regierung der österreichischen Regierung neuerlich ihr Vorhaben, die Verpflichtungen voll zu respektieren und voll von den Rechten Gebrauch zu machen, die sich für Italien aus den Verträgen mit Bezug auf die Unabhängigkeit der benachbarten Republik ergeben. Die italienische Regierung hofft, dass das Beweismaterial, welches die österrei-

chische Regierung gesammelt und bekanntgegeben hat, jeden der interessierten Teile zu einer genaueren Wertung aller Faktoren führen könne, die bei diesem Fragenkomplex im Spiel sind und dass daher weitere Debatten, die augenscheinlich besser zu vermeiden wären, an denen aber nötigenfalls Italien mit jenen Auffassungen teilnehmen würde, die in dieser Note präzisiert sind, nicht notwendig sein werden.

1421 D

Gesandter Rintelen an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 17 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Rom, 14. Februar 1934
(22.55 → 15. II. – 8.00)

Legationssekretär Schwarzenberg befand sich heute abends im Auswärtigen Amte, um unter anderem Vorsprache für mich bei Unterstaatssekretär zu vermitteln. Dieser liess ihn, da im Weggehen, rufen und teilte Folgendes zur Weiterleitung mit:
Nach Ansicht italienischer Regierung werde infolge bevorstehender Niederwerfung Sozialdemokraten inner- wie aussenpolitische Stellung Bundesregierung ausserordentlich gestärkt. Nationalsozialisten befänden sich in peinlicher Lage. Kampf gegen Bundesregierung, die glänzende Kraftprobe abgegeben, erscheine aussichtslos und mache z. B. Opposition mittels Papierböller etz. lächerlich. Auch Schreibweise deutscher Zeitungen, die bisher Bundesregierung Schwäche gegen Sozialdemokraten vorwerfen, jetzt aber gegen Vergiessen deutschen Blutes auftreten, richte sich von selbst.
Mit Bezug auf Vorgehen der Grossmächte machte Suvich zunächst von Erklärung des englischen Botschafters im Sinne Drahterlass No. 9 von gestern Mitteilung. Man sei jedoch übereingekommen, schon jetzt klare Stellungnahme hinsichtlich Unabhängigkeit Oesterreichs durch Ausgabe inhaltlich ähnlicher Communiqués zu publizieren. Ueberdies sei hier beabsichtigt, längere Erklärung im Sinne durch Rotter dorthin überbrachten Memorandums etwa in der Form „Wie wir an zuständiger Stelle erfahren“ kommenden Freitag veröffentlichen zu lassen.
Abschliessend äusserte Suvich als rein persönliche Ansicht, dass infolge neuer gestärkter Stellung Bundesregierung Befassung Völkerbundes überflüssig werden könnte. Auf Entgegnung, dass Entschluss der Bundesregierung vollste Zustimmung englischer Regierung gefunden habe, meinte Suvich, auch England würde Liquidierung Angelegenheit lieber ohne Völkerbund sehen; Suvich fügte aber sofort eindeutig hinzu, damit soll keineswegs gesagt sein, Italien wolle Bundes-

regierung vom beabsichtigten Schritt abhalten. Suvich befürchtet bloss Ergebnislosigkeit der Völkerbundaktion. Oesterreichische Regierung kann aber selbstverständlich auf vollste Unterstützung rechnen.

1421 E

Gesandter Rintelen an Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 11 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

Rom, 15. Februar 1934
(20.20)

Hieramts angefertigte Uebersetzung heute abends überreichten italienischen Memorandums:
Die italienische Regierung beehrt sich auf die seitens der österreichischen Regierung gemachte Mitteilung und auf das ihr übermittelte Material betreffend die vom Ausland in Oesterreich gegen den Staat und die österreichische Regierung entwickelte Tätigkeit zu beziehen.
Die italienische Regierung hält es – so offenkundig erscheint es ihr nämlich – kaum für notwendig zu erklären, daß die österreichische Regierung das volle Recht hat, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um auf nationalem und internationalem Gebiete die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des österreichischen Staates zu verteidigen und die Stellung, die Oesterreich unter den europäischen Staaten einnimmt, sowie seine historische Sendung, zu der es in Anbetracht der politischen Lage Europas berufen ist, zu schützen und zu befestigen. Die Unabhängigkeit und der Unversehrtheit Oesterreichs sind im übrigen durch Verträge und internationale Protokolle garantiert und die italienische Regierung anerkennt und erklärt nochmals die Notwendigkeit und den Willen, die Erhaltung der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit des österreichischen Staats zu sichern.
Die italienische Regierung wünscht, daß das von der österreichischen Regierung gesammelte und bekanntgegebene Beweismaterial eine genauere Beurteilung der Lage und somit eine nützliche Klärung herbeiführen möge, welche ohneweiters das Ende der beklagten Tatsachen und der beklagten Tätigkeit zur Folge haben würde. Aber sofern dies nicht geschehen sollte, oder wie auch immer die österreichische Regierung – wie sie die Absicht kundgibt – in ihrer Beurteilung der gegen den österreichischen Staat entfalteten Tätigkeit es für notwendig halten sollte, zu weiteren Erörterungen zu schreiten, so ist es überflüssig beizufügen, daß die italienische Regierung bei solchen Erörterungen mit denselben Absichten und jenen Zielen, die sie hier präzisiert hat, intervenieren wird.

1421 F

Gesandter Rintelen an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 18 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 51200/13

Rom, 15. Februar 1934
(23.10 → 16. II. – 8.00)

Zu d. a. Telegramm No. 11.[1]
Gelegentlich heute abends im Sinne obigen Telegrammes geführten Gespräche überreichte mir Unterstaatssekretär offiziell das Memorandum italienischer Regierung zu unserer *Beweis*vorlage[2] und teilte im Verlaufe von mir eingeleiteter Diskussion Nachstehendes mit:
Italienische Regierung hat ursprünglich mit Frankreich und England Meinungsaustausch im Sinne des von Rotter überbrachten Entwurfes gepflogen. Mangels Zustimmung ist italienische Regierung von diesem Plan abgekommen und hat analog dem Schritte der anderen Mächte sich vorläufig zu heutigem Memorandum entschlossen; italienische Regierung verhandelt jedoch mit genannten Grossmächten wegen inhaltlicher Uebereinstimmung öffentlicher Kundgebung, die Entschluss enthält, Unabhängigkeit und Unversehrtheit Oesterreichs unter allen Umständen zu sichern. Frankreich hat diesem Vorschlag Italiens bereits zugestimmt, englische Antwort steht noch aus.
Auf meine Frage, ob Memorandum publiziert werde, erklärte Suvich, dies sei auch bei Antworten anderer Mächte nicht geschehen, doch wird hinsichtlich von Rotter überbrachten Entwurfes, wie bereits gemeldet, die Veröffentlichung unter Berücksichtigung der mit obigem Telegramm angeführten Abänderungen via Stefani als offiziöse Mitteilung der Auffassung italienischer Regierung in Erwägung gezogen. Auftragsgemäss erwähnte ich jüngste Haltung des Rundfunkes und Presse, über die Suvich sich sehr erbittert äusserte.
Schliesslich bestand ich auf Klarstellung hinsichtlich weiterer Entwicklung. Ich erklärte Anruf Völkerbundrates bei gegenwärtiger Situation als wohl unvermeidlich. Suvich bemerkte, dass selbst nach Schritten der Grossmächte und Publikation Stefani er kurzes Abwarten der Wirkung empfehle, sagte aber zu, dass das bereits wiederholt abgegebene Versprechen absoluter Unterstützung bei Völkerbund als unbedingt betrachtet werden könne.

[1] ADÖ 9/1424.
[2] ADÖ 9/1421 E.

1422
Gesandter Tauschitz an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 37/Pol.

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 51205/13 Berlin, 9. Februar 1934

Herr Bundeskanzler!
Kurz nach dem Gespräch mit Herrn Vizekanzler von *Papen* empfing mich Reichsaussenminister Freiherr von *Neurath*, der auch gelegentlich des Hindenburg-Diners eine Aussprache mit mir wünschte.
Nach einer kurzen Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Oesterreich, ähnlich wie im Gespräche mit Papen ausgeführt, wobei ich als Symptom, dass es in Oesterreich doch nicht so schlecht aussieht, wie es die parteioffiziellen Kreise darzustellen belieben, auch die Tatsache anführte, dass am heurigen Jägerball um 1000 Personen mehr teilnahmen als im Vorjahre, was ich nicht nur aus den Zeitungen, sondern auch aus eigenen Wahrnehmungen wisse, da ich sowohl am vorigjährigen als auch am heurigen Jägerball war, kamen wir auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich zu sprechen. Ich erklärte, dass die deutsche Antwort in Wien ausserordentlich verschnupft habe. Die Reichsregierung behandle Oesterreich als quantité négligeable, lehne jede Verantwortung ab und betrachte alle Beschwerdepunkte als nicht begründet. Es wird von der Deutschen Regierung immer behauptet, dass es sich um einen Parteikonflikt handle. Meine feste Ueberzeugung sei nunmehr, dass es, solange Deutschland auf diesem Standpunkt stünde, eine Bereinigung der österreichischen Frage überhaupt nicht gäbe. Wenn man diesen Konflikt lösen wolle, dann müsse man sich eben auf den Weg von Verhandlungen begeben und zwar könnten solche Verhandlungen nur von Regierung zu Regierung geführt werden. Ich glaube überhaupt, dass solche Verhandlungen nur mehr auf diplomatischem Wege denkbar und möglich sind, sonst komme es zu einer solchen Petrifizierung der Gegensätze, die kaum mehr beseitigt werden können. Oesterreich werde in andere Kombinationen zwangsläufig hineingedrängt und verweise ich auf den begeisterten Empfang, den der Kanzler in Budapest gehabt habe. Ungarn trage Oesterreich die Zollunion geradezu nach. Neurath bemerkt, Dollfuss soll sie nur machen, das würde uns nicht genieren. Er möchte nur gerne wissen, was eigentlich Oesterreich beim Völkerbund erreichen will. Meine Antwort, dass sich Oesterreich vom Völkerbund nichts erwarte, versetzte Neurath in ein gewisses Staunen, ebenso meine Bemerkung, dass Oesterreich weder an eine Demarche der Mächte in Berlin noch an einen eventuellen Erfolg einer solchen Demarche

glaube. Neurath meinte, sie sollen nur kommen, sie erhalten eine Abfuhr wie noch nie, denn es fehle zu einer solchen Demarche jedwede Grundlage.
Auf die Frage Neurath's, wie sich der Kanzler eigentlich die innere Entwicklung in Oesterreich vorstelle, erklärte ich, dass meiner Ansicht nach von Seite der Regierung die Totalität der Regierungsparteien angestrebt werde, die eigentlich das Verbot der übrigen Parteien in sich schliessen würde. Ich bemerkte, dass eine solche Totalität – meines Erachtens – auch die Lage gegenüber dem Reich erleichtern würde, weil man es hier dann leichter ertrüge, wenn letzten Endes alle Parteien in Oesterreich verboten wären. Neurath stimmte dieser Auffassung zu.
Ich versuchte nun auch meinerseits bei Neurath zu sondieren, wie er sich die weitere Entwicklung vorstellt. Er erklärte jedoch immer wieder, dass er keine Möglichkeit sehe, aus dieser Situation herauszukommen. Ich sagte nun, dass wir für den Fall, als die Reichsregierung auf dem unmöglichen Standpunkt verbleibe, der Konflikt müsse zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Partei bereinigt werden, wohl kaum weiterkommen würden, da es meiner Ueberzeugung nach eine Verhandlung der österreichischen Regierung mit Parteiexponenten nicht mehr gebe. Ich versuchte ihn davon zu überzeugen, dass es nur Verhandlungen auf diplomatischem Wege von Regierung zu Regierung gebe. Neurath erklärte wiederholt, dass der Zeitpunkt noch keineswegs gekommen sei. Zum Schluss machte er noch einmal die Bemerkung, „Dollfuss soll vorerst einmal die Totalität in Oesterreich machen, vielleicht kann man dann weiterreden."
In diesem Zusammenhang beehre ich mich auch zu berichten, dass einer meiner Mitarbeiter von sehr seriöser Seite u. zw. von einer Persönlichkeit, die ein Gespräch zweier Funktionäre des Aussenamtes gehört haben will, erfahren hat, dass ein hoher reichsdeutscher Funktionär des Aussenamtes nach Genf beordert wurde, um dort die österreichische Beschwerde zu konterkarieren. Ich gebe diese Meldung mit allem Vorbehalt weiter, da ich mir einerseits nicht recht vorstellen kann, bei wem man in Genf der österreichischen Beschwerde entgegenarbeiten soll und andererseits sich meines Erachtens Deutschland jetzt kaum zu diesem Zweck mit dem Völkerbund in Verbindung setzen kann.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit

1423

Gesandter Egger an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 12/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
Z. 51227/13 Paris, 12. Februar 1934

Herr Bundeskanzler!
Im Verfolge meiner einschlägigen Berichterstattung beehre ich mich, anbei die mir vom Herrn Minister des Aeussern heute abends persönlich ausgehändigte Note betreffend die definitive Stellungnahme Frankreichs zur Befassung des Völkerbundes mit den österreichisch-deutschen Differenzen im Originale vorzulegen.
Herr Barthou erwähnte anlässlich dieses Aktes, dass Frankreich nicht, wie Italien die Tatsachen in seiner Note beleuchte, sondern sich, wie England, auf allgemeine Gesichtspunkte beschränkt habe. Man habe das Möglichste getan, um die Fertigstellung dieser Note zu beschleunigen aber infolge des Kabinettwechsels sei eine Verzögerung unvermeidlich gewesen.
Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit

Egger

1424

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Rintelen (Rom)

Telegramm Nr. 11 (in Ziffern)

AdR, Wien, 14. Februar 1934
Gesandtschaft Rom (22.00)

Zu d. a. Telegramm Nr. 16.[1]
Rotter überbrachte Texte der in Aussicht genommenen italienischen Antwort.
Die kathegorische Stellungnahme italienischer Regierung zu Gunsten unseres Rechtsstandpunktes erweckt dankbarste Befriedigung Bundesregierung. Wollen Sie hievon unverzüglich Herrn Suvich Mitteilung machen und zu dem Entwurf folgende Bemerkungen hinzufügen:

[1] AdR, Gesandtschaft Rom.

I° Wir möchten lediglich darauf aufmerksam machen, dass die Bundesregierung nicht „formell die italienische Regierung um ihre Ansicht im Gegenstande ersucht“, sondern vielmehr das Aktenmaterial den drei Grossmächten zu dem ausschliesslichen Zweck vorher übersendet hat, um sie von der Beweiskraft unseres Materiales zu überzeugen und ihre Einstellung zu der von uns beschlossenen Befassung des Völkerbundrates zu erleichtern (Erlass Nr. 50.858[2]). Aus dem gleichen Grunde erfordert die Wendung: „in Beantwortung des an sie gerichteten Appells“ eine entsprechende Aenderung, was immer … beide Fälle überlassen wird diese natürlich der italienischen Regierung.
II° Im letzten Satz des Entwurfs, wird Hoffnung ausgesprochen, ... Beweismaterial „jedem der interessierten Teile“ u. s. w. zugehen zu lassen (zugegangen) sollte darunter Bekanntgabe des Materiales auch an Deutschland verstanden sein, so muss Bundesregierung schon jetzt erklären, dass sie nicht in der Lage wäre, das Material der deutschen Regierung zu übermitteln. Eine solche Bekanntgabe auch von anderer Seite erschiene uns vor tatsächlicher Befassung des Völkerbundes mit der Angelegenheit nicht angängig.
III° Falls die italienische Regierung uns ... Entwurf entsprechende Antwort zugehen lassen und etwa nicht veröffentlichen will, wäre es für uns von grösster Wichtigkeit zu erfahren, wie sich italienische Regierung weitere Entwicklung vorstellt. Von deutscher Regierung (Nachrichtendienst, Rundfunk und Presse) zu hiesigen Ereignissen letzter Tage eingenommenen absolut gehässige und verleumderische Haltung erscheint uns wenig Erfolg der von italienischer Seite geplanten letzten Warnung zu versprechen. Wir müssen daher auch aus diesem Grunde damit rechnen, dass wir unseren Entschluss, den Völkerbund zu befassen, schiesslich werden durchführen müssen.
Drahtbericht.

Aussenamt

1425
Stellungnahme Bundeskanzleramt Abteilung 15/Völkerrecht

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl) Wien, 14. Februar 1934

Weshalb empfiehlt sich nicht, im Konflikt mit Deutschland Artikel 15 der Völkerbundsatzung anzurufen?

[2] ADÖ 9/1417.

Art. 15 sieht zwei Möglichkeiten der Austragung eines Streitfalles vor: durch Schiedsgericht oder durch Vermittlung des Völkerbundrates.

a) Wie schon in dem seinerzeitigen Gutachten der Abt. 15 VR ausgeführt wurde, könnte Deutschland auf Grund des Art. 36 des Statutes des Ständigen Internationalen Gerichtshofes zu einer Austragung des Streitfalles vor der Cour gezwungen werden. Da Deutschland aber im Wesentlichen nicht die Rechtsfrage bestreitet, sondern einen Tatbestand leugnet, empfiehlt sich dieser Weg nicht besonders.
b) Die Anrufung des Völkerbundrates zur Einleitung einer Vermittlung empfiehlt sich deshalb nicht, weil auch in dem allerdings höchst wahrscheinlichen Falle, dass der Völkerbundrat einen Vermittlungsvorschlag machen würde, der von allen Mitgliedern ausser Deutschland angenommen wird, die Folge nur wäre, dass Oesterreich nach der Satzung berechtigt wäre, gegen Deutschland zur Durchsetzung des Streitfalles einen Krieg zu führen, eine Eventualität, die ja nicht in Betracht kommt, und dass andererseits Deutschland aus diesem Anlass gegen Oesterreich keinen Krieg führen dürfte, eine Eventualität, die ja auch derzeit nicht in Frage kommt (Art. 15, Abs. 6). Dagegen hat der Völkerbundrat nach der derzeitigen Satzung weder das Recht noch die Pflicht, zur Durchsetzung eines solchen quasi einstimmig angenommenen Vergleichsvorschlages Weiteres zu veranlassen. Wir müssten uns also mit dem moralischen Effekt begnügen. Nach Art. 11, Abs. 2, dagegen ist der Rat wenigstens theoretisch verpflichtet, Entsprechendes zu versuchen, um den das gute Einvernehmen zwischen den Nationen störenden Umstand aus der Welt zu schaffen.

Anhang:
Zur Frage der Befassung des Völkerbundrates mit dem deutsch-österreichischen Konflikt:

Grundsätzliche Einstellung:
Die Regierung Dollfuss, die ohne Zweifel als autoritäre Regierung gilt und sowohl nach innen wie nach aussen das Interesse hat, diesen ihren Charakter aufrecht zu erhalten, hat in zwei Ministerräten *beschlossen*, den Konflikt vor den Völkerbundrat zu bringen.
Von diesem Beschlusse kann der Bundeskanzler daher nur in dem leider höchst unwahrscheinlichen Falle abgehen, dass das einzige von Oesterreich angestrebte Ziel – d. h. das Aufhören der von auswärts nach Oesterreich entfalteten Nazi-Propaganda der Partei sowohl wie der deutschen Regierung – unverzüglich auf irgend einem anderen Wege erreicht würde, wobei selbstredend die Bundesregierung hiezu keinerlei direkten Schritte mehr zu unternehmen in der Lage ist.

Gegenwärtige Situation:
Trotz Ankündigung des österreichischen Schrittes in Genf und des gemeinsamen Drei-Grossmächte-Communiqués erfolgten in letzter Zeit:

1.) Rede *Habicht*'s vom 15. d. M. (Mitteilung, dass er den Parteianhängern jede Mitwirkung auf Seite der Regierungs-Exekutive sowie Befolgung Aufrufes Staatssekretärs *Schoenburg*'s verboten habe; Aufwiegelung der Bundes-Exekutive, sich einer Verwendung gegen Nazi's zu entziehen).
2.) Rede *Habicht*'s vom 19. d. M. (Stellung des „Ultimatums" bis 28. d. M.)
3.) Trotz des von Habicht am 19. d. M. angebotenen Waffenstillstandes unverminderte Fortsetzung der Greuelpropaganda der deutschen Presse sowie Beschimpfungen des Bundeskanzlers und der Bundesregierung.
4.) Weitere Zunahme der Aktivität des „Kampfringes", der konsequent neue Zweigstellen gründet, Versammlungen abhält und die Ueberschwemmung mit Propagandabriefen schlimmster Art fortsetzt.
5.) Verdichtung der Information über Bewaffnung und gruppenweise Konzentrierung von „österr. Legionären" in Bayern (u. a. Ausrüstung mit Lastautomobilen, einer auffallend kleinen, offenbar für Nebenstrassen bestimmten Type, angebliche grosse Benz-Mercedes Lastautos und auch Panzerwagen, Bewaffnung, etc.)
6.) Die bekannte Einstellung der deutschen Presse zu den Wiener Ereignissen, welche erwiesenermassen auf Kommando des Propagandaministers *Goebbels* einsetzte und sich bis heute nicht geändert hat. Die Greuelpropaganda der deutschen Presse belieferte nicht nur die deutschen Stellen (siehe Interview Hitler's dem „Daily Mail"), sondern insbesondere auch das nähere und weitere Ausland, wobei sie bei weitem die Schaudernachrichten, die von hiesigen jüdischen, hauptsächlich amerikanischen Reportern in die Welt hinausgesendet wurden, noch übertroffen hat.

1426

Gesandter Ploennies an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 16 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

Belgrad, 15. Februar 1934
(11.40 → 15.00)

Hiesige Presse hat in den letzten Tagen recht unfreundliche, Politika sogar gehässige Stellung gegen uns genommen, was teilweise darauf zurückzuführen,

dass man hier Sozialdemokraten als Schutz gegen Revision und Legitimismus, unsere Heimwehr aber als Träger italienischen Einflusses betrachtet, vielleicht auch Rücksicht auf französische Links-Partei. Jedenfalls wäre geboten, durch Ausgabe zahlreicher ausführlicher Nachrichten der Flut falscher Meldungen entgegenzutreten, welche ganze Seiten Zeitungen füllen und Bundesregierung als höchst gefährdet darstellen, so dass sogar von Notwendigkeit Schutzes jugoslawischer Interessen gesprochen wird.

1427

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 23 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Paris, 15. Februar 1934
(12.20 → 16.30)

Antwort auf d. a. Telegramm Nr. 12 von gestern.[1]
Politischer Direktor, dem ich eben weisungsgemäße Mitteilungen machte, erwiderte, daß „vorderhand“ eine Veröffentlichung der hiesigen Note nicht beabsichtigt, denn es seien Besprechungen mit London und Rom im Gange, um drei „möglichst gleiche“ Communiqués zu veröffentlichen, da andernfalls mit Rücksicht auf Inhalt italienischer Note in der Oeffentlichkeit Anschein erweckt werden könnte, als ob die drei Mächte nicht einig wären.
Jedenfalls aber sei man hier der Ansicht, daß eine „möglichst rasche“[2] Befassung des Völkerbundes unserseits empfehlenswert wäre, da hier beunruhigende Gerüchte über eventuelle Absichten Deutschlands, Italiens und der Tschechoslowakei im Umlauf seien.

[1] Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Egger (Paris). Wien, 14. Februar 1934, Telegramm Nr. 12 (in Ziffern). In: AdR, Gesandtschaft Paris.
[2] Das „Schlußabführungszeichen“ ist nicht chiffriert!

1427 A

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 24 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl)

Paris, 16. Februar 1934
(14.00 → 17.30)

D. a. Telegramme No. 14 und 15[1] von gestern bei politischem Direktor verwertet, der für die Mitteilungen dankte und neuerlich auf die „Dringlichkeit der Befassung des Völkerbundes" verwies. Gesprächsweise bemerkte er, dass französische Regierung beabsichtige, in Genf die österreichische Frage von zwei Gesichtspunkten aus zu behandeln, erstens „vom rein österreichischen" und zweitens „vom internationalen prinzipiellen, der alle Staaten interessiert".

1427 B

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 26 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Paris, 16. Februar 1934
(18.35 → 17. II. – 8.00)

Dr. Benesch, den ich heute im Ministerium des Aeussern zu sprechen Gelegenheit hatte, erzählte mir sofort seine zu Franckenstein gemachten Aeusserungen (d. a. Telegramm No. 15 von gestern[1]) und fragte mich, ob Bundesregierung entschlossen sei, an den Völkerbund heranzutreten. Ich erwiderte, soweit mir bekannt, habe sich an den diesbezüglichen Absichten nichts geändert. Seine weitere Frage, „wie es in Oesterreich gehe," beantwortete ich mit dem Hinweis darauf,

[1] AdR, Gesandtschaft Paris.
[1] AdR, Gesandtschaft Paris.

„dass die Ruhe vollkommen wiederhergestellt sei“, und fügte hinzu, dass man allen Grund habe, darüber befriedigt zu sein, dass Bundeskanzler jetzt freiere Hand zur Bekämpfung der Machenschaften der Nationalsozialisten haben werde, die in ihren letzten Auswirkungen eine Gefahr für ganz Europa bedeuten. Dr. Benesch pflichtete mir zu und bemerkte, er habe „selbstverständlich alle diese Angelegenheiten auch *hier* besprochen.“

1427 C

Gesandter Egger an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 27 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12
(ohne Zahl)

Paris, 17. Februar 1934
(19.05 → 18.II. – 10.00)

Bezug auf Telegramm von gestern.[1]
Politischer Direktor sagte mir eben, er hoffe, dass parallele Kundgebung der drei Grossmächte morgen veröffentlicht werden könne. Verzögerung sei dadurch entstanden, dass London den ersten zwischen Paris und Rom bereits vereinbarten Text mit der Begründung abgelehnt habe, es könne durch denselben Eindruck erweckt werden, „dass englische Regierung mit Vorgehen der Bundesregierung in den letzten Tagen restlos einverstanden sei“. Zustimmung Londons zu neuer Formel erhoffe man noch heute.
Man habe hier stets den Eindruck, dass Italien temporisieren wolle. Eine „praktische Wirkung“ der Kundgebungen, die ausserdem nur „accessoires“ seien, auf Berlin sei bei der bekannten Mentalität Deutschlands doch nicht zu erwarten. Eine längere Verzögerung Herantretens an den Völkerbund aber involviere die Gefahr einer Erlahmung „[…][2] allgemeinen Interesses.“ Deshalb hoffe man hier, dass der Schritt Oesterreichs in Genf tunlichst bald erfolgen werde.
Dadurch, dass hier beabsichtigt, Völkerbund mit der prinzipiellen völkerrechtlichen Seite der Machinationen Deutschlands zu befassen, hoffe man auch jene Regierungen zu interessieren, die „bis zu einem gewissen Grad mit den derzeitigen inneren Verhältnissen in Oesterreich nicht einverstanden seien.“

[1] ADÖ 9/1427 A.
[2] Chiffre verstümmelt, kann bei doppelter Verschreibung „vorhandenen“ heißen.

1428
Äußerung Bundeskanzleramt Abteilung 15/Völkerrecht

AdR, NPA
Deutschland I/12
(ohne Zahl) Wien, 16. Februar 1934

Wenn die Abt. 15 VR seinerzeit in ihrer grundsätzlichen Aeusserung ein Anbot an die deutsche Regierung, eine deutsch-österreichische Schlichtungskommission zur Bereinigung der Differenzen einzusetzen, gar nicht in Erörterung gezogen hat, so unterliess sie dies in der Annahme, dass es nicht ihre Aufgabe sei, Methoden für eine radikale Austragung der zwischen der Bundesregierung und der deutschen Regierung entstandenen politischen Differenzen zu suchen, sondern lediglich jene juristischen Methoden aufzuzeigen, die von der Bundesregierung zweckmässigerweise eingeschlagen werden können, um bei Fortbestand der grundsätzlichen politischen Spannungen gewissen Auswüchsen des Kampfes von deutscher Seite entgegenzutreten. Bei Fortbestand der politischen Spannungen aber war die Annahme eines Anbotes auf Einsetzung einer Schlichtungskommission durch die deutsche Regierung nicht zu gewärtigen. Die deutsche Antwort auf die österreichische Reklamation hat ja auch die Richtigkeit dieser Anschauung bewiesen; denn diese Antwort stellt die von der Bundesregierung in Beschwerde gezogenen Fakten, soweit sie sie nicht überhaupt ableugnet, als selbstverständliche, geradezu notwendige Reaktionen des Nationalsozialismus auf die Politik der Bundesregierung hin und spricht ihnen die Eigenschaft ab, einen Konflikt zwischen Regierungen zu begründen und daher einer Lösung auf zwischenstaatlichem Wege zugänglich zu sein. Es ist in die Augen springend, dass die deutsche Regierung, solange sie diesen grundsätzlichen Standpunkt einnimmt, zu einer Austragung vor einer Schlichtungskommission nicht zu haben ist.
Was die pessimistische Beurteilung der Chancen der Befassung des Völkerbundrates nach Art. 11, Abs. 2, der Satzung anlangt, so hat ja auch die Abt. 15 VR auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich für den Völkerbundrat aus dem Umstand ergeben werden, dass die deutsche Regierung an den Beratungen dieser Körperschaft nicht teilnimmt. Immerhin ist die Abt. 15 VR aber nach wie vor der Meinung, dass der Völkerbundrat, falls er den österreichischen Schritt in wohlwollender Weise prüft, zunächst – ohne auf den Grund der österreichisch-deutschen Spannungen einzugehen – zur Feststellung gelangen muss, dass es speziell die deutscherseits versuchte Beeinflussung der österreichischen Bevölkerung ist, die dem Konflikt jene Schärfe gibt, die das gute Einvernehmen zwischen den Nationen stört, dass es weiters nur im guten Willen der deutschen Regierung steht, diesen Beeinflussungsversuchen ein Ende zu machen und dass der Völkerbundrat infolgedessen

entsprechende Versuche zu unternehmen hat, den erforderlichen guten Willen bei der deutschen Regierung herbeizuführen. Es ist selbstverständlich durchaus möglich, dass diese Versuche ergebnislos bleiben. Es ist aber nicht einzusehen, warum eine solche Feststellung und die Ergebnislosigkeit der vom Völkerbundrat unternommenen Versuche nicht mindestens ebensosehr einen moralischen Erfolg für die Bundesregierung bedeuten sollten wie die Ablehnung des Anbotes einer deutsch-österreichischen Schlichtungskommission durch die deutsche Regierung.
Wenn die Abt. 15 VR von allen zwischenstaatlichen Möglichkeiten einer Verteidigung gegen die deutschen Beeinflussungsversuche schliesslich dem Appell an den Völkerbundrat nach Art. 11, Abs. 2, der Satzung immerhin noch den Vorzug gegeben hat, so waren hierfür in letzter Linie zwei Erwägungen massgebend. Zunächst wird der Völkerbundrat nach Art. 11, Abs. 2, nicht so sehr zum Schutze eines Staates angerufen, als auf einen Umstand aufmerksam gemacht, der den Frieden stört, und mit dem er sich daher im Interesse der Staatengemeinschaft zu befassen hat, eine Charakterisierung des deutsch-oesterreichischen Konfliktes, die sicherlich den Tendenzen der Bundesregierung entspricht. Und zweitens bleibt der Völkerbundrat, wenn er einmal festgestellt haben sollte, dass in dem Vorgehen auf deutscher Seite ein Umstand zu erblicken ist, der das gute Einvernehmen zwischen den Nationen stört, wenigstens im Prinzip solange verpflichtet zu intervenieren, als dieser Umstand nicht aus der Welt geschafft ist; während die Aufgabe des Völkerbundrates, wenn er nach Art. 12 der Satzung als Streiterledigungsinstanz angerufen würde oder jene einer anderen Schlichtungskommission, mit dem nach vergeblichem Versuche der Herbeiführung eines Ausgleiches unmittelbar zwischen den Beteiligten vom Rate oder der Kommission selbst erstatteten Vergleichsvorschlag im Prinzip abgeschlossen wäre, und dies selbst dann, wenn ein solcher Vergleichsvorschlag von einem Streitteil nicht angenommen wird und daher ineffektiv bleibt.

Leitmaier

1428 A

Stellungnahme Bundeskanzleramt Abteilung 15/ Völkerrecht[1]

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 51201/13 Wien, 16. Februar 1934

Gesehen in der Abt. 15VR mit folgendem Bemerken:

[1] „Zur Notiz der Reichsregierung v. 1.2.34 ueber die Beschwerden der oest. Regierung."

Falls die von der deutschen Regierung in tatsächlicher Hinsicht vorgebrachten Behauptungen richtig wären – falls also *weder von deutschen amtlichen noch von deutschen parteiamtlichen Stellen* der Versuch unternommen würde, durch direkte Beeinflussung der oesterr. Bevölkerung einen Regierungswechsel in Oesterreich herbeizuführen, falls wieder der Kampfring von solchen Stellen keinerlei Unterstützung erführe, falls endlich der Schmuggel von Sprengstoffen etc. trotz entsprechender Handhabung der deutschen Überwachungsvorschriften erfolgt wäre – wären auch die deutschen theoretischen Ausführungen insoweit zutreffender, als ein nach Völkerrecht zu entscheidender Konflikt zwischen den beiden Staaten nicht vorläge.

Denn ein solcher Konflikt setzt die Verletzung völkerrechtlicher Pflichten durch Deutschland voraus. Die deutsche Regierung ist aber völkerrechtlich nicht verpflichtet, die Angriffe gegen die Oesterreichische Regierung durch Presse oder Radio abzustellen, die freiwillige Vereinigung nationalsozialistischer Oesterreicher im Reiche zu hindern oder den Schmuggel anders als durch die üblichen Kontrollmaßnahmen zu bekämpfen.

Aber selbst wenn die deutschen Tatsachenbehauptungen nicht widerlegbar wären, bleibe nach Ansicht der Abt. 15VR der Appell an den Völkerbundrat nach Art. 11/2 der Satzung durchaus zulässig. Denn la circonstance de nature à affecter les relations internationales et qui menace par suite de troubler la bonne entente entre nations muß doch keineswegs in einer völkerrechtswidrigen Handlungsweise eines Staates und in einem nach Völkerrecht zu entscheidenden Staatenkonflikt gelegen sein! Daß die deutsche Regierung in der Lage wäre, den oesterr. Beschwerden Rechnung zu tragen, wenn sie es wollte, kann bei dem autoritären Regime in Deutschland nicht bestritten werden. Und die Herbeiführung des guten Willens kann nach Ansicht der Abt. 15VR vom V.B.Rat sehr wohl – wenn er die Fragen wohlwollend prüfe – unter die ihm nach Art. 11/2 zufallenden Aufgaben subsumiert werden.[2]

Leitmaier

[2] Zusätzliche Notiz am Akt: „Abtlg 15/VR mit dem Ersuchen um ehegefällige, möglichst kurze Stellungnahme zu dem prinzipiellen Teil der deutschen Antwortnotiz, insbesonders zu der darin zum Ausdruck gebrachten Auffassung, *dass kein unter die von der oest. Regierung geltend gemachten formalen voelkerrechtlichen Begriffe fallender zwischenstaatlicher Konflikt vorliege*, wobei die Reichsregierung das ganze Problem als „Auseinandersetzung mit einer historischen Bewegung des gesamten deutschen Volkes“ darstellt und damit auf eine Basis zu stellen sucht, die sich jeder international-rechtlichen Behandlung entzieht. Wien, 16. Februar 1934“

1429

Generalsekretär Peter an Gesandten Tauschitz (Berlin)

Erlass

AdR, Gesandtschaft Berlin
Z. 51204/13 Wien, 19. Februar 1934

Herr Gesandter,
Zu Ihrem Berichte Zahl 36/pol. vom 9. d. M.[1] in welchem Sie Ihre Unterredung mit Vizekanzler von *Papen* einberichtet haben, beehre ich mich Folgendes zu bemerken:
Die Auslassungen Herrn von Papen's über die besondere und aktuelle Wichtigkeit Oesterreichs „für die deutsche Politik im Rahmen der Lösung des Ostproblems", scheinen uns die Informationen neuerlich zu bestätigen, wonach Deutschland weit weniger an Oesterreich selbst und seinen 6 ½ Millionen deutschen Einwohnern liegt, als daran, das Tor nach dem Osten zu öffnen, wozu es um jeden Preis und unter allen Umständen entschlossen sei. Für diese Bestätigung der imperialistischen Ziele des nationalsozialistischen Regimes können wir Herrn von Papen nur dankbar sein.
So sehr auch Ihre Herrn von Papen gegenüber geführte Sprache im Uebrigen die h. o. Billigung findet, so bedenklich erscheint es uns, im gegenwärtigen Augenblick *von uns aus* mit neuerlichen Anregungen im Sinne von Entspannungsverhandlungen von Regierung zu Regierung hervorzutreten. Jede solche Anregung und, stelle sie sich auch als Ihre rein persönliche dar, muss in leitenden deutschen Kreisen wieder den Eindruck erwecken, als ob es uns mit der endlichen Ueberführung des Konfliktes auf das internationale Tapet nicht ernst wäre. Das Empressement, mit welchem Herr von Papen laut Ihren Berichten Ihre persönliche gegenständliche Bemerkung aufgegriffen hat, lässt mit merklicher Bestimmtheit erkennen, wie richtig die von uns gewählte Taktik ist. Jeder Zweifel, den wir an dem Ernst unseres Vorgehens heute in Deutschland erwecken, kann sich nur in ungünstigem Sinne auf die Entwicklung unseres Konfliktes und dessen von uns ehrlich angestrebte Bereinigung auswirken.
Wollen Sie daher in Ihren Gesprächen mit den dortigen politischen Faktoren jede auch persönliche Anregung oder auch nur Andeutung im Sinne einer neuerlichen Anbahnung direkter Aussprachen unterlassen und, sollte man deutscherseits Ihnen gegenüber – etwa mit Berufung auf Ihre Herrn von Papen gegenüber gemachte Aeusserung – darauf anspielen, auf die uns tief entrüstende unverständliche Stellungnahme der deutschen Regierungs- und Parteikreise, sowie der nationalsozialistischen Parteipresse zu den jüngsten Vorgängen in Oesterreich hinweisen.

[1] AdR, Gesandtschaft Berlin.

Empfangen sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Der Generalsekretär:
Peter

1430
Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 76/Pol.[1]

AdR, NPA
Tschechoslowakei 5/1
Z. 51459/13 Prag, 21. Februar 1934

Herr Bundeskanzler,
Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus London, Paris und Genf rief mich Herr Dr. Beneš an und stellte mir eine längere Unterredung in Aussicht, um mit mir, wie er sagte, die Ereignisse der letzten Zeit und ihre mutmasslichen Auswirkungen zu besprechen. Diese Unterredung hat heute Vormittag im Arbeitszimmer des Ministers stattgefunden.
In Oesterreich, sagte mir Herr Dr. Beneš, beurteile man seine Politik scheinbar nicht ganz richtig. Er wolle sich weder persönlich wichtig machen, noch seine traditionelle Politik gegenüber Oesterreich irgendwie ändern. Dass er in der Politik eine gerade Linie einhalte, betrachte er als seine Stärke. Genau so, wie er trotz verschiedener Weltanschauung gegen das Deutschland Hitlers nichts Inkorrektes machen werde, so wolle er sich genau so auch gegen Oesterreich verhalten. Dafür, dass gegenwärtig einige Narren in der Tschechoslowakei herumschreien, könne er nichts und man dürfe ihm dies nicht als Schuld anlasten und er könne nicht einmal dagegen etwas tun, weil er hiezu kein Recht habe. Sollten aber gewisse Grenzen überschritten werden, so würde er nicht zögern, gegen die Störenfriede loszugehen.
Das was in Oesterreich geschehen sei, glaubt Herr Dr. Beneš sehr gut begreifen zu können, es handle sich eben um den Beginn eines neuen Regimes. Wie weit es bei uns gehen werde, könne er natürlich nicht beurteilen, doch sei ihm klar, dass es ohne innere Schwierigkeiten für uns nicht abgehen werde. Es wiederhole sich in einigen Staaten eben das, was sich in Europa ähnlich zu Beginn des 19. Jahrhunderts abgespielt habe, als sich der Uebergang vom Absolutismus zu

[1] Erging am 26.2. als Kopie nach Genf, Paris, Rom, Budapest, London und Warschau.

einem anderen System vollzog. Damals revoltierte man gegen den Absolutismus der Regenten, jetzt gehe der Kampf gegen die Herrschaft der Volksmassen, dies sei aber gefährlicher, weil sich diese Volksmassen schliesslich und endlich doch wieder einmal melden werden. Auch er sei überzeugt, dass die herrschenden demokratischen Systeme in ihrer heutigen Form überholt seien und dass man zu einem anderen demokratischen System werde kommen müssen, doch trachte er diese Entwicklung in seinem Lande in *evolutionäre* Bahnen zu leiten und er halte sich deshalb über den Parteien. Auch in der Tschechoslowakei gebe es Leute, die sich nicht scheuen würden, diese Entwicklung mit Schiesserein und Massakers zu beschleunigen, davor wolle er aber sein Land bewahren. Gleich nach seiner Rückkehr von der Friedenskonferenz sei er von den Rot-Weissen /tschechischen Fascisten/ und von den „Hussitischen Frauen" angegriffen worden, er habe sich aber nicht ergeben. Auch in Frankreich und England, von wo er eben komme, sei man der Meinung, dass man den heutigen Parlamentarismus schon aus *wirtschaftlichen* Gründen reformieren müsse, so wie denn übrigens Alles, was heute geschieht, auf *wirtschaftliche* Gründe zurückzuführen sei. Die politischen Parlamente können die wirtschaftliche Not nicht meistern und deshalb sei der heutige Parlamentarismus verkracht. So sei es eben auch in Oesterreich, wo noch viele Leute glauben, der Ständestaat wäre aus rein politischen Gründen gemacht, während doch nur die Wirtschaft letzten Endes die eigentliche treibende Kraft sei. Genau so seien die Korporationen Mussolinis, die Reform Hitlers u. s. w. zu beurteilen. Die enorme Entwicklung der Technik verlange eben neue politische Formen und eine neue wirtschaftliche Struktur.

Es sei direkt lächerlich, wenn die Polen glauben, sie hätten mit ihrer neuen Verfassung schon alles gewonnen, indem sie das Parlament von allen Kompetenzen der Politik und Legislative befreit haben und diese einem ernannten Senat überantwortet hätten. Das sei graue Theorie und es werde wie im Jahre 1848 enden.

Aus allen diesen theoretischen Erwägungen und den tatsächlichen Ereignissen der letzten Zeit ergeben sich für Dr. Beneš, wie er nachdrücklichst betonte, im Bezug auf Oesterreich folgende Konklusionen:

1./ Was immer man in Oesterreich machen werde, gehe ihn nichts an und er werde sich auch gegenüber dem neuen Regime so peinlich korrekt verhalten, wie er es bisher gegenüber allen früheren österreichischen Regierungen getan. Er berufe sich auf mich als Zeugen für sein Verhalten in der Vergangenheit, als die Linksregierung in Oesterreich von einer Rechtsregierung abgelöst worden sei. Und wenn die tschechoslowakische öffentliche Meinung von dem neuen österreichischen Regime auch nicht begeistert sein sollte, so dürfte das die Beziehungen zwischen den Regierungen nicht berühren und nicht auf das Verhältnis der beiden *Staaten* zueinander rückwirken.

2./ Daraus folgte: Die *politischen Beziehungen zu Oesterreich* bleiben auch weiterhin tschechoslowakischerseits die gleichen, wie sie bisher gewesen. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass sich auch bei uns in dieser Richtung nichts

ändern werde, wenn ja, würde sich auch hier die Rückwirkung zeigen. Dr. Beneš wolle also abwarten. Er bat mich, Herrn Bundeskanzler ausdrücklich zu versichern, dass von seiner Seite keine Aenderung in der tschechoslowakischen Politik gegen Oesterreich ausgehen werde.
3./ Die gleiche Erklärung könne der Minister auch für die beiden anderen Staaten der Kleinen Entente abgeben, die ebenfalls unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit ihre bisherige Politik uns gegenüber beibehalten werden.
4./ Was die weitere Entwicklung anlange, so hege er keinen Zweifel, dass wir durch die gegenwärtige Umwälzung noch näher *zu Italien* gerückt werden. Dagegen habe der Minister nichts einzuwenden, doch sei er der festen Ueberzeugung, es werde sich bald zeigen, dass eine volle Befriedigung Mitteleuropas nur durch geeignete Vereinbarungen zwischen den kleinen Staaten zugleich mit einer vernünftigen Zusammenarbeit mit den beiden Grossmächten Deutschland und Italien zu erreichen sein werde.
Es werde jetzt viel von einem bevorstehenden Bündnis oder dergleichen zwischen Wien, Rom und Budapest gesprochen. Solange hiedurch kein tschechoslowakisches Interesse betroffen werde, habe der Minister kein Recht, dreinzureden. Wenn aber etwas geschehen sollte, was gegen das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 verstossen würde, so müsste der Minister dagegen auftreten. Wenn also z. B. durch eine solche Vereinbarung den Italienern oder Ungarn gewisse „avantages particuliers“ eingeräumt werden würden, so wären Konsequenzen nicht zu vermeiden, insoweit diese Vorteile dem Genfer Protokoll widersprächen. Dr. Beneš würde allerdings nicht gerne einen Konflikt hervorrufen und er bitte daher Herrn Bundeskanzler, sich nicht zu weit zu engagieren. Dasselbe wolle er loyaler Weise auch den Italienern sagen.
Wenn jemand in diesem Zusammenhange auf die *Kleine Entente* hinweisen wollte, so wäre zu konstatieren, dass die Staaten der Kleinen Entente international nicht gebunden seien, dass sie ferner nichts getan haben, wodurch die Meistbegünstigungsklausel verletzt worden wäre, und schliesslich stünde der Beitritt zu den getroffenen Vereinbarungen auch allen anderen Staaten frei. Endlich müsse festgehalten werden, dass die Kleine Entente gegenüber anderen europäischen Staaten nicht als Block dastehe, es könne jeder einzelne Staat auch für sich allein mit anderen Staaten verhandeln und man tue dies auch. *Die Konstruktion der Kleinen Entente dürfe also nicht als Vorwand für einen österreichisch-ungarisch-italienischen Block dienen.*
Während seiner jüngsten Anwesenheit in Frankreich und England habe sich der Minister überzeugen können, dass man auch dort so denke und eine Verletzung des Genfer Protokolls vom Jahre 1922 nicht hinnehmen würde.
Das, was er soeben gesagt, bitte der Minister als ein freundschaftliches Avis zu werten und nicht etwa als eine Drohung. Er würde sehr wünschen, dass sich Herr Bundeskanzler vor etwaigen Abmachungen in dieser Richtung mit ihm freundschaftlich ins Benehmen setzen und Alles durchsprechen möchten.

So merkwürdig es klinge, laufen in diesem Punkte die Interessen Prags, ohne dass man es wünscht, mit Berlin parallel und Herr Dr. Beneš hätte sofort Herrn Hitler als Bundesgenossen auf seiner Seite. Der einzige Ausweg aus dieser Situation sei, wie in allen ähnlichen Fällen, fair play nach allen Seiten. Während die einen wollen, Oeterreich möge deutsch, die anderen, es möge ungarisch oder italienisch werden, so sage er, Dr. Beneš, *Oesterreich soll österreichisch* bleiben, frei und selbständig, souverän und autonom, auch der Kleinen Entente nicht angehören, und sich vernünftig und fair mit allen seinen Nachbarn verständigen. Jede andere Konstruktion mache Oesterreich zum Instrument und Spielball fremder Interessen. Er appelliere neuerdings an mich als Zeugen dafür, dass er nie etwas anderes gewollt, als ein starkes, selbständiges Oesterreich, welches mit der Tschechoslowakei in bestem Kontakt stünde. Diese Haltung werde er einnehmen gegenüber jedem Regime, das sich Oesterreich geben werde, das sei einzig und allein unsere Sache und er habe kein Recht, sich da einzumischen.
Im Uebrigen, fuhr der Minister fort, sehe er der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegen. Was er immer kommen gesehen, sei eingetroffen, Deutschland werde sich mit Italien um Oesterreich herumziehen und Oesterreich werde das Opfer sein. Doch auch dies sei eine Sache, die wir selbst lösen müssen und er werde und dürfe sich auch da nicht einmischen, soweit hievon die Tschechoslowakei nicht direkt betroffen oder hiezu vertraglich verpflichtet wäre.
Ich brachte sodann unseren allfälligen *Appell an den Völkerbund* und die jüngste *Deklaration der drei Grossmächte* zur Sprache.
Herr Dr. Beneš wäre mit der Anrufung des Völkerbundes sehr einverstanden und er erklärte mir, dass auch Paris dafür sei. In London habe ihm Herr Vansittart ausdrücklich gesagt, auch er glaube, es wäre gut, wenn Oesterreich nach Genf ginge, er wäre nie dagegen gewesen und sei überzeugt, dass Oesterreich in Genf Erfolg haben werde. Herr Vansittart habe hierüber Dr. Beneš's Meinung hören wollen und der Minister habe mit dieser nicht zurückgehalten. Er, Dr. Beneš, sei ein genauer Kenner der Genfer Verhältnisse und er wisse, dass Oesterreich seine Sache zu 100 % gewinnen würde, wenn dort die Frage richtig gestellt werde. In Genf gewinne jeder, der die Initiative habe und seine Forderung richtig formuliere. Es genüge dann, zwei oder drei Leute für sich zu haben, und es werde niemand wagen, sich einer gerechten Forderung entgegenzustellen. Seine Unterstützung werden wir haben, Frankreich und Italien werde[n] ganz mit uns gehen und auch alle nordischen Staaten. Es liege daher nur an uns, ob und wie wir es machen wollen.
Was speziell *Italien* anbelangt, so sei es nach den Informationen, die der Minister habe, durchaus für Genf und wenn es den Anschein gehabt haben sollte, dass Italien zögere, so sei es nur deshalb gewesen, weil Herr Mussolini glaubte, soviel Einfluss in Deutschland zu haben, um es auf andere Weise zu einer Aenderung seiner Einstellung zu bringen. Dies habe sich aber als Irrtum herausgestellt. Es sei klar, dass Italien mit Deutschland Konflikte vermeiden möchte, es hätte lieber

gesehen, dass Deutschland nachgebe, ehe der Konflikt mit Oesterreich vor das Genfer Forum komme und so sei auch die jüngste *Deklaration* der Grossmächte von Italien ursprünglich nur als Drohung gedacht gewesen in der Hoffnung, dass man das gewünschte Ziel ohne Genf erreichen werde.
Die Initiative zu der Deklaration sei Italien zuliebe von Frankreich ausgegangen. Herr Mussolini habe die Idee sofort aufgegriffen und den Text der Deklaration persönlich konzipiert. In London habe es allerdings anfangs gewisse Schwierigkeiten gegeben, die englische Regierung zur Annahme des italienischen Konzeptes zu bewegen, weil man im Hinblick auf die blutigen Ereignisse in Oesterreich unter dem Einfluss der Labour Party und der Liberalen schlecht auf Oesterreich zu sprechen und auf Herrn Bundeskanzler bös sei, und man wollte daher in den Text eine Einschiebung machen, die den Eindruck verwischen sollte, als ob man alles gutheissen würde, was in Oesterreich geschehen sei. Wenn schliesslich diese Einschaltung im Texte unterblieben sei, so sei dies deshalb geschehen, weil man Italien nicht verstimmen wollte, von dem man wusste, dass es hinter den Ereignissen in Oesterreich stehe und ein missbilligender Text in der Deklaration wie ein Tadel gegen Italien ausgesehen hätte. Mit Bedauern habe Herr Dr. Beneš in London konstatieren müssen, dass Oesterreich und seine Regierung innerhalb 3 Tagen die ungeheuren Sympathien eingebüsst habe, die ihm Herr Bundeskanzler dort gewonnen.
Das gleiche Los würde, fuhr Herr Dr. Beneš fort, sicherlich auch die Tschechoslowakei treffen, wenn sie nach dem Gebot der rechtsgerichteten Parteien gegen die Sozialdemokraten mit Gewalt vorgehen würde, denn auch die tschechischen Sozialdemokraten würden schiessen und der Kredit der Tschechoslowakei in Europa wäre gewesen. In England beginne man neuestens darüber nachzudenken, ob denn die europäischen Diktaturen nicht letzten Endes eine grosse Gefahr für den europäischen Frieden seien und man habe Angst vor ihnen.
Wie dem immer sei, so bleibe jedenfalls eines sicher: Die Deklaration der drei Grossmächte ist nach dem Genfer Protokoll aus dem Jahre 1922 das wichtigste Dokument internationaler Zusammenarbeit, woran nichts durch den Umstand geändert werde, dass die Deklaration eigentlich nur ein Kommuniqué ist. Wie sich die Dinge nun weiter entwickeln werden, könne der Minister nur vermuten. Er glaube, dass sich das österreichische Problem einer neuen Phase nähere und dass vielleicht der Versuch einer definitiven Lösung gemacht werden könnte. Dies zu bewirken, liege in erster Linie in unserer Hand. Dr. Beneš könne natürlich nur von seinem Gesichtspunkt aus sprechen und er erkläre mir nachdrücklichst, dass, wenn wir z. B. eine engere Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei und der Kleinen Entente suchen würden, er hiezu *sehr* bereit wäre. Er wiederhole seine schon vorher betonte Ueberzeugung, dass es für Oesterreich am besten wäre, frei und unabhängig zu bleiben, so wie es auch andere kleine Staaten, z. B. Dänemark oder die Schweiz seien, und seine auswärtige Politik selbständig zu besorgen, wie jeder andere souveräne Staat.

Vielleicht seien die Dinge schon so weit, dass es in Genf zu irgendeinem Einvernehmen zwischen Frankreich, Italien, England, Oesterreich und der Kleinen Entente – ob auch mit dem unbelehrbaren Ungarn, sei die Frage – kommen könnte, die Oesterreich in irgendeiner Form dienlich wäre. Die Tschechoslowakei werde sich jedenfalls vollkommen unegoistisch verhalten. Eine Verständigung sei notwendig, denn es sei keiner von uns so stark, dass er den anderen eine Lösung aufzwingen könnte.
Nach einem solchen, eventuell nur politischen Einvernehmen wäre der Weg frei zur Eröffnung der Debatte über die *wirtschaftliche Zusammenarbeit*. Dann würde Dr. Beneš handeln. Vorerst müsste er aber wissen, ob er das, was er geben soll, nicht etwa Berlin, Rom oder Budapest geben würde und ob es wirklich *nur uns* zugute käme. Wenn das Letztere der Fall wäre, so wäre die Vorkriegssituation gegeben und er würde freudig „ja“ sagen. Aus diesem Grunde glaube der Minister, dass es von Vorteil wäre, unsere Handelsvertragsverhandlungen allenfalls zu verschieben, bis man werde sagen können, ob sich etwas geändert hat oder nicht. Er wolle in dieser Hinsicht klar sehen.
[…]

Marek

1431

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Rintelen (Rom)

Telegramm Nr. 14 (in Ziffern)

AdR, Gesandtschaft Rom

Wien, 26. Februar 1934 (22.15)

Bundeskanzler hat Herrn Suvich gestern mitgeteilt, dass er vor formellen Anrufung Völkerbundes Verhalten Deutschlands insbesondere nach Ablaufen von Habicht verkündeten Waffenstillstandsfrist (28. d. M.) abwarten will. Hinsichtlich nazionalsozialistischer Absichten kursieren widersprechende Gerüchte (einerseits Desavouierung H. und seiner Politik andererseits Wiederaufnahme verschärften Kampfes und Gewaltaktionen).
Entscheidung in der Frage Anrufung Völkerbundes wird somit voraussichtlich binnen nächsten 8 Tagen fallen. Vorstehendes zur streng vertraulichen Information.

Aussenamt

1432
Amtserinnerung Gesandter Hornbostel (sehr dringend)

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 51689/13 Wien, 2. März 1934

Der italienische Gesandte hat gestern abends beim Herrn Bundeskanzler vorgesprochen und ihm ein Telegramm Herrn Mussolini's folgenden Inhaltes vorgelesen:
Herr Mussolini hält es heute mehr denn je für notwendig (più che mai opportuno) an den in Aussicht genommenen Termin für die Römer Zusammenkunft zu dritt, nämlich 14. bis 16. März für die Entrevue und 5. d. M. für das Zusammentreten der Experten festzuhalten. Diese Ansicht Herrn Mussolini's gründet sich darauf, dass Nachrichten über den nahen Termin schon verbreitet sind und in der Weltöffentlichkeit gut aufgenommen wurden; eine Verschiebung würde schwer tragbar sein.
Was den seitens des Herrn Bundeskanzlers hergestellten Konnex zwischen obigen Terminen und der Eventualität der Anrufung des Völkerbundes im Konflikte mit Deutschland betreffe, „sieht Herr Mussolini keine Tatsachen, die seine bereits mitgeteilte Auffassung von der Unzweckmässigkeit der Anrufung des Völkerbundes ändern könnten. Er habe den Eindruck, dass die Anrufung Genfs gegenwärtig in der Weltmeinung nicht auf gute Aufnahme rechnen könnte und im allgemeinen auch nicht erwartet werde". Eine weit stärkere Wirkung erwartet Herr Mussolini davon, dass die österreichischerseits beschlossene Völkerbundaktion auch weiterhin als Drohung (minaccia) in Schwebe bleibe (rimanga sospesa).
Der Herr Bundeskanzler führte Herrn Preziosi nochmals die Gründe aus, weshalb er sich nicht fix auf die italienischerseits vorgeschlagenen Termine festlegen könne, insbesondere mit Rücksicht auf die Möglichkeit, dass die nat.soz. Machenschaften von Deutschland inzwischen wieder einsetzen könnten. Der Herr Bundeskanzler versprach jedoch über wiederholtes Drängen Herrn Preziosi's, ihm noch am gleichen Abend seine endgiltige Antwort bekanntzugeben.
Nach Rücksprache mit Generalsekretär Peter und Hornbostel hat der Bundeskanzler entschieden und den Auftrag erteilt, Herrn Preziosi mitzuteilen: dass er den vorgeschlagenen Terminen zustimme mit dem Beifügen „dabei hoffen wir, dass nicht neue Tatsachen uns inzwischen nötigen, den beschlossenen Schritt beim Völkerbund in Angelegenheit des Konfliktes mit Deutschland zu machen". (Hornbostel hat diesen Entschluss des H. Bundeskanzlers wörtlich in schriftlicher Form H. Preziosi noch am Abend des 1. d. M. mitgeteilt und hievon heute früh auch den ungarischen Geschäftsträger Baron Bessenyey informiert.)

Der Herr Bundeskanzler nimmt als Themata der Römer Zusammenkunft Folgendes in Aussicht:
1.) Schaffung einer ständigen Handelskommission der 3 Staaten,
2.) eine gemeinsame Erklärung über eine einvernehmliche Politik der 3 Staaten auf Grund der geschlossenen Freundschaftsverträge,
3.) die Triester Freihafen-Frage,
4.) eine Intensivierung bezw. Aenderung des österr.-italien. Handelsaustausch-Regimes.

1433

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an alle österreichischen Missionschefs

Zirkularerlass

AdR, NPA
Deutschland/Geheim/ I/12
Z. 51794/13 Wien, 6. März 1934

Herr Gesandter,
Herr Geschäftsträger,
Bekanntlich hat die Bundesregierung durch den österreichischen Gesandten in Berlin am 17. Jänner l. J. der deutschen Regierung eröffnen lassen, dass Oesterreich nunmehr ernstlich in Erwägung ziehen müsste, sich an den Völkerbundrat zu wenden, wenn der von reichsdeutschen nationalsozialistischen Faktoren hereingetragenen Aktivität gegen Oesterreich und das herrschende Regime nicht binnen allerkürzester Frist ein Ende gesetzt werden würde. Auf diese von Gesandten *Tauschitz* auch in schriftlicher Form überreichten Beschwerden erhielt die Bundesregierung am 1. v. M. eine durchaus unbefriedigende Antwort, die vor allem das Bestehen eines Konfliktes zwischen den beiden deutschen Staaten als solchen in Abrede stellt und die bestehende schwere Spannung als „die Auseinandersetzung der österreichischen Regierung mit einer historischen Bewegung des ganzen deutschen Volkes“ hinstellt; des weiteren sucht die deutsche Antwortnotiz die einzelnen österreichischen Beschwerdepunkte als unbegründet hinzustellen. Die beiden in Rede stehenden Dokumente sind bekanntlich anfangs vorigen Monates von der österreichischen wie auch von der gesamten Weltpresse veröffentlicht worden.
Auf Grund der Antwort der deutschen Regierung hat die Bundesregierung in zwei aufeinanderfolgenden Ministerräten den Beschluss gefasst, die Angelegenheit des Konfliktes mit Deutschland vor den Völkerbundrat zu bringen und den Herrn Bun-

deskanzler ermächtigt, die geeigneten Schritte in diesem Sinne zu machen. In der Folge wurde sodann, einer von italienischer Seite ausgegangenen Anregung Folge gebend, das unseren Beschwerden zugrunde liegende Beweismaterial den Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens zur vertraulichen Kenntnisnahme übermittelt. Diese Vorgangsweise bezweckte, die drei Grossmächte von der Beweiskraft unseres Materials zu überzeugen und deren Einstellung zur Befassung des Völkerbundrates durch die österreichische Bundesregierung zu erleichtern. Unter dem Eindrucke des ihnen übermittelten Beweismaterials haben die Regierungen der genannten drei Grossmächte der österreichischen Bundesregierung einerseits einzeln schriftliche, im Wesentlichen übereinstimmende Antworten des Inhaltes zugehen lassen, dass sie nach wie vor entschlossen sind, die Unabhängigkeit und Integrität Oesterreichs zu wahren und, diesem ihrem Entschlusse gemäss, Oesterreich auch vor dem Völkerbundrate tatkräftig zu unterstützen. Anderseits haben die drei Grossmächte auch das bekannte gemeinsame Communiqué über ihre Haltung im Gegenstande des deutsch-österreichischen Konfliktes ausgegeben. Der Vollständigkeit halber sei hier beigefügt, dass die kgl. italienische Regierung, unbeschadet ihres im Vorstehenden gekennzeichneten, mit den beiden anderen Großmächten parallelen Standpunktes, die Ansicht vertreten und die Hoffnung ausgesprochen hat, dass sich nach der Veröffentlichung des Communiqués über die einvernehmliche Haltung der drei Grossmächte der Appell Oesterreichs an den Völkerbund erübrigen werde.

Die bekannten Ereignisse in Wien und in einzelnen Teilen Oesterreichs in der Woche vom 12. zum 18. v. M. haben begreiflicherweise die Verfolgung der Angelegenheit durch die österreichische Bundesregierung einigermassen verzögert. Wenn auch die seitens der nationalsozialistischen Faktoren und insbesondere von der vom Reichspropagandaministerium inspirierten deutschen Presse eingenommene feindselige und gehässige Haltung während dieser Ereignisse die Absicht der österreichischen Regierung, den Konflikt endlich auf das internationale Tapet überzuführen, noch berechtigter erscheinen liess, so hat doch der vom „Landesinspekteur“ *Habicht* am 19. v. M. durch den deutschen Rundfunk verkündete, mit dem 28. v. M. terminierte „Waffenstillstand“ die Bundesreg. in die Notwendigkeit versetzt, mit der formalen Durchführung des Schrittes beim Völkerbund zumindest bis zum 28. v. M. zuzuwarten. Das für den letztgenannten Termin auf Grund der Androhungen Herr Habicht’s und sonstiger Informationen erwartete Wiederaufflammen der nationalsozialistischen Aktivität sowohl im Inlande als insbesondere auch von deutschem Gebiete her ist bisher nicht eingetreten. Die nationalsozialistische Bewegung im Inlande wurde durch die unklugen Weisungen, die ihr während der marxistischen Revolte in Oesterreich zugegangen sind (Verbot der Teilnahme der öst. Nat.soz. am Abwehrkampf der Rgg. gegen die Marxisten), insbesondere aber durch das allem Anschein nach selbst von den führenden Kreisen Deutschlands missbilligte Habicht’sche „Ultimatum“ allem Anschein nach in eine taktisch äusserst schwierige Situation hineinmanövriert. Auch

auf die aus Deutschland gegen Oesterreich gerichtete Aktivität der nationalsozialistischen Faktoren und Emigranten hat sich die Haltung Habicht's in ähnlichem Sinne ausgewirkt. Tatsächlich kann seit dem 12. v. M. ein sehr erhebliches, in manchen Teilen Oesterreichs sogar ein völliges Nachlassen der nationalsozialistischen Tätigkeit festgestellt werden. Die von auswärts entwickelte Aktivität weist aber vorläufig eine merkliche Abnahme auf.

Unter diesen Umständen hält die Bundesregierung, unter selbstverständlicher Aufrechterhaltung ihres gefassten dahin gehenden Beschlusses, sich in Angelegenheit des Konfliktes mit Deutschland an den Völkerbundrat zu wenden, den Augenblick derzeit für nicht geeignet, die formale Anrufung des Völkerbundes gerade jetzt durchzuführen. Die Situation lässt es ihr vielmehr aus taktischen Gründen als notwendig erscheinen, die beschlossene Völkerbundaktion erst dann durchzuführen, wenn die nationalsozialitischen Tätigkeit – wie leider erwartet werden muss – von neuem aufflammt.

Die hiedurch eingetretene Pause im Konflikt mit Deutschland ermöglichte es der Bundesregierung, die Einladung der kgl. italienischen Regierung zu der seit geraumer Zeit in Aussicht genommenen Zusammenkunft der Regierungschefs Italiens, Oesterreichs und Ungarns in Rom für Mitte ds. M., d. i. 14. bis 16. März l. J., anzunehmen. Die Römer Zusammenkunft zu Dritt stellt die logische Folge der wiederholten Besprechungen dar, die die verantwortlichen Faktoren der genannten drei Regierungen im Laufe der letzten Monate, hauptsächlich über die Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Intensivierung ihres gegenseitigen Handelsverkehres abgeführt haben. Die österreichische Bundesregierung ist bekanntlich seit zwei Jahren bemüht, mit allen jenen Staaten, die dazu bereit sind, Handelsverträge nach neuen, eine wirtschaftliche Annäherung anstrebenden Methoden abzuschliessen. So wurden bekanntlich mit Italien und Ungarn Kredit- und Transportbegünstigungsübereinkommen, mit Frankreich und Polen Präferenz- und Kontingentübereinkommen tatsächlich abgeschlossen. Die Uebereinkommen mit Ungarn und Italien haben sich, wie handelsstatistische Daten zeigen, günstig ausgewirkt, doch sind die gewährten Begünstigungen für viele Waren nicht oder nicht genügend ausgenützt worden. Auch ergibt sich die Notwendigkeit von Aenderungen der getroffenen Vereinbarungen mit Rücksicht auf die Verschiebungen in den geschäftlichen Verhältnissen. Schliesslich ist auch eine Ausweitung des in den bezüglichen Verträgen mit Ungarn und Italien festgelegten Regimes auf weitere Artikel wünschenswert. Die in diesem Sinne mit Ungarn und Italien fortzusetzenden Verhandlungen stehen im Einklange mit den im Memorandum der italienischen Regierung vom Oktober 1933 über die Erleichterungen des Handelsverkehres für alle Donaustaaten in Aussicht genommenen Richtlinien und tragen keinerlei Spitze gegen irgend einen anderen Staat oder eine Gruppe von Staaten. Wenn auch zugegeben werden muss, dass der überaus enge wirtschaftliche Zusammenschluss, den die Staaten der Kleinen Entente ihrer straffen politischen Organisation noch hinzuzufügen bestrebt sind, die Notwendigkeit für

Oesterreich wie auch für Ungarn unterstreicht, sich gegenseitig handelspolitisch möglichst, wenn auch unter Ausschluss einer Zollunion, zu nähern, so stehen diese die praktische und wirksame Hilfe Italiens geniessenden Bestrebungen der beiden Länder doch keineswegs in einem Widerspruch mit den handelspolitischen Plänen der Kleinen Entente. Abgesehen davon, dass wir ja seit einiger Zeit bemüht sind, zu einer besseren handelspolitischen Regelung mit der Tschechoslowakei zu gelangen, scheint es vielmehr durchaus möglich, zwischen den beiden sich abzeichnenden Gruppen Vereinbarungen zu treffen, welche die Herstellung einer gesunden wirtschaftlichen Ordnung im Donauraum fördern könnten. Die zahlreichen internationalen Wirtschaftskonferenzen, wie zuletzt auch die Konferenz in London, haben klar gezeigt, dass einheitliche handelspolitische Uebereinkommen zwischen allen Staaten, ja selbst zwischen den Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie nicht mit einem Schlage realisiert werden können; die Erfahrung seit dem Kriege hat vielmehr gezeigt, dass nur gruppenweises regionales Arbeiten und sodann die Verbindung konkreter Gruppen zu einem erspriesslichen Ergebnis führen könne.
Vorstehende Darlegungen dienen zu Ihrer Information und zur Regelung Ihrer Sprache.

1434
Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Italien/Geheim
Z. 51847/13 Wien, 7. März 1934

Der ungarische Geschäftsträger Baron *Bessenyey* las mir ein Resumé der Besprechungen vor, die anlässlich der Anwesenheit Herrn *Suvich*‘ in Budapest zwischen Letzterem und Herrn *Gömbös* und *Kánya* stattgefunden haben.
Auf die Frage *Kánya*’s, was für konkrete Absichten Herr *Mussolini* hinsichtlich der bevorstehenden Römer Entrevue vorschwebten, habe *Suvich* wie folgt geantwortet:
In politischer Hinsicht sei der Plan Herrn *Mussolini*’s noch nicht endgültig ausgearbeitet. In grossen Zügen enthalte er die Zusammenschweissung der einzelnen Freundschaftsverträge zwischen den drei Ländern zu einem einheitlichen Instrument.
In wirtschaftlicher Hinsicht sei das Endziel Herrn Mussolini’s zwar die Zollunion; da diese aber derzeit nicht möglich sei, müsse eine weitestgehende wirtschaftliche Kooperation der drei Staaten ohne Schaffung einer Zollunion angestrebt werden.

1434 A
Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Deutschland/Geheim IV/1
Z. 51848/13 Wien, 7. März 1934

Der ungarische Geschäftsträger Baron *Bessenyey* las mir einen Hausbericht des ung. Ministeriums des Aeussern über die Unterredungen Herrn von *Kánya's* mit Unterstaatssekretär *Suvich* vor. Unter anderem hat Herr von *Kánya Suvich* erzählt, dass er (Kánya) kürzlich dem deutschen Gesandten *Mackensen* die Erklärung abgegeben habe, wonach „Ungarn sich, wenn zwischen Italien und Deutschland wegen der österreichischen Frage ein Konflikt ausbrechen oder eine schwere Spannung eintreten sollte, vor eine neue Situation gestellt sehen würde und sich ausschliesslich die Interessen Ungarns vor Augen halten müsste."

1435
Militärattaché Jansa an Bundesministerium für Landesverteidigung

Bericht Nr. 82/34[1]

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 51979/13 Berlin, 7. März 1934

Ich leistete gestern mit meiner Frau einer Einladung des Generals von Reichenau und der Offiziere des Wehrmachtsamtes zu einem Diner im Gardekavallerie Kasino folge.
Geladen waren mit Damen die Militärattachés Bulgariens, Englands, Italiens, Japans, Polens, der Türkei und der Gehilfe des ungarischen Militärattachés; vom deutschen Außwärtigen Amte der Protokollchef Gf. Bassewitz und die Ministerialdirektoren Meyer (Ostangelegenheiten) und Köpke (Österreichische Belange).
Nach dem Diner ergab sich für mich zufällig ein Gespräch mit Ministerialdirektor Köpke über die vielen herrlichen Gemälde im Kasino, das über die Ereignisse des Weltkrieges zur heutigen Lage führte. Ministerialdirektor Köpke lud mich

[1] Von Peter gesehen und Dollfuß gelesen.

ein, mit ihm in einer abgelegenen Ecke Platz zu nehmen, in der wir nun über eine Stunde ungestört sprachen. Den Inhalt des Gespräches glaube ich durch nachstehende punktweise Gruppierung am besten festhalten zu können.

Ministerialdirektor Köpke äußerte:
1.) Die Februarrevolte in Wien habe eine völlig veränderte Lage geschaffen. Es sei darum erneutes Bestreben aller gutgesinnten Männer, das für die Welt direkt lächerlich wirkende Verhältnis Deutschlands zu Österreich sobald als möglich zu bereinigen.
2.) Es gelte jetzt alles zu vermeiden, was nach einem erhofften Ausgleiche dauernde Verstimmung oder gar Verbitterung zurücklassen könnte. Aus diesem Grunde sei es deutscherseits so zu begrüßen, daß Bundeskanzler Dollfuß von dem geplanten Schritte in Genf anscheinend abgekommen sei.
3.) Er sehe vollkommen ein, daß ein „Landesinspekteur" für Österreich untragbar sei und daß Habicht – den er persönlich für einen sehr tüchtigen Menschen halte – durch die Wirkung, die sein Handeln erzeugt habe, eigentlich unmöglich geworden sei.
4.) Habichts Ultimatumsrede sei anders ausgefallen, als sie gemeint war. Gedacht war, die in Österreich ebenso wie in Deutschland sich vielfach aus Kommunisten ergänzenden Nationalsozialisten an einem Eingreifen an Seite der Roten gegen die Regierung zu verhindern. Dieses Streben sollte aber nie ultimativen Charakter haben. Dafür sei bester Beweis, daß nach dem 28. II. der Kampf nicht mehr aufgefrischt habe und Zeitungen sowie Rundfunk sich der Mäßigung befleißen. Auf meine Frage, ob dieser relative Ruhezustand nicht bloß ein Zwischenakt vor neuem Beginnen sei sagte Köpke, absolut nicht; wir sind froh, daß diese peinlichen Dinge aufgehört haben und man denkt nicht daran, sie wieder heraufzubeschwören. Der Waffenstillstand sei definitiv. Schwer sei jetzt nur, wie man
5.) die Lage endgültig bereinigen könne. Denn, „wie ein Emigrant seinem Lande nie gut tue", habe Köpke die Überzeugung, daß Hitler – entgegen seiner Einbildung – die Verhältnisse in Österreich ganz falsch beurteile. Es sei furchtbar schwer, ihn davon zu überzeugen. Ein weiteres Erschwernis bilde der Umstand, daß
6.) Deutschland nicht wisse, wer in Österreich verhandlungsfähig sei, Kanzler Dollfuß, Vizekanzler Fey oder Fürst Starhemberg. Das Scheitern der von Österreich anfangs Jänner entrierten Verhandlungen habe hier unsicher gemacht.
Zudem komme, daß sich gerade jetzt wieder eine Reihe von Menschen mit Vermittlungsvorschlägen herandränge und man nicht wisse wer von ihnen ernst zu nehmen sei.
7.) Hitler habe zwei Steckenpferde, bei denen es bei ihm kein Verhandeln gebe. Die Rüstungssache und die Judenfrage. Die Letztere sei ein schweres Hindernis im Ausgleiche mit Österreich. Dazu komme noch die Sorge um das Los jener Nationalsozialisten, die ihre Existenz für Hitler aufs Spiel gesetzt haben.

8.) Deutschland wolle den Ausgleich, werde aber zunächst die Entrevue in Rom und deren Ergebnis abwarten. Köpke sei zwar keineswegs in Sorge, denn ein Zusammenschluß der drei in Frage kommenden Staaten würden deren Interessen nicht genügen, aber Deutschland dürfe nicht den Anschein erwecken, als ob es Angst vor diesen Verhandlungen hätte und ihnen zuvorkommen möchte.

—

Auf Grund vielfachen Gedankenaustausches mit dem Herrn Gesandten Tauschitz war ich in der Lage das Gespräch in Fluß zu halten und zu den niedergelegten Hauptpunkten desselben kurz folgend meine Meinung zu äußern:
Zu 1.) Die Februarrevolte habe tatsächlich eine klare Lage geschaffen: der internationale Sozialismus sei erledigt, ebenso aber für Österreich auch der Nationalsozialismus. Als Köpke einwarf, daß er letzteres bezweifle, sagte ich mit Nachdruck: „Bitte seien Sie überzeugt, der Nationalsozialismus ist in Österreich erledigt! Je früher und je zweifelsfreier Sie sich mit dieser Tatsache abfinden, umso besser ist es für das Verhältnis unserer Staaten und das Interesse des gesamten deutschen Volkes."
Zu 2.) sagte ich, daß ich genau wisse, daß es jeder maßgebenden Persönlichkeit in Österreich, vom Bundespräsidenten abwärts Herzenssache sei, je eher zu Deutschland in ein vernünftiges Verhältnis zu gelangen, daß das entscheidende Wort hiezu aber nicht bei uns, sondern bei Deutschland liege.
Zu 3.) brauchte ich bloß die Ungeheuerlichkeit der Rede Habichts zu unterstreichen und klipp und klar zu sagen daß ich diesen Menschen für verhandlungsunfähig ansehe. Voraussetzung jedes Ausgleiches sei das Verschwinden Habichts von der Bühne. Je eher dies geschehe, umso besser. Wenn Habicht wirklich der anständige Patriot sei, für den ihn Köpke halte, dann müsste er selbst und aus freiem Entschlusse im Interesse der ganzen Nation sofort abtreten; er seine unmögliche Figur.
Zu 4.) hatte ich nur zu sagen, daß diese (meiner Überzeugung nach allerdings nachträglich konstruierte) Absicht Habichts und sein geistiges und sprachliches Unvermögen sich richtig zum Ausdrucke zu bringen, eben seine völlige Unfähigkeit beweisen.
Zu 5.) Der Reichskanzler müßte eben von Österreichern und nicht von Landflüchtigen informiert werden. Wenn man ihn aber hermetisch gegenüber der offiziellen österreichischen Vertretung absperre, dann sei freilich nichts zu erwarten. Diese bewußte Absperrung gegen die österreichische Vertretung spüre sogar ich in meinem Verhältnis zum Reichswehrministerium. Hier müßte Wandel geschaffen werden; die Gesandtschaft stehe immer zur Verfügung, wenn man Informationen wünsche.
Zu 6.) Es gäbe gar keinen Zweifel, daß einzig und allein nur Bundeskanzler Dollfuß als Regierungschef, bezw. in dessen Auftrage der Gesandte Tauschitz ver-

handeln könne. Dies habe ja auch der von Köpke genannte Fürst Starhemberg in seiner letzten Rede ausdrücklich hervorgehoben. Die Bedingungen des Kanzlers Dollfuß seien seit Monaten unverrückbar klipp und klar – Ehre, Unabhängigkeit, Selbständigkeit.
Allen anderen die sich da hereinmischen wollen, möge das Außenamt kurz und entschieden die Tür weisen.
Zu 7.) Österreich befasse sich ebenso wie Deutschland mit der Judenfrage, werde diese aber weder so brutal noch so ungeschickt wie dieses lösen.
Hinsichtlich der für Hitler eingetretenen Nationalsozialisten müsse man deren Schicksal dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß überlassen, der sicher den gerechtesten Weg finden werde, diese Malkontenten mit ihrem Vaterlande zu versöhnen. Die Maßgebenden dürfen nie vergessen daß Österreich durch und durch katholisch sei und denke.
Zu 8.) hatte ich nichts beizufügen. Ich erwähnte nur, daß ich um Urlaub nach Wien mit Antritt am 23. III. gebeten habe; wenn ich irgendwie dienlich sein könne, stünde ich immer zur Verfügung.

—

Die Unterhaltung war während der ganzen Zeit von großer Herzlichkeit und Aufrichtigkeit getragen. Bei der Verabschiedung der Gesellschaft dankte mir MD. Köpke noch besonders für die Aussprache.

—

Heute kam mir der zuliegende Artikel der Basler Nachrichten in die Hand. Nach der Rücksprache mit Köpke ist es für mich klar, daß dieser Artikel von deutschem Außenamt inspiriert wenn nicht direkt verfasst ist.
Geht an Bundesministerium für Landesverteidigung und Minister Hornbostel.

Jansa

1436
Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 134/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 52404/13 London, 15. März 1934

Zu d. a. Erl. vom 5. d. M.
Zl. 51.794 – 13[1]

Herr Bundeskanzler!
Ich habe mich Sir Robert Vansittart gegenüber im Sinne des obzitierten Erlasses geäussert, ihm die Gründe dargelegt, warum wir wenigstens vorläufig auf einen Appell an den Völkerbund verzichtet haben und die Ziele charakterisiert, die Sie, Herr Bundeskanzler, mit Ihrer Reise nach Rom verfolgen.
Der permanente Unterstaatssekretär sagte mir, dass die britische Regierung diesen durchaus sympathisch gegenüberstehe, sich aber natürlich vorbehalten müsse, die endgültigen Ergebnisse vom Standpunkte der britischen Interessen zu prüfen.
Vansittart ist der Ansicht, dass die Stellung der österreichischen Regierung in den letzten Zeiten viel stärker geworden ist und dass Deutschland eine Niederlage erlitten hat. Herr Habicht habe sich durchaus lächerlich gemacht. Die Deutschen seien jetzt sehr „klein“, doch sei es wahrscheinlich, dass sie an ihrem Ziele festhalten werden, durch den Eintritt von Nationalsozialisten in die österreichische Regierung die Gleichschaltung und dadurch die Macht in Oesterreich zu erlangen. Er sei überzeugt, dass ebenso wie er selbst jedermann in England hoffe, dass dieser Schachzug Deutschlands nicht gelingen werde.
Ueber die jetzige Oesterreich freundliche Einstellung des grössten Teiles der britischen öffentlichen Meinung ist er erfreut. Er meinte, die Einsicht werde sich immer mehr durchsetzen, dass die Erhaltung der Selbständigkeit Oesterreichs ein viel wichtigeres Moment sei als die Regierungsform.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Der Gesandte:
[Franckenstein]

[1] Recte 6. März – ADÖ 9/1433.

1437
Römische Protokolle

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 52344/13[1] Rom, 17. März 1934

Protokoll I.

Der Bundeskanzler der Republik Oesterreich,
der Regierungschef Sr. Majestät des Königs von Italien,
der königlich ungarische Ministerpräsident,
in dem Bestreben, die Erhaltung des Friedens und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas auf der Grundlage der Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates zu fördern, in der Ueberzeugung, dass die Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen den drei Regierungen die realen Vorbedingungen einer weiteren Kooperation mit anderen Staaten zu schaffen vermag, verpflichten sich zwecks Erreichung der obangegebenen Ziele:
über jene Fragen, welche sie im besonderen angehen, sowie über die Fragen allgemeinen Charakters zu dem Zwecke das Einvernehmen zu pflegen, um im Sinne der bestehenden Freundschaftsverträge zwischen Italien und Oesterreich, Italien und Ungarn, Oesterreich und Ungarn, welche auf der Erkenntnis vom Bestehen zahlreicher gemeinsamer Interessen beruhen, ihre auf die Förderung einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas und insbesondere zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn gerichtete Politik aufeinander abzustimmen.
Zu diesem Behufe werden sich die drei Regierungen, sooft zumindest eine derselben es für zweckmässig erachten sollte, gemeinsam beraten.
Dieses Protokoll ist in drei Exemplaren in deutscher, italienischer und ungarischer Sprache verfasst. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten ist der italienische Text massgebend.

—

Protokoll II.
zwischen Oesterreich, Italien und Ungarn zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Die Regierungen von Oesterreich, Italien und Ungarn, in dem Bestreben die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich, zwischen Italien und Ungarn und zwischen Oesterreich und Ungarn dadurch zu entwickeln, dass dem

[1] Weiterer Fundort: AVA, Allgemeine Urkundenreihe, Staatsurkunden der Ersten Republik.

Warenaustausch zur Ueberwindung ungesunder Autarkiebestrebungen ein neuer Antrieb gegeben wird und so durch konkrete Massregeln das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Donaustaaten gefördert wird, in Uebereinstimmung mit dem Geiste der Beschlüsse der Konferenz von Stresa und mit den Grundsätzen, die im Donaumemorandum enthalten sind, welche von Italien mitgeteilt wurden und das Datum vom 29. September 1933 tragen, haben sich folgendermassen geeinigt:

Artikel 1.

Die Regierungen von Oesterreich, Italien und Ungarn verpflichten sich, die in Kraft stehenden Uebereinkommen zu erweitern, den gegenseitigen Export zu erleichtern und so stufenweise die wechselseitige Ergänzung ihrer nationalen Wirtschaften zu steigern. Zu diesem Zwecke werden neue zweiseitige Uebereinkommen vor dem 15. Mai 1934 abgeschlossen werden.

Artikel 2.

Die Regierungen Oesterreichs, Italiens und Ungarns beschliessen, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um den Schwierigkeiten, die sich für Ungarn aus dem Sturz der Getreidepreise ergeben, zu begegnen. Die hierauf bezüglichen Uebereinkommen werden so rasch als möglich und jedenfalls vor dem 15. Mai 1934 abgeschlossen werden.

Artikel 3.

Die drei Regierungen verpflichten sich, den Transitverkehr über die adriatischen Häfen möglichst zu erleichtern und zu entwickeln. Zu diesem Zwecke werden zweiseitige Uebereinkommen so rasch als möglich getroffen werden.

Die drei Regierungen werden eine ständige Dreierkommission von Fachleuten einsetzen, die die Entwicklung des wechselseitigen Wirtschaftsverkehrs zu verfolgen und im Sinne dieses Protokolles konkrete Vorschläge zur Entwicklung ihres gegenseitigen Verkehrs zu machen haben.

Dieses Protokoll ist in drei Exemplaren in italienischer, deutscher und ungarischer Sprache verfasst. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten ist der italienische Text massgebend.

—

Protokoll III.

Italienisch-österreichisches Zusatzprotokoll zum Protokoll zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn, welches am 17. März 1934 in Rom unterzeichnet wurde.

Die königlich italienische Regierung und die österreichische Bundesregierung haben auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen, die gezeigt haben, dass die beiderseitigen Volkswirtschaften in weitgehendem Masse sich ergänzen, beschlossen, einen Schritt nach vorwärts zu tun, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiter zu entwickeln und zu vertiefen.

Zu diesem Zweck sind sie über folgende Massnahmen übereingekommen:

Artikel 1.

Zwischen den beiden Regierungen werden am 5. April 1934 Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Uebereinkommens eingeleitet werden, um die bereits zwischen den beiden Ländern bestehenden Wirtschaftsabkommen zu erweitern und den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen.

Das neue Uebereinkommen wird binnen kürzester Frist und jedenfalls vor dem 15. Mai 1934 abgeschlossen werden.

Artikel 2.

Für das vorstehende Uebereinkommen ist folgendes festgesetzt worden:

Die Einräumung eines Präferenzregimes zugunsten einer möglichst grossen Anzahl von zur Einfuhr nach Italien bestimmter in Oesterreich erzeugter und aus Oesterreich stammender Produkte.

Was die vorstehende Bestimmung betrifft, so werden gemäss dem unter Artikel XI, c, des Donaumemorandums, welches von Italien mitgeteilt wurde und das Datum vom 29. September 1933 trägt, niedergelegten Grundsatze die beiden vertragsschliessenden Teile der Notwendigkeit Rechnung tragen, die Begünstigungen in entsprechenden Grenzen zu halten. Vor dem 15. Mai 1934 werden zwei Listen abgefasst werden, von denen die eine jene Produkte erhalten wird, für welche die Einräumung von Zollbegünstigungen durch vorherigen Abschluss von Vereinbarungen zwischen den in Betracht kommenden Produzenten der beiden Länder erleichtert werden kann; in der anderen werden jene Produkte bezeichnet sein, für welche Erleichterungen unabhängig von irgend einer vorherigen Vereinbarung zwischen den Produzenten anwendbar befunden werden;

hinsichtlich der in der ersten Liste enthaltenen Produkte verpflichten sich die beiden Regierungen, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um den Abschluss von industriellen Uebereinkommen zu beschleunigen und zu erleichtern.

Zusatzprotokoll[2]

das einen integrierenden Bestandteil des Protokolles II zwischen Oesterreich, Italien und Ungarn, und des Protokolles III zwischen Oesterreich und Italien bildet, die zwischen ihnen am 17. März 1934 in Rom unterzeichnet worden sind.

Die Regierungen von Oesterreich, Italien und Ungarn beschliessen folgendes:

Als Gegenleistung für die Vorteile, die Ungarn von Italien und Oesterreich im Sinne des Artikels 2 des obgenannten Protokolles II zugestanden werden, verpflichtet sich Ungarn, einen entsprechenden Teil seines Marktes für Italien und Oesterreich zu reservieren, indem es denselben Erleichterungen für die Einfuhr einer bestimmten Menge ihrer Produkte auf sein Gebiet zugesteht. Diese Erleichterungen werden durch Verträge festgesetzt werden, die zwischen Italien und Ungarn und

[2] Handschriftliche Beifügung: „*Uebersetzung. Geheim.*“

zwischen Oesterreich und Ungarn entsprechend den Bestimmungen des Artikels 1 desselben Protokolles II werden abgeschlossen werden.
Die Regierungen von Oesterreich und Italien stimmen überein über das Zugeständnis von Erleichterungen für eine bestimmte Anzahl italienischer Produkte bei der Einfuhr nach Oesterreich, um für Italien als Gegenleistung der von ihm Oesterreich im Sinne des Artikels 2 des österreichisch-italienischen Abkommens vom heutigen Tage gewährten Vorteile einen entsprechenden Teil des österreichischen Marktes zu reservieren.
Das vorliegende Protokoll, das in jeder Hinsicht einen integrierenden Bestandteil sowohl des Protokolles II zwischen Oesterreich, Italien und Ungarn, als auch des Protokolles III zwischen Oesterreich und Italien, die zwischen ihnen am heutigen Tage unterzeichnet wurden, bildet, ist in 3 Exemplaren in italienischer, deutscher und ungarischer Sprache verfasst. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten ist der italienische Text massgebend.
Zu Urkund dessen haben die Chefs der österreichischen, italienischen und ungarischen Regierung vorliegendes Abkommen unterzeichnet.
Geschehen zu Rom am 17. März 1934.

1438

Gedächtnisprotokoll zwischen den Bevollmächtigten Österreichs und des Vatikans

AdR, NPA
Österreich/Geheim
Z. 53227/13 Rom-Vatikan, 17. März 1934

Bezüglich des in der Vatikanstadt am 5. Juni 1933 unterzeichneten Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich haben die hohen vertragschließenden Teile unter sonstiger Aufrechterhaltung des ursprünglichen Konkordatstextes die folgenden Ergänzungen und Abänderungen beschlossen; zu diesem Behufe haben Seine Heiligkeit zu Ihrem Bevollmächtigen Seine Eminenz den Hochwürdigsten Herrn Kardinal Eugen *Pacelli*, Ihren Staatssekretär, und der Herr Bundespräsident der Republik den Herrn Bundeskanzler Dr. Engelbert *Dollfuß* zu seinem Bevollmächtigten ernannt, die nach Austausch ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten übereingekommen sind wie folgt:
1.) Artikel I § 2 hat zu lauten: „Sie anerkennt das Recht der katholischen Kirche, im Rahmen ihrer Zuständigkeit Gesetze, Dekrete und Anordnungen zu erlassen; sie wird die Ausübung dieses Rechtes weder hindern noch erschweren."
2.) Im Zusatzprotokoll zu Artikel IV hat es statt „… 1 Absatz 2" richtig zu lauten: „§ 2". Der letzte Satz hat zu lauten: „Das Gleiche gilt auch für die Ernennung

eines Koadjutors mit dem Rechte der Nachfolge für einen österreichischen Erzbischof oder Bischof oder einen Prälaten nullius."
3.) Im Artikel V § 1 ist nach dem ersten Absatz folgender neuer Absatz einzufügen: „Die für die Erziehung der Priesteramtskandidaten bestimmten Seminare, Konvikte und dergleichen kirchlichen Anstalten unterstehen in ihrer Einrichtung ausschließlich der kirchlichen Oberbehörde."
4.) Artikel VI hat zu lauten wie folgt:
„§ 1. Der Kirche steht das Recht auf Erteilung des Religionsunterrichtes und Vornahme religiöser Übungen für die katholischen Schüler an allen niederen und mittleren Lehranstalten zu. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Diözesanordinarien über die Einrichtung eines Religionsunterrichtes, der über den gegenwärtig bestehenden Zustand hinausgeht, das Benehmen mit der zuständigen obersten staatlichen Schulbehörde herstellen werden.
Die Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes und der religiösen Übungen kommt der Kirche zu.
Die Verbindlichkeit des Religionsunterrichtes samt den religiösen Übungen im bisherigen Ausmaß wird gewährleistet. Die finanzielle Obsorge für diesen Unterricht erfolgt in der bisherigen Weise. Ein darüber hinausgehender Religionsunterricht einschließlich der religiösen Übungen ist für die katholischen Schüler ebenfalls verbindlich, wenn er im Benehmen mit der staatlichen Schulbehörde eingerichtet wird. Die finanzielle Sorge für einen solchen Unterricht obliegt, unvorgreiflich einer allfälligen künftigen vernehmlichen Regelung nach Wiederkehr besserer wirtschaftlicher Verhältnisse, der Kirche.
Der Religionsunterricht wird grundsätzlich durch Geistliche erteilt; im Bedarfsfalle können hiezu im Einvernehmen zwischen der Kirchen- und staatlichen Schulbehörde auch Laienlehrer oder andere geeignete Laienpersonen verwendet werden. Zu Religionslehrern dürfen nur solche Personen bestellt werden, die die Kirchenbehörde als hiezu befähigt erklärt hat. Die Erteilung des Religionsunterrichtes ist an den Besitz der missio canonica gebunden (Artikel V § 4).
Die Lehrpläne für den Religionsunterricht werden von der Kirchenbehörde aufgestellt; als Religionslehrbücher können nur solche Lehrbücher verwendet werden, welche von der Kirchenbehörde für zulässig erklärt wurden.
§ 2. Soweit der Kirche rücksichtlich des niederen und mittleren Schul- und Unterrichtswesens gemäß den gegenwärtig geltenden staatlichen Gesetzen noch sonstige Rechte und Befugnisse zustehen, bleiben ihr dieselben gewahrt.
§ 3. Die Kirche, ihre Orden und Kongregationen haben das Recht, unter Beobachtung der allgemeinen schulgesetzlichen Bestimmungen Schulen der im § 2 genannten Art zu errichten und zu führen, denen auf die Dauer der Erfüllung dieser Voraussetzung die Rechte einer öffentlichen Lehranstalt zukommen.
§ 4. Wo solche Schulen (§ 3) eine verhältnismäßig beträchtliche Frequenz aufweisen und infolge dessen den Bestand, die Erweiterung oder Errichtung öffentlicher Schulen gleicher Art in einer Weise beeinflussen, daß der betreffende Schuler-

halter eine finanzielle Entlastung erfährt, haben sie aus dem hiedurch ersparten öffentlichen Aufwand nach Maßgabe der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse angemessenen Zuschüsse zu erhalten.
Solcher Zuschüsse können unter den gleichen Voraussetzungen auch von katholischen Vereinen geführte Schulen dieser Art teilhaftig werden, wenn und solange sie von zuständigen Diözesanordinarius als katholische Schulen anerkannt sind und den gesetzlichen Bedingungen für die Erwerbung der Rechte einer öffentlichen Lehranstalt entsprechen.
Durch diese Maßnahmen soll das katholische Schulwesen in Österreich gefördert und damit auch die Voraussetzung für die Entwicklung zur öffentlichen katholisch konfessionellen Schule geschaffen werden".
5.) Zusatzprotokoll zu Artikel VI hat zu lauten wie folgt:
„*Zu Artikel VI § 1 Absatz 1:*
Zur Hintanhaltung von Mißverständnissen wird festgestellt, daß zu den niederen und mittleren Lehranstalten auch die gewerbliche, Handwerker-, die land- und forstwirtschaftlichen, kommerziellen und dergleichen Schulen einschließlich der bezüglichen Fortbildungsschulen zählen.
Zu Artikel VI § 1 Absatz 3:
Satz 1: Die Erteilung von Dispensen von der Teilnahme an den religiösen Übungen steht dem Religionslehrer zu.
Satz 2: Hiedurch ist nicht ausgeschlossen, daß die Aufwendungen für die Religionslehrer im Falle einer Änderung analoger Bezüge anderer Lehrpersonen entsprechend geändert werden.
Zu Artikel VI § 2: Es besteht Einverständnis darüber, daß den Diözesanordinarien und deren Beauftragten das Recht zusteht, Mißstände im religiös-sittlichen Leben der katholischen Schüler wie auch deren nachteilige oder ungehörige Beeinflussung in der Schule, insbesonders etwaige Verletzungen ihrer Glaubensüberzeugung oder religiösen Empfindungen im Unterricht bei den staatlichen Schulbehörden zu beanständen, die auf entsprechende Abhilfe Bedacht nehmen werden.
Es besteht insbesonders Einverständnis darüber, daß im Burgenland konfessionelle Schulen als öffentliche Schulen bestehen.
Weiters besteht Einverständnis darüber, daß im Falle einer Änderung der schulbehördlichen Organisation im Bundesgebiete oder in Teilen desselben für die bisherige Vertretung der Interessen der Kirche entsprechend vorgesorgt wird.
Zu Artikel VI § 3: Es besteht Einverständnis darüber, daß die in § 3 genannten kirchlichen Rechtssubjekte zur Bestellung weltlicher Lehrkräfte nicht verhalten werden dürfen, wenn geistliche Lehrkräfte, die gemäß den staatlichen Vorschriften lehrbefähigt sind, zur Verfügung stehen und daß bei Handhabung der allgemeinen staatlichen Schulvorschriften auf etwaige aus der Ordensdisziplin sich ergebende Pflichten der geistlichen Lehrpersonen Bedacht genommen werden wird."
6.) Im Artikel XI § 1 Absatz 2 hat das letzte Wort „unterbreitet" richtig zu lauten „bekannt gibt".

7.) Im Artikel XIII § 1 hat es statt „im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze“ zu lauten: „im Rahmen der für alle geltenden Staatsgesetze“.
8.) Im Artikel XIII § 4 ist beizufügen: „Dies gilt auch hinsichtlich der im Artikel VI § 3 und § 4 Absatz 2 näher bezeichneten Schulen“.
9.) Im Zusatzprotokoll zu Artikel XIV ist dem ersten Absatz folgender Satz anzufügen: „Der Bund wird dafür Sorge tragen, daß die Erhaltung und Entfaltungsmöglichkeit der seitens der zuständigen kirchlichen Oberen anerkannten katholischen Jugendorganisationen geschützt werde und daß in vom Staat eingerichteten Jugendorganisationen der katholischen Jugend die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten in würdiger Weise und ihre Erziehung in religiös-sittlichem Sinne nach den Grundsätzen der Kirche gewährleistet werde.“
Nach dem ersten Absatz ist ein neuer Absatz folgenden Inhaltes einzufügen: „Die Presse wird hinsichtlich der Vertretung katholischer Lehrsätze keinen Beschränkungen unterworfen sein.“
Im nächsten Absatz hat es richtig zu lauten: „… der Bestimmungen des Absatzes 2 des Zusatzprotokolles zu Artikel XI § 1 …“ und ebenso am Schlusse diese Absatzes: „… im Sinne des Absatzes des Zusatzprotokolles zu Artikel XI § 1 verfügt …“
10.) Im Artikel XV § 6 ist folgender Satz beizufügen: „Die Abrechnungspflicht gegenüber dem Bunde bleibt hinsichtlich solcher Zuwendungen unberührt.“
11.) Artikel XXII hat zu lauten: „Alle anderen auf kirchliche Personen oder Dinge bezüglichen Materien, welche in den vorhergehenden Artikeln nicht behandelt wurden, werden dem geltenden kanonischen Recht gemäß geregelt werden.
Sollte sich in Zukunft irgend eine Schwierigkeit bezüglich der Auslesung der vorstehenden Artikel ergeben oder die Regelung einer in diesem Konkordate nicht behandelten, kirchliche Personen oder Dinge betreffende Frage, die auch den staatlichen Bereich berührt, notwendig werden, so werden der Heilige Stuhl und die Bundesregierung im gemeinsamen Einverständnis eine freundschaftliche Lösung herbeiführen, beziehungsweise eine einvernehmliche Regelung treffen.
Mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Konkordates werden alle in Österreich noch in Geltung stehenden Gesetze und Verordnungen, insoweit sie mit den Bestimmungen dieses Konkordates in Widerspruch stehen, außer Kraft treten.“
12.) Die Ratifikation und Publikation des Konkordates samt Zusatzprotokoll wird nach Berichtigung einiger Druckfehler (gemäß dem zuliegenden Korrekturexemplar) in jener Form zu erfolgen haben, die sich nach Durchführung der vorstehenden Ergänzungen und Änderungen des ursprünglichen Textes ergibt, wobei mit dem sonstigen Texte auch das Datum des Konkordates vom 5. Juni 1933 aufrecht bleibt.
Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Gedächtnisprotokoll unterzeichnet, dessen deutscher und italienischer Text gleiche Kraft haben.

Geschehen in doppelter Urschrift.
In der Vatikanstadt, am 17. März 1934.
Eugenio Cardinal Pacelli.
Dr. Dollfuß.

1439
Gesandter Buchberger an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 22/Pol.

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 52735/13 Ankara, 23. März 1934

Zu Erl. Zl. 51.794-13
vom 6. März 1934.[1]

Die Ziele, welche die österreichische Bundesregierung bei der in der Zeit vom 14. bis 16. März stattgefundenen Zusammenkunft in Rom verfolgt, habe ich auf Grund der im vorerwähnten Erlass enthaltenen Informationen im hiesigen Ministerium des Aeussern entsprechend erläutert. Bei dem grossen Interesse das Tevfik Rüştü den zentraleuropäischen Fragen entgegenbringt, wurde auch die wirtschaftliche Tendenz der Entrevue günstig aufgenommen. Als die Nachricht der Unterzeichnung eines politischen Protokolls einlangte, machte sich bei dem türkischen Aussenminister eine Beunruhigung bemerkbar, indem er sowohl meinen ungarischen Kollegen als auch mich noch am 19. d. M. über Inhalt und Bedeutung des politischen Abkommens interpellierte. Da der Text der Protokolle damals noch nicht in Ankara bekannt war, beschränkten wir uns auf die Mitteilung, dass es sich um einen Konsultativpakt handle und Geist und Zweck der römischen Protokolle auf die weitere und grössere Mitarbeit anderer Staaten hinausgehe.
Am 22. März hatte ich mit Tevifik Rüştü Bey im Anschluss an ein Frühstück, das ich ihm zu Ehren in der Gesandtschaft veranstaltete, ein längeres Gespräch über die römischen Protokolle, in dem er mir zunächst den Dank dafür aussprach, dass Euer Exzellenz ihn durch Gesandten Hamdi Bey über alle ihn interessierenden Fragen informieren liessen. Er stand jedoch auch weiterhin sichtlich unter dem Eindruck, dass die Hauptbedeutung der Protokolle politischer Natur sei und eine Blockbildung bezwecke. Ich habe Tevfik Rüştü Bey auf Grund des in der österreichischen Presse verlautbarten Textes eingehend nachgewiesen, dass das politische Protokoll, wie aus der Preambule hervorgehe, von der Ueberzeugung getragen sei, dass die Zusammenarbeit zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn die realen Vorbedingungen einer weiteren Kooperation mit anderen Staaten schaffe. Daraus folge deutlich, dass die römischen Protokolle den Ausgangspunkt einer wirtschaftlichen Rekonstruktion des Donauraumes bedeuten und Oesterreich sie als Grundlage zur Vorbereitung einer weiteren und grösseren Zusammenarbeit

[1] ADÖ 9/1433.

betrachte. Die politische Bedeutung des Protokolles I für Oesterreich liege in der Festlegung seiner Selbständigkeit. Wirtschaftlich beinhalten die Protokolle II und III für Oesterreich die erste praktische Anwendung der von uns seit jeher vertretenen Forderung nach Gewährung eines Präferenzregimes für unsere Industrie. Es sei von allem Anfang an die Absicht Euer Exzellenz gewesen, durch gruppenweises Arbeiten die Verbindung mit anderen konkreten Gruppen herzustellen, weil nur auf diese Weise der uns lebensnotwendige entsprechende Wirtschaftsraum geschaffen werden könne. Bei unserer ganzen Struktur sei eine andere Politik ausgeschlossen. Tevfik Rüştü Bey schien durch meine Argumentation über die Bedeutung der Protokolle wesentlich beruhigt.

Inzwischen war jedoch die Rede des italienischen Regierungschefs vom 18. d. M. in allen Details bekannt geworden, die, wie bereits telegraphisch gemeldet, nicht nur bei dem Gazi, sondern auch bei der türkischen Regierung Unwillen erregt hat. Tevfik Rüştü Bey äusserte mir gegenüber, dass die Rede Herrn Mussolinis den konstruktiven Wert der römischen Protokolle nicht nur paralysiert, sondern vielleicht sogar vernichtet habe. Er erzählte mir von ihm zugekommenen Informationen, dass der ungarische Ministerpräsident mit dem Ergebnis der römischen Entrevue sehr unzufrieden sei, was ich lebhaft bestritt. Der türkische Aussenminister ist der Ansicht, dass Ungarn nicht in der italienisch-österreichisch-ungarischen Gruppe erhalten bleiben könne, weil seine wirtschaftlichen Interessen es nach Deutschland weisen. Wenn Italien Ungarn nicht die Verwirklichung der Revisionsansprüche bringen könne, so habe es angesichts der geringen Aufnahmsfähigkeit des italienischen Marktes für ungarisches Getreide und Agrarprodukte kein Interesse in einer Kombination zu bleiben, die politisch aussichtlos und wirtschaftlich wertlos sei. Er rechne daher damit, dass es den nunmehr einsetzenden Bemühungen Deutschlands gelingen werde, Ungarn durch weiteres Entgegenkommen für sich zu gewinnen, wobei Deutschland gleichzeitig Jugoslawien und Rumänien dieselben Getreidepräferenzen wie Ungarn angeboten habe. Die Gegenaktion Deutschlands gegen die römischen Protokolle beginne wirksam zu werden. Es erübrigt sich in diesem Zusammenhang darzulegen, dass die Ausführungen des türkischen Aussenministers wesentlich von dem ungünstigen Eindruck getragen waren, den die asiatischen Expansionspläne der Mussolini'schen Rede ausgeübt hatten. Auf die Wirkung dieser Rede komme ich in einem besonderen Bericht zurück. Hier genügt es festzuhalten, dass die durch den Balkanpakt begonnene Annäherung der Türkei an die Staaten der Kleinen Entente durch die erwähnte Rede einen neuen Anstoss erhalten hat. Tevfik Rüştü Bey sagte mir, dass er sich mit Jugoslawien ins Einvernehmen gesetzt habe und schliesslich in den Wirtschaftsfragen auch mit Herrn Benesch eine Fühlungnahme begonnen habe. Die Türkei könne auch nicht mehr das dritte Reich ignorieren, das einen der wesentlichsten Märkte für türkische Produkte bildet. Die wirtschaftliche Lösung des Donauraumproblemes könne nur durch die Zusammenarbeit der acht Sukzessionsstaaten unter Ausschluss eines prädominierenden Einflusses irgendeiner Grossmacht erfolgen. Er

sei nach wie vor überzeugt, dass nur diese wirtschaftliche Rekonstruktion zu einer gedeihlichen Lösung führen könne. Er anerkenne den österreichischen Versuch, sich durch die römischen Protokolle den Ausgangspunkt für seine wirtschaftliche Konsolidierung gesichert zu haben, doch sei der Erfolg durch die Wirkung der Mussolini'schen Rede gefährdet, da der Beitritt der uns am meisten interessierenden Staaten zu diesem Protokoll nicht erhofft werden könne. Ich habe dem Herrn Aussenminister entgegengehalten, dass ich seinen Pessimismus nicht teilen könne, da der klare Wortlaut der Protokolle jede andere Interpretation als jene des konstruktiven Willens ausschliesse.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, die Versicherung meiner vollkommensten Ergebenheit.

Buchberger

1440
Gesandter Hornbostel an alle österreichischen Missionen
Weisung

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 52344/13 Wien, 23. März 1934

Zu Erlass Zl. 51.794-13
vom 6. d. M.[1]

Herr Gesandter,
Der Herr Bundeskanzler ist in den Tagen vom 14. bis einschliesslich 17. d. M. in Rom mit den Herren Regierungschefs Italiens und Ungarns zusammengetroffen und hat mit diesen wiederholte, zum Teil gemeinsame Unterredungen gehabt.
Das wesentliche Ergebnis der Römer Besprechungen mit den Regierungschefs Italiens und Ungarns erscheint in den drei Protokollen niedergelegt, die am 17 d. M. unterzeichnet und veröffentlicht wurden. (Siehe Beilagen)
Was das politische Protokoll I betrifft, so enthält dieses keinerlei über unsere Freundschaftsverträge mit Italien und Ungarn hinausgehende Bindungen. Unsere Freundschaftsverträge u. zw. mit *Italien* vom 6. Februar 1930 und mit *Ungarn* aus den Jahren 1923 und 1931 beinhalten bereits – wie dies im Wesen eines Freundschaftsvertrages liegt – die freiwillige gegenseitige Verpflichtung zur freundschaftlichen Fühlungnahme über jene Fragen, die jeweils die beiden Staaten ge-

[1] ADÖ 9/1433.

meinsam interessieren. Natürlich werden solche Freundschaftsverträge oft bloss unterzeichnet und bleiben ein Stück Papier, d. h. sie werden in der Praxis nicht gehandhabt, wodurch sie selbstverständlich wertlos sind.
Die Bundesregierung steht nun auf dem Standpunkt, dass derartige feierliche Bekenntnisse einer politischen Freundschaft nicht nur unterzeichnet, sondern auch angewendet werden müssen, wenn sie überhaupt einen Wert darstellen sollen. Dies ist erfreulicherweise hinsichtlich unserer vertraglichen Freundschaftsbeziehungen zu *Italien* und zu *Ungarn* der Fall. Die zahlreichen offenen Aussprachen, die der Herr Bundeskanzler und eine Reihe von Mitgliedern der Bundesregierung im Laufe der letzten Monate mit den leitenden Faktoren der genannten beiden Regierungen gehabt haben, verliehen den mehrerwähnten beiden Verträgen den Geist, in welchem sie ursprünglich entstanden waren. Das nunmehr in Rom von den Regierungschefs der drei Staaten unterzeichnete Protokoll I bringt diese Tatsache zum Ausdruck und stellt im einzelnen folgende Grundsätze fest, auf denen die freundschaftliche Zusammenarbeit der drei Staaten sich vollziehen soll.
1.) Die Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates.
So selbstverständlich diese Feststellung klingen mag, so wertvoll erscheint es doch, dass dieses bekanntlich nicht von allen Seiten her angewendete Prinzip als Grundlage der Kooperation der Unterzeichnerstaaten in ihrem Verhältnis zueinander sowie auch in ihrem Verhältnis zu anderen Staaten in verpflichtender Weise ausgesprochen wird. Durch den darauffolgenden weiteren Satz der Präambel, der die Ueberzeugung ausspricht, „dass die Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen den drei Regierungen die realen Vorbedingungen einer breiteren Kooperation mit anderen Staaten zu schaffen vermag“, erhält diese Feststellung auch den Charakter einer grundlegenden Bedingung für jeden anderen Staat, der sich gewillt zeigen würde, den von uns gewählten Weg zum Wiederaufbau Mitteleuropas im Vereine mit uns, Italien und Ungarn zu beschreiten.
2.) Die soeben erwähnte zweite Bestimmung der Präambel bedeutet, dass die drei Staaten keineswegs die Absicht haben, einen geschlossenen Block zu bilden, der irgendeinen anderen interessierten Staat von der Mitarbeit ausschlösse, sondern vielmehr, dass die drei Regierungen die Hoffnung hegen, andere Staaten würden, selbstverständlich auf der Basis der oberwähnten grundlegenden Prinzipien, sich an der Mitarbeit zur wirtschaftlichen Organisierung Mitteleuropas beteiligen. Um eine Analogie mit der politischen Organisation der Kleinen Entente zu vermeiden, wurde davon Abstand genommen, in der Formulierung dieses Grundsatzes die Form einer direkten Einladung zu wählen und man beschränkte sich darauf, der Erwartung bezw. der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, dass auch andere Staaten den von uns inaugurierten praktischen Weg zur wirtschaftlichen Reorganisierung Mitteleuropas beschreiten werden.
3.) Der wesentliche Inhalt des Protokolles selbst enthält die gegenseitige Verpflichtung der drei Staaten, ihre auf die Förderung einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas und insbesondere zwischen Italien, Oester-

reich und Ungarn gerichtete Politik aufeinander abzustimmen, d. h. somit, dass die drei Regierungen in allen jenen Fragen, die sie im besonderen angehen, sowie auch über Fragen allgemeinen Charakters im Sinne der zwischen den drei Ländern bestehenden Freundschaftsverträge das Einvernehmen zu pflegen und konform vorzugehen entschlossen sind. Es ist dies, wie bereits erwähnt, keineswegs als eine neue Bindung aufzufassen, da der Grundsatz der einvernehmlichen Vorgangsweise ja bereits den Freundschaftsverträgen zugrundeliegt und in der Praxis natürlicherweise gehandhabt wird.

4.) Die drei Regierungen verpflichten sich weiters, gemeinsam zu beraten, so oft zumindest eine derselben dies für zweckmässig erachten sollte. Auch diese Bestimmung ist eine durchaus natürliche. Sie bedeutet auch nichts anderes, als dass die drei Regierungen sich nötigenfalls zur Beratung über ihre Stellungnahme zu dem einen oder anderen Problem in Verbindung setzen. Dies heisst nicht unbedingt, wie vielfach angenommen wird, dass regelmässige Wiederholungen der kürzlichen Römer Zusammenkunft zu Dritt erfolgen werden. Diese Fühlungnahme kann vielmehr und wird wohl auch in der Mehrzahl der Fälle auf dem normalen diplomatischen Wege oder durch Delegierung von Unterhändlern erfolgen.

5.) Da vielleicht auch die Frage nach der formalen Bedeutung dieses Protokolles aufgeworfen werden könnte, sei festgestellt, dass es sich um ein Protokoll und nicht um einen Staatsvertrag handelt, dass es daher weder eine auf die Ratifizierung noch auf seine Hinterlegung beim Völkerbund bezügliche Klausel enthält. Wie bereits mehrfach erwähnt, stellt dieses Protokoll lediglich den Niederschlag der auf unseren freundschaftlichen Beziehungen mit Italien und Ungarn beruhenden wiederholten gemeinsamen Besprechungen über die übereinstimmenden Absichten der drei Regierungen dar, einvernehmlich an der politischen und wirtschaftlichen Reorganisierung des Donauraumes mitzuarbeiten.

Der Inhalt der in Rom am 17 d. M. unterzeichneten Protokolle II und III lässt sich kurz folgendermassen zusammenfassen.

Oesterreich und Italien haben auf Grund des bestehenden Regimes die Erfahrung gemacht, dass ihre Wirtschaften sich günstig ergänzen. Es wurde deshalb beschlossen, einen wichtigen Schritt nach vorwärts zu machen. Dies ist für Italien, dessen Produktionszweige die Konkurrenz der relativ kleinen österreichischen Produktion nicht zu fürchten haben, leichter als für Oesterreich. Die Lösung wurde deshalb in folgender Weise gefunden:

Oesterreich soll für eine möglichst grosse Anzahl von Artikeln *einseitige* Vorzugszölle (Präferenzen) von Italien erhalten. Die Kompensation hiefür wird durch Begünstigung einiger durch die Verhandlungen zu bestimmender italienischer Artikel im Regime stattfinden.

Für diejenigen österreichischen Artikel, bei denen die betreffenden italienischen Produktionszweige doch eine Störung des Marktes befürchten, werden Vorzugszölle Oesterreich auf Grund einer Verständigung zwischen den betreffenden österreichischen und italienischen Industrien gewährt werden.

Für Ungarn handelt es sich vor allem um den Absatz des Weizens und um die Hebung seiner Weizenpreise. Schon jetzt gewährt Oesterreich dem ungarischen Weizen Vorzugszölle und Begünstigungen im Regime. Italien kauft ungarischen Weizen zu fixen, über den Weltmarktpreis liegenden Preisen. Ungarn gewährt in Form der Bollette Subventionen für die Weizenproduktion. Der Mangel an Koordination zwischen diesen Hilfsmassnahmen hat zur Folge, dass die dadurch erzielten Ergebnisse nicht befriedigend sind. Die ungarischen Weizenpreise schwanken im Laufe des Jahres ausserordentlich stark und sind verschieden hoch, je nach der Richtung der Weizenexporte. Es handelt sich darum, die Aktion zu Gunsten des ungarischen Weizenexportes systematisch zu gestalten und allenfalls auch die Zugeständnisse, die Oesterreich und Italien zu diesem Zwecke bisher gemacht haben, unter der Voraussetzung, dass Ungarn dafür in dem bestehenden Regime entsprechende Kompensationen gewährt, zu erhöhen.

Es ist ferner ein Komitee von drei Fachleuten eingesetzt worden, denen die Durchführung und Ausgestaltung der getroffenen Uebereinkommen obliegt.

Ein Abkommen über den Triester Hafen soll uns eine weitere Herabsetzung der Triester Hafengebühren und die Möglichkeit sichern, ohne Aufwendung besonderer Kosten ein Freihafengebiet in Triest für unseren Aussenhandel einzurichten.

Die Verhandlungen über die Durchführung dieser Protokolle werden am 5. April in Rom beginnen und müssen bis zum 15. Mai beendet sein.

Die in Rom getroffenen Vereinbarungen eröffnen uns die Aussicht auf Vergrösserung unseres Exportes und gewähren uns die Möglichkeit der dauernden Beschäftigung einer beträchtlichen Anzahl von Arbeitskräften. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die von uns angewendeten handelspolitischen Methoden, welche sich nicht auf Italien und Ungarn allein beschränken, die einzigen sind, die tatsächlich zu praktischen Ergebnisse im Donauraume führen.

Aus dem Vorhergesagten geht unzweideutig hervor, dass sich die in Rom mit Italien und Ungarn getroffenen Vereinbarungen in keiner Weise gegen irgendeinen Staat oder eine Gruppe von Staaten richten, sondern vielmehr letzteren bereitwilligst die Möglichkeit bieten, sich an der aktiven Aufbauarbeit zu beteiligen, die die drei Regierungen nach den vielen fruchtlosen theoretischen Diskussionen über die verschiedenen europäischen Wirtschaftspläne im Interesse nicht nur der drei Staaten selbst, sondern ganz Mitteleuropas und der europäischen Gemeinschaft überhaupt als nunmehr unerlässlich und unaufschiebbar erkannt haben.

Vorstehende Darlegungen dienen zur Regelung Ihrer Sprache.

Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Für den Bundeskanzler:
Hornbostel

1440 A
Amtserinnerung Gesandter Hornbostel[1]

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 52383/13 Wien, 24. März 1934

Die Ergebnisse der Römer Zusammenkunft des Herrn Bundeskanzlers mit Herrn *Mussolini* und Herrn *Goemboes* lassen sich wie folgt zusammenfassen:
A) Protokolle I, II, III und (geheimes) Zusatzprotokoll ddo. Rom, 17. März 1934.
Ueber das Wesen der genannten Protokolle (mit Ausnahme des geheimen Zusatzprotokolles) gibt der unter A) zuliegende Zirkularerlass an unsere Missionen[2], denen der Wortlaut der drei Protokolle, sowie eine Abschrift des dem Zirkularerlass nicht beigelegten Zusatzprotokolles zuliegt[3], sowie der unter B) beigeschlossene Bericht Aufschluss, der dem H. Bundeskanzler zur Informierung der Bundesregierung im Ministerrat vom 23. d. M. gedient hat.[4] Dem letztgenannten Bericht für den Ministerrat liegt auch eine Aufzeichnung über die in der Südtiroler Frage gepflogenen Besprechungen bei.[5]
B) Entstehung des Protokolles I:
Der politische Generaldirektor Butti des italienischen Aussenamtes hat uns sowie der ungarischen Delegation am 14.d.M., somit am ersten Tage der Zusammenkunft, den ad 1) zuliegenden Protokolls-Entwurf[6] zugemittelt. In den hierauf folgenden fast dreitägigen Verhandlungen über den Wortlaut dieses Dokumentes wurde *österreichischerseits* releviert: die Bezeichnung „direkt angehen", da dieser Ausdruck leicht zu Missverständnissen in dem Sinne Anlass geben könnte, es würden dadurch auch Angelegenheiten der inneren Politik berührt, ferner der Ausdruck „gemeinsame Politik", da wir uns bereits vor einigen Monaten gegen den italienischen Vorschlag (ähnlich lautende Privatschreiben Herrn *Mussolini*'s an den H. Bundeskanzler und an H. Gömbös) gegen diesen, den Eindruck einer Entente bezw. eines engen Paktes

[1] Verschlussvermerk „Secretieren".
[2] ADÖ 9/1440.
[3] In einer eingefügten Anmerkung der Abteilung 13 heißt es dazu: „Die an und für sich in den Protokollen II und III erwähnten Gegenleistungen: einerseits Ungarns für die ihm in der Frage der Getreidepreise seitens Oesterreichs und Italiens gewährten Vorteile, andererseits die Gegenleistungen, zu denen Oesterreich Italien gegenüber verpflichtet ist, wurden in einem nicht zur Veröffentlichung gelangenden Zusatzprotokoll näher umschrieben. Von der Veröffentlichung der diesbezüglichen Bestimmungen wurde aus dem Grunde vorläufig abgesehen, um vorzeitigen Rekriminationen oder Manövern von dritter Seite her vorzubeugen."
[4] Liegt dem Akt bei.
[5] Siehe Anhang.
[6] Liegt dem Akt bei.

erweckenden Ausdruck gewehrt haben; schliesslich wurde noch um Aenderung des Ausdruckes „zu gemeinsamen Beratungen schreiten“ ersucht, da hierin eine zu starke Analogie mit den regelmäßigen Zusammenkünften der Kleinen Entente gegeben gewesen wäre. Die italienischen Unterhändler unter Führung Herrn *Suvich*'s haben diesen Bedenken sogleich bereitwilligst Rechnung getragen, wie aus den bezüglichen Aenderungen im endgiltigen Vertragstext ersichtlich ist.
Ungarischerseits wurde zunächst der unter 2) zuliegende Entwurf eines Protokolles[7] vorgelegt. Dieses Protokoll, das zum Teil bereits den österreichischen Einwendungen gegen den italienischen Urtext Rechnung trägt, scheint keinen anderen Zweck im Auge gehabt zu haben, als eben den vorletzten Absatz aufzunehmen, der sehr deutlich die Hoffnung ausspricht, dass andere Staaten (ungarischerseits war ganz offen Deutschland gemeint) dem italienisch-österreichisch-ungarischen Freundschaftssystem beitreten. Der erwähnte Absatz des ungarischen Entwurfes wurde sodann nach verschiedenen Abänderungen der Formulierung als zweiter Absatz in die Präambel aufgenommen. Die ungarische Delegation hat in sehr auffälliger Weise die Aufnahme dieser Bestimmung geradezu als conditio sine qua non bezeichnet. Italienischerseits wurden anfangs Bedenken geltend gemacht, wonach diese Bestimmung eine Einladung an andere allzu deutlich ausspreche, dies insbesondere mit Rücksicht auf die Kleine Entente und die Analogie mit der Kleinen Entente-Organisation.
C) Das endgiltige Protokoll I liegt in deutschem und italienischem unterschriftsreifen Text gleichfalls bei.[8]
D) Der Herr Bundeskanzler hat das zuliegende Danktelegramm an Herrn *Mussolini*[9] auf seiner Rückreise von Tarvis aus abgehen lassen.

[Anhang (streng vertraulich)]
Südtiroler Frage

Ich habe im Laufe meiner Unterredung mit Herrn Mussolini auch diesmal in voller Offenheit die Südtiroler Frage berührt. Bereits bei früheren Anlässen hatte mir der italienische Regierungschef in freundschaftlicher Weise in Aussicht gestellt, den Beschwerden der südtiroler deutschen Bevölkerung nach Tunlichkeit Rechnung zu tragen. Ich muss gestehen, dass nach den mir vorliegenden Informationen eine greifbare Wandlung zum Bessern bisher nicht eingetreten ist. Ich habe daher auch diesmal Herrn Mussolini vorgehalten, dass die Atmosphäre der Freundschaft und Herzlichkeit, die nunmehr zwischen Oesterreich und Italien bestehe, eine wesentliche Verbesserung der völkisch kulturellen Lage der südtiroler Deutschen geradezu notwendig mache. Insbesondere wies ich darauf hin, dass das Ausbleiben jeder Besserung Wasser auf die Mühle der Nationalsozialisten sowohl im Reiche wie auch bei uns und letzten Endes auch in Südtirol treiben müsse.

[7] Liegt dem Akt bei.
[8] Liegt dem Akt bei.
[9] Liegt dem Akt bei.

Herr *Mussolini* hat sich diesen Argumenten nicht verschlossen und mich ganz offen eingeladen, ihm Vorschläge in dieser Hinsicht zu machen. Ich habe daraufhin an Hand der sehr klaren und erschöpfenden Berichte unseres Generalkonsuls Montel in Mailand, dessen Tätigkeit ich bei diesem Anlasse anerkennend erwähnen möchte, Herrn Mussolini eine Reihe von Anregungen übermittelt. (Siehe Beilage)[10].

Abschrift

1.) Bewilligung des Privatunterrichtes der deutschen Sprache. Es handelt sich nicht um die Bewilligung von Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, sondern darum, dass die Deutschen ihre Kinder ungehindert privat in der deutschen Sprache unterrichten lassen können, ohne sie, wie jetzt, nach Altitalien, wo, wie z.B. in Mailand, Volks- und Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache bestehen, oder ins Ausland schicken müssen.
Auch gegenwärtig können einzelne Familien durch ein Familienmitglied oder eine fremde Person ihre Kinder die deutsche Sprache lehren lassen.
Die Bewilligung des Privatunterrichtes der deutschen Sprache müsste sich, um ihren Zweck zu erfüllen, nicht nur auf den häuslichen Unterricht, sondern auch auf die Organisation des Unterrichtes zum Zwecke der Beistellung von Lehrkräften, Lokalitäten, Aufbringung der erforderlichen Geldmittel u.s.w. etwa in Form behördlich bewilligter Schulvereine erstrecken. Es besteht eigentlich kein gesetzliches Verbot, dass Eltern ihren Kindern unter Beiziehung von Kindern anderer Familien den häuslichen deutschen Privatunterricht erteilen lassen.
2.) Ermächtigung der Lehrer sich beim Anfangs-Unterricht in der Volksschule auch der deutschen Sprache zu bedienen.
Dadurch würde es vermieden werden, dass, wie jetzt, Lehrer und Kinder sich monatelang nicht verstehen oder nicht verstehen wollen. Durch die Uebersetzung des Italienischen ins Deutsche und umgekehrt, würde auch die Erlernung der italienischen Sprache erleichtert werden.
3.) Gestattung des Gebrauches der deutschen Sprache bei den untersten Instanzen, wenigstens dann, wenn der italienische Funktionär diese Sprache beherrscht. Heute muss sich besonders die bäuerliche Bevölkerung schon bei den untersten Instanzen wegen der geringfügigsten Dinge mitunter eines, allerdings kostenlosen, Dolmetsches bedienen, wodurch die Unmittelbarkeit des Verfahrens illusorisch wird.
4.) Heranziehung der deutschen Bevölkerung (insbesondere der im Alto Adige befindlichen Oesterreicher) zu den öffentlichen Arbeiten (Strassenbauten u. dgl.), was heute anscheinend grundsätzlich nicht geschieht.
5.) Heranziehung der Jugend des Alto Adige zu öffentlichen Stellen in ihrer Heimat, worauf sie auf Grund ihrer nunmehr rein italienischen Erziehung einen moralischen Anspruch haben.

[10] Folgt nun im Anschluss als Abschrift.

1441
Gesandter Vollgruber an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 22/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 52498/13 Bukarest, 24. März 1934

Herr Bundeskanzler!
Herr Titulescu kam gestern, nach der ersten Parlamentssitzung, der er nach seiner Wiederherstellung beigewohnt hatte, zu einem Vortrage, den mein čechoslovakischer Kollege im Rahmen eines Vortragscyklus über die „Beziehungen zwischen Cechoslovakei und Rumänien" gehalten hat. Bei dieser Gelegenheit forderte mich der Herr Minister des Aeussern unter Bezugnahme auf meine, nach seiner Rückkehr aus Athen vor mehr als Monatsfrist erfolgte Anmeldung auf, ihn heute nachmittags aufzusuchen.
Herr Titulescu empfing mich mit den Worten, dass er Nachricht habe, man sei in Wien mit der Rede Herrn Beneš's „nicht zufrieden" gewesen, auch deshalb nicht, weil der tschechoslovakische Minister des Aeussern *nur* über die österreichische Frage gesprochen habe. Die Apprehensionen aus dem letzteren Grunde könne er recht gut begreifen, es sei jedenfalls eine ungewohnte Vorgangsweise gewesen, aber gegen den Inhalt der Rede als solchen könne man doch wohl nichts vorbringen. Die Kleine Entente hätte die Verhandlungen in Rom mit freundlichem Interesse verfolgt, das müsse ich auch aus der Haltung der hiesigen Presse ersehen haben, die er entsprechend instruiert gehabt hätte. Während der Verhandlungen habe der italienische Gesandte in Prag Herrn Beneš erzählt, dass die Kleine Entente aufgefordert werden würde, den Abmachungen, die sich auf die bestehenden Verträge stützen würden, beizutreten. Herr Beneš hätte daraufhin für seine Rede einen Text vorbereitet gehabt, der ganz anders gelautet hätte als der Mittwoch vorgetragene. Dann sei die Rede Herr Mussolini's bekannt geworden. Herr Beneš habe da den ursprünglichen Text der Rede gewaltig ändern müssen. Aber er könne trotzdem nichts darin finden, was die Situation erschweren könnte. Der Fond [sic!] sei ausgesprochen freundlich.
Vorgestern habe mein italienischer Kollege dem Unterstaatssekretär Radulescu gesagt, Rumänien solle doch den Vereinbarungen von Rom beitreten. Er Titulescu wisse nicht, ob sich eine solche Einladung nur auf einen Beitritt zu den oekonomischen Vereinbarungen oder auch zu dem politischen Pakt beziehen würde.
Es sei absolut notwendig, dass man alle möglichen Auswirkungen der römischen Vereinbarungen genau überprüfe, ehe man ein Urteil fälle, aber im Allgemeinen habe er jetzt trotz Allem eher einen günstigen Eindruck. Die österreichisch-un-

garische Zollunion, die Restauration und der Anschluss seien ausgeschaltet. Er habe gar nichts dagegen einzuwenden, wenn Italien die „Verteidigung der Unabhängigkeit Oesterreichs“ übernehme, Italien habe auch das grösste Interesse an der Aufrechterhaltung derselben. Ich warf ein, dass das Interesse der Cechoslovakei wohl kaum geringer sei. Das Interesse Rumäniens sei gleich gross wie das der Cechoslovakei, meinte Herr Titulescu, denn der Anschluss Oesterreichs würde unweigerlich den Anschluss Ungarns an Deutschland nach sich ziehen. „Je ne connais que le double « Anschluss ».“ Er sei zwar überzeugt, dass Deutschland keinen Finger für die Revisionswünsche Ungarns rühren würde, aber auf der einen Seite das Hitler-Deutschland an der siebenbürgischen Grenze, auf der anderen das kommunistische Russland wäre für Rumänien eine unerträgliche Situation.

Für die Kleine Entente wäre es indes, selbst wenn sonst keine Hindernisse vorlägen, was noch überprüft werden müsse, schwer sich im gegenwärtigen Zeitpunkt irgendwie für einen Beitritt zu den römischen Vereinbarungen zu erklären, kurz nachdem der italienische Ministerpräsident wieder von der Revision gesprochen habe. Alle Vereinbarungen müssten auch gefühlsmässige Voraussetzungen haben und diese könnten bei der Kleinen Entente nicht gegeben sein, wenn man sie fortwährend und noch dazu in den wichtigsten psychologischen Momenten an die Revisionsgelüste erinnere. Die Kleine Entente müsse sehen, was die auf Grund der Rahmenaccords abzuschliesenden wirtschaftlichen Vereinbarungen zu Tage fördern würden und sie müsse sich bis zu einem gewissen Grade auch darnach richten, wie die Haltung Deutschlands sein werde. Denn sie könne es sich nicht ganz mit Deutschland verderben. Vor Allem aber wäre es notwendig, dass sich die 3 Minister des Aeussern der Kleinen Entente über die Sache gründlich aussprechen könnten.

Auf meine Frage, ob er jetzt im Parlamente ein Exposé über die auswärtige Lage halten werde, erwiderte Herr Titulescu, er glaube, er werde hievon Abstand nehmen, „es sei schon genug mit den Reden Herrn Jeftic’s und Herrn Beneš’s, und dann seien auch seitens der national-zaranistischen Partei bezüglich Italiens heikle Interpellationen eingebracht worden, deren Beantwortung er aus dem Wege gehen möchte. Er werde voraussichtlich Ende nächster oder im Laufe der übernächsten Woche auf einige Tage an die Riviera fahren und von dort zu einem offiziellen Besuche nach Paris reisen. Auf der Rückreise würde er dann gerne mit seinen čechoslovakischen und jugoslavischen Kollegen zusammentreffen. Herr Barthou dürfte im Mai einen offiziellen Besuch in Bukarest abstatten.

Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Vollgruber

1442

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Marek (Prag)

Erlass

AdR, NPA
Tschechoslowakei 7/1
Z. 52371/13 Wien, 26. März 1934

Herr Gesandter!
Bezugnehmend auf Ihren Bericht Z. 125/pol. vom 22. März[1] beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, dass das Exposé Dr. Benesch'[2] hier tatsächlich aus dem Grunde einigermassen befremdet hat, als sich diese ausführliche und lange Rede des Herrn tschechoslowakischen Aussenministers hauptsächlich mit der „österreichischen Frage" bezw. dem „österreichischen Problem" in einem Sinne befasst, als ob das Schicksal unsereres Landes von Entschlüssen abhinge, die die Grossmächte und die Kleine Entente zu fassen berufen wären. Hierin muss begreiflicherweise eine „Ueberheblichkeit" umsomehr erblickt werden, als bekannter Maßen der Wille zur Selbständigkeit Oesterreichs den Kernpunkt der inneren und äusseren Politik der Regierung Dr. Dollfuss' bildet. Die ausführlichen theoretischen Auslassungen über die in Ansehung Oesterreichs nach Auffassung Herrn Benesch' zu ergreifenden Massnahmen konnten hier nicht anders aufgefasst werden, als eine über das billige Ausmass aussenpolitischen Interesses hinausgehende Befassung mit Fragen, die in die ausschliessliche Kompetenz Oesterreichs fallen. Die in dem Exposé Dr. Benesch' eindeutig zutage getretene Behandlung Oesterreichs als Objekt der europäischen Politik steht nicht nur mit den wiederholten, Ihnen gegenüber gemachten Aeusserungen Herrn Benesch' in Widerspruch, sondern wurde von diesem auch bekanntlich in seinem in der „Prager Presse" vom 24. d. M. wiedergegebenen Schlusswort zur Debatte im Aussenausschuss des Abgeordnetenhauses in durchaus befriedigender Weise – wohl auf Grund der h. o. Bemerkungen und des Widerhalls in der österreichischen Presse – richtig gestellt. (Siehe Beilage)[3]
Empfangen […]

---

[1] Ging gemeinsam mit obiger Weisung als Zirkulationserlass auch nach Paris, Genf, Rom (Q), Budapest, Warschau, Berlin, Belgrad, Bukarest und Ankara.

[2] Čechoslovakische Quellen und Dokumente Nr. 9. Dr. Edvard Beneš. Das Problem Mitteleuropas und die Lösung der österreichischen Frage. Exposé des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten in den Aussenausschüssen des Abgeordnetenhauses und des Senates am 21. März 1934 (Prag 1934).

[3] „Der Weg zu Zentraleuropa" in: „Prager Presse", 24. 3. 1934.

1443

Amtsvermerk Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 52658/13 Wien, 30. März 1934

Heute erschienen der Deutsche Gesandtschaftsrat Prinz *Erbach* mit dem Pressebeirat der Deutschen Gesandtschaft von dem *Hagen* bei Gesandten *Ludwig*, um über die Pressebeziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich zu sprechen. Angekündigt waren die Herren bereits durch Herrn Generalsekretär *Peter*.
Einleitend betonte Prinz Erbach die Notwendigkeit, die pressepolitischen Beziehungen zu entgiften, erwähnte die Bemühungen der deutschen Reichsregierung in dieser Richtung, wobei er sogar von Richtlinien sprach, die hier ergangen seien.
Anschliessend daran legte Pressebeirat von dem Hagen die deutschen Beschwerden gegenüber der österreichischen Presse in vier Punkten dar:
1.) wird die Ausgabe von Flugschriften und Propagandazetteln, die sich gegen den Nationalsozialismus richten, releviert. Auch die Tatsache, dass die Flugschriften und Propagandazettel vom Bundeskommissariat für Propaganda resp. von der Vaterländischen Front ausgegeben werden, wird erwähnt.
2.) Die Propaganda des Bundeskommissärs für Propaganda besonders auch auf finanzpolitischem und wirtschaftspolitischem Gebiete werde im Deutschen Reich unangenehm empfunden. In diesem Zusammenhange wurde sogar ein harmloser historischer Artikel über Friedrich II., der vom österreichischen Gesichtspunkte aus geschrieben war und im „Neuen Wiener Tagblatt“ erschien, kritisiert.
3.) Die Berichterstattung der Amtlichen Nachrichtenstelle wird in dem Sinne kritisiert, dass die Amtliche Nachrichtenstelle Reden der deutschen Führer entweder gar nicht oder gekürzt bringe, wobei den letzten Auslassungen des reichsdeutschen Finanzministers Grafen Schwerin behauptet wurde, die irreführende Form der Ausgabe durch die Amtliche Nachrichtenstelle scheine nach einer bestimmten Tendenz vorgenommen worden zu sein.
4.) wurde die Behandlung der Vertreter der reichsdeutschen Presse in Wien zur Sprache gebracht, Beschwerde in dem Sinne erhoben, dass die Vertreter der reichsdeutschen Presse zu Empfängen und Führungen nicht eingeladen worden seien. Auch bei Zuweisung der Bahnbegünstigungen werde offenkundig eine Diskrimination zwischen reichsdeutschen Journalisten und anderen auswärtigen Vertretern vorgenommen.
Auf die Darlegung der beiden Vertreter der deutschen Gesandtschaft, die ungefähr 3/4 Stunden in Anspruch nahmen, erwiderte Gesandter *Ludwig* ungefähr folgendes:

Es sei selbstverständlich absolut richtig und mit allen Mitteln anzustreben, überflüssige Polemiken aus der österreichischen und deutschen Presse zu entfernen. Die österreichische Bundesregierung sei stets in diesem Sinne vorgegangen. Sie habe geradezu mit Rücksicht für die Person des deutschen Reichskanzlers in einer Presseverordnung einen erhöhten Ehrenschutz für auswärtige Staatsoberhäupter und Regierungschefs eingeführt. Sie habe, da einige Beleidigungen vorkamen, auch österreichische Journalisten mit Arrest- und Geldstrafen belegt. Die Hetze, besonders gegen die Person des österreichischen Bundeskanzlers, lief weiter. Es würde schwer fallen, in den letzten Wochen einen konkreten Nachweis zu erbringen, dass die Person des deutschen Reichskanzlers in der österreichischen Presse jemals Gegenstand persönlicher Polemiken gewesen sei. Man könnte dies bestimmt nicht von reichsdeutscher Seite behaupten. Er wolle hier nicht mit einer Fülle von Zeitungsausschnitten aufwarten, sondern nur einige Belege für die Richtigkeit seiner Behauptungen vorweisen und halte es [für] ausgeschlossen, ähnliche herabsetzende Karrikaturen auf österreichischer Seite nachzuweisen. Wenn die Herren von Friedrich II. sprechen, so muss denn doch gesagt werden, dass eine Notiz, wie sie neulich im „Völkischen Beobachter“ erschien, die Otto Habsburg zeigte, das österreichische Volk in Form des entblössten menschlichen Hinterteiles mit der Ueberschrift „Götz von Berlichingen“, in Oesterreich überhaupt unmöglich sei. Die Art der Propaganda des Bundeskommissärs mag ja manchesmal peinlich empfunden werden, wie überhaupt wirtschaftspolitische publizistische Kämpfe nie zu begrüssen wären. Wenn man aber die „Oesterreichische Korrespondenz“ in München und auch die übrige reichsdeutsche Presse in die Hände nehme, so werde man über Oesterreichs Wirtschaftsentwicklung mit Ausnahme von zwei oder drei Notizen während eines ganzen Jahres nur Negativa finden. Im übrigen dürfte bei Behandlung dieser Frage eine Tatsache nicht übersehen werden: Die österreichische nationalsozialistische Bewegung steht nicht unter österreichischer Führung und es muss selbstverständlich getrachtet werden, der von nationalsozialistischer Seite betriebenen Propaganda, die die Verhältnisse im Reich als Himmel auf Erden darstellt, der den armen Oesterreichern nur durch das Dollfuss-System versagt sei, aufklärende Gegenargumente entgegenzustellen.

Die Berichterstattung der Amtlichen Nachrichtenstelle stützt sich vollkommen auf die amtlichen deutschen Quellen. Es könne nicht gesagt werden, dass die Berichterstattung über das Deutsche Reich in Oesterreich zu enge gehalten sei. Dass natürlich kein Bedarf darnach bestünde, Agitationsreden des deutschen Reichskanzlers, des deutschen Propagandaministers in Oesterreich amtlich zu verbreiten und so von amtlicher Stelle nationalsozialistische Agitation zu betreiben, würden die Herren von der deutschen Gesandtschaft wohl begreifen. Es freue ihn übrigens, aus dem Gespräch entnommen zu haben, dass gegenüber der Haltung der „Reichspost“ auch in Besprechung der Kulturkämpfe im Deutschen Reich keinerlei Einwand erhoben werde.

Was schliesslich die Vertreter der deutschen Presse in Wien anbetrifft, so müssen hier folgende Gesichtspunkte aufgestellt werden: ein österreichischer Staatsbürger, der reichsdeutsche Blätter vertritt und in der reichsdeutschen Presse sein Vaterland und die Führer dieses Staates verunglimpft, wird straffällig und muss unter diesem Gesichtswinkel behandelt werden. Was die in Oesterreich befindlichen reichsdeutschen Vertreter anlangt, so könne er nur sagen, dass sie in Ausübung ihrer journalistischen Pflichten, solange sie sich nicht agitatorisch betätigen, in keiner Weise gehemmt werden. Was den Vorstand der Vereinigung der reichsdeutschen Presse betrifft, Herrn Dr. Hartmayer, so stand dieser schon zweimal knapp vor der Ausweisung, für die seine Schreibweise genügend Anlass geboten hätte; es wurde aber immer wieder abgewartet und es sei zu hoffen, dass man gegen Dr. Hartmayer, der persönlich übrigens eine durchaus einwandfreie Erscheinung darstellt, nicht einschreiten brauche. Das Wort von der Retorsion könne er nur mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, da keiner der in Deutschland tätigen österreichischen Journalisten, soweit überhaupt draussen solche noch tätig sein könnten, sich jemals in die deutsche Innenpolitik eingemengt habe. – Die Fahrkartenfrage sei eine reine Ermessensache der Generaldirektion der Bundesbahn und es sei begreiflich, dass man Herren, die den österreichischen Fremdenverkehr und die österreichische Wirtschaft schädigten, nicht besondere Begünstigungen für Reisen in Oesterreich gewähren könnte.

Im übrigen begrüsse er die Gelegenheit, um die Aufmerksamkeit der Herren Vertreter der deutschen Gesandtschaft auf sehr betrübliche Erscheinungen in der reichsdeutschen Presse der letzten Tage aufmerksam zu machen, auf eine in ihrem Umfange geradezu unglaubliche Greuelpropaganda, so z. B. Wöllersdorf, angebliche Aufrüstung Oesterreichs, neue Karrikaturen über den österreichischen Regierungschef, und er würde sehr bitten, das deutsche Aussenamt auf diese Erscheinungen aufmerksam zu machen, da sie offenbar den von den Herren erwähnten ausgegebenen Richtlinien zu widersprechen scheinen.

Abschliessend könne er aber nur noch einmal bemerken, dass er die Wichtigkeit dieses Problems in seinem vollen Umfange einzuschätzen wisse, an dem Abbau dieser Dinge mitzuarbeiten. In Oesterreich werde in dieser Beziehung sehr wenig zu tun sein, aber dieser Abbau könnte wohl nur in Etappen vor sich gehen, wobei ihm als erste Etappe eine Abmachung vorschwebe, nach der sich beide Teile bindend verpflichten, in der Presspolemik zunächst alle persönlichen herabsetzenden Angriffe auszuschalten. Je nach dem Erfolg dieses ersten Abbauversuches könnte man ja dann eine zweite oder dritte Etappe einschalten, die aber natürlich vollkommen von der Entwicklung der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche abhänge.

Es würde ihn übrigens freuen, wenn sich nochmals Gelegenheit geben würde, über diesen modus procedendi zu sprechen, er Gesandter Ludwig, werde selbstverständlich in der Zwischenzeit den für ihn massgebenden Stellen Bericht erstatten.

Nachdem dieses Thema erledigt war, verblieben die Herren noch längere Zeit und nahmen von Gesandten Ludwig Informationen über die österreichische Aufbauarbeit und die neue österreichische Bundesverfassung entgegen. Die Form des gesamten Gespräches war ausserordentlich freundschaftlich gehalten.

1444

Gesandter Buchberger an Gesandten Hornbostel

Schreiben Nr. 165/Res./Pol. (geheim)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 52992/13 Ankara, 9. April 1934

Lieber, alter Freund!
In Ergänzung meines Berichtes No. 27/Pol vom 5. d. M.[1] über meine Unterredung mit Dr. Tevfik Rüştü Bey in der Frage der Römer-Protokolle möchte ich noch folgende Mitteilungen auf diesem Wege machen:
Die 1 ½-stündige Unterredung glich einem völkerrechtlichen Kolloquium seligen Angedenkens. Der Minister war zwar in bester Stimmung, aber von ausserordentlicher Wissensgier. Die drei Fragen, die er zur weiteren Aufklärung über das politische Protokoll stellte, hat er wieder zurückgezogen, da er sich durch meine Erläuterungen vollkommen befriedigt erklärte. Sehr erwünscht wäre mir natürlich Deine massgebende Ansicht, wie weit ich diese Fragen richtig beantwortet habe, bezw. wie sie richtig zu beantworten sind. Bei den nahen Beziehungen, die er über die Staatsmänner Jugoslawiens und Rumäniens mit der Kleinen Entente unterhält, wäre es auch von besonderem Interesse zu wissen, ob diese Fragen einem spontanen Impuls seines lebhaften und beweglichen Geistes entsprungen sind oder in anderer Form bereits von der Kleinen Entente releviert wurden. Zur Beurteilung der zwischen der Türkei und der Kleinen Entente bestehenden Bande wäre ich Dir für die Beantwortung dieser Frage ausserordentlich dankbar.
In meiner Diskussion mit Dr. Tevfik Rüştü bin ich besonders stark der Auffassung entgegengetreten, dass die Römer-Protokolle irgendwie eine Blockbildung beinhalten. Ich habe lebhaft jeden Vergleich mit der Kleinen Entente als durchaus abwegig abgelehnt, weil schon der Grundgedanke der Protokolle durchaus verschieden sei von jenem, der die Kleine Entente als militärisch und politisch einheitlichen Block zusammenschliesse. Als symptomatisch hiefür betonte ich

[1] Liegt der Liasse nicht bei.

auch, dass es sich bei den Römer-Besprechungen um ein Protokoll und nicht um einen Staatsvertrag handle und dieses Protokoll lediglich das Resumé der übereinstimmenden Absichten der drei Regierungen enthalte, einvernehmlich an der politischen und wirtschaftlichen Reorganisation des Donauraumes mitzuarbeiten. Ausdrücklich sei auch eine weitere Kooperation mit anderen Staaten auf Basis der grundlegenden Prinzipien der Protokolle beabsichtigt.
Dr. Tevfik Rüştü schien in seiner Spitzfindigkeit besonders an der Frage interessiert, ob die Pflege des Einvernehmens der drei Staaten oder die Abstimmung ihrer Politik das Entscheidende der im Protokoll übernommenen gegenseitigen Verpflichtungen bildet. Ich entgegnete unter Anlehnung an Punkt 3) Deines Erlasses Zl. 52.344 vom 23. v. M.[2] mit dem Hinweis, dass die Pflege des Einvernehmens erfolge, um die Politik der drei Staaten aufeinander abzustimmen, was im Wesen aller aufrichtigen Freundschaftsverträge liege, somit keine neue Bindung enthalte. Wir seien entschlossen, das Einvernehmen zu pflegen und konform vorzugehen; eine Praxis, die wir bereits auf Grund unserer Freundschaftsverträge mit Italien und Ungarn geübt hätten. Ich habe in meiner Erwiderung das Gewicht gleichmässig zwischen „Einvernehmen“ und „Abstimmung“ verteilt. Dr. Tevfik Rüştü Bey meinte nun, dass die Verpflichtung, die Politik aufeinander abzustimmen, eine starke Bindung sei, die über einen Konsultativpakt hinausgehe und in dieser Form nur bei der Kleinen Entente bestehe. Ich habe dem entgegengehalten, dass der Zweck der römischen Protokolle praktisch doch nur durch eine gemeinsame Politik erreicht werden könne, die auch bisher von den drei Staaten in dieser Frage verfolgt worden sei.
Die möglicherweise auf Einflüsterungen der Kleinen Entente zurückzuführenden Aeusserungen Tevfik Rüştü Beys sind natürlich etwas spitzfindiger Natur. Da aber Nuancen gerade in der Politik eine Rolle spielen, wäre ich Dir sehr dankbar, wenn Du mir auf gleichem Wege Deine massgebende Auffassung zu dieser Frage mitteilen würdest, zumal Punkt drei Deiner Instruktionen eine schärfere Fassung enthält als aus dem Text des Protokolles I hervorgehen müsste.
Im übrigen habe ich den bestimmten Eindruck, dass ich das Misstrauen Dr. Tevfik Rüştü Beys hinsichtlich der römischen Protokolle, das hauptsächlich auf die Wirkung der bekannten Rede Herrn Mussolinis zurückzuführen ist, an Hand Deiner eingehenden Erlässe vollkommen zerstreuen konnte, wenigstens hat er mir dies in unserer Unterredung wiederholt versichert.
Ferner interessierte ihn auch zu wissen, ob die Gerüchte über den bevorstehenden Beitritt Deutschlands zu den römischen Protokollen auf Wahrheit beruhen, worauf ich erwiderte, dass ich hierüber keine amtlichen Informationen besitze.
Ueber die angebliche Unzufriedenheit der ungarischen Staatsmänner mit dem Protokolle habe ich Dr. Tevfik Rüştü Bey in unserer Unterredung nochmals gefragt, worüber ich gesondert berichte.

---

[2] ADÖ 9/1439.

Unsere grundsätzliche Bereitwilligkeit, einen Neutralitäts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag abzuschliessen, befriedigt den Aussenminister nach wie vor, doch wird sich mit Rücksicht auf seine bevorstehende Abreise nach Bukarest etc. und seinen dann einsetzenden Sommerséjour am Bosporus der Abschluss bis Herbst hinziehen. Dies entspricht somit den Intentionen des soeben eingelangten d. a. Erlass Zl. 52.710-13 vom 4. April 1934.[3]
Mit herzlichsten Grüssen in alter Freundschaft
Dein *aufrichtiger*

Buchberger

1445
Gesandter Hoffinger an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 44/Pol. (Kopie Z. 52933/13)

AdR,
Gesandtschaft Berlin

Warschau, 10. April 1934

Gespräch mit Minister des Aeussern Beck.

Vor meinem Urlaubsantritt habe ich dem Herrn Minister des Aeussern einen Besuch abgestattet, der uns Gelegenheit zu einem kleinen tour d'horizont [sic!] gegeben hat, bei dem der Herr Minister meist der redende Teil war, während ich mich auf das Aufwerfen der Themata beschränkte.
Was Oesterreich betrifft, so fasste sich der Herr Minister ziemlich kurz und beschränkte sich darauf, seiner Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, dass sich die Stellung der Regierung konsolidiert und die Stimmung im Lande beruhigt habe. Auch glaube er ein Nachlassen der akuten Spannung mit dem Deutschen Reich konstatieren zu können, was ihm ebenfalls sehr erfreulich scheine. Die Erwähnung der Februarereignisse gab dem Minister zu längeren Exkursen über die Wahnsinnstat des Austromarxismus Anlass, der nicht habe einsehen wollen, dass der Zug der Zeit in der ganzen Welt zur Abkehr vom Sozialismus führe, oder geglaubt habe, diese Entwicklung durch einen Gewaltstreich in einem Teilgebiet aufhalten zu können. In Polen habe der Sozialismus im Jahre 1930 ähnliche Velleitäten gezeigt, die Regierung sei ihm aber auch hier zuvorgekommen und seitdem sei der Marxismus in Polen zu einem bedeutungslosen Vegetieren verurteilt. Auf

[3] Liegt dem Akt bei.

mitteleuropäische Fragen oder die Römer Protokolle einzugehen, vermied der Minister, nahm auch verschiedene von mir „geworfene Hölzl“ nicht auf.
[…][1]

1446
Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 209/Pol.

AdR, NPA
Tschechoslowakei I/1
Z. 53234/13 Prag, 20. April 1934

Herr Bundeskanzler,
Ich besuchte heute Herrn Aussenminister Dr. Beneš und hatte mit ihm eine längere Unterredung über verschiedene laufende Fragen. Bei dieser Gelegenheit kam Herr Dr. Beneš auf das gegenseitige Verhältnis zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei im Allgemeinen und auf die wünschenswerte Ausgestaltung der handelspolitischen Beziehungen im Besonderen zu sprechen und äusserte sich wie folgt:
Es sei nicht zu leugnen, dass auf beiden Seiten, in Oesterreich sowohl als auch in der Tschechoslowakei, eine gewisse Verstimmung, gleichgiltig ob sie berechtigt sei oder nicht, zu bemerken sei. Er möchte sehr gerne, dass dieses unbestimmte Gefühl, es stehe etwas zwischen uns, so bald als möglich verschwinde. Nicht nur die Regierung und die Wirtschaftskreise, sondern auch die breite Oeffentlichkeit in der Tschechoslowakei sei nach wie vor davon überzeugt, dass Oesterreich und die Tschechoslowakei von Natur aus auf einander angewiesen seien und dass ein möglichst enger Kontakt zwischen beiden Staaten hergestellt werden sollte. Der Minister glaubt, dass diese Ueberzeugung im Grund auch in Oesterreich bestehe und dass man sich deshalb und um die notwendige Entwicklung nicht zu stören hüben und drüben eine gewisse Reserve auferlegen müsse, damit nicht überflüssige Reibungspunkte geschaffen werden. Der Minister möchte mich daran erinnern, dass ich ihm als unmittelbarer Zeuge seiner Politik von Anfang an das Zeugnis ausstellen müsse, dass er es immer verstanden habe, sich jedem politischen Regime bei uns rasch zu akkomodieren, in der einzig richtigen Erwägung, dass das, was bei uns im Innern geschehe, keine Rolle spielen dürfe für die Beziehungen

[1] Beck sprach sodann noch über die Abrüstungskonferenz, die Politik der Großmächte, den Zusammenhang von autoritärer Innen- und Außenpolitik sowie die französisch-polnischen Beziehungen.

der Staaten untereinander. Es sei eine Zeit gewesen, wo man in Oesterreich ein stark nach links gerichtetes Regime gehabt, welches viel radikaler gewesen, als es jemals in der Tschechoslowakei war oder ist, und wo man die tschechoslowakischen Sozialisten als Reaktionäre, Verräter und Bourgeois bezeichnete. Schon mit diesem Regime, genau so wie später mit Schober, Seipel und dessen Nachfolgern habe Dr. Beneš erspriesslich zusammengearbeitet. Die Februarereignisse in Oesterreich haben allerdings in der Tschechoslowakei wie ein Schock gewirkt und es sei ihm von gewissen Seiten die Umstellung auf das heutige österreichische Regime etwas schwerer gemacht worden. Immerhin habe er sofort gezeigt, dass er die Ereignisse in Oesterreich als rein interne Angelegenheit dieses Staates betrachte und betrachtet wissen wolle, die in keiner Weise auf die Politik der tschechoslowakischen Regierung uns gegenüber rückwirken dürfe. Alle Behauptungen, dass er, Dr. Beneš, Oesterreich gegenüber etwa feindlich eingestellt wäre oder gegen das heutige österreichische Regime arbeite, könne er nur als „Eseleien“ bezeichnen. Er bitte mich nach wie vor, ihm stets offen zu sagen, wenn wir Grund zu irgend einer Beschwerde haben und er werde nach wie vor im Rahmen des Möglichen alles tun, was in dieser Hinsicht zu tun sein wird. Die Hauptsache sei, dass bald eine bestimmte Détente der zu beobachtenden Spannung eintrete und er glaube hiefür, zumindest hierzulande, bereits günstige Symptome zu bemerken.

Nun, fuhr der Minister fort, möchte er auf unsere *Wirtschaftsverhandlungen* zu sprechen kommen. Gesandter Friedmann wird vermutlich schon heute nach Wien fahren und dort wegen der Fortsetzung der Verhandlungen sprechen. Er, Dr. Beneš, habe das Gefühl, man müsste irgendetwas machen, irgendeine Geste, aus der hervorginge, dass die innerpolitischen Ereignisse in Oesterreich an den konstanten Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten nichts geändert haben und die besagen würden, es sei jetzt alles wieder in Ordnung und wir werden weiter so marschieren, wie früher. Er sei sich noch nicht im Klaren, wie diese Geste aussehen sollte, er denke allenfalls an einen entsprechend *inspirierten Zeitungsartikel* bei uns, der ihm, Dr. Beneš, die Handhabe bieten würde, darauf im freundlichsten Sinne reagieren zu lassen und so die tschechoslowakische Oeffentlichkeit dahin zu bringen, wo er sie haben will. Kurz und gut, Dr. Beneš hätte gerne irgendeinen Beleg, eine Unterlage dafür, dass die Stimmung bei uns gegenüber der Tschechoslowakei sich nicht verschlechtert habe, worauf er dann auch von hier aus entsprechend reagieren lassen würde.

Es wäre der Wunsch des Ministers, dass die österreichisch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen schon früher aufgenommen werden, ehe die österreichischen Verhandlungen in Rom zu Ende gehen, also noch vor dem 15. Mai. Es könnte jetzt schon alles zur Sprache kommen, was die römischen Protokolle und die Verhandlungen in Rom nicht direkt tangiere, also die reinen österreichisch-tschechoslowakischen Sachen /Kontingente, Wunschlisten etc./, die jetzt schon zu bereinigen wären.

Bis dann die römischen Verhandlungen beendet sein werden, müssten wir uns miteinander nochmals zum Tisch setzen und darüber beraten, ob und wie wir das, was in Rom gemacht wurde, auch auf unsere gegenseitigen Beziehungen anwenden könnten beziehungsweise wie sich die in Rom festgesetzten Prinzipien auch auf unser gegenseitiges Verhältnis zur Geltung bringen liessen.
Der Minister wiederholte bei dieser Gelegenheit nochmals, was er schon dem Herrn Gesandten Wildner anlässlich dessen letzten Prager Besuches gesagt, er sei a priori nicht gegen die Anwendung bestimmter Prinzipien im Verhältnis zwischen uns, also auch nicht gegen die Gewährung von Präferenzen, die sich gewiss unter bestimmten Bedingungen machen liessen. Der Minister stellte jedoch zwei Bedingungen:
1./ Er wünsche, dass wir uns gegenseitig nichts verschweigen. Wir sollen ihm loyal sagen, was wir in Rom vereinbart haben /später würde er es ja doch erfahren/. Dies interessiere ihn deswegen, weil er überzeugt sei, dass sich die wirtschaftlichen Beziehung zwischen uns noch weit intimer und enger gestalten können, als es bis jetzt der Fall gewesen und er es andererseits auch ganz loyal versuchen wolle, ob es für die Tschechoslowakei nicht möglich wäre, zu den neuen Versuchen, die in Rom gemacht werden sollen, beizutragen. Keinesfalls wolle er auch nur das Geringste unternehmen, um diese unsere Versuche zu stören. Schon deshalb möchte er sehr gern darüber informiert sein, was in Rom gemacht wird, damit er diese römischen Versuche und Vereinbarungen in vollkommen loyalem Vertrauen prüfen und sagen könne, wie und inwieweit die Tschechoslowakei sie übernehmen und mitmachen könne. Dies habe er auch den Italienern gesagt, vor denen er ebenfalls kein Geheimnis machen wolle.
Oesterreich, so betonte der Minister ausdrücklich, soll einen Erfolg haben. Er, Dr. Beneš, wolle mit bestem Willen dahin wirken.
Er sei auch heute von der Ueberzeugung durchdrungen, dass unsere gegenseitigen Beziehungen von einer solchen Eindringlichkeit sind und einen solchen Charakter haben, dass man sie nie werde beiseite schieben können und dass man bei allen Versuchen, die mitteleuropäischen Wirtschaftsbeziehungen auszubauen, sich auch werde mit der Tschechoslowakei einigen müssen. Ganz ohne die Tschechoslowakei werde sich auch die italienische Konzeption nicht durchführen lassen.
2./ Falls Oesterreich mit Italien etwas vereinbaren sollte, was die vitalen Interessen der Tschechoslowakei berühren würde, so müsste Herr Dr. Beneš darauf bestehen, dass man mit ihm wegen eines Kompromisses rede. Man dürfe nicht vergessen, dass die Tschechoslowakei heute an die 800.000 Arbeitslose habe und dass auch sie darnach streben müsse, ihre wirtschaftliche Lage zu bessern. In diesem Sinne werde er für alle vernünftigen Kompromisse zu haben sein.
Der Minister betone, dass er die österreichisch-italienischen Verhandlungen mit grösstem Interesse und mit seiner vollen Zustimmung verfolge und dass er nur die eben angeführten beiden Bedingungen erfüllt haben möchte. Er sei überzeugt, dass sich eine praktische Vereinbarung werde erzielen lassen.

Ich erbitte mir eine geneigte Weisung, was ich Herrn Dr. Beneš auf diese seine Veröffentlichungen beziehungsweise Anregungen antworten soll. Ich darf der Ueberzeugung Ausdruck geben, dass die von Herrn Dr. Beneš gewünschte Geste unsererseits auch auf das Verhältnis mancher hiesigen Kreise der österreichischen Emigration gegenüber eine gute Wirkung zeitigen könnte.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1447
Gesandter Tauschitz an Bundeskanzler Dollfuß
Bericht Nr. 88/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 53400/Pol. Berlin, 25. April 1934

Herr Bundeskanzler!
Zum Versuch einer Entspannung der österreichisch-deutschen Beziehungen durch Mässigung von Presse und Radio (Erl. Z.53.107-13 vom 18. April 1934)[1] äusserte sich Ministerialdirektor Dr. *Köpke* wie folgt:
Es wäre Wortlaut des Schreibens ausserordentlich geschickt verfasst und juridisch stipuliert. Er glaube aber, dass man dies nicht auf diesem Wege machen solle. Jedem Pakt, bei dem man glaube, an alles gedacht zu haben, fehle doch eine Menge von Sachen, auf die man erst später komme und immer bilden solche Abmachungen eine Quelle von Beschwerden, Vorstellungen etc. Es wäre dies vorläufig nur seine persönliche Meinung, er habe diesbezüglich mit dem Minister noch nicht gesprochen, aber er glaube, man sollte es nicht so machen. Die Hauptsache wäre doch, dass man sich beiderseits bemüht, auf die Presse und auf das Radio mässigend einzuwirken, wobei er neuerdings auf die Reden des österreichischen Propagandakommissärs, die hier sehr unangenehm empfunden würden, verwies. Von Seite des Aussenamtes sei der Presse bereits eine diesbezügliche Weisung gegeben worden und wären die Fälle, wo sich die Presse eben nicht darnach hält, jeweils zu besprechen. Er könne versichern, dass deutscherseits jeder Beschwerdefall aufgegriffen wird, damit sich solche unliebsame Exzesse nicht mehr wiederholen.
Ich erklärte dem Herrn Ministerialdirektor, dass es nicht in der Absicht des Herrn Bundeskanzlers liege, einen Pakt über diese Frage abzuschliessen. Der Pressechef

[1] Bei AdR, NPA, Deutschland I/12.

des österreichischen Aussenamtes habe in der Antwort an den Pressechef der Deutschen Gesandtschaft in Wien lediglich zeigen wollen, dass österreichischerseits der gute Wille vorhanden ist, durch die Einwirkung auf die Presse und auf das Radio einen Entspannung herbeizuführen. Nachdem dies geschehen ist, obwohl auf meinen der Deutschen Regierung vor Jahresfrist notifizierten und wiederholt urgierten Reziprozitätsantrag bisher eine Stellungnahme des Deutschen Auswärtigen Amtes nicht erfolgt ist, so könne man daraus wohl ersehen, dass die österreichische Regierung nicht nur in Aussicht stellen, sondern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bestrebt sein werde, auf die Presse mässigend einzuwirken und die gesamte Propaganda auf ein Mindestmass, dessen Höhe von der Haltung der deutschen Presse und der deutschen Rundfunkpropaganda abhängen werde, zu reduzieren. Ich versicherte dem Herrn Ministerialdirektor, dass ich bei meiner Anwesenheit in Wien zu sehen Gelegenheit hatte, dass der Herr Kanzler selbst sich mit diesen Fragen befasst und er meiner Ueberzeugung nach den ernsthaften Willen hat, die Presse, soweit als nur innerpolitisch erträglich, zu zügeln. Ich habe daher die feste Ueberzeugung, dass, falls die Rundfunkpropaganda hier aufhört – und ich habe dankenswerterweise am Montag feststellen können, dass der programmässig angesetzte Oesterreich-Vortrag um 7 Uhr 40 von München entfiel – und die Presse sich an die Weisungen des Aussenamtes hält, die Haltung der österreichischen Presse nichts zu wünschen übrig lassen werde. Denn diese sei nie aggressiv, sondern – wie alle österreichischen Regierungsmassnahmen überhaupt – erst durch die Haltung der deutschen Regierungs- und Parteikreise ausgelöst worden, war auch die österreichische Presse immer nur in der Abwehr, also rein defensiv gewesen.

Ministerialdirektor Dr. Köpke meinte, wir sollten nicht alte, unangenehme Sachen aufwärmen, er nehme vielmehr gern zur Kenntnis, dass auf der österreichischen Seite der gute Wille, in ein besseres Verhältnis zu kommen, vorhanden ist, und glaube, dass wir, falls die Atmosphäre hiezu geschaffen werde, dann auch leichter weiterkommen werden.

Ich liess hierauf die Bemerkung fallen, dass meiner Ansicht nach die Weiterentwicklung Oesterreichs in der Richtung der Totalität der Vaterländischen Front auch im Verhältnis zu Deutschland eine Erleichterung bringen dürfte. Denn es werde der Reichskanzler leichter über die österreichische Frage hinwegkommen, wenn dort die Parteien aufhören und das Parteiverbot sozusagen via facti eintritt. Köpke stimmte meiner Auffassung zu und sagte, dass nicht nur dieser Umstand, sondern insbesondere auch das Verhalten des Herrn Bundeskanzlers bei den römischen Verträgen, bei denen er seinen ganzen Staatsmann gestellt und eine imponierende Nackenfestigkeit seinen Partnern gegenüber an den Tag gelegt habe, seine Beurteilung in Deutschland grundlegend geändert und sehr verbessert habe.

Ich bestärkte selbstverständlich den Herrn Ministerialdirektor in seiner Auffassung und sagte ihm, dass ich von höchster Seite ermächtigt sei zu erklären, dass Oesterreich nie in einer Kombination gegen Deutschland zu finden sein werde und dass es in Oesterreich niemanden von Einfluss gebe, der gegen einen Ausgleich mit Deutsch-

land wäre. Für mich habe es nie einen Zweifel darüber gegeben, dass der Herr Bundeskanzler diesen Ausgleich wolle und ihn auch schliesslich mit seiner bewährten Tatkraft und Energie durchführen werde. Wie weit er allerdings gehen wolle, entziehe sich meiner Beurteilung. Es läge aber im Wesen eines Ausgleiches, dass natürlicherweise beide Teile nachgeben müssen und es wäre mein Hauptbestreben, die zwei höchsten Herren der beiden deutschen Staaten einmal zusammenzubringen.
Der Herr Reichskanzler, so erwiderte *Köpke*, habe wiederholt gemeint, ja Gott, mit wem soll ich verhandeln, ich weiss ja nicht, wer in Oesterreich Koch und wer Kellner ist: Dollfuss, Starhemberg oder Fey. Neurath und er (Köpke) hätten immer den Standpunkt vertreten, dass Dollfuss der Mann sei, der die Gewalt in Oesterreich in Händen habe und mit dem man verhandeln müsse. „Wir haben uns nicht durchsetzen können. Aber jetzt kommt man auch in der Reichskanzlei zur Ueberzeugung, dass das Aussenamt in der Beurteilung der aussenpolitischen Lage und auch der Staatsmänner eine gewisse Erfahrung habe, und ich hoffe, dass wir uns nunmehr durchsetzen können."
Ich deutete schliesslich Köpke gegenüber noch an, dass möglicherweise in Oesterreich ein Gesetz kommen könnte, das die Flaggenfrage generell regelt. Es wäre selbstverständlich, dass in diesem Falle die Reichshoheitszeichen nicht anders behandelt werden würden als die dritter Staaten. Köpke erklärt, dass dies hier einen ausserordentlich guten Eindruck machen und die Bestrebungen des Aussenamtes, die Beziehungen zu normalisieren, sehr fördern würde. Er könne bezüglich der Tschechoslowakei sagen, dass die tschechische Flaggenverordnung auf die gegenseitigen Beziehungen sich sehr günstig ausgewirkt habe.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

[Tauschitz]

1447 A
Gesandter Tauschitz an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 91/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 53403/13 Berlin, 25. April 1934

Herr Bundeskanzler!
Ich hatte heute ein Gespräch mit dem Reichsaussenminister Freiherrn von *Neurath*, um bei ihm über das Verhalten und über die Agitation des „Kampfringes" Klage zu führen und von ihm Abstellung zu ersuchen.

Ich hielt dem Herrn Aussenminister vor, dass er sich lebhaft vorstellen könne, in welch unangenehmer Lage sich ein Gesandter, wenn die gesamte Kolonie von geradezu berufmässig angestellten Leuten gegen ihn bezw. gegen den Staat, den er zu vertreten die Ehre hat, aufgehetzt wird, denn dies geschehe tatsächlich. Es werden besoldete Agitatoren für den „Kampfring“ in die Wohnungen der Oesterreicher entsendet und diese zum Beitritt zum „Kampfring der Deutschösterreicher im Reich“ aufgefordert. Falls sie sich nicht sofort und freiwillig dazu bereit erklären, wird ihnen mit Entziehung der Wohlfahrtsunterstützung, Verlust der Stellung, des Engagements, der Erwerbsmöglichkeit u. s. w. gedroht. Stellt der Bestand des „Kampfringes“ an und für sich eine Ungeheuerlichkeit dar, so ist dieses hier kurz geschilderte Vorgehen den Oesterreichern gegenüber eine Art Erpressung, um deren Abstellung ich dringend ersuchen müsste. Leider fördern auch offizielle Persönlichkeiten, sowie beispielsweise der Herr Justizminister von Sachsen durch sein Erscheinen, den „Kampfring“ und die Polizeibehörden stellen Listen u. s. w. zur Verfügung.

Reichsaussenminister von *Neurath* tat über diese meine Beschwerde sehr erstaunt. Er erklärte, auf die Details nicht eingehen zu können, meinte, dass es den Polizeibehörden verboten wurde, etwa dem „Kampfring“ die Listen auszufolgen, worauf ich bemerkte, „aber getan wird es doch“. Schliesslich erklärte Neurath, dass er sehen wolle, wie man dem „Kampfring“ eine Kaltwasserdusche verabreichen könne, damit er seine Tätigkeit dämpfe.

Ich fügte schliesslich noch hinzu, dass sich das Aussenamt in sehr dankenswerterweise gewiss bemüht, die Kampfringtätigkeit einzuschränken, dass es aber leider wenig Erfolg hat, denn die „Kampfwoche“ in Hamburg, die vom 9.–16. April dort unter grossem Tamtam stattfand, wurde – wie mir gesagt wird – vom Aussenamt verboten, welches Verbot aber von den zuständigen Behörden nicht beachtet wurde. Ich ersuche daher den Herrn Reichsaussenminister, selbst einzugreifen und erhoffe mir von einer solchen Einflussnahme einen grösseren Erfolg. Neurath meinte schliesslich, er werde sehen, was er machen könne.

Ich erklärte nun Freiherrn von *Neurath*, dass ich in Wien bei meinem letzten kurzen Aufenthalte eine bedeutend günstigere Stimmung für Berlin vorgefunden habe als im Februar und dass mittlerweile der Bundespressechef dem Presseattaché der Deutschen Gesandtschaft verschiedene Massnahmen der österreichischen Regierung zur Mässigung der Presse- und Radiopropaganda mitgeteilt habe. Zu meinem grössten Bedauern fände ich aber heute neuerdings einen sehr gehässigen und durchaus entstellten Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 25. April über die Zustände vom Konzentrationslager Wöllersdorf, der von einem zwecklosen Täuschungsmanöver spricht, wie man Wöllersdorf besuchsreif machte und behauptet, dass nach Monaten die erste Reinigung der Baracken erfolgt sei und wenige Tage nach dem Besuch alle Verbesserungen wieder rückgängig gemacht worden seien. Ich sagte, dass ich es ausserordentlich bedauere, dass diese übertriebenen Hetzen über die Verhältnisse im Konzentrationslager Wöllersdorf in

der Regierungspresse – wobei ich darauf verwies, dass der „Völkische Beobachter“ ausdrücklich vom Reichsinnenminister als Regierungsorgan erklärt wurde – nicht aufhören, obwohl ich bereits im Herbst v. J. dem Aussenamt, und zwar dem Herrn Ministerialdirektor *Köpke* persönlich, dem Besuchsbefund zweier österreichischer Diplomaten von internationalem Ruf zur Kenntnis gebracht hatte. Herr Ministerialdirektor *Köpke* hatte mir damals ausdrücklich erklärt, dass ihm diese Namen genügen und er vollkommen überzeugt sei, dass die Berichterstattung des „Völkischen Beobachters“ eine falsche ist. Nachdem der Bericht der Pressevertreter ein befriedigender war, versucht man nun nachträglich es so darzustellen, als ob man den Pressevertretern nur Potemkin’sche Dörfer gezeigt hätte, wobei sich jedoch der Berichterstatter selbst widerspricht und lächerlich macht, indem er schreibt, dass „einige Stunden vor Ankunft der Pressevertreter man sogar auf die Idee verfallen ist, dass es aus gesundheitlichen Rücksichten erforderlich ist, die Klosetts mit einem Desinfektionsanstrich zu versehen. Und so geschah es auch.“ Was muss das für ein einfältiger Berichterstatter sein, der so etwas zusammenlügt, denn jedermann weiss, dass ein Anstrich doch einige Zeit zum Trocknen braucht und, wenn er erst wenige Stunden vorher durchgeführt wurde, doch zweifellos von jedem als Augenauswischerei erkannt werden würde.

Ich bat also auch in dieser Richtung den Herrn Aussenminister, den Auftrag geben zu wollen, auf die Presse einzuwirken. Aussenminister *Neurath* hat durch verschiedene Gesten während meiner Ausführungen mir zu verstehen gegeben, dass er vollkommen meiner Meinung ist. Es kam nun schliesslich wieder zum Ausdruck, dass die Presse vom Aussenamt die Weisungen zur Mässigung bekommt, sie aber vielfach nicht einhält. Er sagt mir, ich soll alle diese Beschwerdeartikel dem Aussenamt vorlegen, und glaubt, dass es durch fortwährende Einwirkung doch gelingen wird, auch die Parteipresse dorthin zu bringen, wo wir sie haben wollen.

Aussenminister von *Neurath* meinte nun, dass in der österreichischen Frage halt immer die gleiche Schwierigkeit das Parteiverbot und die Behandlung der Nationalsozialisten in Oesterreich sei und dass von der Parteiseite den Wünschen des Aussenamtes immer diese Tatsachen entgegengehalten werden. Ich bemerkte hiezu, dass nach dem nunmehrigen Stand der Dinge in Oesterreich in wenigen Tagen die neue Verfassung publiziert werden wird und dass gleichzeitig damit auch die Vaterländische Front in Oesterreich juristische Person werden und die Totalität erreichen wird. Mit diesem Totalitätsanspruch der Vaterländischen Front werden sich alle Parteien aufhören, sodass die NSDAP nicht mehr das Gefühl haben wird und haben muss, verboten zu sein und sich noch dazu bei diesem Verbot in schlechter Gesellschaft (der Kommunisten und der Sozialdemokraten) zu befinden. Ich glaube, dass diese Entwicklung in Oesterreich für eine Entspannung förderlich sein wird.

Neurath meinte nun, dass die Schwierigkeit immer die war, dass man nie recht gewusst hat, wer in Oesterreich eigentlich der Meister ist. Er hätte dem Reichskanzler gegenüber immer den Standpunkt vertreten, dass dies Dollfuss sei und

dass man mit Dollfuss den Ausgleich machen müsse. Wenn nun diese Totalität in Oesterreich komme, so glaube auch er, dass es dann leichter sein werde, irgendwie ins Reine zu kommen. „Ich kann Ihnen sagen, Herr Tauschitz," sagte mir Aussenminister von *Neurath* wörtlich, „dass jetzt eine viel grössere Geneigtheit in der Reichskanzlei zu einem Ausgleich mit Oesterreich, wie sie das nennen, besteht als früher, bis auf Habicht, der aber stark zurückgedrängt ist. Ueber Einzelheiten zu sprechen, wäre heute noch verfrüht, wir können aber hoffen, dass es doch in einiger Zeit zu Verhandlungen kommen kann."
Im Aufstehen fragte ich ihn noch, ob es zur Zusammenkunft *Mussolini-Hitler* kommen wird, die von *Papen* in Rom angeregt habe. *Neurath* zuckte einen Moment zusammen und tat erstaunt, woher ich das wisse, und meinte schliesslich: „Na, das hängt noch sehr in den Wolken. Ich bin übrigens nicht sehr dafür." Ich meinte nun, wenn es zu dieser Zusammenkunft käme, dann würde man sicher auch über die österreichische Frage sprechen. Neurath meinte darauf lächelnd: „Nein, nein, machen wir den Ausgleich unter uns, wir brauchen keine Dritten."
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

[Tauschitz]

1448

Gesandter Hornbostel an Gesandten Buchberger (Ankara)

Schreiben (geheim)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 53524/13 Wien, 2. Mai 1934

Lieber alter Freund!
Zu Deinem freundlichen Schreiben vom 9 d. M. Z. 165 res/P.[1] möchte ich in aller Eile die von Dir aufgeworfenen Fragen kurz beantworten.
Zunächst was Deine Vermutung betrifft, dass Dein Mitredner von seiten der Kleinen Entente inspiriert worden wäre, so habe ich gar keinen Grund zu glauben, dass Deine Annahme auf Richtigkeit beruht. Die Kleine Entente hat sich in der ganzen Römer Protokolls-Frage sehr reserviert und keineswegs nervös verhalten. Benesch scheint sogar nicht übel Lust zu haben, sich die ganze Sache etwas näher anzusehen, um allenfalls in irgendeiner Form mitzutun. Die Kleine Entente hat

[1] ADÖ 9/1444.

somit nicht nur an uns keinerlei Anfrage gestellt, sondern auch nicht in Rom noch Budapest. Im übrigen hast Du Deinem Mitredner ausgezeichnet geantwortet (Bericht Z. 27/pol.)[2] Ich bin, ehrlich gestanden, dessen sehr froh, dass Dein Mitredner seine drei Anfragen dank Deiner Geschicklichkeit zurückgezogen hat, denn deren Beantwortung wäre nicht ganz leicht gewesen. Die Frage, wie sich allenfalls andere Staaten unseren Bemühungen zur regionalen Wiederaufrichtung der Wirtschaft des Donauraumes anschliessen können, ist generell überhaupt nicht geklärt worden; es wird eben zunächst davon abhängen, wer sich hiezu meldet und in welcher Form er dies tut. Sollte dieser Fall eintreten, was wir tatsächlich sehr wünschen würden, so müsste eben dann eine diplomatische oder mündliche Aussprache zwischen den drei Partnern des Römer Protokolls stattfinden, um über den Modus schlüssig zu werden. Durchaus richtig ist die von Dir nachdrücklichst vertretene Auffassung, dass das Protokoll nur bereits zwischen den drei Faktoren wiederholt besprochene Auffassungen festlegt, so dass ein „Beitritt" zu diesem Protokoll schon aus diesem Grund formal nicht gut stattfinden kann. Praktisch stelle ich mir die Sache so vor, dass ein Staat, der etwa Lust hätte, den gleichen Weg zu gehen wie wir, einem von uns oder allen dreien dies mitteilt, woraufhin wir denselben, falls wir drei dessen Anregung aufgreifen, zu eventuell gemeinsamen Verhandlungen zuziehen würden.

Was die Bemerkung Deines Mitredners betrifft, dass die Verpflichtungen des politischen Protokolles über einen Konsultativpakt hinausgehen, so hat er theoretisch vielleicht nicht unrecht. Praktisch genommen involviert ein ernstgenommener Freundschaftsvertrag eo ipso, dass man zumindest in den wichtigsten politischen Fragen nicht gegeneinander, sondern mit- oder füreinander arbeitet; übrigens beschränkt sich dieses „konforme" Vorgehen auf die alle drei Staaten zusammen angehenden Fragen bezw. auf allgemeine politische Probleme (z. B. Abrüstung u. dgl.). Dies lässt noch immer einen ziemlich breiten Raum für die Fragen offen, die eben nur den einen oder anderen der drei Staaten angehen.

Was schliesslich die von Dir berührte Frage des angeblich bevorstehenden Beitrittes Deutschland betrifft, so kann ich Dir zu Deiner Information mitteilen, dass uns bisher keinerlei Absicht der deutschen Regierung in diesem Sinne bekannt geworden ist. Nach meinem Dafürhalten ist wohl auch auf längere Zeit hinaus damit nicht zu rechnen; wir haben auch keine Eile und überhaupt nicht die Absicht initiativ mit einer Einladung vorzugehen. Wegen Deines Wunsches nach einem Entwurf für den Neutralitäts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag habe ich Ministerialrat Leitmaier um Ausarbeitung eines solchen gebeten. Ich hoffe daher, Dir in Bälde einen solchen zugehen lassen zu können.

Mit den herzlichsten Grüssen
Dein stets ganz ergebener
[Hornbostel]

[2] Liegt der Liasse nicht bei.

1449
Amtserinnerung Gesandter Hornbostel (geheim)

AdR, NPA
Österreich/Geheim 4/1
Z. 53545/13 Wien, 3. Mai 1934

Der französische Gesandte *Puaux* suchte mich gestern wegen verschiedener laufender Angelegenheiten auf und fragte mich gleich eingangs, ob der Herr Bundeskanzler mir erzählt hätte, welches der Grund seiner letzten Vorsprache beim Herrn Bundeskanzler gewesen sei. Auf meine verneinende Antwort teilt er mir mit, er habe auftragsgemäss in vertraulicher Weise persönlich beim Herrn Bundeskanzler Protest gegen den Bezug von Waffen und Kriegsmaterial aus Italien einzulegen gehabt. Er habe dem Herrn Bundeskanzler „in milder" Weise Vorwürfe deswegen gemacht, weil er (Puaux) seinerzeit durch den Herrn Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelgenheiten, wiederholt dahin informiert worden sei, dass die Gerüchte über diese Lieferungen unbegründet seien, was er auch gegenüber seinen Kollegen der Kleinen Entente mit allem Nachdruck vertreten habe, und nun auf Grund der Meldungen des *tschechoslowakischen Militärattachés*, die alle Einzelheiten enthielten, die Kleine Entente in Paris Beschwerde erhoben habe. Der einzige Ausfluss dieser Beschwerde sei der Auftrag an ihn (Puaux) gewesen, dem Herrn Bundeskanzler gegenüber Vorstellungen zu erheben.
In dem sich hierauf entspinnenden Gespräche habe ich Herrn Puaux gegenüber, ohne zuzugeben, dass ich in Kenntnis der in Rede stehenden Lieferungen sei, nachdrücklich unseren Standpunkt vertreten. Herr Puaux hob immer wieder nur hervor, dass die *Quelle* der Lieferungen und das Geheimnisvolle der Abwicklung das Verhältnis Oesterreichs zu den Kleinen Ententestaaten belaste, während doch Frankreich andauernd bemüht sei, dieses Verhältnis möglichst günstig zu gestalten. Man könne der Kleinen Entente nicht übel nehmen, dass sie – wenn sie auch von Oesterreich selbst nichts zu befürchten habe – in einer Aufrüstung Oesterreichs, ganz abgesehen von der Verletzung der Friedensverträge, die Gefahr erblicke, dass Italien sich für einen Konfliktfall in Oesterreich und Ungarn eine Art Waffendepot errichte. Puaux hoffe, dass die Angelegenheit keine Weiterungen mehr haben werde und wies zum Schlusse noch darauf hin, dass Oesterreich ja, wenn es zu seiner Verteidigung Material benötigte, den offenen Weg hätte beschreiten können, der mit Erfolg in Angelegenheit der Schaffung des Militärassistenzkorps voriges Jahr beschritten worden war.

Anmerkung:
Auffallend ist hiebei, dass die Angelegenheit scheinbar wieder durch den tschechoslow. Militärattaché wahrheitsgetreu seiner Regierung berichtet wurde, woraus geschlossen werden muss, dass auch der neue Militärattaché über Informatoren an den in Betracht kommenden Stellen verfügt.

1450
Amtserinnerung Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 53646/13 Wien, 4. Mai 1934

Die Aufzeichnung, die der deutsche Gesandte am 25. d. M. Herrn Generalsekretär Peter überreicht hat[1], zeigt einwandfrei:

[1] *Aufzeichnung der deutschen Gesandtschaft, Wien, 4. Mai 1934:*
Die Deutsche Regierung hat die Anregung Richtlinien für die Behandlung der deutsch-österreichischen Rundfunk- und Pressepolemik sowie der Vertreter reichsdeutscher Blätter in Österreich aufzustellen, eingehend geprüft. Danach ist folgendes zu bemerken:
Auch die Deutsche Regierung ist der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, wenn sich die Presse auf beiden Seiten befleißigte, in ihren Äußerungen Maß zu halten und für eine objektive Berichterstattung Sorge zu tragen. Was die deutsche Presse und den deutschen Rundfunk betrifft, so haben sie sich seit geraumer Zeit bemüht, der Österreichischen Regierung und den österreichischen Verhältnissen gegenüber in ihrer Berichterstattung eine durchaus maßvolle Haltung einzunehmen und ihrerseits jede Verschärfung des deutsch-österreichischen Verhältnisses zu vermeiden. So berichtet z. B. nicht nur das Deutsche Nachrichtenbüro, sondern auch die deutsche Presse und der deutsche Rundfunk allgemein in durchaus sachlicher Weise über die Reden und Äußerungen der österreichischen Staatsmänner, während die österreichische Presse und der österreichische Rundfunk nach wie vor die Reden und Äußerungen deutscher Staatsmänner bewusst unberücksichtigt lässt. Wenn die deutsche Presse von ihrer grundsätzlich maßvollen Linie in Einzelfällen abgewichen ist, so lag und liegt dies lediglich daran, daß sie durch die Haltung der österreichischen Presse, des österreichischen Rundfunks und insbesondere des Bundeskommissariats für Propaganda immer wieder zur Abwehr gezwungen wurde. Die deutsche Presse kann aber ihre bisherige Haltung auf die Dauer nur beibehalten, wenn endlich auch von österreichischer Seite die sich nach wie vor täglich wiederholenden Angriffe gegen Deutschland und seine führenden Männer unterbleiben. Der Österreichischen Regierung dürften hierzu genügend Einwirkungsmöglichkeiten auf Presse und Rundfunk zur Verfügung stehen.
Danach scheinen der Deutschen Regierung besondere Vereinbarungen nicht erforderlich. Auch erscheinen die in Aussicht genommenen Formulierungen vielfach zu kompliziert, um die Gefahr von Auslegungsschwierigkeiten und unklaren Tatbeständen auszuscheiden, so daß durch Vereinbarungen auf dieser Basis eher eine Erschwerung als eine Erleichterung des gesamten Fragenkomplexes zu besorgen wäre.
Ebenso erscheint es der deutschen Regierung nicht ratsam, die Frage der Behandlung der reichsdeutschen Pressevertreter in Wien auf dem Boden der Reziprozität zu lösen. Nach Ansicht der Deutschen Regierung kommt es vielmehr darauf an, daß die Diskriminierung der deutschen Pressevertreter durch die österreichischen Behörden baldigst abgestellt und ihnen in Österreich dieselbe Behandlung zuteil wird, wie sie den Pressevertretern anderer großer Länder zugebilligt ist.
Wiewohl also die Deutsche Regierung den Abschluss von Vereinbarungen gegenwärtig weder zweckmäßig noch für praktisch durchführbar hält, wird sie auch weiter bemüht bleiben, auf die deutsche Presse und den deutschen Rundfunk unter der Voraussetzung in mäßigendem Sinne einzuwirken, daß nunmehr auch die Österreichische Regierung in der gleichen Weise auf ihre Presse und

1.) Dass die Deutsche Regierung neuerlich die Frage der Reziprozität bewusst aus dem Wege geht, was besonders deutlich aus dem Passus hervorgeht: „Ebenso[2] erscheint es der deutschen Regierung nicht ratsam, die Frage der Behandlung der reichsdeutschen Pressevertreter in Wien auf dem Boden der Reziprozität zu lösen“ und zwar unmittelbar nach Ablehnung einer besonderen Vereinbarung. Der Grund für die Ablehnung ist gleichfalls aus dem zitierten Absatz ersichtlich: Deutschland nimmt den Machtstandpunkt ein, indem es von Pressevertretern „anderer grosser Länder“ spricht.
2.) Dass wieder deutscherseits an dem Standpunkt festgehalten wird, Oesterreich wäre der Angreifer und Deutschland gebe sich rührenderweise alle Mühe, die deutsche Presse und den Rundfunk mässigend zu beeinflussen.
3.) Dass die Initiative wieder dem Herrn Bundeskanzler in die Schuhe geschoben wird, obwohl bekanntlich der Versuch von Gesandten *Rieth* angeregt und am 16. v. M. das Einvernehmen darüber erzielt worden war, die Angelegenheit vorläufig als eine zwischen Gesandten *Ludwig* und Herrn von *Hagen* spielende aufzuzäumen.
4.) Dass die deutsche Regierung die Berichterstattung des DNB (Baron *Hahn)*als sachlich hinstellt, obwohl sattsam bekannt ist, in welchem Sinne Hahn seine offizielle Berichterstattung auf privatem Wege zu ergänzen pflegt (Vorfall mit der Meldung des Protestes der österr. NSDAP anlässlich der letzten Nationalrats-Sitzung).

1451

Aufzeichnung Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (geheim)

AdR, NPA
Türkei/Geheim
Z. 54225/13 [Wien, 19. Mai 1934]

Unterredung des H. Bundeskanzlers mit dem türkischen Aussenminister Tevfik Rüştü Bey, im Grand Hotel

Folgende Fragen wurden berührt, wobei lediglich T. Rüstü Bey das Wort führte und der H. BK. nur Fragen stellte:

---

ihren Rundfunk Einfluss nimmt. Dabei erwartet die Deutsche Regierung vor allem, daß auch die Verlautbarungen der amtlichen österreichischen Nachrichtenstelle wie sonstiger amtlicher Organe, insbesondere des Bundeskommissariats für Propaganda, sich in diesem Rahmen einfügen werden.

[2] Handschriftliche Bemerkung „(also gleich im vorangehenden Absatz)“

Durchreise Litwinow's, dessen Absichten hinsichtlich Völkerbund, die osteuropäische und Mittelmeer-Frage, das Verhältnis der Türkei zu Italien, Balkanpakt.
Bezüglich *Litwinow's* erzählte T. R.: er habe Litwinow von Ankara aus geschrieben, er hoffe ihn irgendwo vor der Genfer Tagung zu sehen und würde trachten, mit ihm in Berlin oder anderwärts zusammenzutreffen; L. habe nach Bukarest wissen lassen, dass er über Wien nach Genf fahren werde, um mit *Barthou* zusammenzutreffen. Litwinow sei auch am 16 d. M. abds. in Wien eingetroffen und den nächsten Tag nach Genf weitergereist /interessant ist, dass unsere Polizei trotz rechtzeitigen Aviso's durch uns auch heute keine Meldung darüber hat!!! falscher Name??/.
Litwinow habe T. R. wiederholt seine „Befriedigung" mit der Aussenpolitik des H. BK. und mit der italienischen Mitteleuropa-Politik geäussert.
Hinsichtlich des Eintrittes Sowjetrusslands in den V.B. bestehe auf Seite Litwinows jetzt „eine grössere Geneigtheit"; der faktische Eintritt hänge davon ab, wie sich die Grossmächte die „organisation de la paix" vorstellen, an der die Sowjets teilnehmen wollen, wenn sie ernst u. praktisch wirksam gedacht sei. Die Türkei sowie Frankreich seien jedenfalls sehr bemüht, die Sowjets zum Eintritt zu bewegen.
Die Aufnahme der normalen diplom. Beziehungen zwischen der kl. Entente u. den Sowjets stehe sehr nahe bevor; es seien noch wenige unwichtigere Fragen vorher zu bereinigen. Die Aufnahme der Beziehungen werde ein ziemlich schwerer Schlag für Polen und Deutschland sein.
Auf die Frage, wie sich T. R. die „Grossmacht"-Politik Polens vorstelle, meinte T. R., dass Polen doch nur nach Norden Expansionsmöglichkeiten habe, wenn es auch gewiss wirtschaftlich nach dem Südosten gravitiere. Wenn Titulesco, wie T. R. hoffe, seine Beziehungen zu den Sowjets auf eine feste Basis bringe – woran T. R. intensiv mitarbeite – würde auf Jahre hinaus die Stellung Rumäniens, auch mit Hilfe Frankreichs, das diese Politik begünstige, wesentlich gestärkt werden. Das würde anderseits die Bedeutung des polnisch-rumänischen Bündnisses vermindern und Polen zur neuerlichen Annäherung an Frankreich zwingen. Daran, dass Rumänien den Weg der Politik mit Deutschland und Polen einschlage, sei nicht zu denken, da ja doch Sowjetrussland der wichtigste Nachbar Rumäniens sei.
Bei Behandlung der osteuropäischen Fragen trat sehr deutlich eine starke Animosität T. R. gegen *Italien* zu Tage. Er zählte unter den nach seiner Meinung bestehenden Kriegsgefahren auf: ferner Osten (Hineinziehung der Sowjets, vor allem aber der Ver. Staaten und der europ. Grossmächte), Fiasko der Abrüstungsfrage und *Italien* (!).
Bezüglich Italiens klagte T. R. darüber, dass trotz der von ihm eingeleiteten Freundschaftspolitik (1927) Italien nicht aufrichtig sei. So hätte es vor Abschluss des Balkanpaktes – und dies sei (sagte er!) einer der Gründe zu demselben gewesen – die Türkei ersucht, auf Griechenland, mit welchem gleichfalls ein Freundschaftsvertrag Italien verbinde, einen Druck zu dem Zwecke auszuüben, dass es Bulgarien durch territoriale Gebietsabtretungen befriedige; das hätte T. R. sehr

beunruhigt, da er hierin wieder eine Einmischung einer Grossmacht in Balkanangelegenheiten und einen Akt der Felonie gegen einen Freund Italiens erblickte. Weiters sei für die Türkei die Bewaffnung der Dodekanes-Inseln sehr beunruhigend. Diese Politik Italiens sei grundfalsch: wollte es sich damit in einem Konfliktsfall mit Frankreich zur Approvisionierung der italien. Armee aus den östlichen Getreideländern einen Stützpunkt schaffen, so sei zu sagen, dass dieser Stützpunkt *gegen* die Türkei und Sowjetrussland nichts wert sei, da die Inseln von der anatolischen Küste aus mit weittragenden Geschützen u. aus der Luft schachmat gesetzt werden können; im Gegenteil, benötige Italien, wenn es mit der Türkei u. den Sowjets gut stehe, keine Bewaffnung der Inseln. Es sei der Türkei auf Grund dieser beiden „malentendus" folgende Alternative offengestanden: entweder das italienische Manöver durch ein Einschwenken in die Politik der Gegner Italiens zu paralysieren, was T. R. seinem Grundsatze treu, dass die Grossmächte von den Balkanfragen ferngehalten werden sollen, nicht wollte /zu Frankreich steht er aber sichtbar trotzdem viel intimer als je zuvor!/ oder aber sich militärisch so zu rüsten, dass er praktisch die Bewaffnung der Inseln aufhebe – Letzteres habe die Türkei zu tun beschlossen und werde seine 250 Kampfflieger auf 450 ergänzen müssen und noch weittragende Geschütze anschaffen, ausserdem die Befestigung der Dardanellen (für die das Geschützmaterial bereits vorhanden sei) um jeden Preis durchsetzen.

Trotz dieser gegenwärtigen Situation hinsichtlich Italiens, beharre T. R. auf dem Standpunkt, dass das Ideal eine Freundschaft zwischen der Türkei, Griechenland und Italien sei, wodurch allein das östliche Mittelmeerbecken pazifiziert und allfälligen zukünftigen Konflikten entrückt werden kann. Er will daher auch „ehrlich" danach streben, die Dinge wieder einzurenken. Er habe schon sehr besänftigende Interpretationen H. Mussolini's zu seiner „unglücklichen" Rede erhalten, freue sich sehr über ein in den letzten Tagen erschienenes Interview Mussolini's im „Daily Telegraph", das er in der türk. Presse sogleich kommentieren liess, und hofft schliesslich sich in Genf mit H. Suvich aussprechen zu können – den er allerdings für nicht ganz unschuldig an der gegenwärtigen Spannung hält, da „während der Amtszeit Grandi's es 6 Jahre lang zu keinen Missverständnissen gekommen sei". An eine Reise nach Italien könne er mit Rücksicht auf die sehr aufgebrachte türk. öffentliche Meinung, die bekanntlich hyperempfindlich sei, vorläufig nicht denken.

Auf eine Andeutung des H. Bk., dass er gerne bereit wäre, gelegentlich einmal mit H. Mussolini über diese bedauerlichen Missverständnisse zu sprechen und an der Entspannung mitzuwirken, dankte T. R. sehr herzlich, indem er dieses Anerbieten (ohne allzu grossen Enthusiasmus) annahm und betonte, die Türkei habe Zeit und solche Dinge müssten Schritt für Schritt ohne Hast sich von selbst allmählig wieder ausgleichen.

Bezüglich des *Balkan-Paktes* erklärte T. R., dass der Pakt absolut nichts gegen Italien im Schilde führe. Wenn Italien die Balkanstaaten nicht dazu zwinge, so werde

der Pakt bleiben, was er ist: eine Friedensgarantie der inneren Balkangrenzen. Wenn Italien aber intriguieren sollte, müsste an den Ausbau des Paktes gedacht werden, der in keiner Weise die italienischen Interessen, vor allem nicht die Adria, irgendwie tangiere. Die Türkei habe nichts gegen den italienischen Vorposten in Dalmatien und Albanien – nur gegen den auf den Dodekanes-Inseln! (Naturgemäss verschwieg T. R. trotz mehrfacher Sondagen durch den H. BK die Schwierigkeiten, die sich bezüglich des Paktes für die Beteiligten schon ergeben haben). Hinsichtlich der Versetzung u. Beförderung *Hamdi* Bey's drückt der H. BK sein Bedauern über den Abgang des Genannten aus, worüber T. R. sehr überschwänglich dankte und versicherte, er werde uns einen der besten Leute der Türkei schicken, Rüşen Eşref Bey, den gegenwärtigen Gesandten in Tirana. Zunächst werde er einen seiner Mitarbeiter des Aussenamtes (Levat Bey) mit dem Rang eines Gesandten, aber als Chargé d'affaires, für 6 Monate nach Wien schicken, da Rüşen erst ganz kurz in Tirana sei, von wo er ihn nicht so rasch abziehen könne, da seine Ernennung nach Tirana in Italien grosses Aufsehen gemacht habe (Rüşen Esref war Kabinettschef des Präsidenten und ist einer seiner intimsten Vertrauten). In 6 Monaten werde er den Wiener Geschäftsträger nach Tirana schicken u. Rüşen komme nach Wien.

1452

Gesandter Hornbostel an alle Gesandtschaften[1]

Zirkularerlass

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 54747/13 Wien, 8. Juni 1934[2]

Herr Gesandter,
Herr Geschäftsträger,
Die seit länger als ein Jahr gegen Oesterreich geführte Hetzkampagne der deutschen Nationalsozialisten hat nach einer unter dem Eindrucke der Februarereignisse eingetretenen, mehrere Wochen andauernden, ziemlich fühlbaren Abnahme wieder den Höhepunkt erreicht, auf welchem sie zuletzt in den ersten Wochen des laufenden Jahres gestanden hatte. Es wird auch jetzt der gleiche reichhaltige Propagandaapparat, der von der mündlichen Propaganda angefangen über die durchgehende inspirierte u. unkontrollierte deutsche Presse, den staatlich geleiteten

[1] Mit Ausnahme von Moskau, Rio de Janeiro und Kairo.
[2] Expediert am 9. Juni.

Rundfunk, die ausgedehnte, seitens der deutschen Regierungs- und Parteikreise wirksam begünstigte Agitation des „Kampfringes der Deutsch-Oesterreicher im Reiche“ bis zu den nachweislich von Partei- und Immigrantenkreisen in Deutschland dirigierten Terrorakten sämtliche Möglichkeiten der Verhetzung und Beunruhigung sowie der Erfindung, Verdrehung und Verfälschung von Nachrichten erschöpft, in ununterbrochener Folge gegen Oesterreich aufgeboten. Wenn auch das Endziel dieser terroristischen Aktion wohl die „Gleichschaltung“ Oesterreichs geblieben sein dürfte, die vom nat.soz. Regime in Deutschland als einziger aussenpolitischer Erfolg angestrebt und ersehnt wird, so lässt doch eine Zusammenfassung der jetzt gegen das herrschende österr. Regime gerichteten nat.soz. Aktivität deutlich erkennen, dass sich diese Gegner Oesterreichs vorerst das konkrete Ziel gesteckt haben, Oesterreichs Wirtschaft durch die Vernichtung des für sie unentbehrlichen Fremdenverkehrs empfindlich zu treffen. In der Tat richten sich Presse- und Radiohetze, Propaganda von Mund zu Mund, durch Agenten, Schriften und Flugzettel, wie auch die verbrecherischen Terrorakte im wesentlichen gegen den Fremdenverkehr unseres Landes, der trotz der vor einem Jahre verhängten Absperrung des deutschen Fremdenzuzuges nach Oesterreich bei weitem nicht die erwartete zahlenmässige Schrumpfung erfahren, ja in qualitativer Beziehung sogar eine beträchtliche Aufwärtsentwicklung gezeigt hat.

Es ist der Bundesregierung aus zahlreichen übereinstimmenden Informationen bekannt, dass die oben angedeutete feindselige Tätigkeit dieser Auslands- und Emigrantenkreise in der nächsten Zeit wenn möglich noch eine weitere namhafte Steigerung erfahren und es insbesondere versucht werden soll, die Propaganda in jenen Ländern noch intensiver zu gestalten, aus welchen vornehmlich der nach Oesterreich fliessende Touristenstrom gespeist wird. Nebst Beeinflussung der Presse in den in Betracht kommenden Ländern durch Ueberschwemmung mit gefälschten oder masslos übertriebenen Nachrichten, die erfahrungsgemäss grösstenteils aus halbamtlichen deutschen Nachrichtenquellen stammen, soll eine intensive Propaganda durch Verteilung von Flug- und Hetzschriften und durch mündliche Verbreitung alarmierender Gerüchte im Wege eines ausgebreiteten nat. soz. Agentennetzes betrieben werden.

Die Bundesregierung stellt diesen, allen Begriffen von Ethik und Zivilisation, wie sie Gemeingut der Kulturwelt sind, hohnsprechenden Versuchen der schweren wirtschaftlichen Schädigung eines kleinen europäischen Kulturstaates gegenüber fest, dass sie nicht nur gewillt, sondern auch vollkommen in der Lage ist, Ruhe und Ordnung im Lande wie bisher aufrecht zu erhalten und auch auf die Mithilfe der friedliebenden überwältigenden Mehrheit der österr. Bevölkerung rechnen kann, die der ausgezeichneten staatlichen Exekutive vollstes Vertrauen und den schmählichen Attentaten auf ihren Lebenserwerb Verachtung und Groll entgegenbringt. Ihr Ziel werden die Gegner nie und nimmer erreichen und dies umso weniger, je intensiver sich das Ausland, der Kulturgemeinschaft der zivilisierten Völker bewusst, den verbrecherischen Machenschaften der Friedensstörer widersetzt.

Ich beehre mich Sie zu ersuchen, vorstehenden Gedankengang in weitestgehendem Masse in Ihren Gesprächen zu verwerten und auch an die Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, namens der Bundesregierung das eindringliche Ersuchen zu richten, Oesterreich – nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Vermeidung weiterer Unruhemomente in Europa – durch eine möglichst nachdrückliche Förderung, insbesondere des saisonmässigen Sommer-Fremdenzuzuges in das dem Ausländer bekanntermassen reichsten Natur- und Kunstgenuss bietende Land zu unterstützen. Zur allfälligen Verwertung anlässlich Ihres Schrittes bei der dortigen Regierung liegt der Entwurf einer Notiz bei[3], die Sie gegebenenfalls hinterlassen wollen.
Empfangen Sie …

1453

Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Rintelen (Rom)

Telegramm Nr. 21 (in Ziffern)

AdR, Wien, 10. Juni 1934
Gesandtschaft Rom (15.00)

Terroristische Aktivität der Nationalsozialisten zeigt in den letzten Tagen bisher nicht erreichte Höhe. Anstiftung und Leitung geht nach einwandfreien Beweisen von sogenannter Landesleitung in München aus. Ueber Vorfallenheiten der letzten Tage hat hiesiger ital. Gesandter Herrn Mussolini eingehend informiert.
Wollen Sie sich sogleich zu Herrn Suvich begeben, und ihm unter Hinweis Vorstehendes Folgendes mitteilen:
Die Bundesregierung ist fest entschlossen diesem verbrecherischen Treiben mit allen Mitteln und raschestens ein Ende zu bereiten und hat bereits wirksame Massnahmen getroffen (verschärfte Handhabung des Standrechtes, rücksichtlose Säuberung Beamtenkörpers, Vermehrung Gendarmerie und Polizei, Bildung von Ortswehren, Verstärkung militärischen Schutzes an österr.-deutscher Grenze).
Die Bundesregierung ist sicher, die Situation allein meistern zu können. *Es wäre* trotzdem für uns von grösstem Wert, wenn Herr Mussolini hinsichtlich seiner voraussichtlich baldigen Zusammenkunft mit Hitler die ihm möglich erscheinenden Konsequenzen aus der gegeben[en] Situation ziehen könnte. In diesem Zusam-

[3] Liegt dem Akt bei.

menhang wirft sich auch die Frage auf, ob es nach Auffassung Herrn Mussolini's unsere Situation unterstützen würde, den seinerzeit aufgeschobenen Entschluss den Völkerbund mit unserem Konflikt mit Deutschland zu befassen und die Frage zu internationalisieren im Hinblick auf die heute eine wesentliche Verschärfung aufweisende Lage der Dinge, neuerlich in Erwägung zu ziehen. Dollfuss. Vollzug und Aufnahme drahten,

Aussenamt

1454
Gesandter Marek an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 322/Pol. (vertraulich)

AdR, NPA
Tschechoslowakei I/1
Z. 54965/13 Prag, 14. Juni 1934

Herr Bundeskanzler,
Im Anschlusse an die Demarche, die ich heute im Sinne des Erlasses vom 8. Juni Zl. 54.747-13[1] /mein Bericht Zl. 321/Pol.[2] vom heutigen Tage/ bei Herrn Dr. Beneš unternommen habe, entwickelte sich zwischen uns ein längeres Gespräch, dessen einzelne Teile, wie Herr Dr. Beneš betonte, allerdings nicht zur Weitergabe bestimmt sein sollten, da sie eigentlich nur seine eigenen Gedanken über die österreichische Politik wiedergegeben und in Wien nicht missverstanden werden sollen.
Der Minister beobachte die Entwicklung der Verhältnisse in Oesterreich mit der grössten Aufmerksamkeit und er habe seine Ansichten erst vor kurzem auch dem italienischen Gesandten gegenüber entwickelt, der ihn im Auftrage Herrn Mussolinis nach seiner Meinung über die österreichischen Verhältnisse befragte. Auch in Italien herrsche eine gewisse Angst und Nervosität darüber, wie sich die Dinge in Oesterreich weiter entwickeln werden und welche Konsequenzen sich aus den gegenwärtigen unklaren Verhältnissen ergeben könnten.
Dr. Beneš wolle betonen, dass er die Bemühungen der Bundesregierung mit grösster Sympathie verfolge und ihr in ihrem heroischen Kampf gegen den Ansturm der braunen Propaganda den besten Erfolg wünsche. Es kränke ihn, dass man an diese Sympathien in Wien scheinbar nicht immer glaube und dass man

[1] Bei AdR, NPA, Tschechoslowakei I/1.
[2] AdR, NPA, Tschechoslowakei I/1, Z. 54964/13.

von höchster Stelle die Ansicht vertreten höre, Beneš verderbe uns alles. /So z. B. in Bezug auf die österreichisch-italienischen Verhandlungen./ Dies sei einfach nicht wahr. Allerdings habe der Minister den Eindruck, dass auch heute noch in Oesterreich eine Politik von heute auf morgen gemacht werde und dass man sich doch endlich einmal für eine definitive Linie entscheiden müsste. Seine Haltung in Bezug auf Oesterreich sei seit 15 Jahren die gleiche, es habe sich vielleicht seine Taktik der momentan gegebenen Situation angepasst, er sei manchmal zurückhaltender gewesen /unter Dr. Schober/, ein anderesmal mehr aus sich heraus gegangen. Immer aber sei es sein Bestreben gewesen, mit uns eine möglichst innige Zusammenarbeit zu erzielen und wenn es dazu noch nicht gekommen ist, so trage nicht er die Schuld daran. Im ureigensten Interesse der Tschechoslowakei sei es gelegen, Oesterreich gegen Hitler zu helfen und mit Oesterreich sich in allen Wirtschaftsfragen vernünftig zu verständigen. Warum sollte dies nicht möglich sein?

Nun scheine aber in Oesterreich ein gewisses Misstrauen und eine gewisse Nervosität gegenüber der Tschechoslowakei zu herrschen und diese übertrage sich dann auch auf die tschechoslowakische Oeffentlichkeit. Dr. Beneš könnte die öffentliche Meinung in seinem Land und insbesondere auch die Haltung der beiden sozialdemokratischen Parteien viel leichter meistern und ihren Widerstand gegenüber dem heutigen österreichischen Regime überwinden, wenn die Unsicherheit, was die österreichische Politik will und wohin sie zielt, hier verschwinden würde. Der Minister betone nochmals, dass er allen Grund habe, das heutige Regime in Oesterreich, das die österreichische Selbständigkeit wolle, zu unterstützen und auch in Italien sei man schon zu der Ueberzeugung gelangt, dass sich die Tschechoslowakei mit Oesterreich einigen müsse.

Dr. Beneš glaube aber, man müsse noch weiter gehen und es müssten sich alle europäischen Staaten hinsichtlich der Stellung und des Bestandes Oesterreichs einigen und endlich ein Definitivum schaffen, an dem niemand rütteln könnte. Wenn ein solches Definitivum auch unter den Grossmächten geschaffen werden würde, müsste es schliesslich auch von Deutschland akzeptiert werden. So lange aber irgendeine Grossmacht über einen der mitteleuropäischen Staaten einen besonderen und über die anderen hinausgehenden Einfluss ausüben werde, werde keine Ruhe sein. Deshalb wiederhole Dr. Beneš immer wieder seine These, die kleinen mitteleuropäischen Staaten sollen sich von den Grossmächten unabhängig machen, das heisse in Bezug auf Oesterreich gewiss nicht, dass wir nicht z. B. mit Italien ein besonderes wirtschaftliches Regime aufrichten dürften, im Gegenteil, dieses bilde kein Hindernis für die Befriedigung und sei zu begrüssen, wenn es uns wirtschaftliche Vorteile bringe. Im grossen Ganzen aber sollten sich die mitteleuropäischen Staaten ein Beispiel am Balkanpakt nehmen, der die Selbstbestimmung der beteiligten Balkanstaaten aufgestellt und den direkten Einfluss der Grossmächte ausgeschaltet habe. Aus den gleichen Erwägungen habe sich Dr. Beneš gegenüber allen Annährungsversuchen Herrn Hitlers ablehnend ver-

halten, weil er Deutschland nicht den Vorwand geben wolle, sich in die mitteleuropäischen Probleme einzumischen. Das mitteleuropäische Problem müsse ganzeuropäisch gelöst werden.
Wir stehen, fuhr der Minister fort, vor einer neuen Wendung in der europäischen Politik. Der Eintritt Russlands in die europäische Politik sei ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung und man werde in Hinkunft mit Russland rechnen müssen. So merkwürdig es klinge, sei es doch eine Tatsache, dass das bolschewistische Russland als ein konservatives Element in die europäische Politik eintrete und sich gegen jeden Revisionismus wehren würde. Automatisch werde wiederum die Frage aufgeworfen werden, wie das zentraleuropäische Problem zu lösen wäre und Russland werde gegen den Anschluss, gegen die Revision und gegen Habsburg sein, weil sich eine entgegengesetzte Lösung gegen die Sowjets kehren würde.
Auch Oesterreich werde zu der neuen Konstellation in Europa irgendwie Stellung nehmen müssen. Die Verhandlungen in Genf haben gezeigt, dass sich ein neues Gleichgewicht in Europa bildet. Frankreich und Russland trachten zu einer engen politischen Zusammenarbeit mit der Kleinen Entente zu kommen und eine Verständigung Frankreichs mit Italien sei in den Bereich naher Möglichkeit gerückt. England werde gegen diese Bestrebungen bestimmt nicht feindselig auftreten. Frankreich habe seine Idee eines Paktes d'assistance mutuelle in Berlin und Warschau notifizieren lassen, es soll eine Art Ost-Locarno gebildet werden, dem vorerst Deutschland, Polen, Russland und die Tschechoslowakei angehören würden. Es würde sich nicht nur um einen Nicht-Angriffspakt handeln, sondern auch um die gegenseitige Unterstützung wenn einer der Kontrahenten einen andern Vertragspartner angreifen sollte oder wenn eine aussenstehende Macht einen Angriff gegen eines der Paktmitglieder unternehmen würde. Dieser Gruppe könnten dann auch die baltischen Staaten beitreten. Frankreich würde allenfalls, wenn es nicht selbst auch dem Pakte angehören würde, als Garant fungieren. Deutschland hätte so die einzigartige Gelegenheit, sich mit Frankreich zu einigen. Es hätte die Beruhigung, dass es, wenn es angefallen werden würde, nicht allein stünde, denn auch die Tschechoslowakei würde in diesem Falle mit Deutschland gehen. Sollten Deutschland und Polen diese Gelegenheit vorübergehen lassen und den französischen Vorschlag nicht akzeptieren, so würden sie dadurch dokumentieren, dass sie den Frieden nicht wollen. Käme der Pakt zustande, so würde er die Ouvertüre zu weiteren Verhandlungen in Europa bilden. Für den Frieden Europas wäre dieser von ausschlaggebender Bedeutung. Der Krieg im fernen Osten zwischen Russland und Japan scheint unvermeidlich zu sein und die Staaten Europas müssten alles daran setzen, um nicht mit hinein gerissen zu werden.
In Parenthese möchte ich bemerken, dass mir Herr Dr. Krofta gestern Abend erzählte, man sei in Moskau überzeugt, dass Deutschland und Polen, trotz des Nicht-Angriffspaktes des letzteren mit Russland, im Falle eines bewaffneten Konfliktes der Sowjetunion mit Japan in die Ukraine einfallen wollen, um diese

untereinander aufzuteilen. Dies würde auch die Tschechoslowakei wegen Karpathorussland berühren. Herr Litwinow setze alles daran, um in Europa den Rücken gedeckt zu haben und diesen Erwägungen entspringe wohl auch der Gedanke des Ost-Locarnos.
Man dürfe sich, meinte Herr Dr. Beneš weiter, keinen Illusionen darüber hingeben, dass die Sowjetunion in Europa eine andere Politik machen werde, als das zaristische Russland. Trotz anderer Ideologien und anderer Methoden sei es egal, ob Herr Litwinow oder Herr Iswolski die russische Aussenpolitik führen. Man beginne in Russland neuestens auch den Patriotismus zu wecken und zu pflegen.
Die zweite Etappe der grossen europäischen Politik wäre dann ein Uebereinkommen im Mittelmeer, wobei Italien, Frankreich und die Balkanstaaten beteiligt wären.
Im grossen Ganzen sei der Minister für die Zukunft wieder sehr optimistisch geworden, mit dem Zustandekommen der Pakte werde die Securité gegeben und damit die Basis für die Abrüstung gefunden sein.
Die durch den neuen Paktvorschlag geschaffene Situation werde bestimmt einen der Hauptpunkte der Verhandlungen Herrn Mussolinis mit Hitler in Venedig bilden. Ob das jetzige Hitlerdeutschland dem Pakt beitreten werde oder ein anderes Deutschland, sei schliesslich irrelevant. Heute mache sich selbst der orthodoxe Nationalsozialist kein Hehl mehr daraus, dass das Regime in Deutschland gänzlich versagt habe. Beneš könne mir im Vertrauen sagen, dass er mit dem heutigen Regime in Deutschland nicht mehr rechne, womit nicht gesagt sei, dass sich Hitler persönlich nicht in irgendeiner Form noch halten werde, vielleicht als Mitglied einer künftigen anderen Regierung oder als Nachfolger Hindenburgs. Jedenfalls sei die tschechoslowakische Aussenpolitik auf jede Eventualität vorbereitet und auch Oesterreich sollte dies sein. Für die Wiener Bundesregierung gelte jetzt mehr denn je der kategorische Imperativ: Durchhalten, durchhalten, durchhalten!
Dr. Beneš persönlich glaubt, dass wir bald vor einem neuen Deutschland stehen werden. Es habe sich gezeigt, dass die Durchführung der nationalsozialistischen Theorien über jedwede menschliche Kraft geht und dass man von ihnen ablassen müsse. In Deutschland dürfte über kurz oder lang wahrscheinlich ein Militärregime kommen, welches weitaus gemässigter sein werde, als die heutige Regierung, welches dem Anschluss abschwören, sich mit Frankreich verständigen wird und gerne einer 30–40 jährigen Friedensperiode das Wort sprechen wird, um Ruhe zur wirtschaftlichen Konsolidierung des Reiches zu haben. Dies werde auch für Oesterreich von weittragender Bedeutung sein. Aus diesem Grunde, glaubt Herr Dr. Beneš, müsste man in Wien ganz planmässig die Annäherung an die anderen mitteleuropäischen Staaten vorbereiten, umsomehr, als doch die heutige Regierung, die keine Auseinandersetzungen im Parlament zu fürchten hat, bestimmt die Macht hätte, etwas ähnliches durchzusetzen.

Es unterliege keinem Zweifel, dass Herr Mussolini in Venedig mit Herrn Hitler auch über das österreichische Problem sprechen wird. Italien werde Ruhe für Oesterreich verlangen und Hitler werde ja sagen. Nachher werde aber alles beim Alten bleiben.
Am Hradschin wisse man positiv, dass auch Herr Mussolini bereits gewichtige Zweifel im Hinblick auf den Bestand des Hitlerregimes in Deutschland habe und er werde sich Herrn Hitler gegenüber nicht binden. Im übrigen wolle Herr Mussolini auch keine wirkliche Hilfe für Deutschland und er könne sie übrigens Deutschland auch gar nicht bringen und wenn man in Venedig zu einer Verständigung in der Abrüstungsfrage gelangen wird, in der Italien Herrn Hitler entgegenkommen möchte, so werde dies schon sehr viel sein.
In Bezug auf die österreichische Politik möchte Herr Dr. Beneš nochmals wiederholen: Es sei eine Tatsache, dass der Bundeskanzler und seine Regierung entschlossen sind, Oesterreichs Selbständigkeit zu erhalten. Diese Selbständigkeit müsse aber ganz fest verankert werden und dies könne nur von einem europäischen Gesichtspunkt aus geschehen. Deutschland müsse klipp und klar wissen, dass Europa den Anschluss nicht erlaube und es müsse jedweder Zwiespalt aus der Welt geschafft werden, der immer wieder auf dem Rücken Oesterreichs ausgetragen wird, kurz und gut, Oesterreich müsse aufhören, der Sündenbock für andere zu sein. Die künftige Entwicklung der europäischen Politik weise Oesterreich auf den Weg der Verständigung mit den anderen mitteleuropäischen Staaten, namentlich auch mit der Kleinen Entente. Auch Italien suche jetzt, sich der Kleinen Entente zu nähern und Oesterreich sollte es ebenfalls tun. Dr. Beneš begreife sehr wohl, dass man sich in Wien mehr zu den Ungarn hingezogen fühle, als zu den Tschechen und er verstehe die inneren Beweggründe, die uns dazu treiben. Aber gerade dadurch werde in der tschechoslowakischen Oeffentlichkeit ein gewisses Misstrauen wach gehalten, welches nur durch ein positives Verhältnis zwischen Prag und Wien beseitigt werden könnte. Was Dr. Beneš wünschen würde, wäre die Aufrechterhaltung von mehr Kontakt und mehr Vertrauen zwischen Wien und Prag. Man solle endlich glauben, dass die Prager Regierung von guten Absichten Oesterreich gegenüber erfüllt sei, dass die Prager Regierung insbesondere nicht irgendwie feindlich dem jetzigen österreichischen Regime gegenüber eingestellt sei, welches sie als eine rein interne Angelegenheit des Nachbarstaates betrachte und akzeptiere. Und nur die Wiederkehr des Vertrauens und ein positiver Kontakt mit Wien würde dem tschechoslowakischen Aussenminister die Handhabe bieten, auch dem „bornierten Parteigetue“ der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten energisch Einhalt zu tun.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1455

Gesandter Rintelen an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 30

AdR, Rom, 16. Juni 1934
Gesandtschaft Rom (19.00)

Ueber Ergebnisse Venediger Zusammenkunft liegen bis zur Stunde im hiesigen Aussenamt keine Mitteilungen vor. Suvich, Aloisi und Buti werden nicht vor Montag in Rom erwartet.
Virginio Gayda bringt in eben erschienen von Venedig datierten Leitartikel des „Giornale d'Italia" eingehendes Resumé der Besprechungen. Mit Bezug auf das österreichische Problem sei zwischen Mussolini und Hitler die Präzisierung folgender 3 Punkte erzielt worden:
1) die Unabhängigkeit Oesterreichs ist ausser Frage und darf nicht angetastet werden.
2) Zusammenarbeit der beiden Staaten im Interesse einer möglichst schleunigen Rückkehr zu normalen innerpolitischen Zuständen in Oesterreich.
3) Die beiden Staaten verpflichten sich die gemeinsame Prüfung des Problems und der gegenständlichen Besprechungen fortzusetzen.
Hierin sei eine bemerkenswerte Möglichkeit der Entspannung für die österr. deutschen Beziehungen zu erblicken.

Rintelen

1455 A

Gesandter Rintelen an Generalsekretär Peter und Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 31 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland/Geheim I/12 Rom, 18. Juni 1934
Z. 55098/13 (19. VI. – 1.25 → 8.00)

Wurde eben über mein Ersuchen im Beisein Rotters von Herrn Suvich empfangen, den ich um Informationen über Verlauf und Ergebnis Venediger Zusammenkunft ersuchte. Suvich leitet seine Mitteilungen mit der Feststellung ein, dass die

Entrevue „nichts Präzises“ ergeben habe. Zwischen Herrn Mussolini und Reichskanzler hätten zwei je zweistündige Aussprachen stattgefunden, bei denen fast ausschliesslich letzerer das Wort geführt und dabei in seiner Art „über alles und jedes“ gesprochen habe. Die wichtigsten Gesprächsthemen seien Oesterreich, die Abrüstung und ferner eine Reihe von Problemen (z.B. Ostasien) gewesen, an denen Oesterreich nicht interessiert sei.
Mit Bezug auf Oesterreich habe Reichskanzler fünf Punkte formuliert:
Die Unabhängigkeit Oesterreichs stehe ausser Diskussion.
Notwendigkeit von Neuwahlen.
Proportionelle Beteiligung der Nationalsozialisten an einer auf Grund des Wahlergebnisses zu bildenden Regierung.
Chef der neuen Regierung hätte eine ausserhalb der bisherigen Parteien stehende Persönlichkeit, also auch kein Nationalsozialist zu sein.
Italien und Deutschland hätten sich mit Bezug auf das österreichische Problem zu einigen.
Herr Mussolini hat Reichskanzler auseinandergesetzt, dass an Verhandlungen nicht zu denken sei, insolange in Oesterreich der nationalsozialistische Terror andauert, sondern dass vorher während eines längeren Zeitraumes vollkommene Ruhe eingetreten sein müsste. Aus einer Bemerkung Unterstaatssekretärs ging im Verlaufe des weiteren Gespräches hervor, dass Herr Mussolini Reichskanzler über seine Ansicht bezüglich der von ihm formulierten Punkte nicht im Unklaren gelassen hat. Mit dem Satz „und so sind die Dinge geblieben“, beendigte Suvich diesen Teil seiner Ausführungen.
Ich stellte die Frage, wie sich Reichskanzler zu den Terrorakten in Oesterreich geäussert und ob er diesbezüglich irgendwelche Zusagen gemacht habe. Unterstaatssekretär erwiderte, Hitler habe jede Einflussnahme des Reiches in Abrede gestellt und erklärt, dass diese Terrorakte teils kommunistischen Ursprungs, teils von Nationalsozialisten in Oesterreich angezettelt seien. Er habe jedoch ausdrücklich erklärt, dass er sie verurteile. Ich erinnerte an das reichlich vorhandene Beweismaterial und konnte überdies Suvich an Hand der mir mit Erlass 54.921/13[1] übermittelten Photographien einen neuen Beweis vorlegen. Weiters wies ich darauf hin, dass unabhängig von dem Moment der aktiven Anstiftung oder Unterstützung die Duldung von Sprengstofftransporten aus Deutschland sowie der in München zentralisierten Propaganda und von Vereinigung wie der „Kampfring“ ausser Frage stünde, und wiederholte die im h. a. Telegramm No. 13[2] entwickelten Gesichtspunkte. Suvich bemerkte: „Hitler weiss von diesen Sachen wahrscheinlich weniger als wir.“ Er habe auch mit Neurath gesprochen. Dieser sei zwar sehr „zugeknöpft gewesen“, es sei ihm aber die Bemerkung entfallen, dass die S. A. der Regierung „aus den Händen geglitten sei und man auf sie keinen Einfluss mehr habe“.

---

[1] AdR, NPA, Deutschland/Geheim I/12.
[2] AdR, Gesandtschaft Rom.

Das Nachlassen der Terrorakte in den letzten Tagen führe Suvich zum Teile auf die Massnahmen der Bundesregierung, zum Teile auf eine gewisse Rücksichtnahme auf die Entrevue zurück, scheint aber die Möglichkeit eines Wiederaufflammens zu befürchten.
Auf meine Bemerkung, dass bei dieser Sachlage die Frage der Befassung des Völkerbundes wohl aktuell werden könnte, erwiderte Suvich, er habe über meine diesbezüglichen seinerzeitigen Mitteilungen noch nicht mit dem Herrn Regierungschef sprechen können, und behalte sich daher vor, mir dessen Ansicht in den nächsten Tagen mitzuteilen.
Ueber die wirtschaftliche Ordnung im Donauraume sei „mit keinem Worte" gesprochen worden. Man habe der hiesigen Presse diesbezüglich zwar gewisse Mitteilungen gemacht, dies sei aber nur aus optischen Gründen geschehen.
Die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund habe Hitler neuerlich von der Zubilligung der Gleichberechtigung abhängig gemacht. Suvich fügte hinzu, Italien sei bereit, die deutschen Forderungen hinsichtlich der Defensivwaffen zu bewilligen.
Von dem Ergebnis der Zusammenkunft wird Suvich Herrn Bundeskanzler über Auftrag Herrn Mussolinis brieflich in Kenntnis setzen, was italienischem Gesandten in Wien telephonisch mitgeteilt worden sei.

1456

Geschäftsträger Alexich an Bundeskanzler Dollfuß

Bericht Nr. 130/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 55242/13 Den Haag, 19. Juni 1934

Herr Bundeskanzler,
Im Nachhang zu meinem Bericht No. 124/Pol. vom 18. Juni 1934[1] beehre ich mich zu melden, dass ich gestern nachmittags bei Jonkheer de Graeff im Sinne des obzitierten Erlasses vorgesprochen habe. Jonkheer de Graeff teilte mir auf meine Eröffnungen mit, dass für die kgl. niederländische Regierung *nie* ein Zweifel darüber bestanden habe, dass die Sprengstoffattentate in Oesterreich auf nationalsozialistische Anstiftung zurückzuführen sind. Alle diesbezüglichen Versuche der offiziellen Stellen des Reichs und des deutschen Nachrichtenbureaus seien vollkommen vergeblich. Ich glaube aus den Ausführungen des Ministers entnehmen

[1] AdR, NPA, Deutschland I/12, Z. 55155/13.

zu dürfen, dass der hiesige deutsche Gesandte ihm auftragsgemäss eine gegenteilige Eröffnung gemacht haben muss, obwohl dies der Minister nicht ausdrücklich erwähnte.
Anschliessend daran begann der Minister über die innere Lage in Deutschland zu sprechen und gab der Meinung Ausdruck, dass nach allem, was er in Genf gehört habe, man der Ansicht sei, dass das Regime der Nationalsozialisten in Deutschland sich nicht lange werde behaupten können und von einer Militärdiktatur abgelöst würde, deren Hauptträger die Reichswehr und der Stahlhelm wären. Der Minister sagte ausdrücklich, dass diese Ansicht nicht allein von französischer, sondern, wie er sich ausdrückte, auch von neutraler Seite geteilt werde. Die finanzielle Lage des Reichs sei so verzweifelt, dass den Nationalsozialisten kaum etwas anderes übrig bleiben würde, als die Macht abzugeben, da sonst für Deutschland unabsehbare finanzielle Folgen eintreten würden.
Jonkheer de Graeff wies auf den Leitartikel der „Times“ vom 16. d. M. hin, in dem von Reichsbankpräsident Schacht gesagt wird, dass er an den Fall eines Menschen erinnere, der Vater und Mutter umgebracht hat und der nun von aller Welt verlangt, dass man ihn bemitleiden soll, weil er nun verwaist sei.
Anlässlich meines nächsten Aufenthalts in Brüssel werde ich mir gestatten, auch bei der kgl. belgischen Regierung im obigen Sinne vorzusprechen; über das Ergebnis werde ich berichten.
Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Der Geschäftsträger:
Alexich

1457

Amtserinnerung Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten (geheim)

AdR, NPA
Österreich/Geheim 2/21
Z. 55172/13 Wien, 21. Juni 1934

Im Laufe eines längeren Gespräches, das am 20 d. M. zwischen dem italien. Gesandten Herrn Prezisosi und dem H. Bundeskanzler stattgefunden hat, erklärte H. Preziosi, er habe soeben mit Bezugnahme auf eine seiner kürzlich erstatteten Meldungen betreffs der Nervosität hiesiger nat.soz. Kreise wegen Befürchtung standrechtlicher Justifizierung nat.soz. Terroristen von Herrn Mussolini den Auftrag erhalten, dem H. Bundeskanzler rein persönlich den dahingehenden Rat des

Duce mitzuteilen, dass es H. Mussolini richtig erscheinen würde, jeden Akt von Nervosität im gegenwärtigen Augenblicke zu vermeiden. Hiezu fügte H. Preziosi bei, dass nach seinen Informationen (die ohne Zweifel auf Nazi- und andere deutsche Quellen zurückzuführen sind) die österr. Nationalsozialisten befürchten, dass demnächst einer ihrer Parteigänger standrechtlich justifiziert werden könnte, was nach Behauptung der Nazi den Ausbruch der nat.soz. Revolte zur Folge hätte. Darauf beziehe sich auch der Ratschlag H. Mussolini's, dem H. Preziosi diese Information unterbreitet hatte.
Der H. Bundeskanzler erklärte, dass er gegen Nationalsozialisten ebensowenig blutrünstig sei wie gegen Marxisten und auch in keiner Weise eine Ingerenz behufs Verschärfung der Verfahren ausübe. Wenn jedoch Menschenleben durch die bübischen Taten der Nationalsozialisten zu beklagen wären, so wäre jede Nachsicht ohne Zweifel ein grober Fehler.

1458

Bundeskanzler Dollfuß an alle österreichischen Gesandtschaften in Europa[1] sowie Ankara, Genf und Washington

Zirkularerlass

AdR, NPA
Deutschland/Geheim IV/1
Z. 55179/13 Wien, 21. Juni 1934

Herr Gesandter,
Herr Geschäftsträger,
Wie Ihnen aus der Zeitungslektüre bekannt, hat am 14. und 15. d. M. in Venedig bezw. in Stra eine Zusammenkunft des Herrn kgl. italien. Regierungschefs mit Reichskanzler Hitler stattgefunden. Da über diese Zusammenkünfte und insbesondere über die Behandlung des österr.-deutschen Konfliktes in den gegenständlichen Besprechungen der beiden Staatsmänner widersprechende und phantasiereiche Zeitungsmeldungen erschienen sind, legt das BKA(AA) Wert darauf, Ihnen auf Grund der uns zugekommenen authentischen Informationen Nachstehendes zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme und allfälligen vertraulichen Verwertung in Ihren Gesprächen zu eröffnen.
In den Unterhaltungen unter 4 Augen, die zwischen den beiden Regierungschefs während insgesamt vier Stunden gewährt haben, wurde tatsächlich u. a. das The-

[1] Exklusive Gesandtschaft Rom.

ma Oesterreich behandelt. Hiebei hat Reichskanzler Hitler seine uns bereits seit langem bekannten Gesichtspunkte entwickelt und neuerlich die folgenden Voraussetzungen für eine Liquidierung der zwischen den beiden deutschen Staaten bestehenden Spannung vorgebracht:
1) Die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland liege ausserhalb der Diskussion.
2) Österreichischer Bundeskanzler müsse eine unabhängige Persönlichkeit werden, die keiner der sich im Kampfe gegenüberstehenden Parteien (also nicht der nat.soz. Bewegung) angehöre.
3) Die Notwendigkeit von Neuwahlen.
4) Eine proportionelle Beteiligung der Nationalsozialisten an einer auf Grund des Wahlergebnisses zu bildenden Regierung.
5) Die auf Oesterreich bezüglichen Fragen müssten zwischen Deutschland und Italien einvernehmlich entschieden werden.
Der Herr italien. Regierungschef ist, unseren Informationen zufolge, den Ausführungen des Reichskanzlers, die sich in den angedeuteten Richtungen bewegten, entgegengetreten und hat, ohne auf die vom Reichskanzler entwickelten Gesichtspunkte meritorisch einzugehen, darauf hingewiesen, dass eine Diskussion über dieses Thema insolange nicht angängig wäre, als der gegenwärtige Zustand der Beunruhigung Oesterreichs durch die nat.soz. terroristischen Akte, die vom Ausland aus organisiert werden, anhält. Voraussetzung für jede Diskussion sei unbedingt eine zumindest längere Zeit hindurch währender Zustand der Beruhigung in Oesterreich. Reichskanzler Hitler hat seinerseits die Politik des Terrorismus missbilligt und die Urheberschaft der terroristischen Aktionen in Oesterreich – wie zu erwarten war – auf kommunistische Elemente oder österr. Nationalsozialisten zurückgeführt, auf die nach seiner Erklärung die deutsche Regierung in irgend einer Weise einzuwirken nicht in der Lage sei.
Dem gegenüber wurde, wenn auch nicht seitens Herrn Hitler's, so doch von offizieller reichsdeutscher Seite, den italien. Mitrednern gegenüber zugegeben, dass die österr. Frage den Händen der deutschen Regierung vollkommen entglitten sei und ein Streit zwischen Partei und SA bestehe, von denen jeder Teil auf eigene Faust handle.
Aus Vorstehendem ergibt sich, dass – insoweit die Bundesregierung aus authentischen Quellen informiert – seitens des Reichskanzlers keinerlei Zusage oder Versprechen hinsichtlich einer Entspannung in dem Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten, noch auch bezüglich einer Einstellung oder eines Nachlassens der überaus heftigen Propagandatätigkeit und terroristischen Aktionen gegeben wurde, wie dies in einzelnen ausländischen Zeitungsstimmen angedeutet worden ist. Es waren allerdings auch, offiziellen ital. Mitteilungen zufolge, Vereinbarungen od. Abmachungen über die in dieser Begegnung H. Mussolini's mit R.K. Hitler zu besprechenden Frage nicht in Aussicht genommen gewesen. Aus dem Vorhergesagten lässt sich auch feststellen, dass der Reichskanzler seine Oesterreich gegenüber

eingenommene Stellung in keiner Weise modifiziert hat, es sei denn, dass auf ihn die von Herrn Mussolini ihm gegenüber in der österr. Frage eingenommene entschiedene Stellung einen gewissen Eindruck gemacht hätte, dessen Auswirkungen allerdings abzuwarten wären. In den Unterredungen von Venedig u. Stra wurden natürlich eine Reihe anderer Themata, so internationale Abrüstung u. Fragen der Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund, Lage in Ostasien u. s. w., behandelt. Hinsichtlich der Abrüstung beharrt Deutschland auf der Einräumung der Defensivwaffen gemäß seiner bekannten Forderungen. Von der Annahme dieser Forderungen macht Deutschland seine Rückkehr nach Genf abhängig.

1459
Pro Domo Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Österreich 8/IV
Z. 55203/13 Wien, 22. Juni 1934

Anlässlich der am 19. d. M. erfolgten Durchreise des frz. Aussenministers *Barthou* durch Wien hat Minister a. D., Präsident der Nationalbank Dr. *Kienböck* den Herrn Generalsekretär *Peter* ersucht, den Herrn Bundeskanzler darauf aufmerksam machen zu wollen, dass er gelegentlich seiner Unterhaltung mit Herrn *Barthou* diesen um entgegenkommende Haltung Frankreichs in der Angelegenheit bitte. Der Herr Bundeskanzler hat hierauf Ges. Hornbostel beauftragt, ihm eine kurze Information über den Stand der Angelegenheit zu beschaffen. Min.Rat. Dr. *Rizzi* des Bundesmin. f. Finanzen, im k. W. darum ersucht, hat die hier zuliegende Information für den Herrn Bundeskanzler rechtzeitig dem B.K.A. (Ausw. Ang.) zugehen lassen.
Bei Durchsicht der Information, insbesondere des ersten Absatzes derselben, sind sowohl der Abteilung 13/pol als auch dem Herrn Bundeskanzler selbst schwerwiegende Bedenken politischer Natur gegen den anscheinend eingeschlagenen Vorgang aufgestiegen. Bekanntlich ist das Protokoll I ddo. Genf 1922 im Wortlaute zeitlich *nicht* terminiert. Aus diesem Grund steht, wie dies bereits wiederholt festgestellt werden konnte, z. B. die französische Regierung auf dem Standpunkt, dass das Protokoll I von unbegrenzter Giltigkeit ist, d. h. auch über die Skadenz der Anleiherückzahlung, d. i. bis Ende 1943 hinaus seine Giltigkeit behält. Demgegenüber standen und stehen wir auf dem Standpunkt, dass das Protokoll I einen integrierenden Bestandteil des Genfer Operates ex 1922, d. h. der drei Protokolle, darstellt und nur den Zweck verfolgte, der Finanzoperation, die unter Auspizien des Völkerbundes im Jahre 1923 tatsächlich zustande kam, als politische Garantie

zu dienen, woraus folgt, dass mit endgiltiger Tilgung der Völkerbundanleihe das Protokoll I ausser Kraft zu treten hätte. Diesen Standpunkt haben wir auch in Lausanne 1932 eingenommen. Tatsächlich ist ja auch im Lausanner Protokoll ex 1932 die Verlängerung der Giltigkeit der Bindungen aus dem Genfer Protokoll I für die Laufzeit der Lausanner Anleihe ausdrücklich festgelegt worden.
Wenn auch der Grundsatz der Unabhängigkeit Oesterreichs, der selbstredend involviert, dass Oesterreich sich an Deutschland nicht anschliessen will, heute das wichtigste Dogma der Politik Oesterreichs darstellt, so erscheint es doch innerpolitisch unerträglich, dass die Bundesregierung zwecks Erleichterung ihrer Zinsenpflicht aus der Völkerbundanleihe 1923 dazu initiativ beiträgt, die durch das Protokoll übernommenen *politischen* Bindungen, die bekanntlich schon eine grosse Rolle in den letzten Jahren gespielt haben (Haager Schiedsgericht über die österreichisch-deutsche Zollunion, parlamentarische Behandlung des Lausanner Protokolls) zeitlich auszudehnen.
Der Herr Bundeskanzler hat daher auch davon Abstand genommen Herrn *Barthou* gegenüber die Angelegenheit der Konversion ausdrücklich zu erwähnen und sich darauf beschränkt, im allgemeinen auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Zahlungswilligkeit und Loyalität Oesterreichs durch ein entsprechendes Entgegenkommen hinsichtlich seiner Auslandsverpflichtungen zu belohnen. Weiters erklärte der Herr Bundeskanzler dem Gefertigten, dass er die ganze Frage noch mit Präsidenten Dr. *Kienböck* und Bundesminister Dr. *Buresch* durchzubesprechen beabsichtige.
Der Herr Generalsekretär hat mittlerweile im k. W. durch die Gesandtschaft in Paris festgestellt, dass die in der Information Dr. *Rizzi*'s enthaltene Vorlage an das französische Parlament sich noch im Druck befindet.
Schliesslich hat Geschäftsträger *Alexich* am 21. ds. M. telefonisch mitgeteilt, dass ihm eine offizielle Mitteilung des Niederländischen Finanzministers des Inhaltes zugekommen ist, dass die Niederländische Regierung der Konvertierung der Völkerbundanleihe 1923 zustimmt und hievon auch den Völkerbund und Sir Otto *Niemeyer* unterrichtet hat.

[Anhang A: Äußerung Abteilung 14B vom 30. Juni 1934]

Gesehen; die Abt. 14 B glaubt, soweit es sich um eine Tilgungserstreckung der Völkerbundanleihe *nicht über* das Jahr 1953 handelt, eine nochmalige Prüfung der Frage anregen zu sollen, ob die Wahrung der wohl nur theoretischen Möglichkeit, der Bindungen des I. Genfer Protokolls ex 1922 bereits im Jahre 1943 ledig zu werden, mit einem Verzichte auf die fragliche Tilgungserstreckung und die mit ihr verbundenen, zum größeren Teile unmittelbaren Vorteile nicht zu teuer erkauft würde.
Laut Abs. 4 der Einleitung zum Genfer Protokoll v. J. 1932 BGBl. 12 gelten die Bestimmungen des I. Protokolls v. J. 1922 als in ihm neuerlich wiedergegeben;

laut Art. 2 Punkt IV des Protokolls v. J. 1932 beträgt die Laufzeit der darin vorgesehenen Anleihe 20 Jahre, endet also erst im J. 1953, wobei allerdings der österr. Regierung vom 11. Jahre angefangen das Recht vorbehalten wird, die Anleihe zur Gänze zurückzuzahlen; ob wir von diesem Recht Gebrauch werden machen können – nach Ablauf von 10 Jahren werden noch etwa 2/3 der rund 250 Mill. Goldschillinge betragenden Anleihesumme aushaften – dürfte wohl leider ernstlich zu bezweifeln und vielmehr mit einem Fortbestehen der vorerwähnten Bindungen bis zur normalen Abstattung der Anleihe, also bis 1953, zu rechnen sein, so daß aus einer Tilgungserstreckung der Völkerbundanleihe bis *da*hin kein nicht schon ohnehin zu gewärtigender Nachteil erwächst.
Andererseits würde sich eine Tilgungserstreckung der Völkerbundanleihe in einer, in der jetzigen Krisenzeit doppelt erwünschten, alsbaldigen Erleichterung unserer laufenden Auslandsverpflichtungen, worüber hier wohl keine Worte verloren zu werden brauchen, äussern; dazu kommt weiters noch folgendes: Unsere Zahlungen aus den Reliefschulden (näheres über dieselben im Österr. Jahrbuche 1923; S. 265–273) springen ab 1943 – eben mit Rücksicht auf das für dieses Jahr erwartete Freiwerden unserer Leistungsfähigkeit infolge des Aufhörens der Zahlungen aus der Völkerbundanleihe – von jährlich 16 auf 25.83 Mill. Gold-Schilling, um fortan 25 Jahre hindurch auf dieser Höhe zu bleiben; sind wir zu jener Zeit mit der Abstattung der Völkerbundanleihe noch nicht fertig, so bietet uns dies eine wertvolle Handhabe, um gegen den Zahlungsplan für die Reliefschulden als unter diesen Umständen völlig untragbar aufzutreten und zum mindesten neuerlich Zeit zu gewinnen. Möglich ist es ja, daß wir bis 1943 irgendwie (vielleicht im Zusammenhange mit der immer wieder hinausgeschobenen Ostreparationenkonferenz) eine Streichung oder wenigstens ganz bedeutende Herabminderung der Reliefschulden erreichen; vorläufig wird aber hiezu keinerlei Miene gemacht, im Gegenteile werden unser – 1932 dank dem Hoovermoratorium, 1933 und 1934 dank dem Veto der Treuhänder der Völkerbundanleihe – aufgeschobenen Jahreszahlungen aus diesen Schulden genauestens evident gehalten und jeweils mit dem Anscheine völligen Ernstes Vereinbarungen über deren seinerzeitige Nachholung getroffen.

[Anhang B:]
Information des Bundesministeriums für Finanzen Departement 16 vom 19. Juni 1934 über die Konvertierung der Völkerbundanleihe 1923/43

Die Konvertierung wird in erster Linie eine wesentliche Verlängerung der Laufzeit der Anleihe zum Ziele haben, da eine Zinsfussermässigung bei den derzeitigen Kursen der Völkerbundanleihe überhaupt nicht oder nur in ganz geringem Umfange erreichbar ist. Für die Verlängerung der Laufzeit bedarf es einer Verlängerung der für diese Anleihe gegebenen Garantien, die derzeit nur bis Ende 1943 laufen. Garantien wurden gegeben von folgenden Staaten:

England, Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Schweden, Belgien, Dänemark, Niederlande und Spanien.
Die Verhandlungen mit den einzelnen Staaten über diese Verlängerung der Garantien werden von Sir Otto Niemeyer namens der englischen Regierung geführt. Bisher wurde nach den hier vorliegenden Informationen folgendes erreicht:
1) *England.* In dem derzeit dem Parlament vorliegenden Budgetentwurf ist eine Ermächtigungsklausel enthalten, die den Finanzminister ermächtigt, Anleihegarantien auch auf Konversionsanleihe zu erstrecken.
2) *Italien.* Die italienische Regierung ist bereit, die Verlängerung der Garantie im Wege eines Gesetzesdekretes durchzuführen.
3) *Frankreich.* Die Regierung beabsichtigt sogleich der Kammer eine Vorlage über die Verlängerung der Garantie zu unterbreiten. Es sei unsicher, ob die Kammer diese Vorlage noch in dieser Session verabschieden werde. (Nachricht von Felcourt vom 11. Juni.)
4) *Tschechoslowakei.* Die tschechoslowakische Regierung ist bereit, eine Vorlage einzubringen.
5) In den *Niederlanden* bedarf es keines Gesetzgebungsaktes. Die Regierung wird das Nötige vorkehren.
Eine allfällige Erinnerung bei der französischen Regierung hätte sich darauf zu beschränken, auf die Dringlichkeit der Erledigung in der französischen Kammer hinzuweisen. Hingegen wäre eine Beteiligung Frankreichs an der diplomatischen Aktion bei anderen Staaten nicht zweckmässig, da diese Angelegenheit in den Händen der englischen Regierung verbleiben soll.

Rizzi

1460

Gesandter Rintelen an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 36 (streng geheim)

AdR, Gesandtschaft Rom — Rom, 23. Juni 1934 (14.00)

Verfolg h. a. Telegrammes No. 35[1]
Bei heutiger Unterredung kam Unterstaatssekretär auch auf die Frage einer allfälligen Befassung Völkerbundes mit unserem Konflikt mit Deutschland zu sprechen und bemerkte man warte hier zunächst ab ob Herr Bundeskanzler es für notwen-

[1] AdR, Gesandtschaft Rom.

dig halte, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Seiner, und wie er auch glaube auch Herrn Mussolinis, Ansicht nach wäre es besser „diese letzte Waffe vorläufig noch in suspenso“ zu lassen. Sollten sich Herr Bundeskanzler jedoch für Schritte beim Völkerbund entscheiden würde ital. Regierung diese selbstverständlich unterstützen.

Rintelen

1461

Bundeskanzler Dollfuß an italienischen Unterstaatssekretär für Äußeres Suvich

Schreiben

AdR, NPA
Italien IV/1
Z. 55372/13 Wien, 27. Juni 1934

Euer Exzellenz,
Hochverehrter Freund,
Für Ihr liebenswürdiges ausführliches Schreiben vom 19. ds. M. über die Zusammenkunft von Venedig und Stra beehre ich mich Ihnen, sowie Seiner Exzellenz dem Herrn Regierungschef den wärmsten Dank auszusprechen.
Da Sie in Ihrem hochgeschätzten Schreiben den Wunsch aussprechen, meine Ansicht über die Ergebnisse der Zusammenkunft und den gegenwärtigen Stand unseres Konfliktes mit Deutschland kennen zu lernen, möchte ich meine Meinung, wie folgt, zusammenfassen:
Zunächst teile ich vollkommen Ihre Auffassung, wonach die Einstellung Herrn Hitlers zum Konflikt zwischen Deutschland und Oesterreich keinerlei Fortschritt aufweist. Die von ihm Seiner Exzellenz Herrn Mussolini vorgetragenen „Bedingungen“ sind uns ja seit langem mehr oder weniger bekannt. Ebenso bekannt müsste Herrn Hitler sein, dass ich mich unter gar keinen Umständen dazu herbeizulassen gewillt bin, irgendwelche Bedingungen für die Entspannung bezw. Beilegung dieses Konfliktes in meritorische Erwägung zu ziehen. So sehr ich, unbeschadet dieses allgemeinen Vorbehaltes, mich mit dem ersten und dem fünften Punkt der von ihm aufgestellten Voraussetzungen (der Anschluss Oesterreichs an Deutschland bleibt ausserhalb der Diskussion; und die auf Oesterreich bezüglichen Fragen werden im Einvernehmen zwischen Deutschland und Italien entschieden) einverstanden erklären könnte, so abwegig sind selbstverständlich die drei anderen Punkte. Dass Herr Hitler neuerdings von „Wahlen“ spricht, beweist, dass er sich in das Studium der neuen österreichischen Verfassung vom 1. Mai 1934 noch nicht eingelassen hat, da

er sonst wissen müsste, dass Wahlen, wie sie gemeiniglich auf Grund der demokratischen Prinzipien stattzufinden pflegten, in Hinkunft in Oesterreich nicht erfolgen. Was die Entwicklung der Lage seit der Zusammenkunft von Venedig und Stra betrifft, so ist ein gewisses Nachlassen der terroristischen Anschläge festzustellen; in den letzten Tagen sind zumindest die Eisenbahnanlagen von Attentaten verschont geblieben. Inwieweit dieses Nachlassen auf ein mot d'ordre von draussen zurückzuführen ist, lässt sich selbstverständlich nicht einwandfrei feststellen. Ich habe jedoch Grund zur Annahme, dass es in erster Linie die von der Bundesregierung ergriffenen Massnahmen, vor allem die Aufstellung von Ortswehren, sind, die die terroristischen Elemente zu etwas mehr Zurückhaltung veranlassen. Eine dauerhafte Besserung dieser Zustände lässt sich meines Erachtens nur von der Aufrechterhaltung der von der Bundesregierung ergriffenen Massnahmen erhoffen, die sich jeweils an die Intensität der Gewaltaktionen anpassen werden. Schliesslich glaube ich, hoffen zu dürfen, dass die entschiedene Stellung, die Exzellenz Mussolini dankenswerter Weise zu dem Standpunkt Herrn Hitler's eingenommen hat, auf Letzteren doch einen so starken Eindruck hinterlassen haben wird, dass er in Hinkunft mehr als bisher mit der ebenso klaren wie unerschütterlichen Einstellung des Duce zu Oesterreich und den mit Oesterreich zusammenhängenden Fragen rechnen wird.
Unter den gegebenen Umständen beabsichtige ich eine zu erwartende Haltung einzunehmen und, wie bereits erwähnt, Charakter und Stärke unserer Defensive an Art und Intensität der Gewaltakte anzupassen.
Da Euer Exzellenz freundlicherweise zum Schlusse Ihres hochgeschätzten Schreibens auch der Frage des Privatunterrichtes der deutschen Sprache im Alto Aldige Erwähnung tun, ergreife ich gerne auch diese Gelegenheit, um Ihnen und Seiner Exzellenz dem Herrn Regierungschef und Sie selbst, hochverehrter Freund, die Initiative ergriffen haben, um vor aller Welt und in unzweideutiger Weise die Unrichtigkeit der Nachrichten über einen Zusammenhang zwischen dieser Angelegenheit und der Zusammenkunft von Stra festzustellen.
Der für meinen Besuch in Riccione von Seiner Exzellenz dem Herrn Regierungschef ins Auge gefasste Termin von Ende Juli passt mir ausgezeichnet und ich freue mich ausserordentlich auf das Wiedersehen mit Sr. Exzellenz. Ich werde mir rechtzeitig erlauben, wegen des genauen Datums noch durch Ihre gütige Vermittlung Fühlung zu nehmen.
Indem ich Sie, hochverehrter Freund, noch bitten darf, Seiner Exzellenz dem Duce mit meinem wärmsten Dank für seine entschiedene Sprache bei der Venediger Zusammenkunft meine ergebensten und freundlichsten Grüsse übermitteln zu wollen, bleibe ich in der Hoffnung, auch Sie, hochverehrter Freund, in nicht allzu ferner Zeit, vielleicht in Riccione, wiedersehen zu können, mit dem Ausdrucke meiner ausgezeichnetsten Hochachtung und den freundschaftlichsten Grüssen

Ihr
ergebener
Dollfuss

P.S. (28. Juni 1934) Gestern abends hat plötzlich wieder insbesondere in den westlichen Ländern, eine sehr starke terroristische Aktivität der Nationalsozialisten eingesetzt. Auch gegen Bahnstrecken, Wasser- und elektrische Stromleitungen wurden neuerlich einige Attentate verübt.

1462

Amtsvermerk Generalsekretär Peter

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 55835/13 Wien, 11. Juli 1934

Heute sprach der *H. Deutsche Gesandte* Dr. Rieth bei mir vor und legte im Auftrage der Berliner Regierung gegen einige Stellen in der *Rede Protest* ein, die der H. Vizekanzler *Fürst Starhemberg* am 3. Juli d. Js. in Salzburg gehalten hat. So wies der Herr Gesandte insbesondere auf die Stellen hin, in denen es beiläufig hiess: Der Nationalsozialismus habe es verstanden, die Ehre und Würde des Deutschen Volkes zu schänden. Oder wo vom Nationalsozialismus als von einer Pestbeule bzhw. Bolschewismus gesprochen wird.

1463

Gesandter Bischoff an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 71 (Chiffre)

AdR, NPA
Österreich 38/1 Paris, 26. Juli 1934
Z. 56256/13 (15.35 → 19.00)

Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der mich eben empfing, drückte mir in sichtlicher Ergriffenheit Beileid französischer Regierung *und seine* Bewunderung für den toten Kanzler aus. „Die Trauer Frankreichs sei nicht nur […][1] sondern eine des Herzens“. Er sagte sodann: „Das Leben geht weiter und Oesterreich muss weiter leben. Die französische Politik weicht nicht von der alten Linie. Die öster-

[1] Chiffre verstümmelt.

reichische Regierung kann weiterhin auf die vollste Unterstützung und Sympathie der französischen zählen“.

1463 A

Gesandter Bischoff an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 72 (Chiffre)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56259/13

Paris, 26. Juli 1934
(16.20 → 17.30)

Im Verfolge h. a. Telegrammes Nr. 71.[1]
Minister für auswärtige Angelegenheit wich jeder Aeusserung über Rückwirkung Attentates auf die internationale politische Lage aus, offenbar um dem Ergebnis Konversation zwischen den Mächten nicht vorzugreifen. Auch bei den übrigen Herren im Auswärtigen Amte bei grösster menschlicher Teilnahme vorsichtige Zurückhaltung in politischer Einschätzung zu konstatieren, was auch bei der der Regierung nahestehenden Presse der Fall ist.
Börse sehr flau, französische Rente hat 2 ½ Punkte verloren.

1463 B

Gesandter Bischoff an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 73 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56268/13

Paris, 26. Juli 1934
(19.20 → 27. VII. – 8.00)

Im Verfolge h. a. Telegrammes No. 72. [1]
[…]

[1] ADÖ 9/1463.
[1] ADÖ 9/1463 A.

Massigli, Vertreter des auf Urlaub befindlichen politischen Direktors, erklärte mir, Frankreich verfolge gemeinsam mit den anderen Mächten sorgfältig Entwicklung der Dinge. Irgendwelche Schlussfolgerungen hätten sich noch nicht ergeben. Vor *allem* müsste man wissen, ob und inwieweit Bundesregierung selbst Grundlage internationaler Aktion gegeben sieht. Frankreich müsse sehr vorsichtig vorgehen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, tragisches Ereignis in Oesterreich im Dienst seiner eigenen Politik Deutschland gegenüber auszunützen.

1463 C

Gesandter Bischoff an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 74 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56267/13

Paris, 26. Juli 1934
(21.15 → 27. VII. – 8.00)

Im Verfolge h. a. Telegrammes No. 73 von heute.[1]
Generalsekretär Ministeriums des Auessern bestätigte mir im Wesentlichen *Mitteilung* Stellvertreters des politischen Direktors. Er hob insbesondere Notwendigkeit hervor, innere Entwicklung und Kabinettsbildung in Oesterreich, sowie auch Ergebnis Wiener Untersuchung betreffs Verantwortlichkeit abzuwarten, wobei ihm die moralische Seite der Frage durchaus nicht zweifelhaft zu sein schien, wohl aber die juristische. Ich wies eindringlich auf vielfach und dokumentarisch erwiesene Verantwortlichkeit deutscher Stellen hin *und* verwertete dabei Erlass No. 56.115/13 und 56.154/13.[2]
Leger wiederholte Argumente Massiglis über Notwendigkeit grösserer Vorsicht seitens Frankreich, betonte aber unverrückbares Festhalten an der Politik der österreichischen Selbständigkeit; teilte mir mit, dass er eben nach Rom und London wegen Instituierung ständige Informations[…][3] und Fühlungnahme zur Erzielung solidarischer Haltung im Sinne *vorstehender* Deklaration telegraphierte.
Streng geheim.
Ich fand Generalsekretär nicht *ohne* Besorgnis bezüglich weiterer innerer Entwicklung in Oesterreich.

[1] ADÖ 9/1463 B.
[2] Zu finden in AdR, Gesandtschaft Paris.
[3] Chiffre verstümmelt.

1464
Gesandter Marek an Generalsekretär Peter
Bericht Nr. 404/Pol.

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56300/13 Prag, 26. Juli 1934

Herr Generalsekretär,
Wie bereits telegraphisch gemeldet, hat mich Aussenminister Dr. Beneš gestern spät nachmittags von seinem Urlaubsorte bei Tabor telephonisch angerufen, um sich über die Ereignisse in Wien zu erkundigen. Bei dieser Gelegenheit hat er seiner tiefsten Empörung über das begangene Verbrechen Ausdruck gegeben und mich gebeten, sein persönliches Beileid und das Beileid der tschechoslowakischen Regierung der Bundesregierung zum übermitteln. Er betonte seine persönliche Zuneigung und Freundschaft zum verstorbenen Bundeskanzler, den er ausserordentlich hoch geschätzt habe. Sein Tod gehe ihm sehr nahe.
Anschliessend daran kam Dr. Beneš auf den ihm seinerzeit durch mich vermittelten Wunsch des Herrn Bundeskanzlers zu sprechen, die Tschechoslowakei möge die Bundesregierung in ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus unterstützen und diesen Kampf nicht durch Förderung der den nationalsozialistischen Terroristen in die Hände arbeitenden österreichischen Emigranten erschweren und betonte, dass er sich uns zu Verfügung stelle und gerne bereit sei, etwaigen Wünschen in dieser Richtung nachzukommen. Er habe mir auf mein gegenständliches Einschreiten eine schriftliche Antwort geben wollen, doch möge ich seine Bereitwilligkeit auch in dieser Form hiemit zur Kenntnis nehmen.
Diese Mitteilungen Dr. Beneš's beziehen sich auf meine mit den Berichten Zl. 321[1] und 322[2] vom 14. Juni l. J. gemeldete Unterredung.
Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

[1] AdR, NPA, Österreich 38/1, Z. 54964/13 bei Z. 55043/13.
[2] ADÖ 9/1454.

1465

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 34 (Chiffre, vertraulich)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56269/13

London, 26. Juli 1934
(10.16. → 27. VII. – 8.00)

Sir John Simon überbrachte mir heute tiefstes Beileid englischer Regierung. Ich informierte ihn eingehend auch über brutales Vorgehen der Mörder, verwies auf die zumindest indirekte Mitschuld Deutschlands durch Ver*hetzung*, seinerzeitige Reden und andere Massnahmen und erklärte, es sei dringend geboten, dass die Mächte endlich Deutschland dazu bringen, Oesterreich in Frieden zu lassen.
Simon verhielt sich unter Hinweis darauf, dass Situation noch nicht hinlänglich klar, ziemlich zurückhaltend. Von einem Gedankenaustausch zwischen Paris und Rom war ihm bisher nichts bekannt.
Minister der Auswärtigen Angelegenheiten telephonierte eben, er habe auf meinen Wunsch hin in seiner Interpellation wiederholt, dass Grossbritannien an seine frühere Erklärung über die Unverletzlichkeit der österreichischen Unabhängigkeit und Integrität festhält.
Beide Majestäten, Prinz von Wales, mehrere andere Mitglieder der Königlichen Familie, viele hervorragende Politiker und überaus zahlreiche Leute aus allen Kreisen haben mir ihren Abscheu vor dem Mord und ihre wärmste Sympathie und Freundschaft für Oesterreich persönlich ausgesprochen.

1466

Gesandter Franckenstein an Bundeskanzler Schuschnigg

Bericht Nr. 270/Pol.

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56428/13

London, 27. Juli 1934

Herr Bundeskanzler!
Die Nachricht von der bestialischen Ermordung des Herrn Bundeskanzler Dr. Dollfuss hat hier das grösste Mitgefühl und den tiefsten Abscheu hervorgerufen.

Bei dem gestrigen Empfang bei Hof, zu dem ich auf dringendes Anraten der massgebendsten hiesigen Persönlichkeiten ging, drückte mir S. M. der König in längerem Gespräche sein wärmstes Beileid aus. Er sprach mit Entrüstung von der verruchten Tat, bedauerte es, dass infolge der frühzeitigen Rückkehr Dr. Dollfuss' von der Weltwirtschaftskonferenz es ihm unmöglich gewesen sei, unseren Kanzler zu empfangen und ihn zu ehren und schloss mit den Worten: „Warum haben sie es diesem grossen Patrioten, der das beste wollte, nicht erlaubt, sein bedeutsames Werk zu vollenden?" In ähnlicher Weise drückten die Königin, der Prince of Wales, der Herzog von Connaught und andere Mitglieder der königlichen Familie ihre herzliche Anteilnahme aus. Sir John Simon suchte mich gestern auf, um das Beileid der britischen Regierung auszusprechen. Wir vereinbarten, in welcher Weise er eine Anfrage im Parlament nachmittags beantworten sollte. Ich erzählte ihm mit Absicht die grauenhaften Begleiterscheinungen der Mordtat – die Verweigerung des geistlichen und ärztlichen Beistands – weil ich wusste, welch tiefen Eindruck dies hier hervorrufen würde. Durch das Gelingen des Mordanschlages sei Oesterreich ein unersetzlicher Verlust zugefügt worden, doch habe es sich andererseits in eklatanter Weise gezeigt, wie unwahr die Behauptung der Nazianhänger sei, dass eine Majorität der Bevölkerung hinter ihnen stehe. Das Mass der Verhetzung seitens Deutschlands sei voll. Wir seien berechtigt, von den Mächten zu erwarten, dass sie dieser, die den Nährboden für die subversive Bewegung in Österreich bilde, Einhalt gebieten. Ich verwies auf den deutschen Ursprung eines grossen Teiles der Sprengstoffe und auf die Reden Habichts und Frauenfelds. Ich bat den Minister, er möge in seiner Antwort im Unterhause neuerdings betonen, dass Grossbritannien für die Unabhängigkeit und Integrität Oesterreichs eintrete. Wie aus der hier mitfolgenden Interpellationsbeantwortung hervorgeht, hat der britische Staatssekretär für Aeusseres unser Gespräch zum Teil verwertet und meinen letzterwähnten Wunsch erfüllt. Die in grosser Anzahl anwesenden Abgeordneten nahmen die Erklärungen Sir John Simons – wie ich höre – mit warmem Mitgefühl und voller Zustimmung auf.

Kardinal Bourne, Erzbischof von Westminster, der auf dem Lande weilt, sandte Mgr. Howlett zu mir, um sein Beileid auszusprechen, und bot an, dass in der Kathedrale ein feierliches Requiem zelebriert werde, an welchem er, wenn es sein leidender Gesundheitszustand irgendwie erlaube, teilnehmen würde. Diese Anregung, die meinen eigenen Intentionen entsprach, nahm ich dankbarst an. Die Trauerfeier, zu der das diplomatische Korps und Persönlichkeiten des hiesigen öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens sowie die österreichische Kolonie eingeladen werden wird, findet Dienstag, den 31. Juli mittag statt.

Eine grosse Anzahl von Staatsmännern, darunter Sir Austen Chamberlain, der Kriegsminister Viscount Hailaham, Winston Churchill und Amery sprachen mir persönlich ihre Entrüstung und ihr Mitgefühl aus, wie überhaupt die zahllosen aus allen Kreisen mir zukommenden Kondolenz-Schreiben beweisen, wie allgemein hier die Sympathie und Freundschaft für Oesterreich und die Anteilnahme an unserem furchtbaren Verluste sind. Mr. Churchill sagte, dass diese letzte Untat die ganze Welt in Einigkeit gegen Deutschland verbinden werde. Mr. Amery meinte, die Ermordung habe das Pres-

tige Hitlers in zweifacher Weise erschüttert, einerseits indem sie den rechtlich Gesinnten noch mehr die Augen öffnete, anderseits indem sie Verbitterung und Enttäuschung unter den Nazis in beiden Ländern hervorrufen müsse, weil die österreichischen Kameraden nun im Stiche gelassen werden.
Der französische Botschafter – einer der vielen Missionschefs, die mir Kondolenzen überbrachten – sprach den Gedanken aus, dass der Opfertod des Bundeskanzler einen Umschwung in den Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland herbeiführen könnte, eine Meinung die auch viele Engländer mir gegenüber äusserten. Auf meine Frage, ob zwischen Rom und Paris Besprechungen über Oesterreich stattfänden, erwiderte Monsieur Corbin, dies sei nicht der Fall und auch nicht notwendig, da die Unabhängigkeit Oesterreichs nicht bedroht sei und die Regierungen ebenso wie die öffentliche Meinung Frankreichs und Italiens so klar und entschieden Stellung genommen hätten.
Ich führte ein längeres Gespräch mit Sir Robert Vansittart über die jüngsten politischen Vorgänge in Oesterreich. Der Unterstaatssekretär sagte mir, dass hier niemand an der Kulpabilität Deutschlands – zumindest an seiner moralischen Mitverantwortung – zweifle. Er bezeichnete als besonders interessant die so scharfen Erklärungen Signor Mussolinis, ein bedeutender Fortschritt im Vergleiche zu der Zurückhaltung, die der Duce, um Deutschland nicht zu verletzen, vor einigen Monaten in der österreichischen Frage, beobachte, so dass Grossbritannien die italienische Regierung antreiben musste. Auch Vansittart meinte, dass für einen Gedankenaustausch der drei Mächte im gegenwärtigen Zeitpunkt kein Anlass sei, da diese in ihrer Politik Oesterreich gegenüber übereinstimmten und die Oeffentlichkeit der ganzen Welt Deutschland verurteile. Ich erwiderte, dass die Mächte, wenn sie auch jetzt eine abwartende Taktik befolgen, endlich energisch einschreiten müssten, wenn die subversive Propaganda von Deutschland Oesterreich gegenüber fortgesetzt werden sollte.
Ich schliesse hier eine Zusammenfassung der Pressestimmen von gestern und heute bei.[1] Am bemerkenswertesten ist der heutige Leitartikel der Times, der mehrere Gedanken wiedergibt, die ich dem Foreign Editor gegenüber nachdrücklich vorgebracht habe. Es gibt keinen Ausdruck in der englischen Sprache, mit dem die Nazibewegung schärfer verurteilt werden könnte als den von der Times gebrauchten (“The full story ... is making the name of Nazi to stink in the nostrils of the world“). Auch Vansittart verwies mir gegenüber auf diesen Artikel, der umso interessanter sei, als die Times eine Zeitlang bestrebt war, für die deutsche Politik, speziell in der Abrüstungsfrage, Verständnis und Sympathien zu erwecken.
Der Aufforderung des hiesigen Rundfunks, dem Bundeskanzler Dr. Dollfuss einen Nachruf zu halten, habe ich mit Freunde entsprochen, da mir nichts lieber sein konnte, als diesem grossen Staatsmann und Patrioten, dem ich so viel Bewunderung und Verehrung entgegenbrachte und der sich mir gegenüber immer so freundschaftlich

[1] Liegen dem OD bei.

und gütig erwiesen hat, zu ehren und seine bedeutende und so sympathische Persönlichkeit nochmals vor Millionen von Zuhörern zu würdigen. Nicht nur aus den Bemerkungen Vansittarts und einer Reihe von Staatsmännern, mit denen ich heute sprach, sondern auch aus zahlreichen Briefen ersehe ich, dass diese Gedächtnisrede den richtigen Ton getroffen und starken Eindruck gemacht hat.
Aus den vielen Beileidskundgebungen wähle ich zwei oder drei Briefe zur Vorlage aus, um zu zeigen, wie warm und herzlich die Anteilnahme in allen Kreisen ist.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Der Gesandte:
[Franckenstein]

P.S. Da hier das grösste Gewicht darauf gelegt wird, dass Aussprüche des Königs nicht in die Zeitungen gelangen, bitte ich die von mir einberichteten Bemerkungen Seiner Majestät vertraulich behandeln zu wollen.

1467

Gesandter Bischoff an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 81 (Chiffre)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56315/13

Paris, 28. Juli 1934
(16.15 → 20.00)

Regierung und Presse tun aus Ueberzeugung sowohl wie zur Schonung Rentenmarktes alles, um Situation als beruhigend zu kennzeichnen. Alle Symptome in dieser Richtung werden unterstrichen (Urlaub Ministerpräsidenten, keine Unterbrechung der Urlaube englischer Botschafter Berlin und Rom, bevorstehende Ferien hiesigen Ministers des Aeussern, Billigung italienischer Truppenbewegungen durch französische Regierung, Ruhe in Kleiner Entente), aber in der Tiefe des Volkes, dem solche Beruhigung von Sarajevo her im Ohre klingt, beginnt sich das Grauen zu regen vor der Wiederkehr der Dinge und Resignation vor der drohenden Uebermacht automatisch wiederkehrender Verkettung.
Auch die zuversichtliche Haltung der Regierung und der führenden Kreise ist ausdrücklich der Voraussetzung unterstellt, dass die innere Entwicklung in Oesterreich Italien nicht zu einem militärischen Eingreifen zwingt, dessen Folgewirkung zwar vielleicht immer noch eingedämmt werden könnte, das aber ebenso eine unübersehbare Katastrophe auszulösen vermöchte.

In diesem Sinne erscheint den hiesigen leitenden Kreisen die Regierungsbildung in Oesterreich als die entscheidende Schicksalsfrage Europas, der gegenüber alle anderen augenblicklich in den Hintergrund treten. Man erklärt hier, dass eine ungeheuere Verantwortung dem Bundespräsidenten auferlegt ist, den Mann zu finden, dessen von allen anerkannte Autorität die vom toten Kanzler geschaffene Front erhalten und festigen müsse zur Sicherung europäischen Friedens.

1467 A

Gesandter Bischoff an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 83 (Chiffre)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56314/13

Paris, 28. Juli 1934
(18.10 → 20.00)

Massigli sagte mir: Lage ruhig, aber noch voll Möglichkeiten der Komplizierung. Rom und Paris durchaus solidarisch, entgegen anders lautenden Genfer Gerüchten. Frankreich habe sogar Italien Führung angetragen. Bisher jedoch *keinerlei* Propositionen *aus Rom*, das scheinbar unschlüssig über weitere Vorgangsweise.
Kleine Beunruhigung in Belgrad wegen falschen Gerüchtes über Erscheinen Italiener im oberen Drautal.
Unbehagen in der Schweiz.
Sehr guter Eindruck Puaux‘ über gestrige Audienz beim Bundespräsidenten.

1468

Legationsrat Seemann an Staatssekretär für Äußeres Tauschitz

Bericht Nr. 178/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12
Z. 56483/13

Berlin, 28. Juli 1934

Zum Erl. Zl. 56.154-13 vom 23. 7. 34[1]

[1] Zu finden in AdR, Gesandtschaft Berlin.

Herr Staatssekretär!
Gestern habe ich Gelegenheit genommen, im Sinne des obzitierten Erlasses bei Ministerialdirektor Dr. Köpke vorzusprechen. Unter Ueberreichung der Beilagen des Erlasses erklärte ich, meiner Ansicht nach eben jetzt im geeigneten psychologischen Moment gekommen zu sein. Ich sei nun in der Lage, ihm auch in natura ein Muster der Sprengmittel vorzuzeigen, wie sie, was ihm ja aus unseren unablässigen Interventionen bekannt sei, schon seit vielen Monaten von Deutschland nach Oesterreich eingeschmuggelt werden. Gerade in diesen Tagen seien alle diese Vorkommnisse derentwegen wir leider bisher immer wieder erfolglos interveniert hätten und vor deren Folgen von uns wiederholt gewarnt worden sei, in ihrer furchtbaren Wirkung zum Ausbruch gekommen. Ich müsste nochmals an die systematische Verhetzung erinnern, die insbesondere von München aus („Oesterreichischer Pressedienst“ und andere Presseerzeugnisse der österreichischen Emigration, die Rundfunkreden Habichts, Frauenfelds und ihrer Genossen) nach Oesterreich getragen worden sei, an den „Kampfring der Oesterreicher“, der seine Aufgabe nicht nur darin sehe, die in Deutschland lebenden Oesterreicher gegen ihre Regierung aufzuhetzen, sondern auch fortlaufend Hetzbriefe nach Oesterreich zu schicken. Die Atmosphäre des Hasses und der Hemmungslosigkeit, die dadurch bei den nationalsozialistischen Parteigängern in Oesterreich ausgelöst worden sei und die in den schweren Sprengstoffanschlägen, die mit Material aus Deutschland verübt wurden, bisher ihren Ausdruck fand, habe nun zu den Ereignissen des 25. Juli geführt, deren nähere Charakteristik ich mir wohl ersparen könne.
Dr. Köpke erwiderte, der Film über die Schuld Deutschlands an der Entwicklung in Oesterreich wäre allenthalben in der Welt und von Oesterreich her schon genug abgerollt worden und er laufe nun schon zu lange. Wenn nun schon von den Sprengmitteln die Rede sei, so müsse er sagen, dass auch die Tschechoslowakei, wenn schon nicht Sprengmittel, so doch Gewehre, und Jugoslavien Sprengstoffe, wenn auch in geringeren Menge, geliefert habe. Ich entgegnete, es sei mir etwas ganz Neues, dass die österreichischen Nationalsozialisten von den Tschechen Gewehre erhalten hätten, letztere seien ja bekanntlich für die österreichischen Marxisten bestimmt gewesen und die wären im Februar niedergerungen worden. Es müsste dann sein, dass in Oesterreich nunmehr die Braunen Hand in Hand mit den Roten vorgingen. Was Jugoslavien betreffe, so scheine es mir besser, hierauf nicht näher einzugehen. Ich brauchte nur an die Nachrichten wegen der Abtretung Kärntens zu erinnern.
Im weiteren Verlaufe des Gespräches meinte Dr. Köpke, die Reichsregierung hätte alles Interesse daran, dass bei uns die Regierung Herrin der Lage bleibt, um unabsehbare Folgen zu verhindern. Die Frage sei nur, wie sich die Lage innerhalb der Regierung gestalten werde, denn es hätten, wie dem Auswärtigen Amte aus verlässlicher Quelle bekannt sei, vor nicht allzulanger Zeit noch schwere Differenzen im Schosse des Kabinetts bestanden. Der Stern des Herrn Bundeskanzlers sei in letzter Zeit in Rom, wie man aus italienischer Quelle wisse, schon stark im

Verblassen gewesen. Man hätte es in Italien dem Herrn Kanzler u. a. verübelt, dass er in letzter Zeit den Versuch unternommen habe, eine neue sozialdemokratische Partei unter Dr. Renner zu bilden. Man wäre in Italien auch mit dem letzten Sprengstoffgesetz der Bundesregierung nicht einverstanden gewesen, das nur Todesstrafe oder Freispruch vorsehe. Man habe daher begonnen, sich in Italien in letzter Zeit mit Herrn Bundesminister Fey näher zu beschäftigen. Ich muss hier einschalten, dass ich mich bei diesen sehr bemerkenswerten Aeusserungen des Eindruckes nicht erwehren konnte, dass hier bei dem sonst so ruhigen und vernünftigen Ministerialdirektor Dr. Köpke offensichtlich die Absicht vorlag, Misstrauen zwischen uns und Italien zu säen.

Dr. Köpke, der mir bei Beginn unseres Gespräches sein tiefstes Mitgefühl an dem tragischen Ende des Herrn Bundeskanzlers und seinen Abscheu über den verbrecherischen Anschlag zum Ausdruck gebracht hatte, kam schliesslich auf die Entsendung des Herrn von Papen zu sprechen. Er wolle mir vertraulich sagen, dass sowohl der Herr von Papen betreffende Beschluss, als auch die Absetzung Habichts ohne Wissen des Auswärtigen Amtes erfolgt sei. Er bitte mich in meiner Berichterstattung hervorzuheben, dass man im Auswärtigen Amt Wert auf die Feststellung lege, dass beide Fakten den Beginn einer neuen Epoche in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten darstellen sollen. Das Auswärtige Amt hoffe, dass Herr von Papen, – eine sehr ruhig denkende Persönlichkeit – als Katholik besonders in der Lage sein werde, die ihm gestellte schwierige Aufgabe durchzuführen. Auf meine Zwischenfrage, ob Dr. Köpke bekannt sei, dass Herr v. Papen in gewissen katholischen Blättern Oesterreichs wegen seiner Haltung Angriffen ausgesetzt gewesen sei, entgegnete der Ministerialdirektor, es sei ihm dies allerdings nicht erinnerlich. Mitbestimmend bei seiner Ernennung sei sicherlich auch die Absicht des Führers gewesen, den Gerüchten um die Person des Vizekanzlers, die trotz der letzten Reichstagsrede Hitlers noch immer nicht verstummen wollten, nunmehr in radikaler Form ein Ende zu bereiten und Herrn v. Papen, der im September auf jeden Fall aus den Kabinett ausgeschieden wäre, vor aller Welt in weithin sichtbarer Form zu rehabilitieren. Welch unsinnige Gerüchte auch heute noch umliefen, möge ich daraus ersehen, dass Dr. Köpke noch am Vortage von einer Persönlichkeit allen Ernstes gefragt worden sei, warum man denn den armen Papen eigentlich ermordet habe.

Auf meine Frage, ob er mir etwas Näheres über das etwas mysteriöse Communiqué über die Absetzung Habichts sagen könne, meinte mein Mitredner, er wisse darüber nichts Näheres, es sei eine dicke Asbestwand zwischen ihm und diesen Dingen aufgerichtet. Er persönlich vermute, dass sich der Schlusspassus der Verlautbarung vielleicht auf eine der letzten Rundfunkreden Frauenfelds beziehe. Wie dem auch sei, wir sollten uns über die Hintergründe nicht allzusehr den Kopf zerbrechen und uns damit begnügen, dass Habicht nunmehr abgetan sei. Dr. Köpke hätte mir vor nicht allzulanger Zeit erklärt, dass Habicht nun vernünftig und einsichtig geworden sei, er müsse mir aber offen sagen, es seien in ihm doch

Zweifel darüber aufgestiegen, ob Habicht nicht doch ihm gegenüber eine Maske aufgesetzt habe. Wie ich von anderer Seite zuverlässig erfahre, soll der unmittelbare Anlass zur Absetzung *Habichts* der Umstand gewesen sein, dass der Aufsatz „Volksgericht in Oesterreich", der, wie ich im Bericht Zl. 176/Pol. vom 26. Juli l. J.[2] gemeldet habe, durch das D. N. B. verbreitet werden sollte, im letzten Moment jedoch wieder zurückgezogen wurde, aus Habichts Feder stammte.
Ich habe den Eindruck gewonnen, dass der Reichskanzler und die massgebenden Personen in der Reichsregierung den Ernst der Situation und die Gefahr, die dem Reich von aussen her droht, nunmehr erkannt haben. Dieser Auffassung bin ich auch mehrmals in den vielfachen Gesprächen begegnet, die ich in den letzten Tagen mit einer Reihe von hiesigen Missionschefs zu führen Gelegenheit hatte. Die beiden sensationellen Beschlüsse: Papens Entsendung und Habichts Absetzung sind allem Anscheine nach in überstürzter Hast gefasst und ins Werk gesetzt worden und man scheint keine Zeit mehr gefunden zu haben, sich beim Auswärtigen Amte über die bei einer Gesandtenernennung übliche Vorgangsweise zu informieren, denn, wie ich weiss, war dem D. N. B. ursprünglich eine Meldung zur Publikation übergeben worden, in der es heisst, der Reichskanzler habe Herrn v. Papen zum Gesandten in Wien ernannt. Diese Aussendung wurde kurz darauf wieder zurückgezogen und dahin richtiggestellt, Hitler habe dem Reichspräsidenten Herr von Papens Ernennung in Vorschlag gebracht. Die ganz ungewöhnliche Vorgangsweise, dass man die Ernennung eines Gesandten als Vertreter bei einem auswärtigen Staate vollzieht und aller Welt kundgibt, bevor man der Zustimmung der betreffenden fremden Regierung sicher ist, spricht meines Erachtens zum Teil auch dafür, dass man keine Zeit mehr verlieren zu dürfen glaubte und sich gleichzeitig der Hoffnung hingab, durch die Schaffung eines „fait accompli" eine Ablehnung von vorneherein auszuschliessen. Der Bundesregierung durch ein solches Vorgehen einen Affront antun zu wollen, scheint mir hiebei nicht die Absicht gewesen zu sein, was wohl schon der Ernst der Situation ausschliesst. Man hat sich vielleicht im gewohnten Selbstbewusstsein der Meinung hingegeben, dass die „grosse Geste" des Führers so tiefen Eindruck in Wien machen würde, dass man sich nicht an Formmängeln stossen werde. Andere Meinungen gehen allerdings dahin, es handle sich lediglich um einen geschickten Schachzug des Kanzlers, um die bedrohliche aussenpolitische Lage Deutschlands zu entlasten und Zeit zu gewinnen. Alle diese Erwägungen können, da es hier erfahrungsgemäss überaus schwer ist, hinter die Kulissen zu blicken, nur Vermutungen sein. Wie mir Dr. Köpke offen zugab, hat der Kanzler mit Papens Ernennung 2 Fliegen mit einem Schlag treffen sollen: eine grosse Geste nach innen hin, um Papens Anhänger möglichst wieder zu versöhnen und die grosse Geste nach aussen, um seine Friedensbereitschaft durch die Entsendung des Stellvertreters des Regierungschefs besonders zu unterstreichen.
Empfangen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung!

---

[2] AdR, Gesandtschaft Berlin.

1469

Legationsrat Kurz an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Fernspruch Nr. 5 (Chiffre, statissime, streng geheim)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56318/13

Budapest, 28. Juli 1934
(12.45)

Militärattaché meldet: Tschechoslowakei hat seit 25. d. M. verstärkte Bewachung der Grenzen gegen Deutsches Reich, Oesterreich, Ungarn. Gegen Ungarn bis 28. d. M. einige Garnisonen in Bereitschaft. Rumänien hat teilweise kleineren Grenzverkehr unterbrochen. Jugoslawien hat Grenze verstärkt, bewacht Marburger nationalsozialistische Zentrale gegen Oesterreich. Italien mitteilte Ungarn, dass *es* in Oesterreich einmarschiere, wenn aktive deutsche Mitwirkung an Unruhen in Oesterreich vorliege. Einmarsch nur einvernehmlich mit Frankreich, Ungarn. Ungarn will wissen, dass Jugoslawien in Kärnten einrückt, sobald Italien unser Gebiet betritt. Ungarn betreibt von Rom Erklärung, wie es gegen Jugoslawen vorgehen würde, wegen Rückwirkung auf Budapest.
Bitte Heeresamt verständigen.

1470

Gesandter Marek an Generalsekretär Peter

Bericht Nr. 410/Pol.[1]

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56391/13

Prag, 28. Juli 1934

Herr Generalsekretär,
Ich hatte bisher noch wenig Gelegenheit, mit den massgebenden Staatsmännern, die sich zumeist ausserhalb Prags befinden, über die traurigen Ereignisse in Wien zu sprechen. Ich konnte nur Herrn Dr. Krofta erreichen, der unmittelbar vor Antritt seines Urlaubes steht, und mit dem ich einige Worte wechseln konnte. Er sprach sein tiefstes Bedauern über den tragischen Tod des Herrn Bundeskanzlers Dr. Dollfuss aus und meinte, dass wahrscheinlich, und gerade durch den Tod veranlasst, erst jetzt

[1] Europäische Zirkulation II.

recht die „Richtung Dollfuss“ in Oesterreich siegen werde. Die ganze Welt sei auf unserer Seite und jetzt werde wohl auch der Moment gekommen sein, wo wir uns mit Deutschland werden auseinandersetzen können. Das Reich habe eine Blamage erlitten, wie sie in der Geschichte noch nicht da gewesen sei und es sei begreiflich, dass man in Berlin alles versuche, um jedweden Verdacht, die österreichischen Ereignisse direkt oder indirekt verursacht zu haben, von sich abzuwenden. Der Nationalsozialismus habe seinen wahren Charakter enthüllt und stehe splitternackt vor der Welt da. Ganz ungewöhnlich sei die Rolle gewesen, die der Herr deutsche Gesandte in Wien gespielt. Dieser habe am kritischen Tag, am 25. Juli um 8 h abends zweimal lange Telephongespräche von Pressburg aus mit Berlin und mit München geführt. Dies sei dem Aussenministerium von der Staatspolizei berichtet worden.
Ueber die internationale Lage sagte mir Herr Dr. Krofta auf Grund von Mitteilungen, die er von Herrn Dr. Beneš telephonisch erhalten hatte, dass tatsächlich eine Demarche der Grossmächte in Berlin in Vorbereitung sei. Die Tschechoslowakei sei hiedurch direkt keineswegs tangiert und es werden vorläufig in Prag auch keine Vorbereitungen gemacht, um sich in irgendeiner Richtung dieser Demarche anzuschliessen. Vermutlich werde Frankreich sich vor der Demarche mit der Kleinen Entente ins Einvernehmen setzen und möglicherweise bei der Demarche auch Sprecherin der Kleinen Entente sein. Nur dann, wenn Frankreich beziehungsweise die Grossmächte die Kleine Entente auffordern sollte, sich der Demarche auch formell anzuschliessen, würde dies geschehen.
Die Gerüchte über irgendwelche militärische Vorkehrungen in der Tschechoslowakei seien, wie mir Herr Dr. Krofta auf meine ausdrückliche Frage mitteilte, falsch. Für die Tschechoslowakei sei vorläufig kein Grund vorhanden, derartiges zu tun. Die militärischen Massnahmen Herrn Mussolinis beunruhigen Prag nicht, man wisse, dass dies eine drohende Geste an die Adresse Berlins sei.
Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1471

Legationsrat Rotter an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 41 (streng geheim)

AdR,
Gesandtschaft Rom — Rom, 29. Juli 1934

Herr Mussolini der mich in fast ½ stündiger Audienz empfing bemerkte nach Entgegennahme meiner Danksagung zunächst, er habe die beim Leichenbegäng-

nis gehaltenen Reden eben im Radio mitangehört. Er hob besonders Rede des Herrn Vicekanzlers hervor aus der er einige Stellen wörtlich zitierte. Dadurch dass Vicekanzler wiederholt das Volk direkt apostrophierte sei seine Rede besonders eindrucksvoll gewesen. Ich wies sodann auf die gestern von V. im Radio verlautbarte Regierungserklärung hin, die klar zum Ausdruck gebracht habe dass Regierung keinen zollbreit von bisheriger Politik abweichen werde, was Mussolini sichtlich beifällig aufnahm, wobei er auf den auf seinem Schreibtisch liegenden Text wies. Als ich erwähnte dass Reichsregierung gestern um Agrément für Vicekanzler Papen angesucht und Ministerrat trotz verschiedener Pressionsversuche der Reichsregierung beschlossen habe erst nach Regierungsbildung hiezu Stellung zu nehmen unterbrach mich Herr Mussolini mit dem Ausruf: „Ausgezeichnet." Er bemerkte hiezu beiläufig Folgendes:
Der Brief Hitlers an Papen sei ein grosser Fehler gewesen. Er hätte besser getan, dessen Entsendung nach Wien zunächst durch ein „es geht das Gerücht" vorbereiten zu lassen. Die direkte Unterstellung P. unter Reichskanzler zeige dass H. Oesterreich noch immer als eine Provinz des Reichs betrachte wo er einen „Statthalter" ernennen könne. „Pappen brennt in Deutschland der Boden unter den Füssen". Herr Mussolini schilderte sodann wie P. nur dadurch knapp der Erschiessung habe entgehen können dass es ihm gelang im letzten Moment die Reichswehr zu verständigen. „Das ist geschichtliche Wahrheit". Die Entsendung P. nach Oesterreich würde ihm die Gelegenheit geben, sich in Deutschland aus einer unmöglichen Situation zu befreien, und wäre andrerseits für Hitler der erwünschte Anlass ihn loszuwerden. Herr Mussolini fuhr wörtlich fort:
„Ihr habt keine Eile, die Anderen haben Eile. Ruhig Zeit lassen, abwarten, ob der Kampfring, die Münchner Zentrale aufgelöst, die Propaganda durch Radio und Presse eingestellt werden etc. Nach 8 Tagen wird man dann allenfalls das Agrément nicht verweigern können."
Herr M. liess sich von mir ausführlich über den Hergang der Ereignisse des 25. Juli berichten, wobei er mich oft durch Ausdrücke der Ergriffenheit beziehungsweise des Abscheus unterbrach. Tief bewegt schilderte er sein Zusammensein mit der Familie Dollfuss und erzählte mit grösster Ergriffenheit Scenen aus dem Leben der Kinder in Riccione. „Ich werde Alles für Frau Dollfuss tun; was immer sie verlangt wird geschehen. Dollfuss war mir wie ein naher Verwandter. Die gleichen Ansichten, Temperament, Erziehung und Ursprung haben uns vereint".
Die Nachricht von der Abberufung Rintelens nahm Mussolini wortlos zur Kenntnis.
Die letzten Worte M. beim Abschied waren: Ich habe sehr gelitten und leide noch immer.

1472

Gesandter Bischoff an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 92 (Chiffre)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56371/13

Paris, 30. Juli 1934
(21.15 → 31. VII. – 8.00)

Mit Massigli Haltung der *Mächte* besprochen: England hat Erklärung Sir Simons im Unterhaus mit Note *bekanntgegeben*[1] und in derselben *Festhalten* an Februardeklaration erklärt.
Suvich hat französischem Geschäftsträger wiederum Wunsch nach weiterem Zusammengehen ausgedrückt. Italienische These scheint zu sein, dass internationaler *Schritt* zwecklos wäre und nur mehr „Akte" gesetzt werden können. Massigli fragt sich, was das für Akte sein können, wenn nicht Einmarsch, der „sofort unabsehbare Konsequenzen zeitigen müsste" (auch politischer Direktor bezeichnete *Einmarsch* als „doch wohl unmöglich").
Jugoslawien etwas nervös.
Aus Berlin gar keine Nachricht.

1473

Gesandter Bischoff an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Tauschitz

Bericht Nr. 54/Pol.

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56449/13

Paris, 30. Juli 1934

Herr Staatssekretär!
Ordnungshalber wiederhole ich hier einen bereits in den Vormittagsstunden des 26. Juli telefonisch erstatteten Bericht über die Tätigkeit der Gesandtschaft am 25. Juli. Die Gesandtschaft wurde am frühen Nachmittag von der erfolgten Radioverlautbarung über die Demission des Kabinetts Dollfuss und die Regierungsbildung

[1] Zwei Chiffres verstümmelt.

durch Dr. Rintelen benachrichtigt. Kurze Zeit darauf, etwa gegen drei Uhr, wurde hier verbreitet, dass es sich um eine Mystifikation handle hervorgerufen durch einen lokalen Putsch der Nationalsozialisten, der aber bereits niedergeschlagen sei.
Um 4 Uhr 30 erfuhr der Presseattaché durch einen Telefonanruf bei der Amtlichen Nachrichtenstelle von der Besetzung des Kanzleramtes, der Gefangennahme des Kanzlers und einiger Regierungsmitglieder und der Zernierung des Gebäudes durch Armee und Polizei.
Ich begab mich sogleich ins Ministerium des Aeussern, machte auf die unmittelbare Lebensgefahr aufmerksam, in der sich unter den gegebenen Umständen der Kanzler und die gefangenen Regierungsmitglieder befinden mussten und auf den ungeheuren Ernst der Lage, die entstünde, wenn dem Kanzler und der Regierung ein Leid geschähe.
Der stellvertretende politische Direktor, dem ich in Abwesenheit des Generalsekretärs diese Mitteilung machte, war über diese Entwicklung und diesen Aspekt der Dinge sichtlich betroffen und versprach, sich sofort mit Rom in Verbindung zu setzen. Dies spielte sich um etwa 5 Uhr ab.
Von meinem Schritte am Quai d'Orsay verständigte ich telefonisch den Gesandten in London und den Geschäftsträger in Rom, sowie, als dieser mich anrief, den Geschäftsträger im Haag.
Um cca. ½ 6 Uhr gelang es, eine Verbindung mit der französischen Gesandtschaft in Wien herzustellen. Ich bat den Geschäftsträger, sich in engsten Kontakt mit den Mitgliedern des Rumpfkabinetts zu halten, um diesen die Möglichkeit einer Kommunizierung mit dem Auslande zu sichern. Von Graf Montbas erfuhr ich bei dieser Gelegenheit, dass der Herr Bundeskanzler schwer verwundet sein sollte, worüber schon früher Gerüchte umliefen, sowie dass das Rumpfkabinett im Bundesministerium für Heerwesen tage.
Ein Versuch, mich mit demselben in Verbindung zu setzen, scheiterte, da die Linie ab 6 Uhr unterbrochen war.
Um cca. ½ 8 Uhr teilte mir Geschäftsträger Alexich, der Linz erreicht hatte, mit, dass in den Provinzen Ruhe herrsche und dass man schwerste Befürchtungen über den Zustand des Kanzlers habe.
Um 8 Uhr erfuhr Dr. Wasserbäck auf der nun wieder funktionierenden Linie vom Wiener Rathaus, dass die Meuterer sich ergeben hätten, über das Schicksal des Kanzlers aber noch nichts sicheres bekannt sei.
Um 9 Uhr teilte Geschäftsträger Alexich mir nach einem Gespräche mit dem Bundesminister für Justiz mit, dass der Kanzler seinen Verletzungen erlegen war. Um 10 Uhr brachten die Radioansprachen der Bundesminister Fey und Schuschnigg die traurige Bestätigung.
Ich richtete sohin eine Note an den Herrn Aussenminister, in der ich ihm den Tod des Herrn Bundeskanzlers durch Mörderhand notifizierte. Diese Note habe ich an nächsten Morgen Herrn Barthou persönlich übergeben (siehe Chiffre).

Von Vorstehendem habe ich – in grossen Zügen – Herrn Gesandten Hornbostel am 26. Juli um 11 Uhr vormittags telefonisch berichtet und auf Grund meiner ersten Eindrücke beigefügt, dass hier bei grösster menschlicher Teilnahme starke Vorsicht und Zurückhaltung hinsichtlich der Ziehung politischer Konsequenzen aus dem Verbrechen zu beobachten sei und dass es den Anschein habe, als würde man nicht ungern Italien die Führung der internationalen Aktion überlassen. Dieser erste Eindruck ist seither bestätigt worden.
Im übrigen darf ich auf meine telegrafische Berichterstattung verweisen.
Genehmigen Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit

Bischoff

1474
Gesandter Marek an Generalsekretär Peter
Bericht Nr. 413/Pol.

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56498/13 Prag, 30. Juli 1934

Herr Generalsekretär,
Anlässlich der Garden-Party, die gestern zu Ehren des siamesischen Königspaares auf der Burg stattfand, hatte ich Gelegenheit, einige Worte mit Herrn Dr. Beneš zu wechseln, der aus seinem Urlaubsorte nach Prag gekommen war, das Königspaar zu begrüssen. Dr. Beneš betonte neuerdings seine Empörung über die Ermordung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Dollfuss und meinte, dass jetzt der psychologische Moment gegeben wäre, international ein Definitivum in Bezug auf Oesterreich zu schaffen, sodass ein für allemal dessen Unabhängigkeit und Selbständigkeit auch in innerpolitischer Hinsicht jedermann gegenüber garantiert würden. Ob in dieser Richtung schon Pourparlers zwischen den einzelnen Staatskanzleien gepflogen werden, konnte mir weder Herr Dr. Beneš noch mein französischer Kollege, den ich deshalb interpellierte, sagen.
Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1475
Gesandter Hennet an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 114/Pol. (streng vertraulich)[1]

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56403/13 Budapest, 31. Juli 1934

Herr Bundesminister!
Nach dem heute für weiland Herrn Bundeskanzler Dr. Dollfuss zelebrierten Requiem hatte ich Gelegenheit, längere Zeit mit Herrn Aussenminister von Kánya zu sprechen.
Herr von Kánya teilte mir mit, dass er aus den Gesprächen, die er gestern in Wien mit dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Vizekanzler und den leitenden Herren des Auswärtigen Ressorts hatte, zu seiner Freude entnahm, dass die freundschaftliche und vertrauensvolle Politik Oesterreichs gegenüber Ungarn keinerlei Aenderung erfahren werde.
Da in den oben erwähnten Gesprächen ohnehin die aussenpolitische Lage erörtert wurde, glaube ich im Nachfolgenden aus den Auesserungen des Ministers von Kánya, nur diejenigen melden zu müssen, die neues bringen oder wichtige Fakten bestätigen.
Streng vertraulich teilte er mir mit, er habe heute eine Depesche des ungarischen Gesandten in Rom erhalten, nach welcher Ministerpräsident Mussolini dem Gesandten erklärt habe, er würde nur dann in Oesterreich einmarschieren, wenn Oesterreich ihn darum ersuche. Minister von Kánya fügte bei, dass der italienische Ministerpräsident auf die Nachricht von der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuss im allerhöchsten Grade aufgebracht, die Zusammenziehung von Truppen an der Grenze angeordnet habe und augenscheinlich gedacht habe, er werde im Einvernehmen mit Frankreich und England nötigenfalls eine bewaffnete Aktion durchführen können. Nun habe er sich davon überzeugt, dass ein solches Vorgehen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde – dies umso mehr, als er das Einverständnis Frankreichs und Englands nicht erreichen konnte.
In dieser Gedankenrichtung teilte mir Aussenminister von Kánya auch mit, dass der Stellvertreter des jugoslawischen Aussenministers dem ungarischen Gesandten erklärt habe, Jugoslawien werde, falls ein Einmarsch Italiens in Oesterreich erfolge, ebenfalls in Oesterreich einmarschieren. Auf eine Bemerkung des ungarischen Gesandten hin deutete der genannte Funktionär des jugoslawischen Aussen-

[1] Erging von „Aeusserungen des Ministers“ bis „gegen Oesterreich einzustellen.“ auch an Rom, Belgrad, Paris, London und Genf.

amtes an, dass dies auch ohne Rücksicht auf gegenteilige Wünsche Frankreichs der Fall sein würde.
Schliesslich sagte mir Minister von Kánya, dass ihn vor kurzem wieder ein ihm wohlbekannter, äusserst vertrauenswürdiger Deutscher besucht habe, der sich am Wege nach Konstantinopel nur zu dem Zwecke in Budapest bei ihm aufhielt, um ihn über Wunsch eines ehemaligen Freundes im deutschen Aussenamte darüber zu orientieren, dass Reichskanzler Hitler die Führung so weit verloren habe, dass er nicht mehr imstande sei, die Terroraktionen gegen Oesterreich einzustellen.
Aussenminister von Kánya erhielt soeben eine telephonische Mitteilung, dass Reichspräsident von Hindenburg im Sterben liege.
Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Hennet

1476

Gesandter Vollgruber an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 71/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56476/13 Bukarest, 31. Juli 1934

Herr Bundesminister,
[…] Am nächsten Tage kam dann Gesandter Graf Schulenburg selbst, um auch noch persönlich zu kondolieren. Er drückte sein Bedauern aus, dass er nicht schon am Vortage habe kommen können und gab seinem Beileid und seinem Entsetzen in bewegten Worten Ausdruck, die ich Grafen Schulenburg, der nichts weniger als ein nationalsozialistischer Heissporn ist, gerne glaubte. Er kam dann auf die Tätigkeit Herrn Rieth's an dem unglücklichen Tage zu sprechen und reichte mir mit den Worten, „wenn ein Diplomat Pech habe, sei er eben verloren" ein Telegramm zu lesen, das er aus Berlin zur Regelung seiner Sprache erhalten habe. Diese Depesche besagte, dass die Reichsregierung durch die Ereignisse in Oesterreich vollkommen überrascht worden sei, dass Herr Rieth verhindert gewesen wäre, Instruktionen aus Berlin einzuholen, da das Telefon nicht funktioniert habe, dass er wegen seines Vorgehens, das nicht die Zustimmung der Reichsregierung gefunden hätte, abberufen worden sei, und zählte dann die verschiedenen Massnahmen auf, die von Deutschland getroffen worden waren um seine „Schuldlosigkeit" vor der Welt zu dokumentieren.

Im weiteren Verlaufe des Gespräches meinte Graf Schulenburg, der Nationalsozialismus habe sicher sehr viele gute Seiten, aber die Uebertreibung seiner Prinzipien, die sich manche Führer zu schulden kommen liessen, würden ihn noch vollständig diskreditieren. Herr Hitler wisse das selbst sehr gut und teile auch in der österreichischen Frage keineswegs den Standpunkt der Heissporne. Aber sein Einfluss reiche lange nicht überall hin, das sei das Unglück. Graf Schulenburg meinte dann, er würde sich von der Entsendung Herrn von Papens nach Wien viel Gutes erhoffen. Auf meinen Einwurf, Herr von Papen scheine doch nicht mehr das Vertrauen des Herrn Reichskanzlers zu besitzen, erwiderte der Herr deutsche Gesandte, meine Ansicht sei nicht richtig. Wer gegen Herrn von Papen mit allen Mitteln arbeite, sei Herr Göring, der selbst den Vicekanzlerposten anstrebe, den ihm Herr Hitler allerdings nicht konzedieren wolle. Göring gehöre zu den Heissspornen und so sehr er (Schulenburg) die Entsendung Herrn von Papen's im Interesse einer Besserung unserer Beziehungen begrüssen würde, so sehr fürchte er für Deutschland, dass sie Herrn Göring eventuell doch der Erfüllung seines Wunsches näher bringen könnte.[1]
[…]

Vollgruber

1477

Legationsrat Seemann an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 180/Pol. (vertraulich)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56485/13

Berlin, 31. Juli 1934

Herr Bundesminister!
Der italienische Botschafter, dem ich heute meine Dankvisite für seinen Kondolenzbesuch abstatte, fragte mich, welche Nachrichten ich aus Oesterreich hätte. Ich entgegnete, nach meinen letzten amtlichen Informationen sei die Ruhe in Oesterreich wieder völlig hergestellt. Herr Cerruti meinte, es beginne sich sichtlich wieder eine Entspannung der politischen Lage anzubahnen, was auch in der hiesigen Presse zum Ausdruck komme. Er hoffe übrigens, vielleicht nun doch in etwa 8–10 Tagen seine beabsichtigte Reise nach Gastein antreten zu können. Die von

[1] Die hier abgedruckten Passagen des Berichts gingen auch am 4. 8. 1934 an Berlin.

Italien getroffenen militärischen Vorkehrungen hätten, wie er wisse, hier starken Eindruck gemacht und ernste Besorgnis ausgelöst. Es sei nun jene Lage eingetreten, die von Italien der Reichsregierung seit Jahr und Tag vorausgesagt worden sei. In der letzten Zeit seien in Bayern in der Nähe der österreichischen Grenze etwa 3000 österreichische Legionäre versammelt gewesen und hinter ihnen hätten sich *noch* einige tausend Mann Reserven befunden. Diese Legionäre seien allerdings nunmehr von der Grenze abtransportiert worden. Da zudem die österreichische Regierung den Aufstand niedergeschlagen und die Macht in Händen behalten habe, liege für Italien kein Anlass für ein Eingreifen vor. Auch letzthin wieder bei der Zusammenkunft in Stra-Venedig habe Mussolini Hitler gegenüber zwar nicht ausdrücklich von einem allfälligen Eingreifen Italiens gesprochen, dies aber deutlich genug zu verstehen gegeben.
Herr Cerruti sagte mir schliesslich, er hätte Informationen darüber, dass die Reichsregierung angeblich beabsichtige, etwa eine Woche nach dem Eintreffen Herrn von Papens in Wien die 1000-Mark-Sperre wieder aufzuheben. Diese Nachricht habe er nicht überprüfen können. Der Botschafter erkundigte sich schliesslich, ob inzwischen das Agrément für Herrn v. Papen erteilt worden sei, was ich verneinte.
Genehmigen, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit!

1478

Gesandter Bischoff an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 94 (Chiffre)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56377/13

Paris, 31. Juli 1934
(8.15 → 12.00)

Fand heute italienischen Botschafter eher besorgt. Grund: Wiederaufnahme deutscher Pressehetze, die beweist, dass Deutschland nicht „abrüstet“ und bisherige Aussöhnungsgesten nicht ernst gemeint waren, oder aber, dass Reichskanzler nicht die Kraft hat, sich durchzusetzen; was beides neue böse Situation schafft, die durch unerhörten Ton italienisch-deutscher Pressepolemik noch verschärft wird.
Auch die stets betonte Solidarität der […][1] komme über theoretische Versicherungen nicht hinaus. Eine ernste Prüfung der verschiedenen Möglichkeiten habe zwischen den Mächten noch nie stattgefunden. Zum Schluss werde Italien allein

[1] Chiffre fehlt.

dastehen. Darauf scheine Deutschland, über das der Botschafter in den ärgsten Tönen sprach, zu spekulieren.
Habe Eindruck, dass sich Botschafter nach Instruktionen sehnt, die ihm gestatten, theoretische Solidarität mit praktischem Inhalt zu erfüllen.

1478 A

Gesandter Bischoff an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 99 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56446/13

Paris, 1. August 1934
(17.40 → 2. VIII. – 8.00)

Deutscher Botschafter ist konsterniert über „unglaublichen Fehlgriff" deutsche[.] […][1] im Falle Papen, durch die *seiner* Ansicht nach vom Reichskanzler „zweifellos ehrlich gewollte Aussöhnung" *erschwert* werden müsse. Fortdauer Pressehetze findet *er* schlecht*hin* „wahnsinnig" und nur durch völligen Mangel einheitlicher Führung zu erklären. Er sieht ein, *dass diese* Haltung deutscher Presse allenthalben stärksten Zweifel in Ehrlichkeit deutschen Versöhnungswillen wecken muss. Botschafter ist nicht *Partei*mitglied.

1479

Gesandter Hennet an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 116/Pol.[1]

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56480/13

Budapest, 1. August 1934

Herr Bundesminister!
Heute machte ich dem Herrn Ministerpräsidenten von Gömbös einen Besuch und zwar formell mit der Begründung, ihm für seine Teilnahme zu danken und mich

[1] Chiffre verstümmelt.
[1] Abschrift an Rom am 4. 8. 1934.

nach seinem Befinden zu erkundigen. Der Herr Ministerpräsident hatte mir schon durch Herrn Staatssekretär von Bározy sagen lassen, er hoffe mich bald zu sehen. Bei diesem Besuche begleitete mich Militärattaché Oberst Dr. Regele, um für die Teilnahme, die der Herr Ministerpräsident als Honvédminister ausgedrückt hatte und für die Entsendung der Honvéddelegation nach Wien zu danken.

Der Herr Ministerpräsident drückte zunächst sein Bedauern darüber aus, dass er nicht selbst an den Trauerfeierlichkeiten teilnehmen konnte und zwar infolge der Nasenoperation, der er sich vor kurzem unterziehen musste. Er sprach dann in wärmsten Worten über die Freundschaft, die ihn mit dem verewigten Herrn Bundeskanzler verbunden hat und wie ausserordentlich nahe ihm der Verlust gegangen sei. Er habe schon durch Herrn Aussenminister von Kánya authentisch erfahren, dass die neue Bundesregierung die gleiche freundschaftliche Politik gegenüber Ungarn einzuhalten beabsichtige, wie die Regierung Dollfuss; daran habe er ja auch kaum zweifeln können, denn die in den römischen Protokollen zwischen Oesterreich, Ungarn und Italien niedergelegten Richtlinien hätten sich politisch und wirtschaftlich bewährt und gerade in den letzten traurigen Tagen habe sich ihr Wert offen gezeigt. Der Herr Ministerpräsident drückte die Hoffnung und Erwartung aus, dass die österreichische Regierung Herr der Lage bleiben und alle Regungen des Aufstandes niederhalten werde. Ein Einmarsch Italiens sei gegenwärtig nicht zu erwarten. Die Ereignisse der letzten Tage zeigten aber nach seiner Ansicht, dass die Kleine Entente und jedenfalls Jugoslavien Angriffsgelüste haben, die zunächst Oesterreich, ganz ohne Zweifel aber auch Ungarn bedrohen. Sowohl vom Standpunkte der inneren Ordnung und Ruhe als auch vom Gesichtspunkt der Einmarschdrohungen der Nachbarn sei es absolut notwendig, dass die österreichische Armee vergrössert werde und dass neben den staatlichen keine anderen Wehrformationen bestehen. Die Notwendigkeit einer Vergrösserung der österreichischen Armee resp. das Eintreten für eine solche habe er Ministerpräsidenten Mussolini schon öfters und in den letzten Tagen besonders warm ans Herz gelegt und dabei volles Verständnis gefunden. In diesem Sinne habe er auch publizistisch gewirkt. So seien die vor einigen Tagen im *Pester Lloyd* erschienenen Aeusserungen darüber seiner Initiative entsprungen. Selbstverständlich liege es ihm fern, sich in österreichische Angelegenheiten einzumengen, aber ein freundschaftlicher Rat oder vielmehr Beistand könne nicht übelgenommen werden – wenn ihm auch vor Allem das Interesse Ungarns dabei vorschwebe. Der Herr Ministerpräsident entwickelte diesen Gedanken noch länger und meinte u. a., dass eine finanzielle Mehrbelastung nicht oder nur in geringem Masse in Betracht komme, da ja die verschiedenen Freiwilligenformationen wie Heimatschutz, Heimwehr, Sturmscharen u. s. w. auch bedeutende Beträge erfordern. Er dulde in Ungarn keinerlei derartige Formationen und um das Heer schlagkräftig zu erhalten, beschränke er die Bewaffnung von Gendarmerie und Polizei auf ein Minimum.

Von den sonstigen Aeusserungen des Herrn Ministerpräsidenten wäre hervorzuheben, dass er – wie gestern auch Aussenminister von Kánya erwähnte – die Anschauung vertrat, Reichskanzler Hitler sei nicht mehr Herr der Situation und könne auch

die Terror-Akte gegenüber Oesterreich nicht mehr verhindern. Immerhin hege er die Hoffnung, dass in Deutschland eine „Einkehr“ auf dem Wege sei. Dort stünden ja durch den stündlich zu erwartenden Tod des Herrn Reichspräsidenten grosse Ereignisse bevor, die auch – ob nun Reichskanzler Hitler Reichspräsident werde oder nicht – eine Umstellung von günstiger Wirkung auf das Verhältnis zu Oesterreich zur Folge haben dürften.
Hinsichtlich der italienischen Truppenaufgebote bemerkte er u. a., dass insbesondere die Truppenansammlung bei Tarvis wohl auf eine Uebereilung zurückzuführen sei, die Jugoslavien überflüssigerweise reizen musste.
Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Hennet

1480

Gesandter Franckenstein an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 279/Pol. (vetraulich)[1]

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56620/13 London, 1. August 1934

Herr Bundesminister!
Der hiesige amerikanische Botschafter, bei dem ich gestern speiste, sagte mir im Laufe eines Gespräches, er glaube, dass der Opfertod des Bundeskanzlers Dr. Dollfuss die unleugbare Gefahr eines Krieges dadurch abgewendet habe, dass die Mächte geschlossen und einmütig gegen Deutschland Stellung nehmen. Die Nazibewegung habe einen vernichtenden Schlag erhalten. Die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers und besonders die Verweigerung des geistlichen und ärztlichen Beistandes hätten in den Vereinigten Staaten die tiefste Entrüstung und Abscheu hervorgerufen.
Auch Sir Robert Vansittart, dem ich dieses Gespräch wiederholte, meinte, dass infolge der erwiesenen Komplizität Deutschlands an der Bluttat in Wien Grossbritannien, Italien und Frankreich näher zusammengerückt seien. Am bemerkenswertesten erscheint es ihm, dass die öffentliche Meinung in allen Ländern in den Doktrinen und der Brutalität des Nationalsozialismus eine Gefahr für den Frieden erblickt.

[1] Passage „Der italienische Geschäftsträger“ bis „die italienische Regierung teile.“ ging am 8. August nach Paris, Genf, Rom (Quirinal), Berlin, Budapest, Warschau und Washington.

Persönlichkeiten, die mit der hiesigen fascistischen Bewegung in Verbindung stehen, sagen mir, dass diese durch die Ereignisse in Deutschland vom 30. Juni und die jüngsten Vorfälle in Wien einen starken Rückschlag erlitten hat.
Der italienische Geschäftsträger erzählte mir, er habe ein langes Gespräch mit Sir John Simon geführt, in welchem dieser seine vollkommene Solidarität mit den Kabinetten von Rom und Paris in der österreichischen Frage zum Ausdrucke brachte. Im gegenwärtigen Augenblicke liege, nach Ansicht Simons, kein Grund für eine Intervention Deutschland gegenüber vor, eine Meinung die, wie der Geschäftsträger hervorhob, auch die italienische Regierung teile.
Ich brachte Vansittart gegenüber zur Sprache, dass News Chronicle und Daily Express in ihren Leitartikeln über die Exekution der beiden Mörder daran Kritik geübt haben, dass diesen Zusicherungen gegeben worden seien, die dann nicht gehalten wurden. Der permanente Unterstaatssekretär erwiderte, das wir uns um diese Bemerkungen nicht im geringsten kümmern sollten, weil zweifellos die weitaus überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung volles Verständnis dafür haben würde, dass man Mördern und Verbrechern gegenüber durch erzwungene Zusicherungen nicht gebunden sei. Ich bat ihn, wenn wider Erwarten diesbezüglich noch weitere Kritiken erscheinen sollten, diesen durch Einwirkung auf die hiesige Presse entschieden entgegenzutreten, was er mir versprach.
Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Der Gesandte:
[Franckenstein]

1481

Legationsrat Seemann an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 183/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56513/13

Berlin, 2. August 1934

Herr Bundesminister!
Der französische Botschafter, dem ich gestern seinen Kondolenzbesuch erwiderte, erging sich neuerlich in den heftigsten Anklagen und Aeusserungen gegen das Hitler-Regime. Hitler habe, so sagte François-Poncet, dadurch, dass er bei seinem Vorgehen im Zusammenhange mit dem angeblichen Putschversuch jede Rechtsbasis verlassen und die Erschiessungen damit vor aller Welt begründen zu können

glaubte, er selbst sei der oberste Richter im Reiche, an Prestige in weiten Kreisen der Bevölkerung und vor allem im Auslande sehr stark eingebüsst. Der Botschafter habe gestern Gelegenheit gehabt, einer hiesigen Persönlichkeit auseinanderzusetzen, welch grosse Lektion Oesterreich durch sein dem allgemeinen Rechtsempfinden in jeder Beziehung entsprechendes Vorgehen, wie es im jüngsten Standgerichtsprozesse zum Ausdruck gekommen sei, Deutschland erteilt habe. Der Botschafter sei sicher, dass man in der ganzen Welt, vor allem in Frankreich und in England ganz besonders den gewaltigen Unterschied empfinden und werten werde, der zwischen dem österreichischen Vorgehen und den Methoden bestehe, die man in Deutschland anwenden zu dürfen geglaubt habe. Der Botschafter könne sich sehr gut vorstellen, dass dieser Unterschied der Methoden und Wege etwa in der Presse mit nachhaltiger Wirkung verwertet werden könnte.

Vom Reichskanzler, dem er letzthin jede staatsmännische Begabung abgesprochen hatte, sprach er gestern noch weitaus schärfer. „C'est un trâitre, qui n'a pas moine trahi Röhm qu'il ne l'a été par lui." Staatssekretär Dr. Meissner habe sich ihm gegenüber einmal geäussert, er hätte einem solchen Manne nie das Schicksal des deutschen Volkes anvertraut. Seitdem er einmal festgestellt habe, dass Hitler nachträglich Worte des Reichspräsidenten anders dargestellt habe, als sie tatsächlich gesprochen wurden, habe er jedesmal die ganze Unterhaltung mitstenographiert.

Herr v. Papen, den er sehr genau kenne, sei ein Mann von nicht allzu grosser Intelligenz, der ganz nach deutscher Art die voraussichtlichen Wirkungen seiner Handlungen nicht abzuschätzen vermöge. Es stehe zu erwarten, dass er mit viel Liebenswürdigkeit die Oesterreicher einzuwickeln versuchen werde, wozu er wohl seine ausgedehnten Beziehungen bei uns reichlich ausnützen würde. Papen habe übrigens auch, wie Herr François-Poncet wisse, Beziehungen zu Dr. Rintelen unterhalten. Der Botschafter habe selbstverständlich nicht das Recht, irgend einen Rat zu erteilen, doch glaube er, die österreichische Regierung möge fest bleiben, denn jetzt sei eben der psychologische Moment gekommen, wo die Deutschen von uns alles akzeptieren würden. Gäbe man bei uns nach und lasse das bisher Vorgefallene vergessen sein, so würde man sich hier bald über die „Schlappschwänze von Oesterreichern", wie der Botschafter deutsch bemerkte, lustig machen. Die österreichische Regierung würde es wohl nicht von vorneherein ablehnen, Papen anzuhören, doch möge man sich ja nicht auf irgendwelche freundliche Versprechungen einlassen, sondern alles müsste genauestens fixiert werden, um jede nachträgliche Täuschung auszuschliessen.

Der Botschafter sei schon auf Grund der ihm selbst zur Verfügung stehenden Information von der Schuld und Mitwisserschaft gewisser hiesiger Kreise bei den Ereignissen des 25. Juli überzeugt. So habe ihm der italienische Botschafter mitgeteilt, – und Herr Cerruti habe dies auch nach Rom gemeldet – dass Dr. Göbbels die Teilnahme Furtwänglers an den Salzburger Festspielen in kategorischer Weise mit dem Beifügen verboten habe, dass in Oesterreich in 3 Wochen Revolution sein werde. Herr François-Poncet habe ferner unmittelbar vor dem 25. Juli hier Nachrichten, allerdings nicht konkreter Natur, erhalten, aus denen hervorging, dass man in hiesigen

Parteikreisen genau darüber informiert war, dass in Oesterreich für die allernächste Zeit etwas geplant sei. Ferner sei es bewiesen, dass die österreichischen Legionäre in der letzten Zeit an der Grenze versammelt waren, um im gegebenen Moment in Oesterreich einzufallen. Der Botschafter meinte auch diesmal wieder, wenn die österreichische Regierung bei der Untersuchung der Vorgänge Beweise für die Unterstützung der Revolte in Oesterreich von Deutschland her habe, dann müssten wir unbedingt an den Völkerbund herantreten. Deutschland könne nicht energisch genug klargemacht werden, dass es ein- für allemal Schluss machen müsse mit seinen bisherigen Methoden, die eine ständige Bedrohung des Friedens bedeuten. Das sei schliesslich auch im Interesse des deutschen Volkes selbst gelegen.
Der aussergewöhnlich offenen Sprache und der ausserordentlich scharfen Einstellung des französischen Botschafters glaube ich, einen kurzen Kommentar anfügen zu sollen. Herr François-Poncet hat sich, wie bereits berichtet, mir gegenüber kürzlich dahin geäussert, er habe sich seit seinem Eintreffen in Berlin ernstlich bemüht, eine Besserung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. Dies ist mir auch aus wiederholten Aeusserungen hiesiger Diplomaten bekannt, die mir sagten, Herr François-Poncet sei sogar des öfteren, insbesondere seitdem Herr Barthou Aussenminister geworden sei, in einem gewissen Gegensatz zu den Intentionen des Quai d'Orsay geraten. Die nunmehr eingetretene Wendung ist neben der politischen Entwicklung der letzten Zeit gewiss auch auf den ganz ungewöhnlichen Angriff zurückzuführen, den der Reichskanzler in seiner letzten Rede, wenn auch natürlich ohne Namensnennung, aber doch in nicht misszuverstehender Weise gegen den Botschafter im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni gerichtet hat. Der Botschafter fühlt sich – was auch begreiflich ist – durch diesen Affront vor aller Welt auf das Tiefste getroffen und er wird ihn dem Kanzler wohl nie vergessen.
Genehmigen, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit!

1482

Legationsrat Seemann an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 6 (handschriftliches Konzept zur Chiffrierung, streng vertraulich)

AdR, Berlin, 3. August 1934
Gesandtschaft Berlin (13.45)

Staatssekretär Bülow sagte mir eben anläßlich meines Kondolenzbesuches Reichsregierung beginne wegen langer Verzögerung Agrémentserteilung stark froisiert

zu werden. Verweigerung Agréments würde als diplomatische Kriegserklärung betrachtet.

Seemann

1483
Amtserinnerung Gesandter Hornbostel (streng vertraulich)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56521/13 Wien, 3. August 1934

Der französische Gesandte *Puaux* hat mir heute im Laufe einer längeren Unterredung mitgeteilt, er habe von Paris eine telegraphische Information bezw. Anfrage erhalten, aus der hervorgehe, dass Herr *Beneš* den Zeitpunkt für gekommen erachte, die Unabhängigkeit Oesterreichs endgültig im Interesse Oesterreichs sowie des Friedens Europas zu sichern. Es scheine Herrn *Beneš* der Abschluss eines Nichtangriffs- und Nichteinmengungspaktes aller Nachbarn Oesterreichs unter der Garantie des Völkerbundes vorzuschweben. Aus weiteren Andeutungen Herrn *Puaux* schien hervorzugehen, dass die französische Regierung Herrn Puaux beauftragt hat, zu berichten, ob und gegebenenfalles welche Initiative in dieser Richtung die Bundesregierung zu ergreifen denke.
Herr *Puaux* setzte nun in sehr vernünftiger Weise auseinander, dass im gegenwärtigen Zeitpunkte von der Bundesregierung eine Initiative in diesem Belange nicht erwartet werden könne, zumal sie ja alles Interesse habe, aus eigenen Kräften volle Ruhe und Ordnung herzustellen. Er (Puaux) beabsichtige daher, zu antworten: dass die Bundesregierung nach seinen Eindrücken wohl kaum vor gründlichster Untersuchung der Vorgeschichte der Ereignisse vom 25. Juli und deren Zusammenhänge mit Deutschland irgend eine Initiative im Sinne aussenpolitischer Natur ergreifen dürfte.
Ich habe mich diesen Mitteilungen Herrn Puaux gegenüber rezeptiv verhalten und lediglich auf die Auslassungen des Herrn Bundeskanzlers gegenüber der Weltpresse verwiesen, die gleichfalls erkennen liessen, dass der Dossier über die tragischen Ereignisse wohl erst gegen Mitte des Monates fertiggestellt sein dürfte.
Obige Andeutungen Herrn Puaux‘ stimmen mit den von Gesandten *Marek* in seinem Bericht Z. 413/pol. vom 30. Juli[1] gemeldeten Aeusserungen Herrn Beneš‘ ziemlich genau überein.

[1] ADÖ 9/1474.

1484

Legationsrat Rotter an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 47/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56578/13 Rom, 3. August 1934

Herr Bundesminister,
Der Erste, der nach der Ermordung des Bundeskanzlers Dr. Dollfuss seinen Beileidsbesuch abstattete, war der hiesige Deutsche Botschafter, der am Morgen des 26. Juli auf der Gesandtschaft erschien, um „seine Anteilnahme und tiefe Entrüstung“ zum Ausdruck zu bringen. Der Umstand, dass sich der Herr Deutsche Botschafter in der auf der Gesandtschaft für Kondolenzbesuche aufgelegten Liste als Erster eingetragen hatte, ist hier allgemein aufgefallen und erörtert worden. Als ich gestern Herrn von Hassell aus Anlass des Ablebens des Reichspräsidenten einen Beileidsbesuch abstattete, beklagte er sich mir gegenüber darüber, dass sein „selbstverständlicher und – wie ich wohl wisse – seiner innersten Ueberzeugung entsprechender Akt der Ritterlichkeit“ zu heftigen Angriffen gegen ihn benützt worden sei. Die französische Presse habe seine Beileidskundgebung als den „Gipfel des Zynismus“ bezeichnet und auch einige italienische Blätter hätten diesen Ausdruck übernommen.
Die erregte Stimmung gegen Deutschland, die in den ersten Tagen nach dem Kanzlermord in der italienischen Presse einen bisher noch nicht dagewesenen Ausdruck gefunden hat – der „Popolo di Roma“ bezeichnete z. B. die „Herren Nazi“ in Bausch und Bogen als „Mörder und Päderasten“ – hält in der hiesigen Oeffentlichkeit ungemindert an. Auch in Privatgesprächen im Palazzo Chigi nimmt man sich jetzt kein Blatt vor den Mund. Wie ich höre, haben sich sogar Fälle ereignet, wo Mitglieder der hiesigen Deutschen Botschaft in der Gesellschaft aufs Schärfste brüskiert wurden. Die Tochter Herrn von Hassells äusserte zwei Tage nach dem Kanzlermord in einer Gesellschaft, dass die Stellung ihres Vaters hier unmöglich geworden sei. Selbst Herr Suvich weigere sich, ihn zu empfangen. Dass letztere Behauptung den Tatsachen entsprochen hat, wurde mir auch im Palazzo Chigi bestätigt. Herr von Hassell, der sich am 26. Juli bei dem Herrn Unterstaatssekretär anmelden liess, wurde erst am 29. abends nach der Beisetzung des verewigten Bundeskanzlers empfangen. In einem Gespräch mit dem hiesigen ungarischen Gesandten soll der Deutsche Botschafter erklärt haben, er habe am 26. Juli vor Erscheinen des Communiqués über die militärischen Massnahmen Italiens bei Herrn Suvich vorsprechen wollen, um im Namen der Reichsregierung beruhigende Erklärung über die Haltung Deutschlands zu

den Ereignissen in Oesterreich abzugeben. Der Herr Unterstaatssekretär habe ihn aber nicht empfangen und zwar offenbar deshalb, weil seine Erklärungen den italienischen Truppenverschiebungen an der Grenze die Grundlage entzogen hätte.
[…]

Rotter

1485

Legationsrat Seemann an Außenminister Berger-Waldenegg

Bericht Nr. 186/Pol. (geheim)[1]

AdR,
Gesandtschaft Berlin
Polit. Nr. 607 Berlin, 4. August 1934

Herr Bundesminister!
[…][2]
Neurath lenkte nun das Gespräch auf die Ereignisse in Wien und erklärte, dass er diese, insbesondere den tragischen Tod des Herrn Bundeskanzlers Dr. Dollfuss sehr bedauere. Er bat mich nun, darauf hindeutend, dass ich doch dies alles mitgemacht habe, ihm eine kurze Darstellung über die unmittelbaren Ereignisse im Bundeskanzleramt zu geben. Ich tat dies mit der Beifügung, dass ich einen nur verhältnismässig kleinen Ausschnitt mitansehen konnte, da wir als Gefangene doch nicht einmal wussten, was im nächsten Zimmer vor sich ging. Als ich bei dieser Darstellung die Bemerkung machte, dass um etwa 8 Uhr abends im Zimmer, wo ich mit 17 prominenten Beamten des Bundeskanzleramtes festgehalten wurde, die ersten Nachrichten über eine Intervention des deutschen Gesandten laut wurden, gab mir nun Neurath, an diese Bemerkung anknüpfend, eine Darstellung über seine Erlebnisse in der Nacht vom 25. auf den 26. Juli. Um etwa 10 Uhr abends wurde er vom Staatssekretär von Bülow in seinem Urlaubsort in Württemberg angerufen und teilte er ihm mit, dass in Wien ein Putsch versucht wurde, Bundeskanzler Dr. Dollfuss schwer verwundet sei und dass der Gesandte Rieth mit den Revolutionären verhandelt habe. Ein 2. Anruf Bülows bestätigte ihm die Intervention des deutschen Gesandten und habe er daraufhin sofort den Auftrag gegeben, Rieth abzuberufen. Etwas später wurde er vom Reichskanz-

[1] Vgl. ADAP, C 3/146.
[2] Neurath erzählt über seinen letzten Besuch bei Reichspräsident Hindenburg in Neudeck.

ler aus Bayreuth aufgerufen. Der Reichskanzler teilte ihm ebenfalls mit, dass in Wien ein Putsch versucht wurde, der misslungen sei, Dollfuss jedoch sei bei diesen Aktionen erschossen worden. Er hätte dem Kanzler berichtet, dass er bereits mit Bülow eine Unterredung hatte und dass er den deutschen Gesandten wegen Verhandlungen mit den Revolutionären seines Postens enthoben habe. Er hätte nun mit dem Kanzler über die Frage einer Nachfolge gesprochen und hätte er ihm, so fährt Neurath fort, vorgeschlagen, Papen als Gesandten nach Wien zu entsenden. Der Reichskanzler war damit einverstanden, Neurath hätte ihn jedoch aufmerksam gemacht, dass dazu das Einverständnis Papens, aber auch in erster Linie das Einverständnis des Reichspräsidenten von Hindenburg, der in solchen Fragen immer sehr empfindlich war, notwendig sei. Neurath sprach hierauf von einem 1. Communiqué, das er in der Frage der Bestellung Papens mit allen Vorbehalten herausgegeben hätte. Der Brief des Reichskanzlers an Papen wäre erst am Tage darauf, als das Einverständnis Papens schon eingeholt war und auch Hindenburg zugestimmt hatte, herausgegeben worden.

Neurath spricht nun im weiteren Verlauf der Unterhaltung über Quertreibereien der Presse und meint, er hätte wohl nicht gezweifelt, dass die österreichische Regierung des Agrément erteilen werde, denn eine Verweigerung hätte doch zweifellos unerwünschte Konsequenzen für die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen der beiden deutschen Staaten, die doch – und das wäre der aufrichtige Wille des Reichskanzlers – zu normalisieren seien und in freundschaftliche Bahnen geleitet werden sollen. Er habe daher die Mitteilungen in der Presse, dass man die Erteilung des Agréments an Bedingungen knüpfen wolle, für das übliche vergiftende Pressegeflunker gehalten. Aber dieses Verzögern der Agrémentserteilung bringe ihn in eine unangenehme Situation der Nationalsozialistischen Partei gegenüber. Es habe gestern Reichskanzler Hitler neuerlich angefragt, ob die Antwort von Wien schon hier sei. Er teilte ihm mit, dass laut einer Mitteilung, die Staatssekretär von Bülow erhielt, das Agrément im nächsten ordentlichen Ministerrat, der in der ersten Hälfte der kommenden Woche stattfinden wird, behandelt werde. Ich habe nun Neurath neuerdings erklärt, warum bisher ein ordentlicher Ministerrat noch nicht stattfinden konnte und wiederholte ihm die Erklärung, die Herr Generalsekretär Peter am 3. August Herrn Legationsrat Seemann eindiktierte. Aussenminister Neurath verwies nochmals darauf, dass er bekanntlich zu denjenigen Kabinettsmitgliedern gehöre, die unbedingt die Lösung des Konfliktes mit Oesterreich wünschen und es sei klar, dass ihm von der Partei immer Schwierigkeiten gemacht wurden. Der Einfluss der Partei sei nun in dieser Frage vollkommen zurückgedrängt; wenn aber schon auf den ersten Schritt, der zur Bereinigung des Konfliktes unternommen wurde, von österreichischer Seite Schwierigkeiten gemacht werden, ist es naheliegend, dass die Partei gegen ihn wieder zu schüren beginnen und die Verzögerung der Agrémentserteilung so auszulegen versuchen werde, dass auf österreichischer Seite der Versöhnungswille fehle.

Wir sprachen dann noch über die Frage der Befristung der Mission Papens und über die direkte Unterstellung Papens unter den Kanzler. Neurath sagte mir, dass Papen ursprünglich gewünscht habe, dass mit Rücksicht darauf, dass er Reichskanzler und Vizekanzler war, die deutsche Gesandtschaft in Wien den Rang einer Botschaft bekomme. Er hätte dies mit dem Hinweis darauf, dass dies nicht nur von der Presse, sondern auch von den verschiedensten Staaten falsch aufgefasst werden würde, und dass diese darin die Absicht Deutschlands, sich in Oesterreich einen besonderen Einfluss sichern zu wollen, erblicken würden, abgelehnt. Die Befristung und die Unterstellung Papens unter den Reichskanzler ist lediglich auf seinen hohen Rang zurückzuführen, da er doch faktisch Anspruch auf einen Botschafterposten hätte.

Ich fragte nun Neurath, ob ich annehmen darf, dass nunmehr doch ein wirklicher Wille der Reichsregierung, den österreichischen Konflikt zu beenden, vorhanden sei und ob Papen mit diesbezüglichen Vollmachten ausgestattet werde. Neurath meinte: „Sie können sich vorstellen, dass von Papen nicht nach Wien gehen würde, wenn er nicht die Ueberzeugung hätte, dass man die Beendigung des Konfliktes will." Er werde ihm genaue schriftliche Instruktionen geben, so dass er nicht wegen jeder Angelegenheit in Berlin rückfragen muss. Ich machte nun die Bemerkung, dass meines Erachtens irgendwelche deutsche Wünsche, die auf die zukünftige innenpolitische Gestaltung in Oesterreich Bezug haben, in diesen Instruktionen nicht enthalten sein können. Neurath meinte: „Ach, Sie meinen irgendwelche Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten?" und erklärte mir spontan: „So etwas kommt garnicht in Frage. Sie können sich vorstellen, dass ich solche Ansinnen an die österreichische Regierung nicht stellen werde."

Herr Minister! Die Unterhaltung, die ich mit Herrn von Neurath führte, war ausserordentlich freundschaftlicher Natur. Neurath freute sich, mich wieder in Berlin begrüssen zu können, gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich die Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland nun so gestalten werden, wie er dies immer gewünscht habe und meinte zum Schluss, je länger die Verzögerung der Agrémentserteilung dauere, umso schlechter, denn es bestünde die Gefahr, dass die Partei dann wieder mehr Einfluss auf die österreichische Frage bekäme.

Genehmigen, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit!

1486
Gesandter Schmidt an Außenminister Berger-Waldenegg
Bericht Nr. 86/Pol.

AdR, NPA
Österreich 38/1
Z. 56667/13 Belgrad, 6. August 1934

Zum h.a. Bericht vom 30. Juli 1934
Zahl 85/Pol.[1]

Herr Bundesminister!
Am 31. Juli, abends, hatte ich eine halbstündige Unterredung mit Aussenminister Jeftić, deren formeller Anlass war, ihm meinen Dank für seine Kondolenzen und für sein Erscheinen bei dem für den verewigten Bundeskanzler Dr. Dollfuss abgehaltenen Requiem auszusprechen.
Herr Jeftić quittierte meinen Dank mit Worten des Bedauerns über das tragische Schicksal, das unseren Bundeskanzler und mit ihm Oesterreich betroffen habe.
Bei Besprechung einiger laufender Angelegenheiten, über die ich gesondert Bericht erstattet habe, kam ich u. a. auf die Expropriierungsangelegenheit Auersperg zu sprechen, was Herrn Jeftić zur Aeusserung veranlasste, dass eine Erledigung dieser Sache ein Herzenswunsch des verstorbenen Bundeskanzlers gewesen sei und dass er eingedenk dessen in der nächsten Zeit deren Finalisierung in die Hand nehmen werde.
Die Verhältnisse in Oesterreich berührte er mit keinem Worte, obwohl ich durch Hinweis darauf, dass wir das korrekte Verhalten der jugoslavischen Regierung anlässlich der Rebellenkämpfe an der Grenze und des Uebertrittes der nationalsozialistischen Parteigänger nach Jugoslavien dankbar empfunden hätten, ihm hiezu Gelegenheit geboten hatte.
Er machte lediglich eine Bemerkung, dass diese Korrektheit selbstverständlich gewesen wäre, da Jugoslavien sich absolut neutral verhalten wollte und Korrektheit und Loyalität im politischen Leben unbedingt notwendig seien.
Ueber seine Auffassung der Lage interpelliert, führte Herr Jeftić aus, dass er die Situation völlig ruhig beurteile, ein Staat, der sich in innere österreichische Verhältnisse eingemischt habe, hätte wohl erkennen müssen, dass die ganze Welt dies verurteile; dieser Staat werde zweifellos daraus die selbstverständlichen Konsequenzen ziehen und seine künftige Haltung dementsprechend einberichten.
Schliesslich spielte ich auf die bereits gemeldete Entgleisung der Protokollabteilung des Ministeriums des Aeussern an, worauf Herr Jeftić darauf hinwies, dass ich bei meinem häufigen Kontakt in den letzten Tagen mit Herrn Subotić, dem Stellver-

[1] AdR, NPA, Österreich 38/1, Z. 56448/13.

treter des auf kurzen Urlaub befindlichen politischen Direktors, Herrn Purić, habe feststellen müssen, wie man die Ermordung des Bundeskanzlers bedauert habe.
Etwas mehr aus seiner Reserve hinsichtlich der österreichischen Ereignisse trat Minister-Adjoint Momčilo Juričić hervor, den ich im Empfangsraume Jeftić' traf; er beklagte in viel wärmeren Worten den Tod des Bundeskanzlers sowie die Unruhen in Oesterreich, stimmte aber in ein von der jugoslawischen Presse in den nächsten Tagen wiederholt gebrachtes Leitmotiv ein, es wäre nie so weit gekommen, wenn der Bundeskanzler es verstanden hätte, mit den Sozialdemokraten auszukommen und wenn er den Parlamentarismus nicht ausgeschaltet hätte.
Diese zwei Argumente, die in Jugoslavien so häufig bei Beurteilung der österreichischen Innenpolitik gebraucht werden, sind umso merkwürdiger, als in Jugoslavien de facto Absolutismus herrscht und die Sozialdemokraten nach ursprünglicher Unterdrückung nur ein französischem und tschechischem Einfluss verdankendes Scheindasein führen.
Bei vielen Jugoslaven werden diese Argumente übrigens als mehr oder weniger bewusste Kritik der eigenen Verhältnisse gebraucht, während sie, von den Politikern und Zeitungen hervorgehoben, auf französischen und tschechischen Einfluss sowie auf eine in Jugoslavien selbstverständliche Reaktion gegen Italien hindeuten, das man als Anstifter der Ausschaltung des Parlamentarismus und der Sozialdemokratie in Oesterreich hinstellt.
Als offizielle Stellungnahme der jugoslavischen Regierung zu den österreichischen Ereignissen kann man auch die durch die Amtliche Deutsche Nachrichtenstelle verbreitete Aeusserungen der Berliner Jugoslavischen Gesandtschaft (Gesandter Balugčić weilt derzeit auf Urlaub in Bled) ansehen, eine Aeusserung, die besagt, dass die jugoslavische Regierung der Ansicht sei, dass im Falle von Komplikationen der Völkerbund allein autorisiert sei, im österreichischen Problem das gleichzeitig ein internationales Problem sei, Entscheidungen zu treffen; jede einseitige Massnahme oder Intervention bedeute eine Verletzung der Friedensverträge, die geeignet wäre, Folgen in der Zukunft zu zeitigen.
An dem ändert nichts, dass hinsichtlich der Entgleisung, diese Enunziation von Berlin aus ausgegeben zu haben, das hiesige Ministerium des Aeussern, wie ich bereits berichtet habe, in Paris Aufklärungen gegeben hat und dass eine Nachricht über die fragliche Aeusserung weder durch die „Avala" noch in der jugoslavischen Presse, mit Ausnahme des „Jutarnji List" gebracht worden ist.
Die Schreibweise der jugoslawischen Presse, die bis zum 30. Juli für uns im allgemeinen günstig war, hat sich offenbar unter den Eindruck der für uns so günstigen Haltung Italiens und dessen militärischen Vorbereitungen an der Grenze, auffallend zum schlechteren gewendet. Italien ist und bleibt eben ein Schreckgespenst für Jugoslavien.
[…][2]

Schmidt

[2] Es folgt eine Presseschau.